Matthes & Seitz Berlin | Open Access Publication
DOI: https://doi.org/10.52438/msb2114

Mischa Suter

Geld an der Grenze

Souveränität und Wertmaßstäbe im Zeitalter des Imperialismus 1871–1923

Matthes & Seitz Berlin

Inhalt

Vorwort 9

Einleitung 13
Die »Werterscheinungen ins Riesenhafte vergrößert« 16
Auf das Geld schauen (statt durch es hindurch) 22
Skalierung: Ein drängendes Problem in der Epoche des Imperialismus 27
Wie werden Abstraktionen konkret hergestellt? 31
»A subtle device for linking the present to the future« 34
Historische Konstellationen 37

I. Ökonomische Rationalität nach der Gründerkrise 41

1. Wucher und Wirtschaftssubjekte 43
»Wie Sklaven« 47
Prekäre Verhältnisse im Blick 52
Im Nachbeben der Gründerkrise 55
Periphere Geldpraktiken 62
Neuordnung der monetären Austauschverhältnisse 67
Einhegung *durch* Ausweitung des Wucherbegriffs 72
Die temporale Ausrichtung des Wirtschaftssubjekts 76
Fazit 80

2. Kulturstufen des Kapitals 83
Liberalismus, Bürokratie und Wissenschaft 88
Erfahrungswissenschaft und subjektiver Wert 92
Wer ist und was tut Homo oeconomicus? 97
Eine erhabene gesellschaftliche Einrichtung 103
Zeitreihen regulieren den Geldwert: Goldstandard 1892 106
Kultur, nicht Fortschritt 114
Fazit 117

Koppelung: Tausch- oder Zahlungsmittel? 120

II. Koloniale Währung in Deutsch-Ostafrika 127

3. Verschränkte Souveränität 129
Vielfalt als Grundlage 132
Waren und Währungen 137
Im Geflecht zwischen den Imperien 139
Die »schwebende Schuld« des Kolonialismus 142
Reichsrupie: Verstaatlichung der Währung 145
Geldpolitik und rassistische Hierarchie 148
Eine »afrikanische Übersetzung des Antisemitismus« 154
Fazit 159

4. Eine Infrastruktur der Unterwerfung und des Widerstands 162
Steuern und Gewalt 165
Ein Vektor in verschiedene Richtungen 167
Politik der Erschöpfung 172
Medium der Revolte: Münzen im Maji-Maji-Krieg 175
Materialien, Räume und Tempos des Bargeldes 182
Übersetzung in verschiedene Wertregimes 186
Lokale Währungen im Ersten Weltkrieg 192
Fazit 196

Koppelung: Neue Schaltstellen, neue Öffentlichkeiten 199

III. Inflationszeit der Weimarer Republik 203

5. Preisproteste und soziale Reproduktion 205
Politik der Preise 211
Neudefinition des Wuchers 215
Das Tempo der Geldentwertung und die Arbeit des Einkaufens 220
Von der sozialen Reproduktion zur praktischen Gegenmacht 223
Aufruhr um die Zahlungsmittel 228
Fetischisierung und Gewalt: Pogrome 232
Fazit 239

6. Materielle Temporalitäten und die Geldhaftigkeit des Geldes 242
Staatsverschuldung und das Dilemma der Steuerpolitik 246
»Erfassung der Sachwerte« 249
Staatshaushalt, Reparationen und Außenwert der Währung 258
Goldrechnung und Lohnform 262
Kapitalistische Stabilisierung mit Roggen und Bodenrenten 268
Fazit 274

Schluss 277

Dank 291

Anmerkungen 295

Bibliografie 392
Archivquellen 392
Gedruckte Quellen 397
Zeitungen 398
Weitere gedruckte Quellen 399
Darstellungen 412

Vorwort

Krisen weisen über sich selbst hinaus. Sie stellen den Gegenstand, den sie betreffen und die Koordinaten der Situation, in der sie stattfinden, zur Disposition. Dies wurde nicht erst mit Covid-19 deutlich – die multiplen Krisen der letzten Jahre zeugen alle davon –, aber die Pandemie machte es besonders augenfällig. Während der Lockdowns erschien »die Wirtschaft« zum einen als ein Objekt eigener Größe, als ein Ding, das »herunter«- und danach wieder »hochgefahren« werden sollte. Zum andern zeigte sich, wie gemeinhin wirtschaftlich genannte Bereiche immer schon verwoben waren mit anderen Sphären, solchen der Versorgung und Sorge, Bereiche also, in denen menschliche Bande hergestellt und erhalten werden und die auch gesellschaftliche Reproduktion genannt werden. Was ist überhaupt gemeint, wenn man von »der« Wirtschaft spricht? Vielerorts hat die Pandemie dieses Problem im Alltagsdenken erst aufgeworfen.

Ihren Anfang nahm die Arbeit an diesem Buch in einem früheren Moment, unter dem Eindruck der Finanzkrise ab 2008, die sodann zur *Great Recession* und zur Euro-Krise mutierte. Zunächst weckten diese Krisen den Eindruck, das Finanzwesen hätte sich von der gesellschaftlichen Reproduktion entkoppelt. Vor diesem Hintergrund begann ich eine Studie zur historischen Semantik des Wucherbegriffs im 19. und 20. Jahrhundert. »Wucher« umreißt das Spannungsfeld von Moral, Ökonomie und wirtschaftlicher Rationalität, und da es nach 2008 an moralischen Verurteilungen des Finanzwesens nicht mangelte, schien es lohnenswert, diese Polarität historisch auszuloten. Doch je weiter die Recherchen führten und sich die eigene Gegenwart

veränderte, umso mehr stellte sich heraus, dass es eine veränderte Untersuchung brauchte, um die Fragen zu stellen, die mir dringend erschienen. In den gegenwärtigen Krisen erhalten Geld und Geldpolitik eine besondere Aufmerksamkeit. Um analytisch Konturen herauszupräparieren, galt es die Konfliktlagen, die den Wucherdiskurs prägten, in ein Verhältnis zu anderen Konflikten zu setzen, solchen, in denen Geld auf Fragen der Politik und Souveränität bezogen war. Es kam darauf an, ein breiteres Spektrum der Auseinandersetzung aufzufächern und zugleich eine stärker ausschnitthafte Geschichte zu erproben. Der koloniale Fall und die sprichwörtliche Geldkrise des frühen 20. Jahrhunderts, die Weimarer Inflation, drängten sich als weitere Schauplätze auf. Ich wollte nicht nur erforschen, wie »Moral« und »Ökonomie« interferierten, sondern wie die Menschen das gesellschaftliche Verhältnis zu ihren Zahlungsmitteln gestalteten. Nur, wie sollte das geschehen?

Geld stellt als allgemeines Äquivalent landläufig das Universelle dar. Wird Geld aber aus einer Perspektive des Partikularen betrachtet, das Thema also in bestimmten Geschichten und Orten verankert, zeigt sich die gesellschaftliche Bedingtheit der vorgeblich universellen Größe. Erstens kommt die widersprüchliche Verflechtung zwischen den Kreisläufen gesellschaftlicher Reproduktion und denjenigen des Kapitals zum Vorschein. Zweitens wird deutlich, mit welcher Anstrengung der universalisierende Schwung verbunden ist, der dem Geld offenbar innewohnt. Mit anderen Worten: Wenn wir nicht von vornherein von der Universalität des Gegenstands ausgehen, sind wir imstande, einige der Ermöglichungsbedingungen dieser Universalität konkret zu betrachten.

Geld an der Grenze übersetzt in aufwändiger Weise Werte zwischen verschiedenen Wertregimes. »Grenzobjekte« werden in der Technikanthropologie Dinge genannt, die Kooperation ermöglichen, indem sie zwischen mehreren sozialen Welten liegen und formbar, aber zugleich solide genug sind, um ihre Einheit zu bewahren: Auf diese Weise kann von vielen Seiten an sie angeknüpft werden.[1] Geld weist einige solche Merkmale auf. Übersetzung zwischen Wertregimes ist ein Prozess, der geeignet ist, um den Gegenstand Geld für eine genuin historische Analyse zu erschließen. Denn Geld ist ein

Medium, das ebenso in nichtkapitalistischen wie in kapitalistischen Verhältnissen auftritt, dabei aber unterschiedliche Formen und Funktionen aufweist. Insofern kann die Untersuchung von Geld die Geschichte des Kapitalismus von einer ihrer Grenzen her aufrollen.

Hier soll die Geschichte des Kapitalismus für eine historische Kritik der Politischen Ökonomie genutzt werden. Mit Kritik ist gemeint, dass die impliziten Grundannahmen einer Wissensformation freigelegt werden. Kritik zeigt die Standortgebundenheit und historische Herausbildung vermeintlicher Universalien auf.[2] Sie bemisst die blinden Flecken eines Systems, um es für eine Veränderung zu öffnen. Im vorliegenden Fall heißt das, nachzuzeichnen, wie Geld keine letztgültige Verankerung kannte, sondern immer wieder zur Debatte stand.

Einleitung

Ein Landrat nördlich von Danzig beklagte im Jahr 1880 die »sklavische Leichtlebigkeit« seiner Untertanen. Sie könnten kaum rechnen und würden deshalb in die Hände der »intelligenten Zinswucherer« fallen.[1] Die Bevölkerung sei so unerfahren in Geldsachen, dass sie auf die ausgeklügelten Kreditregelungen der Wucherer hereinfiele. Ohne es zu begreifen, würden die Menschen in ein Netz von Zahlungsverpflichtungen verstrickt und zugrunde gerichtet.

Der ostafrikanische Bauer Asmani Mananga hatte in jungen Jahren den großen Aufstand gegen den deutschen Kolonialstaat, den Maji-Maji-Krieg von 1905 bis 1907, erlebt. Er erinnerte sich später, wie zeitraubend es war, überhaupt an die Geldstücke zu gelangen, von denen die Deutschen verlangten, dass mit ihnen die Steuern bezahlt werden sollten. Man konnte nicht einfach Hirse oder Ziegen gegen Bargeld eintauschen, weil nirgendwo die entsprechenden Münzen erhältlich waren: »People suffered in finding them.« Koloniales Bargeld war weitum nicht aufzutreiben. »That was the problem of tax.«[2]

An einem Märztag im Jahr 1923, dem Höhepunkt der deutschen Hyperinflation, zog eine Gruppe kommunistischer Arbeiterinnen los, um in der Markthalle von Berlin-Moabit die Preise festzusetzen. Fanden sie einen Marktstand vor, der die Preise stärker erhöht hatte, als sie für akzeptabel hielten, machten sie Radau. »Es hatte sich ein ganzer Haufe Frauen gesammelt, der mit uns sympathisierte«, berichteten sie an die Partei. Aber auch: »Es wurde wieder eine Genossin polizeilich festgestellt.«[3]

Dies sind disparate Ereignisse. Was sie verbindet, ist, dass in ihnen Geld als ein Medium zur Disposition stand: die Rechenweisen, auf denen Geld aufbaut, die Währungen, in die es geformt ist und die Preise, durch die es realisiert wird.[4] Es sind Konfliktmomente, in denen verschiedene Wertmaße miteinander kollidierten. In solchen Momenten stellte Geld ein Problem der Skalierung dar, ein Problem, das im Zeitalter des Imperialismus besondere Dringlichkeit erlangte. Die globale Intensivierung kapitalistischer Produktions- und Austauschverhältnisse um 1900 verlangte Mechanismen, die ungleichartige Werte objektivierbar, vergleichbar, verhandelbar machten. Diese Rolle übernahm das Geld. Aber wenn durch das Geld alle Waren »ihre gesellschaftliche Eichung« erhielten, wie ein Theoretiker im Jahr 1910 schrieb, wie geschah dann die gesellschaftliche Eichung des Geldes selbst?[5]

Für eine Antwort auf diese Frage schlägt das Buch eine politische Geschichte gesellschaftlicher Geldpraktiken vor. Konflikte, so meine Annahme, geben besonderen Einblick in die Prozesse, die zur Einstellung und Abänderung monetärer Maßstäbe führten. Konflikte ent-selbstverständlichen Vorgänge, sie legen offen, was sonst routinemäßig abläuft. So verhält es sich auch mit dem Geld. Geld, so will es eine eingeschliffene Vorstellung, fungiert als großer Gleichmacher, es bringt Ungleichartiges auf denselben Nenner, es ebnet ein, es fungiert als »allgemeines Äquivalent«. In Konfliktmomenten aber wird plastisch vorgeführt, wie die Übersetzung von Werten, die das Medium Geld vornimmt, ein voraussetzungsreicher und störanfälliger Prozess ist. Deshalb sind Situationen besonders interessant, in denen Geld genau nicht als reibungslose Vermittlungsinstanz wirkte und in denen die Einstellung des Wertmaßstabs selbst zur Disposition stand. Geld erschien dann historischen Akteuren als undurchdringlich statt transparent, heterogen statt homogen, generativ statt reduktiv. Es entstanden Konflikte um die Setzung von Wertmaßstäben, die wiederum weitere Maßstabswechsel provozierten. An welchen Maßstäben orientierten sich die Menschen dann, wie übersetzten sie Werte zwischen Speicherformen und Tauschmitteln? Kurz gefragt, wie skalierten Menschen das Geld? Skalierung heißt laut Duden ein »Verfahren, kontinuierliche Größen oder bewertbare Relationen

durch Einrichten einer Skala messbar zu machen.« Skalierung ist ein politischer Akt: Durch die Eichung einer Skala werden Autoritätsverhältnisse gesetzt, Interpretationsrahmen umrissen, Gemeinschaften definiert.[6]

Die Geschichten in diesem Buch handeln von unscheinbaren Praktiken und oft von anonymen Personen, weder die globalen Wendepunkte noch die kanonischen Debatten der Geldgeschichte werden erzählt. Vielmehr wird gezeigt, wie an der Skalierung des Geldes viele beteiligt waren: Bankiers, Minister und Ökonomen, aber ebenso jüdische Viehhändler, kolonisierte Bauern sowie städtische Arbeitslose.

Eine solche ausschnitthafte Geschichte lädt im heutigen Moment, in dem das gesellschaftliche Medium Geld wieder intensiv diskutiert wird, zur Reflexion ein. Gegenwärtig treten die Gestaltungsmacht und die Abgründe der Geldpolitik grell zutage. Wir erleben die Hebelwirkung der Zentralbanken und der Finanzmärkte über ganze Volkswirtschaften. Das Phänomen der Inflation ist ins tägliche Leben eingekehrt. Leit- und Negativzinsen sind alltägliche Gesprächsthemen geworden. Publizistische Debatten über Staatsschulden, Steuer- und Austeritätspolitik streifen gelegentlich die »große Ungenannte« in all diesen Auseinandersetzungen – die soziale Ungleichheit –, werden aber häufiger als Stellvertreter genau dafür eingesetzt. Der Hype um Krypto-Assets wirft Fragen zu Souveränität und privatkapitalistischer Handlungsmacht auf. Im Spannungsfeld von Geld- und Fiskalpolitik unterziehen Vertreterinnen und Vertreter der sogenannten Modern Monetary Theory das Verhältnis zwischen staatlicher Macht und Geldschöpfung einer Neubetrachtung. Verstärkt ist heute Geld Gegenstand der politischen Fantasie.

Auch in einem vergangenen Transformationsmoment des Kapitalismus, so zeige ich in diesem Buch, war Geld politisch: Gegenstand praktischen Konflikts und kollektiver Vorstellungskraft.[7] Das Buch handelt davon, wie das antisemitische Feindbild des »jüdischen Wucherers« *ex negativo* vorherrschende Vorstellungen über monetären Austausch bestätigte; wie das wirtschaftliche Subjekt in der ökonomischen Theorie des späten 19. Jahrhunderts neu konzipiert wurde; wie das Machtgefüge zwischen Imperien die Architektur einer kolonialen Währung prägte; wie das Steuersystem den Mechanismus

darstellte, mit dem koloniales Bargeld in Umlauf gebracht wurde; wie in Straßenprotesten gegen steigende Lebensmittelpreise Geldfragen zu Fragen der gesellschaftlichen Reproduktion schlechthin erweitert wurden; wie in der Weimarer Inflationszeit darüber debattiert wurde, den Geldwert mittels der Registrierung und Besteuerung von Sachwerten zu stabilisieren.

Die hier vorgebrachten Beispiele halten keine Lehre bereit. Die geschichtlichen Gegebenheiten sind zu vielschichtig, als dass sie zur einzelnen großen These einladen würden. Aber gerade die Komplexität des historischen Materials macht etwas deutlich: Wenn die Menschen um das gesellschaftliche Verhältnis zu ihren Zahlungsmitteln rangen, setzten sie immer auch ihr Verhältnis zueinander aufs Spiel.

Die »Werterscheinungen ins Riesenhafte vergrößert«

Zwischen 1871, der Gründung des Deutschen Kaiserreichs und 1923, dem End- und Höhepunkt der Weimarer Hyperinflation, erweiterten sich das Spektrum an Gelderfahrungen und das Nachdenken über Geld enorm – in der ökonomischen Theorie, in wirtschaftspolitischen Maßnahmen, aber auch im Alltagsdenken. Der Goldstandard, der sich ab den 1870er-Jahren verbreitete, lieferte eine neue Metrik für die internationale finanzielle Kooperation und Konkurrenz.[8] Die Finanzkrise, die 1873 auf den Börsenplätzen Wien, New York und Berlin einsetzte, mündete in eine langanhaltende Depression.[9] Deren Ausmaße werden zwar kontrovers diskutiert, und die Krise war von Boomphasen unterbrochen, aber in den Perioden 1873–1879, 1882–1886 und 1890–1896 versiegte tendenziell weltweit der Kredit und die Preise und Löhne sanken.[10] Die oft besprochene »Globalisierung um 1900« war in vielen Aspekten eine Serie von Krisen: Was Giovanni Arrighi das »lange 20. Jahrhundert« genannt hat, nahm seinen Beginn mit der sogenannten »Gründerkrise«. In den darauffolgenden Jahren sollte das internationale Machtgleichgewicht unter britischer Hegemonie durch die aufstrebenden Großmächte USA, Deutschland und Japan herausgefordert werden. London verlegte sich auf seine Position als Finanzzentrum.[11] In derselben Zeit setzte in Europa eine nationale Vereinheitlichung der Währungen und weltweit die Einrichtung

imperialer Währungsblöcke ein.[12] Beamte in den Metropolen entwarfen und implementierten neue Währungen für die Kolonien, wo kolonisierte Bauern fortan gezwungen waren, ihre Steuern in diesem Geld abzuliefern. Gleichzeitig registrierten Ökonomen Phänomene, die nicht zu den gängigen wirtschaftlichen Erklärungen passten. In Österreich etwa, einem Imperium, das aufgrund seiner Randlage ein besonderes monetäres Experimentierfeld darstellte, wurde beobachtet, wie ab den 1870er-Jahren der Wert von Silbermünzen sank (weil der globale Silberpreis fiel), während Papiernoten, die diese Münzen doch nur vertreten sollten, weniger im Kurs nachgaben.[13] Es wäre demnach ein Mythos, die Phase des Goldstandards vor 1914 als stabil zu bezeichnen. Und doch verblassen jene Krisen angesichts der beispiellosen monetären Verwerfungen des Ersten Weltkriegs. Über das Kriegsende hinaus wurde das »Geldbewusstsein« großer Bevölkerungsteile in verschiedenen Gesellschaften komplett umgestaltet.[14] Das »ungeheuerliche Emporwuchern der Papiergeldwirtschaft in Europa«, schrieb ein deutscher Ökonom im Jahr 1923, habe auch eine »Revolutionierung« der Geldtheorien beschleunigt. »Eine über alles früher gekannte Maß hinausgehende Inflation hat die Werterscheinungen ins Riesenhafte vergrößert und läßt sie wie im Blickfelde des Mikroskops vor unser Auge treten.«[15]

Dieses Buch geht von Momenten aus, in denen die Skalierung des Geldes auf dem Spiel stand.[16] Nehmen wir das Beispiel des »Wuchers«. Wenn in den 1870er-Jahren im Kontext der Finanzkrise diese mittelalterliche Diskursfigur wieder auflebte, bündelten sich in ihr Vorstellungen über Geld als gesellschaftszersetzende Kraft, Rückständigkeit und Gerechtigkeit. Dies geschah in einem Moment, als hergebrachte Kreditpraktiken durch einen expandierenden Bankensektor mit seinen institutionalisierten Sozialbeziehungen ersetzt wurden. Zugleich erreichte, weil die Deflation sich konkret als Geldknappheit auswirkte, das Kreditproblem für die ärmere ländliche Bevölkerung zuvor ungekannte Dringlichkeit. »Wucher« wurde auf neue Weise zum juristischen Delikt, zum sozialen Problem und zum Gegenstand antisemitischer Mobilisierung. Heute mag Wucher ein randständiger Begriff sein, der eher ein moralisches als ein ökonomisches Konzept umreisst. Für das späte 19. Jahrhundert aber wirft der Wucher

ein Schlaglicht darauf, wie über monetären Austausch nachgedacht wurde. Ab 1877 in Galizien und Bukowina, bald darauf im ganzen deutschsprachigen Raum, wurden neue Gesetze gegen den Wucher eingeführt, mit denen die Zinssätze – der Preis des Geldes – nach liberalen Prinzipien frei beweglich bleiben und zugleich Bevölkerungsteile, die für rückständig gehalten wurden, geschützt werden sollten. In den entsprechenden Debatten wurden Grundfragen zu Geld, Zeit und ökonomischer Rationalität verhandelt (Kapitel 1). Wurde über die Kreditpraktiken des Wuchers geredet, ging es darum, Geldverkehr schlechthin in eine Ordnung zu bringen. »Wucher« erschien als das konstitutive Außen, das Gegenbild, des rationalen monetären Austauschs.

Die Frage, um die der Wucherdiskurs letztlich kreiste, lautete, wer oder was das ökonomische Subjekt zu sein habe, welche Eigenschaften es kennzeichnen würden – und diese Frage wurde zur selben Zeit im Feld der ökonomischen Theorie neu aufgerollt. Die um 1870 entstandene Grenznutzentheorie fasste die Wirtschaft als eine Serie zahlloser Tauschakte auf, in denen rational handelnde Akteure miteinander in Kontakt traten. Einen Hintergrund für diese Umgestaltung der Wirtschaftswissenschaft bildete, wie in Kapitel 2 gezeigt wird, das liberale Imperium der Habsburger. In der Österreichischen Schule der Nationalökonomie war die Wissenschaft vom rationalen Tausch eng mit Reflexionen über Wesen und Ursprung des Geldes verknüpft. Der Wiener Ökonom Carl Menger verband seine subjektive Wertlehre mit einer Zivilisationsgeschichte der Geldentstehung aus dem Tausch heraus. Als »Socialgebilde ›organischen‹ Ursprungs« habe das Geld den Menschen geholfen, durch »Jahrtausende alte Cultur« zur richtigen »Erkenntnis ihrer Bedürfnisse« zu kommen, weil das je nach Zivilisationsgrad immer weiter entwickelte Geld es den Menschen erlaubt habe, die Güter zu ihrer Bedürfnisdeckung immer exakter zu messen.[17] Menger entwickelte eine Modellfigur, die nach einer subjektiven Rangfolge Güter bewertete und tauschte: Homo oeconomicus. Diese heuristische Figur beruhte aber gerade in ihrer Abstraktheit auf Vorstellungen von Kulturstufen. Österreich-Ungarn, das im europäischen Vergleich spät, 1892, die Integration in den Goldstandard vollzog, stellte die Ermöglichungsbedingung für jenes Denken, das

im selben Zug Geld zur zivilisatorischen Errungenschaft erhob, wie es rationalen monetären Austausch zur anthropologischen Grundlage erklärte.

Während Teil I des Buchs dem Zusammenhang zwischen monetärem Austausch und ökonomischer Rationalität gilt, wird mit dem kolonialen Fall, dem Gegenstand von Teil II, ein Beispiel vorgestellt, in dem das Aufeinandertreffen verschiedener Wertmaße besonders zugespitzt, anhaltend und überraschend ausfiel. Ab 1890 emittierte eine private Firma in Deutsch-Ostafrika, der größten und finanziell einträglichsten Kolonie des Kaiserreichs, eine Silberwährung, die deutsche Rupie (Kapitel 3).[18] Das koloniale Geld sollte eine Infrastruktur für den kolonialen Kapitalismus stellen. Mehr noch, die Geldschöpfung als solche folgte dem Profitmotiv. Die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft zielte mit ihrer Münzprägung vor allem auf die Seigniorage, das heißt, den Gewinn, der aus der Differenz zwischen dem Kurswert einer Währung und den Herstellungskosten des Geldes entsteht. Dabei mussten sich deutsche Instanzen der Währungspolitik des British Empire anpassen. Wie ihr Name sagt, war die deutsche Rupie eng an die indische Währung angelehnt, die an der ostafrikanischen Küste und auf Sansibar, dem kommerziellen Knotenpunkt der Region, bereits verbreitet war. 1903 wurde die deutsche Rupie unter Kontrolle des Kolonialstaats gebracht. Eine Ursache lag darin, dass die indische Rupie aufgrund des global sinkenden Silberpreises im Kurs gefallen und zur Stabilisierung an Sterling gekoppelt worden war. Deutsche Instanzen sahen sich gezwungen, ein analoges Vorgehen zu wählen und die deutsche Rupie an die Goldwährung Mark zu binden. Mit der deutschen Rupie stand monetäre Souveränität in verschiedenen, einander überlappenden Spannungsfeldern: Zuerst hatte eine private Firma Hoheitsrechte, stets war die Währung abhängig von britisch-indischen Finanznetzen, und schließlich wurde sie auf die metropolitane Währung Mark kalibriert. Die deutsche Rupie ist aufschlussreich, weil sie, wenn man so will, ein enorm *fragiles* Geld darstellte. Sie war nie allgemeines Äquivalent, sondern befand sich stets in Übersetzungsprozessen mit anderen Tauschmedien und Speicherformen. Verstärkt gilt das für die Präsenz dieser Währung in den ostafrikanischen Gesellschaften selbst

(Kapitel 4). Sogenannte Warenwährungen wie Baumwolltuch, Eisenhacken oder Vieh waren anhaltend weiter verbreitet als das koloniale Bargeld.[19] Doch auch wenn sie nie universellen Gebrauch fand, wirkte die deutsche Rupie enorm machtvoll, und zwar durch den Steuerzwang. Steuern bildeten den Hebel, um die koloniale Geldwirtschaft zu installieren. Hier bildete das koloniale Geld eine Infrastruktur der Unterwerfung. Die oben zitierte Aussage eines tansanischen Bauern gibt einen Einblick, wie mühselig und friktionsreich das Getriebe des kolonialen Cashs funktionierte. Das trifft auch auf den Kolonialstaat selbst zu. Es verlangte stete Anstrengung, das Geld in Zirkulation zu halten. Obwohl das Steuerwesen dafür sorgen sollte, dass das in Umlauf gesetzte Geld wieder zu kolonialen Instanzen zurückfloss, standen Kolonialbeamte unaufhörlich vor dem Problem, dass das Bargeld versickerte, weil es gehortet oder in Schmuck umgewandelt wurde. Die Anthropologin Jane Guyer bringt die Dynamik kolonialer Währungen mit dem Begriff »interface currency« auf den Punkt. Das koloniale Geld bildete eine Nahtstelle zwischen verschiedenen Wertregimes.[20] Es wirkte in der Grenzregion zwischen verschiedenen wirtschaftlichen Sphären und seine Fähigkeit, die sozialen Beziehungen zu durchdringen, wurde von den Beteiligten eingeschränkt.

Dass anstelle eines einzigen Maßstabs ständige Maßstabswechsel von den Menschen verlangten, ihre Aussichten auf Einkommen und Ausgaben immer wieder neu einzustellen – eine Fertigkeit, in der Afrikanerinnen und Afrikaner sehr versiert waren –, diese Erfahrung machten europäische Bevölkerungen nach dem Ersten Weltkrieg in für sie ungekanntem Ausmaß. Teil III behandelt zwei Aspekte der Weimarer Inflationszeit, der emblematischen Geldkrise des deutschsprachigen Raums im 20. Jahrhundert: Marktkrawalle gegen die Lebensmittelteuerung und die fiskalpolitische Debatte um die unterschiedliche Stabilität verschiedener Vermögensbestände. Straßenproteste politisierten die Preisfrage auf eine Weise, die die Geldkonflikte über das Ökonomische hinaus entgrenzte (Kapitel 5). Geld wurde nun in seinem Verhältnis zur gesellschaftlichen Reproduktion als Ganze aufs Tapet gebracht. In den Preiskämpfen auf den städtischen Marktplätzen wurde um die Kreisläufe der elementaren Versorgung gerungen. Der Wucherdiskurs flammte wieder

auf und erreichte neue Dimensionen. Hatte die Rede vom Wucher einst zurückgebliebenen Bauern gegolten, zog sie nun vom Rand ins Zentrum. Wucher verwandelte sich in eine Chiffre allgemeiner Ungerechtigkeit. Die Inflation verallgemeinerte die Erfahrung, dass Geld aufwändige Übersetzungsprozesse verlangte. Zugleich fragmentierten sich die gesellschaftlichen Perspektiven auf das Geschehen. In der Arbeiter- und Frauenbewegung erweiterte die Politisierung des täglichen Einkaufs das Spektrum der Interventionen. Hausarbeit, nicht nur betriebliche Erwerbsarbeit, wurde zum Gegenstand von Kämpfen. Andererseits gipfelte das Feindbild vom jüdischen Wucherer nun in Pogromen.

Leute hatten ihre eigenen, höchst unterschiedlichen, Vorstellungen über die Geldentwertung. Die Diagnosen ihrer Ursachen und der nötigen Maßnahmen zur Behebung variierten enorm. Eine Beobachtung drängte besonders zum Handeln, nämlich, dass Sachwerte in ihrem Wert stabil blieben, während Geldvermögen sich in Luft auflösten. Immobilien, Maschinenparks, Warenlager schienen immun gegen den Währungsverfall. Gleichzeitig verdampfte die Kaufkraft von Löhnen oder Renten. Unternehmer wie der Schwerindustrielle Hugo Stinnes machten aus dem Phänomen ein Perpetuum Mobile der Profite. Sie nahmen Kredite in Papiergeld auf, investierten in Sachanlagen und zahlten später die Kredite in entwertetem Geld zurück. Auch in der Steuerfrage stellte sich das Problem. Wer es verstand, das Vermögen zwischen verschiedenen Wertspeichern umzuschichten und die Zeit für sich spielen zu lassen, ging quasi steuerfrei aus. Dagegen brachten Fachkreise aus dem Wirtschaftsministerium und Teile der Arbeiterbewegung unter dem Stichwort »Erfassung der Sachwerte« ein Maßnahmenpaket vor. Sie schlugen vor, die Sachwerte der großen Industrie und der Immobilienbesitzer in ihrem Geldwert zu schätzen und auf neue Weise zu besteuern. Weil das Defizit im Staatshaushalt entscheidend zum Währungsverfall beitrage, ließe sich auf diesem Weg der Geldwert retten. Über eine solche monetäre Neukartierung der Republik wurde die Frage nach der Geldhaftigkeit des Geldes praktisch diskutiert. Es ist nicht mein Ziel, neue Fakten zur Geschichte der deutschen Inflation zutage zu fördern. Das Buch baut hier auf die grundlegenden Studien von

Gerald Feldman, Martin Geyer und anderen auf.[21] Meine Absicht ist eine interpretatorische: Geld nicht als einzelner Maßstab, sondern als Kraftfeld von Auseinandersetzungen aufzufassen, in denen ständige Maßstabswechsel vorkamen. Weil es angesichts der zur Disposition stehenden Maßstäbe nicht nur um Wissen über Geld, sondern um kollidierende Wissens*ordnungen* ging, waren die sozialen Konflikte gleichermaßen epistemische Konflikte.[22]

Auf das Geld schauen (statt durch es hindurch)

Die Historikerin Rebecca Spang hat festgestellt, dass in der Regel die Ökonominnen ebenso wie die Historiker durch das Geld hindurch statt auf das Geld selbst geschaut hätten.[23] Im Gros der neoklassischen Wirtschaftstheorie gilt Geld als »Schleier«, der sich über die realen Gütertransaktionen legt, weshalb es wegabstrahiert und außer Acht gelassen werden kann.[24] In der Geschichtswissenschaft wiederum erscheint Geld als Fenster, durch das sich auf das eigentlich Wesentliche blicken lässt, etwa die Entwicklung von Reallöhnen oder Konsummustern oder das Wachstum von Volkswirtschaften. Schwierigkeiten, so will es eine Binsenwahrheit, bereitet allein seine Menge – quantitativ betrachtet, bildet Geld das Maß der sozialen Ungleichheit –, aber nicht seine Beschaffenheit.

In diesem Buch plädiere ich für eine andere Perspektive, eine die gewissermaßen das Fenster als nichttransparent nimmt. Es werden Momente betrachtet, in denen sich Geld für die historischen Akteure als *qualitatives* Problem entpuppte. In der Regel definieren Ökonomen und Ökonominnen Geld durch eine Anzahl von Funktionen: Tauschmittel, Wertspeicher, Recheneinheit, um Preise auszudrücken und Zahlungsmittel, um Kredite zu tilgen. Nur, was alle diese Funktionen erfüllt, ist im vollen Sinn Geld, und damit neutral, einheitlich und fungibel. Aber die Rede von den Geldfunktionen ist historisch reduktiv. Statt vorab einen Satz an Funktionen festzulegen, gälte es vielmehr, zu sehen, wie historisch gesehen manche Funktionen mehr Gewicht hatten als andere, mit einem Wort: die Funktionen zu historisieren.[25] Deshalb wird in diesem Buch ein Schritt zurückgetreten und Geld weniger auf der Grundlage eines vorab festgelegten Sets von

Funktionen denn als Kraftfeld epistemischer und sozialer Konflikte betrachtet.

Damit knüpfe ich an Studien an, in denen Geld als eine politische Größe behandelt wird. Was als Wertmaßstab und als Zahlungsmittel zu gelten habe, wer das Geld in die Welt setzen, wer seinen Umlauf kontrollieren und nach welchen Prinzipien dies geschehen solle, was man also in Analogie zur »sozialen Frage« die »monetäre Frage« nennen könnte, ist zutiefst politisch. Es betrifft die Organisation des Zusammenlebens.[26] Allerdings muss für eine solche Sichtweise eine andere vorherrschende Auffassung zuerst aus dem Weg geräumt werden. Landläufig erscheint nämlich Geld als rein ökonomisches Verhältnis, seine Bewegungen werden mit den Gesetzen des Markts assoziiert, nicht mit denen der Politik. Aber die Trennung, die solcherart »entpolitisierte« Bereiche des wirtschaftlichen Handelns festlegt, ist selbst ein politischer Vorgang.[27] Die Scheidung in verschiedene Sphären hängt von Momenten der *Verklammerung* politischer und wirtschaftlicher Macht ab, von wo aus die Sphären geschieden werden. Gerade in Krisenmomenten, in denen der Normalbetrieb gestört ist, wird dies augenfällig.

Rebecca Spang untersucht mit den Assignaten, der Papierwährung der Französischen Revolution, eine solche Geldkrise. Sie zeigt, wie in der Revolutionszeit verschiedene Geldsorten miteinander konkurrierten. Weil Bedenken über die verschiedenen Geldqualitäten zu einer generellen Unsicherheit in den monetären Austauschverhältnissen führten, spielten Vorstellungen von Geld eine wichtige Rolle – nicht nur die Vorstellungen von Politikern und *philosophes*, sondern auch von Marktfrauen und lokalen Beamten.[28] Der Währungsverfall war weniger quantitativ einem Übermaß an emittierten Noten und damit einem wirtschaftspolitischen Fehler zuzuschreiben, als vielmehr Ausdruck einer fundamentalen Vertrauenskrise und somit einer politischen Auseinandersetzung.

Auf das Geld selbst schauen, heißt unter anderem: Welche verschiedenen Geldsorten waren in Umlauf, wer verwendete welche Art von Geld? Allerdings geht die Materialität des Geldes nie in rein dinglichen Aspekten auf. Wer allein auf Noten und Münzen blickt, verpasst Wesentliches. Entscheidend an der Geldschöpfung sind nicht

Druckerpresse oder Prägestempel, sondern ein Geflecht an Instanzen: Zentral- und Geschäftsbanken, Finanzministerien, Märkte für Staatsanleihen. Diese institutionelle Architektur verändert sich im Lauf der die Geschichte. Im modernen Kapitalismus entsteht Geld wesentlich aus Krediten innerhalb des Bankensystems, in denen private Schulden zu generalisiert übertragbaren Schulden monetisiert werden.[29] Grob gesagt, nahm der Transformationsprozess hin zum kapitalistischen Kreditgeld seinen Anfang mit der Gründung der Bank of England 1694; entscheidende Elemente kamen aber erst im hier untersuchten Zeitraum hinzu.[30] Das von einem Staat ausgegebene Zentralbankgeld macht in diesem System nur einen Bruchteil der Geldmenge aus. Die große Mehrheit besteht aus Giralgeld, also aus Verbindlichkeiten auf Geschäftsbankkonten.[31] Damit wird Geld gerade nicht, wie häufig angenommen, von Banken verwaltet in dem Sinne, dass für jede Einlage eine Deckung besteht. Sondern es wird durch Schulden *hergestellt*: Wenn eine Bank einen Kredit vergibt, erscheint dies auf der Aktivseite der Bankbilanz als Forderung gegen die Kundin (der Kredit) und auf der Passivseite als Forderung gegen die Bank (das Giralgeld). Wenn der Kunde den Kredit zurückbezahlt, ist das Geld wieder vernichtet. Geld wird also nicht vergeben, indem ein Gegenwert aus beispielsweise Gold im Tresor ruht (auch unter den »strengsten« Bestimmungen des Goldstandards nicht), sondern es wird durch ein Geflecht von Verbuchungen geschöpft, in denen Schulden initiiert und getilgt werden. Dieses Geflecht ist hierarchisch. Zuunterst steht die Kreditbeziehung zwischen Kundin und Bank; diese Forderungen haben geringe Fungibilität. Zuoberst steht die Beziehung zwischen Zentralbank und Staat. Das Zentralbankgeld, das der Staat in Form von Steuern wieder einnimmt, macht in der Hierarchie der Zahlungsversprechen das am meisten fungible Zahlungsversprechen aus.

Die institutionelle Architektur der Geldschöpfung ist durch Machtverhältnisse geformt worden und hat sich historisch gewandelt. Beispielsweise avancierten die Spielräume von Zentralbanken Ende des 19. Jahrhunderts zum heiß umstrittenen Gegenstand, als sich in Europa das Männerwahlrecht ausweitete und Staatshaushalte vermehrt Gegenstand parlamentarischer Aushandlung wurden.[32] In

seiner Studie zur »money question« der frühen Vereinigten Staaten hat Jeffrey Sklansky Geldschöpfung als Arena des Klassenkampfs beschrieben.[33] Agrarische Parteien, die »weichen Kredit« forderten und städtische Kaufleute, die als Kreditgeber »harte Währung« verlangten, sahen beide im Vorgang der Geldschöpfung ein Mittel zur Ausübung von Herrschaft. Aber zugleich wurden in dieser Kontroverse von verschiedensten Seiten Vorstellungen formuliert, wie ein ideales Geld auszusehen hätte, das dem Streit enthoben wäre und jenseits der Klassenmacht stehen würde. Weil aber das Problem nicht darin lag, woraus das Geld bestand, sondern wer seinen Umlauf kontrollierte, stellte sich die Streitfrage unablässig von Neuem. Weniger das Wesen des Geldes, wie auch immer es imaginiert wurde, als vielmehr die Struktur der Gesellschaft, in der es zirkulierte, war entscheidend. Debatten über Geld wiesen immer auch über das Geld hinaus.

Die Frage nach der Politik des Geldes ist auch eine epistemologische. Denn es stellt sich folgendes Problem: Sollen eine Schuld oder ein Tauschmittel verallgemeinert, frei in Zeit und Raum transportabel sein, braucht es eine Instanz, die deren Einheit definiert. Damit Geld als Geld wirksam ist, damit ihm also Geldhaftigkeit zugeschrieben wird, muss das Wertmaß festgelegt werden. Dies ist ein Akt der Souveränität. Geld und Souveränität entstehen wechselseitig, sie stützen sich gegenseitig und strudeln gemeinsam in die Krise.[34] Nur, wer ist der Souverän? Geht man diese Frage nicht abstrakt an, sondern historisch, wird ihre Antwort kompliziert. Immerhin stellt, wie gesagt, Geldschöpfung in der Moderne nie eine rein staatliche oder rein private Domäne dar, sondern geht aus der Verflechtung staatlicher und finanzwirtschaftlicher Macht- und Regulierungsnetze hervor. Es herrscht hier eine »funktionale Entdifferenzierung«.[35] Wenn, wie in diesem Buch, der Kreis der Akteure erweitert wird, also nicht nur Bankiers, Börsenhändler und Beamte ins Blickfeld treten, wird es unübersichtlich. Um nur das Beispiel der deutschen Rupie zu nehmen: Sie wurde zuerst von einer Firma, danach vom deutschen Kolonialstaat als eine exakte Kopie der indischen Rupie emittiert, was ihren Silbergehalt betraf und schließlich (wie in Kapitel 3 erzählt wird) aufgrund der Schmuckpräferenzen kolonisierter Afrikanerin-

nen und Afrikaner umgestaltet. Es scheint schlicht unmöglich, hier eine *einzelne* Instanz mit verbindlicher Definitionsmacht über das Wertmaß zu eruieren. Dies zu sehen, heißt aber nicht, einer libertaristischen Fantasie von einem unkontrollierbaren Geld jenseits gemeinschaftlicher Gestaltung anzuhängen. Im Gegenteil: Das Souveränitätsproblem verschwindet nicht, sondern erscheint in höherer Bildauflösung, wenn wir Geld als soziales Konfliktfeld betrachten, in das ganz unterschiedliche Faktoren hineinspielen.

Eine Geschichte der institutionellen Architektur der Geldschöpfung vermag vieles am Machtgefüge, durch das das Geld in die Welt kommt, zu erklären. Eine Reihe von Arbeiten haben deshalb jüngst Geld als ein Projekt politischer Governance untersucht.[36] Dabei wurde Geld als ein verfassungsmäßiges Unterfangen betrachtet und somit Fragen der Regulierung und Ordnung ins Zentrum gestellt. Aber Geschichten der Institutionenarchitektur tendieren dazu, generelle Blöcke organisierter Interessen vorauszusetzen (mit dem wohl größten, aber empirisch unklaren Gegensatzpol von Schuldnern versus Gläubigerinnen), wohingegen im Unterholz der täglichen Meinungen solche Ordnung gar nicht herrschte. In diesem Buch wird in dieses Unterholz abgetaucht und nicht der Höhenkamm der Institutionenarchitektur betrachtet. Auf das Geld schauen, heißt hier auch: Welche Vorstellungen über Geld kursierten in einer Gesellschaft? Diese waren entscheidend, denn damit Geld funktioniert, ist es von der Akzeptanz in einer Bevölkerung abhängig; einer allerdings häufig gewaltvoll erzwungenen Akzeptanz, wie das koloniale Beispiel zeigt. In Bezug auf ein solches basales Mitmachen spielt nicht nur eine Rolle, welches Bild man selbst vom Geld hat, sondern ebenso die Idee, die man sich von den Vorstellungen der anderen macht.[37] So wird hier eine Perspektive eingenommen, die von den Alltagskonflikten ausgeht; diese spielten sich innerhalb der Institutionenarchitektur ab, reflektierten diese und wirkten auf sie zurück. Man ist näher an der Dynamik, wenn gewissermaßen »im Handgemenge« nachvollzogen wird, welche Wertmaßstäbe Leute einsetzten und anfochten.

Ein solches Vorgehen widerspricht nicht den Analysen, die Geld als verfassungsmäßiges Projekt untersuchen; vielmehr verlagere ich den Fokus hin zu Momenten, in denen das Medium Geld als Kon-

fliktfeld fassbar wird. Was allerdings aus den hier untersuchten historischen Beispielen folgt, ist eine Skepsis gegenüber technisch-regulatorischen Lösungen. Es bleibt eine Unruhe des Konflikts, die sich nicht stilllegen lässt.

Skalierung: Ein drängendes Problem in der Epoche des Imperialismus

Geschichten der Globalisierung vor dem Ersten Weltkrieg betonen die zunehmende Vernetzung: Dampfschiff, Telegraf, Eisenbahn, die Einteilung der Welt in Zeitzonen, die Entstehung interkontinentaler Getreidemärkte.[38] Solche Vernetzung hängt von Prozessen ab, in deren Verlauf Maßstäbe festgelegt und allgemein verbindlich gemacht wurden. Wenn man genauer hinschaut, zeigt sich, dass dabei nicht ein einzelner Maßstab gesetzt wurde, sondern unablässig Maßstabswechsel vorkamen.

Eine aufstrebende Gruppe von Experten versuchte, diese Maßstabswechsel zu koordinieren. Dazu gehörten Ökonomen und Politiker wie Karl Helfferich, eine Figur, die zwar nicht im Zentrum des Buchs steht, aber in allen drei Teilen einen Auftritt hat.[39] Helfferich war ein wilhelminischer Homo imperialis: ein Wissenschaftler, Kolonialbeamter, Bankier und in der Weimarer Republik ein Politiker der extremen Rechten, der während der Inflationszeit Berühmtheit erlangte. Als Sohn eines Baumwollfabrikanten engagierte er sich für eine forcierte Industrialisierung unter dem Goldstandard und in einem freihändlerischen Rahmen. Er hatte bei Georg Friedrich Knapp studiert, der seinerseits mit seiner »staatlichen Theorie des Geldes« monetäre Verhältnisse durch juristische Setzungen erklärte.[40] Helfferichs in Berlin eingereichte Habilitationsschrift behandelte die Reformen der 1870er-Jahre, die zur Reichsbank und zum Goldstandard geführt hatten.[41] Ab 1901 amtierte er als Berater für die Kolonialabteilung in Währungsfragen und gehörte dort zu einer neuen Kohorte an Personal, das um 1900 zunehmend für den Kolonialdienst rekrutiert wurde: mit wissenschaftlichem, nicht mehr militärischem Hintergrund, vertraut mit Statistiken und aufmerksam gegenüber wirtschaftspolitischen Diskussionen im Ausland.[42] In der Kolonial-

abteilung unternahm er die Neuordnung der ostafrikanischen Währung, in deren Verlauf die deutsche Rupie verstaatlicht und an die Mark gekoppelt wurde. Helfferich initiierte auch die Gründung einer privaten Bank, die als Notenbank für Deutsch-Ostafrika wirtschaftliche Großprojekte finanzieren sollte. In der Kolonialabteilung begannen seine Kontakte mit der Deutschen Bank. 1906 wurden ihm beinahe zeitgleich Direktorenposten bei der Reichsbank und bei der Anatolischen Eisenbahn angetragen. Er entschied sich für letztere, eine privatwirtschaftliche Initiative, die an einem strategischen Brückenkopf deutscher Interessen wirkte. Fortan pendelte Helfferich zwischen Wirtschaft und Verwaltung. 1908 wurde er in den Vorstand der Deutschen Bank aufgenommen. Während des Ersten Weltkriegs war er Staatssekretär des Schatzamts, danach des Reichsamts des Inneren und kurze Zeit Vizekanzler. Nach dem Krieg unterstützte er die Antibolschewistische Liga, eine Organisation, die Freikorps finanzierte, und stieg zu einem prominenten Wirtschaftspolitiker der Deutschnationalen Volkspartei auf.[43] Seine Kampagnen im Reichstag trugen ihm nach allgemeiner Ansicht eine politische Verantwortung für die Morde an Matthias Erzberger und Walther Rathenau ein. Er lag auf der Linie der Reichsbankdirektion, welche die Versailler Verträge verschrie (»Schuldknechtschaft!«, fand Helfferich)[44] und mit der Notenpresse nationalistische Ziele verfolgte, die zur Währungskatastrophe beitrugen. Im Herbst 1923 entwarf Helfferich dann einen Plan zur Stabilisierung der Mark, der nicht umgesetzt wurde, aber entscheidende Elemente enthielt, die bei der Währungsstabilisierung zum Tragen kamen. Helfferichs Laufbahn führt vor, wie die Schauplätze der folgenden Kapitel zwar verschieden, aber nicht abgeschieden waren. Imperialismus war wohl kein kohärentes Projekt, aber doch ein Katarakt an Konstellationen, der von einer Person durchquert werden konnte.

Neuere Studien zum Imperialismus betonen dessen liberale Prägung. Nationalisten liberaler Herkunft wie Helfferich suchten in der »Weltpolitik« ihre Werte zu verwirklichen.[45] Sie sahen das Deutsche Reich als eine Industriemacht, die Einfluss in der Welt gewinnen musste; zu diesem Zweck sollten die – im europäischen Vergleich spät besetzten – Kolonien zunehmend nach wirtschaftlichen und weni-

ger nach militärischen Gesichtspunkten verwaltet und eine Arbeitsteilung eingerichtet werden, wonach in den Kolonien Rohstoffe produziert und Industriewaren abgesetzt wurden.

Die Unterwerfung von Menschen im Namen zivilisatorischer »Kultur« und abgestufte Formen politischer Souveränität kennzeichneten aber nicht nur die Kolonialpolitik. Historische Studien haben herausgearbeitet, welchen Stellenwert die östlichen Gebiete des Kaiserreichs auf den »*mental maps*« des deutschen Imperialismus einnahmen.[46] Die Bestimmungen über polnische Landarbeiterinnen, die »innere Mission« und die Ansiedlungspolitik im Osten waren für imperiale Experten Brennpunkte, anhand derer sie ihre Beunruhigung zum Ausdruck brachten, ob sie die Kontrolle über die Arbeitskräfte und Bevölkerungen aufrechterhalten könnten.[47] Auch für das Habsburgerreich sind die Parallelen und Unterschiede zu kolonialen Verhältnissen, die in den Beziehungen zwischen Zentrum und Peripherie bestanden, hervorgehoben worden.[48] In Teil I dieser Arbeit werden imperiale Binnenverhältnisse sowohl im deutschen Kaiserreich als auch in Österreich-Ungarn betrachtet. Die Kanalisierung von Geldpraktiken war von Vorstellungen über Kultur, Rationalität und Zivilisierung geleitet. Sozialreformer und Wissenschaftler setzten diese Anliegen gegenüber einer Bevölkerung durch, die sie als heterogen erachteten. So gehörten Galizien und die Bukowina im Habsburgerreich oder die polnischen Regionen Preußens zu Gebieten, die Anlass zu Reflexionen über Geld und ökonomische Rationalität gaben. Während bis jetzt historische Arbeiten die Kolonien, inneren Kolonialismus, die Rolle sozialwissenschaftlicher Expertise und Vorstellungen über »Rasse« und Kulturstufen in Bezug auf *Produktions*verhältnisse in einem gemeinsamen Analyserahmen untersucht haben, werden in diesem Buch solche Perspektiven an der Untersuchung monetärer *Austausch*verhältnisse erprobt.

Imperialismus endete nicht nach dem Ersten Weltkrieg. In der Inflationszeit der Weimarer Republik verallgemeinerte sich die Erfahrung, dass Geld von immer neuen konflikthaften Übersetzungsprozessen abhing. Mit der Revolution von 1918 war der Raum, was als politische Auseinandersetzung zu gelten habe, schlagartig erweitert worden. Das wirtschaftliche Alltagsleben, etwa das tägliche Ein-

kaufen, wurde von Grund auf politisiert. Was im afrikanischen Kontext alltäglich war, nämlich, dass qualitativ heterogene Geldsorten bestanden, hielt mit Wucht in Europa Einzug. Erlangte im Fall der Kolonialwährung Geld seine Wirkung durch die Übersetzung über verschiedene Maßstäbe hinweg, so führen die Auseinandersetzungen der Weimarer Inflationszeit vor Augen, wie die entsprechenden Kämpfe in neuen Öffentlichkeiten stattfanden.

Mit dem hier vorgeschlagenen Blick auf die Weimarer Inflationszeit geht eine Perspektivenverschiebung einher, welche die Stoßrichtung des ganzen Buchs ausmacht. In der Geschichtswissenschaft ist viel über die Provinzialisierung Europas geschrieben worden.[49] Europa provinzialisieren heißt, die partikularistische Standortgebundenheit vorgeblicher Universalien aufzuzeigen, die eben nicht weltumspannend sind, sondern in Europa ihren Ursprung und eine koloniale Geschichte haben. Die Arbeit verfolgt gewissermaßen ein komplementäres Ziel: die ostafrikanische Geschichte unter dem Aspekt der Geldgeschichte zu *entprovinzialisieren*. Der tansanische Fall und zum Teil auch das Beispiel des östlichen Habsburgerreichs schließen analytisch etwas auf, das auch für die europäische Geschichte des frühen 20. Jahrhunderts erhellend ist.[50] Wenn man Geld als Medium aufwändiger Übersetzung betrachtet, universalisiert man – als methodischen Kunstgriff – die konkrete Erfahrung afrikanischer Austauschverhältnisse. Die *interface currency* der kolonialen Währung zeigt, wie Geld eben gerade nicht jene Abstraktion sein muss, die seine Definition als »allgemeines Äquivalent« nahelegt. Geld als ein Medium der aufwändigen Übersetzung zu erkennen, in dem verschiedene Maßstäbe aufeinandertreffen, birgt eine Einsicht, die über den konkreten, afrikanischen Fall hinausweist. Wie soll die entsprechende Entprovinzialisierung methodisch vor sich gehen? – indem die praktischen Techniken untersucht werden, mittels deren Abstraktionen hergestellt wurden.

Wie werden Abstraktionen konkret hergestellt?

Nach Georg Simmels unvergleichlicher Formulierung ist »alles Geld nur eine Anweisung auf die Gesellschaft«, das heißt, es ist ein frei übertragbarer Schuldbrief. Wer immer diesen Brief hergibt, kann eine Schuld, gegenüber wem auch immer, tilgen. Mit dem Geld tritt zwischen die tauschenden Parteien eine »dritte Instanz: die soziale Gesamtheit, die für das Geld einen entsprechenden Realwert zur Verfügung stellt.«[51] Simmels Annahme, dass nicht nur die Gesellschaft das Geld hervorbringt, sondern durch das Geld Prozesse der Vergesellschaftung stattfinden, wirkt bis heute theoriebildend – und ist etwas abgründig. Simmel ging davon aus, dass durch das Geld der moderne Alltag zunehmend rechenhaft werde: »[D]as Leben vieler Menschen wird von solchem Bestimmen, Abwägen, Rechnen, Reduzieren qualitativer Werte auf quantitative ausgefüllt.«[52] Diese große These wirft einen Schatten. In einer vorherrschenden Lesart impliziert sie, dass das gesellschaftliche Verhältnis Geld abstrakt, reduktiv und neutralisierend wirke. Dieses Buch lotet aus, was durch Simmels These verdunkelt wird: Momente, in denen Geld eben nicht auf reibungsfreie, mechanische Weise funktionierte, Momente, in denen es nicht reduktiv wirkte, sondern Momente, in denen Geld durch aufwändige, konflikthafte Transaktionsprozesse geprägt war.

Verlagert man solcherart den Blickwinkel, ist damit keineswegs Simmels These an sich in Zweifel gezogen worden. Denn natürlich war auch für Simmel Geld ein voraussetzungsreicher Prozess. Aber sein Augenmerk lag stärker auf dem Resultat dieses Prozesses als auf dem Prozess selbst. Hier geht es hingegen darum, zu zeigen, dass das »Bestimmen, Abwägen, Rechnen« im »Leben vieler Menschen« aufwändigere und stärker belastete Vorgänge darstellten als eine herkömmliche Lesart der *Philosophie des Geldes* es nahelegt. In den untersuchten Geldkonflikten fand weniger ein »Reduzieren qualitativer Werte auf quantitative« statt, als dass Geldpraktiken sich als generativ erwiesen: Mit ihnen entstand etwas Neuartiges. Wenn monetäre Transaktionen über verschiedene Skalen hinweg stattfanden, die nicht ineinander konvertierbar waren, dann fand keine Reduktion qualitativer Unterschiede auf eine quantitative Differenz statt.

Aber ebenso wenig blieb Ungleichartiges inkommensurabel. Soziologische und anthropologische Beiträge betonen die Eigenschaft des Geldes, Werte zu kommensurieren, also Merkmale, die separaten Einheiten entstammen, in einer gemeinsamen Metrik auszudrücken.[53] Eine solche Definition von Kommensurierung schlagen Wendy Espeland und Mitchell Stevens in einem einflussreichen Aufsatz vor.[54] Der Begriff »Kommensurierung« hebt stärker auf die Vergleichsarbeit ab, die nötig ist, damit Werte auf ein gemeinsames Maß bezogen werden; der Begriff der Skalierung legt das Augenmerk hingegen auf die Einrichtung einer Maßeinheit. Mir geht es im Folgenden vor allem um Letzteres, aber es gilt zu bedenken, dass auch in der Skalierung viel Vergleichsarbeit enthalten war. Insofern verschränken sich die beiden Begriffe.

Kommensurierungs- und Skalierungsweisen sind in so unterschiedlichen Bereichen wie der Geschichte der Messtechniken, der metrischen Systeme, der Erdwissenschaften oder der Zeiteinteilung untersucht worden. Dabei zeigt sich, wie Skalierungen ein Spannungsfeld zwischen Abstraktion und Partikularität schaffen.[55] Phänomene werden von ihren lokalen Umständen in einen allgemeinen Geltungsbereich, die verbreitete Metrik, überführt. Indem sie Tatsachen ent-lokalisiert, setzt Metrologie Abstraktionen in die Welt. Allerdings, und mit dieser Feststellung hat Simon Schaffer eine vielfältige wissenschaftshistorische Forschung auf den Punkt gebracht, verbleibt solche Ent-Lokalisierung selbst durch ihre eigenen lokalen Ursprünge bedingt.[56] Wenn also Abstraktionen entstehen, diese aber zugleich durch die vorhandenen Bedingungen bestimmt sind, dann lohnt es, den konkreten Vorgang ins Zentrum zu rücken, mit dem Maßstäbe gesetzt werden und zwischen ihnen gewechselt wird. Das Ziel ist also, herauszufinden, durch welche praktischen Interventionen Abstraktionen hergestellt werden. Die erwähnte Afrikanistin Jane Guyer prägte den Begriff der Bewertungsskalen (»valuation scales«) für die konkreten Messformen, die in monetären Praktiken stattfinden.[57] Der Begriff meint die empirisch beobachtbaren Weisen, in denen Akteure Berechnungen anstellen, Zahlen arrangieren, Rangordnungen definieren oder Qualitäten begutachten. Guyers theoretisches Anliegen ist es, zu zeigen, dass in Situationen, in denen

kein einzelner Maßstab vorherrschte, Geld nicht den Tausch von Äquivalenten, sondern asymmetrische Transaktionen auslöste, in denen verschiedene Skalen der Bewertung aufeinandertrafen. Was gelegentlich Arbitrage genannt wird, also die Spanne, die im Übersetzungsprozess zwischen verschiedenen Währungen entstand, wurde von den Beteiligten genutzt. Mit Glück und Geschick ließ sich aus dem Übersetzungsprozess selbst Gewinn schlagen. Zum anderen stehen Übersetzungsprozesse zwischen verschiedenen Bewertungsskalen nicht zwingend, aber häufig als Knotenpunkte zwischen verschiedenen Wertregimes, also zwischen kategorial unterschiedlichen ökonomischen und kulturellen Registern von Wert. Wenn Ostafrikanerinnen beispielsweise die silberne Münze der deutschen Kolonialwährung in Schmuck umwandelten, fand eine Übersetzung zwischen unterschiedlichen Wertregimes statt. Diese haben die Tendenz, von den Beteiligten moralisch und politisch kommentiert zu werden.[58] Sie sind dann kulturell hoch »aufgeladen«, sind regelrechte *Konversionen*, im emphatischen Sinn des Worts.

Bewertungsskalen sind ein fassbares Mittel zur Herstellung von Abstraktionen; die Vorgänge, mit denen eine Skala eingerichtet, unterhalten oder zum Verschwinden gebracht wird, lassen sich beschreiben. Wird den Bewertungsskalen gefolgt, die in monetären Praktiken aufeinandertreffen, dann zeigt sich, wie Abstraktionen erst durch aufwändige Handlungen entstehen. Statt einer fugenlosen, transparenten Fassade wird ein Gewirr an Aufhängevorrichtungen sichtbar. Aber: Etwas anderes ist es, die Bedeutung von Abstraktionen schlicht abzustreiten. Das würde bedeuten, die Geschichte von der Erhabenheit des Kapitals durch eine Andacht gegenüber den Ökologien lokaler Praktiken zu ersetzen. Im Kapitalismus eignet Abstraktionen eine spezifische Qualität. Geld generiert Abstraktionsprozesse, die nicht Lebenswelten ausdünnen, indem sie dort generalisieren, wo vorher Besonderheit herrschte. Vielmehr werden mit dem Geld Abstraktionen in die Welt gesetzt, die Praktiken strukturieren.[59]

»A subtle device for linking the present to the future«

Worin besteht die Kategorie, in der sich das Konfliktfeld Geld entfaltet? Worum es, kategorial betrachtet, in den Kämpfen um die Wertskalen geht, ist Zeit, oder besser: Zeitlichkeit. In der Zeitlichkeit als Kategoriengefüge vollziehen sich die Bewertungsprozesse, aus denen Geld aufgebaut ist. Man kann demnach empirisch nach den Messtechniken fragen, die in den historischen Quellen dokumentiert sind, mit denen Rhythmen, Intervalle, Wendepunkte, Stichdaten, Projektionen und Horizonte strukturiert wurden.[60] Geld gestaltet die Temporalitäten der Wirtschaft, es ist ein durch Zeit transportabler Wert. In der Form von Liquidität erlaubt es, wirtschaftliche Entscheide aufzuschieben: Es hält die Zukunft als Potenzial offen. Als Kredit holt Geld die Zukunft in die Gegenwart und verlängert diese, mit dem Zins als Inkrement, in die Zukunft.

Aus ganz unterschiedlichen Perspektiven ist hervorgehoben worden, wie Geld sich aus Temporalitäten aufbaut. In Umkehr von Benjamin Franklins Bonmot könnte man sagen, Zeit sei nicht Geld, sondern Geld im wesentlichen Zeit.[61] John Maynard Keynes' Beobachtung, wonach Geld ein »scharfsinniges Werkzeug« (»a subtle device«) sei, um die Gegenwart mit der Zukunft zu verbinden, ist häufig zitiert worden.[62] Deshalb erscheint in dieser Betrachtungsweise die Stabilität des Geldwerts so wichtig. Die Art und Weise, wie genau Geld als »Verbindungsglied« zwischen Gegenwart und Zukunft fungiert, hängt von den sich ändernden Vorstellungen ab, die sich wirtschaftliche Akteure von der Zukunft machen, und die auf die Gegenwartslage einwirken.

Für Karl Marx wiederum setzt sich Wert, die dem Geld zugrunde liegende Kategorie, aus abstrakter Arbeit und Letztere aus gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit zusammen.[63] Wert ist in dieser Betrachtungsweise die Form, welche zwei Waren in ein Verhältnis der Austauschbarkeit bringt. Das zugrunde liegende Maß ist eine gesellschaftlich vermittelte, zum abstrakten Durchschnitt aggregierte Menge an *Zeit* menschlicher Anstrengung.[64]

Von Keynes wie von Marx oder Simmel ausgehend sind weiterreichende Vorschläge formuliert worden, die das Geld von seiner Fähigkeit her erklären, die Wirtschaft zu temporalisieren.[65] Ohne

dass man sich also einer bestimmten Theorierichtung anschließen muss, kann festgehalten werden, dass Geld als gesellschaftliches Verhältnis entscheidend von einem Arrangement von Temporalitäten seinen Ausgang nimmt. Mir geht es hier nicht darum, einer einzelnen Theorie den Vorzug zu geben; mein Vorhaben ist auf einer anderen, stärker beobachtenden Ebene angesiedelt. Aber etwas wird systematisch in den Vordergrund gerückt: In den Momenten, die im Folgenden besprochen werden – und die als Krisenmomente speziell waren, aber auch besonderen Erklärungswert haben –, war Geld ein zutiefst widersprüchliches Verbindungsglied zwischen Gegenwart und Zukunft. Stellen wir uns Geld als Zeitmaschine vor, dann als eine von Grund auf unausgeglichene Zeitmaschine. Statt einer vektoriellen Ausrichtung von der Gegenwart auf die Zukunft oder einer zyklischen Schlaufe der Akkumulation findet vielmehr eine permanente Kollision verschiedener Temporalitäten statt. Wenn, wie eingangs festgestellt, Imperialismus davon abhängt, Ungleichwertiges gleichwertig zu machen, dann stellt dies in letzter Instanz ein temporales Problem dar, eine Frage der Synchronisierung.

So beginnt sich über die verschiedenen Fälle hinweg ein Muster abzuzeichnen. Auf jedem Schauplatz der kommenden Kapitel treffen verschiedene Temporalitäten aufeinander. Der Wucherdiskurs des späten 19. Jahrhunderts in Deutschland stellte den Wucher als rückständiges Phänomen dar, das nicht in eine moderne Ökonomie passte. Aber nicht nur auf der Ebene historischer Zeiten, auch auf der Interaktionsebene wurden Spannungen zwischen verschiedenen Zeiten festgestellt. Das Opfer eines angeblichen Wucherers galt als in ein Netz von Verpflichtungen und Fälligkeiten verstrickt, so dass es jede grundlegende zeitliche Orientierung verlor. Im selben Moment, ab den 1870er-Jahren, entwarf die marginalistische Ökonomie ein Modellsubjekt, den Homo oeconomicus, das es erlaubte, alle wirtschaftlichen Aktivitäten als abstrakte Tauschakte zu verstehen. Die Rationalität dieses Modellsubjekts hing von seiner Fähigkeit ab, die Kette aus Zwecken und Mitteln von Handlungen in die Zukunft zu verlängern. Geld als eine zivilisatorische Erfindung war der Schlüssel zu diesem Prozess. Während der Marginalismus den Anspruch erhob, ökonomische Gesetze auf anthropologischer Grundlage zu erklären,

beruhte genau dieser Begriff von Gesetzen auf Vorstellungen von zivilisatorischen Stufen, die nicht so sehr als Fortschritt, sondern als eine fortlaufende hierarchische Unterdrückung minderwertiger Formen dargestellt werden. Diese spannungsgeladene Zeitlichkeit der Zivilisation lässt sich weiter ausloten, wenn man das koloniale Beispiel analysiert. Die deutsche Rupie in Ostafrika war zunächst von den Erwartungen über die Zukunft bestimmt, die sich deutsche Kolonialherren und sansibarische Geldwechsler im Gefüge zwischen dem British Empire und dem deutschen Kaiserreich machten. Vor Ort, in den Gesellschaften Tansanias fungierte das Bargeld als Infrastruktur des Kolonialismus – und setzte als solche nochmals eine ganz andere Temporalität. Seine charakteristische Zeitlichkeit war Langsamkeit, nicht Beschleunigung. Wie erwähnt, versickerte das Bargeld ständig. Aber auch wenn es als Steuern vom Kolonialstaat eingetrieben wurde, gelangte es nur mit Mühe wieder in Umlauf. In den Distrikthauptquartieren stapelten sich die Pesas, die kleinen Kupfermünzen, mit denen Afrikanerinnen und Afrikaner die Steuern zahlten. »Ein Zurückfließen der Pesa in den Bezirk scheint nicht stattzufinden«, schrieb ein Distriktbeamter an den Gouverneur und schloss, er sei in Sorge, »daß der mühsam eingeführte Geldverkehr wieder zurückgehen wird.«[66]

So wie Langsamkeit das Charakteristikum des kolonialen Bargeldes bildete, so kennzeichnete Geschwindigkeit die Weimarer Inflation. Das Tempo der Geldentwertung machte die täglichen Besorgungen zur beschwerlichen Arbeit. Aber nicht alle Wertspeicher waren gleichermaßen vom Tempo des Währungsverfalls betroffen. Findige Unternehmer und Steuerzahler konnten die Zeit der Inflation zu ihren Gunsten spielen lassen. Teile der Arbeiterbewegung verlangten deshalb, das Spektrum der zur Besteuerung erfassten Werte sei auf jene stabilen Speicherformen auszuweiten, auf die sich die Inflationsgewinner verlegt hatten.

Was also analytisch die verschiedenen Teile verbindet, ist die Bedeutung kollidierender Temporalitäten. Sie sind ein strukturelles Merkmal, das jedes Mal eine andere Ausprägung findet, aber eine gemeinsame Anlage in allen Konfliktfällen ausmacht. Die konstitutiv unebenen Temporalitäten des Geldes führten dazu, dass Synchroni-

sierung nicht Homogenität, sondern immer neue Unterschiede herstellte.

Man kann also sagen, dass sich das Geld als gesellschaftliches Verhältnis nicht mit oder trotz seiner Widersprüche »am Leben erhält«, sondern *durch seine Widersprüche hindurch*.[67]

Historische Konstellationen

Die Vergangenheit spielt eine seltsame Rolle in wissenschaftlichen Reflexionen über das Wesen des Geldes. Sei es in der Ökonomie oder der Soziologie, häufig kommt an entscheidender Stelle eine Ursprungsgeschichte, die erzählt, wie in grauer Vorzeit das Geld in die Welt gekommen ist.[68] Die verschiedenen Ursprungsgeschichten lassen sich in der Regel zwei unterschiedlichen Erklärungen für das Wesen des Geldes zuordnen. Es hat sich eingebürgert, von zwei Theorielagern zu sprechen, die sich gegenüberstehen, Warentheorien versus Anweisungstheorien des Geldes.[69] Warentheorien fassen Geld als Stellvertreter im Tausch zweier Waren; sie betonen horizontale Beziehungen des Markts und machen die Herkunft im Gütertausch aus. Anweisungstheorien sehen das Geld als Mittel zur Schuldentilgung; sie betonen vertikale Beziehungen zu Autoritäten, religiöser Tribut figuriert hier als Ursprung.

Auch heute operieren Geldgeschichten meist auf der allerhöchsten Flugebene, der gespannte Bogen reicht nicht selten von mesopotamischen Tontafeln zu Bitcoin.[70] Dieses Buch wartet mit keiner Ursprungserzählung auf. Vielmehr wird in Kapitel 2 eine besonders einflussreiche Entstehungsgeschichte, Carl Mengers Herleitung des Geldes aus dem Gütertausch, in ihrem eigenen Entstehungskontext, dem liberalen Imperium der Habsburger, situiert. Der Drang zum Ursprung lässt sich hier an einem konkreten Fall historisch festmachen, und es lässt sich zeigen, wie für Menger Geld dazu diente, eine kontinuierliche Geschichte von Privateigentum, Markt und Zivilisation zu entwerfen. Ich nehme auch nicht Partei für einen der beiden großen Ansätze, die Waren- oder die Anweisungstheorie; vielmehr wird in einem Intermezzo zwischen Teil I und II, einer Randglosse zu Mengers Lektüre von Georg Friedrich Knapps »staat-

licher Theorie des Geldes«, etwas von der Irritation gezeigt, welche die Argumente der einen Partei bei der anderen auslösten. Obgleich oben der Vorgang der Geldschöpfung im modernen Kapitalismus mittels einer Variante der Anweisungstheorie angesprochen worden ist, erscheint in vielen Situationen Geld als ein Mittel, das Waren repräsentiert und zwischen ihnen übersetzt – anders gesagt: Geld ist *auch* Tauschmittel.

Der Untersuchungsgegenstand Geld verspricht eine Möglichkeit, das Theoretische historisch zu denken und das Historische theoretisch zu durchdringen. Dabei liegt mir explizit nicht an Letzterklärungen, sondern an einer ausschnitthaften Erzählung, die eine systemische Ebene vermeidet. Das betrifft auch den Status, den Theorie in diesem Buch einnimmt, das einen theoretischen Anspruch hat, aber Theorie speist sich hier aus der Komplexität der Fälle selbst; sie vollzieht sich sozusagen »konkret«, das heißt, es wird auf jene Generalisierung verzichtet, die theoretische Arbeiten in der Regel kennzeichnet.[71]

Das Ergebnis ist eine ausschnitthafte Geschichte. Historikerinnen und Historiker strukturieren nicht nur ihre Erzählung selbst, sie gestalten auch ihr Objekt. Das zeigt sich an einem Gegenstand wie Geld besonders: Ohne Konstruktionsarbeit handelt unversehens die Geschichte von allem, was getauscht wird und von jedem Menschen, der tauscht.[72] Meine Aufmerksamkeit gilt dem Spezifischen eines Gegenstands, der häufig für das Allgemeine schlechthin gehalten wird. Sie gilt Geld als sozialem und epistemischem Konfliktfeld, in dem aufwändige Übersetzungen zwischen verschiedenen Maßstäben stattfinden. Die drei Teile sind keine Fallbeispiele, die zum systematischen Vergleich anregen. Ich möchte sie als Konstellationen betrachten. Der Begriff ist mit Walter Benjamin in Analogie zur »Gestirnskonstellation« zu verstehen: eine Anordnung, wie die Verbindung zweier Himmelskörper, die jemand von der Erde aus beobachtet.[73] Konstellationen haben eine objektive und subjektive Dimension. Die Objekte sind konkret vorgefunden, sie stehen da in ihrer komplexen Materialität. Aber zugleich bewegen sie sich. Die Betrachterin, der Betrachter sieht das Gegebene je nach Perspektive wieder anders arrangiert: Das Ergebnis der Gegenüberstellung ist nicht vorherseh-

bar.[74] Die in diesem Buch in den drei Teilen dargestellten Momente stehen einerseits für sich, laden aber auch dazu ein, Querverbindungen herzustellen. Wie können wir die Rationalitätsannahme, die mit der Figur des Homo oeconomicus in der Wirtschaftswissenschaft des späten 19. Jahrhunderts Einzug hielt, neu betrachten, wenn wir sie mit dem Stichwort »Wucher« zusammenbringen, also einem negativen Gegenbild, über das eine Normalisierung von monetären Austauschverhältnissen betrieben wurde? Und auf welche Weise ist in beiden Fällen die entsprechende Modellvorstellung von Geld in imperialen Zivilisationsideen verankert (Teil I)? Wie verändert sich wiederum der Nexus aus Geld und Zivilisationsideen, wenn die koloniale Situation in den Vordergrund gerückt wird? Welche Gewalt und Fragilität zeigt sich, wenn Geld als Infrastruktur des Kolonialismus mit einem Fokus auf Steuern und Seigniorage untersucht wird (Teil II)? Wenn wir nachvollziehen, wie koloniales Geld erst durch Übersetzungsprozesse über verschiedene Skalen hinweg wirksam wurde, inwiefern könnte dies unser Bild der Weimarer Inflationszeit verändern? Und blickt man von den Straßenprotesten statt vom Kabinettssaal her auf den Prozess der Geldentwertung, auf welche Weise erscheinen dann Grundfragen zum Geld – Fragen nach seinem Wert und seinem Wesen (Teil III)?

I. Ökonomische Rationalität nach der Gründerkrise

1. Wucher und Wirtschaftssubjekte

»Er hat zwar nichts gelernt, nicht einmal schreiben oder lesen, blos rechnen kann er.«

Gezel Wilkenfeld, von dem hier die Rede war, stand häufig vor Gericht. Die Wiener Presse beschrieb den galizischen Juden stets verächtlich: »[S]ein Gesicht und sein Charakter weisen, wenn nicht die gleiche Farbe, so doch den gleichen Grad an Schmutz auf.«[1] Im Frühjahr 1874 wurde er wegen Betrugs verhaftet. Die Zeitungen berichteten, Wilkenfeld sei »der König aller Wucherer«.[2] Während des aufsehenerregenden Prozesses wurde er mit dem ganzen antisemitischen Arsenal als Karikatur dargestellt. Der »kleine Mann im langen Kaftan und mit den sorgfältig gedrehten Löckchen« repräsentiere »die Personification des crassesten Wuchers«.[3] Der Angeklagte wurde als ungebildet und rückständig, aber ebenso als arglistig beschrieben. Seit jeher handle er kühl kalkulierend: »Im zarten Knabenalter wußte Götzel [sic] schon, was Borgen und Zinsennehmen ist, und was sonst Kindern ein hölzernes Pferd oder ein Gummiball ist, war für den kleinen Wilkenfeld ein ›Wechsele‹ und die Pietät hiefür hat sich bei ihm unversehrt erhalten und gesteigert.«[4] Wilkenfeld, fand die Presse einhellig, habe seine Geldgeschäfte im Graubereich der Legalität treiben können. Erst eine Unachtsamkeit hätte ihn zu Fall gebracht, denn in Österreich-Ungarn gäbe es keine Gesetze gegen den Wucher. So sei Wilkenfeld, befand die liberale *Neue Freie Presse*, »die unsäglich widrige Verkörperung unsäglich widriger Verhältnisse.«[5]

Der Verweis auf die galizische Herkunft des angeblichen Wucherers, der schließlich zu drei Jahren schwerer Kerkerhaft verurteilt

wurde, geschah bewusst.[6] Dort, in der Peripherie des habsburgischen Imperiums, waren zuerst Ängste und Feindbilder über manipulative Geldgeschäfte in legislative Debatten übersetzt worden. 1877 wurde für Galizien und die Bukowina ein neues Gesetz gegen den Wucher beschlossen, dessen Grundzüge rasch im gesamten deutschsprachigen Raum übernommen wurden: ab 1878 in verschiedenen schweizerischen Kantonen, 1880 im deutschen Kaiserreich und 1881 in ganz Österreich-Ungarn.

Im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts avancierte der Begriff »Wucher« zu einer Krisendiagnose, die Geldpraktiken auf Prekarität und Rückständigkeit bezog. Die antisemitische Dämonisierung des angeblichen Wucherers Wilkenfeld, der zugleich als durchtrieben *und* primitiv erschien, gibt einen Fingerzeig auf die Vielgestaltigkeit des Begriffs. »Wucher« verkoppelte auf spannungsreiche Weise moralische und ökonomische Dimensionen monetärer Austauschbeziehungen – und bezeichnete einen strafrechtlichen Tatbestand.

Was das wahrgenommene Problem des »Wuchers« anzeigte, war eine Störung der Geldzirkulation. Mehr noch als Momente, in denen der Kredit versiegte und Geldsuchende vom Geldzufluss abgeschnitten wurden, weil der Preis des Geldes in die Höhe geschossen war, waren mit »Wucher« Situationen gemeint, in denen Geld – das Medium der Rechenhaftigkeit schlechthin – verwuchert: sich ins Irrationale auswächst, überbordet und durchdreht. Während des langen Nachbebens des Finanzcrashs von 1873, dem »Gründerkrach«, der eine Deflationsphase einleitete, wurden mit »Wucher« Geldbeziehungen bezeichnet, die als friktionsbeladen, intransparent und krass asymmetrisch galten. Damit wurde – über die Konturierung ihrer Abweichung – eine Normalisierung monetärer Austauschbeziehungen betrieben, die eben das Gegenteil zu sein hatten, die also reibungsfrei, transparent, symmetrisch oder in einem Wort: modern sein sollten. Hinter der Rede vom Wucher standen die Zurichtung ökonomischer Subjektivität und der Durchbruch einer bestimmten Rationalität.

Dieses Kapitel beleuchtet anhand der eng gefassten Episode eines juristischen Problems – der Neudefinierung des Wuchers als strafrechtlicher Tatbestand im späten 19. Jahrhundert – eine weitere

Geschichte über Geldbeziehungen und –zirkulation. Folgende Frage lag der Neuausrichtung der Wuchergesetze zugrunde: Wie genau könnte in einer Gesellschaft, in der doch freie Marktbeziehungen gelten sollten, eine Grenze gesetzt werden, die legitimen und illegitimen Gewinn aus einem Geldgeschäft trennte? Die neuen Wuchergesetze fanden auf diese Frage eine differenzierte Antwort. Als »Wucher« galt nun nicht mehr eine bestimmte Höhe eines Geldbetrags oder Zinssatzes, sondern »die Ausbeutung der Notlage, des Leichtsinns oder der Unerfahrenheit« der bewucherten Person.[7] Statt einer objektiven Marke rückte die subjektive Kapazität des Opfers zum rationalen Handeln in den Mittelpunkt. So drehte sich die Debatte im Kern um ökonomische Subjektivität und Rationalität. Mit ihr wurde Geld als eine soziale Beziehung kanalisiert, die einer reibungslosen Zirkulation (dem Ideal des ökonomischen Liberalismus) zu folgen hatte.[8] Denn, wie im Folgenden gezeigt wird, bestand aus der Perspektive sozialpolitischer und juristischer Reformer Wucher aus einem Durcheinander der Kalkulationsweisen und Austauschpraktiken, in denen verschiedene Bewertungsskalen und Zeitskalen zusammengeworfen wurden. Das antisemitische Feindbild des jüdischen Wucherers erscheint dabei als eine Fetischisierung, in der manche Austauschbeziehungen skandalisiert und andere naturalisiert wurden.

Der Begriff des Wuchers hat weite semantische Hallräume. Er fügt sich in Diskurse über das Finanzwesen und die politische Ordnung ein, die ins Hochmittelalter zurückreichen.[9] Während die kanonische Lehre den Wucher seit dem 12. Jahrhundert verstärkt verurteilte, gab es keine durchgängig einheitliche Theorie des Zinsnehmens. Zu vielfältig waren die ökonomischen Lagen und die gelehrten Debatten, in denen das Wirtschaften auf Profit keineswegs einhellig verdammt wurde. Aber ein wiederkehrender Satz an Topoi zog sich durch: dass die Juden nur den Mammon liebten, dass sie skrupellos nach Profit strebten – weshalb *usuria* das Gegenteil von *caritas* darstellte – und dass sie zu diesem Zweck Finanzinstrumente manipulierten.

Die Figur des jüdischen Wucherers stellte eine Negativschablone dar, die sich auf inakzeptables Verhalten nichtjüdischer Händler – etwa der Lombarden oder der Cahorsiner – legen ließ. Weil angesichts der ökonomischen Vielfalt keine Klarheit herrschte, was genau

denn ein *korrektes* kaufmännisches Verhalten wäre, kannte dieses Template flexible Einsätze.[10]

Vor dem Hintergrund der ökonomischen Expansion des 16. Jahrhunderts setzten Reformatoren die mittelalterlichen Diskursstränge fort. Martin Luther widmete nicht weniger als vier Schriften explizit dem Wucher, er denunzierte die Finanzmaschinerie der katholischen Kirche als Wuchertum und setzte in den 1540er-Jahren den Wucherer mit dem Teufel gleich. Die Wucherverdammung fügte sich in Luthers zeitweise eliminatorischen Antisemitismus.[11] Im 17. Jahrhundert verfestigte sich eine Ursprungslegende von der jüdischen Erfindung der Wechselpapiere, also dem kosmopolitischen, privaten Papiergeld der Kaufleute, durch das seit dem Mittelalter komplexe Finanzgeschäfte abgewickelt wurden. Francesca Trivellato zeichnet nach, wie in der Auseinandersetzung mit dem »jüdischen« Wechsel Argwohn und Euphorie über die Möglichkeiten des Finanzwesens in der frühneuzeitlichen Marktgesellschaft zur Sprache kamen.[12] Während des 18. Jahrhunderts avancierte die Figur des »Kornjuden«, einer generalisierten Bezeichnung für als skrupellos betrachtete Getreidegroßhändler, zum Gegenbild der obrigkeitlichen Versorgungspolitik.[13] Dem Begriff »Wucher« eignete im Deutschen, im Unterschied zum Englischen oder Französischen, ein weiter Bedeutungskranz von illegitimen, manipulativen Marktpraktiken aller Art.[14] Antisemitische Gewaltakte im 19. Jahrhundert, die auf die jüdische Emanzipation reagierten, hakten immer wieder beim Feindbild des Wucherers ein.[15]

Die historischen Tiefenschichten des Wucherdiskurses reichten also weit zurück. Besonders ist die immer wiederholte antisemitische Dichotomisierung von Arbeit gegen Handel, Produktion gegen Finanz, hervorgehoben worden.[16] Allerdings tritt in den Ausschnitten des Wucherdiskurses, die auf den folgenden Seiten erörtert werden, ein anderes Element stärker hervor als die abstrakte Hochfinanz: nämlich rückständige Prekarität. Wucher erscheint in den hier untersuchten Quellen als ein Problem »schmutziger Rückständigkeit«, nicht gleißender Abstraktheit. Derek Penslar hat von der »Doppelhelix« des ökonomischen Antisemitismus gesprochen, mit den Juden als unzivilisierten Paupers auf der einen Seite und plutokratischen

Finanzverschwörern auf der anderen.[17] Hier steht gewissermaßen die prekäre Unterseite einer solchen »Doppelhelix« im Vordergrund.

Der Wucherdiskurs weist Kontinuitäten auf, aber er ist auch historisch spezifisch. Mit der Zunahme des politischen Antisemitismus im späten 19. Jahrhundert gehörten Konservative zu denjenigen, die am vehementesten angebliche Wucherpraktiken anprangerten[18] Dieses Kapitel versucht beide Aspekte, die lange Dauer des Wucherdiskurses ebenso wie die Mobilisierung der politischen Rechten einzubeziehen, legt aber das Augenmerk besonders auf einen dritten Faktor, nämlich liberale Modernisierer, denen im Kampf gegen den Wucher daran gelegen war, alltägliche Geldpraktiken der Unterklassen neu zu ordnen.[19]

Zunächst wird erzählt, warum und auf welche Weise neue Wuchergesetze im Habsburgerreich und kurze Zeit später im deutschen Kaiserreich eingeführt wurden. Danach wird der weitere Kontext, nämlich Debatten über das Finanzwesen nach dem »Gründerkrach«, beleuchtet. Es folgt eine Sichtung derjenigen Geldpraktiken, mit denen die Modernisierer aufräumen wollten, und anschließend wird gezeigt, wie liberale Sozialreformer, am prominentesten der Verein für Socialpolitik, im Wucher prekäre Austauschverhältnisse ausmachten. Die übergreifende These, die mit den Debatten über den Wucher ausgelotet wird, besteht darin, dass mit der Abweichung und der Begradigung der Geldpraktiken, die von der Krisendiagnose »Wucher« geleistet wurden, ein Schlaglicht auf die Geschichte ökonomischer Rationalität geworfen werden kann.

»Wie Sklaven«

Während in Wien Gezel Wilkenfeld vor Gericht stand, wurde im galizischen Landtag und im Reichsrat über den Wucher verhandelt.[20] In den Debatten verfestigte sich »Wucher« zu einem Deutungsmuster, dessen einzelne Stränge allerdings vielstimmig verliefen. Während die Vorstöße von den Konservativen kamen, konnten Liberale gleichfalls Krisendiagnosen und Lösungsvorschlägen zustimmen, denn diese richteten den Problemfokus auf die defizitäre Rationalität rückständiger Subjekte, die von komplexen Geldgeschäften überfordert

waren – eine Diagnose, die an Vorstellungen von Erziehung, Fortschritt und der Notwendigkeit geistiger Vormundschaft anschließen konnte.[21]

Der Abgeordnete Andrzej Rydzowski stellte im Reichsrat eine Anfrage, die hohe Wellen schlug.[22] Die konservativen Parlamentarier des sogenannten Polenklubs, der die Interessen galizischer Landbesitzer vertrat und im Reichsrat großes Gewicht hatte, attackierten die Regierung, indem sie argumentativ das Problem bäuerlicher Verschuldung mit einem entgleisten »Börsenliberalismus« verknüpften.[23] In Galizien führten diese Debatten zu einem 1877 verabschiedeten »Gesetz betreffend die Abhilfe wider unredliche Vorgänge bei Creditgeschäften«. Der Gesetzesentwurf fand auch auf liberaler Seite Zustimmung, denn der Vorschlag orientierte sich an analogen Bestimmungen zum geschäftlichen Schutz von Minderjährigen.[24] Bedingung für den Tatbestand des Wuchers war ein »geistiges Unvermögen« des Bewucherten, das heißt eine »Unerfahrenheit in Geschäftssachen«, eine vorübergehende finanzielle »Bedrängniß« oder eine »Gemüthsaufregung« in Folge Alkoholkonsums.[25]

Das Gesetz vollzog somit gerade keine scharfe konzeptuelle Wende, denn bereits 1866 waren kurzzeitig ähnliche Paragrafen formuliert worden, die eine schon lange gehegte Ansicht spiegelten, dass Kreditgeschäfte, die unter Ausnutzung der »Unerfahrenheit oder der Nothlage« zustande kamen, zu unterbinden seien.[26] Dieser Common Sense, dass gewisse Marktteilnehmer zu schützen seien, stand in den 1870er-Jahren in verändertem Kontext und erhielt verstärkte politische Aufladung.

Besondere Befürchtungen erregten die Gastwirtschaften als Kontaktzonen der Kreditaufnahme. Jene wurden mit Juden assoziiert, und dubiose Verträge wurden dem Alkoholkonsum zugeschrieben.[27] Deshalb wurde das Wuchergesetz für Galizien 1877 zusammen mit einem Gesetz zur Bekämpfung der Trunkenheit lanciert. Die antisemitisch aufgeladene Alkoholfrage und die Wuchergesetzgebung überlappten sich: Beide zielten auf kulturelle Grenzziehung, und beide machten als Kern das Problem mangelnder Rationalität aus.

Ein Hintergrund, vor dem die entsprechenden Befürchtungen aufkamen, waren strukturelle Veränderungen des Boden- und Kre-

ditmarkts in Galizien. Nach der Ablösung der Grundlasten 1848 traten in den gutswirtschaftlich geprägten Strukturen an die Stelle der Gutsherren jüdische Gläubiger als Intermediäre. 1867 wurden die Restriktionen gegen Juden auf dem Bodenmarkt aufgehoben. Juden, im Osten des Kronlandes rund 13 Prozent der Bevölkerung, stiegen in das Agrargeschäft ein – ohne freilich eine dominante Stellung zu erreichen – und erlangten in der zweiten Hälfte der 1870er-Jahre als nichtinstitutionelle Gläubiger eine erhöhte Sichtbarkeit.[28] Hinzu kam eine Welle von Zwangsversteigerungen.[29] Als der Abgeordnete Rydzowski entsprechendes Datenmaterial bekanntgab, sorgte dies für Aufruhr im Reichsrat: Jährlich würden die Zwangsversteigerungen um das Anderthalbfache ansteigen, und ihre Zahl habe im Jahr 1874 525 Prozent im Vergleich zu 1867, dem letzten Jahr vor der Abschaffung der Wuchergesetze, betragen.[30] Der liberale galizische Abgeordnete Max Menger, ein Bruder des Ökonomen Carl Menger, der im folgenden Kapitel zur Sprache kommt, stellte diese Zahlen in einen anderen Zusammenhang. Er wies darauf hin, dass Galizien relativ zur Zahl der Grundbesitzer und zur Fläche des Kronlandes weniger Versteigerungen verzeichne als andere Gegenden. Es durchlaufe, ökonomisch betrachtet, »nothwendige Natursprocesse«, die nach der Grundlastenablösung allmählich mittelgroße und größere Betriebe entstehen ließen.[31] Liberale wandten zudem ein, dass auch der polnische Landadel, und nicht allein jüdische Kreditvermittler, hohe Zinsen verlangen würden.[32] Unbestritten war der erhöhte Kapitalbedarf der Landwirtschaft, da die Güter nun frei teilbar waren und neue Anbaumethoden aufkamen. Die Zwangsversteigerungen wurden häufig, später, ab 1880 sogar überwiegend, von Banken betrieben.[33] Gleichwohl plädierten Experten für den Ausbau institutioneller Kreditbeziehungen im durchgängig von Kapitalmangel geprägten Land.[34] Regionale Beamte machten zudem in anderen Teilen des Imperiums die Gründerkrise verantwortlich für den Kapitalmangel.[35] Galizien wurde in der Folge verstärkt von überregionalen Finanzflüssen abhängig, wodurch sich die Verflechtung bei gleichzeitiger Peripheralisierung intensivierte. Damit einher gingen verstärkte Ausschlussmechanismen, zuvorderst gegen die Intermediärrolle von Juden.[36] Kreditgenossenschaften, die die Experten einzuführen emp-

fahlen, wirkten entscheidend mit an diesem Ausschluss und an der »Ethnisierung der sozialen Beziehungen.«[37]

Die Wucherdebatten der 1870er-Jahre unterschieden sich in einem Punkt grundsätzlich von früheren Auseinandersetzungen zum Thema. Es ging nicht mehr darum, eine bestimmte Zinshöhe festzulegen, von der ab ein Kreditgeschäft als wucherisch gelten sollte. Im deutschsprachigen Raum hatten die alten Wuchergesetze solche Regelungen bis ins 19. Jahrhundert vorgeschrieben.[38] Aber nach der Jahrhundertmitte wurden aus allen Strafgesetzen die Wucherparagrafen gestrichen. Paradoxerweise hatten damals Krisenmaßnahmen den Ausschlag für die Abschaffung der Wuchergesetze gegeben, genauso wie zwei Jahrzehnte später eine Krise deren Wiedereinführung in revidierter Form antrieb. Angesichts der globalen Handelskrise, die 1857 einsetzte, wurde die Obergrenze der Zinssätze zugunsten einer notfallmäßigen Kreditversorgung aufgehoben. Das preußische Staatsministerium unternahm als Erstes einen solchen Versuch, um den Kreditmarkt zu beleben, als im Herbst 1857 aufgrund der »Wirkungen der Amerikanischen Handelskrisis« von der Hafenstadt Hamburg aus eine Welle von Konkursen ein allgemeines »Mißtrauen und Kreditlosigkeit« in der deutschen Geschäftswelt verbreiteten.[39] Ähnliche Bestimmungen wurden im Preußisch-Österreichischen Krieg 1866 erneuert, und schließlich wurden 1867 die Wucherbestimmungen im Kaiserreich, 1868 im Habsburgerreich, endgültig abgeschafft.[40] Zwar bestand in der Politischen Ökonomie eine traditionsreiche Argumentationslinie, die, wie Jeremy Benthams Schrift *Defence of Usury*, für ungehinderte Zinsbewegungen plädierte, um einen freien Fluss des Geldes zu gewährleisten.[41] Damit stellte sich Bentham gegen Adam Smith, der eingewandt hatte, dass mit unregulierten Zinsen risikobehaftete »prodigals and projectors« als Kreditanwärter die übrigen Schuldnerinnen und Schuldner verdrängen würden.[42] Aber es waren praktische Interventionen, nicht Grundsatzerwägungen, die im deutschsprachigen Raum der Haltung zum Durchbruch verhalfen, dass Geld »wie jede andere Waare rücksichtlich des jeweiligen Preises dem Gesetze der Concurrenz des Angebotes und der Nachfrage unterworfen« sei, wie ein Habsburger Minister sich 1858 ausdrückte.[43]

Dies alles änderte sich mit der Krisenkaskade der 1870er-Jahre. Nun debattierten Experten und Politiker Fragen der Autorität und Ordnung. Unter ihnen herrschte die Meinung vor, die Untertanen in der imperialen Peripherie seien in die Fänge skrupelloser Wucherer gelangt. Darunter verstanden sie in der Epoche nach der Abschaffung der Leibeigenschaft neue, von den politischen Herrschern und den Grundbesitzern nicht mehr kontrollierbare Abhängigkeitsverhältnisse. Galizische Abgeordnete zeichneten im habsburgischen Reichsrat das Bild ökonomischer Verwüstung durch den Wucher, und ein Ökonom aus Czernowitz sekundierte mit Blick auf die Bukowina: Wenn nicht rechtlich, so seien die Bewohner doch faktisch bis vor Kurzem Leibeigene gewesen und würden sich »noch heute wie Sklaven fühlen.«[44] Im Hinterland würde eine undifferenzierte Masse an Bauern und Bäuerinnen hausen: »Wir haben ja keine organische Gesellschaft vor uns, kein Volk, keine Nation«, sondern nur Menschen, »deren gedrücktes Wesen, ihr sklavisch unterthäniges Benehmen« jedem fremden Besucher auffallen würde.[45] Ebenso verhängte der Preußische Landtag 1879 nach Missernten und Überschwemmungen in Oberschlesien den »Notstand« über diese Region an der Grenze zu Russland, und der Finanzminister berichtete, der Wucher habe dort die »an sich arme und bedrängte Bevölkerung« mit einem »unzerreißbaren Netz umsponnen«.[46] Durch die Schuldenbeziehungen würden die kleinen Landwirte »in die Gewalt und Abhängigkeit ihrer Gläubiger geraten« und von diesen »fast als Sklaven« geknechtet.[47] Die polnisch sprechende Bevölkerung kennzeichne ein »Mangel an Geschäftskenntnis, an Sparsinn, sklavische Leichtlebigkeit und Unzuverlässigkeit«, und hinzu komme, dass in den polnischen Dörfern die Grundlasten später abgelöst worden seien als in den deutschen.[48] Ein Landrat aus Ratibor in Schlesien schlug vor, für die Dauer von zehn Jahren eine »Dictatur« einzurichten und die Bevölkerung »unter ein zwar strenges aber zugleich wohlwollendes Regiment zu stellen«.[49] Solche Reflexionen aus Kreisen der Großgrundbesitzer riefen den eigenen Machtverlust in der Epoche nach der Grundlastenablösung in Erinnerung. Der Junker Hans Hugo von Kleist-Retzow, der den entscheidenden Vorstoß zu einem Wuchergesetz im deutschen Reichstag machte, verband die Abhängigkeit

durch Schulden mit der Sorge um verlorene Kontrolle über die Landbevölkerung: »Wir hatten früher die Lehnshoheit und die Lehnsdienste; sie waren basirt auf das Feudum, auf Treu und Glauben, nach oben und unten […].« Heute würde hingegen, so Kleist-Retzow weiter, »die mächtige egoistische Kapitalsherrschaft ohne sittliche Grundlage« über das Volk herrschen.[50] Mit der Krisendiagnose Wucher verhandelten Experten im imperialen Zentrum Fragen von Macht und Kontrolle. Wucher bedrohte für sie die hergebrachte gesellschaftliche Hierarchie.

Prekäre Verhältnisse im Blick

Was ihren Blick auf die ländliche Bevölkerung betraf, so hingen liberale Politiker und Experten denselben Vorstellungen an wie ihre konservativen Kollegen. Stumpf und rückständig, seien die Bauern an der Peripherie außerstande, komplizierte Geldgeschäfte zu verstehen. In der Problemlage der neuen Wuchergesetze standen, so drückte sich der österreichische Justizminister im Reichsrat aus, auf der einen Seite die hilflosen Opfer, denen die »die geistige Kraft« fehlte, zu verstehen, was mit ihnen geschah und die deshalb »immer unrettbarer in Verwirrungen« kamen, und auf der anderen Seite »schlaue Menschen«, welche die Opfer »arglistig verlocken« würden.[51] Die Regierung war gegen die Forderung galizischer Abgeordneter, dass ein Gläubiger ab einem Zinssatz von 12 Prozent keinen Rechtsschutz mehr erhielte.[52] Statt eine Obergrenze der Zinsen wieder einzuführen, wurden die Kreisläufe der Alltagsökonomie kritisch bewertet. Im deutschen Reichstag wurde deshalb der Vorstoß des (konservativen) Abgeordneten Kleist-Restzow, der sich am österreichischen Vorbild orientierte, als »zehnmal liberaler« bezeichnet als die Gesetze im liberal regierten Ausland.[53] Kleist-Retzows Initiative erhob die »Ausbeutung« der Notlage, der Unerfahrenheit oder des Leichtsinns zum Kriterium für die Beurteilung, ob Wucher vorliegen würde.

Mit »Ausbeutung« zog eine Begrifflichkeit in die Debatte, die exzeptionelle Verhältnisse und radikal asymmetrische Beziehungen in der Ökonomie der Unterklassen zum Gegenstand juristischen Ermessens machte. Die Wirtschaft des Notbehelfs stand bei der

Wuchergesetzgebung im Vordergrund, und zwar auch dann, wenn, wie beispielsweise in der Schweiz, keine imperiale Konstellation vorlag. Während also Befürchtungen über Kontrolle und Autorität in den vielgliedrigen Staatsgebilden des Habsburgerreichs und des deutschen Kaiserreichs den Wucherdebatten entscheidende Impulse gaben, würde es zu kurz greifen, die Krisendiagnose des Wuchers allein peripheren Verhältnissen zuzuschreiben. Vielmehr zeigt ein Seitenblick auf das schweizerische Beispiel, wo früh ebenfalls wieder Wuchergesetze eingeführt wurden, dass primär prekäre Ökonomien im Fokus der Wucherdebatten standen. Solche Ökonomien lagen vielfach, aber nicht zwingend an der imperialen Peripherie.

Gleich nach dem Gesetz für Galizien folgte 1878 der Kanton Solothurn in der Nordwestschweiz – nicht eben ein semikoloniales Territorium, aber eine ländliche Region, die ab der Jahrhundertmitte eine vergleichsweise rasche Industrialisierung durchlief und in der es zu diesem Zeitpunkt noch keine Kantonalbank gab.[54] Ein Regierungsrat vertrat die in weiten Kreisen geteilte Meinung, es sei »unmöglich und praktisch nicht durchführbar, ein Zinsmaximum festzustellen. 10 Prozent kann unter Umständen Wucherzins sein, unter Umständen aber auch nicht.«[55] Auch in Solothurn wollte man einen »Geldsuchenden«, den die »Noth, die geistige Beschränktheit oder den Leichtsinn« an einen Wucherer geraten ließ, schützen.[56] Etwas anders als in der Diskussion über Galizien und wenig später in Deutschland wurde der zentrale Begriff Ausbeutung durch eine Zins- oder Provisionshöhe definiert, die zu »den herrschenden Geldpreisen« in einem »offenbaren Mißverhältniß« stand.

Geld sei nicht einfach eine Ware, die man je nach Geschmack begehren könne oder eben nicht, wie »farbige Tapeten«, warf ein Berner Großrat und Wirt ein: Geld sei Macht und müsse deshalb mit einem gesetzlichen Zinsfuß staatlich reguliert werden.[57] Der Autor schrieb den Wucher einerseits einem vagen, nicht näher ausgeführten Großkapital zu, andererseits einer prekären Wirtschaftsweise, mit der das solide Gewerbe durch »Wucherer, Grempler, Pfuscher und Hausirer« in den Untergang getrieben würde.[58] Prekarität und Machtasymmetrie in Geldsachen bildeten auch im Kanton Zürich die Leitmotive, die mit den mobilen Werten der Pfandleihe des

Hausierwesens verbunden wurden. Das zürcherische Gesetz gegen den Wucher von 1884 regulierte die Pfandhäuser neu, weil davon ausgegangen wurde, dass hier die Verpfänder jeweils aus einer Notlage heraus ihre Wertsachen versetzten.[59] Auch in der Stadt Basel wurden Hausierer und die Pfandleihe am Ursprung des Wuchers ausgemacht.[60] Nirgendwo wurden aber Zinstaxen wiedereingeführt. Wie die schweizerischen Beispiele zeigen, waren die Ordnungsvorstellungen, die in der Krisendiagnose Wucher Ausdruck fanden, adaptionsfähig auf vielerlei Kontexte, und sie erwiesen sich als laufend ausbaufähig.

Debattierten liberale Experten über den Wucher, nahmen sie die prekäre Ökonomie der Unterklassen ins Visier. Hier machten sie problembelastete Kreisläufe des Geldes aus. In Reinform würden die Gesetze der Nationalökonomie nur in den höheren Arenen der Wirtschaft, wie dem Weltmarkt oder der Börse, wirken.[61] Im Dickicht der Alltagswirtschaft hingegen, in den »unteren Schichten des Verkehrs«, würden »die beschränkten Verhältnisse, welche niedern Stufen der Kultur entsprechen«, fortleben. Dort würden kleine Schuldner nicht zu produktiven Zwecken, sondern in »bitterster Noth« Kredit aufnehmen und seien durch »Mangel an Bildung« außerstande, die Folgen abzuschätzen. Umso weniger würden die Gesetze der Politischen Ökonomie in Ländern mit »niedriger Stufe der Entwicklung« wirken, wie überhaupt »die Lehren der Nationalökonomie nur auf civilisirte Zustände« anwendbar seien.[62] Wenn die Wucheropfer auf ihre bürgerlichen Beobachter »wie Sklaven« wirkten, lag das an rückständigen Verhältnissen, in denen die Gesetze des Markts erst eingeführt und das Geldwesen neu gestaltet werden müssten. Dies rief nach Intervention und Verbesserung. Gustav Schmoller, der einflussreichste Vertreter der Historischen Schule der Nationalökonomie, bemerkte in einer Abhandlung über Wucher und Pfandhäuser, dass wirtschaftliche Institutionen gestaltbare Gebilde – »nur Formen« – seien, die »höheren Zwecken, vor allem der Erziehung der Gesellschaft dienen« sollten.[63] Dies bedeutete keine Abkehr, sondern eine Neuformulierung liberaler Prinzipien. Schmoller sprach sich explizit gegen direkte staatliche Eingriffe ins Kreditwesen aus.[64] Nirgendwo hatte in der gesetzgeberischen Debatte die Wiedereinführung von

Zinsmaxima eine Chance auf Verwirklichung. Und nirgendwo nahmen die Maßnahmen gegen den Wucher die institutionelle Kreditversorgung ins Visier. Im Gegenteil: Wie weiter unten genauer gezeigt wird, war es ein Anliegen der Ökonomen und Sozialreformer, das Bankenwesen auf die niederen Klassen auszuweiten, nicht einzuschränken. Praktisch richteten sich die neuen Wuchergesetze keineswegs gegen das Finanzwesen. In Deutschland hatten die Hauptbankstellen der Reichsbank wie auch Hunderte Banken, Sparkassen und Kreditgenossenschaften vor einer Einschränkung der Wechselfähigkeit und weiterer Restriktionen im Finanzbereich gewarnt, und es gelang ihnen auch, sich Gehör zu verschaffen.[65] Die Reichsbankstellen etwa sprachen sich mit großer Mehrheit gegen die Wiedereinführung von Zinsbeschränkungen ein. Ging es um Gesetze und sozialpolitische Maßnahmen, dann zog die Krisendiagnose »Wucher« keine Finanzkritik nach sich. Die rechtliche und sozialreformerische Rede vom Wucher griff weitreichende Vorstellungen auf, schränkte aber das Problem auf nichtinstitutionelle, prekäre Finanzbeziehungen ein. Trotz dieser Problemeinhegung fanden die Debatten über Wucher zu einem Zeitpunkt, dem Nachbeben der Gründerkrise, statt, zu dem die Verurteilung des Geld- und Finanzwesens weite Kreise zog.

Im Nachbeben der Gründerkrise

Der Börsenkrach von 1873 brachte spektakuläre Spekulationsprojekte zu Fall und setzte zugleich eine Proliferation an Interpretationen in Gang. Als Ende April in Wien, im September von New York und im Oktober von Berlin aus Stoßwellen durch die Finanzwelt jagten, suchten Zeitgenossen nach Wegen, das Geschehen zu erklären, dem Finanzwesen narrativ eine Form zu geben und letztlich seinen Platz in der Gesellschaft zu verhandeln.[66] Die Diskursivierung der Krise hatte weitreichende Folgen. In der Geschichtswissenschaft wird seit Hans Rosenbergs klassischer Studie *Große Depression und Bismarckzeit* davon ausgegangen, dass der Crash eine politische Rechtswende, den Anstieg des modernen Antisemitismus und den Niedergang liberaler Politikformen einleitete.[67] Weit bekannt ist die Schuldzuweisung

etwa des Publizisten Otto Glagau, der in einer Artikelserie in der Zeitschrift *Gartenlaube* den »Börsen- und Gründungsschwindel« den Juden zuschrieb. Juden bildeten für Glagau »eine physische wie psychisch degenerirte Race«, die »blos durch List und Schlauheit, durch Wucher und Schacher, über den Erdkreis gebietet.«[68]

So wirkte auch in Bezug auf die Krisendiagnose »Wucher« der Gründerkrach tiefgreifend als gestaltender Faktor. Allerdings wird im Folgenden die Perspektive ein Stück weit verschoben. Indem »Wucher«, wie in der neuartigen Gesetzgebung um 1880, als Problem der Rationalität des ökonomischen Subjekts betrachtet wird, steht nicht mehr die Frage nach dem Niedergang des Liberalismus im Vordergrund. Eher tritt dessen projektierte Neukonfigurierung hervor, die durch Schutz, Erziehung und staatliche Intervention den Markt als Wahrheitsregime wiedereinsetzen wollte.

»Wucher«, ein Begriff, der auf die angebliche Undurchsichtigkeit prekärer, rückständiger Austauschverhältnisse abzielte, unterhielt ein Bedeutungsscharnier zu »Börsenwucher«, einer Beunruhigung über die Undurchsichtigkeit eines abstrakten, hochmodernen Finanzwesens. Nach der Gründerkrise betrieben Antisemiten und Konservative, welche die von ihnen als »Manchesterleute« titulierten Wirtschaftsliberalen zurückdrängen wollten, eine solche semantische Verkoppelung: »Courtage, Arbitrage, Agiotage, Reportgeschäft vc. sind Alles nur verschiedene Bezeichnungen und Arten des Großwuchers, wie er an der Börse getrieben wird.«[69] Sie schrieben dabei die »Doppelhelix« des ökonomischen Antisemitismus fort, wonach die Juden an den beiden Extrempolen des Handels, dem Kleinhandel in den Armutszonen einerseits und dem Börsenhandel in der Finanzwelt andererseits, ihre Machenschaften trieben.[70] Allerdings besaßen die Konservativen kein Monopol auf die Interpretation der Krise. Vielmehr wurden, wie weiter unten gezeigt wird, als Lösung gegen die wahrgenommenen Exzesse des Finanzwesens auch bereits lange geplante Maßnahmen, wie die Einführung des Goldstandards und die Gründung der Reichsbank in Deutschland, ins Feld geführt.

Die unterstellte Undurchsichtigkeit des Finanzwesens hing zusammen mit den Medien- und Verkehrsrevolutionen, die den

Boom erst möglich gemacht hatten, auf den die Krise folgte. Das Eisenbahnnetz expandierte auf dem Gebiet des deutschen Kaiserreichs zwischen 1867 und 1873 um 8060 auf insgesamt 23.853 Kilometer, in Österreich-Ungarn war, bei geringerem Ausgangsniveau, das Netz von 6125 Kilometern im Jahr 1866 auf 15.597 sieben Jahre später erweitert worden.[71] Gegen 1900 sollte das europäische Eisenbahnnetz dieselben Dimensionen aufweisen wie im 21. Jahrhundert.[72] Die Einführung der Dampfschifffahrt ab den 1830er-Jahren und die Eröffnung des Suez-Kanals im Jahr 1869 globalisierten die Verschickung von Produkten, am bedeutendsten von Getreide und Baumwolle, die sich mit Termingeschäften handeln ließen, weil sie durch Standardisierungsverfahren fungibel gemacht worden waren.[73] Der Telegraf, dessen Kabel 1866 quer durch den Atlantik verlegt wurden, ließ die entsprechenden Informationen – die steigenden Kurse in der Boomphase, aber genauso die Panik des Crashs – augenblicklich übermitteln.[74]

Die Entstehung neuer Aktiengesellschaften und der entsprechenden Banken, die deren Gründung abwickelten, wurde durch Spekulationen in Eisenbahnaktien angetrieben. Das Habsburgerreich hatte zur Finanzierung des Kriegs gegen Preußen die Geldmenge mit Papiergeld ausgeweitet. In Wien führten die Erträge einer »Wunderernte« im Jahr 1867 zu einem Anstieg der Eisenbahninvestitionen.[75] Ein Bauboom setzte ein, in dessen Verlauf Aktienbanken in Immobilienprojekte investierten.[76] In Deutschland entstanden zwischen 1871 und 1873 über 900 neue Aktiengesellschaften, in denen 2,78 Milliarden Mark investiert wurden; das waren 500 Millionen mehr als in den zwanzig Jahren zuvor.[77]

In Wien platzte die Immobilienblase Ende April, Anfang Mai 1873: Eine Budapester Bank machte Konkurs, die Börse stürzte ab, die Nationalbank lieferte Kredite an ad hoc gegründete Hilfsfonds.[78] Im Spätsommer geriet an der Ostküste der USA die Bank von Jay Cooke ins Strudeln, die in die Northern Pacific Railroad investiert hatte.[79] Ein Zickzack der Spekulation zog sich kreuz und quer über den Atlantik: Europäische Firmen hatten auf Investitionsvehikel zu US-Eisenbahnprojekten gesetzt, deren Buchwerte nun in den Keller fielen.[80] Im Oktober erreichte die Krise den Finanzplatz Berlin, als die

Quistorp'sche Vereinsbank kollabierte, die zur Bau- und Immobilienspekulation gegründet worden war.[81] Die Konkurswelle, die so ins Rollen kam, erfasste vor allem die Aktienbanken: Von den 186 Instituten, die seit 1869 in Deutschland gegründet worden waren, gingen 71 wieder ein; insgesamt wurden rund 700 der gut 900 neuen Aktiengesellschaften zahlungsunfähig.[82]

In einer frühen Bestandsaufnahme der Wiener Krise, die bereits im Oktober 1873, also während der Ereignisse selbst geschrieben wurde, verwandte Albert Schäffle den Begriff des Wuchers, um Spekulationsexzesse zu brandmarken.[83] Schäffle, Mitherausgeber der *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft*, war 1868 aus Tübingen an die Universität Wien gekommen, amtierte in Österreich kurze Zeit als Minister, bis er 1872 zurücktrat und wieder nach Württemberg zog.[84] In der sogenannten »Coulisse«, also dem einem breiteren Publikum zugänglichen Kreis der Börse, hätte sich, so Schäffle, der »Reportwucher« durchgesetzt.[85] Er meinte damit Finanzierungsmodelle für den Wertpapierkauf und für Prolongationsgeschäfte, bei denen ein Spekulant, der auf steigende Kurse setzte, einen Wertpapierkredit aufnahm, der 40 bis 50 Prozent betragen konnte.[86] Hier figurierte Wucher als Chiffre für ein Überborden der Spekulation in überschießende fiktive Werte. Schäffle wandte seine Kritik ins Politische. Er machte die Liberalen, die in Österreich mit einer Minderheitsregierung an der Macht waren und die für Schäffle einer »centralistischen Geldoligarchie« angehörten, für die Exzesse verantwortlich.[87]

Was unmittelbar nach dem Krach als Kritik an einem spezifischen Spekulationsexzess vorgebracht wurde, erweiterte sich wenig später zu einer verallgemeinerten Gesellschaftskonzeption mit antisemitischen Motiven. Schäffles *Bau und Leben des socialen Körpers* vertrat eine organizistische, neodarwinistische Weltsicht.[88] Das vierbändige Werk, das zwischen 1875 und 1878 erschien, enthielt einen Exkurs über den gesellschaftlichen »Parasitismus«, in dem der Wucher prominent auftrat. Der Wucherer sei ein Schmarotzer, der »fremde Noth, Leichtfertigkeit, Unwissenheit, Sinnlichkeit« auszubeuten verstehe.[89] Während einer »Speculationsepoche« werde das Schmarotzertum, etwa durch Aktienemissionen, gesteigert.[90] Exzess – Schäffle

nannte Leichtfertigkeit, aber auch sexuelle Zügellosigkeit und Eitelkeit – sorge für ein Klima, in dem der Wucherer durch »Schmeichelei, Betrug, Verführung und verstrickenden Kredit« sein Unwesen treibe. Zum Schluss des Abschnitts heißt es: »Der wuchernde Theil des *Judenthums* ist Parasit, und zwar ein höchst gefährlicher.«[91] Wucher erschien bei Schäffle als Pathologie, die nicht aus der Not allein, sondern ebenso aus dem Übermaß hervorging. Ganz oben und ganz unten auf der sozialen Stufenleiter, so lässt sich die Mittelklassenideologie, die hier Pate stand, auf den Punkt bringen, herrschten Zonen der geldmäßigen Nichtdifferenzierbarkeit.

Während in allen drei Finanzplätzen New York, Wien und Berlin moralische Bewertungen der Krise einsetzten, entstanden nur in Deutschland umfassende Verschwörungstheorien. Die Historikerin Catherine Davies führt diese Besonderheit unter anderem darauf zurück, dass die Marktberichte über die Börse hier anonymer und unpersönlicher angelegt waren als in New York (wo einzelne Schwergewichte wie Cornelius Vanderbilt oder Jay Gould die Wall Street dominierten) und gerade deshalb Spekulationen über heimliche Drahtzieher stärker ins Kraut schießen konnten.[92] Zu den Verschwörungstheorien gehörten auch Anschuldigungen an die Presse. Waren kurz vor dem Krach Finanzjournalisten ganz selbstverständlich als Spekulanten aufgetreten und hatten ihren Namen auf Emissionsprospekten veröffentlicht – was als Gütesiegel einer vertrauenswürdigen Anlage gegolten hatte –, so wurden sie jetzt als korrupte Schreiberlinge diffamiert, die das Spekulationsfieber angeheizt hätten.[93] Voll ausgebildete Verschwörungstheorien wie diejenige von Franz Perrot, der eine aufsehenerregende Artikelserie in der konservativen *Kreuzzeitung* publizierte oder von Rudolph Meyer, der bereits 1871 das Schlagwort von der »Goldenen Internationale« des jüdischen Finanzkapitals geprägt hatte, bauten auf einer Tradition des politischen Antisemitismus unter den preußischen Konservativen auf, die bereits seit den 1850er-Jahren bestand.[94]

Auf die Finanzkrise folgte eine langwierige Deflationsphase und Absatzkrise; bis 1895 sanken die Großhandelspreise um schätzungsweise 40 Prozent.[95] Dabei wirkten neben den konjunkturellen auch strukturelle Faktoren. Die genannte Verkehrsverdichtung reduzierte

die Transportkosten im Welthandel. Besonders durch den Getreideexport aus dem Mittleren Westen der USA gerieten die deutschen Agrarproduzenten unter Preisdruck. Die politischen Organisationen, die von den Großgrundbesitzern gegründet wurden – 1876 die Versammlung der Steuer- und Wirthschaftsreformer, 1893 der einflussreiche Bund der Landwirte –, zeichneten das Feindbild des Wucherjuden, wenn sie Kreditknappheit und Absatzprobleme thematisierten.[96] Sie schlachteten auch einzelne Skandale von Getreidehändlern an der Berliner Produktebörse aus, wo etwa 90 Prozent der wichtigsten Getreidehändler jüdisch waren.[97]

Schließlich nahmen die Agrarexporteure die Geldversorgung ins Visier und argumentierten dafür, die Währung nicht nur auf Gold, sondern ergänzend auf Silber aufzubauen. Da mit dem Übergang zur Goldwährung ein Teil der Silbermünzen im Kaiserreich außer Kurs gesetzt, eingeschmolzen und als Silber verkauft wurde, sank der weltweite Silberpreis, bis Reichskanzler Otto von Bismarck 1879 die Verkäufe vorübergehend stoppte, weil sie zu verlustreich geworden waren. Durch die weltweite Silberentwertung verschlechterte sich die Konkurrenzfähigkeit deutscher Getreideproduzenten, die nun an die Goldwährung gebunden waren, gegenüber russischen Exporteuren, denn Russland blieb bis 1897 bei der Silberwährung und vermochte dadurch, sein Getreide billiger auf dem Weltmarkt anzubieten.[98] Vor allem aber versprachen sich die Agrarier von einer inflationären Entwicklung im Zug der Doppelwährung einen Schuldennachlass auf ihre Hypotheken und einen Absatz ihrer Produkte zu steigenden Preisen.[99] Allerdings umfasste die Kritik an der reinen Goldwährung weitaus breitere Kreise als nur die Agrarier mit ihren Sonderinteressen. Mit Blick auf die weltweit verfügbare Goldmenge war selbst der Reichsbankpräsident Hermann von Dechend kein Verfechter einer reinen Goldwährung. Aber die technische Kontroverse wich in den 1880er-Jahren einer wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Debatte.[100] Ökonomen lieferten sich Dispute, ob für den Preisrückgang ein zu geringes Angebot des neuen Goldgeldes schuld sei.[101] Heute stützen Wirtschaftshistorikerinnen und -historiker die Ansicht, ein Grund für die Deflation habe darin gelegen, »daß das internationale Goldangebot ungenügend war.«[102]

Die publizistischen Angriffe auf die Reichsbank und die Goldwährung können aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die zentralen Währungseinrichtungen der 1870er-Jahre erfolgreich waren. Werden einseitig die politische Wende nach rechts und die Forderungen nach Protektionismus betont, gerät aus dem Blick, wie wesentliche Pfeiler einer liberalen Wirtschaftspolitik im späten 19. Jahrhundert die Krise überstanden, ja mehr noch, zur Krisenlösung herangezogen wurden. Nach den diagnostizierten Exzessen des Gründerbooms sollte der Goldstandard eine disziplinierende Metrik setzen. Die Goldwährung stellte ein »Sicherungsmittel« dar, das einer Geldschwemme den Riegel vorschieben würde.[103] Verschiedentlich wurde eine Aufblähung des Geldangebots für das Überborden der Börse verantwortlich gemacht. Die österreichische Papierwährung, der Greenback in den USA und in den Augen vieler Kommentatoren die französischen Kriegskontributionen an Deutschland von 5 Milliarden Francs (4,2 Milliarden Goldmark) hatten die Geldmenge ausgeweitet.[104] Für manche Experten bildete Gold das natürliche Medium rationaler, transparenter Austauschverhältnisse. Eine Generation nach der Gründer-Ära, in den 1890er-Jahren, verkörperte diese Grundsätze niemand so wie der Ökonom Karl Helfferich, der seine Habilitation über die Einführung des Goldstandards geschrieben[105] und sich publizistische Schlachten mit den Bimetallisten geliefert hatte.[106] Helfferich, Sohn eines Industriellen, sah den Goldstandard als Garanten für nationale Wirtschaftsmacht und »Weltpolitik«. Gold würde Gläubigerinteressen sichern und Investitionen in die Industrie verstärken, gerade auch durch den erleichterten Zugang zu internationalen Kapitalmärkten. Dies brauchte nicht zwingend einer kosmopolitischen Argumentationslinie zu entsprechen. Vielmehr wurde davon ausgegangen, der Goldstandard würde Deutschland einen Machtgewinn gegenüber den rivalisierenden Großmächten verschaffen. Nach dieser Sichtweise vertraten agrarische Sonderinteressen eine überkommende Vergangenheit; die harte Währung hingegen verhalf einer Zukunft den Durchbruch, die industrielle Modernität – und zunehmend auch Kolonienbesitz – umfasste. Die Vorstellungswelt der Goldstandardbefürworter war nationalistisch: Die Vereinheitlichung der Währung unter einem homogenen, ratio-

nalen System entsprach dem Prozess nationaler Einigung. Retrospektiv teleologisch zugespitzt, erschien die Goldwährung als Kulmination deutscher Nationswerdung: »Erst die Gründung des Deutschen Reichs hat die Möglichkeit einer radikalen Reform des Münzwesens geschaffen,« fand Helfferich im Jahr 1898, »und auf der andern Seite war eine solche Reform eine der wichtigsten und dringendsten Aufgaben, welche das neue Reich zu erfüllen hatte. Die Großartigkeit der deutschen Münzreform hat ihre Vorgeschichte verdunkelt. […] Die Entwicklung des ganzen Jahrhunderts war auf die Einheit des Münzwesens gerichtet, und sie hatte, als das Reich gegründet wurde, bereits eine ziemlich hohe Sprosse dieser Leiter erreicht.«[107]

In Deutschland wurden mit der Einführung der Mark sieben Währungen, hauptsächlich Gulden- oder Talersysteme, in eine einzige Struktur überführt.[108] Die Unterteilung nach dem Dezimalsystem ersetzte die mancherorts verbreitete Zwölferrechnung. Die Markwährung ist aber nur ein Beispiel dafür, wie Ökonomen und Regierungsbeamte die Geldzirkulation rationalisierten. Nach der Vorstellung der Experten sollten Geldströme homogenisiert und transparent ablaufen sowie symmetrische Transaktionen zwischen transparenten Äquivalenten sicherstellen. Mit der Rede vom »Wucher« wurde ein negatives Gegenbild zu diesen für natürlich, rational und modern erklärten monetären Verhältnissen entworfen.

Periphere Geldpraktiken

Worin bestanden nun die monetären Verhältnisse und Beziehungen an der imperialen Peripherie, die von den Experten in den Metropolen mit Beunruhigung beobachtet wurden? Die dortigen Austauschpraktiken waren nicht abgekoppelt von den Entwicklungen im Zentrum.[109] Es ist deshalb sinnvoll, weniger von ganzen Systemen – wie »der Marktökonomie« oder der »lokalen Gesellschaft« – zu sprechen, sondern, kleinteiliger, die verschiedenen Skalen der Bewertung zu untersuchen, die in Gebrauch waren.[110] An der Peripherie, in Oberschlesien oder in Galizien, waren diverse Währungen (auf Papier, in Münze oder Naturalien) mit bestimmten, veränderlichen Konversionen in Umlauf, es galten unterschiedliche kalkulative Metriken

(wovon das Dezimalsystem nur eines war), Schulden wurden in einer Vielzahl von Notierungsweisen und Vertragsformen fixiert und zu ihrer Bezahlung bestanden verschiedene zeitliche Rhythmen. In einer inkonstanten, inhomogenen Wirtschaft stellten nicht Äquivalententausch, sondern marginale Gewinne durch Arbitrage den Normalbetrieb dar. Erst das ständige Konvertieren verschiedener Register von Wert stellte Korrespondenzen her. Dazu gehörte, besonders dort, wo eine fehlende hypothekarische Erfassung den Gebrauch von mit Grundpfand unterlegten Wertpapieren erschwerte, die Verwendung von Wechselpapieren, die als Geldsurrogat zirkulierten und die einer verschärften Zwangsvollstreckung unterlagen. Dazu gehörten außerdem Praktiken, wie, die Schulden über eine Zahlungsfrist hinaus stehenzulassen. Solche elastischen Zahlungstermine garantierten die in einer prekären Ökonomie unerlässliche Flexibilität, gaben aber ebenso Anlass für Konflikte und manchmal abrupte Vollstreckung. Und schließlich gehörten dazu bestimmte Rechenweisen, wie etwa im Habsburgerreich für kurzfristige Darlehen von einem geschuldeten Gulden pro Woche einen Kreuzer als Zins abzuziehen (was aufs Jahr gerechnet 52 Prozent ausmachte).[111] Dem zyklischen Geldbedarf der Landwirtschaft entsprachen Konventionen, wie ein Hohlmaß Weizen als Zins im Herbst zurückzuzahlen.[112] Ratenbriefe, bei denen bei Verzug der Ratenzahlung sofort der ganze Betrag fällig wurde, galten sowohl für Hypotheken als auch für Produkte wie Nähmaschinen. Dies setzte die jahreszeitlichen Rhythmen der ländlichen Wirtschaft unter einen beschleunigten Takt.[113]

Lokale Austauschverhältnisse waren nicht autochthon oder traditionell; vielmehr unterlagen hergebrachte Praktiken steter Veränderung. Die Standards der Kommensurierung wandelten sich durch die Einführung neuer nationaler und imperialer Währungen.[114] Vor Ort bewirkten die neuen Standards, etwa das Marksystem in Deutschland, auch Verwirrung, denn neue Währungen mit ihren Werten und Metriken überlappten sich mit bestehenden. Die Umstellung auf die Markrechnung zwischen 1871 und 1876 lief nicht synchron mit der Einführung der neuen Zahlungsmittel ab. Dadurch entstand mancherorts jahrelang ein Unterschied zwischen Rechnen und Zahlen.[115] Neu gegründete offizielle monetäre Institutionen machten die finan-

zielle Topografie nicht automatisch übersichtlicher. In Deutschland war ab 1876 die Reichsbank mit ihrem Filialnetz nicht nur eine Bank der Banken, sondern auch eine große Handelsbank mit einem weitem Kundenkreis, der bei der Reichsbank Wechsel einlöste.[116] Der Diskontsatz änderte sich allerdings bis in die frühen 1880er-Jahre häufig, und generell scheint es, dass der Zugang zum Reichsbankgeld Vorteile einbrachte, die asymmetrisch gegen andere Marktteilnehmer ausgespielt werden konnten.[117] So berichtete ein lokaler Beamter aus Oberschlesien über angebliche Wucherer: »Die gefährlichsten und gewaltigsten dieser intelligenten Zinswucherer sind die Semiten, weil sie mit dem billigen Reichsbankgelde wuchern können.«[118]

Die Vielfalt der Tauschformen wurde zunehmend kritisch beäugt. Damit zogen Intermediäre den Argwohn staatlicher Instanzen auf sich. Juden in ihrer angeblichen Rolle als Makler, Händler, Hausierer, Auswanderungsagenten, Wirte oder Geldverleiher erschienen nun von Grund auf verdächtig.[119] Diese antisemitische Aufladung nutzten Beamte im Zentrum ebenso wie Leute vor Ort, wie ein Einzelbeispiel aus dem Habsburgerreich demonstriert. Im Jahr 1876 stellte Anton Rawro, ein wohlhabender Bauer aus dem Landkreis Sambor in Galizien ein Majestätsgesuch (eine Art *lettre de cachet*), weil er vor Gericht mit seiner Klage gegen einen jüdischen Gläubiger abgeblitzt war. Im Bericht des Justizministeriums zu dem Fall hieß es, Rawro hätte mit dem Gläubiger die Stundung einer Schuld vereinbart. Dabei seien 300 Gulden der alten Wiener Währung, nach der die Landbevölkerung immer noch rechnete, beziehungsweise 120 Gulden österreichischer Währung, auf einem Wechsel notiert worden, den der analphabetische Bauer symbolisch unterschrieb, indem er die Hand eines unterschreibenden Zeugen, eines »unbekannten Israelit[en]«, wie es hieß, berührte.[120] Das Justizministerium empfahl das Gesuch des Bauern Rawro zur Annahme: Symbolische Handlungen, wie das beinahe wundertätige Berühren der Schreibfeder, verschiedene Rechenweisen, wie die alte Wiener und die neue Währung, selektiv erinnerte, nicht weiter definierte Zeugen, wie der »unbekannte Israelit«, erschienen hier als Bausteine eines Komplotts, in dem ein hilfloser Bauer übertölpelt worden sei. Der abschließende Befund des Berichts:

> Es ist wohl kaum zu bezweifeln, daß man es im vorliegenden Falle mit einer maßlosen Übervortheilung eines Bauern durch einen rafinirten [sic] Wucherer zu thun hat. Der höchste Leichtsinn, der auf Seite des Ersteren zu tage tritt, die grenzenlose Leichtgläubigkeit, der Mangel jedweder Vorsicht und die bei einem verhältnißmäßig wohlhabenden bäuerlichen Grundbesitzer, wie in Galizien fast allgemein, höchst bedauerliche gänzliche Unkenntniß der durch Darlehens- und Wechselgeschäfte bezüglichen gesetzlichen Bestimmungen sind neben dem Mangel an jedweder Schulbildung […] der Grund, daß im gegebenen Falle keine gesetzlichen Mittel zu Gebote stehen, dem Bittsteller, falls seine Angaben in der Wahrheit gegründet sind, eine Hilfe zu bieten.

Juden erschienen hier als Manipulatoren in einer für rückständig erklärten Welt. Dieser Diskurs kreiste weniger um ein abstraktes Finanzwesen im Allgemeinen, als dass er von Bestrebungen geprägt war, Ordnung in für unübersichtlich gehaltenen Verhältnissen zu schaffen. Aus der Provinz selbst erfolgten allerdings Wortmeldungen, die dieses Bild verkomplizierten. Eine Zuschrift aus Oberschlesien befand, nicht Wucher, sondern allgemeine Armut und Kapitalmangel seien die Ursache des dortigen Notstands.[121] Nicht nur personale, sondern auch formalisierte Kreditbeziehungen gehörten zum Gewebe lokaler Austauschverhältnisse. Formalisierten Beziehungen eignete eine Durchschlagskraft, die ihre nichtformelle Umgebung gefährden konnte. Aus der Perspektive der Alltagspraktiken erscheint Formalität – ein Konto bewirtschaften, ein Gerichtsverfahren anstreben, ein Dokument mobilisieren – nicht als ein generelles Prinzip, sondern als konkret, aufwändig, riskant.[122] So zählten etwa Beschwerden aus Galizien an die Zentralregierung die Bankinstitutionen und deren Formalitäten eher als Teil des Problems denn als Teil der Lösung. Beispielsweise hatten galizische Eliten 1868 die sogenannte »Rustikal-Bank« errichtet, die den kreditsuchenden Bauern statt Bargeld Wertpapiere ausgab, deren Kurs schwankte. In Wien gingen deshalb Proteste ein, die »Rustikal-Bank« sei der größere Wucherer als die Privatgläubiger.[123] Eine Petition aus 13 Lemberger

Gemeinden beschrieb den »öffentliche[n] Wucher« der Bankinstitute als bürokratischen Alptraum. Ein Kreditanwärter sei den zermürbenden Formalitäten der Bank schutzlos ausgeliefert, zahle saftige Gebühren, bekomme zum Schluss aber nicht Bargeld, sondern im Kurs schwankende Hypothekenpfandbriefe und werde bei Zahlungsrückstand rücksichtslos ausgepfändet.[124]

Aus Oberschlesien meldete ein Amtsrichter, die lokale Vorschussgenossenschaft würde zum hohen Zinssatz von 8 Prozent Geld verleihen. Weil die Bauern ihre wenig ertragreichen Böden falsch bewirtschafteten, nahmen sie laufend neue Kredite auf, um die Zinsen zu zahlen. Die Privatpersonen, die hier in die Lücke sprangen, würden dann beispielsweise auf 45 Mark pro Vierteljahr 10 Mark Zins verlangen, die erste Zinszahlung aber gleich von der Summe abziehen, so dass faktisch nur 30 Mark mit 10 Mark Zinsen verliehen würden. Die Bauern griffen auf solche privaten Kanäle, weil sie leicht zugänglich seien, auch dann zurück, wenn günstigere, aber mit mehr Kontrolle verbundene Angebote bestünden. Für bürgerliche Beobachter wie den genannten Amtsrichter entstammten die hergebrachten Praktiken, an denen zäh festgehalten wurde, einem beschränkten Zeitdenken der Bauern, die nicht nach den Konditionen von Krediten fragten, da deren Erfüllung »erst in der Zukunft« liege.[125]

In diesen Verhältnissen war Geld nur partiell fungibel. Das entsprechende Problem der Konversion verdeutlicht besonders die sogenannte Viehpacht, eine komplexe Eigentumsbeziehung, die aus der ökonomischen Prekarität heraus entstand. Die Konversion in diesem Tauschgeschäft verlangte nicht nur die Kommensurierung von Quantitäten, sondern beinhaltete auch schwer einschätzbare Qualitäten und riskante Zukunftsprojektionen. Bei der Viehpacht stellte ein Händler einem Bauern eine junge Kuh in den Stall, die dieser aufzog, bis die Kuh ein oder zwei Kälber geworfen hatte. Anschließend wurde verkauft, der ursprüngliche Preis der Kuh abgezogen und der Erlös zu je 50 Prozent geteilt. Der Bauer hatte in der Zwischenzeit die Milch, musste aber für das Futter aufkommen. Starb die Kuh, hatte er den ursprünglichen Preis zu zahlen. Ein Beispiel aus dem Elsass rechnete vor, wie ein Bauer eine junge Kuh für 50 Mark entlieh, bis diese

zwei Kälber hatte und nach vier Jahren alle drei Stück Vieh verkauft wurden. Der Wert der Kuh lag zum Schluss bei 300 Mark, des ersten Kalbs bei 150 Mark und des zweiten bei 50 Mark, was in der Summe 500 Mark machte, geteilt durch zwei, 250 Mark Erlös für den Bauern. Hätte aber der Bauer die ursprünglichen 50 Mark für 5 Prozent Zins entliehen, so rechnete der Vertreter eines landwirtschaftlichen Vereins weiter vor, hätte er nach vier Jahren nur Schulden von 60 Mark 79 Pfennig gehabt, aber die ganzen 500 Mark als Ertrag.[126] Agrarökonomen sahen im Südwesten und Westen des deutschen Kaiserreichs die Viehpacht verbreitet, wo kleine selbstständige Landwirte unter Bedingungen der Erbteilung tätig waren, und machten um 1879 einen Höhepunkt der entsprechenden Praktiken aus.[127] Statistiken waren allerdings kaum beizuholen. Die Kommentatoren beobachteten eine große Verschwiegenheit bei den Bauern und machten deren soziale Aspirationen im lokalen Machtgefüge dafür verantwortlich. Die Bauern würden aus Prestigegründen möglichst viele Kühe in ihren Ställen haben wollen, aus Scham die Besitzverhältnisse verschleiern und aus Misstrauen gegenüber anderen Bauern sich rasch übervorteilt sehen.[128] »Dazu kommt,« bemerkte ein Agrarexperte, »daß im Allgemeinen der Bauer zu dem Händler größeres Vertrauen hat wie zu seinesgleichen.«[129] Wenn dem Bauer ein »größeres Vertrauen« zum Händler zugesprochen wurde, dann ging es hier um Beziehungen zwischen Bauern und Händlern, jüdischen wie nichtjüdischen, in denen *auch* geteilte Vorstellungen über korrektes wirtschaftliches Handeln zum Ausdruck kamen. Insofern waren diese Beziehungen – darauf wird weiter unter zurückzukommen sein – komplexer, als antisemitische Publizisten oder Amtsträger es darstellten.[130]

Neuordnung der monetären Austauschverhältnisse

Die neuen Gesetze gegen den Wucher waren kein Erfolg. Verschwindend wenige Anklagen wegen Wuchers wurden in Deutschland nach dem Gesetz von 1880 erhoben, die Zahl der Verurteilungen fiel noch geringer aus.[131] Doch genau wegen dieser niedrigen Zahlen wurde Wucher nach 1880 stärker als zuvor zum Gegenstand sozialreformerischer Debatten. In Deutschland kam das Argument auf, das Gesetz

sei nutzlos, weil es nur bestimmte Darlehensformen unter Strafe stellte. Andere monetäre Manipulationen würden mit dem Gesetz nicht erfasst. Deshalb wurde es 1893 novelliert und über den Bereich des Kreditwesens hinaus ausgeweitet. Einen wichtigen Anteil an dieser Entwicklung hatte eine 1887 veröffentlichte Enquête des Vereins für Socialpolitik, der gewichtigsten sozialwissenschaftlichen Instanz des Reichs. Die Publikation *Der Wucher auf dem Lande* verschaffte antisemitischen Gehalten eine ungekannte sozialwissenschaftliche Verbreitung.

Im Zentrum der sozialwissenschaftlichen Debatte zum Wucher stand die Figur des verschuldeten Bauern. Die Konzentration auf diese Figur war angesichts der globalen Konvergenz der Agrarpreise ein weltweites Phänomen. In Indien diskutierten Kolonialbeamte den ländlichen Wucher im Nachgang der sogenannten Deccan Riots, einem Aufruhr gegen Geldverleiher im Jahr 1875; in Ägypten suchten britische Instanzen nach Wegen, die ländliche Ökonomie in europäische Finanzflüsse einzuspeisen.[132] Wenngleich er das Problem in nationalen Kategorien präsentierte, so schrieb der Verein für Socialpolitik sich in eine globale Diskussion ein. Er zollte dabei den Entwicklungen in den USA besondere Aufmerksamkeit.[133]

Die Krise, die durch die Figur des verschuldeten Bauern diagnostiziert wurde, hatte Vorstellungen vom freien Markt als einem naturgesetzlich wirksamen Mechanismus untergraben. Allerdings zielten die Lösungsvorschläge nicht auf eine Abkehr, sondern auf eine Neukonstituierung des Markts für die Geldversorgung. Knapp gesagt, nicht weniger, sondern ein Mehr an Finanzialisierung sollte den verschuldeten Bauern in einen modernen Kleinunternehmer verwandeln. Weit entfernt davon, an eine antimodernistische Tradition anzuknüpfen, die den Mammon als Wurzel allen Übels verdammte, wirkte der Antisemitismus des Vereins im Namen von Fortschritt und Erziehung.

Der Wucher auf dem Lande versammelte ein politisch und wissenschaftlich breites Spektrum an Berichterstattern aus 27 Ländern und Provinzen des deutschen Kaiserreichs.[134] Die Untersuchung verschob den Fokus von den halbkolonialen Umständen im Osten des Reichs, die vorhin angesprochen wurden, zum Westen und Süd-

westen.[135] Im Fokus stand eine kleinunternehmerische Wirtschaftsweise unabhängiger Landwirte in Gegenden mit Erbteilung, die aufgrund des parzellierten Bodenbesitzes, so fanden die Experten, keine geschäftliche Weitsicht entwickelten. Trotz der Breite seiner geografischen Abdeckung und der Autorität seiner Urheberschaft präsentierte der Bericht mitnichten objektivierte Tatsachen jenseits der politischen Auseinandersetzung, wie sie die Wissenschaft der Statistik und der Verein sonst für sich beanspruchten.[136] In der Tat war dies nicht einmal sein Ziel, wie die Kontroverse um die Methodologie verdeutlicht, die um den Bericht entbrannte.[137] Der Verein hatte einen Fragebogen an landwirtschaftliche Vereine und lokale Regierungsstellen verschickt sowie Material des preußischen Landes-Ökonomie-Kollegiums verwertet.[138] *Der Wucher auf dem Lande* präsentierte kaum jemals überprüfbare Fälle. Der Bericht kümmerte sich nicht um Vergleichbarkeit zwischen den einzelnen Daten, um kontrollierte Verallgemeinerung und noch weniger um statistisches Material. Stattdessen bestand die Publikation aus einer Serie stereotypisierter Geschichten. Immerzu wurde die Erzählung wiederholt, wie durchtriebene Wucherer unwissenden Opfern nachstellten. Auch wenn der Redakteur festhielt, offensichtlich diffamierende Stellen seien umgeschrieben worden, prägten antisemitische Anwürfe die Mehrheit der Ausführungen.[139] Der Statistiker Gottlieb Schnapper-Arndt erhob methodologischen Einspruch gegen die Studie. Er führte zuerst aus, dass statistisches Material durchaus beizubringen gewesen wäre, auch wenn nominell keine Daten zur Häufigkeit des Wuchers vorhanden wären. Er bemühte dabei das Werkzeug des kontrollierten Vergleichs. Die Häufigkeit eines feststellbaren Phänomens könne, so Schnapper-Arndt, als »Symptom« auf ein statistisch nicht fassbares übergeordnetes Phänomen verweisen, oder, in heutiger Diktion, als Indikator fungieren.[140] Wenn auch auf diese Weise kein Zahlenmaterial generierbar sei, dann müssten formal präzisierte Einzelfälle auf ihre Plausibilität überprüft werden, am besten durch kontradiktorische Zeugenaussagen, die der »Quellenkritik« unterworfen würden.[141] Einzelfälle, kontrolliert erhoben, dürften keinen »Stimmungsbericht« ergeben: »Die enquête selbst darf keine Stimmung sein.«[142] All dies hatte aber der Verein unterlassen, schlussfolgerte Schnapper-

Arndt. Stattdessen würden die Aussagen, meist ohne jeden Beleg, so synkretistisch verschiedene Ebenen vermischen, dass oftmals nicht einmal klar sei, ob sie den Berichterstattern selbst als relevant erschienen oder nicht. Wo Zahlenangaben vorliegen würden, seien sie in eindeutig verzerrender Weise gemacht worden; etwa wenn, wie im Bericht aus Trier, nur diejenigen Gerichtsfälle gelistet worden wären, die für die angeklagten jüdischen Händler nachteilig ausgegangen wären, oder wenn als Konfession allein die jüdische genannt worden wäre.[143] Ein anderer Kritiker fand, der Fragebogen des Vereins suggeriere, dass jegliche Maklergebühr bereits Wucher sei. Den Verein leitete demnach das Idealbild eines friktionsfreien, transparenten ländlichen Markts, vor dessen Hintergrund die Nutzung von Informationsdiskrepanzen, Expertise über Marktentwicklung oder Wissensnetzwerke überflüssig und zu verurteilen seien.[144]

Ein Vertreter des Vereins entgegnete, Äußerungen von Informanten über Juden würden zum »Stimmungsbilde« gehören, das der Verein einholen wollte. Überhaupt sei die Aufgabe der Enquête eine »praktische« und weniger eine »wissenschaftliche« gewesen. Man habe »die öffentliche Aufmerksamkeit auf vorhandene Schäden lenken und Mittel und Wege zur Abhülfe vorschlagen« wollen, und da seien »wissenschaftliche Ergründung und quantitative Feststellung nur in einem sehr beschränkten Maße nötig« gewesen.[145] Diese Politik, antisemitisch mobilisierend und sozialwissenschaftlich dignifiziert, zielte auf die Transformation ländlicher Austauschverhältnisse. Der Verein zeichnete atomisierte Wirtschaftssubjekte, denen die unternehmerische Gesinnung fehlte: ein Problem *überforderter* wirtschaftlicher Freiheit.[146] Die Ergebnisse der Untersuchungen fügten sich in die ländliche Mittelstandspolitik, mit welcher der Verein sich in den 1880er-Jahren im politischen Feld etablierte.[147] Der Katalog an Vorschlägen umfasste die Förderung von institutionalisierten Kreditverhältnissen durch Genossenschaftsbanken, Maßnahmen gegen Erbteilung und »Zwergwirtschaft«, sowie die Volksbildung zur »Hebung der Intelligenz und des Charakters der Bauern.«[148] So sah der Verein eine »Kulturfrage« darin, »dem deutschen Bauern etwas von dem Selbstbewußtsein, der Anstelligkeit und Findigkeit des amerikanischen Farmers beizubringen […]«.[149]

Das Ideal der Selbstständigkeit pflegten auch die Genossenschaften, die die ländlichen Austauschverhältnisse neu zu ordnen suchten. Sie integrierten Vorstellungen von einer ländlichen Gemeinschaft in den Rahmen der Marktökonomie wie nationaler Horizonte, homogenisierten die Praktiken ihrer Mitglieder und systematisierten zugleich sozialen Ausschluss. Wie Wirtschaftshistorikerinnen und -historiker festgestellt haben, nutzten Kreditgenossenschaften, etwa die zuerst im Rheinland entstandenen Raiffeisenkassen, die dörfliche Sozialkontrolle, um Informationsvorteile zu gewinnen.[150] Zudem vermochten sie aufgrund der genauen Kenntnis ihrer Klientel säumige Schuldner leicht zu sanktionieren. So setzten die Genossenschaften hergebrachte Sozialbeziehungen ein, um neue ökonomische Systematizität und Formen der Vergemeinschaftung zu erwirken.[151]

Teilweise direkt mit dem Genossenschaftswesen verbunden war die antisemitische Agitation, die sich zu einer neuen politischen Bewegung steigerte. Wie eine historische Studie zu Kurhessen zeigt, mobilisierte Otto Böckel – 1887 der erste Reichstagsabgeordnete mit einem ausschließlich antisemitischen Programm – Wählersegmente, die von den bestehenden Parteien nicht erreicht worden waren.[152] Böckel übernahm eine Wochenzeitung, die vormals *Die Wucherpille* geheißen hatte, agitierte in Schriften wie der über hundertfach aufgelegten Broschüre *Die Juden, die Könige unserer Zeit* und machte den ländlichen Wucher zum Hauptthema seiner rassen-antisemitischen, anti-elitären Politik.[153] Entgegen den hochgehaltenen Idealen wirtschaftlicher Selbstständigkeit und dem Feindbild des jüdischen »Güterschlächters«, bestand Böckels Gefolgschaft aus ländlichen Unterklassen, die in der Regel weder Hof noch Vieh besaßen, aber stark verschuldet waren. Von den selbstständigen Bauern, den imaginären Opfern der »Güterschlächter« oder Viehhändlern, wurde der populistische Antisemit kaum unterstützt, und damit auch nicht von denjenigen, die häufiger Geschäftskontakt mit Hypothekar-Kreditgebern und Viehhändlern hatten, jüdischen wie nichtjüdischen. Der Diskurs reklamierte eine generelle Polarität (›schaffend‹ versus ›raffend‹), aber von der sozialen Positionalität her war er spezifisch.[154] Das praktische Wirken von Vereinen als Selbsthilfe für Kredit ging mit der publizistischen Verunglimpfung und rechtlichen Verfolgung von

jüdischen Händlern einher. Anti-Wuchervereine strengten Gerichtsprozesse gegen Händler an und die antisemitische Presse schlachtete diese dann aus.[155] So hatte der Wucherdiskurs eine handfeste, gewalttätige Präsenz auf dem Land. Und doch verdeckt die Dichotomie dieses Diskurses ein Stück weit die Gemeinsamkeiten zwischen Christen und Juden, die es ebenfalls gab. Historiker der ländlichen Alltagsökonomie haben darauf hingewiesen, dass Juden und Christen in ihren Geschäften auf geteilte Horizonte, was als faires Wirtschaften galt, referierten.[156] Zudem gibt es zahlreiche Belege, wie Christen Forderungen, die schwer einzutreiben waren, an Juden weiterzedierten.[157] Was zunehmend als Wucher klassifiziert wurde, hatte seinen Ursprung in Austauschbeziehungen, die in den praktischen Friktionen und Machtverhältnissen einer ländlichen Gesellschaft grundiert waren. Darauf deutet nicht zuletzt hin, dass jüdische Vereine den Wucher wiederholt öffentlich verurteilten. Solche Belege sind schwierig zu interpretieren; hinter ihnen mag die Strategie gestanden haben, jeden Anlass zu Vorwürfen – seien diese noch so abwegig – gegen die Gemeinde auszuräumen. Ebenso gibt es aber Hinweise, dass die Verurteilungen des Wuchers nicht allein defensiv, zur Abwehr antisemitischer Angriffe formuliert wurden, sondern in eigenständigen Debatten über ökonomische Austauschverhältnisse innerhalb der jüdischen Gemeinden zur Sprache kamen.[158]

Einhegung *durch* Ausweitung des Wucherbegriffs

Das novellierte Gesetz gegen den Wucher von 1893 in Deutschland machte Geldbeziehungen aller Art, nicht nur Kreditbeziehungen, als »wucherisch« lesbar. Die neu eingeführte Kategorie des »Sach- und Leistungswuchers« erfasste jedwede Käufe, in denen manipulierte Zahlungsweisen vorkamen. Damit zeitigte das Gesetz eine paradoxe Konstellation. Es bedeutete eine Ausweitung des Wucherbegriffs, aber im selben Zug bewirkte es seine Einhegung. Es wurde ausgeweitet auf alle Arten Verträge, weil sonst, so die Meinung, Wucherer immer neue Schlupflöcher finden würden. Aber zugleich wurde die Debatte insofern verengt, als dass nur bestimmte, exzeptionelle Fälle als Wucher gelten sollten – solche, in denen allein auf dem Weg der

Zahlungsweise ein krass asymmetrischer Austausch gesetzt wurde. Anders ausgedrückt, wurde dafür gesorgt, dass das Problem des Wuchers in der Zirkulationssphäre eingeschlossen blieb. Es ging um illegitime Praktiken, die monetäre Transaktionen *als solche* betrafen und nicht die ihnen zugrunde liegenden gesellschaftlichen Machtverhältnisse. Unstatthafte Geldpraktiken sollten verfolgt werden, aber Geld als die generelle Metrik der sozialen Ungleichheit unangetastet bleiben. Man konnte beispielsweise nicht einen zu niedrigen Lohn als »Notlage« angeben und *allgemeine* hohe Lebenshaltungskosten als wucherisch zur Anklage bringen. Nicht nur antisemitischen Politikern wie Otto Böckler, die mit dem Skandalon »Wucher« die soziale Frage zu einer »jüdischen Frage« umkodierten, gereichte Wucher zu einem Medium der Sozialkritik, ohne die Ordnung der Gesellschaft an sich infrage zu stellen.

Wie kam es zu dieser Konstellation? Das Wuchergesetz von 1880 hatte monetäre Kreditbeziehungen reguliert, die Ausweitung des Tatbestands von 1893 zielte auf die Konversionen zwischen Sach- und Geldwerten, welche die Ökonomie des Notbehelfs prägte.[159] Damit gerieten auch urbane Milieus neu in den Blick.[160] Die Pfandleihe, die in Deutschland viel häufigeren Rückkaufsgeschäfte[161] oder die Ratengeschäfte,[162] welche die kombinierte Ökonomie städtischer Unterklassen ausmachten, wurden nun unter dem Mantelbegriff des »Sach- und Leistungswuchers« erfasst. »Sachwucher« war notorisch schwierig zu definieren.[163] Gesetzgeber und wissenschaftliche Experten waren bemüht, ihn explizit auf bestimmte Austauschbeziehungen zu beschränken. Speziell lag ihnen daran, einen definitorischen Schutzwall hochzuziehen gegen Lohnforderungen und Mieterbeschwerden aus der Arbeiterbewegung, die im Zusammenhang mit den Begriffen »Ausbeutung« und »Notlage« in Anschlag gebracht werden konnten.

Nun gab es eine lange Tradition in der Arbeiterbewegung, Wucher zu thematisieren.[164] Monetäre Austauschasymmetrien figurierten prominent im Schrifttum, das die kulturelle Selbstformierung der Arbeiterklasse vorantrieb und das von arbeitslosen Gesellen, vagierenden Handwerkern oder von pauperisierten Intellektuellen getragen wurde.[165] Die »wilde« Publizistik des Vormärz adressierte mit

der Chiffre »Wucher« das Kommando, das die Geldverhältnisse in der Alltagsökonomie der Unterklassen ausübte.[166] Die Zeitschrift *Gesellschaftsspiegel*, laut Untertitel ein »Organ zur Vertretung der besitzlosen Klassen«, hielt den Wucher für ein »Symptom«, dem die gesellschaftliche Ungleichheit zugrunde lag. Wucher wurde hier als ein »gesellschaftliches Uebel« beschrieben, das seine tieferen Ursachen in einer zusammenhängenden Konkurrenzwirtschaft hätte und sich deshalb nicht mittels einer moralisierenden »Critik der Selbstsucht« bekämpfen ließe. Getreidewucher sei nicht isoliert vom Industriewucher zu begreifen, und deshalb müsse der Kampf gegen den Wucher auf den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit bezogen werden – das Getreidewucherkapital sei keineswegs ein größeres Übel als das Industriekapital.[167] Schulden erschienen als der Hebel, und das Geld repräsentierte die Metrik, die prekär wirtschaftende Menschen zur Proletarisierung zwang. Mit »Wucher« wurde dabei eine Erfahrungsdimension monetärer Transaktionen angezeigt, die in Verhältnissen stattfanden, in denen Produktion und Konsum stets miteinander verwoben schienen: Geldwucher, Fruchtwucher, Truck-System bildeten in der kombinierten Ökonomie der Unterklassen Elemente, die nicht von vornherein vom Arbeitslohn geschieden waren.[168] In der Optik der frühen Arbeiterbewegung bezeichnete »Wucher« eine konflikthafte monetäre Nahtstelle zwischen hergebrachten Praktiken und der Herrschaft des Kapitals.[169]

Um 1890 hatte sich die Lage geändert. Nun intervenierten die Sozialdemokraten in den Wucherdebatten im Reichstag, um einen Mindestlohn zu fordern: Schließlich würden, so das Argument, Arbeiterinnen und Arbeiter aus einer Notlage heraus ihre Arbeitskraft an die Unternehmer verkaufen – es würde also von Anfang an eine krasse Asymmetrie im Arbeitsvertrag herrschen. Ferner denunzierten die Sozialdemokraten im Interesse der Konsumentinnen und Konsumenten Schutzzölle als Wucher. Beides blieb aber im Reichstag erfolglos.[170]

Der Gegenseite im Reichstag war es darum zu tun, mit Maßnahmen gegen den Wucher den sozialen Frieden zu wahren und Klassenkämpfen vorzubeugen. Dabei einigte die Semantik des Wuchers mit ihrer antisemitischen Stoßrichtung die Rechte, vor allem die Kon-

servativen und das Zentrum, gegen die Sozialdemokratie.[171] Würde man nichts gegen die Verheerungen des Wuchers unternehmen, so der Junker Kleist-Retzow im Reichstag, drohten in den Arbeitern »sozialistische Gelüste« und »Hass auf die Besitzenden überhaupt« zu erwachen.[172]

Die Erörterung der Stichhaltigkeit bei Wucherklagen und die allgemeinen definitorischen Aufwände, die für die Kategorie »Sach- und Leistungswucher« geleistet werden mussten, wiesen den untersuchenden Richtern einen großen Ermessensspielraum zu.[173] Dabei kamen Vorstellungen von Gemeinwohl und eine moralisch grundierte Bewertung rechtlicher Vertragsbeziehungen zum Tragen. Aber, mehr noch, es kamen »bestimmte normative Regimes« ins Spiel, die das Wissenssystem Wirtschaft ermöglichten.[174] Denn einen Hintergrund der Abgrenzungsarbeit, die der Wucherbegriff erforderte, bildete der Wissenskomplex aus Verwaltung, Arbeitgeberschaft und Wissenschaft, der ab den 1880er-Jahren die Wirtschaft als distinktes, vermessbares Objekt eigener Ordnung konzeptualisierte.[175] Gegenüber dem Normalbetrieb des Wirtschaftslebens musste der Wucher einen Ausnahmezustand darstellen. Die Notlage des Wuchers, so ein Ökonom, müsse immer ein einzelnes Opfer betreffen, und müsse eine exzeptionelle und geschäftliche Notlage sein – schlicht Armut, Hunger oder hohe Mieten (letztere seien zu allgemein verbreitet, um als Wucher qualifiziert zu werden) reichten nicht aus.[176] Der Begriff des Wuchers war in den 1890er-Jahren eingehegt; in die abgegrenzte Sphäre der Ökonomie fielen manche Bereiche der Lebensführung hinein, und andere galten für irrelevant. Vor dem Hintergrund dieser Normvorstellung eines objektiven Tatsachengefüges namens »die Wirtschaft« setzte sich der Wucher als individuelles, exzeptionelles Missverhältnis ab. Ein objektiviertes, regelbasiertes Faktengefüge der Ökonomie bildete den Boden, auf dem subjektive Dimensionen wirtschaftlichen Handelns sich konturieren konnten. Der Wucher als subjektiv definiertes Missverhältnis brauchte deshalb nicht mehr in einer objektiven Zinsgrenze verankert zu sein, weil grundsätzlich, so die Annahme, ein ökonomisches Subjekt niemals einen solch unvorteilhaften Vertrag eingehen würde. So waren die subjektiven Dimensionen des Ökonomischen, die die Wuchergesetzgebung an-

leiteten, einerseits durch Vorstellungen von Schutz, Gemeinwohl und der Anerkennung subjektiver Umstände in der rechtlichen Sphäre grundiert. Zum anderen konturierte sich damit das positive Gegenstück zum Wucher: ein rationales, zielgerichtetes Subjekt.

Die temporale Ausrichtung des Wirtschaftssubjekts

Woraus baute sich nun dieses rationale Subjekt auf oder umgekehrt gefragt: Woran fehlte es aus Sicht der Experten den bewucherten Opfern? Als entscheidende Kategorie kam hier die temporale Ordnung ins Spiel. Die geistigen Defizite des Wucheropfers, die von einer Notlage, Verstandesschwäche, Geschäftsunkenntnis, Unerfahrenheit oder Leidenschaft herrührten, äußerten sich in einer fehlerhaften Zeitorientierung. In den Augen seiner Beobachter war Wucher in doppeltem Sinn unzeitgemäß, er betraf Vorstellungen über historische Zeitenfolgen ebenso wie eine zügellose Temporalität im Innern der Kreditbeziehung selbst.

Ersteres, die Unzeitgemäßheit in Bezug auf die historischen Zeiten, kam im Rückständigkeitsdiskurs zum Ausdruck, in den sich die Rede über den Wucher einschrieb. Rückständigkeit zeigte »a sense of lag and a consciousness of lack« an, wie Maria Todorova die entsprechende rhetorische Wendung auf den Punkt gebracht hat.[177] Ein zeitlicher Abstand, den es aufzuholen und ein Mangel, den es zu beheben galt: Während Wucher für Zustände stand, die der modernen Zeit nachhinkten, sollten eine Verbreiterung des Finanzwesens und eine tiefere Durchdringung der Geldökonomie die Bauern aus der Rückständigkeit herausheben und an die Kreisläufe der modernen Ökonomie anschließen. Rückständigkeit war mit einer unzulänglichen Zeitorientierung der Akteure verbunden. Debattierten sie über die ländliche Ökonomie, dann erschienen den Vertretern des Vereins für Socialpolitik die saisonalen Rhythmen der Bauern als ein Problem der Geldpraxis. Sie benötigten Kredit, weil sie bis zur Ernte Geldmangel hatten, bedachten aber in ihrem zyklischen Zeitverständnis das Spezifische der Zukunft zu wenig. In der Landwirtschaft, wo »Unsicherheit des Erfolges« in Bezug auf die Zukunft herrsche, neige der Bauer dazu, »den zu erhoffenden Erfolg seiner

Thätigkeit sehr sanguinisch aufzufassen« und gehe leichtfertig Zahlungsversprechen ein.[178] Hinzu komme, dass mit der fortschreitenden »Geldwirtschaft« die Bauern auch als Käufer aufzutreten begännen, die in Technik investierten, und dabei die nötigen Anpassungen im Zukunftsdenken nicht schafften.[179] In der Konsumsphäre sahen antisemitische Publizisten Hausierer am Werk, die auf die Sorglosigkeit ihrer Klientel bauten und zuerst für ihre Waren nichts verlangten, abwarteten, bis der periodische Geldmangel im Haushalt einkehrte, dann die Schuld einholten und die Zahlung mit immer neuen Aufschlägen stundeten.[180]

Die Rückständigkeit der Bewucherten lag in ihrer Unfähigkeit, sich der Zukunft zu bemächtigen.[181] Die atemlose, unaufhörlichen Wechsellagen ausgesetzte Ökonomie des Notbehelfs vermochte keine stabile Kette zwischen Gegenwart und Zukunft aufzubauen. Ihr fehlte es an dem entscheidenden Bindeglied, das Geld ausmachte und von dem es abhing: Angesichts einer offenen Zukunft würde es stabilisierender Maßstäbe bedürfen, mit denen die Akteure ihre Horizonte einrichten konnten. Die kommende Zeit musste buchhalterisch kolonisiert werden, damit in Zukunft Gewinne erzielt werden konnten, welche die Ausgaben überstiegen.

Ein prägender Denker der Temporalitäten, Lorenz von Stein, veröffentlichte 1880 eine Schrift, die eine »Pathologie des Wuchers« genannt worden ist.[182] Bei Stein kamen die zwei Aspekte – Unzeitgemäßheit des Wuchers in Hinsicht der historischen Zeiten und die unruhige Temporalität der Wucherbeziehung selbst – zusammen. In verwaltungsrechtlichen und politisch-ökonomischen Studien hatte er eine Theorie der Geschichte entwickelt. Stein beanspruchte in seinen Werken, die Bewegungsgesetze der Gesellschaft sowie den Charakter des historischen Fortschritts und dessen Ziel zu bestimmen.[183] In seiner Geschichtstheorie wurde die Zukunft als offener Horizont aufgefasst, vor dem sich gleichwohl »Dauerstrukturen und Bewegungskräfte« der Gesellschaft ausfällen und Handlungsanleitungen gewinnen ließen.[184] Der Ordnung der Zeiten kam dabei höchste Bedeutung zu. In der Abhandlung *Der Wucher und sein Recht* nannte Stein den Wucher eine »Schuld, die sich selbst gebiert.«[185] Wucher versetzte den Schuldner in einen rasenden Stillstand, der die Selbst-

lokalisierung in der Zeit verunmöglichte. Dies geschah, indem der Wucherer darauf hinarbeitete, durch immer neue Termine und Konditionen ein »Schuldversprechen zu *erzeugen*, dem kein Darlehen entspricht […]«.[186] Dadurch geriet die Zeit aus den Fugen. Denn Schuld bedeutete für Stein Abhängigkeit, allerdings aber eine Abhängigkeit, die zur Freiheit gereichte. Die Schuld würde eine Bedingung für wirtschaftliche Freiheit stellen, indem der Schuldner durch das Eingehen der Schuld seine wirtschaftlichen Kräfte vergrößerte. Voraussetzung war aber, dass der Schuldner tatsächlich einen Gegenwert für seine Schuld erhielt. Anders beim Wucher:

> […] der Schuldner, der des Geldes bedarf und bereits aus aller geschäftlichen Berechnung seiner gegenwärtigen Kräfte hinausgedrängt ist, verliert die geschäftliche Besinnung und verspricht im Namen seiner Zukunft, die ihm schon nicht mehr gehört, unbedenklich an Capital, was der Darleiher fordert; bei jeder neuen Schuld steigert er das Versprechen, weil die Deckung der fälligen Post noch immer durch Versprechen neuer Posten möglich scheint.[187]

Der elementare Verlust an Zeitbestimmung, die der Wucher verursachte, stellte eine weitreichende soziale Gefahr dar. Denn er untergrub den Prozess der Kapitalbildung, für Stein nicht weniger als »die Grundlage der gesammten menschlichen Ordnung.«[188] Kapitalbildung war angewiesen auf stabile Maßstäbe, die angesichts einer offenen Zukunft den Raum des Möglichen kartierten. Wo diese Maßstäbe fehlten, verlor nicht nur der einzelne Schuldner »die geschäftliche Besinnung«, sondern die Gesellschaftsordnung als solche schien gefährdet. Drohender »Hass gegen das Capital« war nur eine manifeste Folge in einem weiten Feld der Gefahren, das die Erosion der rationalen Zukunftsentwürfe verursachte, die letztlich den Zerfall einer geordneten Zeitenfolge mit sich brachte.[189]

Bei der temporalen Orientierung des Subjekts setzten auch volkswirtschaftliche Kommentatoren an, deren Deutungen sich von Stein unterschieden. Die neuen Wuchergesetze, in denen keine Zinsgrenze, sondern die subjektive Kapazität des Schuldners über den Tatbestand

des Wuchers entschied, berührten sich in ihrer dispositiven Anordnung mit Erneuerungen im Feld der ökonomischen Theorie, die eine subjektive Wertlehre vertraten.

Die sogenannte Österreichische Schule der Nationalökonomie – deren Ansichten im folgenden Kapitel besprochen werden – verknappte mit der Grenznutzentheorie das Wirtschaftsgeschehen auf die einzelnen Tauschakte zwischen zielgerichteten Subjekten. Hatte die Wuchergesetzgebung mittels einer subjektiven Problemdefinition beim bewucherten Subjekt angesetzt, so ging die subjektive Wertlehre der Grenznutzentheorie mikroanalytisch vom Handeln eines modellhaften ökonomischen Akteurs aus. Verschiedene österreichische Ökonomen beeilten sich, die Verträglichkeit von Wuchergesetzen mit der neuen Handlungstheorie festzustellen.[190] Andere Wucher-Kommentatoren setzten sich mit der Zinstheorie von Eugen Böhm-Bawerk auseinander.[191] Dieser hatte den Zins als Naturnotwendigkeit der Wirtschaft definiert, weil er den Preis im Tausch gegenwärtiger Ware gegen Zukunftsware ausdrückte. Zins war kein Band zwischen Schuldner und Gläubiger, war weder Risikoprämie noch Kapitalmiete, sondern der Preis im Tausch zwei verschiedener Waren. Böhm-Bawerk nannte drei Gründe, warum Gegenwartswaren in der Regel teurer seien als Zukunftswaren. Zum einen würden Bedarf und Deckung über den Zeitverlauf hinweg schwanken – bei dringendem Bedarf würde man ein heutiges Gut höher bewerten als in der Zukunft, zumal wer heute über ein Gut verfügte, dies auch morgen habe, sofern es aufbewahrt werden könnte.[192] Zweitens begründete Böhm-Bawerk den Zins, den höheren Preis der Gegenwartsware, psychologisch: Menschen würden systematisch die Zukunft unterschätzen. Weitsicht sei zivilisatorisch einzustudieren, was sich bei »Kindern und Wilden« trefflich zeige.[193] Schließlich wirke, drittens, die Produktivität des Kapitals in der Zeit – Produktionsmittel, die bereits in der Gegenwart eingerichtet worden seien, brächten mehr ein als zukünftige, weil Kapital Zeit brauchte, um Erträge zu erwirtschaften.[194] Sein Fazit lautete, dass am Zins nichts »an sich unbillig oder ungerecht« erscheinen könne. Von dieser theoretischen Schlussfolgerung sei indes die sozialpolitische zu unterscheiden. Nebenumstände einer »wucherischen Ausbeutung« könnten allemal auftreten. Nur

seien diese Epiphänomene mit begrenzten Eingriffen zu beheben.[195] Während grundsätzlich die Naturgesetze der Wirtschaft eine ungehinderte Geldzirkulation verlangten, so lieferte die moderne ökonomische Theorie eine Richtschnur für eine zivilisatorische Autorität, die rückständige, irrationale Subjekte vor Verzerrungen schützte.

Die Theoriegebäude, die den Wucher als sozialwissenschaftliches Phänomen konturierten, unterschieden sich, aber in allen Interpretationen machte eine unzulängliche temporale Ausrichtung des Wucheropfers den kategorialen Problemkern aus. Die defizitäre Zeitorientierung, die keine stabilen Parameter gegenüber einer offenen Zukunft entwickelte, stellte das Kennzeichen für einen Mangel an ökonomischer Rationalität dar. In solchen Verhältnissen, so die Experten, überwucherte das Geld. Es entstand eine Zone der Undurchdringlichkeit, in der Mangel auf Exzess, Rückständigkeit auf kühlstes Kalkül traf. Denn durch die Wucherpraktiken hörte Geld auf, ein verlässliches Bindeglied zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zu sein.

Fazit

Für den Mediävisten Jacques Le Goff bestand im Mittelalter das Ungeheuerliche des Wuchers darin, dass der Wucherer mit der Zeit handelte. Indem er Profit aus der Zeit schlug, schwang der Wucherer sich zu einer Machtposition auf, die nur Gott zukam.[196] Im späten 19. Jahrhundert stellte sich das Problem der Zeit anders: Der Wucherer nahm nicht nur die Zeit in Besitz, er sorgte für eine unruhige Temporalität als solche. Dadurch entstand die Opakheit, die den Wucher auszeichnete. Dem Geld entschwand die epistemische Trennschärfe eines stabilen Wertmaßes. Solche opaken Verhältnisse bedrohten defizitäre wirtschaftliche Subjekte, überforderte Kleinbauern und städtische Konsumentinnen, die mit den rechenmäßigen Anforderungen des Wirtschaftslebens nicht klarkamen. So sahen es zumindest die Ökonomen, Politiker, Beamten und Sozialreformer, die befremdet auf die monetären Praktiken der Unterklassen blickten. Für die Experten bestand Handlungsbedarf, die monetären Austauschbeziehungen neu zu ordnen. Die neuen Wuchergesetze ab

1877 fügten sich in diese Bemühungen ein, mit dem nichthomogenen, nichtfungiblen Geld aufzuräumen, das in den prekären Geldpraktiken zum Vorschein kam.

Die Lösung bestand in einer Verschiebung, die eine differenzierte Antwort erlaubte. Keine objektive Zinsobergrenze, sondern die subjektive Aussicht der Schuldner entschied nun über den Tatbestand des Wuchers. Grundsätzlich galt es, die Gesetze des Markts anzuerkennen. Aber es musste eingesehen werden, dass eine Minderheit wirtschaftlicher Subjekte bestand, denen es an der nötigen Rationalität mangelte. Für diese war Schutz nötig. Aus diesen Erkenntnissen erfolgte eine gestufte Auffassung vom ökonomischen Raum, der ökonomischen Zeit und den ökonomischen Subjekten.

Der gestuften Ordnung entsprach eine rassistische Hierarchie. Juden wurde der Status prekärer Primitiver zugewiesen, die gleichwohl manipulativ handelten. Während ganz oben und ganz unten in der Gesellschaft, in der Hochfinanz ebenso wie in der Notbehelfsökonomie, Zonen der Nichtunterscheidbarkeit festgestellt wurden, verband die Fetischisierung, die mit dem Feindbild des jüdischen Wucherers betrieben wurde, den Wucher mit schmutziger Rückständigkeit, nicht mit einem Übermaß an Abstraktheit. Zwar erhielten Kritiker des Finanz- und Börsenwesens nach der Gründerkrise Auftrieb. Aber die Vorstöße der Sozialreformer zur Bekämpfung des Wuchers waren nicht gegen das Finanzwesen gerichtet, im Gegenteil. Es kam ihnen darauf an, institutionelle Finanzkanäle zu bestärken, mit Kreditgenossenschaften näher an die Bevölkerung heranzubringen und die erforderliche kalkulative Abstraktheit zu fördern. In der Viehpacht zum Beispiel erschienen Geldpraktiken inakzeptabel eng mit der Körperlichkeit einer Kuh verklammert; zur Abhilfe wurden stärker vermittelte Instanzen gefordert. Die Erfolgschancen, die der monetären Zivilisierung beigemessen wurden, entsprachen den Stufen rassistischer Hierarchie. Während die Bevölkerung im Osten des Habsburgerreichs und des Kaiserreichs für quasi leibeigen und unfähig zur Differenzierung gehalten wurde, hielten die Sozialreformer die kleinen Landwirte im Süden und Südwesten Deutschlands für erziehungsfähig.

Von der Beobachtung ausgehend, wie »rassische« Demarkationslinien gezogen worden waren (und immer wieder scheiterten), hat in

der Geschichtswissenschaft eine Aufmerksamkeit für die Parallelen zwischen der Kolonialherrschaft sowie der Herrschaft im Osten des Habsburgerreichs und des deutschen Kaiserreichs eingesetzt.[197] Dabei standen der Topos der Arbeit und die Frage im Zentrum, wie politische Autorität nach der partiellen Abschaffung gebundener Arbeitsformen aussehen sollte.[198] Der Diskurs über den Wucher zeigt ein paralleles Problem, das aber nicht von Produktions-, sondern von Austauschverhältnissen, nicht von der Beziehung der Menschen zu den Produktionsmitteln, sondern von ihrer Beziehung zu den Zahlungsmitteln handelt.

Die erneuerte Wucherdefinition des späten 19. Jahrhunderts zielte auf die subjektive Einstellung der Menschen zu ihren Zahlungsmitteln. Wie es die Beziehung zu den Zahlungsmitteln gestaltete, hing von der Rationalität eines wirtschaftlichen Subjekts ab. Offenbar bestand eine imperiale Grundierung, auf der sich die ökonomische Rationalität sich aufbaute. Wie am Schluss dieses Kapitels angesprochen worden ist, setzte zeitgleich mit den neuen Wuchergesetzen die sogenannte Österreichische Schule der Nationalökonomie zu einer Reflexion über Tauschbeziehungen und das ökonomische Subjekt an. Die neue, subjektive Wucherdefinition korrespondierte mit der subjektiven Wertlehre dieser neuen Bewegung im Feld der Ökonomie. Dies festzustellen, bedeutet mehr als allein eine metaphorische Analogie zu beobachten. Vielmehr zeigt sich eine spezifisch imperiale Bedingung der Möglichkeit, von der aus das rationale, tauschende Subjekt fortan das Modellgeschehen der Ökonomie in seiner Mikrofundierung bestimmte. Denn Geld verkörperte im Denken der Österreichischen Schule der Nationalökonomische gleichermaßen die Grundlage und den Gipfelpunkt ökonomischer Rationalität und Zivilisation. Diese Beziehung wird im nächsten Kapitel genauer untersucht.

2. Kulturstufen des Kapitals

1871 taucht in einem Gründungsdokument der modernen Ökonomie plötzlich ein »schmutziger Siebenbürger Zigeuner« auf. Als der Wiener Ökonom Carl Menger in seinen *Grundsätzen der Volkswirthschaftslehre* die Zirkulationsfähigkeit von Waren besprach, kam die Rede auf einen Goldsucher in den Karpaten:

> Die Goldkörner, welche ein schmutziger Siebenbürger Zigeuner in dem Sande des Aranyos gewonnen hat, sind in seinen Händen ebenso absatzfähig, als in jenen des Besitzers eines Goldbergwerkes […]. Kleidungsstücke, Bettstücke, zubereitete Speisen etc. wären dagegen in den Händen der obigen Person […] verdächtig, fast unanbringlich und jedenfalls sehr entwerthet.[1]

Menger sah die Absatzfähigkeit von Waren abgestuft durch Faktoren wie Sauberkeit. Nur Gold, die absatzfähigste Ware überhaupt, könnte bei jedem wirtschaftenden Individuum, auch einem rückständigen Subjekt aus der Provinz, genau gleich den Besitzer wechseln. Die Zirkulation von Waren erscheint hier als etwas Prekäres, zumindest nicht von vornherein Gesichertes. Gold aber schafft offenbar eine mühelose Zirkulation, als Tauschmittel verbindet es den »Zigeuner« mit dem Industriellen. Während ein »schmutziger Siebenbürger Zigeuner«, das Medium Gold vorausgesetzt, reibungslos in die Kreisläufe der Wirtschaft eingepegelt erscheint, ist seine Anwesenheit in dem Text doch merkwürdig. Dem »Zigeuner« eignet eine irritierend

körperliche Präsenz, denn die Ökonomie begann zu dieser Zeit abstrakte Figuren zu bevorzugen.[2]

Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts richtete sich das Feld des ökonomischen Wissens neu aus. Die klassische Nationalökonomie hatte den wirtschaftlichen Wert als eine objektive Größe umrissen, die entweder von den Produktionskosten (Arbeit, Boden, Kapital) oder, in einer besonderen Variante, durch menschliche Arbeit, bestimmt war. Die neue Richtung hingegen sah Wert allein subjektiv definiert. Wert entstand nicht aufgrund der Kosten, sondern aufgrund der Wertschätzung, die einem Gut entgegengebracht wurde. Letztere war durch subjektive Bedürfnisse diktiert. Die Größe des Werts entsprach dem Zuwachs an Nutzen, der in der letzten Einheit des Vorrats eines homogenen Guts lag. Wert war demnach ein Verhältnis, das sich an den Rändern des Nutzens, den ein Gut stiftete, zeigte. »Grenznutzen« oder »marginal utility« wurde die neue zentrale Denkfigur genannt.[3] Die Neuorientierung vom Objektiven hin zum Subjektiven führte zu einer Neubesetzung des Personals, das die Szenarien der ökonomischen Theorie bevölkerte. Die Rollen des Arbeiters, Grundbesitzers und des Kapitalisten oder Investoren – das Figurenpersonal der klassischen Politischen Ökonomie – wurden ersetzt durch einen einzigen, abstrakten Akteur. Dieser Akteur, Homo oeconomicus, trat mit seinen Gegenübern durch einzelne Tauschakte in Kontakt. Mit dem Homo oeconomicus modellierte die Ökonomie das wirtschaftliche Geschehen als eine Serie abstrakter, einzelner Tauschakte.[4] Gemeinhin wird die Neuausrichtung der Ökonomie mit drei Namen in Verbindung gebracht; William Stanley Jevons in Manchester, Léon Walras in Lausanne und Carl Menger in Wien.[5] Dieses Kapitel konzentriert sich auf Menger und das liberale Imperium der Habsburger als der Möglichkeitsbedingung seiner subjektiven Wertlehre. Walras und Jevons führten die Mathematik in die Wirtschaftswissenschaften ein, Menger und seine Nachfolger taten dies nicht.[6] Eine Ursache, warum sich die durch Menger begründete Österreichische Schule der Nationalökonomie von der Mathematisierung der Ökonomie abhob, lag, wie im Folgenden gezeigt wird, in einer grundlegend *kulturellen* Auffassung von Wert, in der stets subjektiven Wendung von Bedürfnissen und in der Bedeu-

tung, die Menger Unsicherheit und der Beschränktheit von Wissen zuschrieb.[7]

Wenn Wirtschaft von einem Individuum her gedacht wurde, das aufgrund einer sich stetig ändernden Rangordnung seiner Bedürfnisse tauschte, worin bestand dann die Rationalität dieses Individuums? Aus welchen Elementen baute sie sich auf? Die Frage nach der Beschaffenheit der ökonomischen Rationalität erstreckt sich auf eine weitere, methodologische Ebene der ökonomischen Wissenschaft, nämlich auf die Frage, welche Art von Abstraktion die heuristische Figur des Homo oeconomicus darstellte. Beide Fragen führen zu Geld, dem Medium der Abstraktion schlechthin, als einem Problem des ökonomischen Denkens im späten 19. Jahrhundert. Wie im Folgenden gezeigt wird, machte Geld ebenso ökonomische Rationalität wie auch den Vorgang des Abstrahierens wirksam.

Im vorhergehenden Kapitel ist dargestellt worden, wie wissenschaftliche Experten hinter dem Problem des Wuchers rückständige ökonomische Subjekte erkannten, denen es an ökonomischer Rationalität fehlte. Die subjektive Definition, wonach Wucher nicht mehr über eine bestimmte Zinshöhe festgelegt, sondern im geistigen Unvermögen des Schuldners begründet war, erlaubte eine differenzierte Antwort auf ein wahrgenommenes Problem ökonomischer Rationalität im Geldtausch. Nun gilt es, genauer auszuloten, woraus die Rationalitätskonzeption im späten 19. Jahrhundert bestand: die subjektive Dimension, aus der heraus Wert definiert wurde. Auch hier geht es um Fragen der ökonomischen Subjektivität und des Tauschs, die durch das Medium Geld vermittelt werden.

Mengers Problemstellung lag darin, den zahllosen anonymen Tauschakten der Geldwirtschaft seiner Zeit wissenschaftlich beizukommen. Dabei zeitigte seine Theoriebildung – durch die Formulierung wissenschaftlicher Modelle, aber auch währungspolitischer Maßnahmen – wiederum starke Wirkungen auf die Geldpraktiken der Menschen im Habsburgerreich. Mit dem vorliegenden Kapitel wird gezeigt, wie Menger in seinen epistemologischen Problemen immer auch Fragen der Gesellschaftsordnung mitverhandelte.[8] Seine Ansichten werden hier deshalb genauer untersucht – und zu diesem Zweck erstmals sein handschriftlicher Nachlass ausgewertet –,[9] weil

in Mengers Denken Geld grundlegende Wichtigkeit hatte und weil für ihn im Geldaustausch immer schon verschiedene Bewertungsskalen aufeinandertrafen.

Mengers Denken über Geld, so argumentiere ich in diesem Kapitel, war imperial imprägniert. Indem er auf die Größe »Kultur« zurückgriff, wenn er Wert als subjektive Wertschätzung konzeptualisierte, war sein augenscheinlich formal und universell strukturiertes Theoriegebäude von allem Anfang an von imperialen Kategorien durchsetzt.

Mengers Theorie rückte das Tauschmoment deshalb so stark in den Vordergrund, weil es eine Verschiedenheit an Bewertungen zu denken erlaubte. Auch die Art und Weise, wie Geld von ihm konzeptualisiert wurde, erwuchs aus der imperialen Herrschaft der Differenz. Um dieses Argument zu untermauern, situiert das vorliegende Kapitel einen Abschnitt der Wissenschaftsgeschichte der Ökonomie in seinen imperialen Entstehungsbedingungen. Während seit einiger Zeit die Bedeutung von Imperien für die Herausbildung der Wissenschaften der Soziologe, der Anthropologie und der Sozialphilosophie untersucht wird, ist das Feld der Ökonomie in dieser Hinsicht kaum erforscht.[10]

Zwar vertrat im Vergleich mit der Historischen Schule der Nationalökonomie in Deutschland, die mit dem Verein für Socialpolitik ein prominentes Forum der Sozialreform eingerichtet hatte, die Gruppe um Menger eine Minderheitenposition. Sie erwies sich aber auf längere Sicht als umso folgenreicher. Wenn auch Mengers direkter Einfluss beschränkt blieb, hatten jüngere Exponenten wie Eugen von Böhm-Bawerk und Friedrich von Wieser mehrfach Ministerposten inne; eine Generation später stieg Joseph Schumpeter zu einem der wichtigsten Ökonomen des 20. Jahrhunderts auf und Ludwig von Mises und Friedrich August von Hayek begründeten in der Zwischenkriegszeit den Neoliberalismus mit. Unlängst hat eine Ideengeschichte des Neoliberalismus dargelegt, wie das *Verschwinden* des Habsburgerreichs für Mises und Hayek das politische Projekt dringend machte, globale Institutionen vorzuschlagen, in denen Autoritäten, die der nationalstaatlichen Souveränität übergeordnet waren, den ungehinderten Austausch von Kapital und Waren gewährleisten

sollten.[11] Der Ursprung solcher Vorstellungen lag im Habsburgerreich, einem liberalen Imperium des 19. Jahrhunderts.[12]

Im Folgenden wird gezeigt, wie Vorstellungen von Zivilisation, Autorität und Hierarchie in Mengers abstrakte Modellfigur des Homo oeconomics einflossen.[13] Dies ist gemeint, wenn ich das Argument vertrete, das Habsburgerreich würde eine epistemologische Grundlage für die neue Wirtschaftstheorie stellen.[14] Deshalb widmen sich die nächsten Abschnitte, nach einer Einleitung zum praktischen akademischen und bürokratischen Kontext, in dem der Wiener Ökonom tätig war, Mengers Wissenschaftsverständnis. Danach wird auf die Rolle des Homo oeconomicus in Mengers Denken eingegangen sowie auf die spezifische Art des Abstrahierens, die nötig ist, damit der Homo oeconomicus an Konturen gewinnt und als Modellfigur hervortritt. Geld spielt in dem Prozess zahlloser subjektiver Bewertungen, den die Wirtschaft ausmachte, eine hervorragende Rolle; ja, Geld war diejenige gesellschaftliche Einrichtung, der Menger am meisten Aufmerksamkeit widmete.

Im Gegensatz zu anderen Richtungen der neoklassischen Ökonomie, die Geld als bloßes Vermittlungsmoment auffassten, von dem man abstrahieren und durch das man hindurchsehen müsste,[15] um die tatsächlichen Abläufe der Wirtschaft zu verstehen, war Geld für Menger in keiner Weise neutral, sondern eine zivilisatorische Kraft: In dem Medium Geld spielte sich alles ab, wovon ökonomische Rationalität abhing. Und in der Geschichte, so eine Grundannahme der Österreichischen Schule der Nationalökonomie, war der Geldwert ständiger Veränderung unterworfen.[16] Mit dem Goldstandard, dem Österreich-Ungarn sich im Jahr 1892 anschloss, erhielten die zahllosen Bewertungen der Wirtschaft eine neue Kalibrierung. Nachdem in einem weiteren Abschnitt die Bedeutung des Geldes in Mengers Denken vorgestellt wird, gehe ich deshalb in der zweiten Hälfte des Kapitels auf die Integration des Habsburgerreichs in das Goldsystem ein, auf einen Prozess, in dem der Ökonom als Experte eine tragende Rolle spielte.

Liberalismus, Bürokratie und Wissenschaft

Menger und seine Schüler waren Beamte und liberale Bürger in einem imperialen Staatsgefüge. Sie fanden sich in eine spezifisch österreichische Allianz von Wissenschaft und Liberalismus eingebettet, die Deborah Coen auf den Begriff »culture of uncertainty« gebracht hat.[17] In dieser Kultur wurde Rationalität auf eine Weise neu fundiert, in der sich Komplexität und Ungewissheit in produktive Kräfte der Erkenntnis wenden ließen. Subjektivität und Skepsis stellten nicht Hürden dar, sondern dienten vielmehr dem Erkenntnisprozess. Wien war der Ort, an dem der Physiker Ernst Mach eine Kraftlehre ohne Kraft entwickelte: Größen wie »Raum«, »Zeit« oder »Körper« bildeten demgemäß abstrakte Begriffe für bestimmte Erkenntniszwecke, hatten aber als Substanzen keine Grundlage in der realen Welt. Eine Generation später formulierte der Staatsrechtler Hans Kelsen eine Staatslehre ohne Staat: Der Staat war keine Substanz, die neben dem Recht existierte, sondern bestand allein aus rechtlichen Verfahren.[18] Wohl am folgenschwersten erfand Sigmund Freud eine Seelenlehre, die ohne den Begriff der Seele auskam.[19] In Wien florierte also eine Wissenschaftskultur, die das Subjekt kritisch ins Zentrum rückte und empirisch-induktiv bis dahin vorausgesetzte Wesensgrößen in Zweifel zog.[20] In diesem Kontext war Carl Mengers Projekt angesiedelt.[21] Um eine Formulierung des Historikers Janek Wasserman aufzugreifen: Menger entwarf eine Nationalökonomie ohne Nation, mit der komplexen Vielfalt eines Imperiums als Bedingung ihrer Möglichkeit.[22] Eine Volkswirtschaft hatte kein Aggregat wie »Volk« als Bezugsgrößen, sondern bestand aus der Summe different-ungleicher Einzelwirtschaften.[23]

Carl Menger wurde 1840 in Neu Sandez (Galizien) als Sohn eines Juristen geboren, der eine Geschäftskanzlei unterhielt. Er studierte Jura in Wien, Prag und Krakau, wo er 1867 promoviert wurde, schrieb als Journalist für deutschsprachige Zeitungen, gründete 1865 das *Neue Wiener Tageblatt* mit und war 1866 einige Monate zuständig für den Wirtschaftsteil der *Wiener Zeitung*, einem Amtsblatt.[24] In den 1860er-Jahren, als Österreich-Ungarn die Geldmenge ausweitete und der Gründerboom einsetzte, expandierte auch die Finanzberichterstattung. Die *Wiener Zeitung* veröffentlichte täglich die

Kurse von Effekten und Staatsobligationen sowie Berichte von den Handelsplätzen in Europa und Übersee.[25] Ab Herbst 1867 sind Notizbücher überliefert, in denen er, vermischt mit eigenen Überlegungen, Exzerpte von Klassikern der Nationalökonomie und der Sozialphilosophie niederschrieb. Als Jura-Student hatte Menger einige Kurse in Nationalökonomie besucht, aber im Wesentlichen war er ein Autodidakt.[26] Anders als später Böhm-Bawerk und Wieser unternahm er nie eine Studienreise zu den einflussreichen deutschen Ökonomen Wilhelm Roscher, Karl Knies oder Bruno Hildebrand.[27]

1871 erschien seine Habilitationsschrift *Grundsätze der Volkswirthschaftslehre* bei einem kleinen Wiener Verlag. Menger verhinderte zeitlebens eine Neuauflage und Übersetzungen, weil er anhaltend mit einer Überarbeitung des Buchs beschäftigt war.[28] Zuerst hatte er eine Privatdozentur an der Universität, ab 1873 eine außerordentliche Professur, daneben aber immer noch eine Anstellung im Ministerratspräsidium für seine Tätigkeit bei der *Wiener Zeitung*.[29] Als er sich 1875 ganz der Universitätskarriere zuwandte, war dies mit einer Lohneinbuße verbunden, die er sich von der Universität kompensieren ließ.[30]

Parteipolitisch engagierte er sich nie, aber es gibt Hinweise, dass ihm Monarchie, Integrität des Reichs und die Vorherrschaft des deutschsprachigen Bürgertums wichtig waren. So zeigte sich Menger schockiert über das Experiment der böhmischen Föderalisierung, das unter dem Kabinett Hohenwart betrieben worden war.[31] Die Reaktion entsprach dem Muster eines imperialen Amtsdieners. Als solcher wurde Menger denn auch 1876 von seiner Universitätstätigkeit abberufen, um als Privatlehrer für den damals 18-jährigen Kronprinzen Rudolf zu wirken. Grundlage des Unterrichts war im wesentlichen Adam Smith.[32] Im Gefolge Rudolfs nahm Menger an Bildungsreisen nach Schlesien, zur Schweizer Uhrenindustrie und an die großen Finanz- und Industrieplätze Englands teil. 1878 kehrte er auf einen Lehrstuhl an die Universität Wien zurück, wo Nationalökonomie Teil des Jura-Studiums war. Mengers Vorlesungen zum Bankenwesen, zur Finanzwissenschaft und zur Einführung in die Nationalökonomie zogen zu Beginn seiner Laufbahn zwischen vier und 40 Hörer an. Bis Anfang der 1880er-Jahre stieg die Zahl auf bis zu 180 für die große

Vorlesung zur Finanzwissenschaft.[33] Für manche Studenten war die Privatbibliothek des Professors ein wichtiger Anziehungspunkt; bis zu seinem Lebensende hatte Menger knapp 20.000 Bände sozialwissenschaftliche Literatur gesammelt, die ausgewählte Studenten benutzen durften.[34] Als die Universität versuchsweise Frauen zu den Lehrveranstaltungen zuzulassen begann, äußerte sich Menger, von einer Zeitschrift befragt, positiv über das Experiment. Der Unterricht sei ungestört verlaufen, die männlichen Studenten seien höflich geblieben, die weiblichen Teilnehmerinnen fleißig, aber unselbstständig gewesen und die Betreuung der Seminararbeiten habe mehr Zeitaufwand verlangt als sonst.[35] 1903 wurde Menger emeritiert. 1888 hatte er die damals 19-jährige, knapp drei Jahrzehnte jüngere Hermine Andermann kennengelernt, eine Jüdin aus Galizien, die später zum Katholizismus konvertierte. Das Paar heiratete nicht; ob aus Nonkonformismus oder, im Gegenteil, um kein Aufheben von der potenziell skandalträchtigen Beziehung zu machen, ist unklar. 1902 kam ein Sohn, Karl, zur Welt, der später als Mathematiker eine Rolle im »Wiener Kreis« der Wissenschaftstheorie einnahm. Carl Menger ließ ihn legitimieren und vermachte seiner Frau Hermine seine Bibliothek.[36] Nach Mengers Tod 1921 löste die Witwe das Erbe ein, indem sie die Bibliothek an eine Wirtschaftsuniversität in Tokio verkaufte, bevor sie 1925 starb.[37]

Die liberale Bürgerlichkeit Mengers zeichnete nicht nur eine enge Nähe zur Regierung aus, sondern auch ein hohes Bewusstsein für die Bedeutung von Wissenschaft. Menger zog eine starke Verbindungslinie zwischen seinem Insistieren auf Wissenschaftlichkeit – der größte Teil seines Werks galt Methodenfragen – und der politischen Kraft des Liberalismus. Er schrieb, die Nationalökonomie würde einen fatalen Fehler begehen, wenn sie von ihrem Status als »objective Wohlfahrtswissenschaft« abrücke. Damit lasse die Wirtschaftswissenschaft das liberale Lager ungeschützt, das sich nur noch in Verfassungs- und Gesetzesfragen ergehe, aber die eigentlichen Grundlagen gesellschaftlicher Entwicklung, nämlich das Fundament des überhaupt Möglichen, der politischen Verhandlung preisgebe. Stattdessen sollte die Wirtschaftswissenschaft, indem sie den Bezirk der objektiven Tatsachenverhältnisse abgrenzte, einen Schutz-

wall gegen »Willkür und Irrtum der Regierungen« ebenso wie gegen die »Vertreter von Classeninteressen« und ihre tendenziösen »Curpfuscher« hochziehen, deren Rezepte »bei der Menge stets williges Gehör« finden würden.[38] Darin sah Menger seine Aufgabe einer Revision und Reformulierung des ökonomischen Liberalismus.

Die Frage, worin Wissenschaftlichkeit bestehe, stand im Zentrum vom Mengers Auseinandersetzung mit der Historischen Schule der Nationalökonomie – dem berühmten Methodenstreit. Der Methodenstreit war die prominenteste Kontroverse über das Wesen der Sozialwissenschaften im ausgehenden 19. Jahrhundert. Den Anstoß gab Carl Mengers zweite Monografie *Untersuchungen zur Methode der Sozialwissenschaften*. Darin hatte er die Historische Schule dahingehend angegriffen, dass seiner Meinung nach deren auf statistischem Material beruhende Arbeitsweise es niemals vermögen werde, zu einer exakten Wissenschaft aufzusteigen, wohingegen genuin theoretische Arbeit exakte sozialwissenschaftliche Gesetze herausarbeiten könne, indem streng typische Erscheinungsformen destilliert und die einfachsten Relationen zwischen ihnen nachvollzogen würden.[39] Gustav Schmoller konterte in einer Besprechung, wissenschaftliche Forschung müsse Phänomenursachen in ihrer Vielfalt nachvollziehen: »Wir sind nicht so prätentiös, das Komplizierteste, was es giebt, aus einem einzigen Element erklären zu wollen, blos um ›exakt‹, d. h. deduktiv zu bleiben.«[40] Von diesem ersten Schlagabtausch an standen im Methodenstreit das Wesen und das Ziel sozialwissenschaftlicher Forschung zur Debatte. Hier ist nicht der Ort, diese vielzitierte Polemik erneut aufzurollen.[41] Stattdessen sollen einige Grundannahmen zur Erkenntnistopografie des Streits hinterfragt werden. Gemeinhin wird der Methodenstreit als Kontroverse zwischen induktiven und deduktiven Ansätzen beschrieben. Ebenso gilt er als Auseinandersetzung darüber, was das Ziel wissenschaftlicher Darstellung sei – die präzise Beschreibung von Phänomenen oder das Herausarbeiten universeller Gesetzmäßigkeiten. In beiden Fällen wird ersteres der Historischen, letzteres der Österreichischen Schule zugeschrieben. Aber eine vertieftere Untersuchung zeigt, wie Induktion (nicht Deduktion) und Deskription, zuweilen gar ethnografische Beschreibung, Mengers Forschungshaltung bestimmten. Auf jeden Fall stand im

Methodenstreit der Status von Theorie, und mit ihr, von Abstraktionen zur Debatte. Um Mengers Wissenschaftsverständnis genauer zu verstehen, lohnt es sich, nachzuvollziehen, aus welchen Elementen sich seiner Ansicht nach wissenschaftliches Arbeiten zusammensetzte, oder anders ausgedrückt: mit welchen praktischen Schritten die Abstraktionen der ökonomischen Theorie hergestellt wurden.

Erfahrungswissenschaft und subjektiver Wert

In der Vorlesung würden sie »nicht Worte interpretieren«, sondern den »Blick auf das reale Leben lenken«, wandte sich Menger an seine Studenten. Ganz »ähnlich wie der Naturforscher« würden diese lernen, »aus der Beobachtung der realen Volkswirtschaft den Einblick in das Wesen und den Zusammenhang der oekonomischen Erscheinungen zu gewinnen, nur dass es sich hier nicht um todte Materie oder physische Organismen, sondern um menschliche Bestrebungen und menschliche Wolfahrt, um all das handelt, was uns unmittelbar am Herzen liegt und uns teuer ist.«[42] Nationalökonomie war Erfahrungswissenschaft, sie beruhte auf Empirie und Beobachtung: »Jeder Marktbericht, jeder Ausweis einer Zettelbank, jede Änderung der Lohnsätze, jede Budgetziffer wird für Sie Interesse gewinnen«, fuhr Menger in seiner Vorlesung fort. Der Ökonom interpretierte Daten, um die Mechanismen zu erklären, die hinter realen Phänomenen wirkten. Die Darstellungsweise in Mengers Publikationen war abstrakt, aber sein Programm bestand darin, die Politische Ökonomie in engere Nähe zur wahrnehmbaren Erfahrung zu bringen.

Die Lehrsätze an die Realität anzugleichen, begann mit der Erklärung von Preiserscheinungen, die offensichtlich vom Absatz, nicht von der Produktionsseite, bestimmt waren. Als Menger seine Studien aufnahm, exzerpierte er neben den deutschen Standardwerken von Wilhelm Roscher, Karl Heinrich Rau und anderen vor allem Berichte über Holz- und Getreidepreise.[43] Er stellte Überlegungen zur Struktur der Holz- und Kornmärkte in Wien an sowie zum Freihandel von Getreide.[44] Er beobachtete, wie in unterschiedlichen Märkten verschiedene Voraussetzungen zur Preisbildung herrschten: Eine Bäckerei konnte nicht laufend den Brotpreis ändern, ein Kornhänd-

ler aber sofort auf Schwankungen eingehen. Wie dem Gold kam dem Getreide als fungiblem Gut besonderer Aussagewert im Auf und Ab der Preise zu. Allerdings wirkte es in inversem Verhältnis zum Gold: Arme hatten verhältnismäßig großen Anteil daran, die Reichen geringen. Deshalb würden – von Missernten und Transporthemmnissen abgesehen – die Arbeitslöhne nicht dauerhaft unter die Getreidepreise sinken können, weil die folgende Nachfrageeinbuße »ein ungeheures Fallen der Kornpreise bewirken« würde. Menger fügte hinzu: »Alles dies ist antisocialistisch und beruhigend.«[45]

Zwar mochten die Löhne nicht dauerhaft unter die Kornpreise fallen, aber sie konnten sich durchaus unterhalb der Subsistenzebene bewegen. Eine Weißnäherin in Berlin, so Menger in den *Grundsätzen*, vermochte Nahrung, Brennholz und Obdach zu verdienen, aber für die Kleider reichte ihr Lohn nicht.[46] So war das vom deutschen Sozialisten Ferdinand Lassalle postulierte eherne Lohngesetz, wonach die Arbeitslöhne sich stets auf das Existenzminimum einpendelten, ein »Unsinn.« Es gab »eine zahlr. Classe von Menschen, die von ihrer Arbeit nicht leben kann.«[47] Absoluter Mangel kam vor, ebenso wie konkrete Ersparnis – eine Theorie hatte auf diese Realitäten aufzubauen und sie nicht in Durchschnitten und Tendenzen wegzuerklären. Die Höhe des Lohns entsprach nichts weiterem als dem Grenzprodukt der Arbeit, also der letzten Einheit Arbeit, die noch zusätzlichen Gewinn einbrachte.[48] In solchen Überlegungen waren Wohlfahrt und Ökonomie entkoppelt: Die wissenschaftliche Beschreibung der Gesetzmäßigkeiten im Wirtschaftsleben galt es von Erwägungen über die Wohlfahrt zu scheiden.

Es entstand eine Theorie, die – so in der Einleitung zu den *Grundsätzen* – eine »alle Preiserscheinungen (somit auch den Kapitalzins, den Arbeitslohne, den Grundzins und so fort) unter einem einheitlichen Gesichtspunkt zusammenfassende Preistheorie« vorlegte und damit den Zusammenhang zwischen dem Auftreten von Produkten in der Welt und den Produktionselementen, die diese hervorgebracht hatten, beleuchtete.[49] Den Schlüssel dazu lieferte der »Wert der Dinge«, der als »das subj. object. Element der Angelpunkt der ganzen Wirtschaft« war.[50] Preise waren Symptome, Relationen zwischen Gütern, für das tieferliegende Phänomen des subjektiven Werts.

Wirtschaftliches Handeln setzte ein, sobald der Bedarf nach einem Gut, also die Menge, die nötig war, um ein menschliches Bedürfnis zu erfüllen,[51] seine Verfügbarkeit überstieg (Menger verwendete den Begriff »Knappheit« nicht).[52] Menschen übersetzten mittels Erkenntnis und Vorsorge Bedürfnisse in Bedarf. Wirtschaftliches Handeln bestand somit zur Hauptsache aus Bewertungen. Menschen brachten ihre Bedürfnisse in eine Rangfolge und wägten zwischen verschiedenen Gütern ab. Auf einer Skala von 1 bis 10 erreichte beispielsweise lebenswichtige Nahrung den Höchstwert 10, aber nur bis zur Sättigung; dann konnte das Bedürfnis nach dem weniger wichtigen Tabak (Höchstwert 6) gleichauf ziehen.[53]

Auf der Grundlage ihrer Bedürfnisse traten Wirtschaftssubjekte miteinander in Austausch. Weil Wert subjektiv war, konnte Tausch niemals den Transfer von Äquivalenten bedeuten – jede Partei wollte ein »Mehr«, sonst würde sie nicht auf den Tausch eingehen. Preise waren die akzidentellen Resultate solchen »Preiskampfs«, in dem jede Partei das weggab, was für sie den niedrigsten Wert und das zu ergattern suchte, was den höchsten Wert hatte.[54] Das bedeutete aber auch, dass Preise akzidentelle, nachgeordnete Phänomene waren. Wert war die vorrangige Größe, die jenseits des Tauschs bestand: die Verbindung zwischen Bedürfnis und Bedeutung, das reale Kausalverhältnis zwischen Zweck und Mittel.

Mengers Neuformulierung der Wissenschaft folgte keinem ikonoklastischen Impuls. Er sah sich auf einer Linie mit den allgemein geteilten Grundsätzen der deutschen Nationalökonomie, wie sie etwa Roscher in seinem *System der Volkswirthschaft* aufgestellt hatte. Dort wurde »der Grad jener Brauchbarkeit, welche einen Gegenstand zum Gute erhebt«, Wert genannt.[55] Güter wiederum waren alle Mittel, die für die Menschen einen Zweck erfüllten. In seinen Notizen zu Roscher nannte Menger diese Brauchbarkeit »Werthschätzung«. Bei Gütern, die sich in allgemeinem Austausch befanden, hing diese Wertschätzung auch von der »Anerkennung durch Andere« ab.[56] Wert war die Bedeutung, die die Menschen den Dingen zuschrieben, wenn sie diese als Mittel für ihre Zwecke verwendeten. Menschen unternahmen diese Zuschreibung individuell, abgestuft und in Abstimmung mit der Zuschreibung, die andere

leisteten. Mit diesen Vorstellungen folgten Mengers *Grundsätze der Volkswirthschaftslehre* ausdrücklich dem deutschen Mainstream der Wirtschaftswissenschaften; immerhin war das Buch als Lehrmittel angelegt.[57]

Seine Überlegungen zum Grenznutzen stellte Menger eher als Selbstverständlichkeiten denn als Entdeckungen vor.[58] Ausführungen zur subjektiven Dimension des Werts schienen ihm wichtiger zu sein. In den Notizheften von 1867/68 experimentierte Menger mit einer grafischen Darstellung der Befriedigung, die ein Gut leistete. In einem Dreieck bezeichnete die schräge Hypotenuse die abnehmende Befriedigung zwischen den beiden Achsen einer Gütermenge und eines Bedürfnisses.[59] Solche Kurven finden sich allerdings in der gedruckten Ausgabe der *Grundsätze der Volkswirthschaftslehre* nicht mehr. Eine kontinuierliche mathematische Nutzenfunktion, wie sie Jevons auf der Grundlage eines generellen Schemas von »pleasure« versus »pain« erstellte, wäre für Menger unvereinbar mit seinem subjektivistischen Ansatz gewesen.[60]

Wert war eine Beziehung zwischen Menschen und Gütern, die allein durch das urteilende Subjekt entstand: »[D]er Wert ist nichts den Gütern anhaftendes, keine Eigenschaft derselben, er ist lediglich ein Urteil der Menschen über die Bedeutung, welche konkrete Güter für sie haben.«[61] Wert entstand aus einer *Beziehung*, nämlich aus dem erkannten Wesen der Güter für das Subjekt.

Trotz aller Betonung des Subjektiven enthielten die *Grundsätze* aber eine Überraschung: Es gab Dinge, die objektiv wertlos waren und nur eingebildete Güter darstellten. Diese waren in Wirklichkeit ohne Wert und standen »in keinerlei ursächlichen Zusammenhange« mit der menschlichen Bedürfnisbefriedigung. Ebenso bestanden eingebildete Bedürfnisse, deren Grundlage in der Realität fehlte. Menger nannte als Ersteres »die meisten Schönheitsmittel, die Amulette, […] Wünschelruthen, Liebestränke«, als Letzteres »die Geräthschaften, Bildsäulen, Gebäude, etc. wie sie von heidnischen Völkern für ihren Götzendienst verwendet werden« und anderes mehr.[62] Natürlich konnten all diese Dinge einen Preis haben, aber sie waren ohne Wert. Knapp gesagt, vertrat Menger eine »essenzialistische« im Gegensatz zu einer »relativistischen« Auffassung von Wert.

Bereits Wieser und Böhm-Bawerk schwächten den semantischen Kranz von Bedeutung, Erkenntnis, Anerkennung, der Mengers Begriff des Werts begleitete, ab. Bedeutung hieß für sie nur mehr »Wichtigkeit«; die Trennung zwischen Erscheinung (Preisen) und Wesen (Wert) verflachte.[63] Ludwig von Mises sollte später das Gründerhaupt der Österreichischen Schule für diese Trennung posthum schelten.[64] Aber für Menger hatte ein Kompass bestanden, der echte von eingebildeten Bedürfnissen unterschied. Und dieser Kompass war, so Menger, mit fortschreitender Zivilisierung auch einem immer größeren Kreis von Menschen vertraut. Amulette hatten in dem Maß zu verschwinden, wie die Kenntnisse über die wahren Kausalverhältnisse der Welt zunahmen.

Zivilisation bedeutete expandierendes Wissen. Eng verknüpft mit diesem Prozess war die Einführung neuer Güter in der Wirtschaft, sogenannter »Güter höherer Ordnung«. Güter erster Ordnung nannte Menger jene Dinge, die direkt den Bedarf deckten. Güter höherer Ordnung dienten auf einem Umweg diesem Zweck; Produktionsmittel beispielsweise. Menschen waren in der Lage, immer neue Kombinationen in immer längeren Ketten einzuführen, die den Wirkungsbereich der Bedarfsdeckung verbreiterten. Das letzte Ziel blieb stets die individuelle Befriedigung von Bedürfnissen. Doch wachsende Erkenntnis und Arbeitsteilung erweiterten den menschlichen Wirkungsradius um neue Elemente. So geschah der Einsatz von Kapital überall, wo Menschen Wege fanden, Güter für mittelbare Zwecke einzusetzen – Kapital war genuin zivilisatorisch.

Das Herabsteigen der Güter von der höheren zur niedrigeren Ordnung verlangt Zeit. Es ist ein fragiler, von Einbrüchen gefährdeter Prozess. In der Kausalkette kann nie mit Sicherheit gesagt werden, wie Qualität und Quantität der Güter auf der nächsten Stufe aussehen werden. Und Menschen können sich bei der Einführung von Gütern höherer Ordnung irren. Eine projektierte Kausalkette kann sich als Sackgasse erweisen. »Zeit – Irrthum« heißt der entsprechende Abschnitt in den *Grundsätzen* bündig. Kapital und Unsicherheit hingen fundamental von Zeit ab. Der Umgang mit Zeit, den das wirtschaftliche Subjekt zu finden hatte, war aufs Engste mit Wissen verknüpft. Um diese Zusammenhänge genauer zu beleuchten, sollen

die Grundlagen des wirtschaftlichen Subjekts in Mengers System betrachtet werden. Wer war dieser Akteur, der seine Bedürfnisse befriedigte? Wie beschaffen war die Einsicht, zu der er über seine Bedürfnisse kommen konnte, oder anders gefragt: Wie waren Kausalketten und Handlungsketten miteinander verbunden?

Wer ist und was tut Homo oeconomicus?

Mengers Darstellung hob auf Generalisierung ab. Deshalb ist seine Forschungsweise wiederholt für deduktiv gehalten worden, zuerst vom gegnerischen Lager der Historischen Schule, danach von Ideenhistorikern des Ökonomischen.[65] Aber er selbst verstand seine Forschung stets primär als induktiv. Zwar hielt Menger in späteren Schriften auch einen Platz bereit für die Deduktion, aber er betonte stets die Erfahrungsnähe der Wissenschaft und hob hervor, dass eine Darstellungsweise deduktiv sein könne, auch wenn die Erkenntnis induktiv gewonnen worden sei.[66] Wissenschaft hatte Phänomene zu beobachten und von diesen aus schrittweise Verallgemeinerungen vorzunehmen. Die induktive Methode, meinte Menger 1872 in einer Vorlesung, sei in den modernen Naturwissenschaften überall der deduktiven überlegen. Auch in der Ökonomie würde die »empirische Forschung« reale Erkenntnisfortschritte vorweisen, während auf dem »scholastischen Wege« der Deduktion nur »Begriffscombinationen und müßige Wortspiele, Thesen, Antithesen und Syllogismen« entstanden seien.[67]

In den Notizheften hielt Menger fest, ein Statistiker sammle »Erfahrungen«, während der Ökonom – am besten in Personalunion mit dem Statistiker – die Kausalität hinter den Erfahrungen erkläre.[68] Von den Beobachtungen schloss der Ökonom auf die zugrunde liegende Gesetzmäßigkeit. Darin lag das Programm: die gerade noch beobachtbaren, einfachsten Elemente des Geschehens zu isolieren und auf ihr grundlegendes Prinzip zurückzuführen. Die Gesetzmäßigkeiten ließen sich »auf dem Weg der Analyse und der abstrahirenden Induction« ausarbeiten.

Im Vorwort seiner *Grundsätze der Volkswirthschaftslehre* schickte Menger voraus, sein Vorgehen bestehe darin,

> die complicirten Erscheinungen der menschlichen Wirthschaft auf ihre einfachsten, der sicheren Beobachtung noch zugänglichen Elemente zurückzuführen, an diese letztern das ihrer Natur entsprechende Maß zu legen und mit Festhaltung desselben wieder zu untersuchen, wie sich die complicirteren wirthschaftlichen Erscheinungen aus ihren Elementen gesetzmäßig entwickeln.[69]

Beobachtung und Reduktion sollten die einzelnen Elemente freilegen und deren Ineinandergreifen eruieren, um die zusammengesetzten Phänomene aus der kombinierten Wirkung der Einzelelemente zu erklären. Weil Wirtschaft ein Geschehen war, hatten die Basiselemente mit einfachen Ketten von Ursache und Wirkung (oder, wie weiter unten gezeigt wird, von Zweck und Mittel) zu tun. Auf den nächsten Seiten nannte Carl Menger en passant die Wissenschaft der Chemie, um die Unterschiede zwischen praktischer Anwendung und theoretischer Wissenschaft zu unterstreichen. Es gibt Grund zur Annahme, dass die Chemie – der Aufbau aus Basiselementen und die Wirkungen zwischen ihnen – eine Vorlage abgab für die Ausarbeitung von Mengers Methode. Nun hat der Wissenschaftshistoriker Philip Mirowski das einflussreiche Argument vertreten, die Physik habe die Blaupause für die Politische Ökonomie des 19. Jahrhunderts gebildet; besonders auf die »marginalist revolution« der 1870er-Jahre habe sie Wirkung gehabt. Mirowski weist aber auch darauf hin, dass Carl Menger und die Österreichische Schule nicht in dieses Muster passten.[70] Menger mathematisierte nicht, er betonte die Bedeutung von Unsicherheit und beschränktem Wissen, Gleichgewicht spielte für ihn keine Rolle, die Bedürfnisbefriedigung in seiner Darstellung entsprach keiner abstrakten Nutzenmaximierung – und schließlich fehlten auch Verweise auf die Physik seiner Zeit. Es gibt viele Gründe für diese Unterschiede zur neoklassischen Tradition und einige werden in diesem Kapitel angesprochen. Doch einer könnte darin liegen, dass die Chemie von Justus Liebig eine bedeutende Rolle für Mengers Methode spielte. Er las, exzerpierte und kommentierte Liebigs enorm weitverbreitete *Einleitung in die Naturgesetze des Feldbaues*.[71] Menger notierte dazu: »Die ganze Einleitung Liebig's sehr wichtig.«[72] In der

von ihm exzerpierten Stelle schrieb Liebig, die moderne Naturforschung würde alle Erscheinungen »wie die Knoten in einem Netz« betrachten. Anschließend ging Liebig auf die Beobachtungsweise des Naturforschers ein:

> »Beobachten« heißen wir sinnlich wahrzunehmen suchen, wenn *ein* Knoten in dem Netze sich bewegt oder ändert, welcher von den *anderen* Knoten sich mitbewegt oder ändert; einer oder der andere muß sich mitbewegen oder ändern. Eine Erscheinung *untersuchen* heißt die Fäden aufsuchen, womit ein Knoten in dem Netze mit zwei oder drei anderen verbunden ist […]. Da eine jede Naturerscheinung zusammengesetzt ist, d. h. aus Theilen besteht, so ist die erste und wichtigste Aufgabe des Naturforschers die, daß er ihre Theile aufzufinden sucht, ihre Natur und Beschaffenheit (d. h. ihre Qualität) und das Verhältniß in welchem sie zusammenwirken (ihr Maß oder Quantität). Wir erklären die Thatsachen nicht an sich, sondern nur ihre Beziehungen zu einander, und wir legen nur denjenigen einen bestimmten Werth bei, deren Zusammenhang wir kennen; dieser Zusammenhang heißt das Gesetz. Wir erklären die Erscheinungen nicht von innen heraus, sondern von außen hinein, wir suchen die Bedingungen auf und wie sie zusammenwirken […]. […] In dem Zusammenwirken der *einfachen* Gesetze erkennen wir das *zusammengesetztere höhere* Gesetz […].[73]

Man musste die einfachen Elemente feststellen, aus denen die vielschichtigen Phänomene zusammengesetzt waren. Während die Elemente selbst nur durch ihre Beziehungen in einem Gefüge beobachtbar waren, musste man die systematisch nachverfolgbaren Zusammenhänge zwischen den Elementen formulieren. Hier, in den elementaren Kausalketten, die Menger analog zu Liebig bemüht war, sichtbar zu machen, trat sein Homo oeconomicus hervor.[74]

Seit den 1830er-Jahren tauchte dieser als Denkwerkzeug in der Politischen Ökonomie auf. John Stuart Mill zeichnete eine prominente Version dieser Figur, die in der Überzeichnung zweier Merk-

male bei gleichzeitiger Weglassung aller anderen Züge bestand: der Trieb nach Reichtümern und die Aversion gegen Mühsal. Mills räumte ein, dies sei »an arbitrary definition of man«, die nur im Abstrakten, also unter gewissen Vorannahmen, wirksam werde.[75]

Homo oeconomicus stellte ein Modell dar: eine auf Hypothesen basierende Figur, deren Züge durch definitorische Arbeit vorab stilisiert wurden. Indem sie auf einer »Als-ob«-Annahme beruhen, erlauben Modelle das Entwerfen von Szenarien, die gleichermaßen fiktiv und realistisch sind. Mills Modell war im Wortsinn eine Karikatur, also eine bewusst verzerrte Zeichnung, in der einzelne Wesenszüge betont und andere weggelassen wurden.[76] Mengers Modell scheint anders konstruiert gewesen zu sein. Es entstand weniger durch Überzeichnung und Weglassung als durch die Annahme einfachster Wirkungen zwischen Basiselementen. Sein wirtschaftlicher Akteur maximierte nicht, sondern befriedigte seine subjektiven Bedürfnisse durch basale Zweck-Mittel-Ketten. Welche Art von Abstraktion war das?

Heutige Annahmen über den Homo oeconomicus sind von seinen Manifestationen im 20. Jahrhundert geprägt, in denen er als rein methodologische Figur auftritt. Mit anderen Worten, sein hypothetisches Wesen ist im Lauf des 20. Jahrhunderts bekräftigt worden. Beispielsweise bildete der Idealtypus, den Max Weber – unter anderem mit Bezug auf Carl Menger – um 1900 entwickelte, eine auf Beobachtung basierende Generalisierung, die als »Gedankenbild« das Erstellen von Hypothesen ermöglichen sollte.[77] Nochmals stärker zugunsten seiner Hypothetizität argumentierte ein Vertreter der Österreichischen Schule im 20. Jahrhundert: Die Figur bezwecke weniger die Beschreibung von Handlungen, ob stilisiert oder nicht, als vielmehr ein Konstrukt, um die beobachteten *Resultate* von Handlungen zu interpretieren, wie sie etwa durch Statistiken zum Vorschein kämen.[78] So wird der methodologische Konstruktionscharakter des Homo oeconomicus betont. Aber wie weit trifft dies auf Mengers Modellfigur zu? Auch wenn sie unter Bedingungen des »Als-ob« entstehen, ist Modellen ein »semantischer Überschuss« eigen.[79] Sie bestehen aus jeweils spezifischem Rohmaterial, das auf das hypothetische »Gedankenbild« einwirkt, und sie intervenieren als technische Arbeitsobjekte in der Welt. Zugespitzt gesprochen:

Gerade wenn Modelle sich nahe an der Erfahrung orientieren und *realistische* Fiktionen entwerfen, kommt in ihnen ein normativer Zug zum Tragen.

Mengers Modell war auf Hypothesen ausgerichtet – und trotzdem wirkten in ihm ebenso realitätsbeschreibende wie normative Ansichten. Zwar ließ Menger keinen Zweifel daran, dass die Elemente, die er im Blick hatte, »streng typisch« gedacht werden müssten. Sie könnten »nicht an der vollen empirischen Wirklichkeit geprüft werden«, denn sie spielten sich auf eine anderen Ebene ab als »die realen, zum Theil ja höchst unökonomischen Erscheinungen der menschlichen Wirthschaft«, die in der empirischen Realität statthätten.[80] In diesem Sinne war Mengers bedürfnisbefriedigender Homo oeconomicus eine Abstraktion: Der Realität enthoben, wirkte er im Bereich der Theorie entlang präziser Gesetzmäßigkeiten. Letztere wurden durch Beobachtung, Introspektion und Logik gewonnen. Zugleich aber legte Menger sein Modell daraufhin an, dass es exakt an der empirischen Erfahrung orientiert bleiben sollte. Der Realitätsgehalt wurde aus Rohmaterialien gewonnen, die gleichermaßen weitläufig wie unterbestimmt erschienen. Statistik gehörte dazu, aber Böhm-Bawerk hielt fest, der Forscher sei mithin auch gezwungen, »zu der verhältnismäßig engen, aber eindringlichen persönlichen Lebensbeobachtung seine Zuflucht zu nehmen.«[81] In Sprichwörtern etwa war ein Erfahrungsschatz ökonomischer Zusammenhänge verdichtet.[82] Menger leitete seine Studenten auch dazu an, den Begriff des Kapitals bei den Kirchenvätern, im österreichischen sowie im deutschen Handelsgesetzbuch oder im französischen Code de commerce zu studieren, weil die dortigen Konzeptualisierungen grundsätzliche Wesenszüge des Kapitalbegriffs kristallisierten.[83] Dahinter standen Bemühungen, die Theorie aus beobachtbaren Phänomenen zu gewinnen.

Die einfachen Kausalverhältnisse, aus denen Homo oeconomicus bestand, entfalteten keine übergreifende Tragweite, sondern wirkten situativ. Mengers Modellfigur verfügte über keinen übergeordneten Plan. Aber als Verkörperung grundlegender Kausalbeziehungen wirkte Homo oeconomicus dann, und nur dann, auf der Ebene der Theorie ökonomisch, wenn sein Handeln vom subjektiven Wert der Dinge informiert war. Dieser subjektive Wert aber hatte eine objektive

Verankerung in der Erkenntnis über die wahre Bedeutung der Dinge, in anderen Worten, in der Erkenntnis über ihr Wesen. Wer an Amulette oder Liebestränke glaubte, lag falsch. Eingebildete Güter blieben wertlos, denn die Welt bestand aus mehr als der Einbildung der Subjekte. Nicht in seinem gedruckten Werk, aber in seinen Notizen gesellte Menger zum Begriff der Kausalität, der Mechanik der Welt, den Begriff der Teleologie, der Orientierung in den »Bestrebungen« der Subjekte. Der Ausdruck »Teleologie« findet sich bereits in einem Notizheft, das 1867 begonnen wurde.[84] Vielleicht hatte ein kritischer Einwand in einer Rezension der *Grundsätze* den Anlass gegeben, das Thema weiter zu vertiefen. In der Besprechung regte der Rezensent an, den »Causalzusammenhang zwischen Bedürfnissen und Dingen nicht als Verhältnis von Ursache und Wirkung« aufzufassen, wie es Menger getan habe, sondern eher als eines »von Zweck und Mittel« zu sehen.[85] In der Folge hieß Teleologie für Menger die Beziehung zwischen Zweck und Mitteln. Am »Endziel« des einzelnen Subjekts, an der individuellen Bedarfsdeckung, hatte die Forschung sich auszurichten: Nur von diesem Fluchtpunkt aus konnten die wissenschaftlichen Erklärungen der Ökonomie hergeleitet werden.[86] Im Lauf der Zivilisationsentwicklung richtete die Teleologie der Menschen immer komplexere Ketten von Ursache und Wirkung ein, weil die Mittel zur Erfüllung der menschlichen Bestrebungen sich erweiterten. In einem unveröffentlichten Text hielt Menger fest, Handlungen seien »Glieder teleologischer Reihen«, in denen »die Bestrebungen der Menschen nur als Glieder einer zurückliegenden Reihe« erschienen, »an welcher das näher liegende Ziel des Strebens stets durch das entferntere und alle Ziele menschlichen Strebens durch das Endziel der letztern bedingt« seien.[87] Schon in den frühesten Notizen zum Thema schien für Menger die Arbeitsteilung »ein Hebel der Teleologie« zu sein.[88] Insofern war Mengers Abstraktion weniger eine methodologische Entscheidung, als dass ihr normative Schubkraft zukam: Teleologie als das Verständnis für die Absichten der Subjekte, während diese Absichten durch immer bewusstere Erkenntnis sich laufend näher dem tatsächlichen subjektiven Wert der Dinge anglichen.

Homo oeconomicus mochte nicht von vornherein rational handeln (sondern nichts weiter als eine Verkörperung basaler Kausalketten sein), aber er war einem zivilisatorischen Prozess der Ratio-

nalisierung unterworfen. Teleologie, die Wirkung des Zwecks auf die Mittel, setzte eine zunehmende Rationalisierung ins Werk. Die dabei entscheidende Triebkraft der Zweckmäßigkeit musste allerdings weder psychologisch letztbegründet, noch unter das Postulat eines freien Willens gestellt werden: Zweckmäßigkeit bestand unabhängig vom strebenden Subjekt.[89] Zwar nannte Menger gelegentlich sein Projekt ein psychologisches, etwa wenn er schrieb, er und Jevons seien von der Historischen Schule deshalb abgelehnt worden, weil sie die ökonomischen Phänomene auf »ihre psychologischen Verursachungen zurückzuführen suchten.«[90] Aber er hielt es nicht für nötig, Erklärungsansätze aus der Psychologie in seine Theorie zu integrieren oder sonstwie Terrain an diese konkurrierenden Wissenschaft vom individuellen Subjekt abzutreten: Der letzte Zweck des Handelns blieb, in ökonomischer Hinsicht, die materielle Bedarfsdeckung.[91] Wenn er die teleologischen Ketten aus individuellen Absichten betonte, wurde von Menger nicht in Abrede gestellt, dass unbeabsichtigte Entwicklungen vorkamen. Aber auch solche nichtintendierten Folgen mussten von den individuellen Bestrebungen der Wirtschaftssubjekte her erklärt werden.[92] Als bestes Beispiel für dieses Vorhaben erschien Menger eine gesellschaftliche Institution, die aus lauter einzelnen individuellen Tauschakten hervorging: Geld.

Eine erhabene gesellschaftliche Einrichtung

Güter gegen »kleine, an sich nutzlos erscheinende Metallscheiben, oder gegen diese letzteren vertretenden Urkunden auszutauschen« wirke sinnlos. Es sei ein »dem gemeinen Laufe der Dinge so widersprechender Vorgang, so dass es uns nicht wundernehmen darf, wenn er selbst einem so ausgezeichneten Denker, wie Savigny, geradezu als ›geheimnisvoll‹ erscheint.« Der Verweis auf Carl von Savigny, den Begründer der Historischen Schule der Rechtswissenschaft, ist aufschlussreich. Geld mochte Savigny offenbar »geheimnisvoll« erscheinen, aber seine Vorstellung von der Genese des Rechts aus der Tradition heraus, also aus einer verkörperten, überlieferten und hergebrachten Praxis, lieferte Menger einen Schlüssel für seine eigene Erklärung der Geldentstehung.[93] Geld erwuchs

aus den Bedürfnissen des Tauschverkehrs, um die Beschwerden des Naturaltauschs zu umgehen. Menger war nicht der Erste, der diese mythische Geschichte erzählte; Smith, Roscher, Knies und andere leiteten bereits das Geld aus dem Naturaltausch ab. Aber Menger entfaltete die systematischste Version dieser Geschichte in verschiedenen Beiträgen, die simultan auf Französisch, Deutsch und Englisch veröffentlicht wurden.[94] Die Geschichte ging so: Seit grauer Vorzeit und überall auf der Welt trat dem Naturaltausch das Problem entgegen, dass die »Kontrahentenpaare«, in denen jede Person dasjenige anbot, was die andere wünschte, einander nicht leicht fanden. Deshalb verfielen die Menschen unmerklich, die »einsichtigsten und tüchtigsten wirtschaftenden Subjekte« zuerst, auf einen Umweg und begannen ihr Gut in ein anderes, allgemein begehrtes Gut einzutauschen, um Letzteres gegen das gewünschte einzuwechseln. So setzte durch »Uebung, Nachahmung und Gewohnheit mit ihrer mechanisierenden Wirkung«[95] ein Sog hin zum »marktgängigsten« Gut ein, das schließlich als Geld fungierte.

Wie das Recht für Savigny oder die Sprache für die Brüder Grimm entstand für Menger mit dem Geld ein »Socialgebilde ›organischen‹ Ursprungs« allein aus den zahllosen individuellen Praktiken heraus.[96] Ohne Setzung durch den Staat, ohne Vertrag, ja ohne irgendeinen »Gemeinwillen« kristallisierte sich das Geld heraus. Es hatte eine Naturgeschichte, die »im Flusse der Menschheitsentwickelung« ablief.[97] Individuelle subjektive Wertlehre und die Evolution eines überlegenen Sozialgebildes kamen hier zusammen.

Der Kontrahent der Historischen Schule der Nationalökonomie vertrat selbst ein Argument, das auf die Ursprünge des Historismus abstützte. Während Menger von Gustav Schmoller als ein »Manchester-Liberaler« im Geiste Adam Smiths attackiert wurde,[98] hob dieser gegen den Perfektibilitätswillen, der Smith ausgezeichnet hätte, jene Skepsis gegen die »Neuerungssucht« hervor, die der Konservative Edmund Burke betont hatte.[99] Geld als organisches Sozialgebilde war nicht nur unabhängig vom Staat entstanden, sondern auch tief in Traditionen verankert.

Menger untermauerte seine Argumentation mit ethnografischer Literatur. Er verwendete dazu Reiseberichte, die einen ansehnlichen

Teil seiner Bibliothek ausmachten, sowie Studien von Geografen und Anthropologen.[100] Wie der Historiker Johannes Fabian gezeigt hat, verräumlichte die Anthropologie des 19. Jahrhunderts die Zeit. Im Studium der sogenannten »Naturvölker« ließ sich die Kindheit der Menschheit beschauen. Der »allochronische Diskurs« der Anthropologie, die »andere Menschen in anderen Zeiten« erforschte, erlaubte es, in einem Zug zwischen historischer, archäologischer und ethnografischer Beschreibung zu wechseln.[101] Mengers erstes Beispiel, das den vorzeitlichen Naturaltausch illustrierte, war aus Afrika, dicht gefolgt von Theodor Mommsens römischer Münzgeschichte.[102] Dies war ein allgemeines Merkmal von Geldentstehungstheorien im späten 19. Jahrhundert.[103]

Auf unterschiedlichen Kulturstufen dienten verschiedene Güter als Geld. Die absatzfähigsten Waren konnten Stapelgüter, religiös oder als Tribut verwendete Güter, Prestigegüter, Exportgüter oder anderes mehr sein.[104] Indirekt an Jevons anlehnend, nannte Menger Teilbarkeit, Transportierbarkeit, Dauerhaftigkeit und Vertretbarkeit (Fungibilität) als Eigenschaften, die den Übergang eines Guts zum vollen Geld im Sinne eines »allgemein gebräuchlichen Tauschvermittlers« begünstigten.[105]

Der »schmutzige Siebenbürger Zigeuner«, der am Anfang dieses Kapitels aufgetreten ist, versinnbildlichte die abgestuften, friktionsbeladenen, sich überlagernden Austauschformen, die in einem Imperium herrschen, aber durch bestimmte absatzfähige Güter überwunden werden konnten. Gold, das marktgängigste Gut überhaupt, vermochte auch aus der Hand dieses »Zigeuners« in den Warenkreislauf überzugehen, während »Kleidungsstücke, Bettstücke, zubereitete Speisen« aus seiner Hand suspekt erscheinen mussten. Die Zivilisation des Geldes hatte expansiven Charakter, Geld der höheren Kulturstufen verdrängte dasjenige der niederen.

Denn Geld rationalisierte das Wirtschaftsleben. Als Zwischenglied bestand seine Macht darin, »dass man damit eine Herrschaft über alle Werte hat, also sehr klug wirthschaften kann.«[106] Geld machte eine allgemeine, »ungleich genauere und ökonomischere« Preisbildung möglich.[107] So führte »die richtige Erkenntnis der individuellen Interessen« zu stets rationaleren Geldformen wie dem Edelmetall.[108]

Geld ermöglichte, das Wirtschaftsleben als ein Gefüge zahlloser Bewertungen zunehmend enger an das reale Wesen der individuellen subjektiven Werte heranzuführen. Gleichwohl bildete Geld im subjektiven Tausch, streng genommen, nie einen »Preismesser«.[109] Preise standen nicht am Anfang, sondern am Ende eines Preiskampfs, in dem jede Partei nur so viel wie subjektiv nötig weggeben und so viel wie objektiv möglich erhalten wollte. *Eigentlich*, weil der Preis das nachrangige Phänomen gegenüber dem Wert darstellte, wurde im Tausch nie zuerst der subjektive Wert in ein abstraktes Drittes, den Preis, übersetzt und dann aufgrund dieser Größe eine Übereinkunft gefunden. Gerade die Börsenmärkte funktionierten so, dass stets alle Marktteilnehmer die Preise laufend beeinflussten. Ein Gut konnte man nicht zu einem Preis kaufen und zum selben wieder verkaufen – stets herrschte eine Bandbreite zwischen dem Preis, für den ein Gut gekauft und dem, zu dem es verkauft wurde. Nach der subjektiven Wertlehre waren also Wirtschaftssubjekte stets auch Preismacher, nicht nur Preisnehmer.[110] Aber real und pragmatisch lieferte Geld über die Preisschilder auf den Märkten den Wirtschaftssubjekten einen Indikator, der die »Gewinnung eines Urteils« erleichterte. Wert war dabei kein fixes Quantum, das einem Gut innewohnte, sondern stets eine Beziehung. Daraus erwuchs dem Geld ein liminaler Status. Es verzeichnete den Tauschwert von Gütern exakt, und doch lieferte es kein festes Verhältnis. Aber als Maßstab ließ sich der Geldwert durchaus stabilisieren. Hier kam dem Staat eine wichtige Rolle zu. Am Ursprung des Geldes stand entschieden nicht der Staat, doch in der Entwicklung, Perfektionierung und vor allem Stabilisierung von Geld hatte er große Bedeutung. Dies war eine praktische Frage, die sich am Übergang zur Goldwährung stellte, und in die Menger involviert war.

Zeitreihen regulieren den Geldwert: Goldstandard 1892

Im Jahr 1892 beschloss Österreich-Ungarn die Einführung des Goldstandards. Der Übergang war nicht mit einer Aufwertung und restriktiven Deflationspolitik, sondern mit einer Abwertung um etwa 19 Prozent verbunden.[111] Carl Menger saß in einer Kommission, der

neben Wissenschaftlern zur Mehrheit Vertreter der Finanzbranche, daneben auch Exponenten des Handels, der Eisenbahnen und der verschiedenen Wirtschaftsregionen angehörten.[112] Von den versammelten Experten ergriff Menger am häufigsten das Wort.[113] Die Gruppe debattierte praktische Probleme des österreichisch-ungarischen Währungswesens, aber dabei gelangten Grundfragen über die Maßstabsfunktion des Geldes zur Sprache. Auf welche Weise sollte ein Standard eingeführt werden? Zumal, wenn man berücksichtigte, dass Gold zwar einen Fixpunkt bieten konnte, aber dieser Fixpunkt ebenfalls in seiner »Tauschkraft« schwankte?[114] Hinzu kam eine weitere Frage: Wann genau sollte man das Verhältnis von der Währung zum Gold festlegen – bevor die Regierung die Reserven auf dem internationalen Markt beschafft hatte oder danach? Immerhin beeinflusste Österreichs Nachfrage den weltweiten Goldwert. Was also aus einer Perspektive einen fixen Horizont darstellte (Gold als Maßstab), bedeutete von einer anderen Warte aus eine fluktuierende Ware.

Österreich-Ungarn war im 19. Jahrhundert ein Grenzraum der Finanzsysteme und befand sich am Rand der zunehmend dominanten Goldwährungen.[115] Das brachte Nachteile, zumal zeitgenössische Beobachter davon ausgingen, dass rund 90 Prozent des Außenhandels mit Goldwährungsländern geschah.[116] In der Binnenwirtschaft wurde ein Mangel an Umlaufmitteln festgestellt.[117] Gegenüber dem Ausland wurde eine Isolierung auf dem Kapitalmarkt festgestellt, was einen höheren Zinsfuß zur Folge hatte und auf die Waren- und Effektenpreise drückte, weil die Zahlungsbilanz nicht mit Goldtransaktionen ausgeglichen werden konnte, sondern dafür Waren und Effekten genommen werden mussten.[118] 1892 gelang dann die Integration. Aus unterschiedlichen Motiven hatten die einflussreichsten wirtschaftspolitischen Interessengruppen begonnen, den Goldstandard zu befürworten.

Ursprünglich hatte Österreichs Währung auf einem Silberstandard beruht. Aber seit den 1860er-Jahren gewann nichteinlösbares Papiergeld, dessen Nichtkonvertibilität erstmals angesichts der ungarischen Revolution von 1848 verfügt worden war, an Bedeutung.[119] Neben dem Papiergeld und den Silbermünzen bestand seit 1870 ein Goldgulden, der als Handelsmünze zirkulierte. Das Silbergeld be-

anspruchte bis 1878 einen Aufpreis, ein Agio, gegenüber der Papierwährung. Lange Zeit hatte das Verhältnis von Silber zu Gold 15,5 : 1 betragen, aber ab 1873 begann der weltweite Silberpreis im Verhältnis zu Gold zu fallen, weil, wie im vorhergehenden Kapitel erwähnt, eine Reihe von Staaten, darunter das deutsche Kaiserreich, zum Goldstandard übergingen. 1878 war der Silberpreis auf den Wert des österreichischen Papiergeldes gesunken. Nun wurde es für Banken und Private attraktiv, die sogenannte freie Münzprägung, die in der Monarchie bestand, auszunutzen. Gegen eine kleine Gebühr ließen sie an den K.-u.-k-Münzstätten importiertes Barrensilber in Silbergulden umprägen, um aus der Arbitrage Profit zu machen.

Die Regierung fürchtete eine Silberinflation und kappte die Metallbindung der Währung: Sie stellte die Münzprägung ein und enthob die Nationalbank der Pflicht, Silber zu einem festen Kurs gegen Banknoten zu kaufen. Nicht mehr das Silber, sondern der auf Papier beruhende Gulden österreichischer Währung bestimmte den Wert der Währung, die nun *fiat money* mit freien Wechselkursen geworden war.[120]

Die niederwertige Papierwährung begünstigte verschiedene Sektoren: Sie unterstützte den Export von Industrie- und Agrarprodukten und wirkte als Schutzwall gegen Importe.[121] Aber ab 1888 änderte sich die Richtung, und der Außenwert des Guldens österreichischer Währung erhielt Auftrieb. Gründe dafür lagen in der positiven Handelsbilanz und dem ausgeglichenen Staatshaushalt. Beobachter verschiedener Herkunft nahmen an, der Gulden würde laufend im Wert steigen, vielleicht sogar so weit, bis er dereinst mit Pfund Sterling gleichauf liegen würde. Die Aufwertung stellte exportorientierte Industrielle vor Probleme. Auch Finanzkreise, die theoretisch ein Interesse an der steigenden Währung hätten haben können, setzten sich für eine Regulierung unter dem Zeichen des Goldstandards ein. Sie versprachen sich von der Goldbeschaffung neue Geschäfte. Hob das Goldsystem die österreichische Isolation auf den Finanzmärkten auf, so die Annahme, dann würden die Aktienzeichnungen einen Aufschwung erfahren.[122] Ungarische Agrarexporteure litten unter der neuen Situation eines aufgewerteten Papierguldens und fingen nun an, den Goldstandard zu befürworten, den sie vorher bekämpft

hatten.[123] Auch aus politischen Gründen drängten sie auf die Goldwährung.[124] Im Gegenzug für die Lieferung von Goldreserven aus der ungarischen Reichshälfte würde Ungarn in der Nationalbank mehr Gewicht bekommen.[125]

Eine gesellschaftliche Kraft, die gegen Gold und für den Papiergulden agitierte, waren die christlich-sozialen Gewerbetreibenden. Sie sahen im Gold eine Begünstigung des Finanzkapitals.[126] Ihre antisemitische Rhetorik richtete sich denn auch gegen Menger, den exponiertesten Experten in der Kommission; er würde »im Solde der jüdischen haute finance« stehen.[127] So bildete sich, bis auf die Christlich-Sozialen, über verschiedene Lager hinweg ein Konsens zur Regulierung der Währung.

Allerdings bestanden verschiedene Ansichten über das Wertverhältnis vom Gulden zum Gold, ob also eine »schwere« oder »leichte« Währung gewählt werden sollte.[128] Maßstabssetzung hieß Machtausübung, denn sie entschied, ob Schuldnerinnen oder Gläubiger bevorteilt würden. In der Kommission verurteilte der Bankier Theodor Taussig »das Ungerechte und Gewaltthätige«, das seiner Ansicht nach in jeder Minderung des Währungsaußenwerts lag.[129] Auf breiter Ebene wurde vorgeschlagen, das bereits bestehende Verhältnis zwischen dem alten Goldgulden und dem Papiergulden als Anhaltspunkt zu nehmen.[130] Beispielsweise hatte im Jahr 1891 ein Gulden österreichischer Währung auf 86,21 Kreuzer Goldgulden gelegen. Verglich man die Währung mit internationalen Devisen, so entsprachen 10 Pfund Sterling 116,94 Papiergulden.[131] Nur, welcher Anhaltspunkt war dadurch gegeben? Schließlich veränderten sich die Kurse laufend. Sollte, wie am häufigsten in der Kommission besprochen, der durchschnittliche Wechselkurs einer vergangenen Periode genommen werden? Oder der Momentkurs der Gegenwart? Oder ein antizipiertes Wertverhältnis, das erwartete Verschiebungen in der Zukunft mit einbezog?

Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft: Die Festlegung des Wertverhältnisses war eine temporale Frage. Menger sprach sich dafür aus, das Wertverhältnis erst dann festzulegen, wenn die Goldreserven auch tatsächlich beschafft worden seien.[132] Ein Prokurist des Bankhauses Rothschild schätzte die benötigten Reserven auf 600 Mil-

lionen Gulden (50 Millionen Pfund Sterling), den bereits bestehenden Edelmetallvorrat mit inbegriffen.[133] Dies entsprach, so Menger, 360.000 Kilogramm Feingold. Abzüglich der bereits vorhandenen 54.000 wären also 306.000 Kilogramm zu beschaffen. Dies bedeutete schätzungsweise ein Achtzehntel, anderen Schätzungen zufolge gar ein Sechzehntel, allen monetär verfügbaren Goldes weltweit. Eine solch massive Intervention auf dem Goldmarkt könnte einen Preisauftrieb zur Folge haben. Dann aber wäre jede vorher festgelegte Wertrelation zunichte.

Der Maßstab, Gold, war selbst einer beweglichen Dynamik unterworfen: Darin lag das Problem. Wenn in Zukunft der Goldwert anstieg, würde man »einen Act des höchsten Leichtsinnes begehen«, bereits in der Gegenwart die Wertrelation festzulegen.[134] Für Menger bestand die Gefahr, bei einem zukünftig steigenden Goldpreis einen zu »schweren« Gulden einzuführen, der die Schuldner benachteiligte. In einem Vortrag führte Menger vor, dass, je nach dem, ob man in Österreich nach dem Verhältnis von 1 : 17,5 oder von 1 : 18 zur Goldwährung überging, dies einen Unterschied von bis zu 120 Millionen Gulden allein für die Hypothekarschuldner ausmachte (bei einem Gesamtvolumen der Hypotheken von 5,4 Milliarden).[135]

Die Zeitorientierung der Wertrelation – ob also ein vergangener Durchschnitt, der Gegenwarts- oder ein antizipierter Kurs als Grundlage zu gelten hatte – war eine umstrittene Frage. Für Menger galt es, zu bedenken, dass der Goldwert weiter steigen könnte. Die Zukunft sollte in die Einschätzung einbezogen werden. Bankier Taussig hielt dies für absurd – definitionsgemäß könne keine irrtumsfreie Zukunftsprognose getroffen werden: Was wäre, wenn »eine Stunde nach Fixirung der Relation zu uns die Kunde von der Entdeckung neuer Goldfelder in Afrika« dringen würde?[136] Menger räumte ein, dass Ereignisse in der Zukunft »arbiträr« seien.[137] Aber ein vorläufiges Ermessen gegenüber der Zukunft sei möglich und ein zu erwartender steigender Goldpreis in das Ermessen einzubeziehen. Immerhin, so Menger, kalkuliere das ganze Versicherungswesen mit Erwartungen zur Zukunft.

Allerdings schrieb die Tischvorlage, die von der Regierung in die Expertenrunde gegeben worden war, vor, dass die Wertrelation

nicht erst, wie Menger es wollte, zu einem späteren Zeitpunkt, sondern bereits in der Gegenwart festgelegt werden sollte. Menger vertrat deshalb eine zweite Argumentationslinie, die vom Gegenwartskurs ausging. Aus juristischer Perspektive betrachtet, wurden Schulden stets nominell gemacht – wer heute 1000 Gulden aufnahm, konnte morgen nicht nur 999 zurückzahlen, auch wenn in der Zwischenzeit vielleicht der Geldwert gestiegen war. So gesehen, war der aktuelle, der Momentkurs, die nächstliegende Lösung. Aber jeder Momentkurs sei bei einer vorab angekündigten Umwertung durch Spekulation verzerrt. Deshalb müssten, so Menger, die Erfahrungen der Vergangenheit berücksichtigt werden. Er schlug eine Zeitreihe von 1884 bis 1891 als Orientierungsmarke vor, weil diese Jahre mit starken und solche mit schwachen Handelsbilanzüberschüssen umfasste und in ihnen der globale Goldpreis konstant hoch lag; das war für die Wertrelation aktuell relevant. Die von anderen Experten vorgeschlagene Zeitreihe von 1888 bis 1891 bestand allein aus Jahren mit starken Überschüssen. In solchen Jahren gelangten viele Devisen und Goldvaluten an die Börsen. Bei niedrigen Preisen der Goldvaluten stand aber der Wert des Papierguldens, ausgedrückt in Gold, hoch; für einen Papiergulden musste man mehr Gold hergeben als in ungünstigen Exportjahren. In einer anderen diskutierten Zeitreihe von 1879 bis 1891 war der Goldpreis anfänglich noch eher niedrig; ihr Durchschnitt bildete den hohen Preis der Gegenwart zu wenig ab. Auf Grundlage beider, der kurzen wie der langen Zeitreihe, war die Papierwährung ungewöhnlich stark gegenüber dem Gold – nähme man sie zur Grundlage, würde man einen zu »schweren« Gulden einführen.[138] Die Betrachtung der Vergangenheit, Gegenwart oder Zukunft sollten zeigen, dass der Maßstab Gold selbst instabil war. Menger lag daran, eine Art unmöglicher Schlaufe im Verhältnis zwischen dem Maßstab und dem zu messenden Objekt zu verhindern.

Schließlich entschied sich die Regierung für eine etwas schwerere Währung. 1 Gulden österreichischer Währung entsprach nun 2 Francs 10,027 Centimes (Menger hatte 2 Francs 5 Centimes empfohlen). Die Goldwährung wurde mit einer neuen Münze, der Krone, die einem halben Gulden entsprach, fundiert. Zur Goldbeschaffung wurden Staatsanleihen aufgelegt und ein Bankenkonsortium gegrün-

det, das sukzessiv Käufe tätigte.[139] Die Bankiers in der Expertenkommission stimmten überein, dass mit der Goldbeschaffung vorsichtig vorzugehen sei. Keinesfalls durfte Österreich-Ungarn den Eindruck erwecken, es würde sein Silber eilig abstoßen; das würde zu Aufruhr auf den Märkten führen.[140] Tatsächlich blieben die Silbermünzen in Umlauf, die Staatsnoten mit Zwangskurs ebenfalls bis 1901. Auf diese Weise verringerte sich die Menge des zu kaufenden Goldes. Mit nur wenigen Gegenstimmen sprachen sich die Experten für den Silberkurant und die Beibehaltung bestehender Noten aus. Menger argumentierte, auf die Rechenweisen in der Bevölkerung sei Rücksicht zu nehmen, andernfalls drohte der Währungswechsel die »ökonomisch Schwachen und minder Erfahrenen« bei der Umrechnung zu übervorteilen.[141] Mit Rücksicht auf die als rückständig geltenden Gegenden, etwa die Karpaten, sprach er sich für die Beibehaltung des Guldensystems aus, damit keine Verwirrung in den gewohnten Geldpraktiken der Bevölkerung entstünde.

Im Lauf der 1890er-Jahren wurde die volle Konvertibilität zwar immer wieder diskutiert, erwies sich aber letztlich nicht als nötig. Gegen 1900 schwankte der Wechselkurs nur mehr im selben Maß wie derjenige zwischen den Goldwährungen.[142] Allerdings hatte gleich 1893 ein Gold-Agio von 6,5 Prozent eingesetzt. Einen Moment lang war also eingetreten, was Menger befürchtet hatte: Der Goldpreis war angestiegen und die vorab festgelegte Wertrelation »dementiert« worden.[143] Die Nationalbank wurde von der Regierung aufgefordert, gegen das Agio vorzugehen und die Währung mit Goldverkäufen zu stützen. Die Bank wollte aber ihre eben erst errichteten Reserven nicht riskieren und begann stattdessen, ihre Wechselkurspolitik mit Devisenoperationen zu betreiben. Dazu waren nur wenige tatsächliche Goldverschiebungen erforderlich.[144]

Menger behandelte die Frage des Goldes als praktisches Problem. Dass Gold das Medium der Zivilisation darstellte, hatte nur zum Teil mit materialen Merkmalen und stärker mit seiner Eigenschaft als begehrte Ware im internationalen Wirtschaftssystem zu tun. Menger folgte keinem metaphysischen Goldnaturalismus,[145] er sprach sich gerade nicht für eine möglichst reine Goldwährung aus. Alle Goldwährungen, auch die britische, seien »goldplattirte

Waren«: »Inwendig steckt ein Kern von solidem Papier, darüber liegt eine Schichte von Silberscheidemünzen, darüber noch eine kleine Schichte von Silber-Courantmünze und endlich obenauf eine solide Goldschichte.« Dies würde den Zwecken genügen, schließlich sei Geld »nicht für den Luxus da«: »Ist eine Goldwährung so solid plattiert, dass sie die ätzende Säure einer Handelskrisis oder selbst die Feuerprobe eines Krieges besteht, dann ist gegen sie nichts einzuwenden.«[146]

Eine Schwierigkeit bei der Einführung des Goldes als allgemeiner Skala bestand, wie gezeigt worden ist, darin, dass Gold selbst im Preis steigen konnte. Mit massiven Metallkäufen auf dem Markt drohte die vorher festgelegte Wertrelation zu verrücken. Das wesentliche Werkzeug, um diesem Problem zu begegnen, stellte der Einsatz von Zeit dar: vergangene Durchschnitte, Momentkurs oder antizipierte Zukunft. Menger plädierte grundsätzlich dafür, die erwartbare Zukunft in die Gegenwart der Wertfestlegung einzubeziehen. Spezifische Formatierungen von Zeit dienten als Technik für eine gezielt gesetzte Wertrelation.

Die Bedeutung, die Menger den Zeitreihen für die Durchschnittswerte zumaß, gibt einen Hinweis, warum er und seine Schüler zurückhaltend gegenüber dem Einsatz von Statistik in ihren eigenen, theoretischen Darstellungen waren. Weil für die Erstellung von Durchschnitten so viel vom kontingenten Datenmaterial abhing, warnten sie vor weiterführenden Schlüssen aufgrund von Statistik, da das statistische Material sich laufend ändern konnte.[147]

Die Auseinandersetzung über die Wertrelation verweist schließlich auf einen Punkt, den Menger nicht nur in der wirtschaftspolitischen Debatte, sondern auch in seiner Theorie festhielt: Der Wertmaßstab ließ sich so kalibrieren, dass er universell und konstant war. Mit anderen Worten: Neutrales Geld war unwahrscheinlich, aber möglich. Was Menger den »inneren Tauschwert«[148] des Geldes nannte, war fixierbar. Er bedurfte dazu der aufwändigen »Regulierung« durch die Kräfte des Finanzwesens, des Staates und des Staatengefüges.[149] Gefahren sah er letztlich weniger im Goldpreis als in der Politik, wenn »Regierungen oder soziale und politische Parteien« die »Regelung des inneren Tauschwertes des Geldes« übernähmen.[150]

Nur auf der Oberfläche besteht hier eine Spannung zwischen der historistischen Theorie der Geldentstehung, wonach ohne jegliche Planung das Geld aus anonymen Tauschakten hervorging und der aktiven Regulierung, die mit praktischen Interventionen den Wertmaßstab stabil machte.

Menger deutete bloß an, wem die Macht über die Regulierung zukommen solle, indem er schrieb, die Lösung des Problems sei »nur eine Frage der fortschreitenden wissenschaftlichen Erkenntnis« und potenziell ein praktisches Erfordernis der »Weltwirtschaft« an sich.[151] Zivilisation bedeutete eine Herrschaftsform, in der auf der Grundlage der »wissenschaftlichen Erkenntnis« die Bedingungen gesichert wurden, damit das Geld unverzerrt den Beteiligten ihre tatsächlichen subjektiven Bedürfnisse abbildete.

Kultur, nicht Fortschritt

Menger entwickelte keine Theorie der Geldpolitik, aber seine Äußerungen zum Thema lassen erkennen, dass er hier ein Feld für die aufgeklärte Herrschaft von Experten sah. Wie die Staatsaufgabe der Schulbildung, spannte die Stabilisierung des inneren Geldwerts einen Rahmen auf, in dem nicht Sozialpolitik als Bedienung von Gruppeninteressen betrieben werden sollte, sondern in dem das Ganze des Wirtschaftssystems in den Blick zu nehmen war. Diese Tätigkeit der Experten musste vom Zugriff »der Menge«, aber auch der Regierung, die angesichts eines expandierenden Wahlrechts versucht sein konnte, Gruppeninteressen gegeneinander auszuspielen, geschützt sein.[152] Ökonomie als explizit *theoretische* Wissenschaft leistete hier einen entscheidenden Beitrag – nur auf ihrer Grundlage konnte die separate Unterdisziplin der angewandten Wirtschaftspolitik objektiv wissenschaftlichen Charakter erlangen.[153] In rudimentärer Form verweist der *cordon sanitaire*, den die objektive Wohlfahrtswissenschaft der Ökonomie um den Bereich des überhaupt Möglichen herum zog, auf die Politik unabhängiger Zentralbanken, die gegen 1900 entstand.[154]

Geld hatte höchste Bedeutung, weil es das Medium der Zivilisation darstellte. Je höher entwickelt es war, umso mehr vermochte es,

die Tauschakte asymptotisch nahe an das wahre Wesen des subjektiven Werts zu führen. Aber dies implizierte gerade *nicht* fortschreitende Perfektibilität, mochte sie unter der Herrschaft von Experten oder sonstwie geschehen. Eben Geld – in dem gleichermaßen die Anzeige individuellen subjektiven Werts und die Naturgeschichte der Gesellschaft verkörpert waren – war eine organische Institution, die jenseits der Planung bestand und auf Tradition, Autorität und Hierarchie beruhte. Zivilisation war kein gerichteter Prozess, sondern fragil und allein durch Kultur realisiert.

Im historistischen Zugriff erschienen die modernen Verhältnisse kontingent, aber nicht relativ. Die Idee der Geldentstehung aus dem Naturaltausch forcierte eine Gleichursprünglichkeit von Privateigentum und Wirtschaft. Menger vertiefte sich in Henry Maines Schriften über den Ursprung des Eigentums, die gleichermaßen eine Anziehungskraft ausübten wie sie eine Herausforderung darstellten. Dass Maine das Privateigentum für eine genuin historische Errungenschaft hielt, strich Menger positiv heraus. Doch gegen die Ansicht, dem Gemeineigentum komme eine logische Priorität vor der Entstehung des Privateigentums zu, erhob er Einspruch. Es sei ein falscher Induktionsschluss, zu meinen, Gemeineigentum stelle zwingend die originäre Form dar. Nachdem Jäger- und Sammlergesellschaften zuerst im primitiven Überfluss gelebt hatten, brachte Knappheit die Notwendigkeit zur Besitzsicherung mit sich. Diese konnte, logisch betrachtet, auch unter Privat- und nicht Gemeineigentum geschehen. Maine blieb für Menger den Induktionsschluss schuldig, dass neben ethnografischen und historischen Einzelbelegen eine »auf Grund theoretischer Einsicht in den inneren Zusammenhang der hier in Betracht kommenden Erscheinungen« zwingende Notwendigkeit zum Gemeineigentum vorliege.[155] Der erfahrungsmäßige Nachweis genügte nicht, er musste durch eine Folgerung ergänzt werden, die in sich logisch zwingend war.

In Mengers Beschäftigung mit Maine (und seiner konzeptmäßigen Verteidigung des Privateigentums) kommt zum einen sein Primat der Theorie zum Vorschein. Es zeigt aber auch eine Anlehnung an Maine, der Zivilisation nicht universalistisch dachte. Wie eine ideenhistorische Studie herausgearbeitet hat, stellte Maine nach dem

Schock der indischen *mutiny* von 1857 den liberalen Imperialismus Großbritanniens auf eine neue Grundlage, indem er »traditional society« als Kategorie einführte.[156] Die Institutionen und Gebräuche der traditionellen Gesellschaft waren zu respektieren. An die Stelle des universellen Fortschritts trat die kulturalistisch imprägnierte Herrschaft, die Einheit und Vielfalt in ein neues Verhältnis brachte.

Mit ethnografischen Lektüren untermauerte Menger seine Ansichten über gesellschaftliche Unterschiede und Hierarchie. Erbrecht und mangelnde Intelligenz der Bauern führten zu kleinen Einzelhöfen in Galizien und anderswo, die den Innovationen im Feldbau widerstanden.[157] Bei seiner Lektüre von Reiseberichten aus Südostasien interessierten ihn »Sparsamkeit, Genügsamkeit, Schlauheit, Gewissenlosigkeit« der Chinesen in Singapur, die, so Menger, »wenn sie reich sein wollten, wie Juden – geheime Gesellschaften« gründeten. Ein Unterschied zu den Juden lag aber darin, dass sie durch »wenig Individualität – Heerdenvolk« charakterisierbar waren.[158] Tradition, Geschichte und »Rasse« entschieden über Vermögensgrößen.

Kulturentwicklung unterlag keiner Zwangsläufigkeit. »Durch Jahrtausende alte Cultur« hatten Menschen ihre tatsächlichen Bedürfnisse und die Mittel zu deren Befriedigung erkannt.[159] Die Einführung immer weiter abgestufter Mittel zur Bedürfnisbefriedigung in zukünftigen Zeiträumen stellte den Motor des Zivilisationsprozesses dar. Je mehr die wirtschaftlichen Subjekte es schafften, ihr Wissen für neue Zweck-Mittel-Ketten einzusetzen, umso weiter entwickelte sich die Kultur.

Den Anschub leisteten die Unternehmer, die als Anführer der Wirtschaft »Decuriones der Production und des Verkehrs« waren.[160] Insbesondere durch »das besonders wertvolle speculative Talent« vermochten sie immer neue Kombinationen einzuführen. Ihr Kapital kondensierte Wirtschaftskraft, die wiederum dem Ganzen der Kulturentwicklung diente: »Es zeigt eine geringe Einsicht in die Volkswirtschaft zu glauben, ein Straßenkehrer nütze der Welt so viel als ein tüchtiger Kornspekulant, dessen Tätigkeit oft die Not ganzer Provinzen beseitigt […].« Weil jedes Einkommen auf Wert gründete, war Kapital produktiv wie jeder andere Faktor, aber zu einer inhärent grenzenlosen Verdichtung von Wert fähig. Das Resultat war eine viel-

fältig unterteilte Gesellschaft nach dem Wert, den ihre Mitglieder in der Lage waren, anzureichern und zu verdichten – Kapitalisten bildeten »Diamanten« gegenüber einer Masse an »Kohle«:

> Die Arbeitsleistung eines Menschen ist nach Quantität und Qualität (Wert für die Gesellschaft) verschiedener als Kohle und Diamant. Ein Millionair erspart durch sein Capital mehr Arbeit als tausend alte Mütterchen oder Lastträger zu leisten im Stande sind. Je höher die Cultur desto mehr glänzt der Diamant vor derselben Quantität Kohle hervor.[161]

Diese Vorstellung von Kulturentwicklung war in ihrem Selbstverständnis bürgerlich. Die Luxussucht der niederen Stände ebenso wie des Adels, die als simpler Konsum nichts zur Weiterentwicklung der Zweck-Mittel-Ketten der Kultur beitrugen, waren gleichermaßen verachtenswert.[162] Die Vorstellung von Kulturentwicklung war aber auch imperial. Sie sah eine kulturell grundierte Herrschaft der Vernunft über eine Bevölkerung vor, die in vielfach abgestuften Märkten lebte. Menschliche Vielfalt ohne Gleichheit war vermittelt durch den Verkehr unterschiedlich absatzfähiger Waren, sie war geprägt vom Austausch und dessen Blockaden zwischen Menschen auf unterschiedlichen Kulturstufen, in denen ein »schmutziger siebenbürger Zigeuner« »Kleidungsstücke, Bettstücke, zubereitete Speisen« nicht loswurde, während Gold frei zirkulierte.

Fazit

Wie erwähnt, leiteten Mengers intellektuelle Nachfahren, die Österreichische Schule der Nationalökonomie, im 20. Jahrhundert den ökonomischen Neoliberalismus ein. Manche derer Motive sind bei Menger vorfiguriert – etwa die heroisierte Persona des Unternehmers (ein »Diamant«, der sich von der breiten Bevölkerung, einer Masse an »Kohle«, absetzte), die bei Schumpeter eine tragende Rolle einnehmen sollte oder die Handlungstheorie, die auf basalen Zweck-Mittel-Ketten aufbaute und dereinst unter dem Label »Praxeologie« radikalisiert wurde. Aber auch Unterschiede treten hervor – als Regierungsberater

empfahl Menger genau nicht einen »harten« Währungsschnitt, um den Goldstandard einzuführen, sondern sprach sich für eine Abwertung der Währung aus; auch wenn er seine Vorstellungen zu Zentralbanken nur sehr allgemein äußerte, scheint Menger deutlich andere Auffassungen vertreten zu haben als Hayek ein halbes Jahrhundert später. Der Fokus auf Menger ist indes weniger wegen diesen genealogischen Verbindungslinien gelegt worden. Vielmehr ging es darum, zu zeigen, wie Imperialität eine epistemologische Basis der Wirtschaftswissenschaft stellte und wie dem Medium Geld dabei eine Schlüsselrolle zukam. Imperiale Verhältnisse bildeten die Entstehungsbedingungen der Wissenschaft von den Abstraktionen, zu der sich die Ökonomie Ende des 19. Jahrhunderts wandelte.[163] Mengers Arbeiten zeichnete eine formale Abstraktheit aus, die Größen wie »Nation« oder »Volk« vermied. Historiker haben der Österreichischen Schule eine Flucht in die Abstraktion aus Mangel an nationaler Homogenität attestiert: Weil sie in einem Imperium und nicht in einem Nationalstaat entstanden sei, habe die Österreichische Schule sich auf einen abstrakten Akteur, den Homo oeconomicus, kapriziert, um das Problem einer heterogenen imperialen Bevölkerung zu umgehen. So habe die Österreichische Schule ein Projekt verfolgt, das anthropologische Einheit betonte und (nationale) Unterschiede annullierte.[164] Die Erklärung greift insofern zu kurz, als Menger durchaus mit Diversität umzugehen vermochte – der abstrakte Homo oeconomicus war weniger der imperialen Vielfalt enthoben, als vielmehr von ihr durchwirkt. Menger betonte die Wichtigkeit von Zeit, beschränktem Wissen, Irrtum und Unsicherheit – alles Konzepte, die darauf abzielten, den Ungleichzeitigkeiten des imperialen Kapitalismus beizukommen. Ebenso gingen für ihn Zivilisation, Autorität und Hierarchie, wesentliche Faktoren für das imperiale Beherrschen einer vielfältigen Bevölkerung von Ungleichen, mit der Anerkennung höherer Gesetzmäßigkeiten einher, die durch die Wissenschaft der Ökonomie erkennbar gemacht wurden.

Die Klassiker der Politischen Ökonomie hatten unter der Grundannahme freier Konkurrenz und mit Durchschnittswerten operiert. Hingegen waren die Mechanismen der Preisbildung, die Menger und seine Schüler herausarbeiteten, nicht auf Durchschnitte angewiesen,

und sie funktionierten unter Monopolbedingungen ebenso wie unter Konkurrenz.[165] Damit wurde die Situation des imperialen Kapitalismus theoretisiert. Denn vor 1914 hatten sich die Beobachtungsinstanzen und die Steuerungsprobleme der Wirtschaft im globalen Maßstab verändert. In Wechselwirkung mit der »Weltwirtschaft« – einer Wortschöpfung dieser Zeit – entstand im Imperialismus die Welt als ein eigener Vorstellungsraum.[166] In ihrer neuen Ausrichtung als Wissenschaft des abstrakten Tauschs zeigte sich die Ökonomie – genau wegen ihrer neu gewonnenen Abstraktheit – adaptionsfähig, um Fragen nach dem Wesen des Kapitals, der Unternehmung und den Gesetzen der Finanz zu behandeln, die Marktpolitik von Monopolen und Kartellen zu erfassen, Probleme der Wechselkurse und deren Koordination durch den Goldstandard zu lösen, die jeweiligen Folgen von Freihandel und Zollpolitik abzuwägen und die Verhältnisse zwischen Metropole und Peripherie zu synchronisieren.

Während die Abstraktheit von Mengers bedürfnisbefriedigendem Akteur Gleichheit suggerierte, handelte die subjektive Wertlehre von Differenz – Tausch war definitionsgemäß *ungleicher* Tausch. Schließlich kommt Diversität am deutlichsten in der ethnografischen Interessen von Mengers Geldentstehungsgeschichte zum Vorschein – und genau hier war Diversität entlang verschiedener Kulturstufen hierarchisch gegliedert. So konnte die Entwicklung der Zivilisation ausdrücklich *nicht* Gegenstand von Planung sein, und Tradition, Autorität und Hierarchie in ihr eine wichtige Rolle spielten. Das Resultat war eine Entwicklung ohne Fortschritt, universell gültige Gesetze ohne menschliche Gleichheit – eine Herrschaft der Vernunft in Differenz. Geld als Medium gesellschaftlichen Austauschs nahm dabei eine herausragende Stellung ein. Geld verknüpfte die Ebene der einzelnen, anonymen Tauschakte mit der großen Evolutionsgeschichte der Kulturstufen des Kapitals.

Koppelung: Tausch- oder Zahlungsmittel?

Was er lese, sei »höchster Unsinn«, notierte Carl Menger an den Buchrand.[1] Menger studierte Georg Friedrich Knapps *Staatliche Theorie des Geldes* ohne Begeisterung, jedoch offenbar mit einigem Interesse. Jedenfalls war sein Exemplar des 1905 erschienenen Buchs obsessiv mit Notizen vollgekritzelt. Knapp sei »ein einseitiger Geldtheoretiker, dem die wesen. oekon. Grundlagen fehlen«, schrieb Menger auf den Umschlag: »selbst auf dem Gebiete der Geldtheorie fehlt ihm der unbefangene Blick für die Wirklichkeit der Erscheinungen.«[2]

Dass Menger Knapps Theorie nicht schätzte, erstaunt kaum. Knapp hatte einen diametralen Gegenentwurf zu Mengers Vorstellung von Geld formuliert.[3] »Das Geld ist ein Geschöpf der Rechtsordnung«, deklarierte Knapp, daher könne eine Geldtheorie »nur rechtsgeschichtlich sein.«[4] Über das Recht würde der Staat »proklamatorisch« die Geltung des Geldes festlegen.[5]

Für Menger war dies verkehrt. »Die Gesetze im Reichsgesetzblatte« seien nur »entseelte Ueberreste etc. der functionierenden Tauschmittel«, fasste Menger seine Ablehnung zusammen.[6] Denn Geld müsse als ein Tauschmittel erklärt werden. »Was als allgemein anerkanntes Tauschmittel functioniert ist Geld. Ob dies mit Staat oder ohne, ja gegen Staat bewirkt wurde – es ist Geld.«[7] Geld entstehe aus dem Bedarf des Tauschverkehrs, die Rechtsordnung wirke dabei nur »accessorisch«; ja im Fall von Gewohnheitsrechten sei sie sogar ein direkter Ausfluss der wirtschaftlichen »Natur«.[8] Knapp hingegen räumte dem Staat zu viel Macht ein, fand Menger. Er übersehe, dass der Staat nur der Bevölkerung diene. Wo er dies nicht tue (aus

»Not« oder »Fiscalarmut«), würden »patholog. Formen des Geldes entstehen, die unter Umständen (wenn Bevölkerung sie acceptiert) auch Geld sind – indess nicht in die Entwicklung des normalen Geldes gehören«, resümierte Menger. Normales Geld entsprang direkt den Bedürfnissen der wirtschaftenden Subjekte. Dabei entwickelte sich das am stärksten tauschfähige Gut auf natürliche Weise zu Geld. Die Staatsmacht mochte zu diesem Prozess beitragen, aber nicht beliebig. Sonst entstünde »pathologisches Geld«. Unter letzterem verstand Menger nicht Papiergeld oder Banknoten schlechthin, sondern Noten, die durch »Zwang« oder »leere Versprechen« der Bevölkerung aufgedrängt wurden. Solches kam als Ausnahmeerscheinung vor, konnte aber niemals zur normalen Entwicklung gehören.[9]

Knapps staatliche Theorie des Geldes entfachte eine Kontroverse.[10] Denn für Knapp stellte Geld in letzter Instanz kein Tauschmittel, sondern ein Zahlungsmittel dar, ein Mittel zur Tilgung von Schulden. Der Staat definierte die Werteinheit, in der allgemein Schulden zu begleichen waren. Steuern hatten dabei entscheidende Bedeutung. Sie stellten die ursprüngliche Schuld dar, denn nur dasjenige Zahlungsmittel, das der Staat *als Steuern akzeptierte*, machte das allgemeine Geld aus. Es war nicht so sehr eine Frage, ob der Staat das Geld emittierte, sondern ob er bereit war, es anzunehmen. Zwar würden, so Knapp, ganz verschiedene Zahlungsmittel kursieren, aber der Staat gebe bestimmte »Zahlmarken« vor und ändere sie nach Bedarf. Für die Zahlmarken definierte der Staat auch die Werteinheit, die auf ihnen gültig sei und ändere diese ebenfalls nach Bedarf. Werteinheiten und Zahlungsmittel würden immer nur relativ zu vorherigen Werteinheiten und Zahlungsmitteln festgelegt, seien also rein historisch zu bestimmen. Nicht der Münzfuß bilde die Norm, sondern umgekehrt die historisch wandelbare Norm bestimmte den Münzfuß. Für den Perspektivenwechsel, den Knapp mit seiner nominalistischen Theorie vorschlug, lag das entscheidende Kriterium in der »Akzeption« – nicht der Emission – eines Zahlungsmittels durch den Staat. Das tragfähigste Zahlungsmittel, das Währungsgeld eines Staates, war dasjenige, das der Staat seiner Bevölkerung für die Zahlungen an ihn aufdrängte.[11] Natürlich hatten frühere Staaten mit einem weniger ausgebildeten Steuersystem ebenfalls Geld gekannt.

Aber in der modernen Wirtschaft bildete dasjenige Zahlungsmittel vollgültiges Geld, das der Staat für die Steuern akzeptierte. Dahinter stand nach Knapp indes kein rechtlicher Willensakt, sondern eine konkrete »Machtfrage«. Ob ein Staat fähig sei, sich durchzusetzen, hänge »vom Können« ab und sei nichts Juristisches, sondern etwas »Politisches«.[12] Autorität, Infrastruktur und Logistik waren notwendige Voraussetzungen. Das koloniale Beispiel, der Gegenstand des zweiten Teils dieses Buchs, erhellt diese Zusammenhänge.

Das wissenschaftliche Nachdenken über Geld am Beginn des »langen« 20. Jahrhunderts hatte wesentlich imperiale Ursprünge. Knapp selbst hegte ein starkes Interesse für koloniale Fragen.[13] Er beschäftigte sich mit den Ursprüngen der Sklaverei in den Kolonien Lateinamerikas in der Absicht, neue Formen der Plantagenarbeit für die deutschen Kolonien zu finden.[14] Lange Zeit galten seine Forschungen der gebundenen und der freien Lohnarbeit, die er am Beispiel der preußischen Agrarreformen untersuchte.[15] Als Mitglied des Vereins für Socialpolitik gehörte Knapp zu den sozialreformerischen Experten, die in Kapitel 1 dieser Arbeit im Zusammenhang mit den Wucherenquêten vorgestellt worden sind. In seinen Vorlesungen widmete er sich intensiv der indischen Währungsreform von 1893. Der sinkende Silberpreis hatte, fand Knapp, »die ungeheuersten Folgen für das englische Reich.« Denn die Rupie war eine reine Silberwährung. Mit der Reform wurde sie an Sterling gekoppelt; fortan galt nicht mehr ihr Metallwert, sondern sie war nun ein »silberner Geldschein«.[16] Die Kolonien bildeten einen währungspolitischen Experimentierraum. John Maynard Keynes, der Knapps Theorie große Originalität bescheinigte, hatte seine Laufbahn im India Office des British Empire begonnen und über die indische Währungsreform seine erste Monografie verfasst.[17] Was erstmals in Indien installiert wurde, war kein Goldstandard, sondern ein Gold*devisen*standard: die indirekte Integration ins Goldsystem, bei der die koloniale Währung an die Goldwährung der Metropole gebunden wurde. Im folgenden Kapitel wird dieser Prozess von der Seitenlinie – oder besser: der Küstenlinie – Ostafrikas her beleuchtet, weil die Umgestaltung im Handelsraum des Indischen Ozeans direkte Rückwirkungen auf die deutsche Kolonialwährung hatte. Ohne hier darauf näher eingehen

zu können, sollte festgehalten werden, dass Golddevisenstandards im 20. Jahrhundert allgemein verbreitet wurden. In der Zwischenkriegszeit und ab der Währungsreform von Bretton Woods 1944 waren sie der monetäre Koordinationsmechanismus der Weltwirtschaft. Dieses System war in den Kolonien entwickelt worden.

Die Geldsorten kolonisierter Bevölkerungen faszinierten Ökonomen ebenso wie Ethnologen. Wie wir gesehen haben, hatte Carl Menger sich mit »primitivem Geld« auseinandergesetzt.[18] In Knapps *Staatlicher Theorie des Geldes* fehlen zwar Hinweise auf die Geldverhältnisse in den Kolonien, aber einige seiner Kritiker machten am Beispiel »primitiven Geldes« sogenannter »Naturvölker« Einwände gegen seine Theorie geltend. Sie argumentierten, dass eine Theorie des Geldes den vielen Beispielen nichtstaatlichen Geldes, wie sie von der Ethnografie entdeckt und beschrieben würden, Rechnung tragen müsste.[19] Aber ab wann sollte man, bei der Vielfalt der Erscheinungen, in konzeptueller Hinsicht von Geld sprechen? Darüber gingen die Meinungen auseinander. Karl Helfferich zufolge, einem Schüler Knapps, der in den kommenden Kapiteln erneut auftreten wird, lag dann Geld vor, wenn Münzen allein durch ein vom Staat gesetztes Maß definiert wurden. Erst wenn Münzen unabhängig von ihrem Metallwert eine festgelegte Werteinheit bildeten, lag für Helfferich »eine selbständige Ausbildung des Geldbegriffs« vor.[20] Nur die »modernen Staaten der europäischen Kultur« verfügten über ein solches einheitliches Geldsystem, während in die Kolonien eingeführte Handelsmünzen »zu einem Gliede des gewissermaßen naturalen Geldsystems« mit seinen Rindern, Kaurischnecken und sonstigen Tauschmitteln herabsinken würden, »dem jede innere Gliederung und jeder Zusammenhang fehlt.«[21] Münzen machten für viele Völkerkundler die entscheidende Etappe zum Kulturgeld aus, aber auf welcher Seite der Schwelle zwischen Natur- und Kulturvölkern das Münzgeld lag, wurde kontrovers diskutiert. Für Franz Ilwof fand »der gewaltigste Schritt nach vorwärts« dann statt, wenn Tauschhandel in Münzgeld überging (was er 1882 in Afrika kaum für gegeben ansah).[22] Georg Thilenius kam zum Schluss, dass im Aufstieg vom Natur- zum Kulturgeld das Münzgeld noch »veredeltes Naturgeld« sei und »den letzten Ausläufer des primitiven Geldes« darstellte.[23] Manche Ethno-

logen betonten metrologische Dimensionen des Geldes. Geld war dementsprechend eine Technik, die im gleichen Zug wie Maße und Gewichte und vor dem Hintergrund zunehmender Arbeitsteilung entstanden war.[24] Für andere, etwa Heinrich Schurtz, ein Schüler des Geografen Friedrich Ratzel, lag die primäre Bedeutung zuerst innerhalb einer Gemeinschaft.[25] Naturgeld war im Anfang »Binnengeld«, mit dem sich die Mitglieder einer Gemeinschaft vor allem über Schmuck voreinander auszeichneten, denn der Körper war das erste Eigentum. Geld nahm also über die Mode, den Körperschmuck, seinen Anfang. Wenn die Mode sich zur Sitte entwickelte, setzten sich allmählich allgemeine Wertmesser durch.[26] Erst viel später bildete sich »Außengeld« im Handel heraus. Einen reibungslosen »Verkehr« zu gewährleisten war für Schurtz der nachgelagerte Prozess eines viel ursprünglicheren Vorgangs, den Körper zu verändern.[27] Trotzdem bestand ein Austausch zwischen Binnen- und Außengeld, schon deshalb, weil viele Schmuckstücke wie Glasperlen, Muscheln oder Edelmetalle als Waren importiert werden mussten. Der Zustrom europäischer Waren, die dem Tauschhandel dienten und damit den Geldgebrauch erweiterten, steigerte nach Schurtz die Gewerbetätigkeit vor Ort.[28]

Knapp schwieg sich zwar, wie erwähnt, in seinem Hauptwerk über die Kolonien aus, aber er erkannte, was das kolonialen Geld besonders markant macht: Er mass der Machtpolitik in der Gestaltung des Geldes einen neuen Stellenwert bei. Einerseits ging es um die Definitionsmacht über die Werteinheit, zum anderen, und damit verbunden, um die Macht des Staates, Steuern einzuziehen. Geld war dasjenige Zahlungsmittel, mit dem eine Bevölkerung ihre Schulden gegenüber dem Staat tilgte.

Da Knapp also Geld in Begriffen staatlicher Souveränität dachte, lassen sich seine Thesen am kolonialen Beispiel erproben:[29] Welche Kräfte in einem imperialen Zusammenhang auf die Form einer Währung einwirkten, wie Gesellschaften, denen eine Währung aufgeprägt wurde, mit dieser umgingen, und wie eine Währung eine gleichermaßen materielle wie symbolische Infrastruktur für den Austauschprozess zwischen Kolonie und Metropole bildete. Das Beispiel der Kolonialwährung von Deutsch-Ostafrika zeigt, wie die

monetäre Autorität der Kolonialmacht mit direkter Gewalt wirksam gemacht wurde. Steuern waren der Hebel, mit dem die koloniale Geldwirtschaft installiert wurde (Kapitel 4). Die Autorität erwies sich aber immer wieder als brüchig. Sogenannte Warenwährungen wie Baumwolltuch oder Eisenhacken, Vieh und vor allem auch indische Rupien blieben für die meisten Menschen in Tansania die ganze deutsche Kolonialzeit über wichtiger. Die Macht über das Geld ging also bei Weitem nicht nur vom deutschen Kolonialstaat aus. Vielmehr beschreibt das folgende Kapitel die von Grund auf *verschränkte* Souveränität, die im kolonialen Geld am Werk war.

II. Koloniale Währung in Deutsch-Ostafrika

3. Verschränkte Souveränität

Zu Beginn des Jahres 1893 fand in Deutsch-Ostafrika ein massiver Zufluss kleiner Kupfermünzen statt. An der Küste setzte das angehäufte Kleingeld die Hökerhändler unter Druck. Denn Alltagswaren, etwa Petrol oder Gewürze, wurden ausschließlich in Kupfermünzen bezahlt. Vermehrte sich die Zahl der Kupferstücke, fielen sie im Wert. Daraufhin waren die Ladenbesitzer, die mit sehr geringen Margen operierten, gezwungen, ihre Preise zu erhöhen. In der Ortschaft Kilwa beklagten sich deshalb die indischen Kleinhändler beim Bezirksamt. Der Bezirksvorsteher schrieb an das Gouvernement, der Wertverfall könnte zu Konflikten der Ladenbesitzer mit der Kundschaft, »hauptsächlichst den Weibern«, führen.

Verantwortlich für die Kupferschwemme war die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft (DOAG). Sie besaß zwischen 1890 und 1903 das Münzrecht für die Kolonie. Sporadisch stieß die Firma riesige Mengen an Kupfergeld ab, was weitreichende Folgen hatte. Eigentlich machten die Pesas die geringere Stückelung der Silberwährung Rupie aus; 64 Pesas ergaben eine Rupie. Aber die DOAG hatte so viele Kupfermünzen geprägt, dass sie die Münzen von Zeit zu Zeit zu einem geringeren Preis an der Küste loszuwerden begann und die Bestände en gros zu 76 oder gar 84 Pesas pro Rupie verkaufte.[1]

Eine solche Währungspolitik hatte Konsequenzen. Der Wertmaßstab der Kolonie geriet ins Rutschen. Denn obgleich aus einer Perspektive die Pesas nur die feinere Unterteilung der Rupienwährung waren (so wie, sagen wir, Cents und Euros), entstand in der Praxis ein bewegliches Verhältnis zwischen den Kupfermünzen und den silber-

nen Rupien. Die koloniale Währungspolitik war also derart volatil, dass die Maßstabsfunktion des Geldes selbst in Bewegung geriet.

Ein Grund dafür lag darin, dass die Währungspolitik der DOAG stark profitgetrieben war. Die Firma setzte darauf, mit der Spanne zwischen Herstellungskosten und Nennwert der Münzen Gewinn zu machen. Mit Blick auf diese Seigniorage genannten Profite schlug sie in den ersten drei Jahren ihrer Geldemission nicht weniger als 41 Millionen Kupfermünzen. [2] Die DOAG verlegte sich auf die Pesas, da sie zunächst mit der größer denominierten Rupie keine Profite einfuhr. Die Rupie war anfangs eine reine Silberwährung, das heißt, sie wurde stets zum Silberpreis gewechselt; zwischen Metall- und Nennwert lag hier, anders als bei den Pesas, keine Marge. Deshalb vernachlässigte die DOAG in den ersten Jahren die Rupienprägung; nicht nur war damit kein Profit einzuholen, mehr noch, angesichts des weltweit sinkenden Silberpreises befürchtete die Firma Verluste, sollte sie größere Silberdepots anlegen.[3] In der Kolonie wurden deshalb die Bargeldmittel knapp.

Der Gedanke liegt nahe, dass erst durch koloniale Monetarisierung so etwas wie koloniale Ausbeutung möglich wird. Einem Territorium muss eine Währung aufgeprägt und eine Bevölkerung zu einem bestimmten Zahlungsmittel gezwungen werden. Aber das Beispiel der deutschen Rupie zeigt, wie fundamental kontingent und umkämpft dieser Prozess war. Denn zum einen bewirkte die DOAG, eine private Firma, dass der Wertmaßstab ihrer Währung schwankte (erst ab 1897 wurde das Verhältnis zwischen Pesas und Rupien fixiert).[4] So ergaben mal 64, mal 72, mal 84 Pesas eine Rupie. Zum anderen bewegten sich die deutschen kolonialen Instanzen in einem Raum, der von vielfältigen Austauschbeziehungen und Kräfteverhältnissen durchzogen war. Souveränität konnte hier nicht bedeuten, die Ordnung einer Währung zu oktroyieren, sondern trat immer schon als *verschränkte* Souveränität in Erscheinung. Allein schon im Geldstück der Rupie selbst kommt diese Verschränktheit zum Vorschein. In punkto Größe, Gewicht und Silbergehalt identisch mit der indischen Rupie, prangte auf ihr Kaiser Wilhelms Bildnis. Sie war eine Kopie mit deutschem Gepräge. Aber auch in einem weiteren Sinn wurde das Handeln deutscher Kolonialinstanzen durch britische Autoritäten, durch die Usancen der ver-

schiedenen Finanz- und Handelsmilieus zwischen Bombay, Sansibar und Hamburg sowie schließlich durch die Kräfteverhältnisse zwischen Plantagenbesitzern und Arbeiterinnen, Karawanenführern, Trägern, Steuereintreibern und kolonisierten Bauern und Bäuerinnen bestimmt. Wie gestaltete sich dabei das Verhältnis zwischen Maßstabssetzung und Adaption, zwischen Autorität und ihrer Unterminierung? Was bedeutet monetäre Souveränität in einem imperialen Zusammenhang, wenn doch für Imperien abgestufte, versatzstückartige Formen der Souveränität charakteristisch sind?[5] Wie setzt sich Geld, das generell für ein allgemeines Äquivalent oder für eine universelle Form gehalten wird, in den Kolonien um, in einer Formation, die im Namen eines universellen Prinzips der Modernität die Herrschaft der kolonialen Differenz wirksam machte?[6]

Eine Studie von Johan Mathew zum Handelsraum des Arabischen Meeres führt vor, wie die dortigen Handelspraktiken auf Arbitrage basierten: Differenz, nicht Einheit, resultierte aus den Austauschbeziehungen.[7] Nach Mathew suchten Instanzen des British Empire diesen Raum neu einzurahmen und dabei die hergebrachten Verhältnisse indischer und arabischer Händler zu verdrängen. Ordnungsprinzipien expandierten, so Mathews Argument, und erzeugten im selben Zug den Schmuggel als illegitimes, normativ abgewertetes Gegenbild. Im Fall der deutschen Kolonialwährung aber stehen weniger eine normative Marktordnung kolonialer Herkunft den ungebärdigen Praktiken vor Ort gegenüber, als dass vielmehr auf allen Ebenen Übersetzungen zwischen mobilen Maßstäben stattfanden. Statt einen fixen Anker zu setzen, richteten die Akteure zur Orientierung ihren Blick auf die wechselnden Horizonte.[8] Das koloniale Geld vereinheitlichte nicht die Wertverhältnisse, sondern vervielfachte die Maßstäbe und Tauschmedien. Statt Homogenisierung führte es zu gesteigerter Heterogenität.

Die deutsche Rupie war stets in größere Geflechte eingebunden. Deshalb wird im Folgenden zuerst die Währungslandschaft Tansanias vor der Kolonialzeit vorgestellt. In einem weiteren Schritt wird die Geldschöpfung der DOAG in Abhängigkeit von der indischen Rupie nachgezeichnet und danach gezeigt, wie der Kolonialstaat 1903 die Währung unter seine Kontrolle brachte, bis zum Abschluss auf

die Rolle der indischen Intermediäre eingegangen wird. Dabei wird dargelegt, wie kapitalistische Strategien kolonialer Ausbeutung sich in Rassebegriffen artikulierten: Macht und Austausch waren in den Termini von »Rasse« eingefasst.

Vielfalt als Grundlage

Als die Deutschen in Tansania das Geld einführen wollten, mussten sie feststellen, dass es bereits vorhanden war. Eine Vielzahl von Zahlungsmitteln, Tauschmedien und Wertspeichern prägte die ostafrikanische Geschichte.[9] Das Spektrum der vorkolonialen Geldsorten war von den Netzwerken kosmopolitischer Kaufleute geprägt, aber ebenso durch vielschichtige Machtverhältnisse strukturiert: vom Statusstreben von *chiefs*, der Macht regionaler Herrscher bis hin zu den Regelungen des Zollwesens im British Empire. In den asymmetrischen Austauschbeziehungen, die sich über verschiedene Rechenweisen und Speicherformen erstreckten, wurden Profite mindestens so sehr mit der Spanne zwischen verschiedenen Austausch*modalitäten* verfolgt wie mit den getauschten Waren selbst.

Der zentrale Umschlagplatz der Region war Sansibar, wohin der omanische Sultan 1832 seinen Herrschaftssitz verlegt hatte. Zu dieser Zeit wurden auf der Insel Maria-Theresia-Taler verwendet, die wegen ihres hohen Silbergehalts so sehr geschätzt wurden, dass sie stets über dem Metallwert kursierten, und deshalb vom Habsburgerreich auch nach dem Tod der Kaiserin im Jahr 1780 und auch nachdem sie 1858 in Österreich-Ungarn aus dem Verkehr gezogen worden waren, weiterhin für den Welthandel geprägt wurden.[10] Der Maria-Theresia-Taler hatte eine große Denomination. Deshalb ließ ab 1840 der Sultan von Sansibar indische Kupfermünzen, die Pesas, aus Bombay importieren, die zu 64 Stück eine Rupie ergaben; in den 1880er-Jahren übernahm die französische Firma Henri Greffülhe die Prägung solcher Kupfermünzen.[11] In den 1890er-Jahren lieferte sich die DOAG dann Preiskämpfe mit Greffülhe. Beide Seiten warfen Kupfermünzen auf die Märkte und versuchten, ihre Regierungen dazu zu bewegen, die Münzen der gegnerischen Firma von ihrem Territorium auszuschließen oder wenigstens mit Zöllen zu erschweren.

Wichtigster Handelspartner auf Sansibar waren US-amerikanische Firmen, die Importwaren lieferten – am begehrtesten waren die *merikani* (amerikanisch) genannten Baumwollstoffe – und Elfenbein, Lederhäute, Kopal und Gewürznelken ausführten. Ab den 1860er-Jahren begann der Golddollar den Maria-Theresia-Taler zu ersetzen. Als durch den amerikanischen Bürgerkrieg die Baumwolllieferungen abnahmen, aber die Exporte in die USA anhielten, blieb der Golddollar vermehrt in der Region und floss weniger ab. Deutsche Handelsfirmen auf Sansibar erstellten noch um 1900 ihre Buchhaltung in US-Dollar, unter anderem, weil ihnen das Dezimalsystem bequem war. So war der US-Dollar ein verbreitetes Buchgeld, aber als Zahlungsmittel wurde er ab Mitte der 1870er-Jahre von der indischen Rupie verdrängt. Händler der indischen Diaspora siedelten seit Jahrhunderten im omanischen Meer, mit der Ausweitung des British Empire verstärkte sich in den 1870er-Jahren ihre Präsenz.[12] Kaufleute der Kaste der Bhatia dominierten im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts den Handel auf Sansibar; wie die muslimischen Khojas und Bohras kamen sie aus Gujarat.[13] Als 1890 Sansibar auch formell kolonisiert und 1895 das British East Africa Protectorate gegründet wurde, wuchs die Bedeutung der indischen Diaspora weiter.[14]

In den 1870er-Jahren begann der Silberpreis zu sinken, weil, wie in den vorhergehenden Kapiteln angesprochen, unter anderem das deutsche Kaiserreich und ab 1876 Frankreich den Goldstandard einführten und einen Teil ihrer Silbermünzen aus dem Verkehr zogen.[15] Handelshäuser und -banken, die mit den asiatischen Reichen, die dem Silberstandard anhingen, in Verkehr standen, entwickelten Finanzinstrumente, um sich gegen Währungsrisiken abzusichern.[16]

In Sansibar trat zunehmend die silberne Rupie an die Stelle des Dollars, denn die Golddollars wurden nun als Warenwerte verschickt. Der Sultan von Sansibar hatte Dollar und Rupie zum fixen Kurs von 47 Cents pro Rupie gesetzt.[17] Als der Wert der Silbermünze fiel, aber zu einem festen Kurs in Gold getauscht werden konnte, wurde es lukrativ, das höherwertige Gold als Rimessen auszuführen. Ein deutscher Kaufmann und Bankier schrieb, dass bereits 1876 keine entsprechenden Münzen mehr in Sansibar zirkulierten, sondern in Goldware transformiert waren: »Die Reste dieser Währung sind

heutzutage noch in den goldenen, aus 1 Dollarstücken bestehenden Westenknöpfen der Inder vorhanden.«[18]

Auch das Festland war im 19. Jahrhundert in den globalen Handel integriert. Eingeführt wurden Textilien, Waffen, Glasperlen, Eisendrähte und, am wichtigsten, Baumwollstoffe. Die Beziehungen waren asymmetrisch: Die internationale Warenwirtschaft versetzte die afrikanische Seite in eine untergeordnete Stellung und bewirkte eine Ausweitung der Sklaverei, von Klientelverhältnissen hin zu Plantagensklaverei, in der *cash crops* produziert wurden.[19] Sie war aber ebenso von einer stark ausdifferenzierten afrikanischen Nachfrage geprägt.[20] Afrikanische Konsumbedürfnisse stellten einen wichtigen Motor kapitalistischer Durchdringung mit europäischen Waren dar: Importierte Gewehre waren nicht nur ein begehrtes Prestigegut, sie militarisierten auch die Expeditionen nach Sklaven im Inland.[21] Machtdisparität und Konsumnachfrage müssen in ihrer Wechselwirkung gesehen werden.

Die Karawanenrouten bildeten die Adern der Warenwirtschaft, über die Waffen und andere Prestigegüter ins Binnenland geliefert wurden. Vertreter der indischen Diaspora finanzierten den Karawanenhandel omanischer und Kiswahili sprechender Eliten der Shirazi mittels Krediten, die für Tauschgüter gebraucht wurden.[22] Auch für die Deutschen waren indische Finanzierer unentbehrlich. Ein Reisender schrieb 1889, die Ausrüstung einer Karawane sei »eines der unangenehmsten, schwierigsten und aufreibendsten« Geschäfte der Reise und riet, man solle es wegen ihrer »ausgebreiteten Kenntnis der einschlägigen Verhältnisse und dem großen Einfluß, den sie besitzen« ganz den Indern überlassen.[23]

Im Lauf des 19. Jahrhunderts stieg der Preis von Elfenbein an, während die Preise für die importierten Manufakturwaren durch die westeuropäische und US-amerikanische Industrialisierung sanken.[24] Das Resultat war eine Ausweitung des Handelssektors von Sansibar und seinem Hinterland. Die expandierende Austauschökonomie hatte politische Wirkungen: Klientelbeziehungen wurden nun über Kredit und Außenmarkt gesteuert. Shirazi-Eliten in den nördlichen Küstengebieten versuchten, durch die Ausrüstung von Karawanen Status und Gefolgschaft zu erlangen. Durch die Prestige-

aufwände, die sie in Patronagebeziehungen leisten mussten, waren sie indes hoch verschuldet und wurden auf den kapitalintensivsten Karawanen, etwa den Routen mit Endpunkt Bagamoyo oder Dar es Salaam, zunehmend von städtischen arabischen Unternehmern verdrängt, die über direkteren Kreditzugang verfügten.[25] Die passenden Warenwährungen auf der Karawane mitzuführen, war eine schwierige Aufgabe.[26] Henry Morton Stanley, dessen Expeditionen nach Zentralafrika in Sansibar starteten und durch Ostafrika führten, verzeichnete die Vorräte an Baumwolltuch und Glasperlen, um die Löhne der Träger und Söldner sowie die Tribute zu bezahlen. So erhielt das afrikanische Personal auf Stanleys zweiter Reise zwischen 1874 und 1877 zunächst einen Vorschuss, den Stanley in US-Dollar notierte, und unterwegs in Ujiji am Tanganyika-See eine weitere Zahlungstranche in Baumwolle.[27]

Träger aus dem Hinterland Unyamwezi um die Stadt Tabora herum, in abnehmendem Maße Sklaven in Klientelverhältnissen, verdingten sich für die Karawanen. Diese Arbeitskräfte betrieben eine eigenständige Form der Lohnarbeit, in deren Rahmen sie ihre Gebräuche gegen die Praktiken kapitalistischer Finanzierer verteidigten.[28] Einen wichtigen Punkt machten die Zahlungsmodalitäten aus. Die Träger, die in vielen Fällen mit ihren Ehefrauen reisten, ließen sich in Baumwollstoffen bezahlen, hinzu kamen ein Handgeld und Kupfergeld bis zur Abreise aus der Stadt. Ein deutscher Beobachter war irritiert: »Man braucht unverhältnismäßig viele Menschen, welche alle bezahlt und unterhalten sein wollen, und von denen der größte Teil nur da ist, um die Mittel zum Unterhalte für sich und die anderen zu schleppen.«[29] Träger der Nyamwezi und Sukuma bestanden bis um 1900 darauf, dass ihre Löhne in Baumwolltuch statt in Bargeld ausbezahlt wurden. Zur Fixierung von Trägerlöhnen, die in Maria-Theresia-Talern und später in Rupien berechnet wurden, galt ein fixiertes Wertverhältnis von einem *doti* (vier Yards) an Baumwolltuch zu 0,25 Maria-Theresa-Taler. Auf dem Festland war das Baumwolltuch indes viel höher bewertet: ungefähr 0,5 Taler an der Küste und 1,0 Taler in Ugogo.[30] Ein Träger konnte mit dem vorab bezahlten Lohn im Landesinneren das Doppelte oder noch mehr erwarten, wenn er in Baumwolle abgegolten wurde. In einem anderen Sachver-

halt mit verwandter Logik schrumpfte das *doti* als Längenmass mit zunehmendem Weg ins Landesinnere. Während es, wie erwähnt, an der Küste in den 1880er-Jahren 4 Yards betrug, machte in Tabora ein *doti* 3,5 Yards und in Ujiji 3 Yards aus.[31]

Komplementär zu den Baumwollstoffen fungierten Glasperlen als Währung.[32] Auf der zentralen Karawanenroute von Bagamoyo an der Küste über Tabora in Unyamwezi nach Ujiji verbanden Glasperlen den regionalen und den Fernhandel. Weil sie eine kleinere Unterteilung hatten als Baumwolle, wurden sie verwendet, um Lebensmittel zu kaufen, das Essensgeld an die Träger zu zahlen und den Wegzoll an lokale *chiefs* zu leisten, eine Praxis, die auf Kiswahili »*hongo*« genannt wurde. Henry Morton Stanley hatte bei der Ausrüstung der Livingstone-Expedition im Jahr 1870 Schwierigkeiten, die passenden Währungen für unterwegs dabeizuhaben.[33]

Berichte aus Ujiji hatten Perlenwechsler beobachtet, bei denen für den Markttag die gültigen Glasperlen bezogen werden konnten, die am Abend wieder zurückgetauscht wurden.[34] Europäische Beobachter schrieben die wechselnde Nachfrage den Launen der Mode zu. Mode spielte tatsächlich eine Rolle, denn Glasperlen wurden in Halsketten, Armbänder, Masken und Kleider eingearbeitet. Aber mehr noch untermauerte Schmuck mit Glasperlen den aristokratischen Status von *chiefs*. Zudem waren in Unyamwezi Glasperlen ein Bestandteil des Brautgeldes.[35] Hinzu kam, und diesen Punkt verkannten die Berichterstatter, dass in der lokal hoch ausdifferenzierten Ökonomie, zu der die Glasketten ein Bindeglied darstellten, bestimmte Güter aus bestimmten Regionen auch die Bezahlung in bestimmten Glasperlen erforderten.[36] Nicht nur internationale, auch regionale Handelsgüter fungierten als Währungen. In vorkolonialer Zeit waren Eisenhacken, die in der Region südwestlich des Victoria-Sees geschmiedet wurden, ein wichtiges Tauschobjekt, mit dem sich die Karawanen eindeckten. Ein deutscher Beobachter schrieb 1892, auf dem Markt von Tabora würden jährlich 150.000 solche Hacken für vier Ellen Baumwollzeug pro Stück verkauft werden.[37] Die Kaurischnecken, die im heutigen Uganda in Umlauf waren, wurden von omanischen Händlern aus Sansibar geliefert.[38]

Waren und Währungen

Die ersten deutschen Firmen, die auf Sansibar Vertretungen eröffneten, waren im Währungsgeschäft tätig. Sie verschickten Glasperlen, vor allem aber Kaurischnecken, vom Indischen Ozean nach Lagos und in die Bucht von Benin. Sie zogen Gewinn aus der Tatsache, dass je nach Blickwinkel die Schnecken mal als Währung, mal als Ware fungierten. Sie kauften die Schnecken als Waren und lieferten sie per Tauschhandel an ihre westafrikanischen Handelspartner, für die wiederum die Schnecken eine allgemeingültige Währung darstellten.[39] Dabei erhielt Sansibar eine überraschende Rolle im Kauri-Geschäft. Die Hamburger Firmen brachten die sogenannte »great cowrie inflation« des 19. Jahrhunderts ins Rollen, welche die Vermögen westafrikanischer Eliten auslöschte.

Das kam so: Ursprünglich waren Kaurischnecken auf den Malediven gesammelt worden. Diese Schneckenart heißt Cypraea moneta, ist klein, gut transportierbar und war deshalb sehr begehrt. Aber an der ostafrikanischen Küste lebte eine andere Sorte Schnecken, cypraea annulus, die größer ist und ein anderes Aussehen hat. Im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts kostete eine metrische Tonne auf den Malediven zwischen 30 und 40 Pfund Sterling und konnte in Westafrika zu ungefähr 75 Pfund verkauft werden, hatte also eine respektable Gewinnspanne von 100 Prozent. Kauris aus Ostafrika hingegen hatten einen zehn- bis zwölfmal geringeren Einkaufspreis und damit eine potenziell sehr viel größere Gewinnspanne – gesetzt den Fall, sie wurden in Westafrika akzeptiert.[40] Als ein Schiff des Kaufmanns Adolph Jacob Hertz 1845 nach einer erfolglosen Reise auf die Malediven in Sansibar Halt machte und die dortigen Schnecken auflud, sorgte dies für eine »Revolution auf den weltweiten Kaurimärkten«.[41] Während frühere Versuche britischer Händler, ostafrikanische Kauris in Westafrika einzuführen, erfolglos geblieben waren, wurden Hertz' Annulus-Kauris akzeptiert, wenn auch zu einem niedrigeren Kurs. Jan Hogendorn und Marion Johnson führen als Gründe an, dass der Boom des Palmölhandels, den das British Empire als *legitimate trade* förderte, in Westafrika Anlass zu monetären Experimenten gab. Hertz, und wenige Zeit später seine Hamburger Konkurrenten O'swald sowie, in geringerem Maß, die Firma

Hansing,[42] kämpften um die Vormacht im Kauri-Handel auf Sansibar, wo sie sich um die Jahrhundertmitte niedergelassen hatten.[43] Rund 40 Prozent aller Verschiffungen O'swalds waren Kauris. In der Blütezeit zwischen 1851 und 1869 gelangten über 35.000 Tonnen Annulus-Kauris von Sansibar nach Westafrika; davon wurden 70 Prozent von O'swald und Hertz geliefert.[44] Kauri-Importe nach Westafrika waren von der zunächst wachsenden Wirtschaft angetrieben: In den ersten Annulus-Lieferungen spielte der Sklavenhandel noch eine Rolle, rasch wurde jedoch Palmöl wichtiger.[45] Aber als nach der Jahrhundertmitte die westafrikanische Wirtschaft weniger stark wuchs, führten die Importe zur Währungsinflation. Hinzu kam eine neue Steuer, die der britische Kolonialstaat erhob und zu deren Bezahlung vormals aufgespeicherte Kauri-Depots aufgelöst wurden, was zum Anwachsen der Kauri-Menge beitrug. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts zerstörte die Inflation auch das Angebot; allerdings zog sich O'swald erst 1904 aus dem Kauri-Geschäft zurück.[46]

Als die Kolonialabteilung des Auswärtigen Amts 1886 die deutschen Handelsfirmen über ihre Ansichten zu den Währungsverhältnissen in Deutsch-Ostafrika befragte, antworteten diese, man solle alles unverändert lassen. Aus ihrer Sicht bildete die indische Rupie eine naheliegende Währung.[47] In den 1880er-Jahren stammte nur ein Drittel der Waren, die die Hamburger auf Sansibar importierten, aus Deutschland.[48] Sansibar war in omanische und indische Handelsnetze eingebunden.[49] Hohe Beamte des Sultanats waren Inder, darunter der Zolldirektor und Finanzberater des Sultans.[50] Damit hatten indische Finanzkreise die politische Kontrolle über den Handel an der Festlandsküste.[51] Auf dem Festland selbst finanzierten indische Kaufleute, Muslime und Hindus aus Gujarat, Karawanen oder sie eröffneten Läden, sogenannte *dukas*. Auch nach der Kolonisierung Ostafrikas blieb das Festland ein wirtschaftlicher Hinterhof von Sansibar. In den Jahren um 1900 machten für Deutsch-Ostafrika die Rupienländer Sansibar und Indien rund drei Viertel der Importe sowie zwischen zwei Drittel und drei Viertel der Exporte aus. Die Importe von Baumwollwaren, dem wichtigsten Handelsgut, stammten zu 86 bis 93 Prozent aus Ländern mit Rupienwährung.[52] Auch in punkto Personenzahl bildete die indische Gemeinschaft mit

9000 Menschen die größte Diaspora-Gruppe in Tansania.[53] Dabei muss man sich vergegenwärtigen, wie zahlenmäßig klein die europäische Bevölkerung war. Sie stieg von 1078 Personen im Jahr 1900 auf 5336 im Jahr 1913.[54] Solche niedrigen Zahlen verdeutlichen den Hintergrund des ostafrikanischen Währungsexperiments – eines fragilen, in den Gesellschaften Tansanias und auf den Finanzmärkten marginalen Geldes, dem gleichwohl Gewicht und, wie zu zeigen sein wird, Gewalt zukam.

Im Geflecht zwischen den Imperien

Die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft verkörperte ein Modell, das für den Imperialismus charakteristisch war. Als private Firma ergriff sie die politische Kontrolle, um ökonomische Ausbeutung sicherzustellen. Die Gesellschaft war 1885 von Carl Peters, einem glühenden Nationalchauvinisten und Bewunderer des britischen Imperialismus gegründet worden. Peters reiste mit paramilitärischen Eroberungszügen durch Ostafrika und ließ sich von lokalen Notablen Verträge unterzeichnen.[55] Reichskanzler Bismarck setzte zunächst auf solche privaten Firmen, die analog zur East India Company im frühen 19. Jahrhundert die territoriale Eroberung im Interesse der kommerziellen Expansion effizienter abzuwickeln versprachen als eine staatliche Kolonisierung.[56] Die Hamburger Handelshäuser mochten aber in das Unternehmen nicht einsteigen, da sie auf funktionierende Beziehungen zum Sultan von Sansibar angewiesen waren, der auch die Küste des Festlands kontrollierte. Nur die Bank von der Heydt beteiligte sich zunächst an der Gesellschaft.[57] In der Anfangszeit investierten vor allem einzelne Privatpersonen. Um die Finanzen der Firma zu sichern, wurden Kontakte zur Staatsspitze wichtig – zu Bismarck, aber auch zu Wilhelm I. selbst, der öffentlichkeitswirksam Anteile erwarb. Die Staatsbank Preußische Seehandlung investierte und kontaktierte weitere Finanzkreise, die zunächst zurückhaltend geblieben waren. 1887 hatte die Firma über 2 Millionen Mark gesammelt. Nun stand hinter der DOAG ein Zirkel von Hochfinanz und Fabrikanten, aber entscheidend für den Start der Firma war die Staatshilfe gewesen.[58] In Ostafrika waren die Stations-

vertreter der Firma für ihre Brutalität berüchtigt. Als Sultan Said Bargash 1888 starb, suchte die DOAG einen neuen Vertrag mit seinem Bruder auszuhandeln. Als die DOAG und deutsche Truppen verschiedene Küstenorte militärisch einzunehmen versuchten, folgte im August 1888 ein Aufstand, zu dessen Ausbruch verschiedene Feindschaften beigetragen hatten. Einen Auslöser bildete das Vordringen der Deutschen. Aber noch wichtiger waren Widersprüche innerhalb der Küstengesellschaft.[59] Patrizier der Shirazi genannten Communitys an der Küste, die sich ihre Gefolgschaft mit Gastmählern und Repräsentationsaufwänden sichern mussten, waren bei omanischen und indischen Finanzleuten verschuldet. Der sansibarische Staat drängte die Eliten der Küste politisch an den Rand und setzte die Schuldenzahlungen polizeilich durch. Bauern weigerten sich, in vollständig proletarischen Verhältnissen auf den Plantagen zu arbeiten. Der Aufstand richtete sich gleichermaßen gegen Sansibar wie gegen die Gewalt der Deutschen. Eine seiner Folgen war die Festigung der militärisch-staatlichen Dimension des Kolonialismus. Damit war auch die Strategie der Kolonisierung mittels Konzessionen an eine private Firma vorbei. Aber eine wichtige Ausnahme davon stellte das Münzrecht dar. Dieses verblieb bei der DOAG. Zum Jahresende 1890 begann die Firma bei der Berliner Königlichen Münzstätte Silberrupien prägen zu lassen und verschickte sie nach Ostafrika.

Indische Münzen machten aber stets die Mehrheit in Deutsch-Ostafrika aus. Die DOAG schrieb 1894, nur schätzungsweise fünf Prozent aller Rupienstücke in der Kolonie seien »deutscher Herkunft«; sie untermauerte damit ihre Behauptung, sie würde ihr Münzrecht vorsichtig und verantwortungsvoll angehen.[60] Andere Zahlen für die 1890er-Jahren waren höher; der Gouverneur ging 1901 davon aus, dass an der Küste etwa dreimal und im Landesinneren etwa doppelt so viele indische wie deutsche Rupien kursierten. Als reines Silbergeld schwankte der Kurs der indischen Rupie mit dem globalen Silberpreis.

Aber 1893 machte die Geldpolitik des British Empire eine entscheidende Kehrtwende. Die indische Rupie wurde vom Silber gelöst. Die Gründe sind in der untergeordneten Stellung Indiens im britischen System des internationalen Zahlungsausgleichs zu finden. Indien bildete einen Angelpunkt in der weltweiten Finanzmacht des

British Empire.[61] Gegenüber Großbritannien hatte es eine negative Handelsbilanz, weil englische Exporteure nach Indien Monopolstellungen einnahmen und die Politik verfolgten, strategische Sektoren der indischen Wirtschaft unterentwickelt zu halten. Zum Rest der Welt hatte Indien indes eine positive Handelsbilanz, exportierte also mehr, als es importierte. Dies bedeutete, dass Großbritannien seine eigenen Zahlungsverpflichtungen gegenüber Kontinentaleuropa durch den Zustrom indischer Zahlungen begleichen konnte. Indien bildete eine geldpolitische Manövriermasse für das Empire. Der Silberstandard lag im Interesse anglo-indischer Plantagenbesitzer, europäischer Kaufleute und Industrieller, die von der abgewerteten Währung profitierten. Er lief allerdings den Interessen der Kolonialverwaltung entgegen, die Schulden und Pensionen in Goldwährung gegenüber England abzuleisten hatte. Die Währungsdiskrepanz holte die Kolonialverwaltung mit Konsumsteuern wieder herein, was die Kosten auf die ärmere Bevölkerungsmehrheit abwälzte. 1892 ließen geldpolitische Maßnahmen, die in den USA erwartet wurden, und die Integration von Österreich-Ungarn in den Goldstandard die Befürchtung entstehen, der Silberpreis könnte in freien Fall geraten. Die Kolonialverwaltung fürchtete, dass weitere Steuern Rebellionen provozieren würden. Als dritte Partei in der geldpolitischen Debatte lancierte das India Office einen Vorschlag: Statt Gold in die Kolonie zu schicken – was die City of London keinesfalls zulassen wollte –, sei kein Goldstandard, sondern ein Golddevisenstandard einzuführen. Die Rupienwährung wurde an Sterling, eine Goldwährung, gebunden.

Per Verordnung, das heißt rechtlich leicht annullierbar, entsprachen 15 Rupien einem Goldsovereign, oder genauer: Gegen einen Goldsovereign wurden 15 Rupien eingelöst, aber nicht umgekehrt.[62] Die Silberrupie wurde damit »virtually a note printed on silver.«[63] In einem ersten Schritt wurde die Prägung von Silberrupien gedrosselt. Der Außenwert der indischen Währung stieg daraufhin an. Schrittweise wurde das Verhältnis von Pfund Sterling zur Rupie bis 1898 stabilisiert. Die indische Geldpolitik, die nun das India Office betrieb, half, die englischen Zinssätze niedrig zu halten, indem statt einer indischen Goldreserve Regierungsanleihen gekauft wurden, unter

anderem, um den Burenkrieg 1902 zu finanzieren. Für den Subkontinent wiederum zeitigte die Anbindung an Sterling katastrophale Auswirkungen. 27 indische Staaten hatten 1893 noch ihre eigene Währung emittiert; als die Rupie vom Silber gelöst wurde, zwang sie dies ins koloniale Währungssystem hinein. Das hatte zur Folge, dass während einer verheerenden Reihe von Hungersnöten zwischen 1896 und 1902 diesen Staaten die geldpolitischen Instrumente fehlten, gegen die Hungersnöte Kredite aufzulegen.[64]

Die »schwebende Schuld« des Kolonialismus

Die indische Loslösung vom Silber 1893 hatte massive Auswirkungen auf die koloniale Geldpolitik in Ostafrika. Der Kurswechsel des British Empire warf die Frage auf, wie mit der kolonialen Währung in Deutsch-Ostafrika verfahren werden sollte. Dabei standen sich vier Gruppen gegenüber: die DOAG, die Hamburger Handelsfirmen, die zahlenmäßig geringen, aber publizistisch schlagkräftigen deutschen Siedler und der Kolonialstaat. Die DOAG betrieb ihre Geldpolitik so, wie sie ihren Interessen als private Firma diente. Sie übernahm keine irgendwie geartete Garantie für die Währung. Trotzdem machte in den zehn Jahren zwischen 1893 und 1903 die deutsche Rupie auch ohne Deckung die Aufwärtsbewegung der indischen Währung mit. Zeitweise lag der Kurs der deutschen Rup ie rund 90 Prozent über ihrem Metallwert.[65]

Zuerst führte die indische Währungsreform zu Verunsicherung in Deutsch-Ostafrika. Der deutsche Gouverneur schrieb, es herrsche »vollständige Unklarheit«, wie sich die Lage in Indien und auf Sansibar entwickle.[66] Der Zolldirektor berichtete, wegen der Währungsunsicherheit würden die Elfenbeinexporteure in Bagamoyo auf ihren Lagerbeständen sitzenbleiben.[67] Vertreter der Firmen O'swald, Hansing und der Elfenbeinexportfirma Heinrich Meyer fanden, es würde sich der »Mangel eines wahren Werthmessers« bemerkbar machen. Sie forderten deshalb gegen die DOAG die Einführung einer deutschen »Regierungsrupie«.[68]

Den Hamburger Firmen war an einer möglichst stabilen Bindung an die indische Währung gelegen. Hansing beispielsweise wirkte als

offizielle Vertretung der anglo-indischen Chartered Bank of India. Dies hatte Auswirkungen auf die Geldpolitik und die monetäre Diplomatie. So kam es 1893 dazu , dass auf Sansibar die Niederlassungen verschiedener Firmen und schließlich auch die öffentlichen Kassen sich für kurze Zeit weigerten, die deutsche Rupie anzunehmen. Ins Rollen gebracht hatte diese Welle gegen die deutsche Währung die deutsche Firma Hansing auf Anweisung aus Hamburg.[69]

Siedlerkreise, neben den hamburgischen Firmen eine weitere rivalisierende Gruppe, kritisierten, die DOAG würde durch ihre knappe Bargeldversorgung die Plantagenbesitzer in ihre Abhängigkeit zwingen: »Silber prägte man nur in mäßiger Menge, um einerseits den Kurs hoch zu halten, andererseits Gouvernement und Private bei größerem Geldbedarf stets in der Hand zu haben.«[70] Wer sich größere Geldmengen beschaffen wollte, musste dies über die Wechselgeschäfte tun, welche die DOAG und die Großfirmen mit Bombay betrieben. Die Siedler agitierten mit ihren Sprachrohren *Deutsch-Ostafrikanische Zeitung* und *Usambara-Post* für die Einführung der Mark.[71] Ein Kritiker hielt fest, sie täten dies in der Absicht, Lohnsenkungen auf den Plantagen durchzusetzen. Da die Rupie um 1902 bei 1,36 Mark lag, so das Kalkül, könnten sie in Zukunft schlicht eine Mark für eine Rupie berechnen und so die Löhne um mehr als ein Drittel heruntersetzen.[72]

Staatliche Experten urteilten anders als die Siedler. Die Gefahr lag für die Reichsregierung vielmehr darin, dass die Gesellschaft zu viele Rupien prägen und sich ein unterwertiges Geld ausbilden könnte.[73] In den Jahren nach Indiens Übergang zur Bindung an Sterling prägte die DOAG tatsächlich immer mehr eigene Münzen. Schließlich konnte sie nun, da eine Differenz zwischen Metallwert und Kurswert der Rupie bestand, verstärkt Profite aus der Seigniorage einstreichen. Zwischen 1893 und 1901 hatte sie die Zahl der eigenen Rupien mehr als verdreifacht, im Jahr 1901 allein machte sie 200.000 Mark Gewinn mit der Seigniorage.[74] Bis 1903/4 die Münzausgabe verstaatlicht wurde, prägte die DOAG Münzen im Wert von rund drei Millionen Mark und machte einen Münzgewinn von rund 1,5 Millionen.[75] Dies sind nicht besonders hohe Zahlen, aber, wie die sozialdemokratische Zeitung *Vorwärts* hervorhob, gelang es der

Firma wiederholt nur dank des Münzrechts, überhaupt Gewinne zu machen.[76]

Die Kolonialabteilung bemängelte, dass die Gesellschaft ihrer Verpflichtung, die Prägungen knapp zu halten, nicht nachgekommen sei. Das Verhältnis zwischen indischen und deutschen Rupien in der Kolonie veränderte sich. Die Kolonialabteilung befürchtete, dass angesichts der geringen Gesamtmenge an Silbergeld (die auf etwa 10 Millionen indische und deutsche Rupien geschätzt wurde), die deutsche Rupie bald mit der indischen Rupie gleichauf liegen und 50 Prozent des ganzen Silbergeldes ausmachen würde. Selbst Vertreter der DOAG erwarteten unter diesen Bedingungen eine Minderbewertung der deutschen Rupie.[77] Dass der Kurswert mit der indischen Rupie Schritt hielt, geschah allein aufgrund der marginalen Stellung der deutschen Rupie. Bereits 1899 hatte der Gouverneur aus Dar es Salaam an die Kolonialabteilung geschrieben, dass die Gesellschaftsrupie nur so lange höher bewertet bliebe, »als ihre Anzahl im Vergleich zu der der indischen Münzen so verschwindend ist, daß der Geldhandel sich nicht mit ihr beschäftigt.«[78] Reichsvertreter sahen eine »schwebende Schuld« in der ungedeckten Währung.[79] Diese wurde mit jeder weiteren geprägten Rupie größer. Kolonialstellen, aber auch die Reichsbank und das Schatzamt, plädierten deshalb für eine Rupienwährung, die an die Mark gekoppelt sein sollte.

So trat das Reich in Verhandlungen mit der DOAG, um das Münzrecht zurückzukaufen. Genau dann trat die Krise ein und das Geld ohne Deckung führte das Problem monetärer Souveränität plastisch vor Augen. Kurz bevor die private Münzprägung beendet werden sollte, kam es zur monetär-diplomatischen Konfrontation mit Sansibar. Am 7. März wurde am Zollgebäude von Sansibar eine Bekanntmachung angeschlagen, dass die Kassen der Regierung keine Münzen außer der indischen mehr annehmen würden.[80] Bereits am Nachmittag gaben die Geldwechsler der Stadt nur noch ¾ einer indischen für eine deutsche Rupie. Hektisch fragte das Auswärtige Amt bei den britischen Stellen an, warum das Empire auf Sansibar dieses Manöver veranstalte. Es bekam zur Antwort, dass der Münzumlauf vereinheitlicht werde. Spätere Kommentatoren urteilten, dass Sansibar nur prä-

ventiv auf den geplanten Verstaatlichungsschritt der deutschen Rupie reagierte, mit dem die Umlaufgemeinschaft der beiden Währungen sowieso abgeschnitten wurde.

Im März und im April 1903, als ein erneuter Angriff auf die deutsche Rupie erfolgte, war rasches Handeln gefragt: Die Vertretung der DOAG in Sansibar begann, deutsche Rupien anzunehmen und gegen indische zu tauschen, um auf diesem Weg die deutsche Rupie zu stützen. Der deutsche Konsul befürchtete eine Panik, doch die Leitung der DOAG in Berlin wies ihre Vertretung in Sansibar an, keine Umwechslungen vorzunehmen. In drei Wochen würde die Münzhoheit sowieso an das Reich übergehen und das Gouvernement in Dar es Salaam hätte nicht sogleich angeboten, seinerseits der Gesellschaft die deutschen Rupien wieder abzunehmen.[81] Erst nach einigem Abwarten war die DOAG bereit, zusammen mit dem deutschen Konsulat die deutsche Rupie zu stützen.

Im imperialen Kräftefeld verweisen verschiedene, auch gegenläufige Vektoren auf eine verschränkte Souveränität: Die DOAG hatte das Recht, eine Währung zu prägen, aber keine Verpflichtung, sie zu stützen; Handelsfirmen wirkten als Agenten für Firmen anderer Imperialmächte; so eng verknüpft Staatsgewalt und privates Kapital waren, nicht in jeder Konstellation kamen sie vollständig zur Deckung.

Reichsrupie: Verstaatlichung der Währung

Auch wenn niemand sie gefragt hatte, spielte die Haltung kolonisierter Afrikanerinnen eine wichtige Rolle in der Diskussion, ob die Mark oder eine an die Mark gekoppelte Silberwährung eingeführt werden sollte. Denn Afrikaner übersetzten die Währung in andere Wertregimes, etwa indem sie Münzen in Schmuck umwandelten.[82] Diese Praktiken beeinflussten die Entscheidungen der Währungsarchitekten. Der Reichsbankdirektor Otto von Glasenapp hielt die Einführung der Mark nicht für ratsam, weil »die Eingeborenen sich gewöhnt haben, mit einer Münze von dem Umfange und dem Silbergehalte der Rupie einen bestimmten Wertbegriff zu verbinden. Sie werden kaum verstehen, daß 2 Zweimarkstücke etwa den gleichen

Wert haben sollen wie 3 Rupien, von denen jede einzelne in Umfang und Silbergehalt einem Zweimarkstück ungefähr entspricht.«[83] Ein Memorandum der Kolonialabteilung zuhanden des Reichstags betonte, der Silbergehalt der Währung sei ausgesprochen wichtig. Auch im Reichstag wurde dieser Punkt wiederholt. Man müsse davon ausgehen, dass ein Großteil der umlaufenden Münzen in Schmuck umgewandelt würde. Mark-Münzen enthielten schlicht zu wenig Silber, um von der Bevölkerung akzeptiert zu werden. Die Wertverhältnisse eines Zweimarkstücks, das mehr wert als eine Rupie war, aber einen geringeren Silbergehalt aufwies, »würden den Eingeborenen niemals klar zu machen sein, namentlich da für die Eingeborenen der effektive Silbergehalt der Münzen wegen der häufigen Verarbeitung von Silbermünzen zu Schmuckgegenständen von ganz besonderer Wichtigkeit ist.«[84]

Einige Beamten hatten aber Sorge, dass Gold aus Deutschland nach Afrika, Sansibar oder Indien wandern könnte.[85] Die Kolonie als Aderlass europäischer Metallreserven war eine fixe Vorstellung imperialer Regierungen.[86] Auch das deutsche Schatzamt vertrat diese Einschätzung. Sein Vertreter befürwortete zwar eine Bindung an die Mark, hegte aber Befürchtungen wegen der stark negativen Handelsbilanz der Kolonie. Die Überzahl der – in Rupien bezahlten – Importe gegenüber den Exporten könnte dazu führen, dass Goldbestände aus Deutschland abfließen, wenn die Importeure dann vermehrt Rupien gegen Goldmark einwechseln würden. Die Kolonialabteilung trat diesen Befürchtungen entgegen, indem sie darauf hinwies, dass die Importe hauptsächlich aus europäischen Kapitalinvestitionen bestehen würden, die nicht von der Kolonie, sondern von europäischen Firmen bezahlt würden und deshalb kaum Goldtransfers nach Afrika zu erwarten seien.[87] Trotzdem wurde die Befürchtung ernst genommen. Wie das Schatzamt hervorhob, galt im British Empire nur eine Einlösepflicht von Sovereigns in Rupien, nicht von Rupien in Sovereigns. Dies bedeutete, dass englische Instanzen nicht zu fürchten brauchten, indische Kaufleute würden ihre Rupien abgeben und dafür Sovereigns nach Indien tragen. Die deutsche Kolonialabteilung, Reichsbank und Schatzamt stimmten einer analogen Regelung zu.

Uneinigkeit bestand über das Kursverhältnis zwischen Mark und Rupie. Der Vorschlag der Regierungsstellen, der sich auch durchsetzte, ging dahin, ein Verhältnis von drei Rupien zu vier Mark herzustellen, so dass 15 Rupien auf einen 20-Mark-Taler, eine Goldmünze, kamen. Anders ausgedrückt, würde eine Rupie 1,333 Mark entsprechen. Dies bedeutete eine leichte Abwertung der deutschen Rupie gegenüber der indischen. Die Handelsfirmen, die mehr importierten als exportierten, plädierten hingegen für eine Aufwertung, weil sie die deutsche Rupie auf gleicher Höhe mit der indischen halten wollten.[88]

Eine leichte Abwertung der deutschen Rupie, so die Annahme, ließe die indischen Rupien langsam aus der Kolonie abfließen. Wenn sie im Land selbst paritätisch umliefen, die indischen Rupien aber im Ausland einen höheren Kurs haben würden als die deutschen, würden sie zunehmend exportiert werden. Der Mechanismus war beabsichtigt, denn auf diese Weise wurde Raum geschaffen für die Verbreitung neuer deutscher Rupien und damit für Profite mit der Seigniorage.[89] Noch vor der Prägung der ersten Münze wollte die Kolonialabteilung diese Gewinne bereits in den Kolonialetat aufnehmen.[90] Von einem aufgebesserten Etat versprach sie sich eine günstigere Stimmung für den Kolonialismus im Reichstag. Ganz durchsetzen konnte sich die Kolonialabteilung nicht; die Münzgewinne wurden je zur Hälfte auf das Kolonialbudget und auf eine Goldreserve verbucht. Trotzdem machte die Seigniorage einen wichtigen Teil im Kolonialhaushalt aus. Zwischen 1904 und 1906 waren die Profite aus dem Münzgewinn höher als die Zolleinnahmen, rechnet man die Einnahmen der ersten fünf Jahre – von 1904 bis 1908 –, überstiegen die Münzgewinne mit 9.467.000 Mark auch sämtliche Steuererträge inklusive Gewerbesteuern im selben Zeitraum (7.774.000 Mark).[91] Noch deutlicher fällt die Rolle der Münzgewinne im Vergleich mit der sogenannte »Kopf- und Hüttensteuer«, die ab 1898 von der afrikanischen Bevölkerung erhoben wurde (und die im nächsten Kapitel genauer betrachtet wird). In den ersten acht Jahren der Münzprägung (1904–1911) betrug die Seigniorage 12.697.000 Mark,[92] während die Hüttensteuer in den ersten acht Jahren ihres Bestehens (1898–1905) 8.884.582 Mark einbrachte.[93]

Geldpolitik und rassistische Hierarchie

Die Neuordnung der Währung bekräftigte eine rassistische Hierarchie. Denn als die deutsche Rupie nicht länger im Gleichschritt mit der indischen verlief, war die »Umlaufgemeinschaft« mit Sansibar unterbrochen. Vonseiten der Kolonialabteilung geschah dies mit Absicht. Auf diesem Weg seien die »die farbigen Zwischenhändler in stärkerem Maße als bisher unter die Kontrolle der in Deutsch-Ostafrika und Sansibar interessierten deutschen Firmen zu bringen.«[94] Indische und omanische Händler müssten sich nun zur Umwechslung an deutsche Firmen wenden. Für den Reichsbankdirektor Glasenapp war klar, »daß die Diskordanz zwischen der Ostafrikanischen und der Indischen Rupie vorübergehend den Handelsverkehr des Schutzgebiets mit Sansibar und Indien störend beeinflussen« würde.[95] Allerdings wäre nach einer Übergangsphase im Großhandel kein Hindernis mehr zu erwarten, nur im Kleinverkehr sei später noch mit Unbequemlichkeiten zu rechnen. Im Schatzamt war man jedoch anderer Ansicht. Zum Plan der Kolonialabteilung, mit einer niedrigeren Bewertung der deutschen Rupie einen Abfluss an indischen Münzen zu erreichen und dadurch Raum für Münzgewinne zu schaffen, notierte ein anonymer Beamter an den Rand: »durchaus richtig und der Kolonialabteilung finanziell zweifellos erwünscht, ob aber auch im handelspolitischen Interesse Deutsch-Ostafrikas gelegen???«[96] Gleichwohl setzte sich die Kolonialabteilung durch, auch gegen mehrere Einsprachen der Handelsfirmen. Nach Ansicht der Kolonialabteilung sollte die »Währungsgleichheit« zwischen Sansibar und der deutschen Kolonie gekappt werden. Denn bis jetzt stünde es »den farbigen Zwischenhändlern offen, mit demselben Gelde, das sie für ihre Waren im deutschen Schutzgebiet einnehmen würden, in Zanzibar zu bezahlen oder umgekehrt«, während dieser Handlungsspielraum für Zahlungen aus Deutschland nicht bestünde.[97] Mit einer Unterbrechung der Umlaufgemeinschaft würden deutsche Firmen in eine strategisch günstigere Position gebracht und indische Händler auf Sansibar tendenziell dazu gezwungen werden, sich unter deutscher Kontrolle auf dem Festland anzusiedeln.

Die Währungsreform entworfen hatte Karl Helfferich, der im Jahr 1901 als wissenschaftlicher Berater in die Kolonialabteilung eingetre-

ten war. Helfferich hatte nicht, wie üblich, zuvor einen Aufenthalt in den Kolonien absolviert, und seine Anstellung wurde als Zeichen gewertet, dass in der Kolonialabteilung der Einfluss ökonomischer Expertise zunahm. Er machte rasch Karriere, die Neugestaltung der deutschen Rupie war sein erstes größeres Projekt.[98] Geldpolitik war für Helfferich ein Mittel, imperiale Macht über wirtschaftliche Mechanismen – Konkurrenz, Produktivität der Kolonien, aggressive Handelspolitik, taktische Schutzzölle – zu erreichen.[99] Durch ihr Gewicht konnten geldpolitische Entscheidungen die koloniale Hierarchie stützen und weiter fördern. Die deutsche Rupie an die überlegene Goldwährung des Reichs zu binden, mit einer leichten Veränderung im Wechselkurs für den gleichsam natürlichen Abfluss der fremden Münzen zu sorgen, auf diese Weise Raum zu schaffen für die profitablen Neuprägungen des Reichs und zugleich die »farbigen Zwischenhändler« in eine untergeordnete Stellung zu zwingen – das war monetäre »Weltpolitik«.

Zu ihr gehörte, dass Helfferich imperiale Größe nicht als schlichte Symbolpolitik verstand. Zwar war unbedingt einem Absturz der deutschen Rupie vorzubeugen, weil – wie ein Schreiben der Kolonialabteilung von 1902 fand – es sich um Münzen handelte, »die mit dem Bildnis seiner Majestät des Kaisers versehen sind, deren Entwerthung die Autorität des Reichs in Mitleidenschaft ziehen würde.«[100] Aber Autorität brauchte nicht die Einführung der Mark zu bedeuten. Wenn die Mehrheit der umlaufenden Münzen indische Rupien waren und eine Möglichkeit bestand, sich an das Währungsarrangement des British Empire anzulehnen und zugleich mit einer kleinen Differenz dessen Gewicht in eine bestimmte Richtung zu lenken, während die Rupie an die deutsche Goldwährung gekoppelt war, ließ sich imperiale Politik betreiben. So sollte die Autorität des Reichs in einem praktischen Arrangement zum Durchbruch kommen und die Ströme des deutschen Privatkapitals fördern. Das bedeutete, sich an analogen währungspolitischen Regelungen anderer Imperien zu orientieren. Die Kolonialabteilung zog zur Umsetzung Schriften des britischen Direktors der Bank von Bengalen heran.[101] Ähnliche Pläne verfolgten die USA auf den Philippinen, die von der Kolonialabteilung ebenfalls beobachtet wurden.[102] Alle drei Imperien führten jeweils ein

System ein, mit dem eine koloniale Silberwährung an die Goldwährung gebunden wurde, ohne das Risiko zu laufen, dass Gold in die Kolonien gelangte. Im Deutschen Reich kam dabei der Legationskasse des Auswärtigen Amts eine Schlüsselrolle zu. Mit Wechseln auf diese Kasse ließ sich der Kurs der Rupie stützen. Das Gouvernement in Dar es Salaam war angewiesen, sobald 132,50 Mark oder weniger für 100 Rupien geboten wurden, Rupien gegen Wechsel anzunehmen und einen höheren Preis zu bieten.[103]

Helfferichs »Weltpolitik« machte imperiale Gewalt für privates Kapital dienstbar. Kolonisierung sollte zuvorderst von den Initiativen privater Unternehmen herrühren. Allerdings waren die Konzessionsfirmen wie die DOAG, so Helfferich, nicht in der Lage gewesen, die Funktionen, die ihnen übertragen worden waren, auch auszuüben. Deshalb trat Helfferich für eine forcierte Kolonialpolitik des Kaiserreichs ein.[104] Vor diesem Hintergrund wird seine Strategie deutlich, auch nach der Verstaatlichung der Rupie möglichst private Lösungen zu suchen. Für die Rückgabe des Münzrechts an das Kaiserreich wurde die DOAG ausgiebig entschädigt, unter anderem mit einer äußerst günstigen neu ausgehandelten Anleihe und fortgesetzten jährlichen Zahlungen durch das Reich. Zur Strategie gehörte ferner, eine private Bank für die Abwicklung der Geldpolitik und die Notenausgabe einzurichten. An der Notenausgabe hatte die DOAG zuvor kein Interesse gehabt, auch von einer Kolonialbank versprach sie sich keinen Erfolg.[105] Auf Helfferichs Initiative hin wurde die Deutsch-Ostafrikanische Bank gegründet, die am 23. Juni 1905 eine Niederlassung in Dar es Salaam eröffnete.[106] Diese bestand aus einem Konsortium unter Führung der Deutschen Bank, die seit den 1880er-Jahren rechtlich selbstständige Tochtergesellschaften in Lateinamerika und Asien gegründet hatte.[107] Das Konsortium hatte zuvor die Eisenbahnlinie von Dar es Salaam nach Morogoro finanziert und wurde nun um eine Beteiligung der DOAG erweitert.[108]

Für Helfferich hing die Gründung eines Finanzinstituts eng mit dem Eisenbahnbau zusammen. Denn Eisenbahnen seien unerlässlich für die koloniale Arbeitsteilung.[109] Und umgekehrt generierten Infrastrukturprojekte Finanzmacht: Sie ermöglichten es Investorengruppen, neue Anleihen aufzulegen. Als 1904 der Reichstag einem

Ausbau der Eisenbahnen in Ostafrika zugestimmt hatte, stieg das Interesse des privaten Kapitals an einer Bank.[110]

Sie war mit einem Grundkapital von zwei Millionen Mark ausgestattet und hatte das Recht, bis zum Dreifachen dieses Betrags Banknoten in Rupien auszugeben, sofern sie die Noten auf Verlangen in Münzen umwechselte. Die Bank priorisierte kurzfristige Kredite für große Firmen, die Landwirtschaft hielt sie außen vor.[111] Sie war als eigentliche Notenbank konzipiert und gab keine Hypotheken aus.[112] Die Bank übernahm auch nur so weit eine Verantwortung, den Münzumlauf vor Ort zu unterstützen, wie dies ihre Geschäftstätigkeit nicht einschränkte; andernfalls musste das Gouvernement einspringen. Bei den wiederholt auftretenden Bargeldknappheiten führte dies zu massiven Friktionen zwischen der Bank und dem Gouvernement.[113]

Pflanzer hatten zuvor vehement die Einrichtung einer Bank gefordert, aber als diese aus eng verflochtenen Beziehungen der Großfirmen und der DOAG bestand, liefen sie Sturm gegen das Institut.[114] Helfferichs Bankpläne wurden im Reichstag von Matthias Erzberger, einem jungen Vertreter des katholischen Zentrums und späteren Reichsfinanzminister in der Weimarer Republik, vehement angegriffen. Statt dass die Reichsbank und der Staat eine Infrastruktur zur Geld- und Kreditversorgung aufbauten, würde hier das Großkapital mit einer Monopolstellung beschenkt.[115] Ein Abgeordneter der Sozialdemokraten, Albert Südekum, sprach von einem »Kolonialkapitalismus« mit einer »auffallenden Begünstigung großer kapitalistischer Gesellschaften«.[116]

Helfferich antwortete als leitender Experte in seiner ersten Reichstagsrede.[117] Er räumte ein, dass die mangelnde Konkurrenz ein Manko sei. Aber die Priorität müsse darauf liegen, das Bankenkapital überhaupt erst für die Kolonien zu interessieren.[118] Ein späterer Bericht der Kolonialabteilung kritisierte ebenfalls die Monopolstellung. So komme es, dass die Deutsch-Ostafrikanische Bank an Hansing und die DOAG, die beide eng mit der Bank verflochten seien, Lombardkredite über mehr als 500.000 Mark für nur 3,5 Prozent verleihen würde, während der Zinssatz mindestens doppelt so hoch sein sollte.[119] 1911 wurde dann – vom selben Konsortium – ein zweites

Institut gegründet, die Handelsbank für Ostafrika.[120] Mit seinem Einsatz für die Deutsch-Ostafrikanische Bank strebte Helfferich danach, durch geldpolitische Mittel »empire-building« für das Finanz- und Industriekapital zu betreiben.[121]

Mit der staatlichen Rupie war eine neue völlig Währung geschaffen worden. Über das internationale System der Goldwährungen stand sie mit der indischen Rupie in einem stabilen, aber indirekten Verhältnis. Nun entstand für Auslandszahlungen ein Disagio von 4 Prozent, insbesondere gegenüber Sansibar. Der liberale Kolonialpolitiker Walther Rathenau führte gegen die Agitation der Siedler für die Markwährung an, rund die Hälfte des Disagio würde wegen der geringeren Bewertung der deutschen Goldbindung gegenüber der britischen bestehen, und eine Einführung der Mark würde dies nicht ändern. Die andere Hälfte des Disagio sei auf die negative Zahlungsbilanz gegenüber Sansibar zurückzuführen: Es flössen mehr deutsche Rupien nach Sansibar als indische Rupien von Sansibar nach Ostafrika. Wer auf Sansibar eine Zahlung in deutschen Rupien erhielt, ließ sich mit dem Aufpreis für den Aufwand entschädigen, die Münzen, für die auf Sansibar keine Verwendung war, wieder loszuwerden.[122]

Der Wechselkurs mit seinen Schwankungen folgte einer momenthaften, schlagartig wechselnden Temporalität. Am dramatischsten war dies deutlich geworden, als im Frühjahr 1903 die deutsche Rupie plötzlich absackte. Später war die Unvorhersehbarkeit des Wechselkurses durch die Einbindung der Reichsrupie in das Goldsystem eingedämmt. Trotzdem konnten schlagartige Verwerfungen vorkommen. So ging im Juli 1904 in Berlin die Alarmmeldung einer akuten Geldknappheit in der Kolonie ein. Der neue, tiefer angesetzte Rupienkurs hatte ein zu rasches Abfließen der indischen Rupien bewirkt. Was Helfferich als natürlichen Prozess vorgesehen hatte, der Raum schaffen sollte für die Neuprägungen – und damit für die Seigniorage – des Reichs –, ging viel zu schnell. Im Mai waren 500.000 Rupien von Hamburg aus verschifft worden, nachdem das Metall bei der Frankfurter Gold- und Silber-Scheideanstalt gekauft und in der Königlichen Münzstätte in Berlin geprägt worden war. Aber bereits Anfang Juli wies die Kolonialabteilung eilends die Königliche Münzstätte an, nochmals Münzen im Wert von 500.000 Rupien zu prägen.

Weil das entsprechende Silber nicht innerhalb der Frist aufzubringen war und die Münzstätte nicht die ganze Menge auf den, überdies kurzfristig vorverlegten, Abfahrtstermin des nächsten Dampfers liefern konnte, ging am 24. Juli 1904 nur eine Ladung von 300.000 Rupien von Hamburg ab. Der Dampfer erreichte einen Monat später Dar es Salaam.[123] Der momenthaften Temporalität des Wechselkurses stand die Langsamkeit des Bargeldes gegenüber, das in Deutschland bestellt, geprägt und verschifft werden musste. Es bereitete kolonialen Instanzen Probleme, die verschiedenen Zeitlichkeiten zu synchronisieren.

Die »Umlaufgemeinschaft« mit Sansibar zu kappen und auf diese Weise die »farbigen Zwischenhändler« in eine untergeordnete Stellung zu versetzen, lief parallel mit einem Anstieg der Handelsverbindungen mit Deutschland und einem Abstieg der Rupienländer. Mit dieser Feststellung soll nicht behauptet werden, dass die Währungsumstellung der Grund für diese Verschiebung war, sondern nur, dass die beiden Prozesse sich zeitlich deckten. Die Ursache für die zunehmenden Verbindungen zu Deutschland liegt, auch wenn die stark aggregierten Statistiken nur unzureichende Schlüsse zulassen, an den Importen für den Eisenbahnbau. Aber es lässt sich schlussfolgern, dass die Anbindung der Währung an die Mark einer tatsächlichen Entwicklung des Handels entsprach. Waren 1898 noch 76,09 Prozent aller Importe nach Tansania aus den Rupienländern Sansibar und Indien gekommen, so waren es ein Jahrzehnt später nur noch 33,91 Prozent. Umgekehrt hatten 1898 nur 19,01 Prozent der Importe aus Deutschland gestammt, während es 1908 bereits 44,73 Prozent waren. Ein ähnliches Bild ergab sich bei den Exporten: 1898 beliefen sie sich zu 74,68 Prozent auf Sansibar und Indien, 1908 nur noch zu 17,79 Prozent. Im Gegensatz dazu stieg die Ausfuhr nach Deutschland von 18,09 Prozent auf 56,40 Prozent an.[124] Auch bei den Exporten geht es nicht darum, ein Kausalverhältnis zu postulieren: Der Niedergang des Elfenbeinhandels und die Zunahme von Kautschuk, später auch von Sisalfasern, waren unter anderem ausschlaggebend. Doch die Neuregelung der Währung geschah im Gleichschritt mit einer Verlagerung der Handelsbeziehungen, die genau um 1903 herum stattfand. Damit ist indes noch nichts über

die Prosperität in der Kolonie gesagt. Die Baumwollimporte – Baumwolle wurde, nicht zuletzt wegen ihrer Währungsfunktion, vom Wirtschaftshistoriker Dieter Tetzlaff als Indikator für die Lebensbedingungen genommen – stammten noch 1912 hauptsächlich aus Indien und nur zu 20 Prozent aus Deutschland.[125] Ihre Einfuhr wurde durch die neue Währung eher erschwert.

Eine »afrikanische Übersetzung des Antisemitismus«

Neben dem Bestreben, die »farbigen Zwischenhändler« mittels einer neuen Währung unter die Kontrolle der Kolonialherrschaft zu bringen, war die rassistische Stigmatisierung der indischen Ladenbesitzer eine weitere Strategie, die koloniale Hierarchie aufrechtzuerhalten. Der stellvertretende Gouverneur Lothar von Trotha, der später als Oberbefehlshaber der Truppen in der Kolonie Deutsch-Südwestafrika stationiert und verantwortlich für den Genozid an den Herero und Nama war, äußerte in den 1890er-Jahren die Forderung »Deutsch-ostafrika muß Zanzibar tödten« und meinte damit, die ökonomische Hegemonie der Insel sei zu brechen.[126] Konsequent schrieb er vom »indische[n] Juden«[127]. Kolonialbeamte, Militärs und Siedlerinnen und Siedler agitierten gegen die indische Diaspora mit den Rassebegriffen, die sie zur Hand hatten. Ein liberaler und jüdischer Kolonialpolitiker, Walther Rathenau, nannte die Agitation der Pflanzer und Gewerbetreibenden gegen die Inder »die afrikanische Übersetzung des Antisemitismus«.[128] Rathenau war im Gefolge des Staatssekretärs des neu gegründeten Kolonialamts, Bernhard Dernburg, im Sommer 1907 nach Ostafrika gereist.[129] Er fand, die Feindseligkeit gegen die Inder richte sich gegen eine wirtschaftliche Konkurrenz, die den deutschen Siedlern lästig sei.[130] Zum einen galten indische Ladenbesitzer als Konkurrenten im Kleinhandel, der im Direktkontakt mit den Kolonisierten stattfand. Zum anderen bezog sich das Stereotyp vom Wucherer auf die Finanzbeziehungen indischer Kaufleute.[131] Analog zum jüdischen Wucherer wurde hier das fetischisierte Feindbild des Mittelmanns als Ausbeuter gezeichnet. Durch die Fetischisierung erscheint das orientalistische Feindbild in Form eines Doppelgängers, »eines seltsamen, heimlichen Aspekts des west-

lichen Antisemitismus« (wie es Edward Said für sein Projekt, den Orientalismus zu untersuchen, beschrieben hat).[132] Deutsche Kolonialisten beschworen das Bild einer von der schwarzen Bevölkerung getrennten Gemeinschaft indischer Mittelsleute. Doch in der Realität waren die Finanzbeziehungen der indischen Diaspora geformt durch die Anforderungen der Küstengesellschaft. Kreditverhältnisse durchzogen alle Aspekte und Sozialbeziehungen. Von der Sklaverei auf den Plantagen über die Verpfändung von Personen bis zum Loskauf von Sklaven wirkte Kredit als ein Bindemittel von Klientelverhältnissen, die sich fortwährend wandelten.[133] Eine vielfältige Forschungsliteratur hat die Bedeutung indischer und arabischer Finanzbeziehungen im Indischen Ozean herausgearbeitet.[134] Wie eingangs dieses Kapitels angesprochen wurde, waren die Kreditbeziehungen indischer Kaufleute auf dem Festland ebenso wie auf Sansibar mehr als kosmopolitische Knotenpunkte, sondern tief in die lokale Gesellschaft eingebettet.

Omanische Eliten auf der Insel wurden zunehmend abhängig von indischem Kapital für Landkäufe.[135] Kreditpraktiken und Warenhandel waren miteinander verflochten. Indische Finanzierer erteilten Kredite gegen Warenlager von Datteln, Kopra, Nelken als Sicherheit und griffen durch diese Hypothekarisierung auch auf die Waren zu.[136]

Das British Empire beanspruchte die Finanzbeziehungen der indischen Diaspora ebenso, wie es sie zu kontrollieren versuchte. »Shroffs« genannte Geldwechsler bildeten ein Scharnier zwischen dem kolonialen Management großer Banken und den Filialen vor Ort.[137] Zugleich suchten Beamte des Empire sei jeher, die über »*hundi*« genannten Wechselpapiere abgewickelten Finanzflüsse zu kontrollieren.[138] Und schließlich gehörte die Überführung von Münzen auf den Segelschiffen, den Dhows, zu den praktischen Formen von Arbitrage, gegenüber denen die deutschen Kolonialbehörden sich im Nachteil sahen. Dies gab Anlass zur Überlegung, die »farbigen Zwischenhändler« in eine neue Währung zu zwingen, in deren Arbitrage der deutsche Kolonialstaat am längeren Hebel saß.

Inder eröffneten *duka* genannte Läden, in denen Importwaren verkauft und Landesprodukte aufgekauft wurden. Zum einen verbreitete sich auf diese Weise die Rupie im Binnenland. Zum anderen

wechselten die Ladenbesitzer und ihre Kundschaft zwischen verschiedenen Warenwährungen und Kreditzahlung.[139] Diese Umwechslungen und weil die indischen Ladenbesitzer Vorschüsse in Importgüter erteilten, riefen die Feindseligkeit deutscher Pflanzer und Gewerbetreibender auf den Plan. Das Publikationsorgan der Siedler, die *Deutsch-Ostafrikanische Zeitung*, forderte gegen die »gelben Schacherer« die Auflage, alle Geschäfte dürften nur im Barverkehr abgewickelt und Kreditforderungen gegen Schuldner nicht rechtlich eingetrieben werden.[140] Weil angeblich indische Händler zunehmend Grundstücke ihrer verschuldeten Kundschaft aufkauften, verlangten die Lokalbeamten küstennaher Bezirke Sondergesetze gegen die Inder. Die Gouvernementsregierung lehnte aber solche Ansinnen ab. Sie sah in den Händlern eine Instanz, die kapitalistische Verhältnisse verbreiten helfe. Indische Händler würden für Afrikaner und Afrikanerinnen die Anreize schaffen, ihre Produkte auf den Markt zu bringen: »Der Inder ist es, welcher durch seine geschäftlichen Interessen, verbunden mit seiner Gewandtheit und Bedürfnißlosigkeit die Eingeborenen anreizt, die im Lande vorhandenen Werthe in den Handel zu bringen, um sich dadurch eine bessere Lebensführung zu ermöglichen.« Wo ein indischer Laden zu finden sei, würde »Rührigkeit in die Bevölkerung« kommen.[141]

Doch die deutschen Gewerbetreibenden prangerten die Austauschpraktiken mit ihrer Vielfalt an Währungen, Münzsorten und Tauschmedien als »Auswucherung« durch die »indischen Schacherer« an.[142] Der Kolonialstaat schränkte diese Praktiken dort ein, wo er nicht die Interessen großer Handelsfirmen tangiert sah. Die *duka* wurden 1891 per Polizeiverordnung dem sogenannten »Markthallenzwang« unterworfen.[143] In den Markthallen wurden Preise durch Auktionatoren festgelegt, und es herrschte reine Bargeldzahlung.

Die deutschen Großunternehmen waren aber auf die indischen Händler angewiesen und begannen deshalb, sich gegen den Markthallenzwang aufzulehnen. Firmen wie Hansing, O'swald und die DOAG lieferten die Importwaren, die von den indischen Händlern und den Afrikanerinnen und Afrikanern gegen *cash crops* getauscht wurden.[144] Sie hatten ein Interesse an den Kreditpraktiken und dem

Tauschhandel. Besonders die DOAG und Hansing gewährten indischen Händlerinnen und Händlern, die selbst mittellos in die Kolonie migriert waren, Kredite auf Waren. Die Händler wiederum kreditierten die Importwaren an die afrikanischen Produzentinnen von Landesprodukten wie Sesam oder Kopra. Schränkten der Zwang zum Bargeld und fixe Preise die Spielräume der indischen Händler ein, hatten die deutschen Firmen vermehrt Mühe, ihre Außenstände bei den Indern einzutreiben. Der Gouverneur riet 1901 deshalb dazu, den Aufkauf von Exportprodukten wie Sesam, Erdnüssen, Kopra, Kokosnüssen, Bienenwachs, Kopal und Kautschuk vom Markthallenzwang zu befreien. Im selben Jahr bestand in Dar es Salaam nur für den Hökermarkt Markthallenzwang, in Lindi waren bestimmte Exportprodukte vom Zwang ausgenommen, in Kilwa galt der Zwang umfassend, auch für Großhandelsgüter.[145]

Die deutschen Großfirmen, die sich zugunsten der indischen Händler aussprachen, machten ebenfalls eine rassistische Hierarchie geltend. Im Interesse der kolonialen Herrschaft sei es nicht erwünscht,

> wenn sich der Europäer mit dem kleinen und kleinsten Kram- und Hökerhandel befasste. Sein Ansehen würde darunter empfindlich leiden und damit überhaupt die Stellung der weissen Rasse gegenüber den Eingeborenen. Will man, wie es jetzt ist und weiter sein wird, das grosse Gebiet der Kolonie mit einer geringen Anzahl von Europäern beherrschen, so muss ihr Prestige unbedingt aufrecht erhalten werden.[146]

In dieser Vorstellung waren die Inder ein Bindeglied zwischen der afrikanischen Bevölkerung und den deutschen Herrschern. Rassistische Hierarchie war mit wirtschaftlichen Lagen und Motiven verknüpft: Für den indischen Händler hätte auch »der Gewinn von wenigen Kupferstücken Wert«, während dazu »dem Europäer die Zeit zu kostbar« sei. Den Grund für die Agitation gegen die Inder sahen die Vertreter der Großfirmen in der Konkurrenz. Die deutschen Gewerbetreibenden waren gegen die indischen Kleinhändler nicht wettbewerbsfähig. Die Gründe dazu wären naturgegeben und nicht aus der Welt zu schaffen, denn sie würden in den immens verschiedenen

Lebensstandards liegen. Ein Kaufmann brauche 5000 bis 6000 Mark pro Jahr, ein Feldwebel 3600. Wer irgendein Geschäft eröffnen wolle, benötige mindestens 3000 Mark jährlich, während ein indischer Händler mit nur 1000 oder noch weniger auskomme. Es war gerade ihre angebliche Inferiorität, welche die Inder als bedürfnislose, strebsame und anpassungsfähige »Pioniere des Handels« auszeichnete.[147]

Im Kolonialamt in Berlin wurde das Feindbild des indischen Wucherers einem strukturellen Gegensatz zwischen der Plantagenwirtschaft, die bedürfnislose Arbeiter verlange und dem Handel, der Konsumbedürfnisse zu wecken suche, zugeschrieben. Die Pflanzer wollten, so der Leiter des Kolonialamts, Afrikanerinnen nur minimalste Löhnen gewähren. Umgekehrt zielten Handelsleute darauf, dass Afrikaner an der expandierenden Bargeldökonomie teilnähmen und ihr Geld wieder ausgäben. Dernburg sah darin ein Dilemma zweier legitimer Interessen. Diese neue Erfassung des Problems geschah im Zusammenhang mit dem Kurswechsel der Kolonialpolitik nach dem Maji-Maji-Krieg, dem Krieg gegen die Herero und Nama in Deutsch-Südwestafrika und der sogenannten »Hottentottenwahl« im Reichstag, die durch die südwestafrikanischen Kriegskosten ausgelöst worden war. Kolonialpolitiker wie Walther Rathenau, Bernhard Dernburg und Albrecht Rechenberg rückten ab vom Bild der zeitlosen Naturvölker hin zu einer nach »Rassenprinzipien« untergeordneten Bevölkerung.[148] Ein Vorbild sahen sie in der Segregationsgesellschaft der amerikanischen Südstaaten nach dem Civil War.[149] In Ostafrika sollten statt großer Plantagen verstärkt der selbstständige Anbau von Exportprodukten, besonders von Baumwolle, durch Afrikaner und Afrikanerinnen gefördert werden.[150] Diese afrikanische Agrikultur würde über die Eisenbahn erschließbar gemacht, während militärische Aufstandsbekämpfung für die reibungslose Ausbeutung sorgte.[151] Dernburg zog eine Parallele zwischen den Verhältnissen in Ostafrika und Deutschland. Er zeichnete eine Bedrohungslage, wonach Arbeitsmigration ein ländliches Proletariat entstehen lasse. In Deutschland war diese »Sachsengängerei« genannte Arbeitsmigration Gegenstand von Beunruhigung für staatliche Experten und Wissenschafter; Max Weber hatte dem Thema seine erste Untersuchung im Verein für Socialpolitik ge-

widmet.[152] Dernburg schrieb nun, um die großen Plantagen im Norden Ostafrikas würde es »etwa 15.000 Sachsengänger, könnte man sagen«, geben, und die gewaltsamen Übergriffe weißer Aufseher seien auf solche »Reibeflächen« zurückzuführen. Um neuen Aufständen vorzubeugen, müsse die Geldwirtschaft gestärkt und ein neues Ausbeutungsregime eingeführt werden.[153]

Fazit

Mit dem Standard des Geldwerts wird einem Territorium eine bestimmte Ordnung aufgeprägt. Die Macht, die dazu in der Lage ist, findet einen verstärkten Ausdruck im selbstautorisierenden Vorgang der Seigniorage, also der Möglichkeit, aus der Definition des Geldes selbst Profit zu schlagen. Im Fall der deutschen Kolonie in Tansania hatte die entsprechende Macht aber keinen einzelnen Ursprung, vielmehr entstand sie aus dem Zusammenspiel verschiedener, auch gegenläufiger Interessen. Die Profitabsichten einer Firma mit Hoheitsrechten, Beamte der Kolonialabteilung, die mit dem Münzgewinn das Kolonialbudget aufbessern wollten, das Schatzamt, das den Abfluss von Gold in die Kolonie befürchtete, Handelsfirmen, die stärkere Verbindungen zu anglo-indischen Unternehmen unterhielten als zu deutschen, Siedler, welche die Löhne auf den Plantagen senken und reibungslose Transfers nach Deutschland abwickeln wollten, sie alle prägten das Währungsexperiment des deutschen Kaiserreichs in seiner finanziell wichtigsten Kolonie. Diese Akteure wirkten in einem heterogenen Raum, der von verschiedenen Kräften durchzogen war. Die Handelsbilanz gegenüber Sansibar, der Zahlungsverkehr innerhalb des British Empire, die Dominanz Indiens, das zugleich gegenüber Großbritanntien in untergeordneter Stellung gehalten wurde, waren die Parameter, innerhalb derer die verschränkte Souveränität der deutschen Rupie als Wirkung zum Vorschein kam. Der wohl wichtigste Faktor, warum nach dem Ende der privatkapitalistischen Geldprägung nicht die Mark eingeführt, sondern eine neue staatliche Währung geschaffen wurde, lag in den Praktiken der kolonisierten Afrikanerinnen und Afrikaner selbst. Weil deutsche Kolonialbeamte es als notwendig ansahen, die Umwandlung von Silbermünzen in

Schmuck zu berücksichtigen, wurde die Münzeinheit völlig gleich gelassen. Die neue Währung musste die alte bleiben, aber sie war in ein anderes Arrangement, das Goldsystem des deutschen Reichs, eingebunden.

Zu keinem Zeitpunkt hatte die deutsche Rupie alleinige Autorität. Von Anfang an war sie an die indische Währung im British Empire angelehnt – sogar dann noch, als ein leichtes Gefälle der niederwertigen deutschen Rupie für den Abfluss der indischen Münzen sorgen sollte. So stellte sie nie einen exklusiven Wertmaßstab dar. An einem solchen hatte die DOAG im ersten Jahrzehnt auch gar kein Interesse: Zugunsten der Seigniorageprofite setzte die Firma die Einteilung in Rupien und Pesas zeitweise in ein fluktuierendes Verhältnis. Statt einer einzelnen Ordnung herrschte das Geschäft mit Asymmetrien: anlehnen, koppeln, eine Drift einleiten, Einheiten umdefinieren.

Im Fall der deutschen Rupie realisierte sich kapitalistische Expansion als Forcierung von Differenz. Anders als bei der von Johan Mathew geschilderten Währungssituation im British Empire wurde mit der deutschen Rupie weniger ein »framing out« betrieben, als vielmehr die »unevenness of capitalist development« zur zentralen Dynamik erhoben.[154] Die Währung wirkte nicht *trotz*, sondern *durch* ihre »Unebenheit«. Denn der heterogene Raum wurde durch die Währung nicht eingeebnet. Das koloniale Geld wirkte nicht als universelle Form, sondern als partikulare Macht. Es homogenisierte nicht, sondern produzierte aktiv Differenz: das Gefälle zwischen Wertskalen, wie es im Verhältnis zur indischen Rupie zum Ausdruck kam; das fluktuierende Wertverhältnis zwischen den silbernen und den kupfernen Einheiten derselben Währung, das einen fixen Wertmaßstab unmöglich machte; die Spanne zwischen Metall- und Kurswert, mit der die Seigniorageprofite gesichert wurden; die Hierarchie, die gegen indische Händler und die kolonisierte Bevölkerung wirksam gemacht wurde. In all diesen Fällen bildeten Asymmetrien, Differenzen und Disparitäten den Motor.

Was waren, in kategorialen Begriffen formuliert, die treibenden Kräfte in diesem Prozess? Zuerst lässt sich das Aufeinandertreffen verschiedener Zeitlichkeiten ausmachen. Es wirkte die unverzügliche Temporalität der Wechselkurse, etwa, als die deutsche Rupie ohne

Metalldeckung ins Gesichtsfeld des Geldmarkts gerutscht war und im Frühling 1903 abzustürzen drohte. Dagegen stand die langsame Zeit der Bargeldversorgung, die über Schiffsladungen aus Hamburg ablief. Daneben stand die quasi-geologische Zeit eines natürlichen Abfließens der indischen Münzen. Freilich wurde dieses Zeitverhältnis, das die Währungsarchitekten anpeilten, sogleich durchkreuzt, weil der Abfluss viel zu schnell geschah und akute Bargeldknappheit auftrat. Die Einrichtung, Aufrechterhaltung oder Abschaffung bestimmter Zeitskalen sorgte für verschiedene Rhythmen der Währung, die synchronisiert werden mussten, ohne dass sie vereinheitlicht wurden. In einer weiteren Hinsicht wirkte das Aufeinandertreffen verschiedener Bewertungsskalen. Am deutlichsten trat dies zuerst in der Umlaufgemeinschaft und dann, nach Einführung der Reichsrupie 1903, im Disagio mit Sansibar zutage. Dahinter lag zuerst die Bewertungsskala des globalen Silberpreises und später diejenige des Golddevisenstandards innerhalb des Kaiserreichs. Letzteres wiederum stand in einem Verhältnis zu den anderen Imperien und Nationalstaaten des Goldstandards. Aber das wohl bemerkenswerteste Aufeinandertreffen verschiedener Bewertungsskalen bestand in der Umwertung, die kolonisierte Afrikanerinnen und Afrikaner vornahmen, wenn sie Bargeld in Schmuck umwandelten.

Es greift zu kurz, unter Kapitalismus eine einzelne ökonomische Rationalität zu verstehen. Ein wichtiges Resultat der »Unebenheit« kollidierender Zeitlichkeiten und Bewertungsskalen im kolonialen Zusammenhang war die Forcierung und Erhaltung der kolonialen Herrschaft der Differenz. Hierzu gehörte das fetischisierte Bild vom indischen Wucherer ebenso wie die Vorstellungen über eingeborene Naturvölker, denen ein Kalkulationsvermögen abgesprochen wurde. Im nächsten Kapitel werden die Wirkungen der deutschen Rupie innerhalb der Gesellschaften Tansanias beleuchtet, und es wird gezeigt, wie Afrikanerinnen und Afrikaner im Umgang mit der Währung der kolonialen Herrschaft Grenzen setzten.

4. Eine Infrastruktur der Unterwerfung und des Widerstands

Als er eines frühen Morgens zum Beginn des Jahres 1898 aus dem Fenster schaute, sah der Bezirksamtsmann von Bagamoyo eine »Massendemonstration.« 2000 Frauen aus Stadt und Umgebung waren vor dem Bezirksamt zusammengeströmt und verlangten Auskunft, warum sie auf ihre eigenen Behausungen »kodi«, »Abgabe« auf Kiswahili, zahlen mussten. Anlass zur Protestversammlung hatte die Einführung der »Haus- und Hüttensteuer« gegeben. Der Bezirksamtmann fand abfällige Worten für den Auflauf und schrieb, nachdem er die Frauen »belehrt« habe, sei die Demonstration »im Sande verlaufen.«[1] Wie auch immer der Vorfall sich zugetragen haben mag, bildeten Steuern fortan einen Konfliktpunkt in der Kolonie, der alles andere als im Sand verlief. Steuern stellten das wichtigste Bindeglied, über das die Bevölkerung mit dem kolonialen Bargeld in Kontakt kam.[2]

Die deutsche Rupie reiht sich in die Geschichte ostafrikanischer Geldsorten ein; wie im vorigen Kapitel beschrieben, zirkulierten in vorkolonialer Zeit eine Vielzahl an Währungen. Insofern verfehlt die Bezeichnung »currency revolution«, mit der die Einführung kolonialer Währungen umrissen wurde, den Sachverhalt, da sie eine einmalige Umwälzung suggeriert.[3] Statt eines einzelnen Einschnitts prägten Übergänge, Abwandlungen und Fluktuationen die ostafrikanischen Währungsverhältnisse. Trotzdem verkörperte die deutsche Rupie mehr als nur eine weitere Option in einer Palette an Geldsorten. Über die Gewalt der Steuereintreibung prägte die deutsche Rupie dem kolonialen Tansania einen Stempel auf: In einer Situation der Vielfalt trat eine dominierende Instanz hinzu.

Am westafrikanischen Beispiel spricht die Anthropologin Jane Guyer von kolonialen Geldsorten als *interface currencies*. Diese waren dadurch bestimmt, dass sie für die jeweiligen Gesellschaften von außen kamen und die beteiligten Akteure sie nur begrenzt in ihre eigenen ökonomischen Beziehungen integrierten. Guyer stellt die These auf, dass *interface currencies* tendenziell Instabilität vergrößerten, so dass Akteure diese in Warenwährungen überführten, die stärker verbreitet waren. So überdauerten die *interface currencies* nicht allein durch Gewalt, sondern vor allem aufgrund der Übersetzungs- und Adaptionsleistungen kolonisierter Afrikanerinnen und Afrikaner. [4] Das Kolonialgeld war kein allgemeines Äquivalent, sondern hatte stärker begrenzte Funktionen und einen engeren Radius als die gebräuchlichen Warenwährungen wie Baumwolltuch oder Eisenhacken. Übersetzung war notwendig und riskant. Vor allem war Übersetzung eine genuin praktische Tätigkeit, in der das Geld in seiner Materialität auftrat – als Münzen, die man zuerst einmal behändigen musste und die dann je nachdem abgeändert, mit einem Loch durchbohrt, vergraben oder auf langen Tagesmärschen bis zur Kolonialstation getragen wurden.

Als *interface currency* bildete die deutsche Rupie eine Nahtstelle verschiedener Wertregimes: Aufseiten der Kolonialmacht diente die Währung zur Bemessung der Arbeitskraft und setzte Autorität über ihre Untertanen, aufseiten der Kolonisierten wurden durch die Rupie zwischen verschiedenen Registern an Wert vermittelt und das Bargeld in längerfristige Investitionsformen wie Vieh übersetzt.[5] Wie diese Nahtstelle gestaltet und wie sie in die Gesellschaften des kolonialen Tansanias gefügt war, ist Gegenstand dieses Kapitels.

Die *interface currency* materialisierte sich als Infrastruktur, als eine Unterlage zur Zirkulation von Werten. Infrastrukturen sind nach einer griffigen Formulierung von Brian Larkin »matter that enable the movement of other matter.«[6] Die koloniale Währung sollte einen geregelten Wirtschaftsbetrieb garantieren, mit einem – so die zeitgenössische Prognose – kontinuierlichen Fluss an Rohstoffen in die Metropole. Ebenso wie die erweiterten Eisenbahnlinien, der Ausbau des Wegenetzes und die Errichtung der Deutsch-Ostafrikanischen Bank, alles Projekte, die in der zweiten Hälfte der 1900er-

Jahre forciert wurden, sollte das Geld selbst zur dauerhaften kolonialen Infrastruktur werden.

Infrastrukturen fungieren, erstens, als materielle Zirkulationsunterlage. Der Aspekt ihrer Tragfähigkeit wird in der Definition des Historikers Dirk van Laak hervorgehoben, für den Infrastrukturen »alles Stabile« umfassen, »das notwendig ist, um Mobilität und einen Austausch von Menschen, Gütern und Ideen zu ermöglichen.«[7] Zweitens stellen Infrastrukturen eine symbolische Konfiguration von Herrschaft dar; sie können die Form jener unauffälligen Netzwerke annehmen, die eine erste Generation der Science and Technology Studies fasziniert haben: Kabel, Rohre und Schienen können aber ebenfalls in auf starke Sichtbarkeit hin angelegten Bauten und Maschinen manifest werden.[8] Drittens führen Infrastrukturen ein Leben als Finanzmaschinerien; durch die Auflage von Anleihen besteht eine ihrer wesentlichen Funktionen darin, Papierwerte zu verschieben. Alle drei Dimensionen von Infrastrukturen kamen im Beispiel der deutschen Rupie zum Tragen. Eine besondere Rolle nahmen die Steuern ein. Nicht nur, weil sie den praktischen Anlass für die Verbreitung des Bargeldes bildeten. Auch in konzeptueller Hinsicht verklammerten Steuern die Autorität des Staates mit jener autoritativen Setzung, aus der die Wertgültigkeit des Geldes herrührt. Indem er die Form des Zahlungsmittels vorgibt, mit dem er die an ihn gehende Steuerleistung annimmt, setzt der Staat einen Kreislauf zwischen Geldschöpfung und Staatsfinanzierung in Gang.[9] Geld lässt sich selbst als eine Infrastruktur verstehen. Daher liegt es nahe, dass es aus einem Kreislauf aus Geldschöpfung und Staatsfinanzierung hervorgeht. Nicht zufällig begannen um 1900 Ökonomen wie Georg Friedrich Knapp – der Punkt ist an anderer Stelle bereits angesprochen worden – in Begriffen von Staat, Rechtsordnung und Souveränität auf neue Weise über Geld nachzudenken. Hatten gegen Ende des 19. Jahrhunderts Nationalstaaten nationale Währungen und Imperien spezifische Währungszonen eingerichtet, so fokussierte Knapps *Staatliche Theorie des Geldes* einen Nexus, der Geld als eine Infrastruktur denkbar machte.[10] Ein Zweck von Infrastrukturen liegt darin, Zeit in den Dienst zu nehmen oder mehr noch: Zeitverhältnisse nachgerade zu formen. Infrastrukturen sollen Austausch

beschleunigen, aber zugleich Dauerhaftigkeit garantieren und überdies, als Anlagevehikel, künftige Erträge sichern. Allerdings scheint es ein wiederholt beobachtetes Phänomen zu sein, dass viele koloniale Infrastrukturen nie fertiggestellt wurden oder bei ihrer Eröffnung bereits obsolet waren.[11] Die erstrebte Beschleunigung, Dauerhaftigkeit und projizierte Laufzeit wurden immer wieder vereitelt. Die deutsche Rupie bildete hier keine Ausnahme.

Steuern und Gewalt

Im Frühjahr 1898 führte die Kolonialregierung eine »Haus- und Hüttensteuer« ein. Der häufigste Satz lag bei drei Rupien jährlich. Von nun an bestand die hauptsächliche Funktion der Bezirksämter darin, diese Steuern einzutreiben.[12] Die Steuer war ein Erfolg, ihre Erträge verdoppelten sich alle fünf Jahre.[13] Nach einer etwas breiter gefassten Kategorisierung, den sogenannten »Eingeborenensteuern«, stiegen die Einnahmen von 536.000 Mark im Jahr 1898 auf 5,1 Millionen Mark im Jahr 1912. Dadurch lagen die Steuern schließlich mit den Zolleinnahmen gleichauf.[14]

Gleichwohl verlief die Durchsetzung schleppend. Der Vorsitzende des Kolonialamts schätzte 1908, dass sich die steuerzahlende Bevölkerung auf 10 Millionen Personen belief, die in 2,5 Millionen »Hütten« lebten. So seien nach einem Jahrzehnt nur 18 Prozent des Steuerziels erreicht worden.[15] Zunächst lieferten Küstenorte wie Lindi, Dar es Salaam, Kilwa oder Bagamoyo die größten Steuereinkünfte. In den südlichen Bezirken sank durch den Maji-Maji-Krieg im Jahr 1906 das Steuervolumen. Bis 1909 waren aber im Binnenland neue Schwerpunkte der Steuererhebung entstanden, weil mit dem Ausbau der Behörden in einem weiteren Umkreis die Bevölkerung zur Steuerzahlung herangezogen werden konnte.[16] Auch wenn die Steuern einen zunehmend erklecklichen Teil des Kolonialbudgets ausmachten, blieben aber zunächst, wie im vorhergehenden Kapitel angesprochen, die Profite aus der Seigniorage immer noch der größte Einnahmeposten pro Jahr.[17] Der Souveränitätseffekt der Geldprägung überstieg zunächst die Autoritätsbestätigung der eingezogenen Steuern.

Mit der »Haus- und Hüttensteuer« wurden zunächst Bauten, nicht die einzelnen Menschen, besteuert. Menschen konnten abtauchen und waren schwer zu zählen, Bauten verschwanden weniger schnell.[18] Nichtsdestotrotz machten Kolonialbeamte die Beobachtung, dass Bauten abgebrochen wurden und die Bewohnerinnen und Bewohner sich versteckten.[19] Ganze Dorfgemeinschaften wanderten in Gebiete, in denen die – sehr flickenartige – Steuererhebung noch nicht durchgesetzt war.[20]

Während, zumindest der Absicht nach, die Dauerhaftigkeit von Bauten die Stetigkeit der Zahlung gewährleistete, wirkte sich umgekehrt die Besteuerung auf die Bauweise aus. Eine Regionalstudie zum Bezirk Langenburg im Südwesten des Landes hat festgestellt, dass vermehrt größere viereckige Bauten statt der kleinen, von nur einer Person bewohnten Rundhütten errichtet wurden, um der mehrfachen Besteuerung zu entgehen. Zudem wurden leichtere Materialien verwendet, weil stets befürchtet werden musste, dass Steuereintreiber die Bauten niederbrannten.[21] Mit den »Hütten« als Einheit setzte der Kolonialstaat einen räumlich organisierten Rahmen, der eine Ordnungsvorstellung gesellschaftlicher Beziehungen implizierte: Ein Mann als Haushaltsvorstand, eine Anzahl Hütten in einem geografisch definierten Bezirk, schließlich die Kolonie als unterworfenes Territorium. Aber die gezählten Bauten hatten kaum etwas mit Familienverhältnissen, Siedlungsformen und Vermögenslagen zu tun. Auch Bezirksvorstehern konnte schlussendlich nicht entgehen, dass die Idee, ein Mann würde als Familienoberhaupt für vier Personen Steuern abgelten, nicht mit der Realität übereinstimmte, in der mehrere Ehefrauen in unterschiedlichen Unterkünften lebten.[22] 1905 wurde aus Wirksamkeitsgründen die Umstellung auf eine Kopfsteuer von drei Rupien pro Mann ermöglicht, denn viele Kolonialstationen hatten bereits seit Längerem eine Kopfsteuer statt einer Hüttensteuer eingezogen.[23] Das bedeutete insgesamt eine massive Verschärfung der Steuerpflicht. Mit einer weiteren Reform im Jahr 1912 wurden auch ausdrücklich »ökonomisch unabhängige Frauen« besteuert. Damit waren unter anderem Frauen gemeint, die in eigenen Behausungen getrennt von ihrem Ehemann lebten.[24]

Afrikanerinnen und Afrikaner leisteten Widerstand gegen die Steuern, die der Kolonialstaat mit Gewalt durchsetzte. Bereits im Herbst 1898 erhob sich die Gruppe der Matumbi im Bezirk Kilwa zum sogenannten »Kürbiskrieg« *(Ngondo ya Mayowa)* gegen den Steuerzwang. Blutige Feldzüge der Deutschen folgten.[25] Der Gouverneur schrieb, auch wenn »Menschenleben vernichtet« würden, dürften die Steuerbeträge keinesfalls unter die Höhe des Vorjahres fallen.[26] Zur Eintreibung setzte der Kolonialstaat auf afrikanische Kräfte. Die Kolonialregierung schickte *jumbe*, lokale *chiefs*, die am Steuerertrag beteiligt wurden (zu zwei oder fünf, anderswo zu zehn Prozent), um die Behausungen zu erfassen und die Steuern einzuziehen.[27] In den Augen der Deutschen erwiesen sich allerdings vielerorts lokale *chiefs* als ungeeignet. Diese verloren unter dem doppelten Druck vonseiten des Kolonialstaats und ihrer Community ihre Legitimität und damit die Machtgrundlage zur wirkungsvollen Eintreibung. Häufig wurden sie deshalb durch *akida* genannte Beamte ersetzt, die meist von der Küste stammten und Kiswahili lesen konnten.[28] Das alltägliche Geschäft der Gewalt wiederum übernahmen die *askaris* genannten afrikanischen Polizisten und Söldner.[29] In einer alltagshistorischen Studie hat Michelle Moyd gezeigt, wie die *askaris* eine Möglichkeit fanden, ihr Prestige zu vergrößern und an der expandierenden Bargeldökonomie teilzunehmen, um Stellungen als *big men* zu erreichen.[30] Die *askaris* begleiteten die *akidas* und sorgten dabei für Zwang und Drohung, in anderen Fällen unternahmen sie Feldzüge, die für ihre Taktik der verbrannten Erde besonders gefürchtet waren.[31] Hütten wurden abgebrannt, Vieh beschlagnahmt und Geiseln genommen. Besonders effektive Steuereintreiber waren gefragte Kriegshandwerker, die von den *akidas*, und in der zweiten Reihe, den Bezirksämtern, aktiv voneinander abgeworben wurden.[32]

Ein Vektor in verschiedene Richtungen

Die Steuern dienten einer Vielzahl an Zwecken. Der landwirtschaftliche Anbau sollte in bestimmte Exportprodukte kanalisiert, Menschen in die Lohnarbeit gedrängt, und, zuvorderst, die Kosten der Kolonisierung der Bevölkerung aufgebürdet werden. Geld war die

elementare Metrik, um koloniale Subjekte zu formen. Seine Bedeutung fügte sich in das weit ausgreifende Paradigma der »Erziehung zur Arbeit«, das in vielen Bereichen die Politik des Kolonialstaats anleitete.[33] Als er die Hüttensteuer einführte, nannte Gouverneur Eduard von Liebert diese ein Erziehungsmittel. Die Absicht in den ersten Jahren bestand weniger darin, möglichst viel Ertrag herauszuholen, als die Bevölkerung zum kontinuierlichen Steuerzahlen zu zwingen. Liebert schrieb nach Berlin, seine Bemühungen würden dahin gehen,

> die Steuerleistung in baarem Gelde zu fördern und dies nicht etwa aus Gründen fiskalischer Bequemlichkeit, sondern aus wirthschaftlichen und erziehlichen Gründen. Nachdem die Eingeborenen durch Jahrtausende daran gewöhnt sind, jede Arbeitsleistung, die ihnen mehr als ihre tägliche Nothdurft und Nahrung bringt, unbewerthbar als nutzlos zu finden, kann natürlich nicht in wenigen Jahren die ganze Bevölkerung zu freudiger Arbeit und Betriebsamkeit erzogen werden. Als wesentlichstes Hülfsmittel, den Werth der Arbeit zur Erkenntniss zu bringen, muss immerhin die Bekanntschaft mit Geld und Geldverkehr gelten, und als bestes Mittel, diese Bekanntschaft zu fördern, wird in der Mehrzahl der Fälle das Beispiel von Frohndienst durch Lohndienst, der Ersatz des Steuergeldes durch die Unannehmlichkeit zwangsweiser Arbeit bieten. Wesentlich unter diesem Gesichtswinkel darf ich bitten, die Gouvernementserlasse zu betrachten, die den Lokal-Behörden vermehrte Beibringung baarer Steuerzahlungen nahe legen.[34]

Steuern bezweckten die Verbreitung von Bargeld; um Druck in Richtung Lohnarbeit auszuüben, lieferte die Steuerpflicht einen Anlass zur Zwangsarbeit; um Ersatz für Bargeld zu stellen, wo dessen Verbreitung unrealistisch war, brachten sie den Anbau von Exportfrüchten in Gang. So legten die Steuern Machtvektoren in verschiedene Richtungen aus. Allen war intendiert, die Position des Kolonialstaats zu stärken, aber jedem Arrangement gebrach seine reibungslose Umsetzung, weil ihm immer neue Widersprüche eigneten.

Wo Steuern nicht in Bargeld abgegolten werden konnten, sollten sie in Ölfrüchten, deren Export die Regierung fördern wollte, etwa in Sesam oder Erdnüssen, aber auch in Kautschuk, geleistet werden. Für das erste Jahr der Steuererhebung gaben die Statistiken an, von den 401.881 Rupien Steuereinnahmen seien fast 90 Prozent in Bargeld eingegangen (347.352 Rupien), nur wenig in Arbeitsleistung (45.235 Rupien) und kaum etwas in Naturalien (9293 Rupien).[35] Das Bild änderte sich aber, sobald die Steuern flächendeckender und auch im Binnenland eingezogen wurden; hier wurden sie fast allein über Arbeitsleistungen abgegolten.[36] Überhaupt wurden Steuern zunächst nur in der näheren Umgebung einer Station erhoben.[37] Der Gouverneur schärfte den Stationschefs ein, sie sollten die Bargeldzahlung forcieren, beispielsweise, indem sie die Karawanenführer dahin bringen sollten, die Trägerlöhne in Bargeld auszuzahlen.

Die Naturalzahlung der Steuern warf neue Probleme auf. Die Naturalien wurden, wenn sie in geldwertige Steuerleistung umgerechnet wurden, stets unter dem Marktwert angesetzt, damit das Getreide bei der Verwertung nicht zu wenig einlöste. Abnehmer waren aber nicht leicht zu finden,[38] auch wenn Stationen entlang der Karawanenrouten versuchten, Getreide als Verpflegung für die Karawanen abzusetzen. Firmen wiederum pochten darauf, nicht von staatlichen Stellen im Handel mit Rohwaren unterboten zu werden, schließlich könne es kein staatliches Ansinnen sein, das privatwirtschaftliche Geschäft zu verderben.[39]

Paradoxerweise begann der Kolonialstaat im Bemühen, mittels Steuern seine Geldökonomie durchzusetzen, selbst Tauschhandel zu treiben: »Besonders die Stationen im Innern müssen suchen«, befahl Gouverneur Liebert im Jahr 1899, »durch gegenseitigen Austausch den als Steuern etwa erhaltenen Ueberschuss an Landesprodukten pp. auszugleichen. So werden z. B. einige Bezirke von ihren Nachbarbezirken Korn gegen eiserne Hacken, Messer, Vieh, Esel oder dergleichen mehr eintauschen können.«[40]

Steuern in Naturalien mussten gelagert werden. Getreide verdarb in den Magazinvorräten, bevor es abgesetzt werden konnte.[41] Die Stationen wurden aufgefordert, das Steuerkorn für die Versorgung durchziehender Truppen einzusetzen, manche verpflegten damit

auch die Sträflinge der Stationsgefängnisse; Gefangene machten um 1900 bis zu 20 Prozent der deutschen Arbeitskräfte aus.[42] Aber auch dann verdarben die Feldfrüchte häufig zu rasch.[43] Ein weiteres Problem waren die weiten Wege. Weil auf dem Marsch zum Bezirksamt die Steuereintreiber auch ihre eigene Verpflegung mittragen mussten, blieb wenig Kapazität für den Transport der Naturalien.

Der Bezirksamtmann aus Lindi berichtete, dass er hatte Speicher bauen lassen, um die Steuern in Hirse entgegenzunehmen, weil kaum Bargeld im Bezirk kursierte. Aber für eine Ablieferung im vollen Umfang seien die Wege unrealistisch lang. »Von Undi bis zur Küste sind es zwölf Gewaltmärsche. Daraus geht hervor, daß eine Steuerzahlung in Mtama – d. h. der Transport dreier Lasten nach Lindi – schlechterdings nicht verlangt werden kann. Sie würden 72 Tage unterwegs sein.«[44] Der Bezirksamtmann schlug deshalb einen in Sesamlasten berechneten »Zonentarif« vor: Nach der Entfernung von sechs Tagesmärschen sei die Steuer um jeweils acht Pesa zu reduzieren. Umgekehrt könnte man die Steuer an der Küste höher ansetzen. Überhaupt sei über die bürokratischen Vorgaben »die Praxis natürlich schon längst hinweggegangen, man erhebt, was billigerweise zu verlangen ist, d. h. ein, einhalb, vielleicht anderthalb Rupie und verrechnet sie vorschriftsmäßig auf den 3-Rupie-Satz durch Angabe einer geringeren Zahl Steuerobjecte oder einer größeren Anzahl Steuerausfälle als thatsächlich vorliegen.«[45]

Mit einer Verordnung im Jahr 1905 wurde sich von dieser Praxis der Naturalzahlung abgekehrt und die Barzahlung von Steuern forciert.[46] Doch Bargeld war nicht verfügbar. Für große Teile des Hinterlands blieb weiterhin aktuell, was noch vor der Steuerreform von 1905 ein Bezirksamtmann aus dem Umkreis von Tabora berichtet hatte: Zuerst müsse Geld kursieren und ohne allzugroßen Aufwand in Güter eintauschbar sein, die für die Betreffenden auch tatsächlich Wert hätten, bevor an Steuererhebung in Bargeld zu denken sei. Man musste bis zu zehn Tage zu Fuß gehen, um Rupien in Kleiderstoffe einzutauschen. Wer Bargeld in der Hand hielt, hatte enorme Verluste durch solche Aufwände.[47] Noch ein Dutzend Jahre später argumentierte ein Beamter aus der Residentur Urundi ähnlich: Das Bargeld müsse von der Küste her zuerst im noch wenig erschlossenen Hochland im Osten verbrei-

tet werden, bevor dort an kontinuierliche Besteuerung zu denken sei. Die Bevölkerung würde nach wie vor ihre Produkte in Stoffe, Draht oder Perlen umtauschen, die beliebter seien als Bargeld. Er verfügte deshalb, dass die Tauschwaren nur mit Bargeld gekauft werden dürften. Andernfalls sei das Geld für die Menschen wertlos.[48]

Zwangsarbeit, eine andere Form, die Steuerpflicht durchzusetzen, war unverzichtbar für den Kolonialstaat und dessen Ökonomie.[49] Sie kannte drei hauptsächliche Varianten. Zum schlichten Frondienst ohne jede Abgeltung konnten Männer, Frauen und Kinder gezwungen werden, meist zum Wegebau; daneben bestanden Arbeiten für den Kolonialstaat, um die Steuerpflicht abzugelten sowie faktische, wenn auch häufig verschleierte, Zwangsrekrutierung für die privatwirtschaftlichen Plantagen.[50]

In Gegenden, in denen wenig Bargeld verbreitet war, sollte eine Hundertschaft »Steuerarbeiter« Wege bauen und instandhalten. Der Gouverneur Götzen wies aber darauf hin, dass »ein von Gras gesäuberter Weg in 3 Monaten wieder zugewachsen« sei und eigentliche Fahrwege nur in Nähe der größeren Städte bestanden.[51] Ähnlich wie der Naturalzahlung stellten sich der Zwangsarbeit dingliche Hindernisse entgegen: Wege überwucherten rasch oder sie wurden in der Regenzeit ausgeschwemmt; der Radius des kolonialstaatlichen Zugriffs blieb eng.[52]

Plantagenbesitzer drängten auf ein Arrangement, in dem die Steuern auf den Plantagen abgearbeitet und die Geldbeträge durch die Pflanzer an das Gouvernement überwiesen wurden.[53] In einer ursprünglichen Version hätten die Steuerzahlenden den Betrag alternativ zur Arbeitsleistung auf den Plantagen in Bargeld oder mit Feldfrüchten begleichen können. Tatsächlich war aber direkte Zwangsarbeit damit verbunden.[54] Mehr noch, die Pflanzer sagten gegenüber der Regierung, sie seien auf die »behördliche Gestellung« von Arbeitskräften angewiesen, weil auch für weit höhere Löhne zu wenige Menschen bereit waren, auf den Plantagen zu arbeiten. Schließlich wurde zur Arbeiterrekrutierung auf den Plantagen ab 1906 auch Steuererleichterungen für kontinuierlich auf Plantagen arbeitende Männer eingeführt. Wer auf Plantagen arbeitete, zahlte nur die Hälfte, wer länger als sechs Monate blieb, war steuerbefreit.[55]

Indizien aus dem Nordosten der Kolonie legen den Schluss nahe, der Steuerzwang habe eine Arbeitsmigration von Männern in Gang gesetzt, die sich auf den Plantagen verdingten.[56] Wenngleich die entsprechenden Statistiken nur unzureichende Schlüsse zulassen, stieg die Zahl der auf den Plantagen Beschäftigten dramatisch an, von rund 12'000 im Jahr 1903 auf etwa 92'000 im Jahr 1913.[57] Dennoch erreichte es die Besteuerung nicht, den Arbeitskräftemangel zu beheben und eine dauerhafte Gruppe an Lohnabhängigen zu schaffen.[58] Gerade in der Nähe von Plantagen verkauften Afrikanerinnen und Afrikaner häufig ihre eigenen Güter, etwa Ziegen, um die Zahlung zu leisten, anstatt auf den Plantagen zu arbeiten.[59] Viele Berichte deuten darauf hin, dass die afrikanischen Steuerzahler und -zahlerinnen – wie erwähnt wurden ab 1912 verstärkt auch Frauen besteuert – das Bargeld, sofern es denn aufzutreiben war, gegenüber der Arbeitsleistung bevorzugten. Bargeld eröffnete mehr Zeitautonomie für Bäuerinnen und Bauern, die ihre eigenen Felder zu bestellen hatten, als das Regime der Zwangsarbeit.[60] Vor allem bot Bargeld eine Möglichkeit, den Peitschenhieben und Stockschlägen der Plantagenaufseher auszuweichen. Der Steuerzwang verbreitete zweifellos das koloniale Geld, aber einen Hebel zur Installierung kontinuierlicher Lohnarbeit bildete er nur sehr begrenzt.

Politik der Erschöpfung

Immer wieder werden die Probleme, überhaupt an das koloniale Bargeld zu kommen, in den Oral-History-Interviews thematisiert, die Studenten der Universität Dar es Salaam im Jahr 1968 mit Überlebenden des Maji-Maji-Aufstands führten. Vindawa bint Machali, eine betagte Frau aus Msongozi, im Binnenland südöstlich von Morogoro, sagte aus, dass man nicht einfach Güter verkaufen konnte, um zu Bargeld zu gelangen: »Who would buy a goat […]. If everybody had some? After all, where could a person obtain money for buying goats? Only a person who found elephant tusks would get money from the Arabs and could thus easily pay tax.«[61]

Auch Mzee John Yogelo aus derselben Ortschaft erinnerte sich an die praktische Unmöglichkeit, Bargeld in der Umgebung aufzutrei-

ben. Er fügte hinzu, dass die Zwangsarbeit die einzige Möglichkeit gewesen sei, die Steuern zu zahlen. Zu dieser Form der Abgeltung gehörten Arbeitskarten, mit denen der Kolonialstaat in Kooperation mit den Plantagenbesitzern experimentierte:[62]

> When the Kilosa Boma [Kolonialstation von Kilosa] started to function, people first paid tax in millet bags. Shortly after that tax in goats was introduced, and lastly came the tax in Rupees. It had not been difficult to obtain either in millet or in goats insofar as they were both obtained domestically; but the tax in Rupees brought trouble. People could not get rupees for tax unless they went to work in »kunde« (peas) and rubber plantations near Morogoro. Some worked in the carrying and erecting of telephone posts. People were just conscripted for work. A Jumbe would be provided with job-cards which in turn he had to drop at the doors (of the people). Then if a person saw a job-card and if he did not report for work, he would receive twenty-five strokes. A German had no respect; he would flog even the Jumbes and the foremen if they did not follow instructions.[63]

Aber auch das Bargeld funktionierte alles andere als reibungslos. Auf dem Land wurden die Steuern fast ausschließlich in der kleinen Münzeinheit, den Pesa, beglichen.[64] Dies bedeutete, dass die Karawanenträger Lasten in Kupferstücken über Land führen mussten. Die Steuereintreiber marschierten manchmal 14 Tage, bis sie beim Bezirksamt ankamen. Ein Träger schaffte nur die Last von 60 bis 80 Rupien in Form der Kupferpesa zu schultern, so dass ein Steuereintreiber häufig mit bis zu 100 Trägern unterwegs war. Weil die Karawane mit dem Steuergeld meist gegen Abend in der Bezirksstation ankam und die Kassenvorschriften es nicht zuließen, die Münzen unsortiert im Bezirkskassenschrank zu verwahren, wurden sie zuerst in einem Zimmer eingeschlossen, bis sie gezählt, eingerollt und in Kisten verpackt werden konnten. Diese Arbeit dauerte häufig mehrere Tage. Danach kam die Abrechnung mit den Steuereintreibern, deren Zählweise auf der Basis von Strickknoten wenig

kompatibel mit den Notierungssystemen der deutschen Beamten war.[65]

Waren die Münzen einmal eingenommen, stauten sie sich wieder. In Bagamoyo wechselte das Bezirksamt die Pesas bei der DOAG, deren Bestand an Kupfergeld rapide anstieg. Beamte beobachteten, wie die Münzen ihren Weg nicht mehr zurück in den Kreislauf fanden. Statt anzusteigen, würde der Bargeldverkehr dadurch wieder sinken.[66]

Entscheidend für die Steuereintreibung war das Timing. Der Bevölkerung würde ein rationaler Begriff für Zeit fehlen, fanden die Beamten. Deshalb müssten immer zur Ernte nach der großen Regenzeit Ende Mai die Steuern eingeholt werden.[67] Faktisch aber holten die Beamten und ihr afrikanisches Personal die Steuern ein, wie es gerade in ihre Abläufe passte. Afrikanerinnen und Afrikanern begegnete der Rhythmus der Steuern als etwas extrem arbiträres.[68] Die Zeit spielte gegen den Kolonialstaat: Abgeliefertes Getreide verdarb, der Wegebau versandete im Gelände, die Masse an Münzen musste über Tage hinweg geschleppt werden. Von den Afrikanern wurde die Anstrengung verlangt, überhaupt erst an Bargeld zu kommen.

Die Materialität des Bargeldes belastete die Steuerhebung. Statt fließende Zirkulation brachte die Steuererhebung Langsamkeit mit sich: Bargeld betrieb eine Politik der Erschöpfung. Hinter solcher Mühseligkeit stand natürlich keine kolonialstaatliche Absicht; ebenso muss daran erinnert werden, dass afrikanische Warenwährungen nicht weniger, sondern noch mehr Transportaufwände mit sich brachten als das koloniale Bargeld.[69] Trotzdem wäre es ein Irrtum, in der Beschwernis des kolonialen Bargeldes ein schlichtes Scheitern zu sehen. Belastung und Langsamkeit trugen zum Druck bei, den koloniale Herrschaft ausüben sollte. Der Bevölkerung müsse »endlich klar gemacht werden, dass sie Steuern zahlen *muss* und dass der Mangel an Geld oder geldwerthem beweglichen Eigenthum keine Steuerfreiheit begründet«, hieß es in einem Runderlass von 1899, denn bei Mangel an Bargeld würde die Bevölkerung eben zur Arbeit gezwungen.[70] Die Politik der Erschöpfung trug dazu bei, das Bargeld zu einem Mechanismus der Unterwerfung zu machen. Es verhielt sich weniger so, dass Bargeld an seiner eigenen Materialität und seinen

Zeitrhythmen scheiterte, als vielmehr so, dass genau diese Friktionen eine Wirkung entfalteten, die ein Arrangement durchsetzen half, das dem Ziel diente, Überschüsse aus der Kolonie zu pressen.[71]

Medium der Revolte: Münzen im Maji-Maji-Krieg

Am 28. Juli 1905 rissen die Bewohner und Bewohnerinnen nordwestlich von Kilwa Baumwollpflanzen aus dem Boden. Sie gaben damit das Fanal zum Aufstand, denn in den Jahren zuvor hatten die Deutschen den Baumwollanbau forciert.[72] Neben dem Boxeraufstand in China und dem Krieg der Herero und Nama im heutigen Namibia war der Maji-Maji-Krieg von 1905 bis 1907 die größte Erhebung gegen den deutschen Kolonialismus. »Maji« bedeutet auf Kiswahili »Wasser«. Während des Aufstands wurde ein geweihtes Wasser verteilt, das als Kriegs- und Schutzmedizin wirken sollte.[73] Ein Heiler namens Kinjikitile Ngwale prophezeite, die Deutschen könnten vertrieben werden und, wer das geweihte Wasser empfange, würde die Ahnen sehen. Kinjikitiles Prophezeiung und die Mobilisierung mit dem geweihten Wasser verbreiteten sich rasch.

Die Aufständischen eroberten die Kolonialstation Liwale und brannten sie nieder. Die *askaris* und *akidas*, welche die Steuern eintrieben, wurden angegriffen; ebenso Siedler, Missionsstationen, manche indischen Händler und ein über das Land reisender benediktinischer Bischof mit seinem Gefolge.[74]

Nach einer Reihe Überraschungserfolge wendete sich das Blatt. Die Deutschen schickten zwei Kriegsschiffe an die ostafrikanische Küste und verstärkten die *askari*-Truppen. Nach massiven Verlusten durch die ungleiche Bewaffnung begannen die Aufständischen von offenen Schlachten abzusehen und verlegten sich auf Guerillataktiken. Als sich die Erhebung gegen Norden ausweitete, nahm sie millenarische Züge an. Im Hinterland von Dar es Salaam töteten Menschen ihr eigenes Vieh und erwarteten, ein Gott würde intervenieren, um »alles wieder in Ordnung zu bringen, was verdorben ist hier auf Erden.«[75] Insgesamt erstreckte sich der Maji-Maji-Krieg über eine Fläche von rund 150.000 Quadratkilometern, er erfasste Gesellschaften mit 25 verschiedenen Sprachen und an seinen größ-

ten Schlachten waren Tausende beteiligt. Die Taktik der verbrannten Erde, die von den Kolonialtruppen betrieben wurde, verursachte gezielt eine Hungersnot. Die genaue Opferzahl ist nicht bekannt, manche Schätzungen sprechen von 200.000 bis 320.000 einschließlich der Hungertoten, einem Drittel der Bevölkerung in der Region.[76]

Der Maji-Maji-Krieg ist in der Geschichtswissenschaft verschieden interpretiert worden. In den 1960er-Jahren formierte sich im soeben unabhängigen Staat ein national orientiertes Paradigma. Vermittelt durch prominente Historiker wie Terence Ranger war die »Dar es Salaam School« an der Herausbildung der modernen Nationalismusforschung beteiligt.[77] Die Maji-Medizin erschien in dieser Deutung als Medium der proto-nationalen Einigung: Indem sie am Kult teilnahmen, überwanden die Aufständischen verwandtschaftliche, sprachliche und regionale Barrieren und bildeten eine »imagined community«.[78] Allerdings interpretierten die Historiker von Dar es Salaam Maji nicht als schlichte Vorgeschichte der Unabhängigkeitsbewegung: In den Interviews des Maji Maji Research Project wird deutlich, wie in den 1950er-Jahren viele ältere Menschen der Unabhängigkeitsbewegung reserviert begegneten, weil sie sich pessimistisch an die brutale Repression von 1905 erinnerten.

Ein sozialhistorisches Paradigma begriff Maji als Revolte gegen die Reduktion auf den Status als Ackerbauern und -bäuerinnen (*peasantization*) durch den Kolonialismus.[79] Seit den 1990er-Jahren wird verstärkt auf die Widersprüche innerhalb der ostafrikanischen Gesellschaften eingegangen. Ohne die antiimperiale Stoßrichtung zu negieren, kulminierten in dieser Lesart Konfliktmuster innerhalb der afrikanischen Gesellschaften. Die expandierende koloniale Ökonomie setzte bestehende politische Allianzen unter Druck, erweiterte aber auch die Spielräume für den Aufstieg neuer »big men«. Lokale Anführer zogen gegen afrikanische Eliten an der Küste los, da sich das Kräfteverhältnis verändert hatte.[80] Hinzu kamen Auseinandersetzungen über die Kontrolle von Umweltressourcen und Einschränkungen der Elefanten- und Großwildjagd, die der Kolonialstaat durchsetzte.[81] Andere Studien zeigten, wie der Maji-Kult Ausdruck einer Krise der sozialen Reproduktion innerhalb der Haushalte war. Diese Spannungen wurden durch Maßnahmen der Deutschen her-

vorgerufen und betrafen am stärksten die Frauen. Wenn Männer als Arbeiter auf die Plantagen zogen, fiel die geschlechtliche Arbeitsteilung weg, zu Ungunsten der Frauen.[82] In vielerlei Hinsicht war Maji eine Medizin zum Schutz der Ernte und ein Mittel gegen Hexerei. An seinem Ursprungsort in den Matumbi-Bergen hatte der Aufstand staatenlose Gemeinschaften an der kolonialen Peripherie mobilisiert. Als sich die Bewegung zum Hochland hin ausbreitete, erfasste sie aber auch Regionen, in denen Königreiche bestanden. Kurzum, der Aufstand verbreitete sich über verschiedene Gesellschaften mit ganz unterschiedlichen politischen Organisationsformen und sozioökonomischen Lagen.

Einen zentralen Auslöser für den Aufstand stellte der zwangsweise Anbau von Baumwolle dar.[83] Die speziellen Plantagen zur Zwangsarbeit, die von den Deutschen »Dorfschamben« genannt wurden (nach »shamba«, Kiswahili für »Feld«), lagen in der Nähe der später wieder aufgehobenen Kommunalstationen. Auf ihnen war Zwangsarbeit in der Höhe von 28 Tagen pro Jahr vorgesehen. Rasch wurde die Anzahl der Tage aber verdoppelt. Mit der Bezahlung – ein Drittel sollten die arbeitenden Frauen und Männer erhalten, ein Drittel der jeweilige *chief*, der die Arbeitskräfte organisierte und ein Drittel die Kommunalstation – ließ jeweils so lange auf sich warten, bis die Baumwolle in Hamburg verkauft worden war.[84] Aus dem Bezirk Dar es Salaam wurde gemeldet, dass seit der Einführung die Arbeitszeit 50 bis 100 Prozent überzogen worden war. Weil die Männer im Jahr 1905 fast rundweg die Arbeit verweigert hatten, wurden Frauen und Kinder zur Zwangsarbeit eingezogen.[85]

Der verstärkte Baumwollanbau war ein wichtiger Faktor, aber nicht der einzige.[86] Die Erinnerungen im Maji Maji Research Project sind voll mit Berichten über die Gewalt der Steuererhebung. Im Frühling 1905 hatte Gouverneur Götzen den Druck mit einer Verschärfung des Arbeitszwangs und mancherorts der Einführung einer Kopfsteuer von drei Rupien pro Mann erhöht.[87] Bargeld zur Steuerzahlung war in den Matumbi-Bergen schwierig aufzutreiben, und das Steuersystem knüpfte hier auch nicht an vorkoloniale Formen der Tributzahlung an.[88] Es hatte eine extraktive Sammelökonomie mit Kautschuk eingesetzt. Der Kautschukhandel bestand aus einer

Schuldenkette von Vorauszahlungen zwischen Groß- und Kleinhändlern sowie den Sammlerinnen und Sammlern selbst, und während die Konjunktur des Kautschuks stark fluktuierte, blieb der Steuerdruck anhaltend hoch.[89] Das Konfliktpotenzial bestand hier aber nicht im Aufeinandertreffen von Subsistenz- und Geldwirtschaft, sondern innerhalb einer hochkommerziellen Ökonomie, in der neue afrikanische Händler ihre Spielräume zu erweitern suchten.[90] Liwale, das Epizentrum der Revolte, stand nicht unter größerem kolonialen Druck als anderswo – die Präsenz der Deutschen hatte für die Bevölkerung der Ngindo einen Riegel gegen die kriegerischen Einfälle der Ngoni vorgeschoben. Felicitas Becker interpretiert vor dem Hintergrund regionaler Dynamiken innerhalb des Binnenlands und zwischen dem Binnenland und der Küste die Revolte als einen Kampf um Vorteile, in dem möglicherweise weniger ein vergangener Zustand wieder hergestellt als ein neuer politischer Status – analog dem Status von freien Muslimen an der Küste – erreicht werden sollte.[91]

Die Niederschlagung des Aufstands hatte Auswirkungen auf den kolonialen Geldverkehr. Am 24. Dezember 1905 verlangte der Gouverneur von Berlin die eilige Sendung von 300.000 Rupien in Münzen und begründete dies mit dem »durch die militärischen Operationen gesteigerten Geldbedarf« und den höheren Anforderungen der Militärstationen im Inneren.[92] Überdies wies er darauf hin, dass durch die Unruhen allgemein die Geldwirtschaft darniederliege. Es sei zwar Aufgabe der neu geschaffenen Deutsch-Ostafrikanischen Bank, den Zahlungsverkehr zu regeln, aber diese sei dazu noch nicht in der Lage und die von der Bank ausgegebenen Banknoten dafür nicht geeignet. Keinen Monat später bestellte Götzen nochmals 500.000 Rupien, weil der verstärkte Repressionsapparat mehr kostete und er davon ausging, dass in manchen Bezirken weniger Steuergeld hineinkomme.[93] Der Mangel an Bargeld traf auch die Plantagenökonomie an der nördlichen Küste. Deren Vertreter zeigten zwar Verständnis, dass die Aufstandsbekämpfung Barmittel absorbierte, fanden aber, die Regierung würde insgesamt zu langsam reagieren.[94]

Die Nachwirkungen des Maji-Maji-Kriegs bereiteten besondere Probleme für die Bargeldversorgung. Im Herbst 1906 machte sich

in den nordöstlichen Bezirken Tanga, Pangani und Wilhelmstal der Silbergeldmangel bemerkbar. Die großen Plantagen waren stark auf männliche Arbeitsmigranten angewiesen, die, wenn sie nicht in Silber bezahlt wurden, abwanderten. Die Plantagenbesitzer fürchteten eine erneute Rebellion. Zur Aufstandsbekämpfung im Maji-Maji-Krieg waren große Mengen Metallgeld ins Landesinnere abgezweigt worden, das nun an der Küste fehlte. Die Regierung schickte deshalb Papiergeld, das die Arbeiter und Arbeiterinnen auf den Plantagen aber nicht akzeptierten.[95]

Bargeld spielte aber nicht allein für den Kolonialstaat eine wichtige Rolle im Maji-Maji-Krieg, und es war nicht nur als auslösender Faktor des Aufstands bedeutungsvoll. Vielmehr kam Münzen eine entscheidende Funktion in der Verbreitung der Schutz- und Kriegsmedizin zu. Sie dienten nämlich ebenso als Zirkulationsmedium der Revolte. Die Botschaft des Maji war vielerorts an die Zahlung von Münzen gebunden. An Kinjinkitile, den ursprünglichen Propheten des Maji, händigten Pilgerinnen und Pilger Pesa-Münzen und Salz aus, um mit den Ahnen zu kommunizieren.[96] Verschiedenen Berichten zufolge wurden mit Münzen gefüllte Behälter zu den Seherinnen und Sehern getragen, um die Prophezeiungen zu unterstützen.[97]

Wie erwähnt, expandierte die Botschaft zum Aufstand in Wechselwirkung mit Kulten zum Schutz, zur Fruchtbarkeit und gegen die Hexereis sowie mit einem Ahnenkult, der von Heiligtümern aus verbreitet wurde. Frauen und auch Kinder nahmen die Medizin ebenso wie Männer; aus Interviews geht hervor, dass auch Frauen Botschafterinnen des Maji wurden.[98] Ein Missionar aus Dar es Salaam berichtete von der Schlangengestalt Kolelo, einem unsichtbaren Stellvertreter des Weltschöpfers. Die Gottheit würde eine »Gottessteuer« von zwei Pesa verlangen, so übersetzte der Missionar die Aussage eines Informanten in Kiswahili.[99]

> Kolelo sollte das weitere Zahlen der Steuer an die weißen Fremdlinge verboten haben, Mitte Juli würde eine große Wasserflut kommen und alle Weißen und deren Anhänger vernichten; später hieß es, die Erde werde sich auftun und sie verschlingen, aus den Gewehren der Soldaten werde nur Wasser

> aber keine Kugeln kommen, sieben Löwen würden kommen und die Fremden vernichten, »fürchtet euch nicht, Kolelo erbarmt sich seiner schwarzen Kinder«.[100]

Die prophetische Botschaft verhieß eine Umkehrung der Welt. Wenn der Krieg gegen die Kolonisatoren geführt würde, dann kehrten die Ahnen zurück und die Löwen würden wie Schafe sein.[101] Die geheime Verbreitung der Botschaft verlangte zudem eine Umkodierung von Begriffen: Statt von »Europäern« sollten die Kämpfenden von »roter Erde« sprechen, statt »in den Krieg ziehen«, solle man »auf einen Tanz gehen« sagen.[102] Als sich der Aufstand weiter ausbreitete, wurden zwei, anderswo drei Pesa als »Loyalitätseid« für die Medizin verlangt.[103] Zusammen mit einer Reihe von Tabus und Geboten galt die Auflage für die Kämpfenden, einen Pesa in ihre Kleider einzunähen oder einzuknoten, um zusätzlichen Schutz gegen die Kugeln des Feindes zu gewähren und die Sinne der Kämpfenden zu schärfen.[104] Einer Quelle zufolge, die den Aufstand stark negativ beschrieb, geschahen hingegen die Zahlungen auf Druck hin: Demnach händigten in Uvidunda viele die Münzen deshalb aus, weil die Medizin gegen Hexerei gerichtet war und wer den Tribut verweigerte, der Hexerei verdächtigt zu werden drohte.[105]

An die Medizin scheint eine Verbindlichkeit geknüpft gewesen zu sein, die in Münzen ausgedrückt wurde. Maji »kostete« die Teilnehmenden etwas. Jamie Monson kommentiert: »[…] coins played a particular role in ritual practice that differed from currency exchange«, wenngleich die spezifische Bedeutung der Münzen ungeklärt sei.[106]

Da die Bewegung durch den Ahnenkult ihre millenarische Aufladung erhielt,[107] liegt es nahe, dass die Münzen ebenfalls eine spezifisch millenarische Temporalität eröffnen: eine totale Umkehrung der Welt, das Ende der Zeit der Herrschenden und der Anbruch einer radikal anderen Zeit. Münzen verhalfen wohl zumindest teilweise zu einem zeitlichen Register, das von Grund von Grund auf aus dem Kontinuum von Vergangenheit und Gegenwart herausbrach. Mehr noch als die Medizin selbst aber waren *Nachrichten* über den Aufstand und die Medizin an Geldzirkulation geknüpft. Hier schienen die Münzen ein nochmals anderes zeitliches Register zu eröffnen,

nämlich eines der Beschleunigung. Im Klima des Aufstands hatten Gerüchte und Nachrichten eine mindestens so große Mobilisierungskraft wie die tatsächliche Verbreitung der Medizin. Monson zufolge hatte Maji eine narrative Wirksamkeit: Ihren symbolischen Effekt erlangte die Medizin stets im Zusammenhang mit Erzählungen. Deshalb lohnt es sich – gerade weil die Kunde vom Aufstand ungemein rasch und weit ausstrahlte –, die Verbreitung von Erzählungen über Maji zu untersuchen. Hier wirkte Geld als Beschleuniger, indem es den Anreiz für den Umlauf von Geschichten lieferte. Dem Aufstand ging eine geheime Nachrichtenkette voraus, die in den Mamtumbi-Bergen »njwiywila« genannt wurde. Wer die Neuigkeit hören wollte, musste einen Pesa bezahlen.[108] Um den Pesa wieder hereinzuholen, wurde die geheime Geschichte an die nächsten offeriert. Das Geld stellte das institutionelle Rückgrat für die Zirkulation einer Geschichte dar, die sich parallel zur Medizin verbreitete: Dass ein Prophet erzähle, es käme ein Krieg gegen die Unterdrückung durch die Steuereintreiber, dass man zu dem Propheten reisen solle, ihm einen Pesa und etwas Salz bezahlen solle und man die Ahnen sehen könne. Deshalb verglich ein britischer Kolonialbeamter, der um 1940 Interviews mit Überlebenden des Kriegs geführt hatte, den Umlauf der Geschichten mit einem »Kettenbrief«, für den Geld bezahlt wurde.

> Nobody who knew of the medicine's powers was allowed to part with the information except on payment of one pesa. Moreover, no open mention was madeof [sic] the medicine … [sic] A man having paid his pesa was naturally anxious to recover it and he would go to a friend and tell him that he knew a secret story which came from the Matunbi [sic] (of Kibara). He would explain to his friend that he himself had to pay a pesa for this extraordinary tale and could only part with it on receipt of the same sum. There was of course nothing to prevent a native from making any number of pesa and »the story« went round with the rapidity of a chain letter.[109]

Das koloniale Geld war die gleichermaßen materielle und symbolische Infrastruktur zur Verbreitung des Aufstands. Koloniale

Münzen, nicht Baumwollstoffe, Eisenhacken, Glasperlen oder Ziegen wurden für die Medizin hergegeben, und koloniale Münzen im Schneeballsystem eines »Kettenbriefs« verbreiteten die Kunde vom Aufstand.

Nachträglich interpretierte Gouverneur Götzen den Aufstand als atavistische Revolte, die von »Zauberern« angestachelt worden sei.[110] In seiner Sicht belegte die Bedeutung der Münzen den antimodernen Charakter des Aufstands: Bezeichnenderweise seien es die alten Pesa gewesen, die gegen die Medizin getauscht wurden, nicht die eben geprägten neuen Heller. Aber im Rückblick verweist die Rolle der Münzen im Maji-Maji-Krieg auf etwas anderes. Das koloniale Geld wurde grundlegend umkodiert, von einer Infrastruktur des Kolonialismus zu einer der Revolte, statt als Medium der Steuerabpressung wirkte es als eines der Nachrichten, des Schutzes und der kriegerischen Loyalität. Und es scheint, dass die Münzen Anlass gaben zu unterschiedlichen zeitlichen Registern, zur millenarischen Umkehr ebenso wie zur Beschleunigung von Erzählungen.

Materialien, Räume und Tempos des Bargeldes

Nicht nur in der spektakulären Umkodierung zum Medium der Revolte, auch in alltäglichen Transaktionen wirkte die *interface currency* als Nahtstelle. Afrikanerinnen und Afrikaner machten sich die Spanne zwischen Materialien, Rechenweisen, Skalen und Speicherformen zunutze, zwischen denen die koloniale Währung übersetzte. So differenzierte etwa das Spektrum an Geldsorten den Betrieb der Lohnarbeit aus. Wie Karin Pallavers Studie zu British East Africa zeigt, ließen sich Arbeiter langfristige Löhne in Silbermünzen auszahlen, mit dem sie häufig auf Brautgeld in Form von Vieh sparten, während für kurzfristige Arbeiten, meist von Frauen, die kleineren Münzsorten bevorzugt wurden.[111]

Stärker aber wechselten Unternehmer zwischen Währungseinheiten, um ihre Profite zu steigern. In der Weise, wie Währungseinheiten die Konsumausgaben in Ladengeschäften portionierten, vermittelten sie mitunter einen Vorteil an die Besitzer. Während die indische Währung Drittel-Pesa kannte, ergab in Deutsch-Ostafrika

die Stückelung der Rupie in 64 Pesa eine Münze mit hohem Wert. Einem Beobachter zufolge führte die große Einheit zu gesteigerten Ausgaben. Er habe selbst gesehen, wie eine Afrikanerin »für einen Pesa ein winziges Stückchen Seife, eine Nähnadel mit einem langen Faden und dazu ein Stückchen getrockneten Fisches einhandelte. Sicherlich zwingt die übergroße Münze zu überflüssigen Ausgaben oder bedingt Verteuerungen.«[112] Dasselbe galt auf der Produktionsseite. Ein Reisender berichtete von einer ungenannten Plantage in Tansania, auf der die Löhne in Kupfermünzen ausbezahlt wurden. Im Laden der Plantage musste indes in Silbermünzen bezahlt werden, andernfalls wurden für eine Rupie in Kupferpesa nicht 64, sondern 72 Stück verlangt. 1894 sei wegen dieser »Manipulation« auf der Plantage während eines halben Tages gestreikt worden.[113] Als 1905 der Heller mit einer Hundertteilung den Pesa als Kleingeld ersetzte, wurden die afrikanischen Arbeitskräfte benachteiligt. Während früher 32 Pesa eine halbe Rupie ergeben hatten, waren es nun 48, und nicht 50, Heller. Denn die Umrechnung von Pesa auf Heller geschah im Verhältnis zwei Pesa gleich drei Heller. Zudem wurde vielerorts ein Aufpreis von einigen Hellern für die Annahme von deutschen Rupien verlangt. Die neue Währung senkte die Löhne und ließ die Preise gleich.[114]

Die Regierungsstellen meldeten nach Berlin, es sei zu teuer, die Kupferpesa einzusammeln und nach Deutschland zur Umprägung zu verschiffen. 50 Rupien in Pesa würden nur schon für die Reise nach Dar es Salaam 20 bis 40 Rupien Trägerlohn kosten – sie sollten besser lokal eingeschmolzen und das Metall an die Bevölkerung verkauft werden.[115] Zudem ließen sich die Pesa erst aus dem Verkehr ziehen, nachdem die neuen Heller in Umlauf gebracht worden seien. Ansonsten, so der Gouverneur, drohe ein Engpass bei der Erhebung der Hüttensteuer.[116] Im Binnenland kam es wiederholt zu einer Knappheit von Kupfergeld. Die Materialität des Bargeldes machte auch einen zeitlichen Faktor im Handelsverkehr aus: Nicht alles ließ sich über Wechselpapiere abwickeln. Wollte eine Firma wie O'swald eine Auszahlung in Bargeld veranlassen, musste sie zuerst abklären, ob die Gouvernementskasse die entsprechenden Mittel vorrätig hatte. Dasselbe galt für Postüberweisungen und für Sendungen von der Küste

zu einer Kolonialstation im Binnenland.[117] Die Materialität des Bargeldes senkte das Tempo der Geldzirkulation.

Auf den Märkten im Landesinneren verbreitete sich das koloniale Geld äußerst langsam. Noch 1911 schrieb die Residentur Urundi (heute Burundi), Bargeld sei außerhalb der Militärstation kaum verbreitet. Eine Änderung sei auf längere Zeit hin nicht zu erwarten, denn das Bargeld bleibe wertlos, solange es von den Empfängern und Empfängerinnen nicht weiter umgesetzt werden könnte.[118] Die Residenturverwaltung begrüßte zwar die Aufforderung der Regierung an die Missionsstellen, den Bargeldverkehr zu propagieren, aber das schaffe nur eine Missionsstation in der Nähe des Militärstützpunkts, den Missionen im Innern des Landes sei dies nicht möglich.

Manche Beobachter wiesen auf eine paradoxe Entwicklung hin, wonach die koloniale Infrastruktur im Zusammenhang mit der technischen Erschließung durch die Eisenbahn gerade nicht das Umlauftempo des Geldes erhöhte, sondern das Versickern von Bargeld verstärkte. 1905 wurde mit dem Bau der Zentralbahn von Dar es Salaam aus begonnen, 1907 erreichte sie Morogoro. Der Eisenbahnbau mit seinen Arbeitslöhnen, den Essensrationen für die Arbeiter und den indischen Läden, die entlang der Bahnlinie entstanden, war eine Instanz der kolonialen Geldökonomie. Aber je weiter die Eisenbahnstrecke vorangetrieben wurde, umso weniger Geld gelangte an die Küste zurück. Nicht nur, dass im Umkreis der Eisenbahntrassen hohe Preise für Lebensmittel bezahlt wurden, die dann in der Gegend um Uzaramo fehlten.[119] Sondern der Vorsteher der Kolonialabteilung, Bernhard Dernburg, schrieb auch im Herbst 1906 an das Schatzamt, die Bahn habe wegen des erheblichen Arbeitermangels eine Million Mark verschlungen, und der Bedarf werde weiterhin hoch bleiben:

> Der steigende Bedarf an Silber erklärt sich dadurch, daß große Posten Silberrupien ins Innere gesandt worden sind, die erfahrungsgemäß in der Hauptsache nicht wieder zurückfließen, sondern infolge der Entwicklung der Kolonie meist völlig vom Verkehr aufgenommen werden. […] Je weiter nun die Bahn vorschreitet, um so langsamer wird das von der Bahn erfor-

> derte Geld zurückfließen und schließlich in Anbetracht der zunehmenden Entfernung dauernd im Innern verbleiben.[120]

Umso mehr der Bau der Eisenbahn das Bargeld verbreitete, desto weniger kehrte es an die Küste zurück. Gerade wenn es verstärkt zum Einsatz kam und begann, lokale Märkte zu durchdringen, zirkulierte das koloniale Geld nicht so, dass es wieder zum Handels- und Regierungszentrum an der Küste gelangte.

Der Kolonialstaat sah sich gezwungen, die Adaptionen und Abwandlungen, denen die Geldstücke ausgesetzt waren, in sein Regime zu integrieren. 1906 musste die Kolonialabteilung diejenigen Münzen, die zu Schmuckzwecken gelocht worden waren und an die öffentlichen Kassen gelangten, von den Bestimmungen über Münzverfälschung und Falschmünzerei ausnehmen, obwohl dies traditionell in Europa ein Kapitalverbrechen darstellte, das fundamental des Herrschers Souveränität verletzte.[121] Solche Münzen wurden zwar refüsiert und an die einliefernde Person zurückgegeben, aber sie wurden nicht zerstört, und es wurde auch keine Anzeige wegen Fälschung erhoben.[122] Der Kolonialstaat musste die Abänderung der Münzen akzeptieren. Mehr noch, Kolonialinstanzen griffen solche Praktiken auf: In British Uganda wurden gelochte Münzen geschlagen, die sich auf Schnüren aufziehen ließen, wie es mit den Kauris und Glasperlen gepflegt wurde.[123] Die Deutschen wiederum prägten ab 1908 eine gelochte 10-Heller-Münze[124], um mit einem Loch Verwechslungen zu anderen Münzen vorzubeugen und Metall zu sparen; immerhin bereitete es anhaltende Schwierigkeiten, zu genügend niedrigen Kosten qualitativ einwandfreie Münzen von niedrigem Wert herzustellen.

Am anhaltendsten kreisten die Klagen der Kolonialverwaltung um das Horten von Geld. Zwar schrieb ein Wirtschaftswissenschaftler aus Deutschland, gehortetes Geld bereite dem Fiskus kein Problem, sondern beschere ganz im Gegenteil stets neuen Gewinn aus der Münzprägung.[125] Aber für die Verwaltung vor Ort setzten Münzen, die vergraben oder umgeschmiedet wurden, der kolonialen Monetarisierung enge Grenzen. Ein Bericht über das Budgetjahr 1897/98 der Kolonie ging davon aus, dass ein Drittel des Geldes in

Umlauf bleibe, während zwei Drittel gehortet beziehungsweise zu Schmuck verarbeitet würden.[126] Auch als 1904 die Kupferpesa eingezogen und gegen Heller ersetzt wurden, nahm das Gouvernement an, dass »eine Menge Kupfergeldstücke zu Schmucksachen verarbeitet« worden sei.[127] Die Plantagenbesitzer wiesen den Arbeitsmigranten die Schuld am Bargeldmangel zu. Weil der Lohn so hoch berechnet sei, fanden die Pflanzer, würden die Arbeiter das Geld vergraben statt es auszugeben und nach Ablauf der Vertragszeit ins Landesinnere zurückzutragen.[128]

Im vorhergehenden Kapitel ist angesprochen worden, wie die Umwertung in Schmuck die Währungsdiskussion der deutschen Kolonialisten beeinflusst hat. Ein Grund, warum die Mark nicht eingeführt wurde, lag darin, dass das silberne Zwei-Mark-Stück zwar höher bewertet, aber kleiner war als eine Rupie und einen geringeren Feingehalt aufwies. Die deutschen Entscheidungsträger nahmen an, wegen der häufigen Verarbeitung zu Schmuck würde die Mark nicht akzeptiert werden.[129] Afrikanische Umwertungen beschnitten die Möglichkeiten der Kolonialmacht, die dem ständigen Versickern von Bargeld entgegen treten musste. Der Abfluss von Bargeld schwächte die koloniale Ökonomie; nachträglich wurde nicht zuletzt darin eine Ursache für das geringe Wachstum der Kolonie gesehen. Der Wirtschaftshistoriker Dennis McCarthy hielt das Horten für eine hoch effektive Strategie der Bevölkerung, die extraktive Geldökonomie des Kolonialstaats ins Leere laufen zu lassen.[130] Ein stetig stockendes Getriebe der monetären Zirkulation führt vor, wie begrenzt die kolonialen »Inseln von Herrschaft« ausfielen.[131]

Übersetzung in verschiedene Wertregimes

Afrikaner und Afrikanerinnen überführten das Bargeld in andere Register und Speicherformen. Damit transferierten sie das Geld in neue Wertregimes, also in weiterreichende Ideologien und kulturelle Zusammenhänge, mit denen Wert wirksam gemacht wurde.[132] In Wertregimes entfalteten die Medien des Reichtums größere gesellschaftliche Kontexte, die wiederum den Akteuren Anlass zu sozialen Ordnungsvorstellungen gaben. Indem sie Wertregimes ins Werk setz-

ten, leisteten sie eine eigenständige Theoretisierung, die sich etwa auf afrikanischer Seite in Mythen oder in Vorstellungen über Brautpreise äußerte.[133] Von deutscher Seite aus geschah die Integration der deutschen Rupie in Wertregimes durch Kategorien der »Lohnarbeit« und der »Zivilisation« sowie durch die heiß debattierte Frage, inwieweit die Kolonie Werte generierte.

Wenn nun afrikanische Wertregimes durch deutsche Beschreibungen betrachtet werden, geht es weniger darum, die entsprechenden Quellen gegen den Strich zu lesen, als die koloniale Ordnung, die solche Beschreibungen untermauerte, aufzuzeigen.[134] Es fällt nämlich auf, wie deutsche Beobachter die indigene Wertbeimessung jeweils *als Geld* interpretierten. Der Blick auf die afrikanischen Praktiken war durch ein Bildraster gestochen, der eigenständige Wertregimes von Anfang an als monetäre verstand.[135]

Rinderherden figurierten in verschiedenen Gesellschaften Tansanias als Medium des Reichtums. Über Vieh hebelten Männer sich zu gesellschaftlicher Macht hoch, weil es – mobil und sich vermehrend – Brautpreise und Klientelbeziehungen vermittelte und dadurch die Kontrolle über andere Menschen ermöglichte. Vieh stellte den zentralen Akkumulationsmodus dar, weil es Wert kondensieren, speichern und steigern ließ.[136] Vieh *reproduzierte* Reichtum: Kühe warfen Kälber, Stiere erzielten als Opfergabe einen spirituellen Überschuss. So erbrachte Vieh gesellschaftlich wirksame Analogien für Vorstellungen von Investition und Ertrag, die sich in Brautpreisen und *wealth in people* vergegenständlichten.[137]

Indes koinzidierte die Ankunft der Kolonialherren mit einer beispiellosen Reichtumsvernichtung: der kontinentweiten Rinderpest, die ab 1891 Tansania überzog. Nach Schätzungen ging über 90 Prozent des ostafrikanischen Viehbestands ein.[138] Die Folgen der Katastrophe notierten europäische Berichte nur beiläufig.

Der Zoologe Franz Stuhlmann schrieb über die Wahúma westlich des Victoria-Sees, »manche Leute haben Tausende von Rindern«, nur um in einer Fußnote anzumerken, in jüngster Zeit habe die Seuche alles Vieh zugrunde gerichtet, so dass die Bevölkerung zum Ackerbau gezwungen worden sei.[139] Die Rinderpest wirkte mit an der Transformation politischer Herrschaft im Zuge der kolonialen Expansion.

Durch die Seuche wurde ein Wertregime, das rund um Vieh organisiert war, massiv unter Druck gesetzt. Die Übernahme neuer Austauschverhältnisse, besonders auch die Aufnahme des kolonialen Bargeldes, wurde dadurch wahrscheinlicher gemacht.

Gleichwohl minderte all dies die Bedeutung von Vieh nicht. Ernst Nigmann, ein Hauptmann und Kompaniechef der kolonialen Schutztruppe nannte für die Wahehe im südlichen Hochland Eisenhacken, Ziegen und Rinder als Geldformen. Nigmann rechnete diese Werte direkt in Rupien um. Eine neue Hacke entspreche einer Rupie, eine Ziege zwei Rupien, eine Kuh, die noch nicht geworfen hatte, sechs Rupien, ein Ochse oder eine große Kuh zwölf Rupien.[140] Wesentlich ausführlicher notierte Eberhard von Sick, Vorsteher des Militärpostens in Singida, Beobachtungen zu Austauschverhältnissen der Wanyaturu im Zentralgebiet der Kolonie. Nachdem die Viehpopulation sich von der Rinderpest erholt hatte und keine feindlichen Einfälle der Massai mehr vorkamen, vergrößerte sich der Bestand wieder. Von Sick hielt sein Umland für »eines der viehreichsten Länder der Kolonie.« Nach einer Zählung von 1911 kamen auf die rund 102.000 Menschen der Wanyaturu und knapp 6000 Zugewanderten rund 300.000 Tiere, je hälftig Rinder und Kleinvieh – »ein stattliches Kapital«, wie von Sick festhielt.[141] Die große Mehrheit der Tiere waren Kühe, weil das männliche Vieh eher verkauft oder zu wichtigen Anlässen geschlachtet wurde. Kühe, die noch keine Kälber geworfen hatten, waren am wertvollsten. Zum Ansehen eines reichen Mannes gehörte es, einen speziell gezüchteten Ochsen zu halten, der im eigenen Todesfall für die Leichenfeier geschlachtet werden sollte.[142] Der Brautpreis belief sich in der Regel auf vier Rinder, war aber nicht Gegenstand fester Beträge. Die Transaktionen erfolgten gestaffelt, in der Zwischenzeit konnten die Kühe Kälber bekommen. Dass die Steuern in der Gegend im Jahr 1910 erhöht wurden, hielt von Sick für angemessen; schließlich seien auch die Viehpreise um das Drei- bis Vierfache angestiegen.

Vieh stand im Zentrum von kompetitiven und individualistischen Transaktionsverhältnissen – von Sick meinte, dass sich eine standardisierte Währung in Form von Vieh ausgebildete hatte, mit regelorientierten Maßen und Einheiten. Allerdings war Vieh nur

beschränkt konvertibel zu anderen Tauschmedien. Dafür waren die Einheiten zu groß. Kleinere Einheiten stellte der Handel mit importierten afrikanischen Eisenhacken dar, die für eine Ziege oder Salz eingetauscht wurden. Ziegen bildeten das »gangbarste Zahlmittel«, schrieb von Sick; sie wurden beispielsweise in 100 Kauris eingetauscht. Westlich des Victoria-Sees an der Nordgrenze der Kolonie wurde ebenfalls Vieh kaum je verkauft, allerdings nicht selten gegen Getreide getauscht.[143] Dort identifizierte ein europäischer Beobachter auf Schnüren zu 100 Stück aufgereihte Kauris als Geld; auch semantisch waren Reichtum und Kauris verbunden – ein Reicher hieß beispielsweise *mutungi* (»Aufreiher«).[144]

Die Aufteilung von Rinderherden stellte das Modell dar für Rechenoperationen der Division und Subtraktion.[145] Auch bei den Wanyaturu wurden Rinder nur selten auf dem Markt für Importwaren gehandelt. Aber sie galten als Wertmaß: So entsprach eine Getreideladung *msuta*, ein Hohlmaß, dem Preis eines jungen männlichen Kalbs.[146] Vieh machte also nicht immer das Tauschmedium aus, aber es bildete das Medium zur Wertsteigerung par excellence. Es lieferte den Rahmen für Rechentechniken, für die Speicherung von Wert und für expansive Strategien, mit denen soziale Bindungen und Gefolgschaft erweitert wurden.

Dies hatte damit zu tun, dass Vieh als weniger volatil galt als das koloniale Geld. Es gibt Hinweise, dass Bargeld in verschiedenen Gesellschaften für suspekt gehalten wurde. Unter den Fipa im Südwesten Tansanias existierte zur Mitte des 20. Jahrhunderts ein Mythos, nach dem ein Prophet vorhergesagt hatte, dass von Osten, von der Küste her, eine Gefahr über das Land komme, die alles – auch das Gras und die Erde selbst – in Geld (Eisenstücke) verwandeln würde. Der Mythos verhandelte die Spannung zwischen einer Ideologie der Gleichheit und faktischer Hierarchie innerhalb der Fipa-Gesellschaft, indem im Mythos Geld als ein Wertmaß mit bedrohlichem Alleingültigkeitsanspruch gezeichnet wurde.[147] Bei den Luo im Norden Tansanias und in Kenia wurde in den 1960er-Jahren eine Unterteilung in moralisch gutes und schlechtes Geld festgestellt.[148] In eigenen Ritualen wurde Geld durch Opferhandlungen gereinigt – oder unter christlichen Gemeinden geweiht –, um es gesellschafts-

fähig zu machen. »Bitter money« war deshalb übles Geld, weil mit ihm das Gleichgewicht der Geschlechter zu kippen drohte. Es war Geld, über das Männer an ihren Familien vorbei verfügten, wenn sie etwa Land verkauften, um Vieh zu erwerben, oder Vieh für Bargeld hergaben. »Bitter money« brachte eine moralische Ambivalenz gegenüber dem Bargeld zum Ausdruck, das mit dem Kolonialismus assoziiert wurde. Die Ambivalenz verwies weniger auf Widerstand gegen die koloniale Herrschaft, als vielmehr auf eine Reihe von Widerspruchsfeldern innerhalb der Gesellschaft: Geschlechterverhältnisse, die Haltung gegenüber Landbesitz und die Autorität der Ahnen.

Auf deutscher Seite wiederum bildete »Kultur« die zentrale Kategorie, mit der über Geld, Wert und die afrikanische Gesellschaft nachgedacht wurde. Das koloniale Münzgeld vermittelte zwischen Kulturnation und Naturvolk.[149] Nicht nur, dass das Münzgeld die Eingeborenen zivilisieren würde, wozu die »Erziehung zur Arbeit« die wohl wichtigste Rolle spielte, wie das Beispiel des Arbeitszwangs und der Besteuerung als »Erziehungsmittel« gezeigt haben. So sahen die europäischen Experten in den vielfach gestaffelten Übergängen zwischen Tauschhandel und Geldverkehr, die sie in Afrika zu beobachten meinten, nicht nur eine Frage der Zivilisation, sondern diese war vor allem eine Frage der Autorität. Die afrikanischen Warenwährungen durch den Kolonialstaat anzuerkennen und beizubehalten war für die deutschen Kolonialbeamten kein Thema.

Inwertsetzung – davon ist im vorangehenden Kapitel die Rede gewesen – bedeutete wesentlich eine Frage fiskalischer, regulatorischer und buchhalterischer Konventionen, über die im Reichstag gestritten wurde. Hier lohnt es, analytisch noch einen Schritt weiterzugehen und den Blick auf die *interface currency* selbst zu richten. Wie ein Prisma bricht die Kolonialwährung, wird sie als Medium betrachtet, die Inwertsetzung. Die Nahtstelle verschiedener Wertregimes zeigt weniger eine Brücke denn eine Kluft an. Inwertsetzung bekommt eine andere Gestalt, wenn mitbedacht wird, dass das Medium der Inwertsetzung – die Währung – nicht allgemeine Äquivalente, sondern Asymmetrien setzte. War Geld keine generalisierte Form, sondern dominierte es als *interface currency* eine bestehende Währungsvielfalt, so vermochten die Beteiligten, die Kolonialisten

ebenso wie die Afrikaner, die Verhältnisse, die zwischen den ausgetauschten Werten statthatten, nicht letztgültig zu bestimmen. Geldwert bildete keinen allgemeinen Namen der verschiedenen Waren, die Übersetzung verlief nicht komplett kontrolliert und die Beteiligten hatten keinen vollständigen Durchblick durch den Prozess der Übersetzung. Eine markante Erscheinungsform davon war, dass in der Kolonie kaum einheitliche Preisniveaus zu beobachten waren. Eine andere war, dass, wenn ein Austausch zwischen den verschiedenen Währungen stattfand, die Akteure diese Währungen auch tatsächlich zur Hand haben mussten.

Ein reisender Diplomat stellte fest, fünf Rupien würden in Muanza den Wert eines Ochsen ausmachen, drei Rupien das Fell und nur zwei Rupien das Fleisch – so habe das Geld noch »außerordentlich hohe Kaufkraft.«[150] Gegenüber den gängigen Tauschformen und ihren Warenwährungen hatten sich in vielen Bereichen keine regelmäßigen Umrechnungskurse zwischen den Werten gebildet. Trotzdem machten Afrikaner und Afrikanerinnen von der deutschen Rupie Gebrauch, und es bestanden auch klare Vorstellungen, was die getauschten Waren für die Gegenpartie wert sein dürften. Aber an den beiden Enden einer Transaktion galten verschiedene Skalen der Bewertung, die sich in unterschiedliche Wertregimes fügten. Das Medium Geld fungierte nicht als Gleichmacher. Es ergibt sich ein klareres Bild der Gewalt, die der kolonialen Extraktion innewohnte, wenn diese konzeptuellen Asymmetrien mitbedacht werden; Asymmetrien, die zwar keinen Stillstand des Austauschs bedeuteten, aber Großeinheiten wie die Einnahmen und Ausgaben der »Schutzgebiete« in eine Vielzahl an Machtbeziehungen aufsplitterten.

Schließlich betrieben auch die Deutschen eine Proliferation lokaler Währungen. Unter dem Druck des Ersten Weltkriegs verstärkte der deutsche Kolonialstaat die Bemühungen, ein spezifisches, auf enge Ziele hin gerichtetes Geld zu schaffen. Dazu gehörten Ersatzformen und Kriegsmünzen, die in der letzten Phase der deutschen Kolonialherrschaft produziert wurden.

Lokale Währungen im Ersten Weltkrieg

Ostafrika war einer der Schauplätze des Ersten Weltkriegs.[151] Der Krieg führte zu erhöhtem Bedarf und stockendem Nachschub an Bargeld, enormer Unsicherheit über die Gültigkeit der Geldsorten und zu lokalen, improvisierten Experimenten in der Bargeldproduktion. Geld, die Infrastruktur des Kolonialismus, kollabierte zum Schluss unter den Logistikproblemen des Kriegs.

Am 8. August 1914 bombardierte die britische Navy Dar es Salaam und begann eine Seeblockade, die – trotz mehrfacher Durchbrechung durch deutsche Kriegsschiffe – bis zum Kriegsende hielt. Doch die eigentlichen Kampfhandlungen begannen langsam. Deutsche Truppen griffen im Norden und Westen britische Posten an, versuchten die Uganda-Bahn zu unterbrechen und kontrollierten den Tanganyika-See. Eine britische Offensive gegen Tanga wurde zurückgeschlagen. Im Westen grenzte Deutsch-Ostafrika an Belgisch-Kongo; die belgischen Kolonialtruppen zögerten zuerst, konterten dann aber die deutschen Vorstöße mit Gegenangriffen.[152] Im Lauf des Jahres 1915 begann der Krieg, sich auf die Geldverhältnisse auszuwirken.

Schlagartig wuchs der Bedarf an verschiedenen Geldsorten. Deutsche fragten die Banknoten der Deutsch-Ostafrikanischen Bank nach. Weil deren Notenvorrat zur Neige ging, erhielt sie die Erlaubnis, sogenannte Interimsscheine auszustellen.[153] Die Bank machte von dem Vorrecht gewaltigen Gebrauch. Sie emittierte insgesamt 22.600.000 Rupien in Interims- und regulären Banknoten.[154] Im Vergleich dazu hatte der Notenumlauf im Juni 1914, also kurz vor Kriegsausbruch, nur 3,5 Millionen Rupien betragen. Die Interimsnoten sollten nach dem Krieg wieder eingezogen werden. Deren Aussehen variierte ständig, zum Teil wurden alte Zeitungen verwendet. Sie waren auf »bald dünnem, bald dickem Papier oder Karton gedruckt, dessen Farben aus Mangel genügender Mengen derselben Papiersorte leider sehr oft auch für die gleichen Notenwerte wechselte.«[155] Sofort tauchten Fälschungen auf. Die Deutschen bezichtigten die Briten, gefälschte 20-Rupien-Scheine in Umlauf zu bringen.[156] Wenig später konnte die Deutsch-Ostafrikanische Bank wegen Papiermangels diese nicht mehr herstellen.[157]

In den Handelszentren wurden Interimsnoten mit Gewalt den afrikanischen Arbeiterinnen und Arbeitern aufgezwungen, an

stärker abgelegenen Orten gelang dies nicht. Ein Berichterstatter beobachtete, wie in Kigoma Arbeiter der Waha die für sie wertlosen Papiere in den Tanganyika-See warfen. Weil die afrikanische Bevölkerung allein Münzgeld nachfragte – Papiernoten ließen sich nicht vergraben, die verbreitetste Form der Vorratshaltung –, tauschten Händler hochwertige Noten gegen zwei oder drei Rupienstücke. Deutsche Soldaten beschuldigten indische Händler solcher Praktiken, mussten aber einräumen, dass sie mindestens so sehr von Europäern betrieben wurden.[158] Als Mitte 1915 Münzknappheit herrschte, wurden zuerst Münzsorten, die einige Jahre zuvor aus dem Verkehr gezogen worden waren, das heißt die 2-Rupien-, 5-Heller- und Halbheller-Stücke, wieder in Kurs gesetzt.[159] Aber die extreme Wertsteigerung der Silberrupie ließ sich nicht aufhalten, denn von den deutschen Prägestätten konnten keine Schiffslieferungen mehr eintreffen.

Für die afrikanische Bevölkerung hatte die Seeblockade aber noch gravierendere Auswirkungen. Der Import von Baumwolltüchern fiel aus, so dass die wichtigste Warenwährung versiegte. Dies hatte auch Folgen für die Zirkulation der Silbermünzen, die nun nicht mehr für Baumwolle oder andere Importgüter ausgegeben, sondern verstärkt gehortet wurden.[160]

Vor allem musste das knapp gewordene Münzgeld für den Sold und die Versorgung der Soldaten aufgestockt werden, denn der Truppenbestand war verstärkt worden. Im März 1916 dienten 12.100 *askaris* in deutschen Truppen, fünfmal so viele wie bei Kriegsausbruch. Insgesamt kämpften 14.600 afrikanische und 3600 deutsche Soldaten auf Seiten des Kaiserreichs.[161] Hinzu kamen die *ruga-ruga* genannten Hilfssoldaten und eine große Zahl an Trägern, Ehefrauen, Köchinnen und Kinder.[162] Schätzungen gingen davon aus, dass auf einen Soldaten zwei bis vier Nichtkombattanten kamen.[163] Ein *askari* erhielt einen Sold von 20 Rupien im Monat, ein vergleichsweise hoher Lohn. Hinzu kamen das *posho* genannte Kostgeld, Subventionen für die Familie und eine Rente nach der Dienstquittierung.[164] Militärs sorgten sich, dass die mitzuführenden Münzen die Beweglichkeit der Truppen beeinträchtigten[165], weshalb das Militär mit einer eigenen Münzproduktion zur Kriegsfinanzierung begann. In Tabora, wohin der Sitz des Gouvernements verlegt worden war, wurde per Jahresbeginn 1916 eine

improvisierte Prägestätte eingerichtet. Später kam eine zweite Werkstatt hinzu, die Goldmünzen zu 15 Rupien ausgab. Wie stark die neuen Heller auf die Kriegsfinanzierung ausgerichtet waren, machen deren Produktionszahlen deutlich. Bis Juli 1916 versechsfachte sich die Zahl der monatlich produzierten 20-Heller-Stücke. Sobald aber Tabora durch den Vormarsch der Engländer vom Osten des Landes, wo sich die größten Truppenkontingente befanden, abgeschnitten war, wurde die Produktion wieder extrem gedrosselt. Als sie sich nicht mehr in die Kriegsmaschinerie einspeisen ließen, gab es keine Verwendung mehr für die Münzen, und ihre Herstellung wurde heruntergefahren.[166]

Münzprägung verlangte Ressourcen, Maschinen und technische Fertigkeit, die alle vor Ort fehlten. Das erste Problem betraf das Metall. Statt Nickel wurde Messing verwendet, das aus Patronenhülsen, Blech, Rohren und dem Altmetall demontierter Schiffe gewonnen wurde. Erst nach aufwändigen Versuchen war eine Legierung gefunden worden. Da das Metall nicht in geeigneter Form vorhanden war, mussten zuerst Münzstäbe gegossen werden. Die Schmelztiegel, die aus der Goldmine von Sekenke herbeigeschafft wurden, waren aber rasch beschädigt. Deshalb ging man dazu über, Bleche in Streifen zu schneiden und auf die nötige Dicke auszuwalzen. Hierzu kamen Walzen zum Einsatz, die aus der Gummiverarbeitung im Kautschukabbau stammten. Weil das Material an Messingblechen ausging, wichen die Münzer für etwa 40 Prozent der 20-Heller-Münzen auf Kupferbleche aus.

Die Prägungsvorlage wurde in den Originalstempel aus hartem Stahl graviert, der wiederum den Matritzen, die aus weicherem Stahl bestanden, aufgedrückt wurde. Die Matritzen mussten nach etwa 10.000 Münzen ausgewechselt werden. Nach einer Eingewöhnungszeit konnten an einer Dampfmaschine, in der die Matritze auf Klötze aufgesetzt war, bis zu 600 Münzen pro Stunde hergestellt werden. Im März 1916 wurde eine zweite Maschine installiert und die Produktion stark gesteigert. Insgesamt wurden zwischen Februar und September 1916, bei einem Gesamtwert von 342.040 Rupien, über 1,5 Millionen 20-Heller- und 302.000 5-Heller-Münzen hergestellt.

Ein streng bewachter Wellblechschuppen auf dem Gelände der Eisenbahnwerkstätte beherbergte die Goldmünzenproduktion. Das

Rohgold stammte aus der Mine von Sekenke, die Vorräte angehäuft hatte, weil keine Lieferungen nach Deutschland mehr abgingen.[167] Die Einheit von 15 Rupien wurde gewählt, weil diese 20 Mark, der Goldmünze im Mark-System, entsprachen. Die Schmelzer legten den Goldgehalt zu 75 Prozent des Nominalwerts fest, um zu verhindern, dass die Münzen für ihren Metallwert von Privaten aus dem Verkehr gezogen und als Barrengold verwendet wurden. Die Legierung war spröde, weil das Rohgold aus Sekenke viel Eisen enthielt. Deshalb mussten die Rohformen speziell bearbeitet werden. Die Gemeinschaft der indischen Goldwarenfirmen in Dar es Salaam war gezwungen worden, Personal zu stellen. Sieben singhalesische Arbeiter justierten die Platten, ein singhalesischer Graveur ritzte das Münzbild, das ein deutscher Eisenbahnangestellter entworfen hatte. Dieses zeigte einen Elefanten, »das mächtigste Tier Deutsch-Ostafrikas, in kräftig ausschreitender Stellung mit hoch erhobenem Rüssel inmitten einer gebirgigen Landschaft, darunter die Jahreszahl 1916 und das Münzzeichen T (= Tabora), auf der Rückseite den Reichsadler mit der Umschrift ›Deutsch-Ostafrika‹ und ›15 Rupien‹.«[168] Die Prägung wurde mit einer kleinen Handpresse ausgeführt, die aber rasch defekt war. Deshalb wurde dieser Arbeitsschritt in die 25 Kilometer entfernte Ölfabrik Lulanguru ausgelagert, wo eine Presse Krupp'scher Bauart zur Verfügung stand. So wurden insgesamt 16.198 Goldstücke im Wert von 242.970 Rupien hergestellt.[169]

Die Arbeit in den Münzstätten war entsprechend der kolonialen Hierarchie ausdifferenziert. In der Goldmünzenproduktion waren neben afrikanischen Arbeitern und den zwei deutschen Aufsehern die erwähnten sieben singhalesischen Goldschmiede im Stücklohn beschäftigt. Die schwersten Arbeiten führten die afrikanischen Arbeiter aus. Ihre Zahl wurde für die Heller- und Goldmünzenproduktion insgesamt auf 50 geschätzt. Solange etwa die Hellerproduktion mit einer Handpresse standfand, bedienten drei bis vier afrikanische Arbeiter die Maschine, in der Schmelze wurden eine Weile lang noch vier italienische Kriegsgefangene eingesetzt.[170]

Am 19. September 1916 nahmen belgische Truppen die Stadt Tabora ein. Die Münzproduktion wurde eingestellt. Damit endete in monetärer Hinsicht die deutsche koloniale Staatlichkeit: Soldaten

bekamen nun keinen Sold mehr. Auch dort, wo sich die Verbände der *askaris* nicht sofort auflösten – trotz massenweiser Desertionen blieben große Teile der *askaris* in der Schutztruppe –, war die deutsche koloniale Autorität entscheidend untergraben.[171] Vor dem Einmarsch der Belgier ließ der Bergingenieur Friedrich Schumacher die Goldvorräte verschwinden. Jahrzehnte später gab er an, er hätte 200 Kilogramm Rohgold an einen »reichen Araber« verkauft.[172] Hochbetagt schrieb er in einer numismatischen Zeitschrift, er hätte überdies 200 Goldmünzen mit einem Erdbohrer tief vergraben, damit sie nicht den Belgiern in die Hände fielen. Nach der Unabhängigkeit Tansanias hätte das Auswärtige Amt in Bonn, so behauptete Schumacher, dem Präsidenten Julius Nyerere die Stelle der vergrabenen Münzen angegeben. Seines Wissens sei der Schatz aber nie gehoben worden.[173]

Fazit

Dem Historiker Frederick Cooper zufolge kann eine »Geschichte der Kämpfe und Konfrontationen, in denen der europäische Imperialismus daran scheiterte, Afrika in einen Raum zu verwandeln, der nur seinen Zwecken dienlich war«, ebenso sehr das aufzeigen, was »Afrikaner über die Grenzen der europäischen Wirtschaftskraft zu sagen haben«, wie das, was die europäischen Machthaber über »die Grenzen der Afrikaner« zu sagen haben.[174] Die deutsche Rupie in Tansania ist ein solches Beispiel für die Grenzen des imperialen Kapitalismus. Denn die Währung wurde durch die Abwendung kolonialer Vorstöße, durch Adaptionen und in manchen Situationen durch offenen Widerstand mitgeformt. Mehr noch, einige Ansichten über die Universalität ökonomischer Kategorien werden durch das Beispiel der deutschen Rupie in Zweifel gezogen. Das koloniale Geld setzte keine universelle Form der Äquivalenz, sondern legte hierarchische Verhältnisse fest, die koloniale Differenz wirksam machen sollten. Die monetäre Infrastruktur hatte koloniale Extraktion zum Zweck, was nicht allein reibungsfreien Handel, sondern ebenso Unterwerfung mit einschloss.

Das bedeutete, dass Geld hier weniger in seiner Eigenschaft als Zeichen erschien denn als dingliche Materialität – die Steuerpflich-

tigen mussten die Kupfermünzen zuerst in die Hand bekommen und der Kolonialstaat deren Transport gewährleisten. Die Raumverhältnisse der Kolonie strukturierten das soziale Verhältnis Geld. Der Raum stellte den Kolonialstaat vor logistische Probleme und zog Friktionen in der Geldversorgung nach sich. Zugleich aber wirkte das Geld als Relation im Raum, indem die Räumlichkeit Zwänge entfaltete, die den Unterwerfungscharakter des kolonialen Geldes bekräftigten. Aus dieser Perspektive betrachtet, machten die Beschwerlichkeit des Bargeldes in der Steuererhebung weniger ein Manko aus, als dass sie zur Politik der Erschöpfung beitrugen, mit der koloniale Subjekte geformt werden sollten. Mit anderen Worten: Die koloniale Währung betrieb eine Territorialisierung von Macht. Sie liefert ein Gegenbeispiel zu Vorstellungen von Geld als universalisierender Kraft, die angeblich Raum und Zeit auflöse.[175] Besonders durch seine Langsamkeit gestaltete das Bargeld den kolonialen Raum mit. Die koloniale Währung wurde den kolonisierten Subjekten aufgeprägt, indem ihr als räumlich hergestellter und im Raum wirkender Relation eine materielle Gewalt zukam.

Trotzdem wäre es einseitig, die Macht des Kolonialgeldes allein in seiner dinglichen Eigenschaft auszumachen. Gegen eine solche verkürzte Sichtweise zeigt bereits das Beispiel der Münzen, wie Geld stets im Zusammenspiel materieller *und* symbolischer Register auftritt. Dieselben Kupfermünzen, die zur Steuerleistung geschleppt werden mussten, avancierten im Maji-Maji-Krieg zum kettenbriefartigen Beschleuniger von Botschaften und wurden als Loyalitätseid abgeleistet. Überdies trugen die Münzen zur millenarischen Zeitlichkeit des Aufstands bei, indem sie als ein Element des politisch-militärisch aufgeladenen Ahnenkults fungierten. Die Beschleunigung von Nachrichten und das millenarische Aufbrechen der Zeit *tout court* waren besonders spektakuläre Temporalitäten des Geldes, die im Aufstand zur Wirkung kamen. Unauffälliger, aber auf die Dauer noch folgenschwerer wirkte das alltägliche Horten von Bargeld, mit dem die Afrikanerinnen und Afrikaner der kolonialen Ökonomie die Kraft entzogen.

Gerade weil es weder nur konkrete noch rein abstrakte Eigenschaften hatte, war das koloniale Geld Gegenstand ständiger Um-

wertungen. So fungierte das Kolonialgeld als *interface currency*: Bargeld brachte Unsicherheit und musste durch die Übersetzung in geläufigere Währungen stabilisiert werden. Es hatte einen engen Kreis an Funktionen. Konnte es fast nur für die Steuerzahlung verwendet werden, so wirkte das Geld als Zahlungsmittel und Tauschmittel (um Produkte gegen das für die Steuern benötigte Geld einzulösen). Mit den behelfsmäßigen »Kriegsmünzen« im Jahr 1916 schrumpfte dieser Radius schlagartig weiter. Nun war das Geld nur noch für den Sold brauchbar. Für die überwältigende Mehrheit der Einwohnerschaft Tansanias stellte das koloniale Geld zu keinem Zeitpunkt eine stabile Brücke zwischen Gegenwart und Zukunft dar, außer es wurde gehortet, zu Schmuck verarbeitet oder in Vieh umgesetzt. Der Umgang mit diesem Geld verlangte die Kenntnis verschiedener Wertskalen, die Fähigkeit zu ihrer flexiblen Übersetzung und ihrer Manipulation. Mit solchen Praktiken trugen die Kolonisierten zur Entstehung der globalen Moderne bei, weitaus stärker als die Verordnungen aus Berlin dies taten.[176]

Koppelung: Neue Schaltstellen, neue Öffentlichkeiten

Nach dem Krieg war der Kolonialstaat, der die Gültigkeit der deutschen Rupie garantiert hatte, verschwunden, aber die Noten, Scheine und Münzen waren noch vorhanden. Die Papier- oder Blechstücke gingen nicht einfach in Rauch auf, sondern wurden Gegenstand angespannter Verhandlungen. Es fand eine massive Vernichtung von Werten statt, aber dies bedeutete nicht das Ende monetärer Machtbeziehungen; vielmehr wurden diese neu aufgeladen und transformiert.

Den Bewohnerinnen und Bewohnern Tansanias stellten sich enorme Hindernisse entgegen, wollten sie Anspruch auf eine Einlösung des Kolonialgeldes erheben. So bestand zwar die Deutsch-Ostafrikanische Bank nach dem Krieg als Firma in Berlin weiter. Die mehr als 22 Millionen Rupien, die sie in Noten und Interimsscheinen emittiert hatte, konnten aber nur noch in der deutschen Hauptstadt eingetauscht werden. Per Ende 1920 hatte die Bank erst Noten für 3 Millionen Rupien umgewechselt.[1]

Die ehemalige Kolonie Deutsch-Ostafrika wurde unter dem Namen Tanganyika Territory Großbritannien als Mandatsmacht unter Aufsicht des Völkerbunds zugeschlagen. Die Briten begannen Ostafrikas Währungen zu vereinheitlichen. Innerhalb von zwei Jahren wechselten Kenia und Uganda von der indischen Rupie zu einem East African Florin und 1921 zum East African Shilling; Tanganyika übernahm sofort den East African Shilling. Die volatile Lage mit den mehrfachen Währungswechseln war entstanden, weil mit dem im Krieg gestiegenen Silberpreis die indische Rupie gegenüber

Sterling aufgewertet wurde. Britische Plantagenbesitzer agitierten nun mit dem Interesse, die Löhne tief und die Exportbedingungen nach England günstig zu halten, heftig für eine abgewertete Währung, die mit dem East African Shilling realisiert wurde.[2] Zugleich wurde ein sogenanntes Currency Board eingerichtet, eine Schaltstelle, die eine automatische Umwechslung in Sterling zu festgelegten Kursen erlaubte, ohne dass Sterling in die Kolonie gelangte.[3] Ein solches Arrangement knüpfte an Verhältnisse an, die in der deutschen Kolonie Ostafrika bereits vor dem Krieg bestanden hatten.

In Tanganyika begannen die Briten ab 1921 das Metallgeld der deutschen Rupie aus dem Verkehr zu ziehen: Zwei East African Shilling entsprachen einer Rupie. Dies war ein langwieriger Prozess, vor allem musste das Datum, an dem der stärker verbreitete Heller für ungültig erklärt werden konnte, bis zum Sommer 1925 mehrfach verschoben werden.[4] Zudem klagten die Behörden, dass die Akzeptanz von Papiergeld in den Keller gefallen sei, weil anhaltende Unklarheit über die Einlösung deutscher Noten bestehe.[5] Die Forderungen, die hinter den Papierwerten standen, wurden in neue Orte der Aushandlungen getragen. Nach dem Ersten Weltkrieg entstand mit dem Völkerbund ein Forum, das dem Zweck diente, die Krise imperialer Herrschaft durch wirtschaftliche Regulierung zu bewältigen.[6] Indische Kaufleute aus Dar es Salaam sandten Petitionen an den Völkerbund, um den Umtausch deutscher Noten zu erwirken.[7] Dort wurden sie abgewiesen, weil der Völkerbund für solche Geschäfte nicht zuständig sei. Die Ansprüche verliefen sich in den Verästelungen des Versailler Vertrags.[8] Die indischen Kaufleute machten Gebrauch von einer neuen, imperialen Öffentlichkeit. Diese wies immense Zugangsschranken und Regeln auf, die subalternen Anliegen zuwiderliefen. Gleichwohl wurde versucht, sie zu nutzen.

Hier erscheint ein Widerspruch, der in seiner Grundstruktur vielerorts auftrat. Der Völkerbund war ein Platz unter mehreren, auf dem monetäre Regelwerke in Kraft gesetzt wurden, von deren Beteiligung die betroffenen Bevölkerungen ausgeschlossen waren. Das galt nicht nur im internationalen Gefüge, sondern auch innerhalb von Staaten: Die Doktrin unabhängiger Zentralbanken, die ab 1900 an Bedeutung gewann, wirkte als *cordon sanitaire* gegen expandie-

rende Volksrechte. Aber im selben Zug, und hier kommt die gegenläufige Tendenz des genannten Widerspruchs zum Ausdruck, erwies sich nach dem Krieg die monetäre Turbulenz als ein Feld, auf dem sich fundamentale Forderungen nach gesellschaftlicher Gestaltung erheben ließen. So verweist die hier nur angedeutete Nachgeschichte der deutschen Rupie auf zwei Punkte, die zum letzten Teil dieser Arbeit überleiten. Erstens: Nach dem Krieg entstanden neue Schaltstellen wie das Currency Board, in denen Umwertungen systematisiert wurden. Die Geschichte der deutschen Rupie hat gezeigt, wie eine Währung mit steten Umwertungen zwischen Medien, Recheneinheiten und Speicherformen verbunden war. Die Grundlagen solcher Arrangements gerieten immer wieder zum Gegenstand neuer Verhandlung. Dass monetäre Praktiken auf riskanten Übersetzungsprozessen beruhten, war eine Erfahrung, die Afrikanerinnen und Afrikaner wohl ungemein stärker machten als Europäerinnen und Europäer. In der Weimarer Inflationszeit kehrte diese Erfahrung aber mit Wucht im Alltag der deutschen Bevölkerung ein. Der dritte Teil der Arbeit unternimmt einen Sprung von der kolonialen Situation zur großen Inflation in Deutschland zwischen 1918 und 1923. Das Anliegen ist dabei weniger, auf diesem gut erforschten Feld neue Fakten zutage zu fördern, als vielmehr die Perspektiven, die in den ersten beiden Teilen entwickelt wurden, zu vertiefen. Denn die Inflation *ent-selbstverständlichte* für weite Bevölkerungsteile basale monetäre Praktiken. Arbeiterinnen und Hausfrauen, Kaufleute und Landwirte wechselten zwischen verschiedenen Rechenweisen hin und her, und sie suchten nach Wegen, das staatliche Papiergeld in stabilere Speicherformen zu überführen. Damit soll keine Kongruenz der monetären Praktiken zwischen Ostafrika und der Weimarer Republik behauptet, sondern versucht werden, eine Einsicht, die der koloniale Kontext aufgetan hat, für die Analyse der deutschen Geschichte einzusetzen: Übersetzung ist aufwändig und riskant. Ferner prägte der Kolonialstaat gewalthaft einer Bevölkerung das Wertmaß auf, aber zugleich war dieser Vorgang nicht beliebig gestaltbar (die deutsche Rupie musste an der indischen ausgerichtet werden), sondern abhängig von weiteren Machtbeziehungen. Auch das Beispiel der Weimarer Inflation zeigt, wie monetäre Souveränität von konkreten Setzungen

abhing – und wie diese Setzungen immer wieder an Grenzen stießen und scheiterten. Geld entsprang nicht einer einzelnen Instanz, sondern einem Ensemble von Kräfteverhältnissen: kein Geschöpf des Staats, sondern der Politik.

Zweitens: Nach dem Krieg entstanden neue Formen der Öffentlichkeit, in denen Geld als gesellschaftliches Medium verhandelt wurde. Unter Öffentlichkeiten werden hier ebenso konflikthafte wie kommunikative Arenen verstanden.[9] Mit Öffentlichkeiten ist demnach nicht eine einzige Sphäre der gesellschaftlichen Verständigung gemeint, sondern der unvorhergesehene Einspruch und der Widerstreit zwischen verschiedenen Sphären, in denen sich Stimmen erhoben. In der frühen Weimarer Republik bildete Geld in zuvor ungekannter Weise ein Spannungsfeld von wechselseitig im Konflikt liegenden Öffentlichkeiten, nicht nur auf dem Parlamentsparkett, sondern auch auf den Wochenmärkten. Während herkömmlich »Öffentlichkeit« in einen Gegensatz zur Privatheit gestellt und damit eine geschlechtliche Hierarchie untermauert wird, brachen in der Weimarer Inflationszeit subalterne Gegenöffentlichkeiten von Frauen, die ihre Familien versorgen mussten, genau diese Grenze ein, indem sie vor Rathäuser zogen, Marktplätze besetzten und dafür kämpften, die Preise für Lebensmittel herunterzudrücken. In einem anderen theoretischen Register formuliert, wurde durch solche Wortergreifungen »die politische Szene, die Szene der paradoxen Gemeinschaft, die den Streit gemeinsam macht«, eröffnet.[10] Als das Geld nicht mehr reibungsfrei seine Funktionen im Wirtschaftsprozess wahrnahm, gab dies an ganz unterschiedlichen Orten in der Gesellschaft Anlass, darüber nachzudenken, welche Art von sozialem Band das Geld sei, welche Formen der Vergesellschaftung es herstellte und welche es kappte. Davon handeln die folgenden zwei Kapitel.

III. Inflationszeit der Weimarer Republik

5. Preisproteste und soziale Reproduktion

Ein Blick von oben: Für den September 1920 lud der Völkerbund zur International Financial Conference nach Brüssel. Erstmals nach dem Weltkrieg trafen sich Bankiers, Zentralbankenvertreter und Spitzenbeamte, insgesamt 86 Delegierte aus 39 Ländern.[1] Das Ziel war, eine Art monetäre Weltkarte zu erstellen: »a general picture of the financial condition of the world.«[2]

Bereits im Frühling war Datenmaterial für die Konferenz erhoben worden. Auf dieser Grundlage präsentierte der Hauptredner, der schwedische Ökonom Gustav Cassel, ein »Memorandum on the World's Monetary Problems«.[3] Die dringendste Aufgabe bestand aus Cassels Sicht darin, die weltweite Inflation zu stoppen. Der einzige Weg zu stabilen Preisen führe über eine international koordinierte Währungspolitik, die eine notwendige Knappheit des Geldes bewirken würde. In der Kriegszeit hatten die Staaten die Geldversorgung willkürlich ausgeweitet. Nun gab es zu viel Geld und zu wenig Waren. Es gelte deshalb, die Geldmenge einzuschränken – »to restore the necessary scarcity of money« –, um die Spirale von Staatsausgaben, von Lohnforderungen, vom Aufpumpen der Kredite und von steigenden Güterpreisen anzuhalten.[4]

Cassel wandte sich gegen die verbreitete Ansicht, die Inflation sei durch eine kriegsbedingte Warenknappheit ausgelöst worden. In seinem Memorandum erklärte er das Finanzverhalten der Staaten im Krieg und unmittelbar danach zur Hauptursache der Geldschwemme. Um das Geld zu verknappen, müssten die Zentralbanken den Zinssatz, zu dem die Banken sich bei ihnen mit Geld versorgten,

erhöhen. Nur so seien stabile Preise zu erreichen. Die weitverbreitete Ansicht, gesetzlich festgelegte Warenpreise und strenge Strafen gegen Wucherer könnten die Steigerungen verhindern, wenn zugleich laufend neues Geld ins Land gepumpt würde, nannte er eine gefährliche Illusion.[5]

Als Cassel sein Memorandum verfasste, war die Inflation ein weltweites Phänomen von Japan über Frankreich und Großbritannien bis zu den USA. Aber zeitgleich mit der Konferenz begannen die Großmächte einen Prozess der Deflation, in dessen Verlauf Löhne und Preise gesenkt, Staatsausgaben gekürzt und Steuern erhöht wurden, während die Arbeitslosigkeit massiv anstieg. Es gab wichtige Ausnahmen zur globalen Deflation, etwa in Polen, Österreich oder der Sowjetunion. Und bekanntlich gab es ein großes Gegenbeispiel: die Inflation der Weimarer Republik, die einen völlig eigenen Verlauf nahm.[6]

Cassel hielt es für entscheidend, den »Trugschluss« aus dem Weg zu räumen, mithilfe von Preiskontrollen ließe sich die Inflation beheben.[7] Ausgleich der Finanzhaushalte und Anpassung der Wechselkurse, nicht die Preissenkung von Konsumgütern, würde Preisstabilität bringen. Aber auf den Wochenmärkten und in den Kaufläden der Weimarer Republik bot sich ein anderes Bild. Hier bedeutete die Suche nach Preisstabilität einen Kampf um die Kosten für Brot, Kartoffeln, Butter, Milch, Fleisch, Gemüse oder Kleider, also eine Auseinandersetzung um die Versorgung mit täglichen Gütern, von denen viele im Krieg rationiert gewesen waren. Hatte die Besonderheit der International Financial Conference darin gelegen, dass sie die Weltwirtschaft synoptisch in den Blick nahm und, in den Worten eines Berichterstatters, »the European economic situation as one complete whole« betrachtete, so erschien auf Straßenebene die monetäre Situation als ein immer neu zerklüftetes Konfliktfeld der Preise.[8]

Deshalb Szenenwechsel: Gut zwei Monate vor der Brüsseler Konferenz, am 1. Juli 1920, beriefen in Koblenz die Gewerkschaften eine Versammlung der Hausfrauen und Arbeiter ein. In den Tagen zuvor war es zu einem Aufruhr gegen Lebensmittelhändler gekommen. Die Versammlung forderte eine Beibehaltung der gesetzlich festgelegten Preise und protestierte gegen den »*ungerechtfertigten* Provit [sic] für

Erzeuger und Händler, der bis zum schmutzigen *Wucher* mit allen Lebensmitteln und Bedarfsartikeln« getrieben werde. Die Hausfrauen wurden zu »energischer *Selbsthilfe*« aufgefordert und von den Behörden ein schärferes Vorgehen gegen übersetzte Preise verlangt.[9] Die Ereignisse in Koblenz waren gewaltfrei verlaufen. Aber am Vortag hatte in Lübeck die Polizei auf eine Teuerungsdemonstration geschossen, in der die Menge Geschäfte plünderte, und eine Woche zuvor waren bei ähnlichen Aktionen in Ulm und Ravensburg sieben Menschen getötet worden.[10]

Die Protestwelle vom Sommer 1920 geschah in einem besonderen Moment der Inflation. Im Frühling hatte sich der Außenwert der Mark vorübergehend gefestigt, wenngleich die Preise im Inland weiter stiegen. Aufgrund der vergleichsweise günstigen wirtschaftlichen Lage verzeichneten die Proteste Teilerfolge: Preisanstiege wurden angehalten, aber nicht zur Umkehr gebracht.[11] Als eine Phase der »stabilen Fragilität« ist die Zeit zwischen Anfang 1920 und Sommer 1922, dem Einsetzen der Hyperinflation, treffend umschrieben worden.[12] Überhaupt verlief die Geldentwertung keineswegs kumulativ, sondern kannte eine Reihe an Wendepunkte: etwa das Londoner Ultimatum vom Mai 1921, die Ermordung von Außenminister Walther Rathenau ein Jahr später, die Ruhrbesetzung im darauffolgenden Januar, um nur einige zu nennen.

In dieser beweglichen Situation zeichnete sich indes ein Muster ab. Bis zum November 1923, dem Höhepunkt und Ende der Hyperinflation, kam es zu unzähligen Demonstrationen, Plünderungen und Aufständen, in denen es darum ging, die Preise der Lebensmittel festzusetzen. Die Initiative hatten dabei Frauen, Jugendliche und, gegen Ende der Inflation, arbeitslose Männer. Es waren Konflikte abseits des Lohnverhältnisses, die nicht in der Produktion, sondern in der Sphäre der Zirkulation stattfanden.

Cassels systemische Sicht von oben kontrastiert hier mit einer Perspektive von unten, was die Frage aufwirft: Wer machte Geldpolitik? Ganz offensichtlich verfügten allein Eliten – eine Gruppe hochrangiger Beamter, Spitzenpolitiker, Bankiers, Industrieller und akademischer Ratgeber – über die Macht, die entsprechenden Maßnahmen zu treffen. Die Bevölkerungsmehrheit lebte mit den Folgen,

ohne je die Schaltstellen der Geldpolitik einzunehmen. Wenn staatliche Instanzen auf den Druck der Straße reagierten, vermochte dies der eigentlichen ökonomischen Mechanik der Inflation keinen Einhalt zu bieten: Darin lag jener »Trugschluss« hinter Höchstpreisen und Wucherstrafen, vor dem Gustav Cassel gewarnt hatte.

So sehr all dies zutrifft, begrenzt dennoch eine Perspektive auf die Eliten genau jene Verbindung zwischen Politik und Wirtschaftsgeschehen, die im revolutionären Nachkriegsdeutschland entgrenzt wurde. Die Geldentwertung legte bloß, wie der alltägliche Einkauf mit makroökonomischen Verhältnissen und nationalen sowie internationalen Ereignissen zusammenhing. Als schließlich weite Teile der Bevölkerung sich von der Mark verabschiedeten und auf andere Tauschmittel auswichen, besiegelte diese »Flucht in die Sachwerte« das Schicksal der Währung. Ohne die Handlungsmacht gewöhnlicher Leute auf einen Bereich, der ihrer Partizipation weitgehend entzogen ist, zu überhöhen, sind die massenhaften Konflikte um Preise mehr als nachgelagerte Erscheinungen: In ihnen wurde das Verhältnis zwischen Wirtschaft, Alltag und Politik zu Disposition gestellt. Versorgungskonflikte rührten an Fragen der staatlichen Legitimität; in ihnen wurde die Aufteilung in private und öffentliche Sphären verschoben; und weil sie Kontroversen darüber entfachten, wie basale Wertgrößen zu verstehen seien, eignete Versorgungskonflikten eine epistemische Dimension. Zu den Preisfestsetzungen, um die es dabei ging, zählten qualitative juristische Bewertungen, quantitative Aggregate in Indizes oder Rechentechniken mit ihren Hilfsmitteln. In einem weiteren Sinn gehörten dazu auch Normvorstellungen, Zukunftsaussichten, Gerechtigkeitsideen, Feindbilder.[13] »Minderbemittelte Frauen«, wie man sie damals nannte, beanspruchten mit ihren Preisfestsetzungen den öffentlichen Raum, machten auf die prekäre Versorgungslage aufmerksam und stellten Forderungen an die Behörden. Das, was die Zirkulationskonflikte zum Problem erhoben, lässt sich mit dem Begriff »soziale Reproduktion« fassen, also den Tätigkeiten »der Versorgung, Betreuung und der Interaktion, die gesellschaftliche Bande herstellen und erhalten.«[14] Soziale Reproduktion findet innerhalb wie außerhalb des Markts statt. Sie geschieht mehrheitlich im Privathaushalt und ist damit der öffentlichen Auf-

merksamkeit entzogen, ist überwiegend unbezahlt und in eine untergeordnete Stellung verwiesen. Gewissermaßen das Hintergrundprogramm der kapitalistischen Produktion, reichen die Kreisläufe der sozialen Reproduktion weiter, in das Private und in die materiellen und emotionalen Beziehungen hinein, mit denen Menschen als gesellschaftliche Wesen aufgezogen und erhalten werden.

Haushaltsbudgets zu erstellen, Essen zu kaufen, den Haushaltsbedarf zu decken, war Teil einer unbezahlten Versorgungsarbeit, in die Elemente einer Subsistenzökonomie einflossen.[15] Gleichwohl spielte Geld in diesen Kreisläufen eine wichtige Rolle: Indirekt, weil die Verfügungsmacht über das Geldeinkommen das Kräfteverhältnis zwischen Ehemännern und Frauen strukturierte; direkt, weil die Versorgung der Familie den Gang auf den Wochenmarkt verlangte, der unter Inflationsbedingungen eine politische Aufladung erhielt.[16] Während also Auseinandersetzungen um soziale Reproduktion andere Schauplätze hatten als Lohnkämpfe, machten Preise von Konsumgütern den Streitpunkt dieser Konflikte aus. In seinem Aufsatz zur »moralischen Ökonomie der Menschenmenge« im England des 18. Jahrhunderts hat E. P. Thompson für die frühneuzeitlichen Marktunruhen die sozialen Beziehungen des »bread-nexus« geschildert, die zeitlich dem »wages-nexus« vorausgegangen seien.[17] Insofern es sich bei beiden um Zirkulationskonflikte handelte, ähnelten die Teuerungsproteste den »riots«, die Thompson beschrieben hatte. Aber die Subjekte, ihre Selbstverständnisse, ihre Appellationshorizonte und ihre Strategien waren in der Weimarer Inflationszeit anders, nicht zuletzt weil sie einen modernen Staat adressierten.[18] Die Art und Weise, mit der die erwähnte Koblenzer Versammlung den Begriff »Wucher« aufbrachte, erinnert an den im ersten Kapitel besprochenen Wucherdiskurs des 19. Jahrhunderts. Aber die Unterschiede überwiegen: Der Historiker Martin Geyer nennt den Ersten Weltkrieg eine »Wasserscheide« der Wuchersemantik.[19] Hatten Sozialreformer im Kaiserreich die Chiffre »Wucher« mit Rückständigkeit und prekären ökonomischen Praktiken der Unterklassen verbunden, so lieferte »Wucher« nach dem Krieg ein weit breiteres semantisches Feld, um gesellschaftliche Ungleichheit zur Sprache zu bringen. Dabei brach sich eine antisemitische Angriffslinie Bahn,

die von der völkischen Bewegung vorangetrieben und mit der die »soziale Frage« zu einer »jüdischen Frage« umkodiert wurde. Und doch stellte dies nur eine Stoßrichtung unter verschiedenen dar. Ob, wo und wie in Teuerungsprotesten antisemitische Gewalt manifest wurde, hing von keiner strukturellen Zwangsläufigkeit, sondern von konkreten Motiven ab. Da die Kämpfe um Preissteigerungen soziale Reproduktion – die Sorge für Versorgung – angingen, fanden sie in einem weit aufgefächerten Feld des Politischen statt.

Betrachtet man Preise als soziale Verhältnisse, so umfassen sie mehr als nur die rein quantitativen Markierungen des Geldes (1, 10, 1 Million Mark). Die Teuerungsproteste zeigten, wie Preise auch qualitative Eigenschaften hatten, die auf das Geld *als Geld* zurückwirkten. Geld ist das, was im Preis *ausgedrückt* und das, mit dessen Hergabe der Preis *erfüllt* wird; beides geschieht in gleichermaßen voraussetzungsreichen wie störanfälligen Prozessen. Mit dem Preis wird das Geld, das unter unproblematischen Bedingungen als universelles Äquivalent gilt, bevor es mit konkreten Waren ausgetauscht wird, *in eine Bestimmtheit* gesetzt.[20] Erst im Preis prallt die nichtspezifizierte Kaufkraft Geld auf den Boden der realen Transaktionen. Preise, und mehr noch Preisbewegungen, lösten zudem Erwartungen aus – das Handeln aufgrund dieser Erwartungen hatte wiederum Einfluss auf das Preisgeschehen. Schließlich standen die Lebensmittelpreise in Abhängigkeit zu anderen Preisen – etwa Löhnen (dem Preis der Ware Arbeitskraft) – und provozierten Kontroversen um die entsprechenden Auswirkungen auf wieder andere Preise.[21] Die zahllosen Setzungen einzelner Preise wirkten mit an der Kalibrierung des Wertmaßes des Geldes als Ganzem. Auf dem Höhepunkt der Inflation wurde es zunehmend schwierig, Preise überhaupt darzustellen: Konkurrierende Maßstäbe wie der Goldwert, der Dollar oder verschiedene Indizes (Preise, aggregiert aus anderen Preisen) tauchten auf. Das allgemeine Wertmaß verflüchtigte sich im Hintergrund der Auseinandersetzungen um konkrete Preise.

Politik der Preise

Wie die Inflation insgesamt, hatten auch die Straßenkämpfe gegen die Teuerung ihren Ursprung in der Kriegswirtschaft. Unter deren Bedingungen traten selbstverstärkende Mechanismen der Teuerung in Kraft. »Im System der Verkehrswirtschaft stellt der Preis den eigentlichen Regulator des Wirtschaftsprozesses dar«, bemerkte im Jahr 1916 der Ökonom Franz Eulenburg.[22] Der Krieg transformierte diesen Regulator von Grund auf. Zwar blieben prägende Eigenschaften der kapitalistischen Wirtschaft wie die Produktionsprozesse, die Eigentumsverhältnisse und das Profitmotiv weiterhin bestehen. Aber der Krieg bewirkte eine »Unterbrechung des freien Verkehrs«.[23] Er trennte innere und äußere Märkte, das internationale Angebot fiel weg: Abnehmer jagten den Verkäufern hinterher, schrieb ein Jurist, »und überboten sich untereinander, um die Ware zu erhalten.«[24] Hinzu kam, dass mit der Armee ein beispiellos mächtiger Akteur auftrat, der ohne Rücksicht auf die Kosten einkaufte. Sogar ohne den Preis zu erhöhen, wurde es für Produzenten lukrativer, die Kriegsmaschinerie mit ihrer ungemein schnelleren Umschlagszeit bevorzugt vor dem privaten Konsum zu beliefern. Es traten qualitative Strukturveränderungen auf, indem billige Güter stärker nachgefragt wurden als Luxusware, wodurch sie im Preis stiegen. Preiskontrollen suchten diesen Prozess abzufedern, waren aber nur so lange wirksam, wie die Waren nicht vom Markt verschwanden, weil die Produzentinnen und Produzenten sich weigerten, zu diesem Preis zu verkaufen. Eulenburg beobachtete, wie die Kriegswirtschaft die Kräfteverhältnisse in der Preisbildung verschob.[25] Extraprofite für bestimmte Güter wurden eine strukturelle Erscheinung – was zeitgenössisch »Wucher« gennannt wurde, wanderte vom Rand ins Zentrum.[26]

Ab 1915 begannen Frauen auf Marktplätzen für niedrigere Preise und die Verteilung von Lebensmitteln zu demonstrieren. Das Muster war in ganz Europa verbreitet, aber die Proteste in Berlin zogen besondere Aufmerksamkeit auf sich.[27] Im Oktober 1915 erschütterten über 50 Marktunruhen die Hauptstadt.[28] Dabei trat eine Sozialfigur hervor, die sich schließlich in einer neuen staatlichen Unterstützungskategorie konsolidierte: die »minderbemittelten Frauen«, in deren Namen Forderungen gestellt wurden. Die Vorstellung, ein

Recht auf Unterstützung zu haben, kannte verschiedene, auch einander widersprechende Begründungen. Universelle menschliche Bedürfnisse, aber ebenso das Gefühl, sich für den Krieg aufgeopfert zu haben, wurden vorgebracht. Ein verbindendes staatsbürgerliches Selbstverständnis stand neben exkludierendem Nationalismus.[29]

In der katastrophalen Versorgungslage des »Steckrübenwinters« 1916/17 wurden Proteste für die gerechte Verteilung von Lebensmitteln laut. Dieses egalitäre Moment durchzog auch eine Streikwelle vom April 1917. Formen der Selbsthilfe – Preise festzusetzen, Eigentum zu konfiszieren und neu zu verteilen – richteten sich nun überdies gegen die Kontrollwirtschaft des Staats.[30] Seit Frühjahr 1916 existierte das Kriegsernährungsamt, nach dem Krieg blieben Maßnahmen zur Preiskontrolle erhalten. Nicht nur in Deutschland, in ganz Europa stellten Konsumkämpfe zum Kriegsende Schauplätze für Reformmaßnahmen, revolutionäre Hoffnungen und Repression. Heute wird Konsum häufig mit den gestalteten Lebensstilen einer kapitalistischen Warengesellschaft in Verbindung gebracht. Aber ebenso konnte die Ungeduld von Konsumentinnen radikalen politischen Wandel mit sich bringen. Für das Frankreich des Jahres 1919 hat Tyler Stovall ein solches »alternative model of consumer citizenship« ausgemacht.[31] In Deutschland griff die Rätebewegung zwischen 1918 und 1920 Praktiken und Forderungen auf, die unter Arbeiterfrauen bereits kursierten. Preiskontrolle von unten geschah in engem Kontakt mit staatlichen Instanzen; konfrontativ, wie bei eingeschlagenen Schaufenstern, aber auch kooperativ, wie mit den Preisprüfungsstellen, in die Gewerkschaften, Konsumvereine und Organisationen der Frauenbewegungen eingebunden waren.

Der Druck der Versorgungskonflikte verschärfte bestehende Klassengegensätze, aber ebenso gewannen neue soziale Repräsentationen an Kontur. Im Namen von Bedürftigkeit und Schutzanspruch wurde das Gewicht der Verhältnisse als konkret erfahrenes Leid dargestellt, das nach einer allgemeinen gesellschaftlichen Abhilfe verlangte. Emblematisch zeigen dies die Auseinandersetzung um die Plakate gegen den Wucher, die die Künstlerin Käthe Kollwitz im Jahr 1920 für die preußische Regierung gestaltete. Die Zeichnungen zeigten abgemagerte Kinder, früh verhärmte Mütter und einen besorgten

Arzt. Kollwitz war bereits für ihre Bilder gegen den Krieg berühmt. In den Plakaten gegen den Wucher setzte sie ihr Engagement fort. Mütter, die ihre Kinder nicht mehr ernähren konnten und Ärzte, die ohnmächtig der Not zusehen mussten, standen bildhaft ein für das Problem der Reproduktion der Gesellschaft als Ganze. Der Begriff »Wucher« prangerte hier auf weiter Ebene gesellschaftliche Ungerechtigkeit an. Das darin zum Ausdruck kommende allgemeine Unrecht hatte indes polarisierende Wirkungen: Menschliches Leid konkretisierte sich als strittige soziale Ungleichheit. An einer überregionalen Besprechung, die unter dem Eindruck der Protestwelle vom Sommer 1920 stand, fand der Direktor der Preisprüfungsstelle für den Regierungsbezirk Wiesbaden, Kollwitz' Bilder reizten »zum Klassenhass auf.« Der Auftraggeber der Plakate, Carl Falck, Leiter des Landespolizeiamts beim Kommissar für Volksernährung, reagierte empört. Was Klassenhass provoziere, seien nicht die Plakate, sondern der »unerhörte Luxus« einer winzigen Clique von Profiteuren, während Millionen »gebrochener Greise, Frauen und Kinder« hungern würden. Zudem ergänzten schriftliche Botschaften die Bilder, fuhr Falck fort, so dass die Programmatik der Plakate absolut unzweideutig sei. Es ginge allein gegen den Wucherer, den generellen Feind im Kampf für das Wohl der »Gesamtheit aller Volksgenossen«.[32] Falck, der wegen der Plakate anonyme Todesdrohungen erhalten hatte, integrierte die offenbar klassenkämpferisch lesbaren Zeichnungen in eine übergreifende Beschwörung der »Volksgemeinschaft«. Bekanntlich avancierte letztere in der Weimarer Republik zu einem Schlüsselbegriff, der Teilhabe und Harmonisierung gesellschaftlicher Gegensätze verhieß, bis die antisemitisch-exkludierende Lesart der Nationalsozialisten Dominanz erlangte.[33] So changierte der vieldeutige Begriff Wucher parallel zur »politischen Deutungsformel« Volksgemeinschaft, der die meisten politischen Lager anhingen.[34] In seiner volksgemeinschaftlichen Verwendung sollte der Wucherbegriff genau jene gesellschaftlichen Zerklüftungen eindämmen, die in den Teuerungsprotesten zum Ausdruck kamen.

Wegen ihrer fundamentalen Bedeutung eignete der sozialen Reproduktion eine Brisanz zwischen verbindenden Appellen und gesellschaftlicher Konfrontation.

Ganz unterschiedliche Gruppen teilten die Überzeugung, dass die Preise für landwirtschaftliche Produkte zurückgebunden und gedeckelt werden müssten und hegten den Eindruck, die Landwirte würden ihre Erzeugnisse vom Markt zurückhalten. Gegen eine solche Koalition von links bis rechts in den Städten gingen die Agrarproduzenten immer wieder in Lieferstreiks. Dort, wo die Vorgaben der Zwangswirtschaft nicht einzuhalten waren, ohne dass man selbst Verluste einbüßte, lebte die Landbevölkerung in einem generellen Alltag der Illegalität.[35] Hamsterfahrten mit der Eisenbahn von der Stadt aufs Land, die in massenhaften Feldplünderungen mündeten, sorgten zusätzlich für ein angespanntes Verhältnis. Die Schwierigkeit der Ernährungsversorgung stellte vom Einzelhaushalt bis zu den höchsten Regierungsstellen hinauf das dringendste soziale Problem der Republik dar. Auch für großstädtische bürgerliche Familien stieg während der Hyperinflation der Anteil der Nahrungskosten auf über 60 Prozent – grob geschätzt eine Verdoppelung gegenüber der Vorkriegszeit –, im Herbst 1923 waren Spitzenwerte von über 90 Prozent keine Seltenheit.[36]

Preisproteste spielten sich in einem öffentlichen Raum ab, der neue Gestalt annahm. In der Metropole Berlin verlagerte sich der Detailhandel nach dem Krieg ein Stück weit von den Läden auf die Straße. Die Bedingungen für fliegende Händlerinnen und Händler wurden durch die Straßenverkehrsordnung von 1920 erleichtert.[37] Nun durften die Straßenhändler auf dem Gehsteig sitzen – dazu gehörten kriegsversehrte Veteranen, aber keineswegs nur Männer: knapp die Hälfte des Zeitungsverkaufs betrieben Frauen –, weil sie zu zahlreich waren, um ihre Tätigkeit zu unterbinden. Preisproteste erlangten in Berlin ungekannte Sichtbarkeit, weil sie sich auf einer Bühne abspielten, die, wie Molly Loberg gezeigt hat, eben nicht metaphorisch, sondern buchstäblich auf die Straße expandiert war.[38] Zudem wurde dieser öffentliche Raum militarisiert. Teuerungsproteste wurden nach dem Krieg gewalttätiger.[39] Nach den Straßenkämpfen der Revolution markierten die Freikorps, aber auch paramilitärische Verbände der Arbeiterbewegung und Bürgerwehren von Unternehmern eine kontinuierliche Präsenz auf der Straße. Weit massiver als der Auftritt politischer Gruppen war indes der Einsatz

staatlicher Gewalt mit örtlicher Polizei, Schutzpolizei und Reichswehr.[40]

Neudefinition des Wuchers

Während die Inflation die sozialen Beziehungen umschichtete, gab dies den Beteiligten Anlass zu politisch-ökonomischen Einschätzungen und moralischen Kommentaren zur sozialen Lage. Das Übergangsregime von der Rationierung zur Friedenswirtschaft brachte paradoxe Entwicklungen. Im November 1919 äußerten Düsseldorfer Arbeitervertreter die Befürchtung, dass die sogenannte Zwangsbewirtschaftung, also das System der Festpreise für Lebensmittel und Zwangsabgaben der Landwirtschaft, die städtische Güterversorgung verschlechtere.[41] Die Kommunen selbst umgingen die Preisvorschriften, indem sie via Schleichhandel einkauften, um die rationierten Lebensmittel aufzutreiben.[42] Überhaupt bewirke die Zwangsbewirtschaftung höhere Preise und schlechtere Ware, fanden Arbeitervertreter aus Hagen, Essen und Elberfeld. Während die Arbeiterschaft zunächst dem neuen Staat vertraut habe, die Versorgung gewährleisten zu können, würde sie jetzt enttäuscht. »Die Wucherstellen sind heute Einrichtungen zur Verteuerung der Lebensmittel«, kommentierte ein Arbeitervertreter ein Versorgungsregime, das er als in sich widersprüchlich ansah.[43]

Die Zwangswirtschaft wurde schrittweise abgebaut, 1920 wurden die Höchstpreise stark heraufgesetzt. Bis Sommer 1921 galten Marktpreise für die meisten Lebensmittel, nur für einzelne Produkte wie Brot und Brotgetreide blieben Höchstpreise und Subventionen erhalten.[44] Trotz dieser Abkehr von der Kriegswirtschaft bestanden Maßnahmen gegen den Wucher weiterhin. Sie geschahen auf Druck von unten. Mit ihren Preiskontrollen reagierten Regierungsstellen auf die Straßenpolitik. Die Preispolitik des Weimarer Staats ist im historischen Rückblick als »ein Fiasko« bezeichnet worden. Der »angemessene Preis« stellte, so Claudius Torp, einen »Erwartungsbegriff« dar, der das Unmögliche leisten sollte, gleichzeitig die Zwangswirtschaft abzubauen und die Preise zu lenken, und deshalb enttäuschen musste.[45] Den rechtlichen Apparat für die Preispolitik stellten die

Verordnung gegen Preistreiberei vom 8. Mai 1918 und die Ende 1919 eingerichteten Wuchergerichte dar, die Schnellverfahren mit abgekürzten Fristen und eingeschränkter Berufung abhielten.[46] Die Verfolgungspraxis dieser Gerichte war geografisch sehr ungleich verteilt und vor allem ein städtisches Phänomen. Von den 18.600 Wucherverfahren in Preußen im Jahr 1920 fanden knapp 20 Prozent allein in der Stadt Köln statt.[47] Im ganzen Reich sank in den drei Jahren zwischen 1920 bis 1922 die Zahl der Verfahren von 27.524 über 19.938 auf 13.919.[48] Zugleich nahm anteilsmäßig die Zahl der Freisprüche zu; überwiegend wurden Geldstrafen bis zu 1000 Mark gesprochen. Ein Grund scheint darin gelegen zu haben, dass bei zunehmender Geldentwertung die Kriterien erodierten, um angemessenen und wucherischen Gewinn auseinanderzuhalten. Aus Frankfurt an der Oder wurde im Sommer 1922 gemeldet, die Zahl der Strafverfolgungen habe abgenommen, weil die Beamten immer weniger in der Lage gewesen seien, übersetzte von legitimen Preisen zu unterscheiden.[49]

Für das Jahr 1923 ist keine reichsweite Statistik verfügbar, aber die Studie von Martin Geyer zu Bayern belegt, dass mit der nationalistischen Welle zur Ruhrbesetzung die Anklagen wieder hochschnellten, da nun sogenannte »Vaterlandsverräter« verstärkt verfolgt wurden.[50] Allgemein war die Kritik, die Instanzen der Wucherbekämpfung würden nur kleine Händler belangen und die großen unbehelligt lassen.[51] Häufig bestanden die Sachverständigen der Wuchergerichte aus Handels- und Gewerbevertretern, die selten gegen ihre Branche Partei ergriffen.[52] Staatliche Stellen räumten auch ein, die Preisprüfungsstellen seien nicht in der Lage, das Geschäftsverhalten von Großfirmen zu durchleuchten.[53] Gastwirte protestierten überdies gegen die neuen Gerichte, weil sie auf den Einkauf via Schleichhandel angewiesen seien. In Berlin wurden deshalb im Dezember 1919 die Lokale während eines Streiks geschlossen.[54]

Die Aufgabe der Preispolitik lag nicht darin, einzelnen Überschreitungen vorzubeugen, sondern den Preisen wieder eine Orientierungsfunktion zu verleihen, oder wie ein Thesenpapier zu einer Sitzung der Preisprüfungsstellen es formulierte, den verschiedenen Branchen »die verlorengegangenen, für die Verbraucherschaft erträglichen Preismasstäbe [sic] zurückzugeben.«[55] Der Frage der Angemes-

senheit von Preisen kam von vornherein eine epistemische Dimension zu.

Das Hauptziel der Verordnung gegen Preistreiberei lag darin, einen »übermäßigen Gewinn« für »Gegenstände des täglichen Bedarfs« zu verhindern, wobei die »gesamten Verhältnisse« auf dem Markt berücksichtigt werden sollten.[56] Dass die Begriffe offen definiert waren – erst 1922 veröffentlichte das Reichswirtschaftsministerium eine Liste mit etwa 1000 Gegenständen, die dem täglichen Bedarf zugerechnet wurden –, stellte die Preisprüfungsstellen (von denen im Jahr 1923 rund 1600 bestanden) und die Gerichte vor unlösbare Aufgaben.[57]

Der eigentliche Knackpunkt bestand darin, was das Kriterium der Prüfung ausmachen sollte. Mit dem »übermäßigen Gewinn« sollten nicht die Preise selbst, sondern die Profite reguliert werden. Den »angemessenen Preis« suchte die Gesetzgebung indirekt zu lenken, indem sie den Gewinn der Händlerinnen und Händler beschränkte.[58] Um zu verhindern, dass die Waren ganz vom Markt verschwanden, weil die Produzenten nicht mehr lieferten, mussten Preise ansteigen können. Noch während des Kriegs hatte eine Verordnung die »Marktlage« zur Richtschnur für die Bestimmung der Preisniveaus genommen. Die Kaufmannschaft akzeptierte dieses Vorgehen, die Gewinne zu überwachen statt Preissteigerungen per se zu bestrafen, solange die Volatilität des Markts berücksichtigt wurde.[59] Bald aber argumentierten Reichsbeamte, unter den Bedingungen der Kriegswirtschaft würde wegen der Warenknappheit und des »gegenseitigen Überbietens der versorgungsbedürftigen Käufer« keine Marktlage mehr bestehen. Sie führten deshalb eine neue Kategorie ein, die »Notmarktlage«.[60] Sei das Zusammenkommen von Angebot und Nachfrage so fundamental gestört wie in der Notmarktlage, dann würde das Ziel, tiefere Preise zu bewirken, ohne dabei gleich alle Preise behördlich zu diktieren, besser erreicht, wenn die Regulierung bei den Gewinnen ansetzte.[61]

Gewinne wurden anhand der sogenannten Gestehungskosten berechnet. Diese bestanden aus den Kosten für Einkauf, Logistik, Lagerung, den allgemeinen Unkosten der Firma und der Kapitalverzinsung sowie dem »Unternehmerlohn« und einer »Risikoprämie«,

in die Unwägbarkeiten wie das Verderben der Ware, Währungsschwankungen für Import- und Exportgeschäfte, Kreditausfälle oder Einbußen durch zukünftige behördliche Maßnahmen einberechnet werden konnten. Den Händlerinnen und Händlern wurde also ein Spielraum für die Preisbildung gelassen. Kaufleute forderten, in die Gestehungskosten müssten mindestens Durchschnittswerte einfließen, um sie den tatsächlichen Verhältnissen anzunähern. Auch wenn sie theoretischerweise zu eruieren waren, überforderten die Gestehungskosten die Preisprüfungsstellen: »Es fanden sich einfach keine Sachverständigen, welche die einzelnen Faktoren genau bestimmen konnten«, bilanzierte der Berliner Anwalt Max Alsberg, ein Experte für Wirtschaftsstrafrecht.[62]

Schlicht unmöglich war es aber, eine Vergleichsmarke zu finden, die den angemessenen vom übermäßigen Gewinn schied. Wie in verschiedenen Indizes auch, wurde der übliche Gewinn aus der Vorkriegszeit als Richtschnur genommen. Der Index machte einen zeitlichen Kurzschluss der Gegenwart mit der Friedenszeit von 1913, der aber angesichts der Geldentwertung nicht haltbar war – selbst, wo sie verfügbar waren, hatten die nominalen Gewinnbeträge der Vorkriegs- nichts mehr mit der Situation der Nachkriegszeit zu tun.[63] So entfachten die Gestehungskosten eine Kontroverse, inwieweit eine Händlerin die Kosten der Geldentwertung auf den Konsumenten abwälzen durfte.[64] Das Reichsgericht fällte eine Reihe widersprüchlicher Urteile: Mal durfte ein Händler die Geldentwertung zwischen dem Zeitpunkt des Einkaufs und des Wiederverkaufs rechtens als Teil einer Risikoprämie in seinen Verkaufspreis einfließen lassen, ein andermal wurde entschieden, dass die Differenz je zur Hälfte von Verkäuferin und Käufer getragen werden sollten.[65] Juristen argumentierten, die Preispolitik der Kriegszeit sei ein Ersatzmechanismus gewesen, aber mittlerweile würde wieder ein Markt bestehen, wenn auch einer mit Geldentwertung. Die Richtschnur, an der sich der angemessene Preis orientieren müsse, sei nun die allgemeine Marktlage und nicht mehr die Gestehungskosten.[66] Im Lauf des Jahres 1922 rückten in einer Reihe von Städten die Preisprüfungsstellen vom Prinzip der Gestehungskosten ab, worauf die Preise für Lebensmittel nochmals stark anstiegen.[67] Ende desselben Jahres entschied

dann auch das Reichsgericht, die Händler dürften den vollen Umfang der Geldentwertung zwischen Einkauf und Verkauf in ihre Preise einbauen.[68]

Ein weiteres strittiges Konzept betraf direkt die Zusammensetzung von Preisen: der »Kettenhandel«, der in der zweiten Kriegshälfte sich zum juristischen Begriff kristallisierte. Unter dem Eindruck der Warenknappheit sollten Bestimmungen gegen den Kettenhandel die Verteilung beschleunigen. Kaufleute wollten aber das Konzept dahingehend präzisiert haben, dass damit nicht der Zwischenhandel an sich gemeint sei, sondern nur derjenige Handel, »der eine Ware auf derselben wirtschaftlichen Stufe festhält und dem Verbraucher nicht näher bringt.«[69] Die Preisprüfungsstelle Hamburg hielt fest, gerade bei schwierigen Distributionsverhältnissen sei der Zwischenhandel wichtig. »Es kommt vor, dass bestimmte Warengattungen sich an einzelnen Orten aufgehäuft haben, während an anderen Orten großer Mangel besteht.« Die Gesetzgebung müsse deshalb Großhandelsplätze berücksichtigen.[70] »Kettenhandel«, wie die Ausdrücke »Schiebertum« und »Schleichhandel«, verwies den Begriff des Wuchers in den Bereich materieller Warenflüsse. Kontrollinstanzen sollten die Transparenz der Preise durchsetzen. Dazu gehörte, dass in den Läden Preisschilder aufgestellt wurden, die deutlich lesbar den Betrag in deutscher Währung auf handelsübliche Einheiten (Pfund, Liter, Meter, Stück, Zentner) bezogen.[71] Zur Wucherbekämpfung sollten Bahnhöfe und Eisenbahnen besonders überwacht werden, Postbeamte forderten für eine strengere Paketkontrolle die Aufhebung des Postgeheimnisses.[72] Polizisten und Hilfsbeamte durften im öffentlichen Verkehr Koffer und Pakete kontrollieren, die Eisenbahner sollten sie dabei unterstützen.[73] Begriffe wie Kettenhandel, Schleichhandel und Wucher bewerteten monetäre Austauschverhältnisse nicht nur nach einer schwer bestimmbaren »Angemessenheit«, sondern fügten diese Begriffe auch in ein generalisiertes System an Warenketten. Während »Wucher« einerseits soziale Ungleichheit skandalisierte und dabei andererseits einen Faktor der sozialen Polarisierung darstellte, konnte Wucher, wie vorhin angesprochen, als Schädigung des Gemeinwohls, die das Gesellschaftsganze bedrohte, betrachtet werden.[74] Nachvollziehbare Lieferketten, ein kontrollierter Fluss der Waren durch den Raum, transparente Faktoren

der Preisbildung: »Wucher« zu verhindern, galt nicht mehr dem Schutz einzelner rückständiger Subjekte mit ihren ungenügend rationalen Bewertungsweisen, als das er in Kapitel 1 dieses Buchs beschrieben worden ist, sondern dem Funktionieren der gesellschaftlichen Logistik als Ganzer.

Das Tempo der Geldentwertung und die Arbeit des Einkaufens

Beamte registrierten alarmiert den Verlust des Maßstabs zur Preisbeurteilung in alltäglichen Einkäufen.[75] Ein Memorandum im Reichswirtschaftsministerium argumentierte, die Preissteigerung sei die Folge davon, »daß *weder* Verkäufer noch Käufer einen auch nur einigermaßen *festen Wertmaßstab* für die Warenleistungen besitzen, daß *die Perioden, innerhalb derer sich der Geldwert erkennbar verändert, kürzer geworden sind als die Produktionsperioden*.«[76] Die tiefere Ursache der Geldentwertung liege nicht in der Bewegung der Warenpreise, und deshalb sei das Arsenal an Maßnahmen aus der Zeit der Kriegswirtschaft wirkungslos. Nicht Preisüberwachung, sondern die Erhöhung des Geldwerts sei nötig. Man müsse die öffentliche Meinung »von der reinen Preisfrage weg- und zur Geldwertfrage hinlenken.« Trotzdem bekräftigten Regierungsbehörden die Bedeutung und den Sinn der Preiskontrollen.

Im Sommer 1922, als die Ermordung des Spitzenpolitikers Rathenau die Erwartungen der internationalen Finanzmärkte erschütterte, leitete dies eine allgemeine Flucht aus der Mark ein. Nicht nur im Außenhandel, auch für Inlandspreise wurde der Dollarkurs zum entscheidenden Faktor. Gemäß dem Historiker Sebastian Teupe »verlagerten sich die Devisenmärkte zunehmend auf die Straßen der deutschen Städte.«[77] Für Kundinnen und Verkäufer trat mit dem Dollar ein neuer Maßstab auf, an dem sie sich auszurichten hatten. Die Anpassung der Binnenpreise an den Dollarkurs geschehe »ungemein rapide«, beobachtete der Staatssekretär des Reichswirtschaftsministeriums, progressiv dazu wachse »die Verbitterung weitester Volkskreise.«[78] Richteten Händler ihre Preise am aktuellen Dollarkurs aus, unabhängig von den Gestehungskosten und der Kaufkraft der Mark im Inland,[79] so wurden die Binnenpreise auf neue Weise volatil.

Die österreichische Sozialwissenschaftlerin Ilse Arlt beschrieb, wie zeitaufwändig und zufallsgetrieben die Alltagsökonomie nun ausfiel. Um das entwertete Geld möglichst rasch loszuwerden, standen Kundinnen morgens vor der Ladenöffnung Schlange; wer später kam, musste die Geschäfte durchwandern und »erstand, was irgend zu haben war.«[80] Arlts Untersuchung zu Wien belegt, wie viel Zeit das Einkaufen unter Inflationsbedingungen beanspruchte und wie Haushalte, die diese Arbeit nicht an Dienstbotinnen delegieren konnten, ins Hintertreffen gerieten.[81] Berufstätige Frauen mussten frei bekommen, damit sie einkaufen gehen konnten. Indem sie die Zeitverfügung beschnitt, erschwerte die Inflation den Tagesablauf, ja in gewissem Sinn verlangsamte sie ihn sogar. Im Gegensatz dazu übersetzten Begriffe wie »Markthallenpsychose« oder »Kaufpanik« das Tempo der Geldentwertung semantisch in einen beschleunigten Puls des Konsums.[82] Die beiden Zeiterfahrungen wirkten komplementär: Langes Anstehen und hektisches Anschaffen verzahnten sich in einem rasenden Stillstand. Tendenziell gesellte sich dazu ein buchstäblicher Stillstand, nämlich derjenige der Produkte, die von den Händlern stillgestellt wurden, weil jede Verschiebung einen weiteren Wertverlust bedeuten konnte. Ein Ökonom kommentierte, dass in den Teuerungsschüben des Jahres 1923 die Waren »mehr und mehr unbeweglich« wurden, »weil das Bewußtsein der Substanzverminderung bis in die letzten Kreise der Bevölkerung vorgedrungen war.«[83]

Der rasende Stillstand des Einkaufens zog psychologische Deutungen nach sich. Dabei gingen Psychologen und Ökonomen das Stereotypeninventar der weiblichen Hysterie durch. Sie bauten dabei auf eine massenpsychologische Zeitdiagnostik auf, die, wie bei Gustave Le Bon, die Massen mit Frauen und beide mit Irrationalität gleichsetzte.[84] Der Direktor der Psychiatrischen Universitätsklinik Tübingen fand, beeinflussbare, leicht erregbare, von emotionaler wie leiblicher Not getriebene Frauen, denen die wirtschaftlichen Zusammenhänge verschlossen blieben, würden im Kaufrausch und Teuerungskrawall die Besinnung verlieren.[85] Der Topos der Irrationalität verwies aber noch auf einen anderen Punkt, der auch in weniger stereotypen Beobachtungen vorkam und häufig, aber nicht durchgängig, geschlechtlich kodiert war, nämlich auf die Bedeutung mimetischen

Verhaltens. Kaufpaniken seien ein selbstverstärkender Effekt, argumentierte ein Statistiker. Bei einem Absturz der Mark im Verhältnis zum Dollar erwarteten die Konsumentinnen sofort eine Preissteigerung, ohne einen Richtwert für deren Grad zur Hand zu haben, was allein schon tendenziell zur Überbewertung führe. Der *run* auf die Läden steigerte dann abrupt die Nachfrage, was den Preisen einen weiteren Schub versetzte.[86]

In diesem Kontext entstanden neue Kalkulationstechniken wie der sogenannte »Multiplikator«. Dieses Instrument hielt in der Hyperinflation Einzug, als viele Wirtschaftsgruppen in den wertbeständigen Einheiten Gold und Dollar zu rechnen begonnen hatten.[87] Auf einem im Laden aufgehängten Schild multiplizierten die Händler eine von ihnen festgelegte Grundzahl mit einer Schlüsselzahl, die je nach Dollarkurs variierte. Der Detailhandel reagierte mit der Einführung des Multiplikators auf die Vorwürfe, er würde unter dem Deckmantel der Geldentwertung die Preise manipulieren. Gleichwohl war der Multiplikator im Jahr 1923 Gegenstand ständiger Konflikte.[88] Die sozialdemokratische Zeitung *Vorwärts* empfahl, weil viele Kundinnen nach dem Suchen und Anstehen zu erschöpft zum Nachrechnen seien, ein Buch mit Multiplikationstabellen namens »Summablitz« und beobachtete zur »Zeit des Zahlentaumels« eine Proliferation an Preisbeschriftungen, etwa groß ausgeschilderte Preise, die sich aber auf kleinere Einheiten als üblich (halbes oder Viertelpfund) bezogen oder nullenlose Zahlen mit dem kleingedrucktem Hinweis, es handle sich um Millionen.[89] Zur Kulmination der Hyperinflation musste der Multiplikator jeweils um 15 Uhr nach dem Goldpreis der Berliner Börse vom Vortag festgelegt und für die folgenden 24 Stunden gültig bleiben. Eine Beschilderung in Papiermark war nicht mehr vorgeschrieben, es reichten Grund- und Schlüsselzahl.[90]

Die Inflationsbedingungen bedeuteten eine massive Belastung für die Arbeit der sozialen Reproduktion. Es vervielfältigten sich die Kalkulationspraktiken und es expandierte das Feld ihrer Anforderungen – auch über die Tätigkeit des Einkaufens hinaus. Die frauenpolitische Zeitschrift der Sozialdemokratie *Die Gleichheit* anerkannte in ihren Artikeln den Aufwand und die Sinnlosigkeit ein Haushalts-

budget zu erstellen, das gleich wieder überholt sei. Trotzdem hielt sie ihre Leserinnen dringend dazu an, diese Daten zu erheben, weil es direkte politische Bedeutung habe, die Lebenshaltungskosten zu dokumentieren.[91]

Von der sozialen Reproduktion zur praktischen Gegenmacht

Sie hätten am 16. März 1923 »eine Marktkontrolle« beschlossen, schrieben die Genossinnen und Genossen des Kontrollausschusses Moabit in Berlin an die Kommunistische Partei: »Dabei wurden von uns Schilder herumgetragen. Von den Marktbehörden wurde ein Ueberfallkommando der Schupo alarmiert, das eine Genossin feststellte. Eine Herabsetzung der Preise gelang nicht. Es hatten sich ein ganzer Haufe Frauen gesammelt, der mit uns sympathisierte.« Einige Tage später »wurden in der Markthalle wieder Schilder herumgetragen, in denen der K. A. zu einer Versammlung am 22. 3. einlud. Es wurde wieder eine Genossin polizeilich festgestellt. Am 22. fand die Versammlung statt. Es hatten sich 60 Frauen eingefunden. Meistens parteilose. Während der Versammlung fuhr bewaffnete Schupo in Lastautos um unser Tagungslokal.«[92]

In den folgenden Monaten schrieb der Kontrollausschuss Moabit etwa wöchentlich Berichte, die stets gleich ausfielen: Versammlungen in der Markthalle, Forderung nach Herabsetzung der Preise, Rundgänge durch die Läden, Reibereien mit der Polizei. Wenn die Gruppe durchsetzen konnte, dass in den Läden die Preisschilder sichtbar aufgehängt wurden, galt dies als Erfolg. Mit Ausweisen, die von der Partei selbst hergestellt worden waren, verlangte die Patrouille von den Ladeninhabern die Lieferantenrechnungen einzusehen, um festzustellen, ob die verlangten Preise korrekt waren.[93]

Kontrollausschüsse waren eine Organisationsform, mit der die KPD in den Jahren 1922 und 1923 eine radikale Konsumpolitik betrieb, in der Formen praktischer Gegenmacht erprobt wurden. Die Schritte lassen sich als Teil einer Strategie sehen, mit der sich die Partei verstärkt der Alltagspolitik zuwandte, nachdem der bewaffnete Aufstand vom März 1921 gescheitert war.[94] Den Impuls zu den Kontrollausschüssen lieferten die Preisproteste von Frauen.[95] Diese

bildeten ein Experimentierfeld für Politikformen jenseits des Betriebs. Organisierte Selbsthilfe zur Preiskontrolle hatte es in der Arbeiterbewegung bereits früher gegeben[96], als die Rätebewegung der Revolutionszeit 1918 Formen der Selbsthilfe proletarischer Frauen mit ihren Versorgungspraktiken auf den Märkten aufgegriffen hatte.[97] Die Kontrollausschüsse stellten einen Versuch dar, die Rätebewegung wiederzubeleben. Nun versuchte die KPD mit den Kontrollausschüssen, die soziale Unrast über die Teuerung mit der Auflehnung innerhalb der Fabriken zu verbinden. »Kontrolle« war das begriffliche Scharnier: Kontrolle der Preise und Kontrolle der Produktion versprach Handlungsfähigkeit gegen die Ohnmacht der Teuerung. Was die Kontrollausschüsse speziell machte, war, dass hier die Politik der sozialen Reproduktion in die betriebliche Politik hineingetragen wurde; die Zeit der Kontrollausschüsse stellte einen der wenigen Momente dar, in dem die Relevanzhierarchie zwischen männlich kodierter Industriearbeit und weiblich geprägter Versorgung ein Stück weit umgekehrt wurde. Indes erwies sich diese Verschiebung im Vorrang von Produktion und Reproduktion als brüchig, flüchtig und von Paradoxien durchzogen.

Kontrollausschüsse politisierten die Unzufriedenheit und forderten die Behörden heraus. Sie suchten den Spielraum der Preisproteste zu erweitern und zu systematisieren. Kontrollausschüsse fochten die Kalkulationspraktiken von Händlern und Produzenten an, unter anderem, indem sie das Geschäftsgeheimnis verletzten, Einsicht in die Geschäftsunterlagen verlangten und die Preisentwicklung beurteilten, die im Verlauf der Warenketten stattfand. In der Bekämpfung des Wuchers machten sie Druck bei den Behörden, einen Schritt weiterzugehen und nicht nur für niedrige Preise, sondern für die subventionierte Verteilung von Lebensmitteln zu sorgen. An vielen Orten waren sie die Instanz, die bei Teuerungsunruhen mit den Behörden verhandelte.[98] Zum einen griffen die Kontrollausschüsse spontane Praktiken der Marktproteste auf. Zum anderen bedeutete »Kontrolle« des Marktgeschehens einen Versuch von Frauen und arbeitslosen Männern, Polizeifunktionen zu übernehmen, somit alternative Formen gegenüber der Staatsmacht aufzubauen, aber letzterer auch Anerkennung abzuringen. Überwachung von oben und Über-

wachung von unten lagen miteinander im Clinch; zugleich beobachteten und imitierten sie einander.

Ab Sommer 1922 sprach die Parteileitung den Betriebsräten größere Bedeutung zu und suchte Organisationen an der Basis zu bilden. Die erste Aktivitätswelle trug sich im Ruhrgebiet zu. Nachdem Duisburger Betriebsräte einen Kontrollausschuss gebildet hatten, forderte ein Demonstrationszug vor dem Rathaus Hamborn eine Senkung der Lebensmittelpreise um 30 Prozent. Ein Ausschuss, an dem die Gewerkschaften, aber nicht die SPD, beteiligt waren, handelte mit den Unternehmern schließlich eine Herabsetzung um 20 Prozent aus. Das Abkommen hielt zwar nur eine Woche, aber die Bewegung griff auf Sterkrade, Oberhausen und Bochum über. Ende Oktober bestanden in Rheinland/Westfalen 62 Kontrollausschüsse, im kommenden Sommer waren es in ganz Deutschland über 800, mit einem Schwerpunkt auf Mitteldeutschland.[99] Hinter der Gründung von Kontrollausschüssen stand die Strategie, gestützt auf die Betriebsräte die »Regulierung der Preise durch die Arbeiterschaft; Kontrolle der Produktion«, die Verteilung von Lebensmitteln und Kampf gegen die Wohnungsnot durchzusetzen.

> Die Arbeiter sollen mit ihren Betriebsräten das Banks- und Geschäftsgeheimnis durchbrechen, mit ihren Organen in den Apparat der Stadtverwaltungen und der Länder eindringen, sowie die Beschlagnahme und Verteilung aller Lebensmittel, Kleidungsstücke, Textil- und Lederwaren, Kohlen und Wohnungen überwachen, die Luxusproduktion lahmlegen u. s. w.,

so paraphrasierte ein Staatsschützer die Ziele der Bewegung.[100]

Innerhalb der Unternehmen wurden gezielt die Betriebsräte mobilisiert: Diese sollten die Geschäftspraktiken aufdecken, auf die das Management unter Inflationsbedingungen verfiel – das Horten von Rohmaterial oder das Produzieren auf Halde, mit dem Preissteigerungen ausgenutzt wurden – und schrittweise das Kräfteverhältnis innerhalb der Betriebe verändern. Mit solchen Vorstößen schaltete sich die KPD in Kontroversen ein, die seit der Einführung von Betriebsräten und besonders im Zusammenhang mit dem

sogenannten Betriebsbilanzgesetz geführt wurden: Die Frage nämlich, inwieweit Betriebsräte Einsicht in die Geschäftsunterlagen des Managements nehmen konnten.[101] Betriebsräte sollten die Umlenkungen im Produktionsprozess aufdecken, mit denen Unternehmer die Preissteigerungen sich zu nutze machen würden: Etwa, wenn »ein Kabelwerk sich Kupfer aufstapelt und seelenvergnügt die Produktion einschränkt, weil die Kupferpreise steigen und es am rohen Kupfer beim Verschieben mehr verdienen wird, als durch Herstellung von Leitungsdraht, der überall fehlt«, so formulierte ein Memorandum die Absicht, die hinter dem Vorhaben stand.[102] Dabei bestand ein entscheidendes Ziel darin, das betriebliche Geschäftsgeheimnis aufzubrechen.

In gewisser Hinsicht adaptierten die Kontrollausschüsse die Politik der sozialen Reproduktion auf die Produktionskämpfe: Praktiken aus Zirkulationskämpfen wurden in den Betrieb hineingetragen. In einer anderen Betrachtungsweise aber bestärkten gerade die Kontrollausschüsse die Dominanz der männlichen, betriebsorientierten Politik über die von Frauen getragene Bewegung gegen die steigenden Preise. Die KPD verkörperte diesen Widerspruch – auf eine in Frauenkämpfen verwurzelte Initiative aufzubauen und diese im selben Zug zu Zulieferdienste herabzusetzen.[103]

Die Widersprüche entsprachen einem größeren Muster. Von allen Weimarer Parteien trat die KPD am radikalsten für Frauenrechte ein, sie zählte Frauen in ihren höchsten Gremien und den größten Frauenanteil unter den Parlamentsabgeordneten. Zugleich hatte sie nur wenige weibliche Mitglieder und noch weniger Wählerinnen. Zwar stieg die Zahl der aktiven Frauen in der Partei mit der Vereinigung mit dem linken Flügel der USPD an und erreichte im Jahr 1923 11.1 Prozent beziehungsweise 32.856 Frauen. Damit lag sie etwa gleichauf mit dem Anteil der Sozialdemokratinnen, der in der unmittelbaren Nachkriegszeit 20,3 Prozent betragen hatte, dann aber bis 1923 auf 10.3 Prozent sank, um anschließend wieder anzusteigen. Aber die KPD war die Partei mit dem geringsten Wählerinnenanteil in der Weimarer Republik überhaupt.[104] Die strategische Fixierung auf die Industriearbeit und das Stereotyp von der politischen »Rückständigkeit der Frauen« verwiesen die Aktivitäten der Frauengrup-

pen stets auf einen untergeordneten Platz.[105] Kontrollausschüsse von Hausfrauen, so die Richtlinie, mussten einem entsprechenden Gremium der Betriebsräte unterstellt sein oder als »Hilfsorgan« eines weiteren, männlichen, Kontrollausschusses fungieren.[106] Diese organisierten Hausfrauen überprüften die Arbeit der Wucherpolizei auf den Märkten und wurden bei den Behörden vorstellig, um verbilligte Abgabe von Lebensmitteln an »die minderbemittelte Bevölkerung«, Sozialrentner und Kriegsinvalide sowie für Kinder, Schwangere und Wöchnerinnen die Milchversorgung einzufordern. Wenn sie in staatliche Preiskontrollstellen gewählt wurden, setzten die Frauenkontrollausschüsse sich über den Kampf gegen den Wucher hinaus für die generelle Verteilung von Lebensmitteln ein.[107] Die Rückbindung der Frauen innerhalb der Partei geschah recht direkt. Beispielsweise wurden auf einer Betriebsrätekonferenz die Anträge von Frauen übergangen. »[D]a die Unruhe unter den Hausfrauen sehr groß ist und wir feststellen müssen, daß die Hausfrauen noch nicht zu Wort gekommen sind, trotzdem das Wort verlangt worden ist, bitte ich doch dringend, einer Frau wenigstens ein paar Minuten Zeit zu geben«, insistierte eine Vertreterin erfolglos.[108] Aber die Geldentwertung eröffnete ein zu wichtiges Feld der politischen Mobilisierung, als dass die Militanz von Frauen sich auf Hilfsdienste zurückdrängen ließ. Die Teuerung stellte einen wichtigen Bereich für die Frauenkämpfe dar, nicht nur für die KPD. Die sozialdemokratische *Gleichheit* wies ihre Genossinnen an, im Agitationsgespräch immer zuerst die Teuerung zum Thema zu machen; dasselbe tat die KPD in ihren sogenannten Werbewochen.[109] Kontrollausschüsse betrieben ein fortwährendes *policing* von unten. Sie bemühten sich um ein offizielles Auftreten mit Stempeln und Ausweisen. Dabei verliehen sie sich im selben Zug selbst Legitimität, indem sie zugleich die Zuerkennung von amtlichen Funktionen einforderten. In Berlin wies die Polizei per Rundschreiben darauf hin, dass die entsprechenden Patrouillen überhaupt keine amtliche Befugnis hätten. Unter der sozialistischen Regierung in Sachsen allerdings wurden die Kontrollausschüsse zeitweise ausgeweitet.[110]

Kontrollausschüsse versuchten, die Rechenweisen des Detailhandels, seine Gestehungskosten und Preisbeschriftungen zu über-

wachen. Sie schüchterten die Händlerinnen und Händler ein und zwangen sie zur Kooperation, indem sie, direkt oder indirekt, mit Plünderung drohten.[111] In ihrer Presse argumentierte die KPD zwar stets gegen das Plündern, da es wirkungslos wäre – auf dem Höhepunkt der Inflation wurden entsprechende Aktionen reaktionär genannt.[112] Vor Ort sah dies aber anders aus. Die überlieferten Berliner Quellen zeugen von einer Stadtteilpolitik, in der auch lokale, improvisierte Steuern vorgeschlagen wurden. Auf einer Versammlung in Moabit forderte der Kontrollausschuss die Verteilung von Brot und Kohle – die Kosten der Subvention seien »auf sämtliche Besitzer von Personen- und Luxus-Automobilien des zweiten Bezirks« umzulegen. Wenig überraschend, blieb der Vorstoß erfolglos.[113]

Wenn Kontrolle der Preise im Konsum und Kontrolle der Prozesse in der Produktion zusammenkamen, sollte der Kampf gegen die Teuerung zur Anfechtung der unternehmerischen Rationalität führen.

Häufig eher sich selbst zum Trotz, das heißt mit den Paradoxien, die generell das Verhältnis der Arbeiterbewegung zu Praxisfeldern von Frauen kennzeichneten, trat in der kommunistischen Politik eine Strömung auf, die den Brennpunkt Preise und mit ihm soziale Reproduktion in die Betriebspolitik einfließen ließ. Die Kontrollausschüsse nahmen unternehmerische Kalkulationspraktiken unter die Lupe, brachen das Geschäftsgeheimnis auf, stellten das staatliche Gewaltmonopol in Frage und drängten auf die Expansion von Preiskontrollen hin zur Verteilung von Gütern. Ein solches Bemühen, eine Art Gegen-Polizei in Gang zu bringen, warf alltagspraktische Fragen der Souveränität auf.

Aufruhr um die Zahlungsmittel

Die Kontrollausschüsse der KPD stellten nur eine Variante der Preiskontrolle dar. Obwohl sie eine spontane Form der Selbsthilfe waren, wiesen die Marktproteste offene Ränder zu institutionalisierten Formen der Interessensdurchsetzung auf. Durchgehend fürchteten die Behörden den Verlust des staatlichen Gewaltmonopols durch die Selbsthilfe. Genau deswegen griffen sie Kontrollformen aus der städ-

tischen Bevölkerung auf.[114] Dazu gehörte der Einbezug von Vertreterinnen der Arbeiter- und Frauenbewegungen in die Preisprüfungsstellen. Dort dominierten zwar grundsätzlich die Gewerbeinteressen, aber Vertreterinnen der Hausfrauenvereine nahmen – zusammen mit weiteren Konsumentenvertretern – Einsitz in den Preisprüfungsstellen, waren allerdings in der Unterzahl.[115] Ab Ende 1921 wurden auch die Gewerkschaften zugelassen.

Die Preissenkungen, die Frauen auf dem Markt erzwangen, geschahen in der Regel mit wenig Gewalt. In vielen Fällen ähnelten die Ziele, wenn auch nicht die Methoden, der spontanen Preisfestsetzung der offiziellen Preiskontrolle. Frauen, Jugendliche und Kinder versammelten sich in der Markthalle, sorgten für Aufruhr und bedrängten die Händler und Verkäuferinnen. Direkte physische Gewalt gegen das Ladenpersonal scheint die Ausnahme gewesen zu sein. In den meisten Fällen zog eine Demonstration vor das Rathaus der Stadt, um die Behörden für eine Preissenkung einzuschalten. Tote und Schwerverletzte gab es bei den Plünderungen in der Hyperinflation ab der zweiten Jahreshälfte 1922 am häufigsten in der Auseinandersetzung mit der Polizei, weniger bei Kämpfen zwischen Paramilitärs der Arbeiterbewegung und der völkischen Rechten.[116] In den Fällen, die das Pressearchiv des agrarischen Interessenverbandes Reichslandbund, einer der größten Medienspiegel seiner Zeit, dokumentierte, waren in der Mehrheit der Fälle Schüsse der Polizei in die Menschenmenge und, in geringerem Ausmaß, Schüsse aus der Menschenmenge auf die Polizei, die Todesursache bei den Unruhen.[117]

Das Tempo der Geldentwertung machte Preiskontrollen schwieriger und die Proteste dringender. Teuerungsunruhen konnten spektakulär ausfallen. Manche Krawalle glichen theatralischen Auftritten gegen Konsumorte, etwa dann, wenn das Ziel darin lag, Hunger zu skandalisieren. So forderten im Juni 1923 Arbeitslose zunächst vor dem Leipziger Rathaus höhere Unterstützungssätze. Daraufhin zog ein Teil der Demonstration zum eleganten Café Felsche und verwüstete dessen Veranda. Anschließend drangen die Krawallanten weiter ins Königin-Luise-Haus, wo sie – anscheinend erfolgreich – ein Mittagessen verlangten, mit der Drohung, sonst alles zu demolieren, während eine Gruppe durch eine Dampfbäckerei stürmte

und dort Brote stahl.[118] Ab dem November 1922 hielt die Berliner Polizei rund um die Uhr in jedem Telefonamtsbezirk ein spezielles, motorisiertes Plünderungskommando in Bereitschaft, das per Telefon erreichbar war und ein bereits bestehendes Überfallkommando ergänzte.[119] Technische Hochrüstung, wie sie in Metropolen stattfand, war aber nicht das vorwiegende Mittel, um den Teuerungsunruhen polizeilich zu begegnen. Lokale Behörden nahmen vielmehr häufig Beschlagnahmungen von Lebensmitteln vor, um den Kämpfen vorzubeugen. Als im Sommer 1923 der Ruhrbesetzung die Versorgung kollabierte, versuchten städtische Behörden auf diese Weise großflächige Feldplünderungen im Umland zu verhindern. Das Braunschweiger Staatsministerium wies im August 1923 die Bauern zur (bezahlten) Ablieferung von Lebensmitteln an. Ähnlich übernahmen in Krefeld die Behörden die Bestände von den Lebensmittelhändlern, um sie zu Einheitspreisen in der Markthalle zu verteilen.[120]

Mancher Aufruhr ging über Preisproteste als Konflikte um Geldquantitäten hinaus, wenn auch die Qualitäten des Geldes zur Disposition standen. Die Protestierenden verlangten dann nicht nur eine Senkung, sondern auch ein anderes Maß der Preise. Dazu gehörte der Wechsel zu Fremdwährungen. Wie erwähnt, fand ab dem Sommer 1922 eine allgemeine Flucht in die Devisen statt.[121] Vor diesem Hintergrund mutierten Teuerungsunruhen in Kämpfe um Geldsorten. In den Grenzregionen und annektierten Gebieten machten Arbeiterinnen und Arbeiter Druck, Löhne oder Zulagen in wertbeständiger Fremdwährung zu bekommen. Im Saargebiet, das mit dem Vertrag von Versailles vorübergehend Frankreich zugeschlagen worden war, figurierte zwar die Markwährung als patriotisches Statement gegen die französische Verwaltung unter Aufsicht des Völkerbunds, aber vor Ort streikten zeitweise städtische Arbeiterinnen und Angestellte, zum Entsetzen der sozialdemokratischen Parteiführung, für Löhne in Franc.[122] Der Währungsdualismus der Region bestand seit dem August 1920, als erstmals 75.000 Arbeitern in den Frankreich zugesprochenen Minen Löhne in französischer Währung bezahlt wurden. Im Frühjahr 1923, kurz bevor im Juni der Franc als einziges gesetzliches Zahlungsmittel verordnet wurde, bezogen schätzungsweise drei Viertel der Bevölkerung ihre Einnahmen in Franc.[123]

Bereits im Sommer 1921 hatten die Beschäftigten der Eisenbahn, des Telegrafen- und des Postwesens ebenfalls Franc-Löhne verlangt, woraufhin die Verwaltung dieser Staatsbetriebe komplett – auch für ihre Tarife – auf französische Währung umgestellt wurde. Die Maßnahme zog einen Protest Deutschlands beim Völkerbund nach sich.[124] Doch nur wenig später brachten die Arbeiter und Angestellten der Gemeinden, die unter deutscher Verwaltung standen, ihr Anliegen einer Teuerungszulage an die französische Regierungskommission. Diese wiederum war nur bereit, höhere Löhne in Franc auszuzahlen. Gegenüber dem Völkerbund betonte der französische Präsident der Regierungskommission, die kommunalen Angestellten seien damit einverstanden gewesen: »Certains fonctionnaires municipieux ont expréssément [sic] demandé la rénumération en francs; la totalité a laissé entendre qu'elle serait acceptée avec reconnaissance.«[125] Die Kommunalregierung Saarbrückens aber, die unter deutscher Kontrolle stand, stellte sich gegen diesen Plan. Im November 1921 kam es zu einem Streik, der sich gleichermaßen gegen die deutsche Kommunalregierung wie gegen die französische Regierungskommission zu richten schien, in dessen Verlauf das Gas- und Elektrizitätsnetz abgeschaltet wurde und der zu dem Ergebnis führte, dass nun die Löhne in Franc ausbezahlt wurden.[126]

Diese Situation konkurrierender monetärer Autorität, bis dahin ein besonderes Merkmal der besetzten Gebiete, weitete sich in Deutschland aus, als die Hyperinflation ihre Höchstwerte erreichte. In Lörrach nahe der Schweizer Grenze zum Beispiel bestreikten im September 1923 Arbeiterinnen und Arbeiter eine Reihe von Fabriken und setzten eine »Wirtschaftsbeihilfe« von 50 Schweizer Franken durch. Bei einem ähnlichen Vorstoß eine Woche zuvor in Rheinfelden (Baden) waren 20 Schweizer Franken herausgeholt worden. Hatten die Patrons in Lörrach »nur unter dem schärfsten Druck« zugestimmt, weshalb der badische Arbeitsminister die Vereinbarung annullieren wollte, weitete sich der Streik aus, um eine solche Zulage auch für Beschäftigte im öffentlichen Dienst und für Arbeitslose zu erreichen.[127] Als die Arbeitgeber von der Vereinbarung zurücktraten, kam es zu Unruhen, mit, so die kommunistische Zeitung *Rote Fahne*, mehreren Toten.[128]

Im Sommer 1923 kam die Reichsdruckerei – unter anderem, weil sie im Rahmen einer Streikwelle gegen die Regierung Wilhelm Cuno lahmgelegt wurde – nicht mehr nach mit der Herstellung der Banknoten. Einem Erinnerungsbericht zufolge lieferten 30 Papierfabriken an 133 Druckereien mit 1783 Druckmaschinen, die allein für die Notenherstellung in Betrieb waren, aber all dies reichte nicht.[129] Um der Zahlungsmittelknappheit zu begegnen, begannen Kommunen, Banken und Industriebetriebe Notgeld zu drucken, das häufig mit keinerlei Gegenwert gedeckt war. Wohl knapp 6000 verschiedene Stellen emittierten diese Ersatzscheine für den lokalen Umlauf. Während die staatliche Autorität der Geldschöpfung sich verflüchtigte, kam auf den Scheinen die Gewalt des Ressentiments zum Zug. Mit häufig antisemitischen Sujets betrieben die Noten eine visuelle Schuldzuweisung für die Währungskatastrophe.[130]

Die Übersetzung zwischen den verschiedenen Geldsorten und deren Gültigkeit sorgte für Verwirrung, was wiederum zum Verfall der Papiermark beitrug, die nun alle wirtschaftlichen Akteure möglichst rasch loswerden wollten. Das Verhältnis der verschiedenen Geldsorten war konfliktbeladen, weil ihr Anwendungsbereich höchst ungleich verteilt war. Wie im folgenden Kapitel näher ausgeführt wird, wurden Löhne in der Industrie noch lange in Papiermark und nicht wertbeständig ausbezahlt. Der Detailhandel wurde auch 1923 noch zur Annahme der Papiermark verpflichtet, als die Grossisten und Industriellen längst mit wertbeständigen Formen operierten.[131] Die verschiedenen Geldsorten zeugten von Kämpfen um die lokale Macht, im jeweils eigenen Bereich eine Metrik als Standard durchsetzen zu können.

Fetischisierung und Gewalt: Pogrome

»Am 5. 11. [1923] um 4 Uhr nachmittags rempelten mich 2 Damen und 1 Herr, die zur Intelligenz gehörten, an und erklärten mir, dass man heute bei mir rauben wird«[132], erzählte Natan Podhorcer. Die drei gebildet wirkenden Personen hatten an der Wohnungstür seiner Familie geklingelt. Podhorcers Ehefrau öffnete die Tür, und als Podhorcer hinzutrat und nach dem Grund für den angekündigten

Überfall fragte, sagten ihm die drei, dass sein Name »auf der Liste stehe.« Nach der Drohung verschwanden die zwei Frauen und der Mann. Frau Podhorcer folgte ihnen und bat einen Polizisten an der Ecke Alte Schönhauserstraße und Linienstraße, das Trio festzunehmen. Natan Podhorcer schickte seinen Sohn auf die Polizeiwache, um Schutz für sein Herrenmodegeschäft zu erbitten. Dies wurde abgelehnt – es sei ja noch nichts passiert. Am späteren Nachmittag versammelten sich mehrere hundert Menschen vor dem Laden. Podhorcer und sein Sohn drückten von innen die Jalousien herunter, aber die Menge hatte Stemmeisen und brach die Tür auf. Der Ladenbesitzer berichtete, ein Überfallkommando der Polizei sei tatenlos vorbeigefahren. Ein Nachbar, der gegenüber wohnte, erzählte, das Überfallkommando habe angehalten und habe, als die Menge begann, das Auto zu stürmen, einige Schüsse abgegeben. Daraufhin sei die Menge einen Moment auseinandergestoben. Das Auto fuhr weiter, die Menge sammelte sich erneut. Podhorcers Geschäft wurde ausgeraubt und zerstört.

Der Scheunenviertelkrawall in Berlin-Mitte vom 5. und 6. November 1923 war das aufsehenerregendste Pogrom der Inflationszeit. Die Polizei schützte die jüdische Gemeinde nicht genügend, und sofort entbrannte eine öffentliche Debatte, ob aus Überforderung oder willentlich, zumal viele Opfer aussagten, sie seien auch von der Polizei misshandelt worden. Weil eine Anzahl der Geschädigten die polnische Staatsbürgerschaft besaß, legte die polnische Botschaft Protest beim Auswärtigen Amt ein. Dazu sammelte sie die Aussagen von über hundert Personen, darunter auch Natan Podhorcer. Um den Vorwurf des Polizeiversagens zu entkräften, beauftragte das Auswärtige Amt die Polizei, die Interviewten nochmals zu verhören. Diese Quellen, die hier zum ersten Mal ausgewertet werden, erweitern das Bild jenes gut erforschten Gewaltexzesses.[133]

Es gibt zwei Versionen zum Auslöser des Krawalls, beide handeln vom fragilen Verhältnis zwischen verschiedenen Geldsorten, und in beiden steht ein Aufruhr vor dem Arbeitslosenamt an der Gormannstraße am Anfang. Eine Erzählung ging dahin, die Arbeitslosen hätten Goldanleihen ausbezahlt bekommen, die von Devisenhändlern im Scheunenviertel zum Tageskurs umgewechselt wurden, im

freien Handel aber mehr wert gewesen wären – als die Menge dies bemerkte, stürzte sie sich, so die Geschichte, auf einen »ostjüdischen« Straßenhändler.[134] In der zweiten, häufiger genannten Version bekamen die wartenden Arbeitslosen die Nachricht, der Amtsfiliale seien die Unterstützungsgelder ausgegangen. Antisemitische Agitatorinnen und Agitatoren die von verschiedenen Berichten als gutbürgerlich gekleidet beschrieben wurden, verbreiteten das Gerücht, jüdische Händler hätten die wertbeständigen Papiere systematisch aufgekauft.[135] Während die Angriffe auf Passanten und Geschäfte vormittags noch ungeplant erschienen, hatten diejenigen im Lauf des Nachmittags verstärkt organisierten Charakter. Das Pogrom forderte mindestens einen, wohl zwei Tote: einen jüdischen Metzger und wahrscheinlich einen Arbeiter, der den Angreifern zuzurechnen war.[136]

Die Gewalt im Scheunenviertel fand in einem breiteren Kontext von Teuerungsunruhen statt. Drei Wochen zuvor war die Brotkarte abgeschafft worden. Nun folgte der Brotpreis direkt dem Dollarkurs.[137] Bereits vor dem Pogrom waren in der ganzen Stadt Bäckereien und Lebensmittelläden geplündert worden. Für die Tage zwischen dem 3. und dem 7. November zählte die Polizei in Groß-Berlin Plünderungen von 152 Lebensmittelgeschäften und 55 Kleider- und Schuhläden. 61 der Inhaberinnen und Inhaber wurden als jüdisch identifiziert, 146 als nichtjüdisch.[138] Obgleich das Auswärtige Amt diese Zahlen verwendete, um das Pogrom auf dem diplomatischen Parkett herunterzuspielen, zeigen sie dennoch, wie der Scheunenviertelkrawall in einem größeren Zusammenhang stattfand, dessen Proteste unterschiedliche Zwecke und Ziele hatten. Das Pogrom bildete eine Ballung antijüdischer Gewalt in einem weiten Feld der sozialen Unrast.

Diese Gewalt war spezifisch, aber nicht neu.[139] Seit Kriegsbeginn hatten die Ausschreitungen gegen jüdische Einrichtungen zugenommen. Aus einem Sample von 200 Protesten zwischen Kriegsbeginn und Hyperinflation sind in knapp einem Sechstel der Fälle antijüdische Elemente eruiert worden.[140] 1919 in Chemnitz oder 1921 im bayerischen Memmingen kam es zu gezielten Angriffen auf Juden, im Jahr 1923 häuften sich die Gewaltakte.[141] Mindestens in Karlsruhe,

Nürnberg, Erfurt, Coburg, Bremen, Oldenburg und Breslau enthielten Teuerungsunruhen immer auch antijüdische Ausschreitungen.[142]

Die von offizieller Seite betriebene Wuchersemantik öffnete die antijüdischen Traditionsbestände des Wucherkonzepts. In den bayerischen Bierkellern baute Adolf Hitler seinen Ruf als Redner mit Tiraden gegen »Schieber«, »Wucherer« und die Börse auf.[143] Allerdings waren die Teuerungsproteste generell politisch links konnotiert und richteten sich gegen Gewerbetreibende und Agrarproduzenten, also Kreise, um die sich die 1920 gegründete NSDAP bemühte; Hitler nannte die Teuerungsproteste denn auch einen »Judenschwindel.«[144] Umso massiver setzte er »Wucherer« mit »Juden« eins und verschob so die Konfliktlinie weg von den sozialen Gegensätzen zwischen urbanen Konsumenten und ländlichen Produzentinnen hin zu einem imaginierten Feind. In der »Judenherrschaft« würden die »Ursachen der Teuerung und Preissteigerung« liegen, hieß es auf einer NSDAP-Versammlung in München, »die letzten Endes auf das schamlose Gebaren der Wucherer und Schieber und nicht auf die Bauern allgemein zurückzuführen« seien.[145] Der Wucherdiskurs verschaffte der völkischen Bewegung die Gelegenheit, in die Mitte gesellschaftlicher Debatten über Versorgung und Gerechtigkeit vorzustoßen.[146]

Das Berliner Scheunenviertel war seit Langem stigmatisiert. Der dicht besiedelte Stadtteil nordwestlich vom Alexanderplatz war als Prostitutionsviertel verrufen und erfuhr, nach einer ersten Migrationswelle im späten 19. Jahrhundert, nach dem Ersten Weltkrieg einen neuen Zustrom »ostjüdischer« Flüchtlinge. Ein hochrangiger Polizeibeamter nannte das Viertel ein Ghetto und eine Brutstätte des Bolschewismus, als im Frühjahr 1920 zwei großflächige Razzien gegen »Schieber« stattfanden. Die *Jüdische Rundschau* kritisierte, der illegale Devisenhandel würde mit solcher Jagd auf gesellschaftlich Schwache nicht unterbunden, im Gegenteil: Auf dem noblen Kurfürstendamm wäre eine Razzia gegen Valuta-Schieber sicher aussichtsreicher, aber selbstredend für die Polizei inopportun.[147]

Ein offizieller Bericht schätzte den finanziellen Schaden des Scheunenviertelpogroms, den über 40 Geschäfte, die allermeisten davon kleine Läden, erlitten hatten, auf insgesamt 75.000 Goldmark. Die Aussagen der Opfer auf der polnischen Botschaft belegen, dass

direkte Gewalt gegen Personen im Vordergrund stand. Das Gros der Gewalttäter, die vor dem Arbeitsamt angestanden hatte, nahm wohl spontan teil. Aber während anderswo in Berlin eine Lebensmittelrevolte mit Sachschäden stattfand, gingen im Scheunenviertel die Angreifer gezielt gegen Menschen vor. Auch weiter westlich, auf der Friedrichstraße, trafen sich organisierte Nationalsozialisten und machten Jagd auf Personen, die sie für jüdisch hielten.[148] Im Scheunenviertel richteten sich die Täter nicht nur gegen Geschäfte, sondern attackierten vor allem Männer auf der Straße, die sie für jüdisch ansahen. Sie wurden verprügelt und ihnen Mäntel, Hüte, Brieftaschen oder Uhren entrissen. Einzelne Frauen wurden ebenfalls auf der Straße überfallen. Beispielsweise beraubte eine Gruppe Cesia Eichenthal, die 27 Jahre alt und schwanger war, auf der Schönhauserstraße: »Der Haufen nahm mir den Mantel weg, gab ihn mir aber wieder zurück, als er sah, daß ich in anderen Umständen bin. Die Deutschen nahmen mir eine Handtasche weg, in der sich ein goldener Trauring, 3 Billionen 160 Milliarden Mark sowie Personaldokumente […] befanden.«[149] Von den 113 befragten Personen gaben 55 an, sie seien auf offener Straße angegriffen worden, 48 in ihrem Geschäft und zehn in ihrer Wohnung.[150]

Der knapp 60-jährige Majer Spitz sagte, auf der Linienstraße habe ihm eine Gruppe zwei Zähne ausgeschlagen, das Nasenbein gebrochen und den Mantel, eine silberne Uhr mit Kette, den Hut und 600 Milliarden Mark geraubt.[151] Zwei in der Nähe stehende Polizisten griffen nicht ein. Der Schneider Saul Leimann konnte sich zuerst wehren und geriet mit seinen Angreifern in ein Handgemenge. »In demselben Augenblick kam aber ein Polizeibeamter, der mich festhielt, schlug und die andern mich zu schlagen aufforderte.« Dabei wurde er am Auge verletzt.[152]

Nicht allein die polnische Botschaft, auch Teile der Presseöffentlichkeit erhoben den Vorwurf, die Polizei sei untätig geblieben, habe in verschiedenen Fällen den Gewalttätern geholfen und selbst Jüdinnen und Juden misshandelt. In einem folgenden Gerichtsprozess stand das Verhalten der Polizei gegenüber dem jüdischen Selbstschutz, der in den Ereignissen ebenfalls auftrat, im Zentrum. Der Bund jüdischer Frontsoldaten, eine jüdisch-deutschpatriotische

Vereinigung, hatte knapp zwei Dutzend Mitglieder alarmiert und mit Gummiknüppeln und einigen Pistolen ausgestattet. Die Gruppe stieß auf eine Menschenmenge, der sie kräftemäßig unterlegen war, und eine vorbeifahrende Streife lehnte es ab, sie zu schützen. In der folgenden Schlägerei fiel ein Schuss, worauf ein Kommando der Schutzpolizei eintraf und den jüdischen Selbstschutz festnahm. Auf dem Polizeiposten wurden die Mitglieder misshandelt. Der Prozess bestätigte teilweise ein früheres Urteil gegen die Polizeibeamten[153], aber die Unterlagen zeigen auch, wie unter den Polizisten die unglaubwürdigsten Aussagen kursierten, die unterstreichen, wie die Gewalt unter anderem von fantasmatischen Momenten begleitet war.[154] Ein Bericht der Polizeigruppe Berlin-Mitte resümierte, der Grund für die Plünderungen sei allein »auf das Verhalten der Ostjuden« zurückzuführen. Die Juden hätten nichts als derben Spott für die Angreifer übrig gehabt: »Außerdem zeigten sich die Juden, als sie sich unter polizeilichem Schutz wieder sicher fühlten[,] hinter den Fenstern ihrer Wohnungen, machten lange Nasen, streckten die Zunge aus und zeigten ihre Gesäße.«[155]

Wenn offensichtlich fantasmatische Elemente in der antijüdischen Gewalt so tragfähig waren, wie sind sie zu verstehen? Quellenbasis und Fragestellung dieses Kapitels sind zu eng, um allgemein auf die Rolle des Geldes in der antisemitischen Ideologie einzugehen; die folgenden Überlegungen bleiben provisorisch. Die Geldentwertung produzierte soziale Gräben, aber nicht automatisch antisemitische Feindbilder. Die Chiffre »Wucher« thematisierte von linker Seite soziale Ungleichheit und von staatlicher Seite die Grenzen der Wirtschaftsordnung. Der Hallraum des Wucherkonzepts, in dem eine Krise der Geldzirkulation in eine jüdische Manipulation transponiert wurde, stand dabei offen. Ob die Resonanz verfing, hing von politischem Handeln ab. So wurde etwa der Gegensatz von »Arbeit« und »Handel«, der von alters her im Wucherkonzept eingeschliffen war, von den völkischen Rechten in die Dichotomie von »schaffendem« versus »raffendem« Kapital weitergetrieben. Gottfried Feder, der wirtschaftspolitische Stichwortgeber der Nationalsozialisten, behauptete damit einen Gegensatz von Leih- und Produktionskapital, der seine rhetorischen Ausfälle gegen die »Zinsknechtschaft« informierte und

der in das 25-Punkte-Programm der NSDAP eingeschrieben wurde.[156] Aber die Teuerungsunruhen, die sich gegen die »Produzenten und Händler« richteten, zeichneten vielfältigere Konfliktlagen aus, als die von den Nationalsozialisten propagierte simple Dichotomie von »schaffend« und »raffend«.

Die fantasmatischen Anlässe des Krawalls können ein Stück weit als Fetischisierung erklärt werden. Darunter wird eine Tendenz verstanden, nicht mehr die kapitalistische Produktion und Zirkulation in ihrem Verhältnis zu erkennen, sondern Zirkulation zur Hauptsache zu vereinseitigen.[157] Fetischisierung ist generativ für Fantasien, in denen imaginäre Feinde entstehen. Im Prozess der Fetischisierung geschehen Umwendungen, durch die Paradoxes für die Beteiligten glaubhaft wird, etwa wenn eine gefährliche »Macht des Geldes« in einer marginalisierten Armutsbevölkerung, wie den Bewohnern und Bewohnerinnen des Scheunenviertels, vermutet wurde. Fetischisierung bedeutet, dass eine bestimmte Form der Ware, des Kapitals oder des Geldes die Rolle der Ausbeutung von Arbeit in der Entstehung des Tauschwerts überschattet. Durch den Prozess der Fetischisierung machen Preise – vergegenständlichter Tauschwert – die gesellschaftliche Konstitution des Tauschwerts durch Arbeit unsichtbar. Gleichwohl ist der Fetisch keine optische Täuschung. Denn Wert selbst entsteht erst aus einem System des Austauschs von Preisen, unter anderem dem Preis der Ware Arbeitskraft. Das Problem, das sich für die Menschen stellt, wenn über Preise eine bestimmte Anzahl Waren mit Gebrauchswert handelbar wird, macht es möglich, dass Geld tatsächlich als eine Instanz erscheint, die direkt Gewalt ausübt: der Mammon als Wurzel allen Übels. Strukturell bestehende Sozialbeziehungen wurden personalisiert, also als das hinterhältige Wirken von Personen interpretiert. »Der Jude« verkörperte in der Ideologie der Antisemiten die fetischisierte Form des Kapitals, in der Kapital nicht mehr als soziales Verhältnis, sondern als direkte, aber unsichtbare Gewalt erschien.[158] Allerdings bringt Fetischisierung keine kohärente Weltsicht hervor. Gerade in einer Währungskrise wie der Inflation erschien Geld nicht nur als selbsttätige Macht, sondern mehr noch als weit aufgefächertes Feld an Auseinandersetzungen. Es gilt, den Fetischbegriff als kritisches Werkzeug beweglich zu

halten. Fetischisierung konglomeriert durchlässige Prozesse auf verschiedenen Ebenen. Statt eines abgeschlossenen Gesamtzusammenhangs treten lokale Fetischisierungen begrenzten Rahmens hervor. So war den Teuerungsunruhen nicht vorab kategorienmäßig antisemitische Gewalt eingelassen, aber der Schritt zu ihr lag stets nahe. Die Völkischen wiederum waren keineswegs antikapitalistisch, aber gegen einzelne Erscheinungsformen des Kapitalismus eingestellt.[159] Wirtschaftspolitisch vertrat das 25-Punkte-Programm der Nationalsozialisten aus dem Jahr 1920 mittelständische Reformpositionen.[160] Die Finanzkritik von rechts war nicht antimodern, vielmehr sahen ihre Exponenten das Finanzwesen als ein zu überwindendes Hindernis für eine gesteigerte Produktion, für Fortschritt, Transparenz und Ordnung.[161]

Die Gesellschaftsdeutung durch Rassebegriffe unternahm eine Zweiteilung in ein positiv konnotiertes Industrie- und ein parasitäres Finanzkapital. Dies registrierten Zeitbeobachter der Weimarer Verhältnisse wie der marxistische Philosoph Herbert Marcuse. Für ihn brach der Faschismus gerade nicht mit den Kernelementen des Liberalismus. Vielmehr passte das faschistische Staatsdenken diese Kernelemente an die »monopolkapitalistischen Anforderungen der wirtschaftlichen Entwicklung« an, mit dem Ziel, die gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse unangetastet zu lassen.[162] Die faschistische Politik kaschierte nun diese Kontinuität, indem sie strukturelle Fragen auf weltanschauliches Terrain ablenkte und dort nicht den Bourgeois in seiner sozialstrukturellen Position, sondern in einer bestimmten, eigentlich historisch bereits entmachteten kulturellen Figur, dem »Typus des kleinen und kleinlichen ›Händlertums‹«, angriff.[163] Das völkische Denken richtete seinen Hass gegen diese Figur, die jüdisch kodiert wurde und für den behaupteten »kapitalistischen Ungeist« als Ganzes einzustehen hatte.[164]

Fazit

Im Sommer 1922 bemerkte ein brandenburgischer Regierungsrat in einem Eilschreiben an das Innenministerium, es sei unmöglich, gegen den Wucher vorzugehen, »da es an einem festen Maßstab

zur Beurteilung der Preise fehlt.«[165] Stellten Preise unter normalen Marktbedingungen einen unauffälligen »Regulator« des Wirtschaftsprozesses dar, wie der eingangs dieses Kapitels zitierte Ökonom Franz Eulenburg dies nannte, so entwickelten sich Preise in der Inflationszeit zu einem Stückwerk aus politischen Vektoren.[166] Sie hatten jede Selbstverständlichkeit verloren. Was sonst in eine einfache Zahl eingekapselt war, splitterte sich in eine Vielzahl an Kategorien auf. Der »übermäßige Gewinn« der Händler, die »Gestehungskosten« einer Ware oder die »Notmarktlage« bildeten Größen, mit denen auch in der Zeit nach der Kriegswirtschaft, als die Rationierung von Gütern und die Administrierung von Preisen abgebaut wurden, die gesellschaftliche Logistik gewährleistet werden sollte. Behörden kontrollierten unter den Tatbeständen »Schleichhandel« und »Kettenhandel« Warenströme und Wertschöpfungsketten. Im alltäglichen Leben kamen Kalkulationswerkzeuge wie der »Multiplikator« zum Einsatz, um die enorm erschwerte Arbeit des Einkaufens zu bewältigen.

Solcherart in ein Stückwerk von Kategorien und Techniken zerlegt, wurden Preise generativ für Werturteile und Gerechtigkeitsvorstellungen. Preisproteste für Lebensmittel entfalteten nicht nur eine elementare Wucht, weil sie soziale Reproduktion – die Sorge für Versorgung – zum Thema machten. Mehr noch, sie eröffneten ein Feld, auf dem sich neue politische Stimmen äußerten, zuvorderst diejenigen von städtischen Frauen. In dieser Straßenpolitik, in der die Zirkulationssphäre sich zum Konfliktfokus verdichtet hatte, setzten Experimente der Wertbemessung ein, in denen neue Formen der Machtausübung erprobt wurden. Das Spektrum der damit verbundenen Vorstellungen, Ziele und Praktiken reichte weit. In Preisprotesten wurde sowohl die egalitäre Verteilung von Gütern gefordert als auch auf die Vorrechte bestimmter Gruppen gepocht. Die Kontrollausschüsse der KPD suchten die Politik der sozialen Reproduktion in der Stadtteilarbeit zu systematisieren, indem sie eine Art *policing* von unten betrieben. Antisemitische Agitatoren brachten das Feindbild vom jüdischen Wucherer in Anschlag.

Die deutsche Inflation ist in der historischen Forschung als eine gesellschaftliche Fragmentierungserfahrung beschrieben worden.[167] Die Selbsthilfe angesichts der Geldentwertung, so die Diagnose,

führte zu einem Kampf aller gegen alle. Dieses Kapitel versuchte nicht, dieser Diagnose zu widersprechen, aber den Blick auf Aspekte zu lenken, die komplementär zur Fragmentierungsthese liegen. Dazu gehören die von Grund auf experimentellen und politischen Dimensionen, die in den Zirkulationskonflikten der Inflationszeit zutage traten. Zugespitzt formuliert: Gerade dann, als monetäre Souveränität – die Anerkanntheit des einen gültigen Maßstabs – sich verflüchtigte, wurde für die gesellschaftlichen Akteure Geld zu einer von Grund auf politischen Größe. Auf praktische Weise, im Alltag und auf der Straße, manchmal in spektakulärem Protest, oft aber in unauffälligen Routinen, glichen Konsumentinnen und Konsumenten, in der Mehrheit Frauen, die die Hausarbeit besorgten, verschiedene monetäre Maßstäbe mit einander ab. Es waren Auseinandersetzungen, die die Frage aufwarfen, wer die Definitionsmacht über das Geld haben sollte. Im nächsten Kapitel werden stärker formalisierte Arenen dieser Aushandlung betrachtet.

6. Materielle Temporalitäten und die Geldhaftigkeit des Geldes

Für den Ökonomen Moritz Julius Bonn hatte das Industriekapital »das Geheimnis der Inflation« erkannt.

> Die Industriekapitäne aber fühlten sich als die Herren der Erde. Sie hatten das Geheimnis der Inflation begriffen, das darin besteht, mit der Preiserhöhung der eigenen Produkte der allgemeinen Preissteigerung stets um eine Minute voraus zu sein, die Geldmittel, die man in der Hand hat, sofort in Ware oder in Devisen zu verwandeln und darüber hinaus sich möglichst hohe Geldsummen zu leihen, die man in Sachwerten anlegt, um sie nach möglichst langer Stundung zurückzuzahlen, wenn sie nichts mehr wert sind.[1]

Bonn, ein weitgereister Liberaler – er hatte unter anderem an der London School of Economics studiert und während des Kriegs in den USA gelehrt –, nahm als Experte an mehreren Reparationskonferenzen teil und beriet die deutsche Regierung zu Finanzfragen.[2] In seiner Schrift *Das Schicksal des deutschen Kapitalismus* beobachtete er, wie Unternehmer Kredite aufnahmen und das Geld sofort in Sachwerte transformierten, die das Tempo der Geldentwertung nicht mitmachten. Eine Produktionsanlage oder Immobilie behielt ihren Wert, während das Papiergeld an Wert verlor. Dann hoben diese Unternehmer, so Bonn, die Preise der Güter, die sie verkauften, stets einen Tick rascher an als ihre Lieferanten und zahlten nach der Laufzeit den Kredit in entwertetem Geld zurück. Mit anderen Worten, indem

sie Vermögensbestände zwischen verschiedenen Formen hin- und herübersetzten (Bargeld, Devisen, Sachwerte), betrieben manche Unternehmer ein lukratives Spiel mit den Bewertungsskalen und Zeithorizonten des Geldes. Sachwerte nahmen dabei eine besondere Stellung ein.

Wann hatten Vermögensbestände Geldcharakter und wann nicht? Wandelte jemand seine Papiernoten in Gold, hielt er dann noch Geld in den Händen – einfach in einer anderen, in dem Fall einer erwünscht wertbeständigen Form? Was, wenn von Bargeld zu Immobilien gewechselt wurden – war das (noch) Geld? Und was, wenn nicht Goldstücke oder Grundstücke direkt, sondern in Goldwert berechnete Vermögensbestände und, in einem anders gelagerten Fall, ein auf Grundlage einer Immobilie erstelltes Wertpapier betrachtet werden – hat so etwas Geldcharakter oder nicht? Solche Fragen wurden in der Inflationszeit extrem strittig. Exemplarisch dafür ist eine bislang in der historischen Forschung unbeachtete Debatte, nämlich der Vorschlag, mit einer sogenannten »Erfassung der Sachwerte« den Staatshaushalt und den Geldwert zu stabilisieren. Unter dieser Bezeichnung kursierte 1921 und 1922 ein Programm mit dem Ziel, diejenigen Praktiken zu unterbinden, die Bonn »das Geheimnis der Inflation« genannt hatte. Knapp gesagt, war mit »Erfassung der Sachwerte« gemeint, bis dahin unberechnete Vermögensbestände von Unternehmern zu valorisieren, zu besteuern und für die Stabilisierung der Währung zu verwenden. Die Gewerkschaften, sozialliberale Kräfte im Reichswirtschaftsministerium, linkssozialistische Wirtschaftsexperten wie Rudolf Hilferding, aber auch die KPD forderten dementsprechende Maßnahmen. Sie alle verfolgten damit unterschiedliche Ziele. Unternehmer wie Hugo Stinnes und Währungspolitiker der politischen Rechten wie Karl Helfferich arbeiteten diametral entgegengesetzte Projekte aus.

Während diese Kapitel keine umfassende Darstellung der Wirtschaftspolitik in der Inflationszeit anstrebt, wird hier die Geschichte der »Erfassung der Sachwerte« als eine vielstimmige Debatte über die Geldhaftigkeit analysiert, der Frage also, wann etwas Geldcharakter habe und wann nicht.[3] Historikerinnen und Historiker der Inflationszeit stimmen zwar darin überein, dass das Besteuerungsprogramm,

das mit der »Erfassung der Sachwerte« einherging, im Parlament, aber auch innerhalb der Regierung, nie eine Chance auf Umsetzung hatte.[4] Aber die Debatte um die »Erfassung der Sachwerte« lässt sich im Zusammenhang mit Kontroversen über die Techniken und Konventionen, mit denen das Geld zu einem Objekt eigener Größe gemacht wurde, betrachten.

In ihrer Lektüre von Keynes als politischem Philosophen stellt die Soziologin Ute Tellmann die Verbindung von Materialität und Temporalität heraus, die für die Analyse der Weimarer Inflationszeit erhellend ist. Für Keynes war »moneyness«, die Geldhaftigkeit von Geld, eine graduelle Angelegenheit.[5] Zuerst wird Geldhaftigkeit dadurch bestimmt, dass eine Einheit den Status einer allgemeinen, abstrakten Recheneinheit erlangt.[6] Die materiellen Temporalitäten des Geldes nun bestanden aus den Messtechniken und Formatierungskonventionen, durch die Geld als eine abstrakt verallgemeinerte, in der Zeit transportable Schuld fabriziert wurde.[7] Mit Materialität ist nicht gemeint, dass Gold, Roggen, Grundstücke realer waren als Papier, sondern dass die in ihnen zugemessenen Werte auf eine Ebene gebracht werden konnten mit jeder anderen Art von Zahlungsverpflichtung. Mit der »Flucht in die Sachwerte« verabschiedeten sich die beteiligten Akteure aus der Währung, aber nicht von einer monetären Logik.[8] Die Bezugnahme auf Sachwerte geschah im Sinn eines alternativen Zahlungssystems, das heißt, die Akteure suchten ein neues, substituiertes verallgemeinertes Band – Geld – und kaum einen »reinen«, simultanen Tausch von Waren zur direkten Bedarfsdeckung.[9]

Die Wertbeständigkeit, die in der Inflation so intensiv gesucht wurde, war nicht einfach den Dingen, den Gegenständen, Grundstücken, Fabriken oder Firmenanteilen inhärent. Meistens wurde Wertbeständigkeit über Indexierung herzustellen versucht. Allgemein gesprochen, verkettete ein Index zwei oder mehr Größen über die Zeit hinweg. Das bedeutete, dass eine Größe, etwa ein Zentner Getreide, gesetzt wurde und eine zukünftige Geldsumme zum Gegenwert dieser Größe geleistet werden musste. Ein Roggenkredit bedeutete beispielsweise, dass ein Geldkredit in der Höhe eines Zentners Roggen am Ende der Laufzeit wieder zum (veränderten)

Geldwert eines Zentners Roggen zurückgezahlt werden musste, plus Zinsen. Es war auch möglich, den Index der Lebenshaltungskosten zur Grundlage zu nehmen. Dies wurde vor allem im Zusammenhang mit Berechnungen der Lohnhöhe diskutiert. In dem Fall musste der Lohn jeweils den aktuellen Lebensmittelpreisen des im Index festgelegten Warenkorbs entsprechen. Besonders bei den Löhnen waren die zeitgenössischen Experten über die potenziell preistreibende Wirkung der Indexierung uneinig. So entbrannte eine vielstimmige Debatte, mit welchen Verfahren und vor dem Hintergrund welcher Daten wertbeständige Löhne erreicht werden könnten.

Bereits vor dem Ersten Weltkrieg hatten Ökonomen intensiv diskutiert, ob über Indizes die Kaufkraft des Geldes stabil gehalten werden könnte; im globalen Inflationsmoment unmittelbar nach dem Krieg erhielten diese Debatten ungeahnte Dringlichkeit. Irving Fisher von der Yale University hatte Pläne für einen stabilen Dollar ausgearbeitet, der statt auf dem Goldstandard auf statistischen Preisdaten beruhte. Indexzahlen machten es möglich, die Auf- oder Abwertung des Geldes in Begriffen von Gütern zu denken, genauso wie einst bei der Einführung des Goldstandards der Geldwert in Begriffen von Gold gedacht worden war. Die Frage lautete, welche und auf welche Weise erhobene Zahlen zugrunde zu legen seien. An Faktoren galt es zu berücksichtigen: »[…] the markets from which prices are collected; the kind of prices, that is, wholesale or retail; the list of commodities included; the frequency of calculation; and the formula of calculation.«[10] Fishers Vorstellung einer indexbasierten Währung wurde in Deutschland unter anderem von Ernst Wagemann rezipiert. Auf dem Höhepunkt der Inflation, 1923, publizierte dieser eine allgemeine Geldtheorie.[11] Klarerweise waren dies in der Weimarer Republik keine nur akademischen Debatten. Der Historiker Charles Maier hat festgestellt, dass während der Hyperinflation der Verteilungskonflikt zwischen den wirtschaftlichen Interessengruppen wesentlich ein Kampf um Indizes war: Sie rivalisierten darum, ihre eigene Metrik als allgemeinen Maßstab durchzusetzen, indem diejenige Ressource, die sie kontrollierten, als Orientierungsmarke für die Geldstabilität genommen werden sollte.[12]

Ein weiterer Faktor in der politischen Auseinandersetzung war der Zusammenhang zwischen Geld- und Steuerpolitik. Rudolf Hilferding,

der Autor von *Das Finanzkapital* und 1923 kurzzeitig Finanzminister, schrieb in der Zeitung der USPD, die Stabilisierung des Staatshaushalts sei die Grundlage für jedwede Währungsstabilisierung. Das »Riesendefizit« habe »den immer stärkeren Notendruck zur Folge.« Durch die Notenpresse würden die Preise steigen und sich die »Lebenshaltung aller auf feste Bezüge Angewiesenen, der Arbeiter, Angestellten und Beamten« verschlechtern. So sei das Defizit weit mehr als eine fiskalpolitische Frage: »Es ist klar, daß hier die Quantität in die Qualität umschlägt, daß das Problem aufhört, ein solches der Steuerpolitik zu sein, und zu einem Problem der allgemeinen Wirtschaftspolitik wird.«[13] Das Notendrucken entfalte den Effekt einer gewaltigen, extrem ungleich verteilten Steuer: »Es ist die denkbar schlechteste, die Arbeiter am meisten schädigende Besteuerungsart und in ihren Wirkungen schlimmer als jede indirekte Steuer. In gleichem Maße, wie sie die Lohnempfänger schädigt, begünstigt sie aber die Besitzer der Produktionsmittel, der Goldwerte.«[14] Deshalb gelte es, die Goldwerte – also die stabilen, vom Prozess der Geldentwertung unberührten Vermögensbestände von Firmen und reichen Personen – zu erfassen und zur Grundlage einer Finanzreform zu machen. Gegen die arbiträre Steuer »Inflation« führte Hilferding eine neue Registrierung, Schätzung und Abschöpfung von Vermögensbeständen ins Feld, um den Staatshaushalt und damit die Währung zu stabilisieren.

Staatsverschuldung und das Dilemma der Steuerpolitik

Auch wenn die Einschätzungen, wie die Inflation zu beheben sei, enorm auseinandergingen, wurde allgemein die Staatsverschuldung als eine ihrer wesentlichen Ursachen angesehen. Der deutsche Staat hatte den Krieg kaum über Steuern, sondern über inländische Anleihen und die Diskontierung von Schatzwechseln durch die Reichsbank finanziert, in der Meinung, die Kosten zukünftig den Besiegten aufbürden zu können.[15] Wesentlich verantwortlich für dieses Vorgehen war der Ökonom Karl Helfferich, der zur Kriegszeit Staatssekretär des Schatzamts war.

Die Diskontierung von Schatzwechseln, also kurzfristiger Staatsanleihen, funktionierte so, dass die Reichsbank die Schatzwechsel

kaufte, indem sie das Konto der Regierung bei der Reichsbank füllte. Wenn nun der Staat Schecks an Private ausstellte, dann transferierte die Reichsbank einen Betrag von diesem Regierungskonto auf die Konten, welche die privaten Banken bei der Reichsbank hielten: Neues Geld war in die Welt gesetzt.[16]

Nach dem Krieg fielen die laufenden Ausgaben der neuen Republik und die ausstehenden Reparationszahlungen an. Mitte 1922 wurde, und zwar auf Druck der Alliierten, der Status der Reichsbank als unabhängige Institution gestärkt. Die Reichsbank musste nun nicht mehr Regierungsentscheide befolgen, hielt aber an ihrem Kurs, Staatspapiere zu diskontieren, fest.[17] Mit dem Reichsministerium der Finanzen, das nach Kriegsende gegründet wurde, bestand erstmals eine zentralisierte Finanzbehörde, in der die Steuern von Gemeinden, Ländern und dem Reich zusammenflossen. Seine Haushaltspläne brachte das Reichsfinanzministerium aber in den folgenden Jahren meist nur mit Ermächtigungsgesetzen und Notverordnungen durch.[18] Die Zentralisierung blieb fragil. Gleichwohl schaffte es Finanzminister Matthias Erzberger bis zum Frühjahr 1920, eine umfassende Finanzreform einzuleiten. Zwei Drittel der Steuereinnahmen sollten mit direkten, ein Drittel mit indirekten Steuern eingeholt werden.[19] Die Erzberger'schen Steuergesetze waren stark progressiv angelegt. Dazu gehörten die berühmte Vermögenssteuer, das sogenannte »Reichsnotopfer«, und, wohl am wichtigsten, eine neue Einkommenssteuer.[20] Aber die Pläne erwiesen sich als Fehlschlag. Die Einnahmen blieben massiv unter den Erwartungen. Grund dafür war die Geldentwertung. Bei der Einkommenssteuer, die den bis dahin ungekannten Spitzensatz von 60 Prozent aufwies und die zu sieben Zehnteln von den Spitzeneinkommen getragen werden sollte, fiel der Anteil, den die Reichen dann tatsächlich leisteten, weit geringer aus. Denn die Einkommenssteuer bestand für die niedrigen Einkommen aus einem direkten Lohnabzug von 10 Prozent. Die höheren Einkommen und die Selbstständigen wurden mit Steuerveranlagung eingeschätzt. Den Steuerveranlagten verschaffte die lange Frist zwischen Einschätzung und Erhalt der Steuerrechnung einen Vorteil. Die Rechnungen für 1920 wurden erst gegen Jahresende 1921 verschickt, diejenigen für die besonders aufwändig einzuschätzenden hohen Einkommen gar erst zwischen Mai und Juli 1922.[21] Je rascher

der Umtauschkurs zum Dollar stieg, desto weniger mussten in realen Begriffen die Gutverdienenden bezahlen. »Wenn einem Einkommensmillionär eine Verzögerung bis zum Januar 1922 gelang«, kommentiert der Historiker Marc Buggeln, »dann zahlte er bei einem Umtauschkurs 1 : 192 real nur noch einen Steuersatz wie die Unterschicht.«[22] Zudem ließen sich die Unternehmer Zeit mit der Überweisung der Lohnabzüge ihrer Belegschaft und nutzten die Frist als Gratiskredit. Auf ähnliche Weise operierten die Händler mit der Umsatzsteuer, die erst im Nachhinein abgeliefert werden musste und die sie überdies im vollen Umfang auf die Konsumentinnen abwälzen konnten.[23]

Das Intervall zwischen Einschätzung und Bezahlung der Steuern sorgte für eine laufend wachsende Kluft zwischen den Haushaltsplänen und den tatsächlichen Ausgaben, die der Staat mit fortwachsender Neuverschuldung zu überbrücken suchte. Der Grund lag nicht allein in der Findigkeit der Gutverdienenden, das Tempo der Geldentwertung auszunutzen. Die Arbeit der Einschätzung überforderte die Beamten, die zudem häufig keine Bereitschaft zeigten, die Steuern durchzusetzen. Der politischen Rechten kamen die fehlenden Staatseinnahmen gelegen, weil dadurch behauptet werden konnte, die Forderungen der Alliierten seien schlicht nicht erfüllbar; überdies galt vor dem Hintergrund der Reparationen Steuerhinterziehung als patriotisches Statement.[24]

Selbstredend waren Steuern zentral für die Reparationszahlungen. Im Versailler Vertrag war bereits die Goldmark als eine rechnerische Größe gesetzt worden: 1 US-Dollar entsprach ungefähr 4,2 Goldmark, was den Kurs der Vorkriegszeit wiedergab, als das Kaiserreich in den Goldstandard integriert gewesen war. Mit der Goldmark war eine wertbeständige Recheneinheit gegeben, die sich zunehmend auch in der deutschen Gesellschaft verbreitete. Mit dem Londoner Ultimatum vom Mai 1921 stand eine Zahl fest – 132 Milliarden Goldmark –, aber was sie bedeuten sollte, darüber herrschte Uneinigkeit.[25] Die Reparationslast war in der Form von Anleihen abzuzahlen, die in drei Kategorien unterteilt waren. Die sogenannten A-Bonds von 12 Milliarden Goldmark bildeten eine reine Entschädigungszahlung. Ihre Höhe lag gleichauf mit den Reparationen, die Frankreich 1871 hatte leisten müssen. Die B-Bonds von 38 Milliarden Goldmark soll-

ten unter anderem die Schulden decken, die zwischen den Alliierten bestanden, vor allem von Frankreich gegenüber Großbritannien und den USA sowie von Großbritannien gegenüber den USA.[26] Die dritte Kategorie, die C-Bonds von 82 Milliarden Goldmark, sollten erst dann abgezahlt werden, wenn A- und B-Bonds beglichen wären.[27] Entscheidend war weniger die Summe als vielmehr der Faktor Zeit, die faktisch zu leistenden Zahlungen mit ihren Fristen.[28]

Die A- und B-Bonds waren über Annuitäten von zwei Milliarden sowie ungefähr eine weitere Milliarde jährlich zu zahlen, bestehend aus 26 Prozent der deutschen Exporterträge. Insgesamt wurden die jährlich zu leistenden Zahlungen auf rund drei Milliarden Goldmark geschätzt.[29] Das deutsche Nationaleinkommen betrug im selben Jahr 35 bis 40 Milliarden. Mit anderen Worten, knapp ein Zehntel des Nationaleinkommens würde jedes Jahr abzuliefern sein.[30] So belasteten also nicht nur die Reparationen den Staatshaushalt, sondern umgekehrt hing die Möglichkeit zur Reparationszahlung auch von der Staatsverschuldung ab, weil letztere Deutschlands internationale Kreditfähigkeit beeinflusste. Solange die Steuerpolitik angesichts des Tempos der Geldentwertung machtlos war, konnte aber die Staatsverschuldung nicht eingedämmt und damit wiederum die Geldentwertung nicht gestoppt werden. Zu diesem Schluss kamen die Gewerkschaften und Teile des Reichswirtschaftsministeriums. Sie brachten deshalb ein Programm vor, wie wertbeständige Vermögensformen zu erfassen, zu berechnen und zu besteuern seien.

»Erfassung der Sachwerte«

Ausgangspunkt des Konzepts einer »Erfassung der Sachwerte« waren zwei Beobachtungen. Einerseits entfaltete das Tempo der Geldentwertung höchst unterschiedliche Wirkungen – es entschuldete die einen, während es die anderen verarmen ließ. Zum anderen hing die Kreditwürdigkeit des Staats im Ausland davon ab, wie sehr eine effektive Besteuerung möglich war. Damit stand der Plan mit den Reparationszahlungen in Zusammenhang, denn mit dem Londoner Ultimatum vom Mai 1921 waren konkrete Zahlungsfristen wirksam geworden.

Schwerindustrie und Teile der Landwirtschaft vermochten die Geldentwertung für sich zu nutzen. Während exakte Angaben zur Entschuldung der Landwirtschaft durch die Inflation nicht möglich sind, da der Verschuldungsstand der Vorkriegszeit nicht genau eruiert werden kann – die Schätzungen liegen zwischen 13,3 und 17,5 Milliarden Goldmark –, und Bauern, nicht zuletzt mit Blick auf die Steuererhebung, sich zur Buchführung notorisch querstellten, ist belegt, dass besonders ostelbische Großgrundbesitzer stark profitierten und überdies mit Krediten Spekulationsgewinne einfuhren.[31] Allerdings wird das Ausmaß, wie weit Industrielle tatsächlich Schuldnergewinne einfuhren, unterschiedlich eingeschätzt.[32] Einerseits hatten Großunternehmen direkten Zugang zu Krediten der Reichsbank. Exporteure profitierten überdies vom niedrigen Außenwert der Mark; während im Inland die Löhne verfielen, gelangten sie an Devisen, um die für die Produktion benötigten importierten Güter zu bezahlen. Andererseits aber waren die Erwartungen unsicher: Bis zum Sommer 1922 schien eine rasche Stabilisierung stets als Möglichkeit am Horizont; dann hätte ein ungünstig aufgenommener Kredit sich als fatal herausgestellt.[33]

Eine Studie zur Maschinenbauindustrie relativiert verbreitete Annahmen. Die Branche operierte mit langfristigen Aufträgen, so dass die Unternehmer fürchteten, die Kosten nicht genügend in die Endpreise einkalkulieren zu können.[34] Die Materiallager hochzufahren und auf Halde zu produzieren, barg angesichts der volatilen Entwicklung auch Risiken. Aus den Geschäftsunterlagen geht dies nicht abschließend hervor.[35] Es scheint, dass zumindest im Maschinenbau die Unternehmer die Inflation eher als Hindernis denn als finanzielles Perpetuum mobile betrachteten. Die genannten Differenzierungen, wonach die Industrieunternehmer nicht schlicht und einhellig auf Schuldnergewinne setzten, widersprechen indes nicht der Tatsache, dass sich tendenziell die Gewichte zugunsten des Industriekapitals mit seinen physischen Anlagen verschoben.[36] Für die hier verfolgte Geschichte näherliegend als die Frage, wer abschließend Gewinner oder Verliererin der Inflation gewesen sei, sind die öffentliche Wahrnehmung und die politischen Vorstöße, die sich daraus ableiteten. Und hier fanden die Spekulationssysteme zwischen mate-

riellen Vermögensbeständen, Dollarwerten und Papiergeld große Aufmerksamkeit. Die Schemata waren tatsächlich spektakulär: Weil die Reichsbank Kredite nach der Maxime 1 Mark = 1 Mark vergab, konnte ein Geschäftsmann mit Zugang zur Reichsbank einen Kredit in Papiermark aufnehmen, in Dollars umwandeln, drei Monate abwarten und dann von diesem Betrag schließlich die Summe in entwerteter Papiermark abziehen, die nötig war, um den Kredit an die Reichsbank zurückzuzahlen. Dasselbe ließ sich nicht nur mit ausländischen Waren machen, sondern auch mit Inlandsgütern, die ab Sommer 1922 ebenfalls dem Dollarkurs folgten.

Julius Hirsch, ein Spitzenbeamter, der entscheidend zum Plan einer »Erfassung der Sachwerte« beitrug und insofern ein parteiischer Teilnehmer, dem vielleicht an der Grellheit des Beispiels gelegen haben mag, brachte folgende Rechnung vor: Ein Kaufmann vermochte am 1. Januar 1922 mit einem Kredit bei der Reichsbank 100.000 Doppelzentner Weizen zu kaufen, nach drei Monaten so viel Weizen zu verkaufen, wie nötig war, um den Kredit zu begleichen (44.800 Doppelzentner) und mit dem Wert der gewonnenen 55.200 Doppelzentnern den Kreislauf von Neuem beginnen. Ein solches Arrangement brachte im Lauf von eineinhalb Jahren 2,25 Millionen Goldmark Gewinn ein.[37]

Viele Unternehmer kauften mit Krediten Firmen auf, die während des Abbaus der Kriegswirtschaft privatisiert wurden. Ein prominentes Beispiel war der Kaufmann Julius Barmat, dem Martin Geyer eine biografische Studie gewidmet hat. Barmats Firma Amexima stieg im Jahr 1922 bei der Deutschen Margarine und Speisefett A. G. ein und erhielt so Zugang zur Preußischen Staatsbank und zum Reichsfinanzministerium. Mittels Krediten in Papiergeld erstand Barmat im Lauf eines Jahres eine Papier- und Kartonproduktion, eine Kunstseidenspinnerei und eine Thüringer Regionalbank. Das kreditfinanzierte Modell machte die Erwerbungen zu »Schnäppchen.«[38]

Der berühmteste Vertreter dieser Geschäftspraxis war jedoch der Schwerindustrielle Hugo Stinnes, zeitweise die wohl reichste Person Deutschlands.[39] Stinnes betrieb eine vertikale Integration seiner Montanunternehmen; die Kredite der Reichsbank trugen entscheidend zum Aufbau des größten Industriekonzerns Deutschlands

bei. Mit dem Bergbau als Exportindustrie brachte ihm der Markzerfall doppelte Vorteile: einmal Kredite in abgewertetem Papiergeld zurückzuzahlen, zweitens mit – international betrachtet – Dumpinglöhnen die Exportkonkurrenz zu unterbieten. In den angegliederten Handelsunternehmen unterhielt Stinnes Devisensammelbecken, die ihm einen Spielraum boten, der so groß war wie derjenige der Zentralbanken ganzer Staaten.[40] Wenn der eingangs zitierte Ökonom Moritz Julius Bonn schrieb, die »Industriekapitäne« hätten sich in der Inflation als »die Herren der Erde« gefühlt, dann meinte er Unternehmer wie Stinnes.[41] Die Zeitung *Freiheit* der USPD umriss Stinnes' Währungsgewinne folgendermaßen:

> Herr Stinnes zumal ist an dem Sinken der Mark interessiert. Er hat seit dem Kriege immer die Politik verfolgt, seinen ganzen Kredit auszunützen, um Mark aufzunehmen. Er hat diese Papiersummen in Sachwerte im In- und Ausland umgesetzt. Er ist so der größte Sachwertbesitzer geworden und zugleich der größte Markschuldner. Der Wert seiner Produktionsmittel und Anlagen ist aber beständig wie Gold. Die Entwertung der Mark aber bedeutet für ihn steigende Schuldentlastung. Er hat es also leicht, der Entwertung der Mark zuzusehen.[42]

Der erwähnte Staatssekretär des Reichswirtschaftsministeriums, Julius Hirsch, formulierte einen Vorschlag, wie der Staat mit bis zu 20 Prozent an den Sachwerten, die durch die Geldentwertung eine Wertsteigerung erfahren hatten, beteiligt werden könnte.[43] Sein Chef, der Wirtschaftsminister in der sozialliberalen Regierung, war der Gewerkschafter Robert Schmidt; Hirsch selbst war während des Kriegs für die Preiskontrolle in der Lebensmittelversorgung zuständig gewesen.[44]

Das erste Ziel des Plans war, Mittel für die Reparationszahlungen zu schaffen und den Staatshaushalt zu sanieren. Nur auf diesem Weg sei die Mark zu stabilisieren, indem nämlich »zu hoffen« sei, »daß die Mark international als beleihungsfähig gilt«, was aber nur bei ausgeglichenem Haushalt der Fall sein würde. »Das Ausland wird uns mit Anleihen, Privatkrediten oder Markankäufen nur dann helfen, wenn das Reich für die Deckung seiner inneren Ausgaben sorgt.«[45]

Hirsch schätzte, dass in Deutschland der landwirtschaftliche Reinertrag auf das Fünfeinhalb- bis Sechsfache des Ertrags von 1913 angestiegen sei, bei komplettem Abbau der Zwangswirtschaft sei gar mit dem Achtfachen des Friedensertrags zu rechnen. Der Ertrag städtischer Liegenschaften habe sich wegen der Mietobergrenze nur wenig vergrößert, doch die angekündigten Lockerungen ließen Wertsteigerungen von rund 300 Prozent erwarten. Die Preise von Industrieprodukten seien im Vergleich zu 1913 auf das Zwölffache gestiegen, allerdings wirkten dem gegenläufige Faktoren wie die Verteuerung importierter Rohstoffe oder die geringere Ausnutzung der Produktionsanlagen aufgrund des Achtstundentags entgegen. Hinzu käme, dass eine Reihe indirekter Subventionen wie Lebensmittelzuschüsse, mit denen sich die Löhne niedrig halten ließen, bald fortfallen würden. Hirsch schätzte deshalb die Erträge der Industrie auf rund das Sechsfache und Aktienwerte auf das Fünffache des Friedensertrags gestiegen. Auf Grundlage dieser Diagnose entwarf er ein Programm, das die wertbeständigen Vermögensbestände besteuerte. Vom landwirtschaftlichen Grundbesitz sollten durch eine wertbeständige Hypothek (»Goldgrundschuld«) 20 Prozent des Gesamtwerts valorisiert an den Staat übergehen. Hirsch sah vor, dass diese Hypothek zu vier Prozent verzinst würde und von der Eigentümerschaft abgelöst werden könnte. Für den städtischen Immobilienbesitz begrüßte er Mietsteigerungen, an denen das Reich zu 75 Prozent beteiligt werden sollte. An den Industrieunternehmen sollte das Reich unterschiedlich, nämlich nur so weit, wie die Wertsteigerung auf »den Besitz von Realwerten« zurückzuführen sei, teilhaben, mit einem Maximalsatz von 20 Prozent. Hirsch lag daran, dass der Staat kein Stimmrecht in den Firmen bekomme, um in keiner Weise »die freie wirtschaftliche Betätigung des Unternehmens zu hemmen«, wie er schrieb.[46]

Der Staat würde also jedes Jahr die vier Prozent der so geschaffenen Hypotheken und rund 6 Prozent Rendite auf die Gewinne der Firmen einholen. Hirsch schätzte, dass ein solches Programm unter dem Strich dem Staat knapp 14 Milliarden Papiermark jährlich verschaffte.[47] Diese Einnahmen auf wertbeständiger Grundlage würden dann zum einen den Staatshaushalt stützen und zum anderen ein Fundament für internationale Kredite bilden. Indem er sich eine

dingliche Unterlage von einem Fünftel aller großen Sachwertvermögen verschaffte, hätte der Staat eine Basis für die internationale Kreditwürdigkeit, die den Außenwert der Mark stärken würde. Als weiterer Vorteil wurde hervorgehoben, dass Sachwerte nicht einfach Kapitalflucht betreiben konnten, wie es bei einer neu aufgelegten Vermögenssteuer zu erwarten war: Maschinen oder Liegenschaften setzten sich nicht ins Ausland ab wie Buchvermögen.[48] Sachwerte waren nicht nur zeitlich, sondern auch räumlich stabil.

Hirschs Vorschlag stieß sofort auf den Widerstand des Finanzministeriums. Die Einnahmen würden viel zu hoch veranschlagt, und der Verwaltungsaufwand sei nicht zu bewältigen.[49] In einer anderen Form als bei der von Hirsch vorgeschlagenen Besteuerung der Substanzwerte, nämlich als Güter, nahmen Sachwerte auch in den Reparationszahlungen eine wichtige Rolle ein, wie die Historikerin Anna Karla gezeigt hat.[50] Die Lieferung von Gütern an die Alliierten erschien manchen deutschen Verhandlungsführern, unter ihnen Walther Rathenau, deshalb als attraktiv, weil auf diesem Weg, im Gegensatz zu Geldzahlungen, nicht zuerst Devisen teuer beschafft werden mussten.[51] Mit anderen Worten, die deutsche Seite stellte die Materialität der Sachleistungen den monetären Austauschverhältnisse entgegen, die auf den Finanzmärkten galten. Weder bildeten die Sachwerte einen schlichten Ersatz für Geld, noch standen sie komplett jenseits einer monetären Logik. Vielmehr ermöglichte die Zahlung in Sachwerten es, ein günstigeres Verbindungsglied zwischen der Produktion in Deutschland, der entwerteten Mark und den harten Währungen der Alliierten zu setzen, als eine Geldzahlung dies vermocht hätte. So weisen die Reparationen in Sachwerten einige Parallelen zur »Erfassung der Sachwerte« auf. Allerdings bestanden wichtige Unterschiede zwischen der Reparationspolitik und der »Erfassung der Sachwerte« als innenpolitischem Streitpunkt. Hirsch notierte in sein Tagebuch eine Begegnung mit Walther Rathenau: »R. will nicht ›die Möbel verkaufen‹, wir möchten sie aber beleihen.«[52] Rathenau ging es nicht um Besteuerung oder um eine dingliche Unterlage von Krediten, wie sie Hirsch vorschwebte.[53] Bürgerliche Gegner wie Rathenau sahen in Hirschs Projekt den Ausverkauf der »Substanz« der Volkswirtschaft – ein Begriff, der im Zusammenhang

mit den Reparationen häufig fiel.[54] Deshalb machte Rathenau Hirsch den Vorwurf, er wolle »die Möbel verkaufen«. Für Befürworter wie Hirsch aber sollte die Reichsbeteiligung eine dingliche Garantie für internationale Kredite bieten und damit einen Hebel gegen die Abwertung der Währung abgeben. Sachwerte stellten in dieser Vorstellung keinen Gegenpol zu Geld dar, sondern ihre Valorisierung – ein Messvorgang – sollte die Währung innerhalb des internationalen Finanzsystems in eine neue Stellung rücken. Die Mark würde, weil, bildlich gesprochen die »Möbel« der deutschen Volkswirtschaft sich beleihen ließen, auf den Geldmärkten gefestigt werden.

Während bürgerliche Politiker gegen das Projekt eingestellt waren, wurde es von den Gewerkschaften enthusiastisch aufgegriffen.[55] Hirsch selbst hatte sein Programm als eine gelenkte Liberalisierung der Wirtschaft verstanden.[56] Abbau der Preiskontrollen und der Subventionen sowie die Steigerung der Produktivität bildeten die Grundlage dieser Überlegungen. Es galt, den Staat an den begrüßenswerten Preissteigerungen in einer Weise zu beteiligen, ohne dass der Staat die unternehmerische Aktivität einschränkte. Für die Gewerkschaften sah das Projekt anders aus. Ihnen war daran gelegen, die Geldentwertung, verstanden und erfahrbar als Preissteigerung, durch eine Stärkung des Staatshaushalts zu beenden. Dazu führten die Gewerkschaften Gerechtigkeitsargumente an: Löhne, in Papiergeld ausbezahlt, würden wertlos, während »goldwertdarstellendes Sachgut« von der Dynamik unberührt bliebe. So sei es nur »ein Akt der Gerechtigkeit, wenn den Wohlhabenden eine gleichhohe Abgabe von ihren Sachgut-Goldwerten auferlegt« würde.[57] In der Folge verlangten die Gewerkschaften meist eine Abgabe von 25 Prozent.[58]

Für Rudolf Hilferding, den profiliertesten Geldpolitiker der Linken, war der springende Punkt, dass die »Vermehrung der Notenmenge« die Lebensmittelpreise in die Höhe trieb.[59] Auch die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds und des Allgemeinen freien Angestelltenbunds (Afa-Bund) begannen ihre Analyse mit dem Befund der Teuerung.[60] Grund für die Proliferation an Noten sei, so Hilferding, die Finanzierung der Staatsausgaben durch die Notenpresse, und deshalb sei ein ausgewogener Staatshaushalt »die wichtigste Forderung der Sozialpolitik.«[61] Um dies

umzusetzen, sei die Besteuerung an der Quelle, das heißt ein direktes Abschöpfen der Produktionserträge, der einzige Weg, weil das Tempo der Geldentwertung die herkömmliche Art der Besteuerung zunichtemachen würde.[62]

In einer Hinsicht war der Vorschlag ein Schritt zur Verstaatlichung, eine Art passive Sozialisierung, nach der der Staat an den Firmen beteiligt würde, ohne in die Geschäftsstrategien einzugreifen. In einer anderen Hinsicht sahen Hilferding und die Gewerkschaften in dem Vorschlag auch eine Maßnahme zur Rationalisierung der Wirtschaft. Die Steuern lieferten Anreize zur Produktivitätssteigerung, die nötig sei, um die Exportüberschüsse zu erreichen, die von den Reparationszahlungen verlangt würden. Dafür wiederum wurde der Vorschlag von der KPD angegriffen: Man könne von »keiner Enteignung im sozialistischen Sinne« reden, denn die Unternehmen sollten »genau so kapitalistisch weiter betrieben werden wie bisher.« Überdies würden Kaufleute, Industrielle und Großgrundbesitzer zusehen, dass, wenn ihnen ein Fünftel des Gewinns abgezogen würde, sie diesen für die restlichen vier Fünftel umso mehr maximierten. Eine »gewaltige Steigerung der Ausbeutung« sei die erwartbare Folge.[63]

Die KPD wechselte ihre Haltung zur Erfassung der Sachwerte mehrfach. Während sie sich von den Gewerkschaften und Hilferding abgrenzten, diskutierten manche kommunistische Politiker die Idee einer Abtretung von 51 Prozent der Sachwerte an den Staat. Auf diesem Weg bekomme der Staat die Chance, das »Wirtschaftsleben zu beherrschen und nach den Bedürfnissen der Allgemeinheit zu regeln.«[64] Wichtig sei, dass die Belegschaft im Betrieb ein »Kontrollrecht« ausübe. Sachwerterfassung war in dieser Sichtweise ein Schritt zur Verstaatlichung unter proletarischer Kontrolle der Produktion. Aber am Jenaer Parteitag im August 1921 wurde ein entsprechender Vorschlag der Zentrale abgelehnt; Clara Zetkin fand den Vorschlag »opportunistisch«, weil er einem »Staatskapitalismus« Vorschub leisten würde zu einer Zeit, in der das Proletariat eben nicht die Macht im Staat habe.[65] Im Herbst desselben Jahres schwenkte die Partei um. Eine Linie betonte nun die »umfassende Geschäfts- und Betriebskontrolle« durch Betriebsräte, Arbeiterinnen und Arbeiter und sah in der Sachwertbesteuerung einen Weg, die indirekten Steuern abzuschaffen

und die Steuerlast den Vermögenden aufzubürden.[66] Andere Stimmen wie Karl Radek oder Eugen Pawlowski betonten den staatlichen Charakter der Sachwerterfassung. Das Ziel der Steuererhebung sei die Mittelbeschaffung für die Reparationszahlungen und ein Ausweg aus der Krise der Staatsfinanzen.[67] Pawlowski sah in den Verteilungskämpfen der Steuerfrage – mit welcher Art Steuern auf welche gesellschaftlichen Klassen die Last von Krise und künftiger Stabilisierung abgewälzt würde – die Klassenkämpfe der Stunde.[68] Ein Staatskapitalismus, der die Reichsfinanzen sanierte und die internationale Kreditfähigkeit des Reichs durch hohe Steuern und die Erfassung der Sachwerte verbesserte, also den Erwartungen des internationalen Finanzmarkts entsprach, konnte so gleichzeitig »im Interesse der sozialen Revolution gelegen« sein.[69]

Die SPD hatte die Parole zur Erfassung der Sachwerte, die, wie gezeigt, auch innerhalb der Regierung Wirth umstritten war, vage gehalten. Nach dem Görlitzer Parteitag vom September 1921 sprach die Partei sich nur in dem Fall für die Maßnahme aus, wenn dadurch die Reparationszahlungen und die Stabilisierung der Mark gesichert seien.[70] Wirth selbst betonte in den Verhandlungen mit den Parteiführern, die »Substanzerfassung« würde zu langsam vor sich gehen, um sofort wirksam zu sein; das Protokoll vermerkt: »Wir brauchten jetzt Geld.«[71]

Eine Gruppe Industrieller unter Hugo Stinnes' Führung hatte einen Gegenplan zur Erfassung der Sachwerte entwickelt: Da der deutsche Staat Devisen für die Reparationszahlungen benötigte, versprach sie der Regierung, diese auf den internationalen Märkten zu beschaffen. Als Sicherheit, um eine dingliche Unterlage für die von der Industrie eingefädelten Kredite zu erlangen, sollten aber die Reichseisenbahn und weitere Staatsbetriebe privatisiert werden.[72] »Aus dem Besteuerungsprogramm«, so kommentiert Gerald Feldman den Vorstoß, wurde »ein Privatisierungsprogramm.«[73] Die Gewerkschaften sahen in den drohenden Entlassungen und Rationalisierungen, die bei einer Privatisierung zu erwarten wären, eine »Provokation«, die den Achtstundentag gefährdete.[74]

In Verhandlungen mit Kanzler Wirth bereitete die SPD einen Kompromiss in den Steuerfragen vor. Die rechten Parteien würden

neue direkte, die Arbeiterbewegung neue indirekte Steuern akzeptieren. Den Kern dieses Steuerkompromisses, der im Februar 1922 verabschiedet wurde, machte eine Zwangsanleihe in der Höhe von einer Milliarde Goldmark aus, die von den Vermögenden gekauft werden musste.[75] Umgesetzt wurde die Anleihe aber gerade nicht wertbeständig. Sie erfolgte über langfristige Raten, die nach dem Ausschreibungstag festgesetzt wurden, auch wenn die Mark weiter sank.

Damit ist erneut das Ausgangsproblem beschrieben, das überhaupt zu den Kampagnen zur »Erfassung der Sachwerte« Anlass gegeben hatte. Es stellte eine umstrittene Frage dar, wie Wert innerhalb materieller Dimensionen formatiert und in ein verändertes Verhältnis zu verschiedenen Zeitverläufen gerückt werden sollte. Die entsprechenden Streitpunkte waren nicht nur binnenwirtschaftlicher, sondern auch außenpolitischer Natur. Sie waren überdies eng mit den Erhebungspraktiken für statistische Daten verbunden.

Staatshaushalt, Reparationen und Außenwert der Währung

Die sogenannte »Erfüllungspolitik« der Regierung Wirth verfolgte das außenpolitische Ziel, eine Revision der alliierten Forderungen zu erreichen. Es war klar, dass Deutschland für die Zahlungen massive Exportüberschüsse schaffen musste. Die Strategie einer »aggressiven« Erfüllungspolitik bestand darin, Zahlungsbereitschaft zu signalisieren und zugleich mit billigen Exporten dahin zu wirken, dass Großbritannien und Frankreich in ihrem eigenen Interesse, weil sie die Konkurrenz deutscher Waren fürchteten, die Forderungen herunterschrauben würden.[76] Die Handelsbilanz und der Staatshaushalt waren dabei entscheidende – und höchst umstrittene – Größen. So bestand ein Dreiecksverhältnis zwischen dem Defizit, den Zahlungsforderungen der Alliierten und dem Wechselkurs der Mark.

Die vom Reichswirtschaftsministerium projektierte Erfassung der Sachwerte fand 1921 zunächst die taktische Zustimmung von Kanzler Wirth. Aber als die an der Regierung beteiligte SPD begonnen hatte, höhere Konsumsteuern zu akzeptieren, schwenkte die bürgerliche Mehrheit um auf eine Ablehnung des Projekts.[77] Zum Zeitpunkt des Steuerkompromisses im Januar 1922 wurde Wirths Position wie

folgt protokolliert: »Das Ziel unserer ganzen Politik müsse der Abbau des Londoner Ultimatums sein. Es sei daher falsch, wenn man durch eine Sachwerterfassung im jetzigen Moment das Ultimatum zu etwa 80 Prozent für tragbar erkläre.«[78]

Wirth machte sich dabei eine weitere stark verbreitete Argumentationslinie zu eigen, die in verschiedenen Varianten bei Vertretern ebenso wie bei Feinden der Erfüllungspolitik Verbreitung fand: die Betonung, dass die Reparationen schlicht nicht erfüllbar seien. Während die sozialliberalen Kräfte innerhalb der Regierung Wirth das Defizit beseitigen und die Währung stabilisieren wollten, bauten die nationalistischen Kräfte in der Reichsbank und den rechtsbürgerlichen Parteien das Argument auf, weder mit Steuern noch mit forcierten Exporten seien die Reparationen aufzubringen. Karl Helfferich, der finanz- und geldpolitische Wortführer der Rechten, attackierte im Reichstag die Steuerpläne. Die Erfassung der Sachwerte bezeichnete er als fatalen Schritt zur Verschleuderung des Nationalvermögens an die Alliierten.[79]

Helfferich stützte sich auf die sogenannte Zahlungsbilanztheorie, einem Ansatz, der die Inflation mit dem ungünstigen Wechselkurs der Mark erklärte.[80] Seiner Ansicht nach war ein strukturelles Defizit in der Zahlungsbilanz nicht nur ursächlich für die Unmöglichkeit der Reparationen. Mehr noch, die negative Zahlungsbilanz – hauptsächlich die Tatsache, dass Deutschland mehr importierte als exportierte – führte gemäß dieser Theorie dazu, dass der Preis der Devisen anstieg, um Importe zu kaufen und die Reparationen zu zahlen. Die Devisenkosten bewirkten steigende Preise im Inland und ein wachsendes Defizit. Dem dabei entstehenden Bargeldbedarf konnte allein mit einer Ausweitung der Notenmenge begegnet werden, mit anderen Worten: Die Reichsbank kam nur ihrer Aufgabe nach. Schuld an der Inflation trugen, knapp formuliert, das Ausland mit seinem hohen Wechselkurs und allen voran die Alliierten, deren Reparationsforderungen die Mark ins Bodenlose stürzen ließen.[81]

Die Zahlungsbilanztheorie bildete den tragenden Pfeiler der Argumentation nationalistischer Feinde des Versailler Vertrags und bürgerlicher Gegner von Vermögenssteuern. Aber ihr hingen nicht nur intransigente Rechte an, auch ein liberaler Ökonom wie der ein-

gangs zitierte Moritz Julius Bonn vertrat eine Version dieser Theorie, allerdings im Auftrag des Reichsfinanzministeriums, das zu diesem Zeitpunkt in der Hand der Zentrums-Partei des Reichskanzlers Wirth war.[82] Denn dass die Zahlungsbilanz wesentlich den Wechselkurs bestimmte (bei einem Defizit stiegen der Bedarf an Devisen und das Angebot an Mark), und vor allem, dass Deutschland eine unelastische Importnachfrage nach Rohstoffen und Lebensmitteln hatte, lag auf der Hand. Vor dem Krieg war die Handelsbilanz negativ gewesen, nach dem Krieg fielen obendrein viele Exporte weg, weil außerhalb Deutschlands Depression herrschte. Von einem »strukturellen« Defizit in der Handelsbilanz zu sprechen, hatte einige Plausibilität.[83]

Nur, wie die Handelsbilanz genau aussah, darüber herrschte Unklarheit. Die Methode zur Datenerhebung musste mehrfach revidiert werden, unter anderem, weil Proteste der Reichsbank 1922 eine Verzerrung hin zu einem Überschuss moniert hatten, der nicht zum nationalistischen Kurs der Reichsbank gepasst hätte. Neue Berechnungen bestätigten dann die Haltung, dass ein Handelsbilanzdefizit vorliege.[84] Ein Jahr später aber fanden Experten der Reparationskommission, dass die neue Erhebungsmethode systematisch die Exporte niedrig halte. Das Statistische Reichsamt rechnete nach und kam ebenfalls zum Schluss, dass 1922 ein Handelsbilanzüberschuss von 150 Millionen Goldmark – und kein Defizit – bestanden hatte, behandelte den Zahlenbefund aber diskret. Mit einer Kombination bestehender und neu erstellter Datensätze hat Adam Tooze gezeigt, wie sich in der Zeit der Erfüllungspolitik die Handelsbilanz tatsächlich verbessert hatte. Aber weil angesichts der verwirrenden Datenlage die sozialliberalen Kräfte Wirth nicht mehr überzeugen und die Politiker sich nicht auf einen Weg zur Stabilisierung einigen konnten, wurde keine zweckmäßige Strategie eingeschlagen.[85]

Das Hamburger Weltwirtschafts-Archiv beobachtete auch 1923 noch Verzerrungen in der Handelsbilanz, die tendenziell die Importe höher aussehen ließen und auf diese Weise die Bilanz zur negativen Seite beeinflussten. Importeure würden häufig nicht den Wechselkurs zum Zeitpunkt des Devisenkaufs notieren, also dem Tag, an dem sie Mark gegen die Währung einwechselten, mit der die impor-

tierten Waren schließlich bezahlt wurden, sondern den Wechselkurs zum Tag des Grenzübertritts der importierten Ware, der manchmal Monate später war.[86] Weil die Rohdaten auf dieser Grundlage von den Kaufleuten selbst erstellt wurden, verschob unter Abwertungsbedingungen das Zeitintervall das statistisch Gemessene zu einem höheren Markbetrag als tatsächlich gezahlt worden war. Mit anderen Worten: Eine für den Wechselkurs der Mark entscheidende Größe wie die Handelsbilanz hing von statistischen Messtechniken ab, die wiederum vom Tempo der Wechselkursschwankung und der inländischen Geldentwertung bestimmt wurden.

Spätestens ab Sommer 1922 waren die inländischen Preissteigerungen an den schwankenden Außenwert der Währung gekoppelt. Je rascher die Händler und Fabrikanten in Deutschland die Preise erhöhten, umso schneller wurde der Dollar zum bestimmenden Faktor auch der Inlandspreise. Das bedeutete überdies, dass, je schneller die inländischen Preissteigerungen die Abwertung mitmachten, umso mehr verabschiedeten sich nicht nur die internationalen Finanzmärkte, sondern auch das Inland von der Mark.[87] »Selbstentzündung« nannte Julius Hirsch vom Reichswirtschaftsministerium diesen Vorgang. Zuerst drängten die mit dem Außenhandel befassten Kreise, dann die Grenzregionen und schließlich die breite Bevölkerung aus dem Papiergeld und kauften Auslandswährung oder wichen auf Sachwerte aus, deren Preis sich zuverlässig mit dem Dollar bewegte: »Wer konnte, flüchtete aus der Mark in den Dollar, in Kupfer, Baumwolle oder Holz, d. h. in Sachwerte.«[88] Für Hirsch war im Sommer 1922 die Dynamik eine inländische geworden und nicht mehr länger eine vom Rhythmus der Reparationszahlungen getriebene.[89] Vor dem Hintergrund einer inländischen Flucht aus der Mark brachte das Reichswirtschaftsministerium die Emission sogenannter Goldschatzanweisungen ins Spiel, also kurzfristiger, goldgedeckter Wertpapiere, die Aspekte einer Parallelwährung aufweisen, aber in großer Stückelung ausgegeben werden sollten, um die Mark nicht als Zahlungsmittel zu verdrängen.[90] Aber die Reichsbank, die mit ihrer soeben erlangten Unabhängigkeit keine Anweisungen der Regierung befolgen musste, lehnte den Vorschlag ab.[91] Der Grund des Währungsverfalls sei nicht inländisch, sondern liege in den Repa-

rationen, die die Mark mit »Naturnotwendigkeit immer weiter und immer rascher sinken lassen« müssten.[92] Eine neue Anleihe würde die Papiermark völlig entwerten und die Möglichkeiten, andere Anleihen auf dem Markt unterzubringen, unterminieren.

Die Messtechniken, mit denen eine zentrale Größe wie die Handelsbilanz berechnet wurden, waren ebenso politisch wie epistemisch umstritten. Die Handelsbilanz stellte keinen einfachen Mechanismus, wonach bei größeren Importen als Exporten der Bedarf an Devisen und das Überangebot an Mark den Kurs der Währung drückten. Sie beruhte vielmehr auf einem beweglichen Boden unsicherer Daten. Praktiken der Datenerhebung setzten zeitliche Markierungspunkte, während das Tempo der Geldentwertung weiter voranlief. In Erwartung steigender Preise wurde mit Spekulation eine laufende Anpassung an veränderte Umstände betrieben, wozu besonders die Antizipation zukünftiger Auswirkungen unvorhergesehener Ereignisse gehörte.[93] Zeit enthielt vielfältige, auch gegenläufige Dimensionen. Unter Bedingungen volatiler Bewegungen und Nichtsynchronizität kann man sich Wertbeständigkeit weniger als einen gesicherten Behälter vorstellen, in dem Wert unbeschadet durch eine einzige, chronologische Zeit reist. Sondern Wertbeständigkeit bedeutete vielmehr, die asymmetrischen Differenziale zwischen verschiedenen, mit einander nichtsynchronen Zeiten zu nutzen, wie die Auseinandersetzung um die Goldrechnung für Löhne zeigt.

Goldrechnung und Lohnform

Mit der Hyperinflation war die Mark nicht mehr Werterhaltungsmittel, kaum mehr Wertberechnungsmittel und immer weniger überhaupt noch ein Zahlungsmittel. Weite Teile der Wirtschaft waren dazu übergegangen, ihre Rechnungen in Gold bzw. in der Goldwährung Dollar zu fakturieren. Wer in der Lage war, die eigenen Preise, Zinsen oder Geschäftsbilanzen auf die Recheneinheit Gold zu stellen, erreichte die bekannten Vorteile der Dauerhaftigkeit. Vor diesem Hintergrund begannen Arbeiterinnen und Arbeiter wertbeständige Löhne unter Goldrechnung zu fordern. Die Frage der Goldlöhne schloss an eine weiter zurückreichende Debatte an, ob und inwieweit

die Löhne an den Index der Lebenshaltungskosten gekoppelt werden sollten. Indexlöhne waren umstritten. Die sozialreformerische Zeitschrift *Soziale Praxis* stellte ein Debattenforum dar, das insbesondere die entsprechenden Erfahrungen in Österreich dokumentierte, wo Indexlöhne in Industrie und öffentlichem Dienst eingeführt worden waren.[94] Das Gegenargument ging dahin, dass sobald die Löhne automatisch an den Index der Lebenshaltungskosten angepasst würden, die Händler jeden Anreiz verlören, ihre Preise niedrig zu halten. Die selbstreferentielle Dynamik würde noch gesteigert, wenn antizipierte Preissteigerungen in die Berechnung einbezogen würden. Auch unter den Gewerkschaften war die »gleitende Lohnskala« lange umstritten, nicht zuletzt, weil die Gewerkschaften mit einer »Automatisierung« der Lohnverhandlungen einen Einflussverlust fürchteten.[95]

Einzelne liberale Stimmen begrüßten die Technizität, die mit rationalen Verfahren eine Verhandlungsgrundlage für die Tariffestlegung schaffen würden.[96] Nationalistische Rechte wie Karl Helfferich hingegen wähnten in einer Lohnanpassung auf Indexbasis jene Disziplinierung und Entbehrung verloren, die allein den Anreiz für den Arbeitskrafteinsatz und die für die deutsche Wirtschaft nötige Produktivitätssteigerung abgeben würden.[97]

Ein Hauptproblem war natürlich der Index selbst. Seit 1919 erhob das Statistische Reichsamt Zahlen zum Konsumniveau. Der Warenkorb war zunächst äußerst eng gehalten – er umfasste nicht mehr als 13 Lebensmittel, Wohnungsmiete, Heizung und Licht –, erst 1922 kamen weitere Posten wie Kleidung hinzu. Der knappe Warenkorb orientierte sich an der Versorgungslage der Nachkriegszeit; ein größerer Datensatz, der repräsentativ für das Konsumniveau der Vorkriegszeit war, ließ die Teuerung größer aussehen.[98] Die Daten wurden auch, unter Inflationsbedingungen besonders wichtig, zu wenig rasch erhoben und verarbeitet. Erst ab April 1921 bestanden monatlich aktuelle Zahlen, auf dem Höhepunkt der Inflation wurden sie bis zu zweimal wöchentlich erhoben.[99] Das Statistische Reichsamt stand politisch unter Druck. Während die Statistiker betonten, sie würden nur einen Indikator der Teuerung bereitstellen und keine Aussage über ein Existenzminimum treffen, wurde in der Öffentlichkeit darüber gestritten, ob die Zahlen ein Existenzminimum oder ein

normales Konsumniveau festlegen würden. Es bestanden konkurrierende Indizes, wie jener des Leiters des Statistischen Amts Berlin-Schöneberg, René Robert Kuczynski, einem Sympathisanten der USPD und später der KPD, der ausdrücklich ein Existenzminimum umriss.[100]

Vor diesem Hintergrund begannen ab 1921 Staatsangestellte und Kohlearbeiter die Forderung nach einer gleitenden Lohnskala zu stellen. Nach dem großen Eisenbahnerstreik vom Februar 1922 zeigte sich die Regierung bereit, die gleitende Lohnskala zumindest zu diskutieren.[101] Der Reichsarbeitsminister, Heinrich Brauns, sprach sich in einem vielbeachteten Artikel in der *Vossischen Zeitung* für bestimmte Formen der Indexierung aus.[102] Die Anpassung solle aufgrund der monatlichen Zahlen der Lebenshaltungskosten geschehen, aber nicht automatisch vorgenommen werden, weil sonst »wertvolle Hemmungen gegen die Preiserhöhung« wegfallen könnten. Brauns schlug vielmehr vor, die Lohnhöhe nicht durch Indexziffern allein, sondern in Kombination mit regelmäßig tagenden Schiedsgerichten festzulegen. Der in der Beamtenbewegung engagierte Reichsgerichtsrat Alois Zeiler sah in der selbsttätigen Lohnanpassung eine vernünftige Lösung, aber im Index keine geeignete Grundlage dazu. Dieser suggeriere nämlich, dass »die Lebenshaltung selbst auf gleicher Höhe zu bleiben« vermöge, während in Wirklichkeit die Volkswirtschaft seit Kriegsbeginn geschrumpft sei und die Bevölkerung sich einschränken müsse. Die gleitende Lohnanpassung sollte deshalb den Durchschnitt des Volkseinkommens berücksichtigen.[103]

Die Kosten der Lebenshaltung einzubeziehen, war ein Weg hin zu wertbeständigen Löhnen, ein anderer bestand darin, die Löhne in Goldwerten zu berechnen. Vorschläge, die Löhne direkt an den (goldbasierten) Dollar zu koppeln, wurden in der Zeitschrift *Soziale Praxis* überwiegend abgelehnt. Das hauptsächliche Gegenargument lautete, damit würde der noch bestehende, aber schwindende Unterschied zwischen Binnenwert und Außenwert der Mark eingeebnet, auf dem die im Vergleich zum Ausland tiefen Löhne beruhten, die dem Export Konkurrenzvorteile eintrugen. Zudem seien die Wechselkursschwankungen zum Dollar spekulativ beeinflusst, und wenn die Löhne in Dollar berechnet und in Papiermark ausbezahlt

würden, ziehe dies eine immense Aufblähung der Notenmenge nach sich.[104]

Aber die Diskussion über Goldlöhne riss nicht ab. Denn diese stellten die logische Fortsetzung wertbeständiger Löhne unter Bedingungen dar, in denen die Papiermark sich als Wertmaßstab verflüchtigte. Wenn die Unternehmer schon längst die Goldrechnung betrieben, so ein Vertreter der Beamtenschaft, dann müsse sie auch für die Gehälter gelten.[105] Der Sozialdemokrat und Gewerkschafter Fritz Tarnow, der im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat die Erfassung der Sachwerte vertreten hatte, plädierte für wertbeständige Löhne auf Basis der Goldrechnung. Denn diese sei zunächst nur eine Methode; der Maßstab an sich würde noch keine Aussage über die Lohnhöhe selbst treffen. Letztere anzupassen, sei immer noch Aufgabe »des gewerkschaftlichen Kampfes«, denn ein Lohn auf Goldrechnung sei weder automatisch »Weltmarktslohn« noch ein »Friedensreallohn«. Es gehe nur darum, dass, wenn alle Preise in Gold dargestellt würden, auch der Preis der Ware Arbeitskraft in Gold ausgedrückt werden müsse:

> Hört die Papiermark auf, in der Wirtschaft überhaupt noch als Wertmesser zu gelten, so kann auch die Ware Arbeitskraft damit nicht mehr gemessen werden. […] Wenn aber alle Kaufmöglichkeiten nur noch in Gold bewertet werden, dann kann auch die Kaufkraft und damit der Lohn nur noch in Gold ausgedrückt werden.[106]

Für Tarnow musste die Goldrechnung das allgemeine Maß der Kaufkraft werden. Diese Ansicht war weit verbreitet. Nachdem Anfang 1923 die französisch-belgische Besetzung des Ruhrgebiets begonnen hatte und die Mark ab dem Frühling sich im freien Fall befand, schlug Julius Hirsch in der Sozialisierungskommission, einer nach der Revolution eingesetzten Expertengruppe, der auch bürgerliche Wissenschaftler angehörten, eine flächendeckende Einführung der Goldrechnung vor. Er erinnerte daran, dass seit dem Versailler Vertrag die Goldmark als Recheneinheit eingeführt war. Nur sei diese Recheneinheit »einseitig und systemlos« verbreitet. Wenn überall

Goldpreise, Goldzinsen, Golddividendenzahlungen, Goldkonten und – sehr uneinheitlich geführte – Goldbilanzen gälten, dann würden die Sachwertbesitzer »auf Kosten der Allgemeinkaufkraft und der Arbeitskraft« bevorteilt. Deshalb brauche es Goldlöhne, die noch fast nirgends bestünden. Aber auch Steuern und der Etat müssten auf Goldrechnung gestellt werden.[107]

Die *Frankfurter Zeitung* widersprach. Die Goldrechnung sei eine privatwirtschaftliche Behelfslösung gewesen. Der Staat könne nun nicht selbst eine Umgehungsstrategie verallgemeinern, die gegenüber seiner eigenen Währung eingeschlagen worden sei. Auf diesem Weg werde die Papiermark völlig entwertet und auch als Zahlungsmittel nirgendwo mehr angenommen. Der Staat, der sich bislang über die Geldschöpfung finanziert habe, werde daran aufgerieben. Die *Frankfurter Zeitung* sprach die Erosion staatlicher Souveränität an, die sich massiv beschleunige, wenn das Band zwischen Recheneinheit und Zahlungsmittel gelöst werde.

> Das Ende dieser Entwicklung wäre dann, daß die Privatwirtschaft sich überhaupt ein vom Staate losgelöstes Geldverrechnungs- und Währungssystem aufzubauen versuchte, die Papiermark wäre dann schließlich nur noch die Spielmarke für die Spekulation zwischen Papierkonto und Goldkonto; sie würde einer immer rascheren Entwertung verfallen, und der Staat, der sich dann durch die Notenpresse nicht mehr finanzieren könnte, vermöchte sich das Geld zur Bezahlung seiner Beamten und zur Bestreitung seiner sonstigen Aufgaben überhaupt nicht mehr zu beschaffen, er fiele gänzlich ins Leere.[108]

Gleichwohl setzten sich wertbeständige Formen in Löhnen, Steuern und im Detailhandel durch. Goldrechnung, Indexgrößen und eine Kombination von Grundzahl und Multiplikator bildeten die epistemischen Werkzeuge dazu. Im August 1923 vereinbarten die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände unter Moderation des Arbeitsministeriums Richtlinien zu den gleitenden Löhnen in den Tarifverhandlungen. Das System bestand aus einem Grundlohn, der für vier bis acht Wochen vereinbart wurde, sowie einem Multipli-

kator, der zwischen den Vertragsparteien ausgehandelt wurde. Ausbezahlt wurden die Löhne wöchentlich, später mehrmals wöchentlich; um das Tempo und die Modalitäten der Lohnauszahlung waren seit Beginn der Hyperinflation heftige Konflikte entbrannt.[109]

Ebenfalls im August 1923, kurz bevor eine Streikwelle seine Regierung zu Fall brachte, stellte Kanzler Wilhelm Cuno wertbeständige Steuern und eine Art Parallelwährung auf Goldbasis in Aussicht. Wenige Wochen später emittierte die neue Regierung Stresemann eine Goldanleihe im Umfang von 500 Millionen Goldmark. Diese Anleihe war ausdrücklich für den allgemeinen Verkehr vorgesehen. Deshalb hatte sie eine kleine Stückelung, die von einem Zehntel Dollar bis zu 5 Dollar, das heißt 21 Mark mit Vorkriegsparität, rangierte. Die Anleihe sollte 1935 mit einer Prämie von 70 Prozent zurückbezahlt werden, ihre Garantien waren aber äußerst vage gehalten. Gleichwohl avancierte sie zu einem weitverbreiteten Umlaufmittel. »Die Papiermark war damit quasi vom Reiche offiziell aufgegeben«, kommentierte der spätere Reichsbankdirektor Hjalmar Schacht rückblickend.[110]

Indexierung fragmentierte monetäre Souveränität. Mit einem Index wurde partiell die nationale Währung als Recheneinheit aufgegeben, während zunächst ihre Funktion als Tauschmittel erhalten blieb. Dem Ökonomen André Orléan zufolge ist Indexierung ein Ausdruck davon, dass unter den verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren – Gewerkschaften, Unternehmern, Finanzbeamten, Großhändlern und anderen – Unsicherheit herrschte, ob die nationale Währung in der Lage war, das Preisgeschehen adäquat abzubilden, oder mit anderen Worten: den Gütern ihre Preise zuzuordnen.[111] Wenn zudem wirtschaftliche Akteure in andere Vermögensformen wie dem Dollar oder Sachwerten abwanderten, erodierte auch die Funktion der nationalen Währung als Wertspeicher. Wenn die wirtschaftlichen Akteure überdies begannen, an Stelle des Papiergeldes andere Zahlungsmittel zu verlangen, schwand schließlich dessen Funktion als Tauschmittel. Während die staatliche Währung ihr Monopol verlor, setzte ein »anschwellender Disput zwischen unterschiedlichen Konzeptionen von Vermögen« ein.[112] Dabei ging es nicht nur um wirtschaftliche Dominanz und staatliche Kontrolle, sondern mit den Indexlöhnen

war direkt die Frage politischer Macht in ihrer vollen Breite verbunden. Auf welcher Basis das Geld als das Zahlungsmittel in der Lohnform gestellt sei, war eine Frage, die die Herrschaft in Betrieb und Gesellschaft als Ganzer betraf. Wie im folgenden Abschnitt gezeigt wird, bestand dabei nicht nur Konkurrenz der verschiedenen Geldformen, sondern auch der Projekte zur Bewältigung der Krise.

Kapitalistische Stabilisierung mit Roggen und Bodenrenten

Bereits vor der Währungsreform in der zweiten Novemberhälfte 1923 existierten neue, wertbeständige Geldsorten in der Höhe von schätzungsweise 4 Milliarden Goldmark. Das war schon in greifbarer Nähe zur Menge an Goldmark, die vor Kriegsausbruch in Umlauf gewesen war (etwa 6 Milliarden).[113] Die wirtschaftlichen Akteure hatten also bereits fast im Umfang der Vorkriegswirtschaft auf ein alternatives Zahlungssystem gewechselt.

Von den Geldformen, die auf indexierten Werten basierten, beruhten verschiedene auf dem Roggen. Beispielsweise gab die Oldenburgische Staatliche Kreditanstalt Ende 1922 eine Anleihe aus, in der ein Papier auf den Wert von 250 Kilogramm Roggen lautete. Nach einer Laufzeit von fünf Jahren konnte dieses mit dem Wert von 300 Kilogramm zurückgezahlt werden. Ein ähnliches Arrangement gab es in Mecklenburg-Schwerin, ebenfalls im Jahr 1922 wurde eine überregionale Roggenrentenbank gegründet.[114] Diese Arrangements nahmen den Preis eines inländischen Sachguts (der deshalb weniger Wechselkursschwankungen unterworfen war) als Maßstab zur Wertbemessung. So ließen sich Hypotheken in Roggenwert ausdrücken; am 23. Juni 1923 war ein entsprechendes Gesetz über wertbeständige Hypotheken erlassen worden.[115] Dabei fungierten nicht, wie der Name vielleicht vermuten lässt, Roggenvorräte als Pfand, sondern es ging darum, eine Grundschuld mittels des Werts eines Quantums an Roggen darzustellen – die Geldsumme, die auf das belehnte Grundstück bezahlt werden musste, hatte dem Preis einer bestimmten Roggenmenge zu entsprechen.

Der Roggenwert bildete den Ausgangspunkt eines Stabilisierungsplans der politischen Rechten, der die große Kehrtwende brachte. Karl

Helfferich verbreitete ab Anfang August 1923 ein Reformprojekt,[116] das die Währung unter industrielle und agrarische Kontrolle bringen, eine Erfassung der Sachwerte oder weitere Unternehmens- und Vermögenssteuern abwenden und den Einfluss der Arbeiterbewegung auf die Geldpolitik ausschalten sollte.[117] »Brotwährung« und »Roggenmark« lauteten die Schlagworte, mit denen Helfferich in der *Kreuz-Zeitung*, einem wichtigen konservativen Forum, seinen Plan erstmals schriftlich veröffentlichte.[118] Rhetorisch und strategisch zielte das Projekt auf die Einbindung der agrarischen Interessen. Im Kern ging es um eine privatwirtschaftlich abgewickelte Geldschöpfung aus Hypotheken, deren Belastungshöhe nach dem Roggenpreis gemessen wurde.

Helfferich zeichnete Roggen als den Schatz der deutschen Nation in einer Zeit, als die Goldvorräte für die Deckung einer stabilen Währung nicht ausreichten. »Der Plan kommt auf die Schaffung einer autochthonen Währung hinaus, begründet auf dem Wert eines Erzeugnisses« – eben Roggen –, »das einem elementaren Lebensbedürfnisse dient und auf eigenem Boden in reichlicher Menge erarbeitet wird.«[119] Die »Roggenmark«, die Helfferich propagierte, war indes ein *misnomer*, eine kalkulierte Fehlbezeichnung. Hinter dem klingenden Namen stand keine irgendwie geartete Konvertibilität von Geldzeichen zu Getreide. Vielmehr wurde allein das Wertmaß in Roggen ausgedrückt: 200 Roggenmark sollten nach Helfferichs Vorschlag dem Preis einer Tonne Roggen entsprechen. Man müsse »mit der Phantasie des Volkes rechnen« und eine »andere wertbeständige Grundlage« als Gold nehmen, weil dessen Vorräte zur Währungsdeckung zu gering seien.[120] Das bedeutete, dass die »Phantasie des Volkes« jene Einheit von Geldmaß und Geldstoff herstellen sollte, die Helfferichs Plan in Wirklichkeit auflöste. Denn nicht Roggen, sondern ein Pfandbrief deckte die Geldschöpfung. Der Plan lautete: Es wurde eine privatwirtschaftliche Bank, die Währungsbank, gegründet.[121] Deren Grundkapital wurde zur einen Hälfte durch eine mit 5 Prozent verzinste Grundschuld auf 5 Prozent des Werts aller landwirtschaftlichen Grundstücke aufgebracht, die einst zu Kriegsbeginn mit einer flächendeckenden Schätzung erfasst worden waren. Zur anderen Hälfte stammte, so der Plan, das Kapital von Handel und

Industrie, teils ebenfalls aus Hypotheken, teils aus Schuldverschreibungen. Auf der Grundlage dieser Hypotheken und Schuldverschreibungen (deren Umfang Helfferich auf rund vier Milliarden Roggenmark schätzte) gab die Bank ein Wertpapier heraus, die sogenannten Roggenrentenbriefe, die mit vier Prozent verzinst wurden. Diese Roggenrentenbriefe waren die Deckung für die geplante Währung, die Roggenmark: Letztere war ab dem Betrag von 500 Roggenmark konvertierbar in die Roggenrentenbriefe. Deren Kurs hatte weniger mit dem Roggenpreis zu tun als vielmehr mit Angebot und Nachfrage dieser Kapitalanlage.[122]

Entscheidend an dem Plan war, dass die Menge der auszugebenden Geldnoten und Roggenrentenbriefe strikt begrenzt wurde. Die Bank lieh der Regierung innerhalb von drei Monaten den Wert von 300 Millionen Goldmark in Roggenmarknoten, mit denen Schatzwechsel abgelöst werden konnten. Später sollte die Währungsbank während zwei Jahren Schatzwechsel in Roggenmark diskontieren, aber nur bis zur Hälfte ihres Grundkapitals (inbegriffen der Erstzahlung von 300 Millionen Goldmark). Weitere Kredite an das Reich würde es nicht geben, auch keine Bürgschaften. Gegenüber Privaten konnte die Währungsbank hingegen frei Kredite vergeben.

Zentral war der durchgehend privatkapitalistische Charakter des Projekts. Die Machtfülle der Währungsbank wäre weitaus größer als jene der Reichsbank gewesen.[123] Zudem annullierte das Projekt eine soeben erst geplante Unternehmenssteuer und in der Zukunft jede Art von Verstaatlichung durch Sachwerterfassung, war also ein politischer Deal, der den agrarisch-nationalistischen Interessen diente.[124] Hjalmar Schacht, der selbst einen alternativen Plan zur Stabilisierung verfolgte und Ende 1923 zum Reichsbankpräsidenten ernannt wurde, kommentierte, der »geniale psychologische Wurf« Helfferichs habe darin bestanden, dass er bei dem »regierungsfeindlichen Teil der Bevölkerung, der die Versorgung mit Lebensmitteln in der Hand hatte, begeisterte Zustimmung auslöste.«[125] Die Agrarier konnten sich als Herren der Währung sehen, Industrie- und Bankenkapital hatten mit der Währungsbank eine ungehinderte Schaltstelle.

Helfferichs Plan brachten seine nominalistische Geldtheorie und privatkapitalistische Wirtschaftspolitik auf den Punkt.[126] Allerdings

bedeutete er eine fundamentale Kehrtwende weg von den geldtheoretischen Annahmen, die auch Helfferich bislang vertreten hatte. Wie er in einer Artikelserie für die *Neue Zürcher Zeitung* schrieb, müsse man sich zwei Dinge vor Augen halten:

> […] einmal den Zusammenbruch des Glaubens an die Macht des Staates über das Geld, wie er in G. F. Knapps »Staatlicher Theorie des Geldes« seinen klassischen wissenschaftlichen Ausdruck gefunden hat; ferner die Unmöglichkeit, bei der Schaffung einer neuen, realen Wertgrundlage für das deutsche Geld, also bei dem Versuch der »metallistischen« oder »Substanzwert-Theorie«, an das Gold oder ein anderes Edelmetall in der bisher üblichen Weise im Wege der direkten oder indirekten Einlösbarkeit papierner Geldzeichen anknüpfen zu können.[127]

Dass Geld durch eine staatliche Proklamation seinen Wert bekomme, wie es Helfferichs Doktorvater Georg Friedrich Knapp vertreten hatte, oder dass das Geld im Gold eine substanzmäßige Grundlage habe – beides sei durch die deutsche Situation vom Herbst 1923 widerlegt.[128] Zwar sah Helfferich als Ziel die Rückkehr zum Goldstandard vor.[129] Aber, so schrieb er in der *Neuen Zürcher Zeitung*, solange die Mittel dazu fehlten, komme es darauf an, »eine Notbrücke zu besseren Zeiten zu konstruieren« und eine »Zwischenlösung« bis zur Neufundierung in Gold und einem festen Kurs zur größten Goldwährung, dem Dollar, herzustellen.[130] Für Helfferich war dabei eminent wichtig, das Geld als eine Metrik der Kontrolle, Disziplinierung und Unterwerfung zu kalibrieren. Es galt, die Arbeiterbewegung in Schach zu halten, um »die Ansprüche an Lebenshaltung, die Lohnforderungen und die Arbeitsleistung wieder miteinander einigermaßen in Einklang zu bringen.«[131]

Helfferichs Roggenmark wurde nicht eingeführt. Aber sein Vorschlag bestimmte im Voraus die Grundlagen, anhand derer die Stabilisierung der Währung umgesetzt wurde. Der Reichsverband der Deutschen Industrie und Friedrich Minoux, ein Manager des Stinnes-Konzerns, schlugen jeweils Pläne vor, die jenem Helfferichs

ähnelten, aber direkt auf die Wiedereinführung der Goldwährung abzielten.[132] Hjalmar Schacht fasste einen Plan, in dem nicht inländische Hypotheken, sondern internationale Investitionen die Grundlage einer Goldnotenbank abgeben sollten.[133] Die Projekte teilten alle eine dezidiert privatkapitalistische Stoßrichtung, wonach die Interessengruppen des Kapitals die Kontrolle erhalten sollten.[134] Den naheliegenden Kritikpunkt an seinem Vorschlag, dass auch der Roggenpreis fortlaufend Schwankungen unterlag, musste Helfferich selbst eingestehen.[135] Die weiterhin verfolgten Projekte sahen deshalb entweder eine Goldrechnung oder eine partielle Golddeckung vor.

Der radikalste Gegenvorschlag zu Helfferichs Projekt stammte von Rudolf Hilferding, der zwischen August und Oktober 1923 als sozialdemokratischer Reichsminister der Finanzen amtierte.[136] Er opponierte gegen Helfferichs Projekt in vier Punkten. Die neu zu schaffende Institution sollte nicht unter der Herrschaft der Spitzenverbände der Industrie stehen, sondern von der demokratisch gewählten Regierung delegiert sein. Weil, zweitens, im internationalen Zahlungsverkehr Goldkonten notwendig waren, sollte die neue Währung auf einer partiellen Golddeckung beruhen. Helfferichs Roggenwerthypothek sei rein inländisch angelegt, die Regierung müsse aber zu Devisen kommen. Weiter galt es, für den inländischen Verkehr die Geldmenge mit einem drastischen Schnitt zu drosseln und zu lenken. Schließlich sei, viertens, ein ausgeglichener Staatshaushalt mit wirksamen Steuern sowie mit der Einstellung des enorm kostenreichen »passiven Widerstands« gegen die Ruhrbesetzung die Voraussetzung für das Gelingen der neuen Währung.

Hilferding war kein schlichter Anhänger einer Metalldeckung der Währung, im Gegenteil.[137] Das geldtheoretische Kapitel des erstmals 1910 erschienenen *Finanzkapitals* hatte Phänomene seiner Zeit wie das österreichische Papiergeld oder die indische Ablösung vom Silberwert – beides Vorgänge, die in Teil I und II dieses Buchs auftraten – in die Grundzüge der Marx'schen Theorie integriert.[138] Die zentrale Größe, die das Geld bestimmte, nannte Hilferding »den gesellschaftlich notwendigen Zirkulationswert«. Dieser stellte weniger eine Fundierung als einen Kurs dar, den der Geldwert gegenüber der gesellschaftlichen Gesamtwarenmenge einnahm. Geld hing nicht von einer

Substanz ab, sondern es betrieb die »gesellschaftliche Eichung«, die den Waren von der Gesellschaft gegeben wurde.[139] Auch Metallgeld war nur ein »unter dinglicher Hülle verstecktes« gesellschaftliches Verhältnis.[140]

Metall ließ sich mit Papier ersetzen, solange die Zirkulation anhielt; in der wachsenden kapitalistischen Gesellschaftsformation erweiterten sich die Möglichkeiten für Staatspapiergeld ebenso wie für Kreditgeld, das von Banken geschöpft wurde.[141] Aber in Krisenmomenten blieb im internationalen Verkehr eine wenigstens proportionenweise Konvertibilität zu Gold unverzichtbar. Ein reines und dauerhaftes Papiergeld war nach Hilferding unmöglich, »weil dadurch die Zirkulation beständigen Perturbationen ausgesetzt wäre.«[142]

Zur Stabilisierung der Mark schlug Hilferding eine Golddeckung vor. Dabei kam es weniger auf den Deckungsgrad an, als dass Gold für die internationale Devisenbeschaffung nötig war und dass auf dieser Grundlage die Geldmenge drastisch eingeschränkt würde.[143] Hilferding sah vor, die Reichsbank in zwei Teile zu spalten. Die eine Abteilung würde weiterhin die absinkende Papiermark herausgeben und im Laufe der Zeit abgeschafft werden. Die andere Abteilung würde mit dem stark geschwundenen Goldbestand der Reichsbank von 400 bis 500 Millionen Goldmark eine neue Währung herausgeben.[144] Dreh- und Angelpunkt war ein Währungsschnitt, der die Geldmenge massiv verkleinerte. Vor dem Haushaltsausschuss des Reichstags hob Hilferding hervor, dass »wir diese *Geldverknappung* brauchen.«[145] Die Einschränkung der Geldmenge würde die Unternehmer zwingen, ihre aufgespeicherten Sachwerte abzubauen und im Außenhandel goldwertige Devisen anziehen, die dann für den Aufbau der Golddeckung verwendet werden könnten. Hilferding betonte gegenüber dem Reichstag, dass eine demokratische Lohn- und Preispolitik bei ständig steigendem Dollarkurs unmöglich sei. Erst wenn ein stabiles Verhältnis zum Dollar hergestellt sei, könne der Staat mit Devisenkontrollen und neuen Steuern »die Grundlagen unter die Füße bekommen, von denen aus überhaupt eine Politik möglich ist.«[146]

Hilferdings Vorschläge stießen auf den Widerstand der Reichsbank und der konservativen Politiker in der Regierung Stresemann. Er wurde entmachtet, die Position des Finanzministers nahm Hans

Luther ein, welcher der Deutschen Volkspartei nahestand und zuvor das Amt des Ernährungsministers bekleidet hatte.[147] Luther verfolgte Helfferichs Plan unter dem Titel »Rentenbank« weiter. Das zweifach verschachtelte Prinzip wurde beibehalten: erstens eine Hypothek und Schuldverschreibungen, die in ein Wertpapier, die Rentenbriefe, verwandelt wurden, zweitens auf dieser Grundlage ein Geldzeichen, das in das Wertpapier konvertibel war. Statt Roggen als Wertmaß wurde die Goldrechnung genommen, das Grundkapital auf 3,2 Milliarden reduziert (wieder zu einer Hälfte über landwirtschaftliche Hypotheken, zur anderen über Hypotheken und Schuldverschreibungen aus Industrie und Handel gebildet) und dadurch die Belastung der Industriekreise, aber auch der Spielraum der Bank verringert. Am 15. November 1923 wurden die ersten Rentenmarknoten ausgegeben; am 20. November, nach einem nochmaligen Absinken der Papiermark, wurde das Verhältnis zur Papiermark und dem Dollar fixiert. 1 Rentenmark entsprach 1 Goldmark bzw. 1 Billion Papiermark, so dass 4,2 Rentenmark 1 Dollar ergaben, wie zur Vorkriegszeit.

Die neue Währung brachte eine heftige Stabilisierungskrise. Die Staatsfinanzen wurden massiv eingeschränkt, da die Reichsbank die Diskontierung von Schatzwechseln eingestellt und die Regierung den Großteil der 1,1 Milliarden Staatsfinanzierungskredit von der Rentenbank zu verzinsen hatte.[148] Der Abbau von 25 Prozent aller Reichsbeamten wurde beschlossen, bis zum März 1924 kam es zu rund 400.000 Entlassungen von Beamten und Staatsangestellten.[149] Im Privatsektor herrschten ähnliche Verhältnisse. Anfang 1924 waren mehr als ein Viertel der deutschen Bevölkerung auf finanzielle Unterstützung angewiesen, die jedoch in vielen Fällen ausblieb: vier bis fünf Millionen Arbeitslose, das heißt, wenn deren Familien hinzugerechnet werden, rund 12 bis 15 Millionen Menschen. Zu dieser Zahl kamen noch die Pensionierten und Sozialrentnerinnen.[150]

Fazit

Im November 1923 verglich Karl Helfferich die Rentenmark mit dem großen Währungsexperiment der europäischen Moderne, den Assignaten aus der Zeit der Französischen Revolution. Der Vergleich

fiel positiv aus, was nicht überrascht. Ganz im Gegensatz zur Katastrophenwährung der Assignaten, die ebenfalls in Landtiteln fundiert war, sei die Rentenmark in ein frei zirkulierendes Wertpapier konvertibel. Sie beruhe auf der »Einlösbarkeit in einem mobilen Effekt«, nämlich in sogenannte Rentenbriefe.[151] Zwar sei die Rentenmark, so Helfferich, nicht in Gold, aber immerhin mit den Rentenbriefen in einer Schuld fundiert, die so sehr von Zeit und Raum abstrahiere, dass sie frei übertragbar sei. Helfferich sprach diesem Papier die Grundlage für die Geldhaftigkeit von Geld zu. Es stellte ein Zahlungsmittel dar, das genügend von der konkreten Schuldenbeziehung abstrahierte, für die es jeweils kontrahiert wurde, so dass es einen in Raum und Zeit transportablen Wert darstellte. Damit sie in der Zeit transportabel seien, hatte Helfferich in seinem nicht umgesetzten Vorschlag als Wertmaß (nicht als Wertstoff) die Einheit Roggen verfügt. Die Materialität bildete dabei keine vorbegriffliche, unhintergehbare Wesenhaftigkeit, sondern bestand aus Messtechniken, die hochgradig politisch bestimmt waren. Denn die Valorisierung der Grundstücke, die bei der Rentenmark Pate stand, sollte für die bürgerlichen Politiker nicht zuletzt eine andere hypothekarische Valorisierung abwenden, die unter sehr unterschiedlichen Vorzeichen, aber technisch in mancher Hinsicht ähnlich, von der Arbeiterbewegung vertreten wurde: die Erfassung der Sachwerte. Keiner der »Sachwerte«, von denen in diesem Kapitel die Rede war, stand jenseits einer finanziellen Logik; die ins Spiel kommenden materiellen Dinge wirkten stets in Beziehung auf monetäre Verhältnisse.

Die Materialität des Geldes bestand aus Messtechniken und Formatierungskonventionen, die verschiedene Zeitformen wirksam machten. Indexierung verknüpfte einerseits Materialitäten und Werte und spannte diese Verknüpfung über die Zeit hinweg. Bildlich gesprochen, schauen Indizes zurück und wirken als Techniken in der Gegenwart. Mehr noch, sobald auch antizipierte Steigerungen einbezogen wurden, wirkte die indexbasierte Festlegung von Preisen nicht nur in der Gegenwart, sondern mittels einer selbstreferentiellen Dynamik in die Zukunft hinein. Dies erreichte das gesellschaftlich wichtigste Zahlungsverhältnis im modernen Kapitalismus, die Lohnform. Gerade durch die laufende Anpassung an einen Index sollte die

»gleitende Lohnskala« Stabilität herstellen – und bewirkte dabei in den Augen ihrer Kritiker neue Instabilität, nämlich die Preissteigerung von Konsumgütern.

Zeit wurde etwas Formbares, wobei die Möglichkeiten zur bewussten Formung gesellschaftlich enorm ungleich verteilt waren. Industrielle und Großhändler konnten mit der Bewegung in die Sachwerte Wert auf Dauer stellen und zugleich, wenn sie Kredite in Papier zurückzahlten, das Tempo der Inflation zu ihren Gunsten wirken lassen. Die volatile Zeit des Wechselkurses umfasste Antizipation und Unvorhersehbarkeit; eine spekulative Logik verlangte, in die Zukunft projizierte ebenso wie nichtvorbestimmte Bewegungen des Geldes einzubeziehen. Akteure begannen asymmetrische Austauschbeziehungen, in denen Nichtäquivalente getauscht und Intervalle verhandelt wurden. Die Erfahrung, die Menschen im kolonialen Ostafrika machten und die in Teil II dieser Arbeit beobachtet worden ist, nämlich die Varianz verschiedener Bewertungsskalen zu nutzen, kehrte in den wirtschaftlichen Alltag Deutschlands ein. Personen brachten diverse Recheneinheiten – ausländische, inländische und ad hoc fabrizierte – unter einen Hut, sie suchten alternative Speicherformen, einigten sich auf neue Standards für Kredite und waren auf dem Höhepunkt der Inflation gezwungen, sich auf eine Vielzahl an Tauschmitteln einzulassen. Gleichwohl geschahen alle diese Operationen mit einer Vorstellung quantifizierbarer Währungen im Kopf. Monetäre Logik erfuhr eine ungekannte Dehnung, aber keinen Kollaps. Die Auseinandersetzung über die materiellen Temporalitäten des Geldes veränderte das zeitgenössische Nachdenken über Geld als soziale Beziehung. »Geldhaftigkeit« war nicht etwas a priori Gegebenes, sondern eine durch Machtbeziehungen betriebene Festsetzung. Die Festsetzung von Geldhaftigkeit geschah nicht durch den Staat allein, sondern durch politische Kämpfe. Ob auf den Straßen und Marktplätzen des Alltags oder in den formierten Verbänden und kodifizierten Foren der Aushandlung, lieferten sich Menschen eine anhaltende Auseinandersetzung darüber, welche Sozialbeziehung Geld darstellen sollte.

Schluss

Am Vorabend des Ersten Weltkriegs stellte Rosa Luxemburg eine »Verschiedenheit des Tempos und der Richtung im Gang der Akkumulation« des Kapitals fest.[1] Sie beobachtete den Kapitalismus im Moment seiner globalen Expansion. Ihrer Ansicht nach war diese »Verschiedenheit des Tempos« durch den Austausch zwischen dem Kapital und nichtkapitalistischen Kreisen bestimmt. Kapitalismus stellte für Luxemburg ein von Grund auf heterogenes Ensemble dar, das »in jeder Beziehung auf die gleichzeitige Existenz nichtkapitalistischer Schichten und Gesellschaften« angewiesen war.[23] Finanzielle Expansion bedeutete eine strukturelle Notwendigkeit, damit in diesem Stoffwechsel zwischen innen und außen des Kapitalismus das »geschichtliche Milieu« dem Kapital dienstbar gemacht werden konnte.[4] Abgewickelt wurde dieser Prozess über Anleihen in Infrastrukturprojekte wie den Suezkanal oder die Bagdadbahn. Aber wohl noch grundlegender ist die Rolle, die Luxemburg dem Medium Geld als solchem zuschrieb. In einer Randbemerkung, die später von ihr nicht wieder aufgegriffen wurde, schrieb sie von der »Notwendigkeit der Produktion und Reproduktion des Geldmaterials« für den Reproduktionsprozess des Kapitals als Ganzem. Neben der Herstellung von Produktions- und der von Konsumtionsmitteln müsste eigentlich auch, so Luxemburg, die »Produktion der Austauschmittel« betrachtet werden. Natürlich sei Geld älter als der Kapitalismus. Aber erst im Kapitalismus werde »die Geldzirkulation zur allgemeinen Form« des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses.[5] Würde das Kapital sich in einem geschlossenen Kreislauf bewegen, könnte es sich nicht zu

einer Spirale erweitern – seine Reproduktion brauchte einen Zustrom an Geld von außerhalb, von einer nichtkapitalistischen Nachfrage. Luxemburg stellte also die Frage, wo *inhaltlich-reell* das zusätzliche Geld für die Profite herkam. Die Frage lässt sich aber auch auf die *Form* des Geldes übertragen: Von welchen gesellschaftlichen Bedingungen der Möglichkeit hing die »Produktion der Austauschmittel« im Moment weltweiter Durchdringung und Interdependenz ab?

Bei Luxemburg blieb die Frage nach dem Auftauchen des Geldes im Reproduktionsprozess des Kapitals ein Geistesblitz, den die Theoretikerin nicht weiter verfolgte. Und in dem vorliegenden Buch ist auch kein Luxemburg'sches Framework angewandt worden. Aber die Überlegungen der Theoretikerin können als eine zeitgenössische Reflexion über die Unebenheit des globalen Kapitalismus um 1900 gelesen werden. Wenn, wie in diesem Buch, unter »Kapitalismus« eine von Grund auf ungleichmäßige Anordnung aus Austauschverhältnissen, zeitlichen Rhythmen und Skalen verstanden wird, gibt der Hinweis auf die »Produktion der Austauschmittel« einen Wink, wie die untersuchten Konflikte um das Medium Geld sich in einen größeren Zusammenhang stellen lassen. So wie Kapitalismus, um sich zu reproduzieren, von weiteren Kreisläufen gesellschaftlicher Reproduktion abhing, stellte Geld ein Medium dar, in dem verschiedene, gegenläufige Kräfte aufeinandertrafen: Die Brisanz steckte gleichsam im Geld selbst. Geld an der Grenze verband kapitalistische und nichtkapitalistische Verhältnisse, aber mehr noch baute es sich selbst aus heterogenen Momenten auf; es funktionierte nicht trotz, sondern *durch* seine Widersprüche.

Wenn historische Akteure versuchten, das monetäre Wertmaß zu bestimmen, betrieben sie dabei stets auch ein Stück weit Welterfassung.[6] So erhielt am Beginn des »langen« 20. Jahrhunderts Welterfassung durch die Setzung und Infragestellung des monetären Maßes neue Konturen. Die Definitionsmacht über den Wertmaßstab erwies sich dabei als konkrete Macht mit ihren Wirkungen, aber auch ihren Grenzen. An dieser Geschichte der Macht waren vordergründig machtlose Bevölkerungskreise aktiv beteiligt. Sie wirkten auf die fortwährenden Veränderungen des monetären Wertmaßes ein, indem sie, um ihre Geldpraktiken abzuwickeln, unterschiedliche Bewertungs-

skalen und Zeitskalen ansetzten. Die zahllosen Handlungen von galizischen Bauern und Viehhändlern, Ostafrikanerinnen, die Münzen in Schmuck umwandelten oder städtischen Arbeiterinnen, die um die Preise von Lebensmitteln kämpften, bestimmten die Maßstabssetzung mit. Erst die Macht der Machtlosen verlieh dem Geld seine gültige Form.

In Teil I des Buchs ist beschrieben worden, wie Vorstellungen ökonomischer Rationalität in der Wirtschaftskrise des späten 19 Jahrhunderts an Kontur gewannen, indem ihre Abweichung thematisiert wurde. Wenn im späten 19. Jahrhundert konzeptuell Geld als eine rationale Kraft des Wirtschaftens aufgebaut wurde, entstand im selben Zug sein Gegenbild. Die Bedeutung ökonomischer Rationalität wurde durch Unterscheidung konstruiert, wie der Diskurs über den Wucher, aber auch Carl Mengers neue Theorie des Homo oeconomicus zeigen.

Mit dem Wucherdiskurs nach der Gründerkrise, dem Gegenstand des ersten Kapitels, ist eine Zurichtung von Kreditpraktiken vorgestellt worden. Sozialreformer und Parlamentarier meinten im Osten des Habsburgerreichs Verhältnisse vorzufinden, in denen nicht Rechenhaftigkeit, sondern geradezu irrationale Geldpraktiken vorherrschten. In den Debatten zu einem erneuerten Wuchergesetz, wie es zuerst 1877 für Galizien, 1880 für das deutsche Kaiserreich und ein Jahr später für ganz Österreich-Ungarn eingeführt wurde, beschrieben ökonomische Experten den Wucher als doppelt unzeitgemäß. Zum einen wirkte Wucher aus der Zeit gefallen und überholt angesichts der Kreisläufe eines modernen Finanzwesens, das mit Genossenschaftsbanken auch volkstümliche Varianten kannte. Zum anderen wurde im Wucher ein unruhiges Zusammenspiel gegenläufiger Temporalitäten ausgemacht, wenn das Wucheropfer nicht länger zwischen Gegenwart und Zukunft zu unterscheiden vermochte. Die bedrohliche Nichtunterscheidbarkeit bildete ein Element im Feindbild des jüdischen Wucherers, das nach der Gründerkrise – ihrerseits einer Krise, die häufig als der Opakheit des Finanzwesens geschuldet interpretiert wurde – an Bedeutung gewann. Zur Abhilfe fanden die Gesetzgeber eine differenzierte Lösung, die für genuin liberal gehalten wurde. Keine bestimmte Zinshöhe definierte den Tatbestand

des Wuchers – der Preis des Geldes sollte frei fluktuieren können –, sondern die subjektive Lage des bewucherten Opfers. Sein Leichtsinn, seine Unerfahrenheit, Gemütsaufregung oder Notlage galt es in Betracht zu ziehen. Was dabei ex negativo bekräftigt wurde, war eine bestimmte Auffassung ökonomischer Rationalität.

Diese subjektive Rationalitätsauffassung wurde in Carl Mengers Theorie, die Thema des zweiten Kapitels war, ebenso eine Ausgangslage zur Hypothesenbildung wie sie zur anthropologischen Grundlage erklärt wurde. Menger betrachtete das wirtschaftliche Geschehen als ein Netz zahlloser Tauschakte, die auf der Grundlage subjektiver Bewertungen eingegangen wurden. Damit setzte er ökonomische Rationalität nochmals auf eine tiefer gelegte Stufe. Die Modellfigur des Homo oeconomicus handelte im Sinne elementarer Ursache-Wirkungs-Ketten. Homo oeconomicus betrieb nicht Nutzenmaximierung, sondern Bedarfsdeckung: Er befriedigte seine Bedürfnisse, deren Priorität abgestuft war und laufend relativen Verschiebungen unterlag. Auch wenn er eine abstrakte Figur darstellte, war der Homo oeconomicus aus einem imperialen Kontext gewonnen worden. Menger nahm für sich eine induktive Forschungsmethode in Anspruch, mittels der aus anekdotischer Beobachtung, Ethnografie oder Sprichwörtern Kausalketten destilliert werden sollten, die sich zu einer umfassenden Theorie kombinieren ließen. So hielten normative Dimensionen Einzug in eine als strikt abstrakt verstandene Theorie. Menschen handelten aufgrund basaler Kausalketten, rational oder auch nicht; aber durch stetigen, kompetitiven Tausch setzte sich rationales Verhalten durch. Geld wirkte dabei als zivilisatorische Kraft. Allein aus dem Tausch entstanden, leitete Geld einen Sog hin zur höheren Vernunft ein, indem einander sukzessiv überlagernde Tauschmedien eine immer genauere Anlehnung an die tatsächlichen Bedürfnisse der Subjekte erlaubten. Geld stellte für Menger ein Gesellschaftsphänomen ersten Ranges dar, das zum einen zu höheren Kulturstufen fortschritt, zum anderen die heterogene Bevölkerung eines Imperiums miteinander verband. Teil I des Buchs führte vor, wie ökonomische Rationalität durch die Konzeptualisierung von Geldpraktiken plastisch geformt wurde. Geld, das Medium der Rechenhaftigkeit, brachte eine höhere Vernunft in Gang,

die Neuordnung monetärer Verhältnisse kanalisierte Sozialbeziehungen in rationalere Bahnen. Indem im Namen der Rationalität widrige Hemmnisse überwunden wurden, brach sich fortlaufend eine Ordnung Bahn, die zugleich ihr Negativbild als immer neue Schranke erzeugte. Mit anderen Worten: Die normalisierende Bedeutung von Geld als neutralem Medium wurde durch Differenz aufgebaut.

Die in Teil II untersuchten Situationen fügen sich in einen deutlich anderen Verlauf. Nicht symmetrische Ordnung, sondern das stetige Ausnutzen von Unterschieden, die Setzung immer neuer Asymmetrien, trieb die deutsche Kolonialwährung in Tansania voran. Als Infrastruktur des Kolonialismus trug die deutsche Rupie zweifellos strukturelle Züge: Über das Steuersystem intervenierte sie weitaus tiefer in die Gesellschaften Tansanias, als dies einzelne kommerzielle Knotenpunkte taten. Aber das Beispiel der deutschen Rupie deutet keineswegs darauf hin, dass es eine Basis für globale Integration oder Konvergenz stellte. Vielmehr legt es die grundsätzliche Widersprüchlichkeit von Strukturen nahe. Geld erschien hier weniger als ein Tauschmittel nach Menger, denn als ein Zahlungsmittel nach Georg Friedrich Knapp: als eine autoritative Setzung. Das koloniale Geld wirft ein Schlaglicht auf das Problem der Souveränität. Aber das koloniale Beispiel zeigt auch, dass nicht eine einzelne Instanz über die Autorität verfügte, das Geldwesen zu bestimmen und damit das koloniale Territorium in ein Kräftefeld ihrer Ordnung zu verwandeln. Die verschränkte Souveränität, in deren Rahmen die deutsche Rupie in Kurs gesetzt wurde – und die im dritten Kapitel zur Sprache kam –, wurde allein schon dadurch deutlich, dass die Deutschen der Kolonie gar keine eigene Währung aufprägten, sondern diese an die indische Rupie anlehnten. Von einem bestimmten Aspekt monetärer Souveränität wurde dabei stark Gebrauch gemacht: vom selbstautorisierenden Vorgang der Seigniorage, in dem mit der Definitionsmacht über das Geld – Geld gemacht wurde. Die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft, die während der ersten Dutzend Jahre das Münzrecht besaß, zielte auf die Gewinne aus der Münzprägung, nicht auf die Schaffung eines zusammenhängenden Markts in der Kolonie. Später fielen dem Kolonialstaat die Profite aus der Seigniorage zu; anfangs generierten sie größere Einnahmen als die Zölle und Steuern. Die

koloniale Währung ebnete nicht ein, sondern produzierte aktiv Differenz. »Unebenheit« trat hier als die treibende Dynamik der Entwicklung, nicht als zu überwindendes Hindernis auf.

Werden die Wirkungen der Währung auf die Gesellschaften Tansanias untersucht, was in Kapitel 4 geschah, wird ein Stück der Gewalt anschaulich, mit der eine Infrastruktur des Kolonialismus ins Werk gesetzt wurde. Über den 1897/98 verfügten Steuerzwang kam die Mehrheit der Bevölkerung erst mit der deutschen Rupie in Kontakt. Indem der Kolonialstaat der Bevölkerung die Form der an ihn zu leistenden Zahlungen diktierte, prägte er ihr seine Währung auf. Geld trat hier in seiner Eigenschaft als dingliche Materialität hervor. Die Schwierigkeiten, überhaupt an Bargeld zu kommen, stellten ein anhaltendes Problem für die Kolonisierten dar, aber auch dem Kolonialstaat begegneten logistische Probleme, die Massen an Kupfermünzen über Land schleppen zu lassen. Bargeld sorgte für langsame Abläufe, und weil es permanent versickerte, da Afrikanerinnen und Afrikaner die Münzen aus dem Verkehr zogen, war die monetäre Maschinerie des Kolonialismus ständig vom Stillstand bedroht. Trotzdem blieb die beschwerliche Langsamkeit des Bargeldes nicht der einzige Aspekt, ebenso wenig wie das Geld ausschließlich entweder materielle oder symbolische Eigenschaften aufwies. Denn Afrikanerinnen und Afrikaner adaptierten das Geld für ihre Zwecke. Im Maji-Maji-Krieg zwischen 1905 und 1907 avancierten die Münzen zu einem Medium, das den Aufstand beschleunigen und verbreiten half. Aber auch außerhalb der kriegerischen Ereignisse bildete die deutsche Rupie eine Schnittfläche zwischen verschiedenen Wertregimes. Über verschiedene Markierungen, Einheiten und Bezugssysteme hinweg wurde Wert in Speichermedien wie Baumwolle oder Eisenhacken und langfristige Reichtumsformen wie Vieh übersetzt. Da die betreffenden Skalen und Horizonte dabei verschieden waren, stellt sich die – in der Geschichtswissenschaft zu wenig reflektierte – Frage, wie koloniale Inwertsetzung überhaupt gemessen werden sollte: Die Rentabilität der Kolonie, ein vieldiskutiertes Thema im Reichstag, lässt sich angesichts der Kluft in den Geldkonzeptionen und -praktiken vor Ort kaum sinnvoll auf eine einzelne Zahl bringen. Ob und für wen genau – einzelne Firmen? den imperialen Staat? – die Kolo-

nien Gewinn oder Verlust einbrachten, wird auch heute noch kontrovers diskutiert. Die Frage des Mediums Geld selbst – das heißt, die Aufwände, welche die Übersetzung in dieses Medium historischen Akteuren bereitete – sollte in die Debatte mit einbezogen werden.[7] Während in der klassischen Politischen Ökonomie die unterschiedlichen Perspektiven, die in monetären Transaktionen zum Zug kommen, in einem einzigen Punkt, dem Preis, konvergieren, zeigt das koloniale Beispiel, wie die verschiedenen Perspektiven gewaltsam kollidierten, auseinandergingen, aufwändig überquert oder gedehnt wurden.

Manches, was im kolonialen Ostafrika eine alltägliche Erfahrung war, wurde in der Weimarer Inflationszeit plötzlich ebenfalls Realität. Es galt, Geld zwischen verschiedenen Notierungsweisen zu übersetzen, Kurswerte zu antizipieren, Differenzen auszubeuten und Werte zwischen verschiedenen Speicherformen umzuschichten. Teil III führte vor, wie solche Umwertungen Gegenstand der Politik in neu entstandenen Öffentlichkeiten wurden.

Mit den Preisfestsetzungen, die sie auf den Märkten veranstalteten, verlangten städtische Konsumentinnen, mehrheitlich Frauen, dass den Kreisläufen der sozialen Reproduktion im Rahmen der Geld- und Güterzirkulation Priorität eingeräumt würde. Geld, das Medium des Markts, musste auch die Zyklen der sozialen Reproduktion, das heißt, die alltägliche Versorgung, die Betreuung und Erhaltung gesellschaftlicher Bande moderieren. Darin lag die politische Brisanz der Preisproteste. Vor diesem Hintergrund hat Kapitel 5 ausgelotet, wie zwischen 1918 und 1923 Preise für Lebensmittel zu einem Konfliktfeld wurden. Preise bildeten nun ein Stückwerk aus kalkulatorischen und moralischen Kategorien. Unter veränderten Vorzeichen kehrte der Wucherdiskurs in die gesellschaftliche Auseinandersetzung zurück. »Wucher« wurde nun eine generelle Chiffre, mit der gesellschaftliche Ungleichheit angeprangert, Gerechtigkeit gefordert und Ressentiments entfacht wurden. Als die staatliche Verteilung von Gütern zurückgefahren wurde, intensivierten die Behörden das Vorgehen gegen den Wucher. In der Krise seiner Zirkulation erwies sich Geld als generativ für Feindbilder. Eine signifikante Minderheit der Preisproteste waren Pogrome, in denen das fetischisierte Feindbild

des »jüdischen Wucherers« zum Anlass für physische Gewalt genommen wurde.

Während in einem breiten Spektrum sozialer Unrast die Gleichsetzung von Dingen und ihrem Geldpreis in Frage gestellt wurde, handelten Auseinandersetzungen um Preise nicht nur von quantitativen, sondern auch von qualitativen Dimensionen des Geldes. Unterschiede zwischen verschiedenen Geldsorten wurden aufmerksam beobachtet, genutzt oder skandalisiert. In Kämpfen um den Geldwert, dem Thema des sechsten Kapitels, wurden die asymmetrischen Übersetzungen zwischen verschiedenen Speicherformen zum Problem gemacht. Die flüchtige Papierwährung behinderte eine Deckung des Staatsdefizits, welche wiederum von Teilen der Arbeiterbewegung und Beamten des Reichswirtschaftsministeriums als Voraussetzung für die Währungsstabilisierung angesehen wurde. Mit der »Erfassung der Sachwerte« propagierten diese Kräfte ein Programm, wertbeständige Speicherformen steuerlich heranzuziehen. Formuliert wurde der Vorschlag vor dem Hintergrund der Praxis mancher Industrieller, die Kredite aufnahmen, in Sachvermögen investierten, schließlich den Kredit in entwertetem Geld zurückzahlten und solcherart aus dem Hin und Her zwischen Anlageformen Profit machten. Auf diese Weise wurden die unterschiedlichen materiellen Temporalitäten des Geldes in der Inflation nutzbar gemacht. Materielle Temporalitäten hingen von Messtechniken und Formatierungskonventionen ab, wie sie in der Indexierung von Löhnen, der Einführung von Wertmaßen wie Roggen und schließlich in der Rentenmark genannten Koppelung der Währung an ein Bodenrentenwertpapier zum Tragen kamen. In den Debatten, durch welche Formatierungen das Geld definiert werden sollte, stand die Geldhaftigkeit von Geld oder, wenn man so will: sein ontologischer Status zur Disposition.

Die »Unebenheit« des Kapitalismus äußerte sich je nach Kontext unterschiedlich, mal als Schranke und fortlaufender Fluchtpunkt, der nie verschwindet (Teil I), mal als aktiv hergestellte Asymmetrien (Teil II), schließlich als Gegenstand angespannter politischer Konflikte (Teil III). Daraus lässt sich eine methodische Schlussfolgerung ziehen, die das Denken in historischen Konstellationen betrifft. Geschichten des Imperialismus, die verschiedene Schauplätze mit

einander in Beziehung setzen, sollten stärker abstrakte und strukturelle Interdependenzen herausarbeiten, die die semiotische Reichweite der Akteure überstiegen. Und sie sollten, statt eines einseitigen Schwergewichts auf Vernetzung Prozessen der Abkopplung, der Herstellung von Asymmetrie und der Nichtverbindung Beachtung schenken. Synchronisierung bewirkte immer neue Differenz. Die »Unebenheit« des Imperialismus liegt genau in solcher widersprüchlicher Verschränkung von Handfestem mit Abstraktem und von Angleichung mit Abkoppelung. Strukturen können so als Muster nichtintendierter Folgen verstanden werden, die sich überhaupt erst durch ihre Widersprüchlichkeit konstituieren. Eine solche Perspektive ermöglicht es, in der Geschichtswissenschaft komplexere Kausalverhältnisse zu erproben, die sich nicht nur auf einzelne, beobachtbare Interaktionen beschränken, ohne dabei den Strukturen einen Kern oder ein Ziel zuzuschreiben.

Wird die Unebenheit des Imperialismus aus einer derartigen Perspektive betrachtet, dann wirft etwa der ostafrikanische Schauplatz Aspekte auf, die auch für eine Geldgeschichte in Europa bedeutsam sind. Zum einen traten in der Kolonialwährung Force *und* Fragilität zugleich in Erscheinung, zum anderen waren die währungspolitischen Experimentierfelder der Kolonien folgenreich für das 20. Jahrhundert. Die Anbindung der kolonialen Währung an die Goldwährung der Metropole, wie sie ab 1893 im British Empire begonnen und kurz darauf vom deutschen Kolonialismus kopiert worden war, bedeutete die Einführung eines Golddevisenstandards. Der zeitweilige Kolonialbeamte John Maynard Keynes hatte in seinem ersten Buch *Indian Currency and Finance* aus dem Jahr 1913 das indische Währungsarrangement gelobt.[8] Indem sie Devisen eines Goldlandes statt Gold selbst als Reserven hielten, hätten diese Länder die Vorteile einer günstigeren lokalen Währung und gleichzeitig stabile Wechselkurse.[9] Keynes sah darin ein ideales Währungssystem der Zukunft, »the ideal currency of the future.«[10] In der Zwischenkriegszeit wurde die Rückkehr zum Gold in Form eines Golddevisenstandards umgesetzt, bis das System in der Weltwirtschaftskrise wieder zusammenbrach.[11] Mit dem Abkommen von Bretton Woods sollte ab 1944 erneut ein Golddevisenstandard im Weltmaßstab ein-

geführt werden; unter ganz anderen Bedingungen, so muss man hinzufügen, und ganz gegen Keynes' Intentionen, der den Dollar nicht als Weltwährung sehen wollte.[12]

Gleichermaßen heterogene und zusammenhängende Räume, durch die hindurch Währungsarrangements abgestufte Verbindungen legten, bestanden auch im 20. Jahrhundert. Allerdings wurden die Kräfteverhältnisse dabei neu strukturiert. Auf Carl Menger, für den das liberale Imperium der Habsburger eine Ermöglichungsbedingung seiner Theorie dargestellt hatte, folgten in der übernächsten Generation der Österreichischen Schule Ludwig von Mises und Friedrich August von Hayek, die ihre Aufgabe darin sahen, nach der Auflösung des Habsburgerreichs neue Regulierungsformen für den internationalen Kapitalismus einzurichten.[13] Das sind Beispiele, wie die zu Beginn des »langen« 20. Jahrhunderts stattfindenden Konflikte um das gesellschaftliche Medium Geld eine Grundlage für spätere Entwicklungen gelegt haben.

Was im gesamten Zeitraum durchgängig, aber in ständig wechselnder Ausformung vorkam, ist die enge Verschränkung zwischen monetärer Souveränität und Konzepten von »Rasse«. Immer wieder neu wirkten Vorstellungen von »Rasse« durch die einzelnen untersuchten Konstellationen hindurch. Geld ist hier nicht als farblose Größe, sondern in Begriffen rassistischer Hierarchie aufgetreten. Gewöhnlich wird Geld als universalisierende Kraft verstanden, weil das allgemeine Äquivalent qualitativ Verschiedenes in rein quantitative Unterschiede verwandelt. Doch wenn Geld in seiner Medialität zum Problem wurde, wirkte es als partikularisierende Kraft. Wo statt eines alleingültigen Maßstabs verschiedene Wertmaße auftraten, wurde das Medium geformt durch – und war generativ für – rassistische Differenz. Auch in Bezug auf die anhaltenden, aber sich wandelnden Vorstellungen über »Rassen«, mit denen die hier untersuchten Konzeptualisierungen des Geldes einhergingen, gilt das methodische Postulat, stärker abstrakte und strukturelle Interdependenzen zu einem Analysegegenstand zu machen. Fetischisierung, wie sie im Feindbild des jüdischen Wucherers und des indischen oder omanischen Händlers zutage trat, ist ein abstrakter Prozess mit praktischen, gewalttätigen Resultaten. Fetischisierungen fanden statt,

wenn ein soziales Verhältnis, Geld, nicht in seiner gesellschaftlichen Bedingtheit, sondern als selbstständiges Ding genommen und fantasmatisch zu einer feindselig wirkenden Kraft belebt wurde. Momente, in denen die Wertmaßstäbe beweglich geraten waren und aufeinandertrafen, erwiesen sich als empfänglich für Fetischisierung, weil in solchen Momenten die Frage, wie monetärer Wert in der Gesellschaft formuliert werden sollte, häufig überraschende, manchmal spektakuläre und stets nur provisorische Antworten fand.

Die »Verschiedenheit des Tempos« im Gang der Kapitalakkumulation, von der Luxemburg schrieb, lässt sich abschließend auf die divergierenden Temporalitäten beziehen, die in den Konflikten um die Maßstabssetzung des Geldes zum Ausdruck kamen. Die verschiedenen Zeitskalen, die in den hier untersuchten Konstellationen kollidierten, bewirkten unterschiedliche Temporalitäten des Geldes: Der »Wucher«, mit dem Geld aus den Fugen geriet – es gleichsam überwucherte; die Arbitrarität der Zeitreihen, die es Carl Menger zufolge bei der Einführung des österreichischen Goldstandards zu bedenken galt; die Langsamkeit des Bargeldes, die dem kolonialen Projekt in Ostafrika gleichermaßen Druck verlieh wie sie diesem Probleme bereitete; der gezielte Einsatz im Tempo der Geldentwertung, mit dem in der Inflationszeit der Wert zwischen verschiedenen Vermögensbeständen verschoben wurde.

Die »Verschiedenheit des Tempos« in der Kapitalakkumulation betraf für Luxemburg die mehrfache Stellung des Geldes in den Gesellschaften: Da das Geld Kräfteverhältnisse vermittelte, war seine Form konfliktbeladen und von widersprüchlichen Anforderungen geprägt. In bestimmten Momenten trat dies offen zutage, in Momenten nämlich, in denen Geld nicht als transparentes und homogenes Medium fungierte. Dann erwiesen sich die Übersetzungsprozesse monetärer Transaktionen als ereignishaft. Sie bedeuteten keinen abschließenden Transfer von einer Einheit zu einer anderen, sondern mit ihnen trat etwas Neues in die Welt. Der Konfliktmoment, wenn verschiedene Maßstäbe aufeinandertrafen, erwies sich als generativ. Für eine historische Untersuchung hat das die heuristische Wirkung, dass dann die Abstraktionen, die das Geld im Zeitalter des Imperialismus verkörperte, in einer konkreten Gestalt zutage treten,

das heißt, als Zusammenhang einer Vielzahl an Bestimmungen in Erscheinung kommen. Zum einen wird deutlich, wie die Abstraktionen des Geldes gebunden waren an bestimmte Orte, an denen sie entstanden, und an einzelne Eingriffe, durch die sie hervorgebracht wurden. Der Moment, in dem Geld kein unproblematisches allgemeines Äquivalent darstellte, wirft ein Schlaglicht auf diesen Prozess: Dann kommt das Gerüst zum Vorschein, mit dessen Hilfe Abstraktionen sich überhaupt erst aufbauten. Zum anderen werden so die Wirkungen sichtbar, die Geld entfaltete, wenn es als abstrakte Kraft Lebenswelten bevölkerte. Abstraktionen traten dann nicht als Verallgemeinerung, sondern als spezifische Macht auf. Abstraktionen bedeuten hier kein Wegfallen von Besonderheiten, sondern deren Gestaltung. Sind beide Seiten im Blick, trägt eine ausschnitthafte Geschichte des Geldes zu einer konkreten Geschichte gesellschaftlicher Abstraktionen bei.

Dank

Über weite Strecken entstand dieses Buch auf Reisen, in Lesesälen und an Bistro-Tischen. Dass in solch transitorischen Räumen die Arbeit Kohärenz entwickeln konnte, liegt an einer Anzahl von Personen und Einrichtungen, denen ich herzlich danken möchte.

Eine erste Fassung der Studie wurde im Juni 2021 an der Historisch-Philosophischen Fakultät der Universität Basel als Habilitationsschrift eingereicht. Ich danke Caroline Arni (Universität Basel), Juan Flores Zendejas (Université de Genève), Clemens Jobst (Universität Wien) und Angela Zimmerman (George Washington University) für ihre wertvollen Gutachten. Caroline Arni hat nicht nur durch ihr Team für ein inspirierendes Umfeld gesorgt, sondern mit Spürsinn und Scharfsinn eine wesentliche Weichenstellung des Projekts vorgeschlagen. Bei Angela Zimmerman konnte ich seither wiederholt Rat einholen; sie ist mir ein Vorbild wissenschaftlichen Großmuts.

Ermöglicht hat die Reisen ein mehrjähriges Stipendium des Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung. Ein Großteil des Manuskripts wurde am Committee on Globalization and Social Change des Graduate Center der City University of New York geschrieben. Weitere Teile sind am Historischen Seminar der Humboldt-Universität zu Berlin, dem Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Wien und am Center for the History of Political Economy der Duke University entstanden. Ich danke Gary Wilder, Alexander Nützenadel, Franz X. Eder und Bruce Caldwell für institutionelle Unterstützung und die Aufnahme in lokale Wissenschaftskreise in New York, Berlin, Wien und Durham

(North Carolina). Entscheidend war überdies ein Aufenthalt an der University of Dar es Salaam und in den Tanzania National Archives, den ich der Einladung von Oswald Masebo und der Unterstützung von Andrea Kifyasi und Nives Kinunda verdanke. Stellvertretend für die Bibliothekare und Archivarinnen, ohne deren Einsatz dieses Buch nie möglich geworden wäre, möchte ich einem Mitarbeiter des Auswärtigen Amts in Berlin danken, dessen Name ich nicht erfuhr: Er knobelte eine Zigarettenpause lang an einem kryptischen Registraturverweis, der dann eindrückliche Quellen zutage förderte.

Begonnen haben die Recherchen am Departement Geschichte der Universität Basel, die letzte Überarbeitung des Manuskripts fand am Department of International History and Politics des Geneva Graduate Institute statt. Peter-Paul Bänziger, Eva Brugger und Milo Probst in Basel sowie Gopalan Balachandran, Carolyn Biltoft, Nicole Bourbonnais, Rui Esteves, Amalia Ribi Forclaz, Aidan Russell und Cyrus Schayegh in Genf danke ich für den Gedankenaustausch zum Projekt. Seit meinen ersten Lehrveranstaltungen zur Geschichte des Kapitalismus habe ich von den Studierenden in Zürich, Basel, New York, Genf und an einer Summer School der ETH viel gelernt. Pokuaa Jasmine Oduro-Bonsrah und Joshua Klein, die als Doktorierende am Graduate Institute ihre eigenen Arbeiten schreiben, bringen mein Nachdenken über historische Konstellationen immer aufs Neue voran.

Susan Buck-Morss, Catherine Davies, Patrick Eiden-Offe, Li Gerhalter, Manu Goswami, Dagmar Herzog, Mandana Limbert, Martin Lutz, Matthias Ruoss, Joan W. Scott, Alexa Stiller, Jakob Tanner, Cihan Tekay, Gary Wilder und Mario Wimmer halfen alle mit, dass die Fragen, die mich umtrieben, auch tatsächlich ausgearbeitet werden konnten. Später haben Kollegen und Freundinnen den Text in Teilen oder als Ganzes gelesen und kommentiert. Marc Buggeln, Verena Halsmayer, Guido Kirsten, Stefanie Middendorf, Sebastian Teupe und Andrea Westermann bin ich deswegen zu Dank verpflichtet. Mit großzügiger Kollegialität haben Anna Karla, Robert Pursche und Sarah-Maria Schober Quellen geteilt. Der Dialog mit Magaly Tornay besteht seit unseren ersten wissenschaftlichen Schreibversuchen – ich hoffe, wir können ihn noch für viele weitere Bücher

pflegen. Beim Verlag Matthes & Seitz Berlin sorgten Andreas Rötzer, Ron Mieczkowski und Morten Paul dafür, dass aus dem Manuskript ein Buch wurde.

Schließlich danke ich meinen WGs in Genf und Zürich sowie meiner Familie, besonders meiner Schwester Anja Suter. Der größte Dank geht an diejenigen, die bereit sind, sich täglich mit mir abzugeben und das Leben zu teilen.

Von den ersten Gesprächen am Kindermittagstisch bis zu unseren heutigen Diskussionen über Musik und die Weltlage gilt Maria Strobel meine tiefe Bewunderung. Niemand nahm enger Anteil an dieser Arbeit als Angelika Strobel: Ich danke ihr für Anregung, für Einspruch, dafür, dass sie das Unterfangen immer wieder ermutigt hat – und für sehr viel mehr. Sylvia Kafehsys untrüglicher Sinn für das Wesentliche haben nicht nur dieses Projekt entscheidend geprägt.

Genf, im Dezember 2023

Anmerkungen

Vorwort

1 Susan Leigh Star, James R. Griesemer, »Institutional Ecology, ›Translations‹ and Boundary Objects: Amateurs and Professionals in Berkeley's Museum of Vertebrate Zoology, 1907–39«, in: *Social Studies of Science* 19 (1989) Nr. 3, S. 387–420, 393.

2 Joan W. Scott, »History-writing as Critique«, in: Keith Jenkins, Sue Morgan, Alan Munslow (Hg.), Manifestos for History, London 2007, S. 19–38, 23,.

Einleitung

1 Bundesarchiv Berlin (nachfolgend BArch) R3001/6246, Landrat des Kreises Neustadt, 13. Februar 1880.

2 University College Dar es Salaam, Department of History, Maji Maji Research Project: Collected Papers, 1968, Nr. 1/68/2/4/12 (Interview mit Asmani Mananga, Ort: Msongozi, Datum: 18. April 1968).

3 BArch RY1/1556, Bericht des Kontrollausschusses Moabit, 29. März 1923.

4 Für ein Plädoyer jenseits von Waren- und Zeichentheorien Geld in seiner Medialität zu betrachten und eine monetäre Medienarchäologie zu betreiben s. Jens Schröter, Jens, »Das Geld und die Medientheorie«, in: *Zeitschrift für Medienwissenschaft* 18 (2018), Nr. 1, S. 59–72.

5 Rudolf Hilferding, *Das Finanzkapital: Eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus*, Wien 1923 [1910], S. 11.

6 Wendy Nelson Espeland, Mitchell L. Stevens, »Commensuration as a Social Process«, in: *Annual Review of Sociology* 24 (1998), S. 313–343, S. 323. Zu Parallelen und Unterschieden der Begriffe Kommensurierung und Skalierung s. diese Einleitung, unten.

7 Das Feld der Kapitalismusgeschichte hat im letzten Jahrzehnt stark an

Breite gewonnen. Für eine Reihe an jüngeren Überblicken und Synthesen vgl. Kenneth Lipartito, »Reassembling the Economic: New Departures in Historical Materialism (Review Essay)«, in: *American Historical Review* 121 (2016) Nr. 1, S. 101–139; Marc Flandreau, »Border Crossing«, in: *Capitalism. A Journal of History and Economics* 1 (2019) Nr. 1, S. 1–9; Alexia Yates, Erika Vause, »Beyond the Dual Revolution: Revisiting Capitalism in Modern France«, in: *French History* 34 (2020) Nr. 3, S. 281–293; Pierre François, Claire Lemercier, *Sociologie historique du capitalisme*, Paris 2021; Friedrich Lenger, *Der Preis der Welt: Eine Globalgeschichte des Kapitalismus*, München 2023.

[8] Die Literatur zum Goldstandard ist unüberblickbar. Vgl. u. a. Marcello de Cecco, *The International Gold Standard: Money and Empire*, New York 1984; Giulio Gallarotti, *The Anatomy of an International Monetary Regime: The Classical Gold Standard, 1880–1914*, New York 1995; Marc Flandreau, Barry Eichengreen, »The Geography of the Gold Standard«, in: Braga de Macedo (Hg.), *Currency Convertibility: The Gold Standard and Beyond*, London 1996, S. 113–143; Barry Eichengreen, *Vom Goldstandard zum Euro: Die Geschichte des internationalen Währungssystems*, Berlin 2000; ders., *Golden Fetters: The Gold Standard and the Great Depression*, New York, Oxford 1992; Mark Metzler, *Lever of Empire: The International Gold Standard and the Crisis of Liberalism in Prewar Japan*, Berkeley, CA 2006; Gopalan Balachandran, »Power and Markets in Global Finance: The Gold Standard, 1890–1926«, in: *Journal of Global History* 3 (2008), Nr. 3, S. 313–335.

[9] Catherine Davies, *Transatlantic Speculations: Globalization and the Panics of 1873*, New York 2018.

[10] Für unterschiedliche Positionen seit der klassischen These von Hans Rosenberg, *Große Depression und Bismarckzeit. Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa*, Frankfurt a. M. 1976 [1966] s. Thomas Widmer, *Die Schweiz in der Wachstumskrise der 1880er Jahre*, Zürich 1992; Carsten Burhop, *Wirtschaftsgeschichte des Kaiserreichs 1871–1918*, Stuttgart 2011. Für eine Neuerwägung einer globalen Great Depression aus westafrikanischer Perspektive s. Mark Metzler, »Revisiting the General Cricis of the Late Nineteenth Century: West Africa and the Great Depression«, in: Toyin Falola, Emily Brownell (Hg.), *Africa, Imperialism, and Globalization: Essays in Honor of Antony G. Hopkins*, Durham, NC 2011, S. 331–353.

[11] Giovanni Arrighi, *The Long Twentieth Century: Money, Power, and the Origins of Our Times*, London 1994.

[12] Frank Otto, *Die Entstehung eines nationalen Geldes: Integrationsprozesse der deutschen Währungen im 19. Jahrhundert*, Berlin 2002; Eric Helleiner, *The Making of National Money: Territorial Currencies in Historical Perspective*, Ithaca, NY 2003; Clemens Jobst, Hans Kernbauer, *Die Bank. Das Geld. Der Staat. Währungspolitik in Österreich 1816–2016*, Frankfurt a. M.

2016; Gopalan Balachandran, »Money and Its Ideas: Colonial Currencies, Money Illusions«, in: Federico Neiburg (Hg.), *A Cultural History of Money*, Bd. 5, London 2019, S. 35–56. Aus der reichhaltigen Literatur zu frühneuzeitlichen Geldpraktiken s. Tim Neu, »Geld gebrauchen: Frühneuzeitliche Finanz-, Kredit- und Geldgeschichte in praxeologischer Perspektive«, in: *Historische Anthropologie* 27 (2019) Nr. 1, S. 75–103; Sebastian Felten, *Money in the Dutch Republic: Everyday Practice and Circuits of Exchange*, Cambridge 2022.

13 Ernst Wagemann, *Allgemeine Geldlehre, 1. Band: Theorie des Geldwerts und der Währung*, Berlin 1923, S. 2.

14 Martin H. Geyer, *Verkehrte Welt. Revolution, Inflation und Moderne: München 1914–1924*, Göttingen 1998, Zit. S. 28. Zur globalen Inflations- und Deflationserfahrung s. Adam Tooze, *Sintflut. Die Neuordnung der Welt 1916–1931*, München 2015 [2014].

15 Wagemann, *Geldlehre*, S. 2.

16 Damit schließt das Buch an Beiträge zur Sozial- und Kulturgeschichte des Geldes im deutschsprachigen Raum an. S. u. a. Sandra Maß, *Kinderstube des Kapitalismus? Monetäre Erziehung im 18. und 19. Jahrhundert*, München 2017; Mary Lindemann, Jared Poley (Hg.): *Money in the German-Speaking Lands*, Oxford / New York 2017.

17 Carl Menger, *Untersuchungen über die Methode der Socialwissenschaften, und der Politischen Oekonomie insbesondere*, Leipzig 1883, S. 163; Duke University (North Carolina), Carl Menger Papers Box 5: »Notes on Economic Principles«, Folder Wirtschaft (1906–1907), undatierte Notizen für eine neue Einleitung zu *Grundsätze der Volkswirthschaftslehre*, Wien 1871 (Erstauflage).

18 Für eine Neuerwägung der kolonialen Profite, welche die lange Zeit schlicht den Reichsstatistiken folgende Einschätzung in der Geschichtswissenschaft revidiert, die deutschen Kolonien seien ein Verlustgeschäft gewesen, s. Steven Press, *Blood and Diamonds: Germany's Imperial Ambitions in Africa*, Cambridge, MA 2021; Kim Sebastian Todzi, *Unternehmen Weltaneignung: Der Woermann-Konzern und der deutsche Kolonialismus 1837–1916*, Göttingen 2023; s. auch Sebastian Conrad, *German Colonialism: A Short History*, Cambridge 2012, S. 50–54, 97 f.

19 Wie in Kapitel 4 näher diskutiert wird, eruierten noch in den 1930er-Jahren britische Beamte ein Set an Tauschmedien, die vor, während und zum Teil auch nach der deutschen Kolonialzeit Verbreitung hatten. Tanzania National Archives (TNA), Secretariat 22313, Media of Exchange 1934.

20 Jane Guyer, »Introduction: The Currency Interface and Its Dynamics«, in: dies. (Hg.), *Money Matters: Instability, Values and Social Payments in the Modern History of West African Communities*, Portsmouth, NH 1995, S. 1–33, S. 8. Guyer schreibt anstelle von »Wertregimes« von verschiede-

nen»econo-logical zones«. Ich beziehe den Begriff »Wertregime« von Arjun Appadurai, »Introduction: Commodities and the Politics of Value«, in: ders. (Hg.), *The Social Life of Things. Commodities in Cultural Perspective*, Cambridge 1986, S. 3–63 sowie John L. Comaroff, Jean Comaroff, *Of Revelation and Revolution*, Bd. 2, Chicago, IL 1997, Kap. 4.

21 Allerdings erweitern in Kapitel 5 neue Quellen das Bild der Sozialproteste in jener Zeit und das Kapitel 6 legt zum ersten Mal eine vertiefte Interpretation der Debatte zur »Erfassung der Sachwerte« vor. S. jüngst die Synthese von Sebastian Teupe, *Zeit des Geldes: Die deutsche Inflation zwischen 1914 und 1923*, Frankfurt a. M. 2022, sowie Gerald D. Feldman, *The Great Disorder: Politics, Economics, and Society in the German Inflation, 1914–1924*, New York, Oxford 1993; Geyer, *Verkehrte Welt*.

22 Für Varianten der historischen Epistemologie, die normative Ordnungen in den Vordergrund stellen s. u. a. Lorraine Daston, Peter Galison, *Objektivität*, Frankfurt a. M. 2007; Omar Nasim, »Was ist historische Epistemologie?«, in: *Nach Feierabend. Zürcher Jahrbuch für Wissensgeschichte* 9 (2013), S. 123–144.

23 Rebecca Spang, *Stuff and Money in the Time of the French Revolution*, Cambridge, MA 2015, S. 3 f.

24 Kritisch zur Priorisierung von Tauschmitteltheorien des Geldes in der neoklassischen Wirtschaftswissenschaft Hanno Pahl, *Das Geld in der modernen Wirtschaft: Marx und Luhmann im Vergleich*, Frankfurt a. M. 2008, S. 9–16, Zit. S. 11; Axel T. Paul, *Theorie des Geldes zur Einführung*, Hamburg 2017, Kap. 1.

25 So das Argument in Jan-Otmar Hesse, »Geld«, in: Christof Dejung, Monika Dommann, Daniel Speich (Hg.), *Auf der Suche nach der Ökonomie: Historische Erkundungen*, Tübingen 2014, S. 73–96.

26 Ich paraphrasiere hier Jeffrey Sklanskys Formulierung der »money question«, s. ders., *Sovereign of the Market: The Money Question in Early America*, Chicago, IL 2017, S. 7.

27 Ute Tellmann, *Life and Money: The Genealogy of the Liberal Economy and the Displacement of Politics*, New York 2018; Stefan Eich, *The Currency of Politics: The Political Theory of Money from Aristotle to Keynes*, Princeton, NJ 2022, bes. S. 18–20.

28 Spang, *Stuff and Money*, S. 274.

29 Klassisch zum Folgenden Geoffrey Ingham, *The Nature of Money*, Malden, MA 2004, Kap. 6, 7. Vgl. auch Perry Mehrling, »The Inherent Hierarchy of Money«, in: Lance Taylor (Hg.), *Social Fairness and Economics: Economic Essays in the Spirit of Duncan Foley*, London 2013, S. 394–404; Christine Desan, *Making Money: Coin, Currency, and the Coming of Capitalism*, Oxford 2014; Michael McLeay u. a., »Money Creation in the Modern Economy«, in: *Bank of England Quarterly Bulletin*, 2014, Nr. Q 1, S. 14–27; Eske

Bockelmann, *Das Geld. Was es ist, das uns beherrscht*, Berlin 2020; Aaron Sahr, *Die monetäre Maschine. Eine Kritik der finanziellen Vernunft*, München 2022, Kap. 6–8.

30 Hierzu gehört die Ausweitung (und Konsolidation) eines flächendeckenden Bankensektors gegen 1900. S. Richard Tilly, *Geld und Kredit in der Wirtschaftsgeschichte*, Stuttgart 2003.

31 Bereits im Jahr 1930 schätzte John Maynard Keynes, dass Bankbuchgeld rund 90 Prozent des umlaufenden Geldes in Großbritannien und den USA ausmache und nur knapp 10 Prozent aus Zentralbankengeld bestehe. Ders.: *Vom Gelde*, München 1932 [1930], S. 25 f.

32 Barry Eichengreen sieht in seinem klassischen Buch die Ausweitung der parlamentarischen Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg als entscheidenden Faktor dafür, dass die ökonomischen Anpassungen, die der Goldstandard verlangt hatte, nicht mehr von geldpolitischen Instanzen einfach durchgesetzt werden konnten. Ders., *Golden Fetters*. Genau gegen diese Ausweitung demokratischer Entscheidungsgewalt formierte sich vielerorts das Dogma der unabhängigen, das heißt der demokratischen Debatte entzogenen Zentralbanken. S. z. B. Sébastien Guex, *La politique monétaire et financière de la Confédération suisse 1900–1920*, Lausanne 1993. Allerdings bedeutete Unabhängigkeit nicht zwangsläufig, einen *cordon sanitaire* gegen demokratische Beratschlagung einzurichten. Die SPD in wilhelminischer Zeit trat für die Unabhängigkeit der Reichsbank ein, um der Interessenspolitik der Großgrundbesitzer, welche mittels Währungssteuerung den Export ihrer Produkte begünstigen wollten, einen Riegel vorzuschieben. S. Simon Mee, *Central Bank Independence and the Legacy of the German Past*, Cambridge 2019.

33 Sklansky, *Sovereign of the Market*. S. auch Jakob Feinig, *Moral Economies of Money: Politics and the Monetary Constitution of Society*, Stanford, CA 2022.

34 Die These wird besonders von der französischen Regulationsschule der Ökonomie vertreten. S. u. a. Michel Aglietta, André Orléan, *La violence de la monnaie*, Paris 1984; Frédéric Lordon, »La légitimité au regard du fait monétaire«, in: *Annales HSS* 55 (2000), Nr. 6, S. 1343–1359; Bruno Théret (Hg.), *La monnaie dévoilée par ses crises*, 2 Bde., Paris 2007; André Orléan, *The Empire of Value: A New Foundation for Economics*, Cambridge, MA 2014; Aglietta, Michel, unter Mitarbeit von Pepita Ould Ahmed, Jean-François Ponsot, *La Monnaie: entre dettes et souveraineté*, Paris 2016; Pepita Ould Ahmed, »La monnaie, vecteur de lien et de contestation sociale«, in: *Alternatives économiques*, hors-série Nr. 105 (2015), S. 32–34.

35 Joseph Vogl, *Der Souveränitätseffekt*, Zürich, Berlin 2016, S. 11–26.

36 Beispielsweise behandelt Christine Desans einflussreiche Rechtsgeschichte zu England Geld als »governance project« von den mittelalterlichen Münz-

prägungen bis zur Financial Revolution des 17. Jahrhunderts. Dies., *Making Money*, Zit. S. 1. S. auch Sahr, *Maschine*.

37 Spang, *Stuff and Money*, S. 4.

38 Kritisch zu einem einseitigen Fokus auf Vernetzung Frederick Cooper, *Kolonialismus denken: Konzepte und Theorien in kritischer Perspektive*, Frankfurt a. M. 2012, Kap. 4; Vanessa Ogle, *The Global Transformation of Time 1870–1950*, Cambridge, MA 2015.

39 Für eine neue Darstellung von Helfferichs Laufbahn als wirtschaftlichem Experten des späten Kaiserreichs s Erik Grimmer-Solem, *Learning Empire: Globalization and the German Quest for World Status, 1875–1919*, Cambridge 2019. Für den folgenden biografischen Überblick auch Karl von Lumm, *Karl Helfferich als Währungspolitiker und Gelehrter*, Leipzig 1926, John Williamson, *Karl Helfferich 1872–1924: Economist, Financier, Politician*, Princeton, NJ 1975.

40 Georg Friedrich Knapp, *Staatliche Theorie des Geldes*, Leipzig 1905.

41 Karl Helfferich, *Die Reform des deutschen Geldwesens nach der Gründung des Reiches*, 2 Bde., Leipzig 1898.

42 Bundesarchiv Koblenz (nachfolgend BArch Koblenz), N1175, 5 Nl. Theodor Seitz: K. Helfferich/Kolonialdienst (Typoskript).

43 Williamson, *Karl Helfferich*, S. 289–291; Mark Jones, *Am Anfang war Gewalt. Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik*, München 2017, S. 220.

44 Karl Helfferich, *Schuldknechtschaft! 155 Milliarden jährliche Reichsausgabe: Reichstagsrede am 6. Juli 1921*, Berlin 1921.

45 Grimmer-Solem, *Learning Empire*; Matthew Fitzpatrick, *Liberal Imperialism in Germany: Expansionism and Nationalism, 1848–1884*, New York 2008; zu den privatwirtschaftlichen Dimensionen des deutschen Imperialismus insbesondere Steven Press, »Buying Sovereignty: German ›Weltpolitik‹ and Private Enterprise, 1884–1914«, in: *Central European History* 55 (2022), S. 15–33. Vgl. die Studien zum französischen und britischen Imperialismus Uday Mehta, *Liberalism and Empire: A Study in Nineteenth-Century British Liberal Thought*, Chicago, IL 1999; Jennifer Pitts, *A Turn to Empire: The Rise of Imperial Liberalism in Britain and France*, Princeton, NJ 2005; Caroline Elkins, *Legacy of Violence. A History of the British Empire*, New York 2022.

46 David Blackbourn, »Das Kaiserreich transnational – eine Skizze«, in: Sebastian Conrad, Jürgen Osterhammel (Hg.), *Das Kaiserreich transnational: Deutschland in der Welt 1871–1914*, Göttingen 2004, S. 302–324, Zit. S. 306 (Hervorh. im Orig.); Sebastian Conrad, *Globalisierung und Nation im Deutschen Kaiserreich*, München 2006; Andrew Zimmerman, *Alabama in Africa: Booker T. Washington, the German Empire, and the Globalization of the New South*, Princeton, NJ 2010; Kristin Kopp, *Germany's Wild East:*

Constructing Poland as Colonial Space, Ann Arbor, MI 2012; Geoff Eley, »Empire by Land or Sea? Germany's Imperial Imaginary, 1840–1945«, in: Bradley Naranch, ders. (Hg.), *German Colonialism in a Global Age*, Durham, NC 2014, S. 19–45.

47 Robert Nelson, »From Manitoba to the Memel: Max Sering, Inner Colonization and the German East«, in: *Social History* 35 (2010), Nr. 4, S. 439–457; Zimmerman, *Alabama in Africa*; Elizabeth B. Jones, »The Rural ›Social Ladder‹: Internal Colonization, Gemanization and Civilizing Missions in the German Empire«, in: *Geschichte und Gesellschaft* 40 (2014), S. 457–492.

48 Johannes Feichtinger u. a. (Hg.), *Habsburg postcolonial: Machtstrukturen und kollektives Gedächtnis*, Innsbruck 2003; Klemens Kaps, *Ungleiche Entwicklung in Zentraleuropa: Galizien zwischen überregionaler Verflechtung und imperialer Politik (1772–1914)*, Wien 2015; Pieter Judson, »L'Autriche-Hongrie était-elle un empire?«, in: *Annales HSS* 63 (2008), S. 563–596; ders.: *Habsburg: Geschichte eines Imperiums*, München 2017.

49 Dipesh Chakrabarty, *Provincializing Europe. Postcolonial Thought and Historical Difference*, Princeton, NJ 2008 [2000] (2. Aufl.).

50 Zu einer solchen »Entprovinzialisierung« der afrikanischen und karibischen Geschichte s. Gary Wilder, *Freedom Time: Negritude, Decolonization, and the Future of the World*, Durham, NC 2015, Einleitung.

51 Georg Simmel, *Philosophie des Geldes*, Berlin 1987 [1900], S. 163.

52 Ebd., S. 499.

53 Bill Maurer, »The Anthropology of Money«, in: *Annual Review of Anthropology*, 2006, Nr. 35, S. 15–36.

54 Espeland/Stevens, »Commensuration«, S. 315.

55 Aus einer umfangreichen Literatur hier nur Witold Kula, *Measures and Men*, Princeton, NJ 1986, bes. Kap. 14; zu Kula s. auch Anna Echterhölter, »Quantification as Conflict. Witold Kula's Political Metrology and Its Reception in the West«, in: *Historyka: Studia Metodologiczne* 49 (2019), S. 117–141; Simon Schaffer, »Golden Means: Assay Instruments and the Geography of Precision in the Guinea Trade«, in: Marie-Noëlle Bourguet u. a. (Hg.), *Instruments, Travel and Science: Itineraries of Precision from the Seventeenth to the Twentieth Century*, London 2002, S. 20–50; Ogle, *Global Transformation of Time*; Anna Lowenhaupt Tsing, *The Mushroom at the End of the World: On the Possibility of Life in Capitalist Ruins*, Princeton, NJ 2015; Peter Kramper, *The Battle of the Standards: Messen, Zählen und Wiegen in Westeuropa 1660–1914*, Berlin 2019; Andrea Westermann, »A Technofossil of the Anthropocene: Sliding Up and Down Temporal Scales with Plastic«, in: Dan Edelstein u. a. (Hg.), *Power and Time: Temporalities in Conflict and the Making of History*, Chicago, IL 2020, S. 122–144.

56 Simon Schaffer, »Les cérémonies de la mesure : repenser l'histoire mondiale des sciences«, in: *Annales HSS* 70 (2015), Nr. 2, S. 409–435, S. 412. S. auch

Martha Lampland, »The Illusion of Abstraction«, in: *Comparative Studies in Society and History* 65 (2023), Nr. 1, S. 4–26.

57 Jane Guyer, *Marginal Gains. Monetary Transactions in Atlantic Africa*, Chicago, IL 2004, S. 21 (Zit.), 49 f.

58 So bereits die Feststellung in Paul Bohannan, »The Impact of Money on an African Subsistence Economy«, in: *Journal of Economic History* 19 (1959), Nr. 4, S. 491–503.

59 Andrew Sartori, »Global Intellectual History and the History of Political Economy«, in: Samuel Moyn, ders. (Hg.), *Global Intellectual History*, New York 2013, S. 110–133; Leigh Claire La Berge, »The Rules of Abstraction: Methods and Discourses of Finance«, in: *Radical History Review* 118 (2014), S. 93–112.

60 Hier und im Folgenden Tellmann, *Life and Money*, Kap. 5.

61 Hesse, »Geld«, S. 92 f.

62 John Maynard Keynes, *The General Theory of Employment, Interest and Money*, Cambridge 1973 [1936] (= The Collected Writings of John Maynard Keynes, Bd. 7), S. 294; ders., *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*, Berlin (BRD) 1974, S. 248.

63 Massimiliano Tomba, *Marx's Temporalities*, Leiden 2013.

64 S. jüngst zur Marx'schen »Ökonomie der Zeit« Frank Engster, *Das Geld als Maß, Mittel und Methode: Das Rechnen mit der Identität der Zeit*, Berlin 2014, bes. Kap. 5.

65 Ingham, *Nature of Money*; Paul, *Theorie des Geldes zur Einführung.*

66 TNA G3/46, Bl. 78, Bezirksamt Bagamoyo an Gouvernement in Dar es Salaam, 5. Juni 1900.

67 Dies in Abwandlung einer Sentenz, die sich nicht auf Geld, sondern die Gesellschaft als Ganze bezog: »Ich beschränke mich also darauf, Ihnen hier als Modell für diese antagonistische Gestalt der Gesellschaft nur das anzuführen, daß nicht die Gesellschaft *mit* ihren Widersprüchen oder *trotz* ihrer Widersprüche sich am Leben erhält, sondern *durch* ihren Widerspruch *hindurch* […].« S. Adorno, Theodor W.: *Vorlesung über negative Dialektik: Fragmente zur Vorlesung 1965/66*, Frankfurt a. M. 2007, S. 20.

68 Nigel Dodd, *The Social Life of Money*, Princeton, NJ 2014, Kap. 1.

69 Joseph Schumpeter, »Das Sozialprodukt und die Rechenpfennige: Glossen und Beiträge zur Geldtheorie von heute«, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* 44 (1918), S. 627–715, S. 649. Verbreitet wurde die Unterscheidung jüngst von Geoffrey Ingham. S. ders., *Nature of Money*, S. 6.

70 Niall Ferguson, *The Ascent of Money: A Financial History of the World*, New York 2008, endet nicht mit Bitcoin, aber mit »Chimerica«, der währungstechnischen Verklammerung der US-Staatsschulden mit China. S. aber, im Gegenteil, zur historischen Spezifizität von Bitcoin Stefan Eich, »Old Utopias, New Tax Heavens: The Politics of Bitcoin in Historical Per-

spective«, in: Philipp Hacker u. a. (Hg.), *Regulating Blockchain: Political and Legal Challenges*, Oxford 2019, S. 85–98. Als Beispiel für eine kulturwissenschaftliche Zivilisationserzählung s. Christina von Braun, *Der Preis des Geldes. Eine Kulturgeschichte*, Berlin 2014.

71 Für ein solches Vorhaben s. Timothy Mitchell, *Rule of Experts. Egypt, Techno-Politics, Modernity*, Berkeley, CA 2002, S. 8.

72 So die Beobachtung in Rebecca Spang, »Money, Money, Money«, in: *History Workshop Journal*, 2010, Nr. 69, S. 225–233, S. 225.

73 Walter Benjamin, *Lehre vom Ähnlichen*, Gesammelte Schriften II, hg. v. Rolf Tiedemann, Herrmann Schweppenhäuser, Frankfurt a. M. 1977, S. 204–210, S. 206 f. In seinen geschichtsphilosophischen Thesen werden Konstellationen temporal gefasst. Sie stehen für ein Zusammentreten von Vergangenheit und Gegenwart, das die Möglichkeit zur »Jetztzeit« mit sich bringt, wobei nicht einfach die Vergangenheit ein Licht auf die Gegenwart wirft oder umgekehrt, sondern sich »sprunghaft« ein dialektisches Bild ergibt. *Das Passagen-Werk: Aufzeichnungen und Materialien – Erkenntnistheoretisches, Fortschritt*, Gesammelte Schriften V, hg. v. Rolf Tiedemann, Frankfurt a. M. 1982, S. 570–611, S. 576 f.; *Über den Begriff der Geschichte*, Gesammelte Schriften I, hg. v. Rolf Teidemann, Herrmann Schweppenhäuser, Frankfurt a. M. 1974, S. 693–704, S. 702 f. Für den regen E-Mail-Verkehr zu Benjamins Konstellationen danke ich Robert Pursche.

74 Für zwei historische Bücher, die Konstellationen zu ihrem Organisationsprinzip machen: Wilder, *Freedom Time*, S. 13; Camille Robcis, *Disalienation. Politics, Philosophy, and Radical Psychiatry in Postwar France*, Chicago, IL 2021, S. 13.

1. Wucher und Wirtschaftssubjekte

1 Einzelne Passagen dieses Kapitels sind in »Usury and the Problem of Exchange Under Capitalism: a Late-Nineteenth-Century Debate on Economic Rationality«, in: *Social History* 42 (2017), Nr. 4, S. 501–523, veröffentlicht worden, das Argument und das Gros der Quellenarbeit unterscheiden sich aber. Vgl. »Aus dem Gerichtssaale«, in: *Volksblatt für Stadt und Land*, Nr. 20, 16. Mai 1872, S. 13. S. auch »Aus dem Gerichtssaale«, in: *Neue Freie Presse*, Nr. 2768, 9. Mai 1872, S. 8 f.; »Aus dem Gerichtssaale«, in: *Neues Fremden-Blatt*, Nr. 127, 9. Mai 1872, S. 4 f.; »Aus dem Gerichtssaale«, in: *Die Presse*, Nr. 187, 10. Juli 1872, S. 15; *Neue Freie Presse*, Nr. 2828, 10. Juli 1872, Morgenblatt, S. 6 f.

2 *Neues Fremden-Blatt*, Nr. 304, 5. November 1874, Abendausgabe, S. 3 f.

3 *Die Presse*, Nr. 304, 5. November 1874, Abendausgabe, S. 2.

4 *Die Presse*, Nr. 305, 6. November 1874, S. 9.

5 *Neue Freie Presse*, Nr. 3805, 31. März 1875, Morgenblatt, S. 1.

6 *Morgen-Post*, Nr. 144, 26. März 1875, o. S. [S. 4]; *Die Presse*, Nr. 85, 26. März 1875, Abendblatt, S. 3; *Das Vaterland: Zeitung für die österreichische Monarchie*, Nr. 187, 8. Juli 1875, S. 1; *Neue Freie Presse*, Nr. 3905, 10. Juli 1875, Morgenblatt, S. 6.

7 Aus rechtshistorischer Perspektive s. Jochen Dilcher, *Die Zins-Wucher-Gesetzgebung in Deutschland im 19. Jahrhundert. Eine entwicklungsgeschichtliche Betrachtung unter besonderer Berücksichtigung wirtschaftlicher und wirtschaftspolitischer Faktoren*, Frankfurt a. M. 2002; Katrin Liebner, *Wucher und Staat. Die Theorie des Zinswuchers im Deutschland des 18. und 19. Jahrhunderts*, Berlin 2010, S. 264–266, S. 303.

8 Es geht darum, »Zirkulation« nicht als Narrativ (oder Meta-Narrativ) für die Geschichte der sog. »Globalisierung des späten 19. Jahrhunderts« zu übernehmen, sondern vielmehr gestörte Zirkulation als eine zeitgenössische Problematisierung aufzufassen. S. Philipp Sarasin, Andreas Kilcher, »Editorial: Zirkulationen«, in: *Nach Feierabend. Zürcher Jahrbuch für Wissensgeschichte*, 2011, S. 7–11; Augustine Sedgewick, »Against Flows«, in: *History of the Present* 4 (2014), Nr. 2, S. 143–170; Stefanie Gänger, »Circulation: Reflections on Circularity, Entity and Liquidity in the Language of Global History«, in: *Journal of Global History* 12 (2017), Nr. 3, S. 303–318; Monika Dommann, »Alles fließt. Soll die Geschichte nomadischer werden?«, in: *Geschichte und Gesellschaft* 42 (2016), S. 516–534, S. 526–534 (wo »Zirkulation« als das »Metanarrativ« verschiedener Varianten der Globalisierungs- und Wissensgeschichte ausgemacht wird). Klassisch zu Michel Foucaults Begriff der Problematisierung in den Geschichtswissenschaften Robert Castel, »›Problematization‹ as a Mode of Reading History«, in: Jan Goldstein (Hg.), *Foucault and the Writing of History*, Oxford 1994, S. 237–252.

9 Ohne einen Überblick über die vielschichtige Forschungsliteratur behaupten zu wollen, waren für mich besonders lehrreich: Benjamin Nelson, *The Idea of Usury: From Universal Brotherhood to Universal Otherhood*, Chicago, IL 1969; Jacques Le Goff, *Wucherzins und Höllenqualen: Ökonomie und Religion im Mittelalter*, Stuttgart 1986; Norman Jones, *God and the Moneylenders: Usury and the Law in Early Modern England*, London 1989; Hans-Jörg Gilomen, »Wucher und Wirtschaft im Mittelalter«, in: *Historische Zeitschrift* 250 (1990), Nr. 2, S. 265–301; Giacomo Todeschini, »Jewish Usurers, Blood Libel, and the Second-Hand Economy. The Medieval Origins of a Stereotype (from the Thirteenth to the Fifteenth Century)«, in: Jonathan Adams, Cornelia Heß (Hg.), *The Medieval Roots of Antisemitism: Continuities and Discontinuities from the Middle Ages to the Present Day*, London, New York 2018, S. 341–351; ders., »›Au ciel de la richesse‹: Le cœur théologique du rationnel économique occidental«, in: *Annales HSS* 74 (2019), Nr. 1, S. 3–24; Francesca Trivellato, *The Promise and Peril of Credit:*

What a Forgotten Legend about Jews and Finance Tells Us about the Making of European Commercial Society, Princeton, NJ 2019.

[10] Trivellato, *Promise*, Kap. 3.

[11] Lyndal Roper, *Der Mensch Martin Luther. Die Biographie*, Frankfurt a. M. 2016, S. 549 f. Anm. 53, 209, 500. Zu Bullinger und Zwingli s. J. Wayne Baker, »Heinrich Bullinger and the Idea of Usury«, in: *Sixteenth Century Journal* 5 (1974), Nr. 1, S. 49–70.

[12] Trivellato, *Promise*.

[13] Manfred Gailus, »Die Erfindung des ›Korn-Juden‹. Zur Geschichte eines antijüdischen Feindbildes des 18. und frühen 19. Jahrhunderts«, in: *Historische Zeitschrift* 272 (2001), S. 597–622.

[14] Martin H. Geyer, »Defining the common good and social justice: Popular and legal concepts of ›Wucher‹ in Germany from the 1860s to the 1920s«, in: Willibald Steinmetz (Hg.), *Private Law and Social Inequality in the Industrial Age: Comparing Legal Cultures in Britain, France, Germany, and the United States*, New York 2000, S. 457–483; ders., »Die Sprache des Rechts, die Sprache des Antisemitismus: ›Wucher‹ und soziale Ordnungsvorstellungen im Kaiserreich und der Weimarer Republik«, in: Christof Dipper u. a. (Hg.), *Europäische Sozialgeschichte: Festschrift für Wolfgang Schieder*, Berlin 2000, S. 413–429.

[15] Für unterschiedliche Gewichtungen politischer Diskurse und sozioökonomischer Praktiken vgl. Stefan Rohrbacher, *Gewalt im Biedermeier. Antijüdische Ausschreitungen in Vormärz und Revolution (1815–1848/49)*, Frankfurt a. M. 1993; James F. Harris, *The People Speak! Anti-Semitism and Emancipation in Nineteenth-Century Bavaria*, Ann Arbor, MI 1994; Manfred Gailus, »Anti-Jewish Emotion and Violence in the 1848 Crisis of German Society«, in: Werner Bergmann u. a. (Hg.), *Exclusionary Violence: Antisemitic Riots in Modern German History*, Ann Arbor, MI 2002, S. 43–65.

[16] So etwa aus soziologischer Perspektive Klaus Holz, *Nationaler Antisemitismus. Wissenssoziologie einer Weltanschauung*, Hamburg 2001.

[17] Derek J. Penslar, *Shylock's Children: Economics and Jewish Identity in Modern Europe*, Berkeley, CA 2001, S. 5, 21.

[18] Martin Geyer hat zwei wichtige Aufsätze zur politischen Semantik des Wuchers zwischen Kaiserreich und Inflationszeit vorgelegt, auf die diese Arbeit aufbaut. Geyer betont die Moralisierung von Rechtsbeziehungen, die mit einer Abwendung vom Rechtspositivismus einherging und in neu ausgerichteten Begriffen von Gerechtigkeit und Volkswohl ihren Ausdruck fand. Er interpretiert dabei die neuen Wuchergesetze als eine Abkehr vom politisch-ökonomischen Liberalismus. Im Unterschied dazu hoffe ich herauszuarbeiten, wie die neuen Wuchergesetze das liberale Wahrheitsregime des Markts für veränderte Verhältnisse aktualisieren, ein Vorgang,

der deutlich wird, wenn nicht allein das deutsche Kaiserreich, sondern auch Österreich-Ungarn und die schweizerischen Kantone in die Untersuchung einbezogen werden. Es gilt zu zeigen, worin die Neuheit der neuen Wuchergesetze lag und warum diese entstanden. Vgl. Geyer, »Defining the Common Good«; ders., »Sprache des Rechts«.

19 Shulamit Volkovs einflussreiche Interpretation von Antisemitismus als kulturellem Code führt im hier verfolgten Vorhaben nicht wirklich weiter. So überzeugend es ist, Antisemitismus als Vehikel für ganz verschiedene, auch widersprüchliche Bestrebungen zu verstehen, steht der »Code« bei Volkov doch stets für Antimodernismus. In dem vorliegenden Kapitel wird hingegen der Schwerpunkt auf antisemitische Überzeugungen von Experten gelegt, die sich selbst als überaus modern verstanden. Shulamit Volkov, »Antisemitism as a Cultural Code: Reflections on the History and Historiography of Antisemitism in Imperial Germany«, in: *Leo Baeck Institute Yearbook* 23 (1978), Nr. 1, S. 25–46.

20 Die Parallelen wurden bereits von den Zeitgenossen gezogen: *Das Vaterland: Zeitung für die österreichische Monarchie*, Nr. 187, 8. Juli 1875, S. 2; Carl Graf von Chorinsky, *Der Wucher in Österreich*, Wien 1877, S. 1.

21 Prägnant das Votum des Justizministers Julius Glaser vom 28. April 1877 in »251. Sitzung der 8. Session des Abgeordnetenhauses«, in: *Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Hauses der Abgeordneten des österreichischen Reichsrathes, 8. Session*, Bd. 8, Wien 1877, S. 8544.

22 »Haus der Abgeordneten, 3. Dezember 1875, 153. Sitzung der 8. Session«, in: *Protokolle Reichsrat, 8. Session*, Bd. 5, Wien 1876, S. 5299. Zu Rydzowski vgl. Franz Adlgasser, *Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente 1848–1918. Konstituierender Reichstag 1848–1849, Reichsrat 1861–1918: Ein biographisches Lexikon*, Teilband 2: *M–Z*, Wien 2014, S. 1054 f.

23 »Haus der Abgeordneten, 3. Dezember 1875, 153. Sitzung der 8. Session«, in: *Protokolle Reichsrat, 8. Session*, Bd. 5, Wien 1876, S. 5309.

24 [Anonym], »Oesterreichischer Reichsrath«, in: *Neue Freie Presse*, Nr. 4050, 4. Dezember 1875, Morgenblatt, S. 1 f.; »Haus der Abgeordneten, 3. Dezember 1875, 153. Sitzung der 8. Session«, in: *Protokolle Reichsrat, 8. Session*, Bd. 5, Wien 1876, S. 5304.

25 »Gesetz betreffend Abhilfe wider unredliche Vorgänge bei Creditgeschäften, wirksam für die Königreiche Galizien, Lodomerien und das Großherzogtum Krakau«, Nr. 563 der Beilagen zu *Stenographische Protokolle des Abgeordnetenhauses, 8. Session*, Bd. 7, Wien 1879, S. 1–6, S. 5.

26 Chorinsky, *Wucher in Österreich*, S. 68. Österreichisches Staatsarchiv Wien, Abt. Haus-, Hof- und Staatsarchiv (nachfolgend OeStA HHStA) SB Nl. Lasser 9-3 Wuchergesetz 9.3.4. Verhandlungsunterlagen, Ministerkonferenz zur Diskussion über Abschaffung Wuchergesetze, 23. und 25. Februar 1858, Votum Finanzminister Karl Ludwig Bruck (Zitat).

[27] Kai Struve, *Bauern und Nation in Galizien: Über Zugehörigkeit und soziale Emanzipation im 19. Jahrhundert*, Göttingen 2005, S. 395–407.

[28] Ebd., S. 385; Tim Buchen, *Antisemitismus in Galizien. Agitation, Gewalt und Politik gegen Juden in der Habsburgmonarchie um 1900*, Berlin 2012, S. 41.

[29] Sławomir Tokarski, *Ethnic Conflict and Economic Development: Jews in Galician Agriculture 1868–1915*, Warschau 2003, S. 95, Grafik 1.

[30] »3. Dezember 1875, 153. Sitzung der 8. Session«, in: *Protokolle Reichsrat, 8. Session*, Bd. 5, Wien 1876, S. 5304. Er stützte seine Angaben auf die amtliche *Lemberger Zeitung*.

[31] »4. Dezember 1875, 154. Sitzung der 8. Session«, in: ebd., S. 5334. Zu Menger vgl. Adlgasser, *Mitglieder Zentralparlamente 1848–1918*, S. 788 f.; Erwin Dekker, *The Viennese Students of Civilization: The Meaning and Context of Austrian Economics Reconsidered*, New York 2016, S. 51–57.

[32] »Oesterreichischer Reichsrath«, in: *Neue Freie Presse*, Nr. 4051, 5. Dezember 1875, S. 2 f.

[33] Klemens Kaps, *Ungleiche Entwicklung in Zentraleuropa: Galizien zwischen überregionaler Verflechtung und imperialer Politik (1772–1914)*, Wien 2015, S. 390; Tokarski, *Ethnic Conflict*, S. 103.

[34] Kaps, *Ungleiche Entwicklung*, S. 165.

[35] Österreichisches Staatsarchiv Allgemeines Verwaltungsarchiv (nachfolgend OeStA AVA) Justizministerium allgemein I-W2/1, Schachtel 1863 (Post 82-142), Aktennotiz Justizministerium zu einem durch das Finanzministerium übermittelten Bericht der Bezirksmannschaften Ungarisch Brod, Gaya, Göding, Hradisch aus dem Dezember 1875, 14. Januar 1876.

[36] Kaps, *Ungleiche Entwicklung*, S. 201, 453 f.

[37] Ebd., S. 392 (Zit.); Struve, *Bauern und Nation*, S. 414.

[38] Beispielsweise war in der Habsburgermonarchie das Wucherpatent von 1803 in Kraft, nach dem für pfandmäßig gesicherte Darlehen 5 Prozent, für ungesicherte 6 Prozent Zinsen als Höchstgrenze festgelegt waren, wobei für Kaufleute rasch auch höhere Sätze galten. S. Chorinsky, *Wucher in Österreich*, S. 22.

[39] Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin (nachfolgend GStA) I HA Rep. 89, Nr. 27743, Bestimmung des Zinsfußes und Maßregeln gegen den Wucher, Staatsministerium, 27. November 1857. Zur Krise von 1857, die heute als erste globale Handelskrise gilt und die den zeitgenössischen Beobachter Karl Marx in Aufregung versetzte, s. Hans Rosenberg, *Die Weltwirtschaftskrise 1857–1859*, Göttingen 1974 [1934]; Sergio Bologna, *Geld und Krise. Marx als Korrespondent der New York Daily Tribune, 1856–57*, [Köln] 2009 (Beilage zu *Wildcat*, Nr. 85, zuerst Italien. in: *Primo Maggio* 1, September 1973).

[40] Liebner, *Wucher und Staat*, S. 298 f.

[41] Jeremy Bentham, *Defence of Usury; Showing the Impolicy of the Present Legal Restraints on the Terms of Pecuniary Bargains*, New York 1787.

[42] Adam Smith, *An Inquiry into the Nature and the Causes of the Wealth of Nations*, London 1776, Buch II, Kap. 4, Abschnitt 15. Smiths Argument brachten auch deutsche Gegner der Zinsfreigabe vor. Vgl. Peter Reichensperger, *Gegen die Aufhebung der Zinswuchergesetze*, Berlin 1860, S. 35.

[43] OeStA HHStA, SB Nl. Lasser 9-3 Wuchergesetz, Votum Finanzminister Karl Ludwig Bruck an Ministerkonferenz, 23. und 25. Februar 1858.

[44] Julius Platter, *Der Wucher in der Bukowina*, Jena 1878 (2. Aufl.), S. 32.

[45] Ebd., S. 32 f.

[46] »Haus der Abgeordneten Preußens, 13. Legislaturperiode, II. Session 1878–79, 29. Sitzung, 19. Dezember 1879«, in: *Stenographische Berichte über die Verhandlungen der durch die Allerhöchste Verordnung vom 3. November 1878 einberufenen beiden Häuser des Landtages: Haus der Abgeordneten*, Bd. 1, Berlin 1879, S. 719. Vgl. Oswald Sucker, *Der Nothstand in Oberschlesien und die Ursachen seiner Entstehung*, Breslau 1880.

[47] BArch R3001/6246, Den Wucher in Oberschlesien betreffend, Finanzministerium Berlin, 6. April 1880.

[48] BArch R3001/6246, Landrat des Kreises Neustadt, 13. Februar 1880.

[49] GStA I. HA Rep. 151C, Nr. 9324, Regierungspräsidium Oppeln, 17. Februar 1880, den Landrat des Kreises Ratibor zitierend.

[50] *Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages, 5. Sitzung, 4. Periode, II. Session*, Bd. 4, Berlin 1879, S. 749.

[51] Votum Julius Glaser in »251. Sitzung der 8. Session am 28. April 1877«, in: *Protokolle Reichsrat, 8. Session*, Bd. 8, Wien 1877, S. 8544.

[52] Ebd., S. 8539.

[53] So der Zentrumspolitiker Paul Reichensperger in der 30. Sitzung, 31. März 1879, in: *Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages, 4. Legislaturperiode, II. Session*, Bd. 1, Berlin 1879, S. 744. Auch in der liberalen Presse fand Kleist-Retzows Vorschlag deshalb Anklang. Vgl. BArch R3001/6251, Äusserungen der Presse zur Wucherfrage I, [Anonym], »Der neue Wuchergesetz-Antrag«, in: *Kölnische Zeitung*, Nr. 74, 1. Bl., 15. März 1879, S. 1; *Börsen-Courier*, 153, o. D., Zeitungsausschnitt abgelegt am 4. April 1879; *Frankfurter Zeitung*, 92, 1. April 1879, Morgenblatt, S. 1.

[54] Die gesetzgebende Diskussion orientierte sich dabei am Beispiel aus Galizien. Vgl. »Gesetz über den Betrieb von Geld und Betreibungsgeschäften vom 17. Mai 1878«, in: *Verhandlungen des Schweizerischen Juristenvereins 1884*, Heft 1, Basel 1884, S. 98 f.; *Verhandlungen des Kantonsrathes von Solothurn 1878*, Solothurn o. J., S. 94–101.

[55] *Verhandlungen des Kantonsrathes von Solothurn 1878*, S. 99 (Regierungsrat Brosi).

[56] In der Endredaktion des Paragrafen wurde diese Aufzählung fallengelassen und implizit in die Wendung »auszubeuten« integriert. S. »Gesetz zum

Betrieb von Geld- und Betreibungsgeschäften (vom 25. Februar 1879)«, in: *Amtliche Sammlung der Gesetze und Verordnungen des eidgenössischen Standes Solothurn*, Bd. 58: *1876–1880*, Solothurn o. J., S. 181–183, S. 182.

57 Andreas Willi, *Der Wucher und seine Folgen. Ein Beitrag zur Lösung der sozialen Frage*, Thun 1883, S. 14 (Zit.), 31.

58 Ebd., S. 28.

59 Staatsarchiv des Kantons Zürich, MM 24.38, Protokoll des Kantonsrates, 12. Juni 1878–11. April 1881, Kommissional-Antrag: Entwurf eines Gesetzes betreffend das Gewerbewesen. Weisung (Beilage zu Protokoll 419), S. 21.

60 Staatsarchiv Basel-Stadt, Justiz D1, Wucher, Notizen von Ernst Brenner an Regierungsrat Speiser, 2. Februar 1882; Ernst Brenner, »Der Wucher und seine Bekämpfung«, in: *Schweizerische Zeitschrift für Gemeinnützigkeit* 20 (1881), S. 197–213; J. L. Weibel, »Die rechtliche Behandlung des Wuchers«, in: *Verhandlungen des schweizerischen Juristenvereins 1884*, 1. Heft, Basel 1884, S. 53–87, bes. S. 81, Fn. 2.

61 Wilhelm Roscher, *System der Volkwirthschaft. Ein Hand- und Lesebuch für Geschäftsmänner und Studierende, Erster Band, die Grundlagen der Nationalökonomie enthaltend, zweite, vermehrte und verbesserte Auflage*, Stuttgart/Augsburg 1857, § 194; Th. Eheberg, »Ueber den gegenwärtigen Stand der Wucherfrage«, in: *Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirthschaft im Deutschen Reich* 4 (1880), S. 55–78, S. 68.

62 Eheberg, »Stand der Wucherfrage«, S. 67.

63 Gustav Schmoller, »Die öffentlichen Leihhäuser, sowie das Pfandleih- und Rückkaufgeschäft überhaupt: ein Beitrag zur Lehre von der Zins- und Gewerbefreiheit und von den öffentlichen Unternehmungen«, in: *Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirthschaft im Deutschen Reich* 4 (1880), S. 87–124, S. 123.

64 Erik Grimmer-Solem, *The Rise of Historical Economics and Social Reform in Germany, 1864–1894*, Oxford 2003, S. 232.

65 BArch R3001/6246, Anlage C zu Aktenstück 58: »Uebersicht der Aeußerungen der Hauptbankstellen der Reichsbank«, in: *Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags. 4. Legislaturperiode, III. Session 1880*, Bd. 3: *Anlagen zu den Verhandlungen des Reichstags Nr. 1 bis 72*, Berlin 1880, S. 395 f.

66 So ließe sich überaus verkürzt die These in Catherine Davies, *Transatlantic Speculations: Globalization and the Panics of 1873*, New York 2018, zusammenfassen, einer Studie, der dieses Unterkapitel in weiten Teilen verpflichtet ist. Zur Gründerkrise ferner Hans-Ulrich Wehler, *Bismarck und der Imperialismus*, Köln 1969, S. 53–61; Margrit Grabas, »Die Gründerkrise von 1873/79 – Fiktion oder Realität? Einige Überlegungen im Kontext der Weltfinanz- und Wirtschaftskrise von 2008/2009«, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 52 (2011), Nr. 1, S. 69–95.

[67] Hans Rosenberg, *Große Depression und Bismarckzeit. Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa*, Frankfurt a. M. 1976 [1966]. Zur Debatte und Kritik vgl. Geoff Eley, »Hans Rosenberg and the Great Depression of 1873–96: Politics and Economics in Recent German Historiography, 1960–80«, in: ders., *From Unification to Nazism: Reinterpreting the German Past*, Boston, MA 1986, S. 23–41. Im Unterschied zur von Rosenberg angeregten Forschung behandelt Hansjörg Siegenthaler den Ausgang der »Großen Depression« in der Schweiz als eine Orientierungskrise, die in der zweiten Hälfte der 1880er-Jahre mit der Formierung neuer stabiler Zukunftserwartungen überwunden worden sei. Ders., »Konsens, Erwartungen und Entschlusskraft: Erfahrungen der Schweiz in der Überwindung der Großen Depression vor hundert Jahren«, in: *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik* 119 (1983), Nr. 3, S. 213–235; s. auch die umfassende Studie, die auf Siegenthalers theoretischen und methodischen Annahmen aufbaut: Thomas Widmer, *Die Schweiz in der Wachstumskrise der 1880er Jahre*, Zürich 1992.

[68] Otto Glagau, *Der Börsen- und Gründungsschwindel in Berlin. Gesammelte und stark vermehrte Artikel der »Gartenlaube«*, Leipzig 1876, S. XXX. Zu breiten Thematisierung der Börse in der Publizistik des späten 19. Jahrhunderts, s. Alexander Engel, *Risikoökonomie: Eine Geschichte des Börsenterminhandels*, Frankfurt a. M. 2021, Kap. 22.

[69] U. a. C. v. Thüngen-Rossbach, *Die Wucher- und Wechselfrage: Vortrag gehalten im 10. Kongreß Deutscher Landwirthe zu Berlin am 25. Februar 1879*, Berlin 1879, S. 4, 17 (Zitate); Carl Chorinsky, *Der Wucher und der Liberalismus*, Graz 1879; ders., *Wucher in Österreich*; Glagau, *Börsen- und Gründungsschwindel*; Carl von Vogelsang, *Zins und Wucher. Ein Separatvotum in dem vom deutschen Katholikentage eingesetzten socialpolitischen Comité*, Wien 1884.

[70] Derek J. Penslar, *Shylock's Children: Economics and Jewish Identity in Modern Europe*, Berkeley, CA 2001, S. 5 (Zitat); Klaus Holz, *Nationaler Antisemitismus. Wissenssoziologie einer Weltanschauung*, Hamburg 2001, S. 221.

[71] Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 3, München 1995, S. 99; Davies, *Transatlantic Speculations*, S. 4.

[72] Mehr noch, für die jüngste Vergangenheit wird wieder ein partieller Rückbau angenommen. S. Jürgen Osterhammel, *Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts*, München 2009, S. 1019.

[73] Martin Bühler, *Von Netzwerken zu Märkten: Die Entstehung eines globalen Getreidemarktes im 19. Jahrhundert*, Frankfurt a. M. 2019; William Cronon, *Nature's Metropolis: Chicago and the Great West*, New York u. a. 1991, Kap. 3; Kevin, O'Rourke, Jeffrey G. Williamson, »When Did Globalization Begin?«, in: *European Review of Economic History* 6 (2002), S. 23–50.

[74] Alexander Engel, »Buying Time: Futures Trading and Telegraphy in Nineteenth-Century Global Commodity Markets«, in: *Journal of Global History* 10 (2015), Nr. 2, S. 284–306; Catherine Davies, »Spreading Fear, Communicating Trust: Writing Letters and Telegrams During the Panic of 1873«, in: *History and Technology* 32 (2016), Nr. 2, S. 159–177.

[75] Herbert Matis, *Österreichs Wirtschaft 1848–1913. Konjunkturelle Dynamik und gesellschaftlicher Wandel im Zeitalter Franz Josephs I.*, Berlin (BRD) 1972, S. 155 f. David F. Good, *The Economic Rise of the Habsburg Empire, 1750–1914*, Berkeley, CA 1984, S. 164; Charles P. Kindleberger, »The Crisis of 1873«, in: Eugene Nelson White (Hg.), *Crashes and Panics: The Lessons from History*, Homewood, IL 1990, S. 69–84, S. 71.

[76] Alexander Nützenadel, »Städtischer Immobilienmarkt und Finanzkrisen im späten 19. Jahrhundert«, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 52 (2011), Nr. 1, S. 97–114.

[77] Wehler, *Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 3, S. 98.

[78] Davies, *Transatlantic Speculations*, S. 80; Werner Plumpe, *Wirtschaftskrisen: Geschichte und Gegenwart*, München 2010, S. 62–69; Clemens Jobst, Hans Kernbauer, *Die Bank. Das Geld. Der Staat. Währungspolitik in Österreich 1816–2016*, Frankfurt a. M. 2016, S. 94.

[79] Als Späteinsteiger hatte Cooke die riskanteren Strecken übernehmen müssen und darauf gesetzt, dass die Landstücke, für die er Konzessionen erworben hatte, von Siedlern gekauft würden, stieß aber auf zu geringe Resonanz. Kindleberger, »Crisis of 1873«, S. 79.

[80] Davies, *Transatlantic Speculations*, bes. Kap. 3.

[81] Nützenadel, »Immobilienmarkt«, S. 99.

[82] Plumpe, *Wirtschaftskrisen*, S. 65.

[83] Albert Schäffle, »Der ›große Börsenkrach‹ des Jahres 1873«, in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* 30 (1874), Nr. 1, S. 1–94.

[84] Dirk Kaesler, »Albert Schäffle«, in: Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (Hg.): *Neue Deutsche Bibliographie*, Bd. 22, Berlin 2005, S. 521–522.

[85] Schäffle, »Börsenkrach«, S. 27–35. Grundsätzlich stand die Berliner Börse, gerade im internationalen Vergleich mit London, einem sehr breiten Publikum offen, einzelne Privatspekulanten blieben aber dennoch die Ausnahme. S. Michael Buchner, *Die Spielregeln der Börse. Institutionen, Kultur und die Grundlagen des Wertpapierhandels in Berlin und London, ca. 1860–1914*, Tübingen 2019, S. 87–102.

[86] Bei einem Prolongationsgeschäft parkierte ein auf Hausse setzender Spekulant beim Fälligkeitstermin für eine vereinbarte Frist das Papier bei einer Bank, die ihm das Geld zur Bezahlung gab und bei der Rückgabe des Wertpapiers nach Ablauf der Frist einen Zins verlangte. Stieg das Papier höher als der Zins, machte der Spekulant einen Gewinn. Beim Reportgeschäft als

Wertpapierkauf belehnte (»reportierte«) der Spekulant das gekaufte Papier sogleich zu einem Zins bei der reportierenden Bank. Stieg der Kurs hoch genug, konnte der Spekulant das Papier wieder verkaufen, der Bank den Zins bezahlen und einen Gewinn einstreichen. Reportgeschäfte waren riskanter als die verwandten Lombardgeschäfte, so dass höhere Zinsen verlangt wurden. S. Carsten Burhop, *Die Kreditbanken in der Gründerzeit*, Stuttgart 2004, S. 62.

87 Schäffle, »Börsenkrach«, S. 85. Zur nationalen Perspektive Schäffles s. Davies, *Transatlantic Speculations*, S. 96.

88 Zum Folgenden auch Sarah Jansen, *»Schädlinge«. Geschichte eines wissenschaftlichen und politischen Konstrukts 1840–1920*, Frankfurt a. M. 2003, S. 269. Die Autorin irrt allerdings, wenn sie schreibt, die im Folgenden zitierten antisemitischen Passagen seien erst in der zweiten Auflage von 1881 aufgetreten.

89 Albert Schäffle, *Bau und Leben des socialen Körpers. Enzyklopädischer Entwurf einer realen Anatomie, Physiologie und Psychologie der menschlichen Gesellschaft mit besonderer Rücksicht auf die Volkswirthschaft als socialen Stoffwechsel*, 4 Bde., Bd. 2: *Zweiter Theil: Das Gesetz der socialen Entwickelung*, Tübingen 1878, S. 395 f.

90 Ebd., S. 396 (Zit.), 397.

91 Ebd., S. 402 f.

92 Davies, *Transatlantic Speculations*, S. 16, 23 f., 99 f., 123 f. Zu antisemitischen Verschwörungstheorien im Gründerkrach Mark Loeffler, *Producers and Parasites: The Critique of Finance in Germany and Britain, 1873–1933*, Chicago, IL 2012 (Diss. Univ. of Chicago), S. 94–98; ders., »Das ›Finanzkapital‹ zur Jahrhundertwende. Der Diskurs in Deutschland und England«, in: Nicolas Berg (Hg.), *Kapitalismusdebatten um 1900: Über antisemitisierende Semantiken des Jüdischen*, Leipzig 2011, S. 115–140.

93 Robert Radu, *Auguren des Geldes. Eine Kulturgeschichte des Finanzjournalismus in Deutschland 1850–1914*, Göttingen 2017, S. 118–134.

94 Henning Albrecht, *Antiliberalismus und Antisemitismus. Hermann Wagener und die preußischen Sozialkonservativen 1855–1873*, Paderborn 2011; ders., »Berliner Revue (1855–1873)«, in: Brigitte Mihok (Hg.), *Handbuch des Antisemitismus: Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart*, Berlin 2013, S. 64–66; Davies, *Transatlantic Speculations*, S. 114 f.

95 Ulrich Nocken, »Die große Deflation: Goldstandard, Geldmenge und Preise in den USA und Deutschland 1870 bis 1896«, in: Eckart Schremmer (Hg.), *Geld und Währung vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, Stuttgart 1993, S. 157–190; Plumpe, *Wirtschaftskrise*, S. 66.

96 Hans-Jürgen Puhle, *Politische Agrarbewegungen in kapitalistischen Industriegesellschaften: Deutschland, USA und Frankreich im 20. Jahrhundert*, Göttingen 1975, S. 63–68.

[97] Ariane Wessel, *Ökonomischer Wandel als Aufstiegschance: Jüdische Getreidehändler an der Berliner Produktenbörse 1860–1914*, Göttingen 2020, S. 153. Zu den Skandalen zählen die rechtlichen Untersuchungen, ob 1891 die Firma Ritter und Blumenfeld den Getreidepreis manipulativ erhöht und 1895 die Firma Cohn und Rosenberg ihn künstlich tief gehalten hatte. Ebd., S. 226–236.

[98] Wolfgang Zorn, »Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Zusammenhänge der deutschen Reichsgründungszeit (1850–1879)«, in: Hans-Ulrich Wehler (Hg.), *Moderne deutsche Sozialgeschichte*, Köln 1966, S. 254–270, S. 264; Frank Otto, »Antiliberale und antisemitische Angriffe auf die Reichswährungs-Institutionen im Zeichen der Gründerkrise. Zum Problem der politischen Diskussionskultur im Kaiserreiche«, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 49 (2001), S. 485–497, S. 488 f.

[99] Zur Verschuldung besonders der ostelbischen Güter s. Rita Aldenhoff-Hübinger, *Agrarpolitik und Protektionismus: Deutschland und Frankreich im Vergleich 1879–1914*, Göttingen 2002, S. 75.

[100] Knut Borchardt, »Währung und Wirtschaft«, in: Deutsche Bundesbank (Hg.), *Währung und Wirtschaft in Deutschland: 1876–1975*, Frankfurt a. M. 1976, S. 3–55, S. 38; Frank Otto, »Der Diskurs um die deutsche Währungsvereinheitlichung im 19. Jahrhundert: Die Konstruktion der Ideologie des nationalen Geldes«, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 45 (2004), Nr. 1, S. 197–219, S. 208–210. S. auch Adolf Soetbeer, *Litteraturnachweis über Geld- und Münzwesen*, Berlin 1892, S. 141 f. Zur Debatte über die Erschöpfung der Goldvorkommen, die von den aufsehenerregenden Ressourcenschätzungen des österreichischen Geologen Eduard Suess genährt wurde s. Andrea Westermann, »The End of Gold? Monetary Metals Studied at the Planetary and Human Scale during the Classical Gold Standard Era«, in: Iris Borowy, Matthias Schmelzer (Hg.), *History of the Future of Economic Growth. Historical Roots of Current Debates on Sustainable Degrowth*, London 2017, S. 69–90.

[101] Adolph Wagner, *Für bimetallistische Münzpolitik Deutschlands*, Berlin 1881, S. 30, 32; Otto Arendt, *Der Währungsstreit in Deutschland. Eine Antwort auf Erwin Nasse's gleichnamige Schrift*, Berlin 1886, S. 31–42; Plumpe, *Wirtschaftskrisen*, S. 66.

[102] Nocken, »Deflation«, S. 175.

[103] Erwin Nasse, »Über die Verhütung von Produktionskrisen durch staatliche Fürsorge«, in: *Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirthschaft im Deutschen Reich* 3 (1879), S. 145–189, S. 188. S. auch Davies, *Transatlantic Speculations*, S. 80–85. Zu internationalen Dimension auch Sabine Schneider, »Imperial Germany, Great Britain and the Political Economy of the Gold Standard, 1867–1914«, in: Julian Hoppit u. a. (Hg.), *Money and Markets: Essays in Honour of Martin Daunton*, Woodbridge 2019, S. 127–144.

[104] Nasse, »Verhütung Produktionskrisen«, S. 183–186; Wehler, *Gesellschafts-*

geschichte, Bd. 3, S. 98. Abweichende Zahlen von 5,6 Milliarden Francs bzw. 4,46 Milliarden Goldmark bei Borchardt, »Währung«, S. 6. Nur ein geringer Teil war direkt in Gold, sondern mehr als die Hälfte in Wechseln geleistet worden, mit denen Deutschland in London Gold erwarb: ebd. Laut Hans-Ulrich Wehler ist die Wirkung der Kontributionen stark überschätzt worden, denn sie seien nur langsam in den deutschen Wirtschaftskreislauf gelangt. Ders., *Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 3, S. 98.

105 Karl Helfferich, *Die Reform des deutschen Geldwesens nach der Gründung des Reiches*, 2 Bde., Leipzig 1898.

106 Helfferich hatte seine Habilitation in Berlin gegen den Widerstand von Adolph Wagner, einem Bimetallisten, erwirkt. Karl von Lumm, *Karl Helfferich als Währungspolitiker und Gelehrter*, Leipzig 1926, S. 78–82; John Williamson, *Karl Helfferich 1872–1924: Economist, Financier, Politician*, Princeton, NJ 1975, S. 35–37; Erik Grimmer-Solem, *Learning Empire: Globalization and the German Quest for World Status, 1875–1919*, Cambridge 2019, S. 291. Für seine anti-bimetallistischen Schriften s. u. a. Karl Helfferich, *Gegen den Währungsumsturz*, Berlin 1895.

107 Helfferich, *Die Reform*, S. 35. S. auch Otto, »Diskurs um Währungsvereinheitlichung«, S. 218.

108 Dieter Lindenlaub, »Die Glaubwürdigkeit einer neuen Währung: Die Einführung der Mark in Deutschland 1871–1876«, in: *Bankhistorisches Archiv* 28 (2002), S. 21–39, S. 21.

109 Kaps, *Ungleiche Entwicklung*.

110 Jane Guyer, *Marginal Gains. Monetary Transactions in Atlantic Africa*, Chicago, IL 2004, S. 21.

111 Leopold v. Caro, *Der Wucher: eine socialpolitische Studie*, Leipzig 1893, S. 188. Zu analogen Praktiken im Deutschen Kaiserreich vgl. [Anonym], *Die Agitation im Eisenacher Oberland gegen den Wucher. Von einem Bauernfreund im Eisenacher Oberlande*, Berlin 1878, S. 6 f.

112 Caro, *Wucher*, S. 186.

113 OeStA AVA, Justizministerium Justiz Allgemein I-W2/1, Post 335 (Schachtel 1866), Städt. Bezirksgericht Lemberg an das Oberlandesgericht Lemberg, (undat., vor 15. Oktober 1890). Chorinsky, *Wucher in Österreich*, S. 100; Caro, *Wucher*, S. 152.

114 Zur Politik der Kommensurierung vgl. Einleitung sowie Wendy Nelson Espeland, Mitchell L. Stevens, »Commensuration as a Social Process«, in: *Annual Review of Sociology* 24 (1998), S. 313–343.

115 Lindenlaub, »Glaubwürdigkeit«, S. 25.

116 Karl R. Bopp, »Die Tätigkeit der Reichsbank von 1876 bis 1914 I«, in: *Weltwirtschaftliches Archiv* 72 (1954), S. 34–59, S. 42, 54.

117 Karl R. Bopp, »Die Tätigkeit der Reichsbank von 1876 bis 1914 II«, in: *Weltwirtschaftliches Archiv* 72 (1954), S. 179–224, S. 189–191.

[118] BArch R3001/6246, Reichsgesetz über den Wucher 1880: Landrat des Kreises Neustadt, 13. Februar 1880.

[119] Tara Zahra, »Travel Agents on Trial: Policing Mobility in East Central Europe, 1889–1989«, in: *Past and Present*, 2014, Nr. 223, S. 161–193.

[120] OeStA AVA, Justizministerium Justiz allgemein I-W2/1 (Post 82-142), Schachtel Nr. 1863. Fall Nr. 121, Bericht vom 3. Mai 1876.

[121] BArch R3001/6246, Reichsgesetz über den Wucher 1880, anonym, undatiert.

[122] Guyer, *Marginal Gains*, S. 159.

[123] Caro, *Wucher*, S. 258.

[124] OeSta AVA, Justiz allgemein I-W2/1 (Post 143-210), Justizministerium Schachtel 1864, Nr. 203: Petition an Reichsrat von Gemeinde Falkenstein in Polen [Sokoliwka, Kreis Lemberg?] und 12 weiteren Gemeinden, 10. Februar 1879. Vgl. auch ähnliche Beschwerden aus Bayern in BArch R3001/6247, Wuchergesetz 1880 ff., Königlich Bayerisches Staatsministerium des K. Hauses und des Äußeren, München, 23. Januar 1889, Ergebnis der Erhebungen über Wucher auf dem Lande, S. 28.

[125] GStA I. HA Rep. 151C, Nr. 9324, Amtsrichter Brandenburg, Ottmachau, 16. Februar 1880.

[126] Das Beispiel stammt von G. F. Dasbach, *Der Wucher im trierischen Lande*, Trier 1887, S. 18 f. S. auch allgemein zur Viehpacht A.[dolf] Buchenberger, *Agrarwesen und Agrarpolitik*, Bd. 2, Leipzig 1893 (= Lehr- und Handbuch der politischen Oekonomie, hg. v. Adolph Wagner u. a., Dritte Hauptabtheilung: *Practische Volkswirthschaftslehre*), S. 201 f.

[127] Ernst Barre, *Der ländliche Wucher: Ein Beitrag zur Wucherfrage bezüglich der Vorschläge des Deutschen Volkswirthschaftsraths zur Bekämpfung des ländlichen Wuchers, von Ernst Barre, Landgerichts-Director*, Berlin 1890, S. 16.

[128] BArch R3001/6247, Wuchergesetz 1880 ff., Auszug aus den Berichten der Verwaltungsbehörden über den Wucher auf dem Lande und die Mittel seiner gesetzlichen Abhülfe (1890), Aussage des Landrats zu Schlüchtern (Hessen); Barre, *Ländlicher Wucher*, S. 15; [Anonym], *Der Wucher im Regierungsbezirk Trier und die landwirthschaftliche Bank in Trier*, Trier 1885, S. 4.

[129] Barre, *Ländlicher Wucher*, S. 12.

[130] Helmut Walser Smith, »The Discourse of Usury: Relations Between Christians and Jews in the German Countryside, 1880–1914«, in: *Central European History* 32 (1999), S. 255–276; Alexandra Binnenkade, *KontaktZonen. Jüdisch-christlicher Alltag in Lengnau*, Köln 2009.

[131] Eine Statistik verzeichnete für Deutschland 1882 nur 261 Anklagen und 98 Verurteilungen, für 1885 131 Anklagen und 37 Verurteilungen. In Österreich-Ungarn beliefen sich die Zahlen 1882 auf 96 Anklagen und 59 Verurteilungen, im Jahr 1885 waren es 138 Anklagen mit 70 Verurteilungen.

Karl v. Lilienthal, »Der Wucher auf dem Lande«, in: *Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft* 8 (1888), S. 157–221, S. 157 ff.; Caro, *Wucher*, S. 65.

132 Ich beziehe den Ausdruck »Figur des verschuldeten Bauern« von Aaron Jakes, *Egypt's Occupation: Colonial Economism and the Crises of Capitalism*, Stanford, CA 2020, S. 89–96.

133 Grimmer-Solem, *Learning Empire*, Kap. 1, bes. S. 43–56 zum Agrarökonomen Max Sering; s. auch Robert Nelson, »From Manitoba to the Memel: Max Sering, Inner Colonization and the German East«, in: *Social History* 35 (November 2010), Nr. 4, S. 439–457; Andrew Zimmerman, *Alabama in Africa: Booker T. Washington, the German Empire, and the Globalization of the New South*, Princeton, NJ 2010, Kap. 2. Zur Diskussion des Wuchers in der Ökonomie und Wirtschaftsgeschichtsschreibung der sog. älteren Historischen Schule der deutschen Nationalökonomie s. Jonathan R. Zatlin, »The Usurious Jew: Wilhelm Roscher and the Developmental Role of the Homo Oeconomicus Judaicus«, in: Christoph Kreutzmüller (Hg.), *National Economies: Volks-Wirtschaft, Racism and Economy in Europe between the Wars (1918–1939/45)*, Cambridge 2015, S. 18–32.

134 Verein für Socialpolitik: *Der Wucher auf dem Lande: Berichte und Gutachten*, Leipzig 1887.

135 S. auch August v. Miaskowski, »Die Wucherfrage und die Frage der ländlichen Kreditorganisation«, in: *Verhandlungen der am 28. und 19. September 1888 in Frankfurt a. M. abgehaltenen Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik über den ländlichen Wucher, die Mittel zu seiner Abhülfe, insbesondere die Organisation des bäuerlichen Kredits und über Einfluß des Detailhandels auf die Preise und etwaige Mittel gegen eine ungesunde Preisbildung*, Leipzig 1889, S. 4–40, S. 6.

136 Mary Poovey, »Figures of Arithmetic, Figures of Speech: The Discourse of Statistics«, in: James Chandler u. a. (Hg.), *Questions of Evidence: Proof, Practice and Persuasion across the Disciplines*, Chicago, IL 1994, S. 401–421; Adam Tooze, *Statistics and the German State, 1900–1945: The Making of Modern Economic Knowledge*, Cambridge u. a. 2001; Michael C. Schneider, *Wissensproduktion im Staat. Das königlich preußische statistische Bureau 1860–1914*, Frankfurt a. M. 2013.

137 [Anonym], »[Rezension] Der Wucher auf dem Lande«, in: *Vierteljahrschrift für Volkswirtschaft, Politik und Kulturgeschichte* 24 (1887), Nr. 4, S. 239–259; Gottlieb Schnapper-Arndt, *Zur Methodologie sozialer Enquêten mit besonderem Hinblick auf die neuerlichen Erhebungen über den Wucher auf dem Lande*, Frankfurt a. M. 1888; Julius Zuns, *Der Wucher auf dem Lande: Eine Kritik des Fragebogens*, Frankfurt a. M. 1888. Die Kontroverse wurde zur Novellierung des Wuchergesetzes 1893 auch in der Tagespresse wieder aufgegriffen. Vgl. BArch R3001/6252, Äusserungen der Presse zur Wucher-

frage II, L. v. Bar, »Der Gesetzesentwurf über den Wucher«, in: *Der Zeitgeist! Beiblatt zum Berliner Tageblatt*, 27. März 1893.

138 Verein für Socialpolitik, *Wucher auf dem Lande*, S. VIII.

139 Hugo Thiel, »Korreferat über die Wucherfrage und die Frage der ländlichen Kreditorganisation«, in: Verein für Socialpolitik, *Verhandlungen*, S. 41–64, S. 44.

140 Er nannte als solche Indikatoren die Zahl der Zwangsversteigerungen, die Kriminalstatistik oder Daten von Darlehenskassen. Schnapper-Arndt, *Methodologie*, S. 7. Zur Begriffsgeschichte des Indikators vgl. Theodore M. Porter, »The Flight of the Indicator«, in: Richard Rottenburg u. a. (Hg.), *The World of Indicators: The Making of Governmental Knowledge through Quantification*, Cambridge 2015, S. 34–55.

141 Schnapper-Arndt, *Methodologie*, S. 26.

142 Ebd., S. 10 f.

143 Ebd., S. 9, 42 f.

144 Zuns, *Wucher auf dem Lande*, bes. S. 13–16. Klassisch zu Information und *noise* in Marktkommunikation Clifford Geertz, »Suq: The Bazaar Economy in Sefrou«, in: ders. u. a., *Meaning and Order in Moroccan Society. Three Essays in Cultural Analysis*, Cambridge 1979, S. 123–244.

145 Thiel, »Korreferat«, S. 45. Eine weitere Verteidigung des Berichts unternahm Julius Platter, Ökonom an der eidgenössisch-technischen Hochschule in Zürich, der vormals in Czernowitz angestellt gewesen war. Der Bericht würde gerade dank seiner narrativen Form aufzeigen, wie orthodoxe ungebildete Juden, die sich selbst nicht als Deutsche betrachten würden, als Wucherer die Opfer in ihre Falle locken würden. Julius Platter, »Der Wucher und die Bauern in Deutschland (1888)«, in: ders., *Kritische Beiträge zur Erkenntnis unserer socialen Zustände und Theorien*, Basel 1894, S. 395–423, S. 405, 397.

146 Markant: *Verhandlungen 1888 des Vereins für Socialpolitik über den ländlichen Wucher*, S. 110.

147 Grimmer-Solem, *Historical Economics*, S. 223–235. Zur Mittelstandspolitik in den östlichen Gebieten vgl. Jones, »Rural Social Ladder«.

148 Berichterstattung zu Württemberg, Verein für Socialpolitik, *Wucher auf dem Lande*, S. 60.

149 *Verhandlungen 1888 des Vereins für Socialpolitik über den ländlichen Wucher*, S. 19.

150 Frauke Schlütz, *Ländlicher Kredit. Kreditgenossenschaften in der Rheinprovinz (1889–1914)*, Stuttgart 2013; Timothy W. Guinnane, »Cooperatives as Information Machines: German Rural Credit Cooperatives, 1883–1914«, in: *Journal of Economic History* 63 (2001), Nr. 2, S. 366–389.

151 Für die erzieherische Funktion, die Genossenschaften zugeschrieben wurde, vgl. etwa *Verhandlungen 1888 des Vereins für Socialpolitik über den ländlichen Wucher*, S. 111.

[152] David Peal, *Anti-Semitism and Rural Transformation in Kurhessen: The Rise and Fall of the Böckel Movement*, New York 1985 (Diss. Columbia University NYC), S. 140.

[153] Otto Böckel, *Die Juden, Könige unserer Zeit. Rede […] gehalten in der öffentlichen Versammlung des Deutschen Antisemiten-Bundes auf der Bockbrauerei zu Berlin am 4. Oktober 1886*, Marburg 1887 (25. Aufl.); Peal, *Antisemitism and Rural Transformation*, S. 101; Hans Berkessel, »Antisemitische Presse in einer ländlichen Region. Die Mainzer Wochenzeitung ›Die Wucherpille‹ (1882–1886)«, in: Gideon Botsch (Hg.), *Politik des Hasses. Antisemitismus und radikale Rechte in Europa*, Hildesheim 2010, S. 29–42.

[154] Damit soll nicht behauptet werden, besitzende Bauern und Bäuerinnen hätten *keine* antisemitische Einstellung gehabt; nur, dass eine bestimmte politische Instrumentalisierung eines Diskurses weitab von tatsächlichen Erfahrungen von Landwirten mit jüdischen Händlern erfolgte. Vgl. Smith, »Discourse of Usury«, S. 265. Peal, *Antisemitism and Rural Transformation*, S. 233.

[155] Verein gegen den Wucher im Saargebiet: *Bericht über die Thätigkeit des Vereins im Jahre 1887, erstattet durch den Schriftführer Herrn Olzem*, o. O. o. J., S. 7; GStA VI. HA Nl. Adolf Stoecker, Nr. 892, Broschürenserie Thomas Frey (Hg.), *Brennende Fragen!*, Leipzig 1887 (4. Aufl., Nr. 25); [Ph. Klausner], *Prozeß gegen die jüdischen Wucherer Markus Löb von Mainz und Hirsch Süßer von Würzburg: Geführt gegen Löb von der Strafkammer zu Mainz am 14., 15. und 16. Februar 1883, und gegen Süßer vor der Strafkammer zu Würzburg am 15., 16. und 17. Februar*, Mannheim o. J. Zur antisemitischen Publizistik des *Paulinusblatts* s. Olaf Blaschke, *Katholizismus und Antisemitismus im Deutschen Kaiserreich*, Göttingen 1997, S. 87.

[156] Peal, *Antisemitism and Rural Transformation*; Smith, »Discourse of Usury«; Monika Richarz, »Die soziale Stellung der jüdischen Händler auf dem Lande am Beispiel Südwestdeutschlands«, in: Werner E. Mosse (Hg.), *Jüdische Unternehmer in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1992, S. 271–283; Binnenkade, *KontaktZonen*; für Galizien: Struve, *Bauern und Nation*, S. 417; Susanne Bennewitz, *Basler Juden, französische Bürger. Migration und Alltag einer jüdischen Gemeinde im frühen 19. Jahrhundert*, Basel 2008, S. 330–359.

[157] Binnenkade, *KontaktZonen*, Kap. 5.

[158] F. X. Helmdörffer, *Politik und Wucher der Juden: Zu den Schriften W. Marr's*, Freiburg i. Br. 1879; Deutsch-Israelitischer Gemeindebund: *Hat das Judenthum dem Wucherunwesen Vorschub geleistet?* Flugblatt, Leipzig 1879. Auch abgedruckt in BArch R3001/6251, Äusserungen der Presse zur Wucherfrage I, *Schlesische Presse*, Nr. 446, o. D., Zeitungsausschnitt abgelegt am 5. Juli 1879, S. 1 f. In *Börsen-Courier*, 16. August 1884, S. 1, findet sich der Hinweis auf eine jüdische Vereinigung »gegen das Wucherunwesen«. Aus dem unga-

rischen Teil des Habsburgerreichs bspw. M. Kayserling, *Der Wucher und das Judenthum*, Budapest 1882. Der deutsche Verein zur Abwehr des Antisemitismus berichtete regelmäßig nicht nur über antisemitische Agitation, die mittels neu gegründeter Antiwuchervereine betrieben wurde, sondern auch über jüdische Antiwuchervereine. S. u. a. »Der Antisemitismus in Kurhessen und seine Bekämpfung III«, in: *Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus* 1 (1891), Nr. 10, 27. Dezember 1891; »Aus Baden«, in: *Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus* 2 (1892), Nr. 1, 3. Januar 1892; »Der Antisemitismus in Kurhessen und seine Bekämpfung IV«, in: *Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus* 2 (1892), Nr. 2, 10. Januar 1892; »Schutzverein gegen wucherische Ausbeutung des Volks«, in: *Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus* 3 (1893), 29. Oktober 1893. Siehe auch Smith, »Discourse of Usury«, S. 271 f.

159 Zum Begriff »economy of makeshifts« vgl. Olwen Hufton, *The poor of eighteenth-century France: 1750–1789*, Oxford 1974.

160 Ein Beispiel für die konservative Sichtweise auf Konsum und Alltagswirtschaft: [Anonym], *Die Ausbeutung der Arbeiter und die Ursachen ihrer Verarmung: Ein Beitrag zur socialen Frage. Preisgekrönt mit der Goldenen Medaille auf dem Internationalen Wettstreit zur Verbesserung der Lage der Arbeiter zu Köln a. Rh. 1890*, Kiel, Leipzig 1892 (2. Aufl.).

161 Anders als bei der Pfandleihe verkaufte man einem Rückkaufshändler eine Wertsache mit der Option, sie später teurer wieder zurückzukaufen. Pfandleiher mussten nichteingelöste Pfänder nach einer Frist gesetzlich versteigern, was zu tieferen Preisen und damit letztlich zu höheren Margen gegenüber ihren Kundinnen und Kunden führte. Rückkaufhändler in Berlin wehrten sich dagegen, regulatorisch als Pfandleiher klassifiziert zu werden. Vgl. BArch R3001/6245, Neuer Verein der Berliner Rückkaufshändler, Druckschrift 22. März 1879: »Ein Wort über den Unterschied zwischen Rückkauf und Wucher«. Zur Häufigkeit des Rückkaufshandels GStA I. HA Rep. 90A, Nr. 1669, Akten betreffend das Pfandleihgewerbe, Votum Innenminister, Berlin, 27. Januar 1879. Vgl. auch Karl Christian Führer, »Pawning in German Working-Class Life before the First World War«, in: *International Review of Social History* 46 (2001), S. 29–44.

162 Zu antisemitischer Mobilisierung gegen Ratengeschäfte in der Schweiz s. Matthias Ruoss, »Fighting Unfair Competition: The Bamberger Riot and the Emergence of Hire Purchase in Switzerland around 1900«, in: *Journal of Social History* 53 (2019), Nr. 1, S. 194–217.

163 Einwände gegen diese Ausweitung des Begriffs z. B. in BArch R3001/6252, Äusserungen der Presse zur Wucherfrage II, *Vossische Zeitung*, 12. März 1893; *National-Zeitung*, 10. März 1893; *Der Zeitgeist! Beiblatt zum Berliner Tageblatt*, 27. März 1893 (mit Kritik des Deutschen Handelstags an der Ausweitung).

[164] Thomas Welskopp, *Das Banner der Brüderlichkeit: die deutsche Sozialdemokratie vom Vormärz bis zum Sozialistengesetz*, Bonn 2000, S. 622–639.

[165] Der Ausdruck »monetäre Austauschasymmetrien« ist geborgt von William M. Reddy, *Money and Liberty in Modern Europe: A Critique of Historical Understanding*, Cambridge 1987.

[166] Zu Deutschland s. Timo Luks, »Prekarität. Eine nützliche Kategorie der historischen Kapitalismusanalyse«, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 56 (2016), S. 51–80; Patrick Eiden-Offe, *Die Poesie der Klasse: Romantischer Antikapitalismus und die Erfindung des Proletariats*, Berlin 2017; zwei klassische – und sehr unterschiedliche – Perspektiven auf die Entwicklung in Frankreich: William Sewell, *Work and Revolution in France: The Language of Labor from the Old Regime to 1848*, Cambridge 1980; Jacques Rancière, *La nuit des prolétaires. Archives du rêve ouvrier*, Paris 1981.

[167] Fr. Schnake, »Die gesellschaftlichen Zustände der civilisirten Welt: XIII. Die gegenwärtige Noth und der Wucher«, in: [Anonym], *Gesellschaftsspiegel: Organ zur Vertretung der besitzlosen Volksklassen und zur Beleuchtung der gesellschaftlichen Zustände der Gegenwart* 2 (1846), S. 73–79, S. 76 f.

[168] [Anonym], »Nachrichten und Notizen«, in: *Gesellschaftsspiegel: Organ zur Vertretung der besitzlosen Volksklassen und zur Beleuchtung der gesellschaftlichen Zustände der Gegenwart* 1 (1845), S. 1–6; R. M., »Die ackerbautreibende Bevölkerung in Schlesien«, in: ebd., S. 221–223; [Anonym], »Nachrichten und Notizen«, in: *Gesellschaftsspiegel: Organ zur Vertretung der besitzlosen Volksklassen und zur Beleuchtung der gesellschaftlichen Zustände der Gegenwart* 2 (1846), S. 28–31; [Anonym], »Nachrichten und Notizen«, in: ebd., S. 43–51, S. 45; K., »Ueber Wucherei«, in: *Das Westphälische Dampfboot* 1 (1845), Nr. 2, S. 260–264; Johann Jakob Treichler, »Gibt es in der Schweiz ein Proletariat? Aus einer Vorlesung über Sozialismus in der Schweiz«, in: *Das Westphälische Dampfboot* 2 (1846), Nr. 1, S. 113–123, hier S. 113–115; s. auch die Ausgabe vom 12. September 1845 von Treichlers Zeitung *Der Bote von Uster* über den Wucher von Banken.

[169] Um die Verwobenheit hergebrachter Praktiken und kapitalistischem Kommando zu erfassen, beleben manche Analysen den Marx'schen Begriff der formellen Subsumtion neu. Darunter wird eine arbeitsteilige Wirtschaftsweise verstanden, in der für den Weltmarkt produziert wird und in der das Kapital die Arbeit kommandiert, aber in der – im Unterschied zur »reellen Subsumtion« – die Arbeitsprozesse selbst vom Kapital nicht durchdrungen werden, sondern von überlieferten Praktiken geprägt bleiben. S. Karl Marx, »Resultate des unmittelbaren Productionsprocesses«, in: Marx Engels Gesamtausgabe (MEGA), Abt. II, Bd. 4.1: *Manuskripte 1864/65 zum 1. und 2. Buch des »Kapitals«*, Berlin (DDR) 1988, S. 24–138, bes. S. 91–194; Harry Harootunian, *Marx after Marx: History and Time in the Expansion of Capitalism*, New York 2015.

[170] Geyer, »Defining the Common Good«, S. 471 f. BArch R3001/6252, Äusserungen der Presse zur Wucherfrage II, »Der Kommissionsbericht über die Wuchervorlage«, in: *Vorwärts*, 16. September 1893.

[171] Geyer, »Defining the Common Good«, S. 472. Umgekehrt erkannte die sozialdemokratische Zeitung *Vorwärts* im novellierten Wuchergesetz ein antisemitisches »Klassengesetz« gegen kleine jüdische Hausierer, während große Industrielle oder Financiers per Definition nie belangt würden. Im Zusammenhang mit dem Wuchergesetz waren nach Ansicht sozialdemokratischer Publizisten Kreditfragen explizit außerhalb des Antagonismus zwischen Lohnarbeit und Kapital positioniert und wurden deshalb als nicht interessant für sozialistische Politik erklärt. Sch., »Die Lage des bäuerlichen Grundbesizes [sic]«, in: *Die Neue Zeit*, 1 (1883), Nr. 6, S. 249–266; »Der Kommissionsbericht über die Wuchervorlage«, in: *Vorwärts*, 16. September 1893.

[172] »30. Sitzung, 31. März 1879«, in: *Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages, 4. Legislaturperiode, II. Session*, Bd. 1, Berlin 1879, S. 750.

[173] Vgl. Geyer, »Defining the Common Good«; ders., »Sprache des Rechts«.

[174] Omar Nasim, »Was ist historische Epistemologie?«, in: *Nach Feierabend. Zürcher Jahrbuch für Wissensgeschichte* 9 (2013), S. 123–144, S. 136.

[175] Die europaweiten Debatten um das Existenzminimum und zur Kodifizierung der Lohnarbeit sind zwei markante Beispiele. Vgl. Christian Topalov, *Naissance du chômeur 1880–1910*, Paris 1994; Sebastian Conrad u. a., »Die Kodifizierung der Arbeit: Individuum, Gesellschaft, Nation«, in: Jürgen Kocka, Claus Offe (Hg.), *Geschichte und Zukunft der Arbeit*, Frankfurt a. M., New York 2000, S. 449–476; Theresa Wobbe, »Making up People: Berufsstatistische Klassifikation, geschlechtliche Kategorisierung und wirtschaftliche Inklusion um 1900 in Deutschland«, in: *Zeitschrift für Soziologie* 41 (2012), Nr. 1, S. 41–57; Dana Simmons, *Vital Minimum: Need, Science, and Politics in Modern France*, Chicago, IL 2015.

[176] Lexis, »Wucher«, in: Johannes Conrad u. a. (Hg.), *Handwörterbuch der Staatswissenschaften*, Bd. 6, Jena 1894, S. 773–788, S. 777, 779.

[177] Todorova bezieht den Ausdruck »sense of lag and consciousness of lack« vom Anthropologen Akhil Gupta. S. Maria Todorova, »The Trap of Backwardness: Modernity, Temporality, and the Study of Eastern European Nationalism«, in: *Slavic Review* 64 (2005), Nr. 1, S. 140–164, S. 145.

[178] Thiel, »Korreferat«, S. 50.

[179] Ebd., S. 51.

[180] [Anonym], *Vampyr, oder das Wucher-Judentum*, Riedlingen 1895, S. 12–14.

[181] Vgl. Pierre Bourdieu, *Die zwei Gesichter der Arbeit. Interdependenzen von Zeit- und Wirtschaftsstrukturen am Beispiel einer Ethnologie der algerischen Übergangsgesellschaft*, Konstanz 2000 [1977], S. 19.

[182] Weibel, »Behandlung des Wuchers«, S. 73.

183 So das Programm in Lorenz von Stein, *Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich von 1789 bis auf unsere Tage*, 3 Bde. [1850], Bd. 1, München 1921, S. 6.

184 S. die Eloge eines späteren Zeitendenkers: Reinhart Koselleck, »Geschichtliche Prognose in Lorenz v. Steins Schrift zur preußischen Verfassung«, in: ders., *Vergangene Zukunft: Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt a. M. 1979, S. 87–104, S. 95 (Zit.).

185 Stein, *Wucher*, S. 40.

186 Ebd., S. 47.

187 Ebd., S. 40.

188 Ebd., S. 126.

189 Ebd., S. 126 f.

190 Hermann Ritter von Schullern zu Schrattenhofen, *Die Beseitigung des Bestiftungszwanges und der Wuchergesetze*, Wien 1899; Carl Scheimpflug, *Referat betreffend den Wucher im modernen Geldwesen und Geldverkehr, Leo-Gesellschaft in Wien: Section für Socialwissenschaften 1892*, Wien 1892.

191 Caro, *Wucher*, S. 88–101.

192 Eugen von Böhm-Bawerk, *Kapital und Kapitalzins: Zweite Abtheilung – Positive Theorie des Kapitales*, Innsbruck 1889, S. 262 f.

193 Ebd., S. 266.

194 Ebd., S. 273 ff.

195 Eugen von Böhm-Bawerk, »Unsere Aufgaben«, in: *Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung* 1 (1892), Nr. 1, S. 1–10; ders., *Kapital und Kapitalzins*, S. 385, 388.

196 Le Goff, *Wucherzins*, S. 40 f.

197 S. die Diskussion in der Einleitung dieser Arbeit sowie Johannes Feichtinger u. a. (Hg.), *Habsburg postcolonial: Machtstrukturen und kollektives Gedächtnis*, Innsbruck 2003; David Blackbourn, »Das Kaiserreich transnational – eine Skizze«, in: Sebastian Conrad, Jürgen Osterhammel (Hg.), *Das Kaiserreich transnational: Deutschland in der Welt 1870–1914*, Göttingen 2004, S. 302–324; Kristin Kopp, *Germany's Wild East: Constructing Poland as Colonial Space*, Ann Arbor, MI 2012.

198 Sebastian Conrad, *Globalisierung und Nation im Deutschen Kaiserreich*, München 2006; Zimmerman, *Alabama in Africa*.

2. Kulturstufen des Kapitals

1 Der vollständige Titel lautet *Grundsätze der Volkswirthschaftslehre. Erster, allgemeiner Theil*, Wien 1871, Zitat S. 247. Ein zweiter Teil erschien nie.

2 Zu solchen Irritationen in der klassischen Politischen Ökonomie s. Mike Hill, Warren Montag, *The Other Adam Smith*, Stanford, CA 2014.

[3] Zur erstmaligen Verwendung des Begriffs »Grenznutzen« auf Deutsch s. Friedrich von Wieser, *Über den Ursprung und die Hauptgesetze des wirthschaftlichen Werthes*, Wien 1884, S. 128.

[4] Keith Tribe, »Continental Political Economy from the Physiocrats to the Marginal Revolution«, in: Theodore M. Porter, Dorothy Ross (Hg.), *The Cambridge History of Science*, Bd. 7: *The Modern Social Sciences*, Cambridge 2003, S. 154–170. Einhergehend mit der Einführung des Homo oeconomicus wurde im frühen 20. Jahrhundert von »methodologischem Individualismus« gesprochen. Der Begriff wurde wesentlich verbreitet durch Joseph Schumpeter, *Das Wesen und der Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie*, Leipzig 1908, S. 88–95.

[5] R. D. Collison Black u. a. (Hg.): *The Marginal Revolution in Economics: Interpretation and Evaluation*, Durham, NC 1973.

[6] Margaret Schabas, *A World Ruled by Number: William Stanley Jevons and the Rise of Mathematical Economics*, Princeton, NJ 1990.

[7] In wissenschaftstheoretischer Hinsicht suggeriert der Begriff einer Schule Kohärenz dort, wo eigentlich zuerst Ähnlichkeiten und Unterschiede aufgefächert werden sollten. Weil ich mich im Folgenden auf Mengers Arbeiten konzentriere, da mir daran gelegen ist, an einem einzelnen Fall Erkenntnisbedingungen und -gestaltungen herauszuarbeiten und ich deshalb auf eingehende Vergleiche verzichte, will ich den Begriff »Schule« nicht wissenschaftstheoretisch verstanden wissen. Aber in der *wissenschaftspolitischen* Auseinandersetzung hatte diese Selbstbezeichnung einige Wirkung; als solche wird das Label von mir auch in diesem Kapitel verwendet. Den Begriff in Umlauf gebracht hatte Friedrich von Wieser. Ders., »The Austrian School and the Theory of Value«, in: *The Economic Journal* 1 (1891), Nr. 1, S. 108–121. Für eine Darstellung der Österreichischen Schule als Denkkollektiv im Sinne Ludwik Flecks s. Janek Wasserman, *The Marginal Revolutionaries: How Austrian Economists Fought the War of Ideas*, New Haven, CT 2019.

[8] Steven Shapins und Simon Schaffers These, dass epistemologische Probleme immer auch von Problemen der Gesellschaftsordnung handelten, ist für die Wissenschaft der Ökonomie, die als Regierungswissenschaft stets bereits in die Gesellschaft interveniert, besonders naheliegend. Dies., *Leviathan and the Air Pump: Hobbes, Boyle, and the Experimental Life*, Princeton, NJ 1985.

[9] Wissenschaftlerinnen haben vor allem auf der Grundlage der Randnotizen in einigen Handexemplaren aus Mengers Bibliothek gearbeitet. Die zahlreichen Notizbücher sind kaum, von Historikern gar nicht, herangezogen worden. Die Bibliothek befindet sich an der Hitotsubashi-Universität in Tokio, der handschriftliche Nachlass an der Duke University, North Carolina. Zum Nachlass in Tokio s. Emil Kauder, »Aus Mengers nachgelassenen Papieren«, in: *Weltwirtschaftliches Archiv* 89 (1962), Nr. 1, S. 1–26; Yukihiro

Ikeda, *Die Entstehungsgeschichte der »Grundsätze« Carl Mengers*, St. Katharinen 1997; Gilles Campagnolo (Hg.): *Carl Menger. Neu erörtert unter Einbeziehung nachgelassener Texte / Discussed on the Basis of New Findings*, Bern 2008; Kiichiro Yagi, *Austrian and German Economic Thought: From Subjectivism to Social Evolution*, London 2011.

10 Uday Mehta, *Liberalism and Empire: A Study in Nineteenth-Century British Liberal Thought*, Chicago, IL 1999; Jennifer Pitts, *A Turn to Empire: The Rise of Imperial Liberalism in Britain and France*, Princeton, NJ 2005; Simon Schaffer, »Astrophysics, Anthropology and Other Imperial Pursuits«, in: Jeanette Edwards u. a. (Hg.), *Anthropology and Science: Epistemologies in Practice*, Oxford, New York 2007, S. 19–38; Karuna Mantena, *Alibis of Empire: Henry Maine and the Ends of Liberal Imperialism*, Princeton, NJ 2010; George Steinmetz (Hg.), *Sociology and Empire. The Imperial Entanglements of a Discipline*, Durham, NC 2013. Wichtige Ausnahmen in Bezug auf die Ökonomie sind Manu Goswami, »Crisis Economics: Keynes and the End of Empire«, in: *Constellations* 25 (2018), Nr. 1, S. 18–34; Muriam Haleh Davis, *Markets of Civilization: Islam and Racial Capitalism in Algeria*, Durham, NC 2022.

11 Quinn Slobodian, *Globalists: The End of Empire and the Birth of Neoliberalism*, Cambridge, MA 2018, S. 94, 116, 118. S. auch Corey Robin, »Nietzsche's Marginal Children«, in: *The Nation*, 27. Mai 2013, S. 27–35.

12 Zur Imperialität des Habsburgerreichs vgl. Pieter Judson, »L'Autriche-Hongrie était-elle un empire?«, in: *Annales HSS* 63 (2008), S. 563–596; Johannes Feichtinger u. a. (Hg.), *Habsburg postcolonial: Machtstrukturen und kollektives Gedächtnis*, Innsbruck 2003.

13 Für eine Eloge auf die Zivilisationsidee in der Österreichischen Schule s. Erwin Dekker, *The Viennese Students of Cvilization: The Meaning and Context of Austrian Economics Reconsidered*, New York 2016.

14 Wie das Habsburgerreich ein staatsrechtliches Experimentierfeld darstellte, s. Natasha Wheatley, *The Life and Death of States: Central Europe and the Transformation of Modern Sovereignty*, Princeton 2023.

15 Zur Kritik s. Hanno Pahl, *Das Geld in der modernen Wirtschaft: Marx und Luhmann im Vergleich*, Frankfurt a. M. 2008, S. 9–16.

16 Für einige grundsätzlichen Bemerkungen s. die Antrittsvorlesung von Carl Mengers Nachfolger: Friedrich von Wieser, »Der Geldwert und seine geschichtlichen Veränderungen«, in: *Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung* 13 (1904), S. 43–64. Der schwankende Geldwert war aber keine Neuentdeckung der Österreichischen Schule, sondern hatte die Regierungswissenschaften seit Jean Bodin beschäftigt.

17 Deborah Coen, *Vienna in the Age of Uncertainty: Science, Liberalism, and Private Life*, Chicago, IL 2007, S. 11; Wheatley, *Life*, S. 147 f.

18 Zu den experimentellen Dimensionen in Kelsens Denken, das im Zusam-

menhang mit weiteren epistemologischen Kritikformen in der Metropole Wien um 1900 zu sehen ist, s. Wheatley, *Life*, Kap. 4.

19 Die Wendungen von einer Kraftlehre »ohne Kraft«, Seelenlehre »ohne Seele« und Staatslehre »ohne Staat« paraphrasieren Hans Kelsen. S. Johannes Feichtinger, *Wissenschaft als reflexives Projekt: Von Bolzano über Freud zu Kelsen – Österreichische Wissenschaftsgeschichte 1848–1938*, Bielefeld 2010, S. 299; Wheatley, *Life*, S. 171 f.

20 Johannes Feichtinger, »Die verletzte Autonomie. Wissenschaft und ihre Struktur in Wien 1848 bis 1938«, in: Friedrich Stadler u. a. (Hg.), *650 Jahre Universität Wien*, Bd. 1: *Universität – Forschung – Lehre: Themen und Perspektiven im langen 20. Jahrhundert*, Göttingen 2015, S. 261–292, S. 276–281.

21 Carl Menger wurde vom Wiener Kreis in dessen eigene Genealogie inkorporiert: Seine Forschung hätte den Schritt nahegelegt, so schrieb der Verein Ernst Mach 1929, »solche Begriffe wie ›Volksgeist‹ fallenzulassen« und »im Sinne empiristischer, anti-metaphysischer Einstellung gewirkt«. Wie weiter unten angesprochen, wirkte Mengers Sohn, der Mathematiker Karl Menger, im Wiener Kreis. Bekanntlich bestanden neben dem Wiener Kreis in der Zwischenkriegszeit weitere »Kreise« genannte Diskussionszirkel, für die Österreichische Schule am bedeutendsten der von Hayek initiierte Geist-Kreis. Coen, *Vienna in the Age of Uncertainty*, S. 243, 249; *Katalog der Carl Menger-Bibliothek in der Handels-Universität Tokio*, 2 Bde., Tokio 1926 und 1955; Verein Ernst Mach (Hg.): *Wissenschaftliche Weltauffassung. Der Wiener Kreis*, Wien 1929, S. 27 (Zit.); Wasserman, *Marginal Revolutionaries*, S. 112–116.

22 Wasserman, *Marginal Revolutionaries*, S. 34 f.

23 Vgl. markant Carl Menger, *Untersuchungen über die Methode der Socialwissenschaften, und der Politischen Oekonomie insbesondere*, Leipzig 1883, S. 86 f.

24 Yagi, *Austrian and German Economic Thought*, S. 20–22.

25 Die *Wiener Zeitung* gab ab 1861 die Beilage *Central-Blatt für Handel und Gewerbe* heraus, die 1862 zu einem täglichen Abendblatt mit Börsenberichten erweitert wurde. Eine weitere Beilage, *Austria: Wochenschrift für Volkswirtschaft und Statistik*, erschien seit 1848. *Wiener Zeitung: Abendblatt / Central-Blatt für Handel und Gewerbe*, Nr. 1, 2. Januar 1862.

26 Ikeda, *Entstehungsgeschichte*, Kap. 2 und 5.

27 Hennings, *Austrian Theory*, S. 10.

28 Wasserman, *Marginal Revolutionaries*, Kap. 1; Margarete Boos, *Die Wissenschaftstheorie Carl Mengers. Biographische und ideengeschichtliche Zusammenhänge*, Wien 1986, S. 21–23.

29 Archiv Universität Wien AT-UAW J PA 674, Personalakt Juridische Fakultät, Carl Menger.

30 Boos, *Wissenschaftstheorie Carl Mengers*, S. 24.

[31] Duke University, Carl Menger Papers, Box 23, Folder Early Writings, Brief über den böhmischen Landtag (undat.); Box 21, Folder Diary, Notizheft »Rollinger Wien«, Eintrag zum 7. Oktober 1871, S. 14. Helmut Rumpler, *Österreichische Geschichte, 1804–1914: Eine Chance für Mitteleuropa. Bürgerliche Emanzipation und Staatsverfall in der Habsburgermonarchie*, Wien 1997, S. 434 ff.; Judson, *Habsburg*, S. 378 f.

[32] Rudolfs Mitschriften von Mengers Unterricht sind zweisprachig ediert worden in Carl Menger, *Carl Menger's Lectures to Crown Prince Rudolf of Austria*, hg. v. Erich W. Streissler, Monika Streissler, Aldershot, Brookfield, VT 1994.

[33] Duke University, Carl Menger Papers, Box 21, Folder Diary, Notizheft »Rollinger Wien«, Tabelle mit Hörerzahlen 1872–1883, S. 19.

[34] H. R. Seager, »Economics at Berlin and Vienna«, in: *Journal of Political Economy* 1 (1893), Nr. 2, S. 236–262, S. 257; Bruce Caldwell, *Hayek's Challenge*, Chicago, IL 2004, S. 19. Ein Verzeichnis der Titel ist herausgeben worden unter *Katalog der Carl Menger-Bibliothek in der Handels-Universität Tokio*, 2 Bde, Tokio 1926 und 1955.

[35] Duke University, Carl Menger Papers, Box 23, Folder Printed Description of University Life, undatierter und nicht gekennzeichneter Zeitschriftenausschnitt. Die Episode hat mit einiger Wahrscheinlichkeit 1903 stattgefunden. Auf derselben Zeitschriftenseite äußerte sich auch Anton Menger, Carls Bruder und Jura-Professor, der hinzufügte, er selbst befinde sich seit vier Jahren im Ruhestand. Anton Menger hatte seinen Abschied im Sommersemester 1899 genommen. Carl Grünberg, »Anton Menger. Sein Leben und sein Lebenswerk«, in: *Zeitschrift für Volkswirtschaft und Sozialpolitik* 18 (1909), S. 29–78, S. 44. Regulär zugelassen wurden Frauen an der Juridischen Fakultät erst 1919, an der Philosophischen Fakultät seit 1897/98, an der medizinischen seit 1900. S. {geschichte.univie.ac.at/de/artikel/frauen studium}, letzter Zugriff 23.11.2023.

[36] Ein kleinerer Teil, rund 1500 Bände mit philosophischem Inhalt, ging an den Sohn Karl. Scott Scheall, Reinhard Schumacher, *Karl Menger as Son of Carl Menger*, Durham, NC Dezember 2018 (Center for the History of Political Economy Paper 2018-18, Duke University), S. 26.

[37] Bernhard Beham, *Die Genese des Mengerschen Dimensionsbegriffes im Spannungsverhältnis von Ökonomie, Mathematik und Philosophie*, Wien 2012 (Diss. Univ. Wien), S. 34.

[38] Duke University, Carl Menger Papers, Box 16, Folder »Gegen Wundts Auffassung der Wissenschaft«, undat., S. 4, 5a, 7.

[39] Carl Menger, *Untersuchungen über die Methode der Socialwissenschaften, und der Politischen Oekonomie insbesondere*, Leipzig 1883, S. 40–42.

[40] Gustav Schmoller, »Zur Methodologie der Staats- und Sozialwissenschaften«, in: *Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirthschaft im Deutschen Reich* 7 (1883), S. 975–994, S. 981.

41 Ein früher Überblick bei Joseph Schumpeter, *Epochen der Dogmen- und Methodengeschichte*, Tübingen 1914 (= Grundriss der Sozialökonomik, hg. v. Karl Bücher u. a., 1. Buch, 2. Abt.), S. 106–109, aktuellere bei Keith Tribe, *Strategies of Economic Order: German Economic Discourse, 1750–1950*, Cambridge 1995, S. 74–80; Erik Grimmer-Solem, *The Rise of Historical Economics and Social Reform in Germany, 1864–1894*, Oxford 2003, S. 252–264; Aliki Lavranu, »Deskription, Kausalität und Teleologie: Zu Gustav Schmollers methodologischen und wissenschaftstheoretischen Positionen im Anschluß an den ›Methodenstreit‹«, in: Otto G. Oexle (Hg.), *Krise des Historismus – Krise der Wirklichkeit. Wissenschaft, Kunst und Literatur 1880–1932*, Göttingen 2007, S. 181–206.

42 Duke University, Carl Menger Papers, Box 13, Folder Lectures c. 1884–1894, »1. Vorlesung Volkswirthschaftslehre 1892/93«, mit Korrekturen kopiert für 1893/94, S. 20.

43 »1867 Sept. Werfe mich auf Nationaloek. Studire Rau etc.« Ebd., Box 21, Folder Diary, Notizheft »Rollinger Wien«, S. 10.

44 Ebd., Box 1, Heft 8 (begonnen 1. November 1867), Heft 9 (begonnen 21. November 1867), Heft 10 (begonnen 10. Dezember 1867).

45 Ebd.,, Box 1, Heft 10.

46 Menger, *Grundsätze der Volkswirthschaftslehre*, S. 150 f., Fn.

47 Duke University, Carl Menger Papers, Box 1, Heft 10.

48 Menger, *Grundsätze der Volkswirthschaftslehre*, S. 151. S. Regenia Gagnier, »On the Insatiability of Human Wants: Economic Man and Aesthetic Man«, in: *Victorian Studies* 36 (Winter 1993), Nr. 2, S. 125–153.

49 Menger, *Grundsätze der Volkswirthschaftslehre*, S. IX.

50 Duke University, Carl Menger Papers, Box 1, Heft 10.

51 Menger, *Grundsätze der Volkswirthschaftslehre*, S. 32.

52 Ebd., S. 51.

53 Ein entsprechendes Schema findet sich in ebd., S. 93.

54 Ebd., S. 177.

55 Wilhelm Roscher, *System der Volkwirthschaft: Ein Hand- und Lesebuch für Geschäftsmänner und Studierende: Erster Band, die Grundlagen der Nationalökonomie enthaltend*, zweite, vermehrte und verbesserte Auflage, Stuttgart, Augsburg 1857, § 4 (S. 5).

56 Duke University, Carl Menger Papers, Box 2, Folder Geflügelte Worte, S. 52 links.

57 Tribe, *Strategies of Economic Order*, S. 70–74.

58 Erich Streissler, »To What Extent Was the Austrian School Marginalist?«, in: *History of Political Economy* 4 (1972), Nr. 2, S. 426–441; Caldwell, *Hayek's Challenge*, S. 30–32. Emil Kauder geht davon aus, dass Menger Hermann Heinrich Gossen, der bereits in den 1850er-Jahren grenznutzentheoretische Überlegungen angestellt hatte, von den Marginalisten der 1870er-Jahre aber

zunächst nicht rezipiert wurde, erst um 1886 gelesen hatte. Kauder, »Aus Mengers nachgelassenen Papieren«, S. 14. Hermann Heinrich Gossen, *Entwickelung der Gesetze des menschlichen Verkehrs und der daraus fließenden Regeln*, Braunschweig 1854.

[59] Zu den Dreiecken s. Yagi, *Austrian and German Economic Thought*, S. 24, 36–41.

[60] Schabas, *World Ruled by Number*, S. 34–39; Tribe, *Strategies of Economic Order*, S. 73, 75.

[61] Duke University, Carl Menger Papers, Box 7, Folder ad subjektive Wertlehre (unveröffentlichter Aufsatz in Auseinandersetzung mit Böhm-Bawerks Schrift *Theorie des wirtschaftlichen Güterwertes*, 1886).

[62] Menger, *Grundsätze der Volkswirthschaftslehre*, S. 4.

[63] Alter, *Carl Menger*, S. 181, 225 f.

[64] Ludwig von Mises, *Grundprobleme der Nationalökonomie. Untersuchungen über Verfahren, Aufgaben und Inhalt der Wirtschafts- und Gesellschaftslehre*, Jena 1933, S. 161–163.

[65] Allerdings leistete auch bereits Böhm-Bawerk einer solchen Sichtweise Vorschub. Vgl. Eugen von Böhm-Bawerk, »Zur Litteraturgeschichte der Staats- und Sozialwissenschaften, von Gustav Schmoller«, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 54 (1890), S. 75–95, wo der Ausdruck »abstrakt-deduktiv«, wenngleich mit viel Vorbehalt, vom Autor verwendet wird (z. B. S. 77 f., Fn. 1; S. 80).

[66] Duke University, Carl Menger Papers, Box 16, Folder Material on directions of research, with special attention to »deduction«; Box 17, Folder »Induction« mit Heft »Induction / Missverständnis«, Notizen zu Walther Lotz, »Die Lehre vom Ursprung des Geldes«, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 62 (1894), S. 337–359. Vgl. auch Duke University, Carl Menger Papers, Box 14, Folder »Methode Material«, undatiert: »Streit zwischen inductiver und deductiver Methode [ist] in meinem Sinne Blödsinn.«

[67] Duke University, Carl Menger Papers, Box 13, Folder Lecture 1872, Vortrag zu Theorie und Praxis des Bankenwesens, S. 13, 14 (Zitat).

[68] Ebd., Box 1, Heft 9.

[69] Menger, *Grundsätze der Volkswirthschaftslehre*, S. VI.

[70] Philip Mirowski, *More Heat than Light. Economics as Social Physics, Physics as Nature's Economics*, Cambridge 1989, S. 159–161.

[71] Die *Einleitung* bildete einen Separatband aus dem Jahr 1862, in dem die rund 150 ersten Seiten der 7. Auflage von Liebigs zweibändiger *Die Chemie in ihrer Anwendung auf Agricultur und Physiologie* abgedruckt waren. Die kurze *Einleitung*, die Liebig von Grund auf überarbeitete und zu einem eigentlichen Gesellschaftskommentar ausbaute, machte ihn weit über die Grenzen des Fachs hinaus berühmt. Mark R. Finlay, »The Rehabilitation of

an Agricultural Chemist: Justus von Liebig and the Seventh Edition«, in: *Ambix* 38 (1991), Nr. 3, S. 155–167.

72 Duke University, Carl Menger Papers, Box 1, Heft 5.

73 Justus von Liebig, *Einleitung in die Naturgesetze des Feldbaues*, Braunschweig 1862, S. 87 f.

74 Bruce Caldwell nennt, darin Hayeks Charakterisierung folgend, die Methode »compositive«, Max Alter verwendet die Bezeichnung »resolutacompositive«. Caldwell, *Hayek's Challenge*, S. 22 f.; Max Alter, *Carl Menger and the Origins of Austrian Economics*, Boulder, CO 1990, S. 91.

75 John Stuart Mill, »On the Definition of Political Economy; and on the Method of Investigation Proper to It [1836]«, in: ders., *Collected Works*, Bd. 4, hg. v. F. E. L. Priestley, Toronto 1967, S. 309–339, S. 324.

76 Mary S. Morgan, »Economic Man as Model Man: Ideal Types, Idealization and Caricatures«, in: *Journal of the History of Economic Thought* 28 (2006), Nr. 1, S. 1–27, bes. S. 5, 16 f.

77 Zit. n. ebd., S. 7. Vgl. Max Weber, »Die Grenznutzlehre und das ›psychophysische Grundgesetz‹ [1908]«, in: ders., *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*, hg. v. Johannes Winckelmann, Tübingen 1973 (4. Aufl.), S. 384–399; Peter Ghosh, »›Robinson Crusoe‹, the Isolated Economic Man: Max Weber, Marginal Utility Theory, and the ›Spirit‹ of Capitalism«, in: *Max Weber Studies*, 2006, Beiheft I, S. 71–99; Tribe, *Strategies of Economic Order*, S. 90–94.

78 Fritz Machlup, *Methodology of Economics and Other Social Sciences*, New York 1978, S. 281.

79 Ich verdanke den Ausdruck »semantischer Überschuss« Diskussionen mit Verena Halsmayer. S. u. a. dies., »Material des Ökonomischen, ökonomisches Material: Das Vermessen von Input-Output-Systemen am Harvard Economic Research Project, 1947–1952«, in: *Nach Feierabend. Zürcher Jahrbuch für Wissensgeschichte* 14 (2018), S. 111–138.

80 Carl Menger, *Untersuchungen über die Methode der Socialwissenschaften, und der Politischen Oekonomie insbesondere*, Leipzig 1883, S. 41, 265.

81 Eugen von Böhm-Bawerk, *Kapital und Kapitalzins: Zweite Abtheilung – Positive Theorie des Kapitales*, Innsbruck 1889, S. III.

82 Für Sprichwörter s. etwa Menger, *Grundsätze der Volkswirthschaftslehre*, S. 261 Fn; Böhm-Bawerk, *Kapital und Kapitalzins*, Bd. 2, S. 263, Fn.

83 Duke University, Carl Menger Papers, Box 13, Folder »Seminararbeiten über Kapitalbegriff etc.« mit kurzen Abhandlungen von Studenten aus dem Jahr 1886.

84 Ebd., Box 1, Heft 9 »Theoretika«, begonnen am 21. November 1867.

85 Friedrich Hack, »Rezension zu *Grundsätze der Volkswirthschaftslehre*«, in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* 28 (1872), Nr. 1, S. 183 f., S. 184. Vgl. auch Caldwell, *Hayek's Challenge*, S. 36.

[86] Menger, *Untersuchungen zur Methode*, S. 262.

[87] Duke University, Carl Menger Papers, Box 18, Folder »Realistische auch idealistische Richtung der teleologischen Forschung«, S. 50.

[88] Ebd., Box 1, Heft 9 »Theoretika«, begonnen am 21. November 1867.

[89] Ebd., Box 18, Folder »Theorie … Realismus« (Manuskript), S. 7 f.: »Die Frage der Zweckmäßigkeit einer Handlung ist von dem Willen der Menschen, ob derselbe nun frei oder determiniert gedacht wird, unabhängig. Wir vermögen rücksichtlich der Zweckmäßigkeit einer Handlung zu irren, gleichwie ja in der Erkenntnis der Natur der Irrtum nicht ausgeschlossen ist. Indes Irrtum und Unkenntnis, Willkür oder Zwang machen eine unzweckmäßige Handlung eben so wenig zu einer zweckmäßigen, als durch den Irrtum eines Naturforschers Bronze in Gold verwandelt wird. Eine unzweckmäßige Handlung wird durch unsern Willen ebenso wenig zu einer zweckmäßigen, als etwa ein Säugethier zu einem Reptil.«

[90] Ebd., Box 4, Folder »Zusammenhängende aber nicht vollendete Darstellung 1889« (Notizen für ein Vorwort zu einer Neuauflage der *Grundsätze der Volkswirthschaftslehre*), S. 9.

[91] Menger, *Untersuchungen zur Methode*, S. 61 f., Fn. 25; S. 258. Für die Zeit um 1900 finden sich im Nachlass spärlich datierte Notizen zur Psychologie, Emotionen und Trieben. November 1905: Bedürfnisse, für Menger ein zentraler Begriff, seien umfassender als Triebe: sowohl würden auch Pflanzen Bedürfnisse haben, während Tiere Triebe hätten, als auch würden Bedürfnisse, wie dasjenige nach Geselligkeit und Intellektuellem, über die Triebe hinausgehen. Oktober 1907: Wirtschaften sei ein Willenshandeln, das neben den Begierden bestehe; in ihm äußerten sich Bedürfnisse nach Geistigem, die häufig in Widerspruch zu den Begierden stünden. 4. April 1903: Verweis auf Wilhelm Wundt, *Grundlagen der physiologischen Psychologie*. S. Duke Unversity, Carl Menger Papers, Box 7, Folder Bedürfnisse, Eintrag vom November 1905. Für Wundt hatte sich Menger allerdings weniger wegen dessen Psychologie als wegen dessen wissenschaftstheoretischen *Logik: Eine Untersuchung der Principien der Erkennntnis und der Methoden wissenschaftlicher Forschung*, 2 Bde., Stuttgart 1883, interessiert. S. Ebd., Box 19, Folder »Kritik von Wundts Logik« (undat.).

[92] Menger, *Untersuchungen zur Methode*, S. 145.

[93] Alter, *Carl Menger*, S. 103–112, zeigt diese Verwandtschaft zur »alten« Historischen Schule genau auf.

[94] Carl Menger, »On the Origin of Money«, in: *The Economic Journal* 6 (1892), Nr. 2, S. 239–255; ders., »La monnaie mesure de valeur«, in: *Revue d'économie politique* 6 (1892), Nr. 2, S. 159–175; ders., »Geld«, in: Joseph Conrad u. a. (Hg.), *Handwörterbuch der Staatswissenschaften*, Bd. 3, Jena 1892, S. 730–757. Die Grundzüge seiner Geldtheorie, besonders die historistische Argumentation, war indes bereits in *Grundsätze der Volkswirthschaft* von

1871 angelegt. Vgl. ebd., Kap. 8. Der Eintrag für das *Handwörterbuch der Staatswissenschaften* wurde für dessen 3. Auflage von 1909 erweitert. Im Folgenden wird aus der 3. Auflage, die in die *Gesammelten Werke* eingegangen ist, zitiert, mit Hinweisen auf Unterschiede zur 1. Auflage, wenn nötig. Zur Bedeutung und Systematik von Mengers Version der Naturaltauschgeschichte s. Nigel Dodd, *The Social Life of Money*, Princeton, NJ 2014, S. 17–23.

95 Carl Menger, »Geld«, in: ders., *Gesammelte Werke*, hg. v. Friedrich Hayek, Bd. 4, London 1936, S. 1–116, S. 12.

96 Menger, *Untersuchungen zur Methode*, S. 163.

97 Ebd., S. 102.

98 Grimmer-Solem, *Historical Economics*, S. 21 f.; Schmoller, »Methodologie«, S. 977

99 Menger, *Untersuchungen zur Methode*, S. 101 f., 108 (Zit.).

100 In der Privatbibliothek waren über 900 Monografien als Reiseberichte klassifiziert sowie knapp 550 als Ethnografien, gut 100 unter dem Label Geografie und ein Dutzend unter Anthropologie. Wie erwähnt, umfasste die Bibliothek insgesamt knapp 20.000 Titel. Der absolute Löwenanteil entfiel auf die Kategorie »Sozialwissenschaft«; die Reisebeschreibungen schienen aber mehr Platz einzunehmen als beispielsweise die Rechtswissenschaft (über 750 Titel) oder die Geschichte (ca. 450 Einträge). *Katalog der Carl-Menger Bibliothek*, Bd. 2.

101 Johannes Fabian, *Time and the Other. How Anthropology Makes its Object*, New York 1983, S. 143.

102 Mit einer Beschreibung vom Tanganyika-See durch Cameron und vom Sudan durch Heinrich Barth. Menger, »Geld«, S. 6 f., 12.

103 Richard Andrée, *Ethnographische Parallelen und Vergleiche*, Stuttgart 1878; Franz Ilwof, *Tauschhandel und Geldsurrogate in alter und neuer Zeit*, Graz 1882; Heinrich Schurtz, *Grundriß einer Entstehungsgeschichte des Geldes*, Weimar 1898. Zu letzterem s. Thomas Ducks, *Heinrich Schurtz (1863–1903) und die deutsche Völkerkunde*, Freiburg i. Br. 1996 (Diss. Univ. Freiburg i. Br.).

104 Menger, »Geld«, S. 14.

105 Menger, »Geld«, S. 13–15, Zit. Fn. S. 13. Vgl. William Stanley Jevons, *Money and the Mechanism of Exchange*, New York 1896 [1875], S. 31–40. Menger zitierte Jevons Buch an anderen Stellen, verwies hier aber nicht darauf.

106 Duke University, Carl Menger Papers, Box 2, Folder »Geflügelte Worte«, undatiertes Notizheft (wohl 1867), S. 179.

107 Menger, »Geld«, S. 21

108 Ebd., S. 30.

109 Das Folgende wird im französischen Aufsatz am detailliertesten entfaltet. Menger, »Monnaie«. Zu dessen Entstehungskontext s. Gilles Campagnolo,

»Carl Menger's ›Money as Measure of Value‹: An Introduction«, in: *History of Political Economy* 37 (2005), Nr. 2, S. 233–243.

110 Campagnolo, »Carl Menger's«, S. 237.

111 Clemens Jobst, Hans Kernbauer, *Die Bank. Das Geld. Der Staat. Währungspolitik in Österreich 1816–2016*, Frankfurt a. M. 2016, S. 128.

112 Für die ungarische Reichshälfte bestand ein weiteres Gremium, das zu ganz ähnlichen Schlüssen kam wie die österreichische Kommission.

113 *Stenographische Protocolle über die vom 8. bis 17. März abgehaltenen Sitzungen der nach Wien einberufenen Währungs-Enquête-Kommission*, Wien 1892, S. III (Mitgliederliste), V (Rednerverzeichnis).

114 Im Folgenden werden für Mengers Aussagen sowohl die Seitenzahlen der *Stenographischen Protocolle* als auch nach Mengers *Gesammelten Werken* (in denen allein Mengers Beiträge, nicht diejenigen der anderen Kommissionsmitglieder, abgedruckt wurden) aufgeführt. Carl Menger, »Aussagen in der Valutaenquete (1892)«, in: ders., *Gesammelte Werke*, Bd. 4, S. 189–224, S. 256 [abweichende Paginierung innerhalb des Beitrags]/*Stenographische Protocolle*, S. 211.

115 Aus der großen Menge an Darstellungen zur Geschichte des Goldstandards s. Einleitung sowie speziell Marcello de Cecco, *The International Gold Standard: Money and Empire*, New York 1984; Marc Flandreau, Barry Eichengreen, »The Geography of the Gold Standard«, in: Braga de Macedo (Hg.), *Currency Convertibility: The Gold Standard and Beyond*, London 1996, S. 113–143; Barry Eichengreen, *Vom Goldstandard zum Euro: Die Geschichte des internationalen Währungssystems*, Berlin 2000.

116 Karl Theodor von Inama-Sternegg, »Die neue Währungs- und Münz-Gesetzgebung von Österreich und Ungarn«, in: *Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung* 1 (1892), S. 625–659, S. 630.

117 Victor Mataja, »Die österreichische Währungs-Enquête«, in: *Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung* 1 (1892), S. 338–367, S. 339.

118 Carl Menger, »Die Kaufkraft des Guldens österreichischer Währung [*Neue Freie Presse*, Nr. 9089, 12. Dezember 1889]«, in: ders., *Gesammelte Werke*, Bd. 4, S. 117–124; Victor Mataja, *Die Regelung der Valuta in Österreich-Ungarn: Vortrag, gehalten in der Versammlung des Volkswirtschaftlichen Vereins in Innsbruck am 28. März 1892*, Innsbruck 1892, S. 19.

119 Jobst/Kernbauer, *Bank*, S. 67–69, 88–90. Eduard März, Karl Socher, »Währung und Banken in Cisleithanien«, in: Alois Brusatti (Hg.), *Die Habsburgermonarchie 1848–1918*, Bd. 1: *Die wirtschaftliche Entwicklung*, Wien 1973, S. 323–368, S. 324 f., 328 f.

120 Inama-Sternegg, »Neue Währungs- und Münz-Gesetzgebung«, S. 629; Walther Lotz, »Die Währungsfrage in Österreich-Ungarn«, in: *Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirthschaft im Deutschen Reich* 13 (1889), S. 1265–1304, S. 1272; Jobst/Kernbauer, *Bank*, S. 126.

[121] Lotz, »Währungsfrage in Österreich-Ungarn«, S. 1273 f.

[122] Ludwig von Mises, »Die wirtschaftspolitischen Motive der österreichischen Valutaregulierung«, in: *Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung* 16 (1907), S. 561–582, S. 573. Zur Isolierung s. Catherine Davies, *Transatlantic Speculations: Globalization and the Panics of 1873*, New York 2018, S. 84 f.

[123] Jobst/Kernbauer, *Bank*, S. 127.

[124] März/Socher, »Währung und Banken«, S. 351 f.; Mises, »Wirtschaftspolitische Motive«, S. 569 f.

[125] Jobst/Kernbauer, *Bank*, S. 120 f.

[126] Josef Wysocki, »Die österreichisch/ungarische Krone im Goldwährungsmechanismus«, in: Eckart Schremmer (Hg.), *Geld und Währung vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, Stuttgart 1993, S. 143–156, S. 149 f., Zit. S. 149.

[127] Duke University, Carl Menger Papers, Box 13, Folder Press Clippings Currency Reform, »Ein ›Sachverständiger‹«, in: *Deutsches Volksblatt*, Nr. 1093, 20. Januar 1892, Morgenausgabe, S. 1 f., Zit. S. 2; »Unsere Währung«, in: *Deutsches Volksblatt*, Nr. 1096, 23. Januar 1892, Morgenausgabe, S. 1 f.

[128] Alexander Spitzmüller, »Die österreichisch-ungarische Währungsreform«, in: *Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung* 11 (1902), S. 337–393, 496–559, S. 349.

[129] *Stenographische Protocolle*, S. 265 (Votum Taussig).

[130] Carl Mazal, *Zur Frage der Valuta-Regulirung*, Wien [1891] (Sonderabdruck aus Nr. 23 der *Beamten-Zeitung*), S. 5.

[131] *Deutsche Übersetzung der von dem kön. ung. Finanzministerium der für den 8. März einberufenen Valuta-Enquête vorgelegten statistischen und synoptischen Tabellen*, Budapest 1891, S. 60 f., Tab. XXXI, XXXII.

[132] Dieser Ansicht waren verschiedene Stimmen. S. M. Schrenzel, *Die Valutaregulierung vor dem Reichsrathe*, Wien 1892, S. 34.

[133] *Stenographische Protocolle*, S. 83. Die tatsächliche Menge war mit 620 Millionen Gulden nochmals größer, allerdings erwies sich der Bestand an Gold und in Gold umwandelbare Devisen mit 80 Millionen ebenfalls als größer. Vgl. Jobst/Kernbauer, *Bank*, S. 129.

[134] Menger, »Aussagen«, S. 263/*Stenographische Protocolle*, S. 203.

[135] Carl Menger, »Von unserer Valuta (1892) [*Allgemeine Juristen-Zeitung*, XV, Nr. 12–13, 12. Januar u. 1. Februar 1892]«, in: ders., *Gesammelte Werke*, Bd. 4, S. 287–307, 305.

[136] Menger, »Aussagen«, S. 276 f./*Stenographische Protocolle*, S. 220. Taussig machte seine Bemerkung vor dem Hintergrund des Goldbooms in Johannesburg ab 1886. Bernd-Stefan Grewe, »Raum und Macht: Eine Stoffgeschichte des Goldes im frühen 20. Jahrhundert«, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 57 (2016), Nr. 1, S. 59–89.

137 Menger, »Aussagen«, S. 277/*Stenographische Protocolle*, S. 220.

138 Menger, »Aussagen«, S. 266, 260/*Stenographische Protocolle*, S. 215, 212; Carl Menger, *Der Übergang zur Goldwährung. Untersuchungen über die Wertprobleme der österreichisch-ungarischen Valutareform*, Wien 1892, (Separatdruck aus *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*), in: ders., *Gesammelte Werke*, Bd. 4, S. 189–224, S. 7–10 des Separatdrucks bzw. 195–198 des Bandes.

139 Eine anschauliche Zusammenfassung gibt Gustav von Mauthner, »Die österreichische Goldbeschaffung«, in: *Neue Freue Presse*, Nr. 10324, 21. Mai 1893, S. 10 f.; ders., »Die österreichische Goldbeschaffung«, in: *Neue Freie Presse*, Nr. 11405, 24. Mai 1896, S. 9 f. S. auch Eduard März, *Österreichische Industrie- und Bankpolitik in der Zeit Franz Josephs I.: Am Beispiel der k. k. priv. Österreichischen Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe*, Wien 1968, S. 262–268.

140 *Stenographische Protocolle*, S. 58, 259; Menger, »Aussagen«, S. 248/*Stenographische Protocolle*, S. 207.

141 Carl Menger, »Beiträge zur Währungsfrage in Oesterreich-Ungarn. Jena 1892 [Separatdruck aus Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik]«, in: ders., Gesammelte Werke, Bd. 4, Tübingen 1970, S. 124–187, S. 51 des Separatdrucks bzw. S. 179 des Bandes.

142 Jobst/Kernbauer, *Bank*, S. 129 f.

143 Carl Menger, »Das Goldagio und der heutige Stand der Valutareform (1893) [in: *Bohemia*, 15. u. 16. Juni 1893]«, in: ders., *Gesammelte Werke*, Bd. 4, S. 308–324; Jobst/Kernbauer, *Bank*, S. 129.

144 Clemens Jobst, »Market Leader: the Austro-Hungarian Bank and the Making of Foreign Exchange Intervention, 1896–1913«, in: *European Review of Economic History* 13 (2009), Nr. 3, S. 287–318. Eine Generation später behauptete ein Beobachter, mit seinen Devisenreserven und geringen Goldreserven sei Österreich-Ungarn einem Gold*devisenstandard*, wie er ab den 1890er-Jahren für Indien eingeführt worden sei, bereits sehr nahegekommen (dazu mehr im folgenden Kapitel). S. John Maynard Keynes, *Indian Currency and Finance*, London 1913, S. 27 f. Zur internationalen Resonanz der Devisenpolitik Jobst/Kernbauer, *Bank*, S. 130.

145 Damit soll nicht behauptet werden, dass der Goldstandard an anderen gesellschaftlichen Orten (und ebenso in Carl Mengers Denken) *kein* »regulatives Ideal« mit religiösen, ästhetischen und weiteren Komponenten darstellte. Es geht hier nur darum, dass in der währungspolitischen Debatte anders gelagerte Argumente ausgetauscht wurden. S. Timothy Alborn, »The Greatest Metaphor Ever Mixed: Gold in the British Bible, 1750–1850«, in: *Journal of the History of Ideas* 78 (2017), Nr. 3, S. 427–447, S. 427 (mit einem Zitat von Alexander Dick).

146 Menger, »Aussagen«, S. 247/*Stenographische Protocolle*, S. 206.

147 Diesen Punkt machte später Joseph Schumpeter stark. S. ders., *Epochen*, S. 117 f.

148 Mit Verweis auf Thomas Robert Malthus: *Principles of Political Economy*, London 1836 (2. Aufl.), S. 60.

149 In der 1. Auflage von 1892 des *Handwörterbuchs der Staatswissenschaften* wurde dieser Punkt noch eher knapp skizziert, in der überarbeiteten 3. Auflage von 1909, als die entsprechenden geldpolitischen Erfahrungen sich vermehrt hatten, dann detaillierter und um Literaturangaben ergänzt entfaltet. Die im Text folgenden Punkte werden zwar nach der 3. Auflage zitiert, wurden aber alle bereits in der 1. Auflage genannt.

150 Menger, »Geld«, S. 86 f.

151 Ebd., S. 87.

152 Duke University, Carl Menger Papers, Box 16, Folder »Gegen Wundts Auffassung der Wissenschaft«, undat., S. 7 (Zit.). Vor diesem Hintergrund verteidigte Menger die sozialpolitischen Ansichten Adams Smiths gegen diejenigen der Historischen Schule der Nationalökonomie, die sich Otto von Bismarck andienen würde. Carl Menger, »Die Social-Theorien der classischen National-Oekonomie und die moderne Wirthschaftspolitik [1891]«, in: ders., *Gesammelte Werke*, hg. v. F. A. Hayek, Bd. 3: *Kleinere Schriften zur Methode und Geschichte der Volkswirtschaftslehre*, London 1935, S. 219–245, S. 229.

153 Menger, *Untersuchungen zur Methode*; ders., »Grundzüge einer Klassifikation der Wirtschaftswissenschaften (1889) [*Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, NF. 19]«, in: ders., *Gesammelte Werke*, Bd. 3, S. 185–218.

154 Geoff Mann, »The Monetary Exception: Labour, Distribution and Money in Capitalism«, in: *Capital and Class* 37 (2013), Nr. 2, S. 197–216 zur Entwicklung in den USA. Allerdings hatte die Forderung nach Zentralbankenunabhängigkeit je nach politischem Kräfteverhältnis unterschiedliche Herkünfte: Im deutschen Kaiserreich hatte die Sozialdemokratie bei der Reichsbankgründung für eine unabhängige Zentralbank plädiert, weil sie darin ein Gegengewicht zu einer als autoritär betrachteten Regierung sah. Simon Mee, *Central Bank Independence and the Legacy of the German Past*, Cambridge 2019, S. 38.

155 Duke University, Carl Menger Papers, Box 9, Manuskript »Widerlegung der Maine-Laveley'schen Theorie vom Grundeigentum«, S. 38.

156 Mantena, *Alibis of Empire*.

157 Duke University, Carl Menger Papers, Box 1, Heft »Theoretika et Excerpte«, datiert »25.12.67«.

158 Ebd., Heft 6, »begonnen 21. Octob.« (keine Jahreszahl, wohl 1867). Fedor Jagor, *Singapore, Malacca, Java: Reiseskizzen*, Berlin 1866. Menger notierte: »Ein vortreffliches Werk muss nochmals ganz gelesen und exzerpirt werden, da hier nur ein sehr kleiner Teil des realen Materials Platz findet.« Zu den

Parallelen zwischen antisemitischen und orientalistischen Zuschreibungen an Chinesen im deutschen Imperialismus s. Sebastian Conrad, *Globalisierung und Nation im Deutschen Kaiserreich*, München 2006, S. 197 f.

159 Duke University, Carl Menger Papers, Box 5, Folder Materialien für eine neue Einleitung zu *Grundsätze der Volkswirthschaftslehre*.

160 Ebd., Box 1, Heft 7, Oktober 1867.

161 Ebd., Box 1, Heft 10, Theoretika (begonnen 10.Dezember 1867).

162 Ebd.; Kauder, »Aus Mengers nachgelassenen Papieren«, S. 9.

163 Zum Habsburgerreich als Labor der Regierungsformen s. Wheatley, *Life*; zur Österreichischen Schule Slobodian, *Globalists*; Wasserman, *Marginal Revolutionaries*.

164 Henry William Spiegel, *The Growth of Economic Thought*, Durham, NC 1983, S. 532, Ghosh, »Robinson Crusoe«, S. 94.

165 Vgl. Schumpeter, *Epochen*, S. 117–121.

166 Quinn Slobodian, »How to See the World Economy: Statistics, Maps, and Schumpeter's Camera in the First Age of Globalization«, in: *Journal of Global History* 10 (2015), S. 307–332.

Koppelung: Tausch- oder Zahlungsmittel?

1 Bibliothèque de Genève, Cth 2922 BGE E 2438, Carl Mengers Exemplar von Georg Friedrich Knapp, *Staatliche Theorie des Geldes*, Leipzig 1905, durch Ludwig von Mises (seinerzeit Institut universitaire des hautes études en relations internationales, Genf) an die Bibliothek gestiftet. S. in Band eingeklebter Brief von Mises an Bibliotheksdirektor vom 30. Mai 1940. Zit. Notiz von Menger auf S. 124.

2 Ebd., Notiz von Menger auf Einband mit Titelei.

3 Das Buch hat keine Fußnoten, Knapp referierte keine wissenschaftliche Literatur. Insofern legte Knapp keine direkte Erwiderung auf Menger oder andere Theoretiker vor, vollzog aber dennoch eine scharfe Richtungsänderung. Er hatte zudem ein ganzes Kapitel der österreichischen Währungsentwicklung nach 1892 gewidmet. Zu diesem Kapitel finden sich viele Anstreichungen Mengers, aber keine negativen Randnotizen; gegen Knapps Art der Faktenschilderung schien er keine Einwände zu haben.

4 Ebd., S. 1.

5 Ebd., S. 31.

6 Ebd., Notiz von Menger auf leerer linker Verso-Seite des Einbands.

7 Ebd.

8 Ebd., Notiz von Menger auf S. 1.

9 Ebd., Notiz von Menger auf leerer Verso-Seite des Einbands.

10 Für grobe Umrisse der Debatte s. Georg Friedrich Knapp, »Rechtshisto-

rische Grundlagen des Geldwesens [1906]«, in: ders., *Einführung in einige Hauptgebiete der Nationalökonomie. Siebenundzwanzig Beiträge zur Sozialwissenschaft*, München, Leipzig 1925, S. 225–242; ders., »Erläuterungen zur staatlichen Theorie des Geldes [1906]«, in: ebd., S. 243–255; ders., »Über die Theorien des Geldwesens [1909]«, in: ebd., S. 267–282; Howard S. Ellis, *German Monetary Theory, 1905–1933*, Cambridge, MA 1937, Kap. 2; Georg Friedrich Knapp, Friedrich Bendixen, *Zur staatlichen Theorie des Geldes. Ein Briefwechsel, 1905–1920*, ausgew. und hg. v. Kurt Singer, Tübingen 1958.

11 Knapp, *Staatliche Theorie*, S. 92–97.

12 Ebd., S. 96.

13 Notizen für Vorlesungen zur Geschichte der Kolonialwirtschaft in Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin (nachfolgend GStA) VI HA Nl. Knapp, Karton 2. Zu Knapp als Agrarhistoriker und Sozialreformer s. Kerstin Schmidt, »Georg Friedrich Knapp: Ein Pionier der Agrarhistoriker«, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 37 (1989), S. 228–242; Hartmut Harnisch, »Georg Friedrich Knapp: Agrargeschichtsforschung und sozialpolitisches Engagement im Deutschen Kaiserreich«, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1 (1993), S. 95–132.

14 Georg Friedrich Knapp, *Die Landarbeiter in Knechtschaft und Freiheit: Vier Vorträge*, Leipzig 1891, der darin enthaltene Aufsatz »Der Ursprung der Sklaverei in den Kolonien« war 1889 im *Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik* erschienen.

15 Als Hauptwerk gilt Georg Friedrich Knapp, *Die Bauern-Befreiung und der Ursprung der Landarbeiter in den älteren Theilen Preußens*, 2 Bde., Leipzig 1887.

16 GStA VI Nl. Knapp, Karton 15, Zit. Bl. 20: Berlin, 5. Oktober 1895. John Maynard Keynes wählte später eine identische Formulierung: Die indische Währung stellte nun »a note printed on silver« dar. Ders., *Indian Currency and Finance*, London 1913, S. 37.

17 Knapp dankte Keynes im Vorwort der englischen Übersetzung seines Buchs für dessen Interesse an seiner Theorie. S. Georg Friedrich Knapp, *The State Theory of Money*, London 1924, S. VI. Zu Knapps Einfluss auf Keynes auch Stefan Eich, *The Currency of Politics: The Political Theory of Money from Aristotle to Keynes*, Princeton, NJ 2022, S. 15 f. Dass Keynes' Denken imperiale und nicht nationalstaatliche Ursprünge hatte, obwohl er ab der Zwischenkriegszeit als der Ökonom der nationalstaatlichen Form einer Volkswirtschaft schlechthin zu gelten begann, ist weitgehend unbeachtet geblieben. Für eine Ausnahme s. Manu Goswami, »Crisis Economics: Keynes and the End of Empire«, in: *Constellations* 25 (2018), Nr. 1, S. 18–34. Zu Keynes' Zeit im India Office und der Entstehungsgeschichte von *Indian Currency and Finance* Robert Skidelsky, *John Maynard Keynes: A Biography*, Bd. 1: *Hopes Betrayed 1883–1920*, London 1983, S. 175–180, 272–283.

[18] Einen geschichtswissenschaftlichen Überblick zur anthropologischen Beschäftigung mit »primitivem Geld« bietet Timo Luks, *Die Ökonomie der Anderen: Der Kapitalismus der Ethnologen – eine transnationale Wissensgeschichte seit 1880*, Tübingen 2019, Kap. 6.

[19] Andreas Voigt, »Die staatliche Theorie des Geldes«, in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* 62 (1906) Nr. 2, S. 317–340, S. 336.

[20] Karl Helfferich, *Das Geld*, Leipzig 1923 (6., neubearb. Aufl. von 1903), S. 32.

[21] Ebd., S. 38.

[22] Franz Ilwof, *Tauschhandel und Geldsurrogate in alter und neuer Zeit*, Graz 1882, S. 87 (Zit.), 59. Vgl. Adolph Woermann, »Die Entwickelungsstufen der Geldwirthschaft«, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 26 (1876), Nr. 1, S. 15–26; ders., »Ueber Tauschhandel in Afrika«, in: *Mittheilungen der Geographischen Gesellschaft in Hamburg* 1 (1880/81), S. 29–43.

[23] Georg Thilenius, »Primitives Geld«, in: *Archiv für Anthropologie*, N. Ser. 8 (1920), Nr. 1, S. 1–34. Zu Thilenius s. Anja Laukötter, *Von der »Kultur« zur »Rasse«: Völkerkundemuseen und ihre Wissenschaften zu Beginn des 20. Jahrhunderts*, Bielefeld 2007.

[24] Richard Andrée, *Ethnographische Parallelen und Vergleiche*, Stuttgart 1878; ders., *Die Metalle bei den Naturvölkern*, Leipzig 1884; Oskar Lenz, *Ueber Geld bei Naturvölkern*, Hamburg 1895.

[25] Schurtz baute das 1896 eröffnete Bremer Museum für Natur-, Völker- und Handelskunde (heute Überseemuseum Bremen) auf und legte dort unter anderem eine Sammlung zum »Geld der Naturvölker« an. Vgl. Thomas Ducks, *Heinrich Schurtz (1863–1903) und die deutsche Völkerkunde*, Freiburg i. Br. 1996 (Diss. Univ. Freiburg i. Br.), S. 30.

[26] Heinrich Schurtz, *Grundriß einer Entstehungsgeschichte des Geldes*, Weimar 1898, S. 13 f.

[27] Ebd., S. 112 f.

[28] Heinrich Schurtz, *Das afrikanische Gewerbe*, Leipzig 1900, S. 139.

[29] Für eine Aktualisierung von Knapps Thesen durch einen Wegbereiter der Modern Monetary Theory, der auch einen historischen Bezug zum Kolonialismus herstellte s. Randall Wray, *Understanding Modern Money: The Key to Full Employment and Price Stability*, Cheltenham, UK 1998, bes. Kap. 3.

3. Verschränkte Souveränität

[1] Tanzania National Archives, Dar es Salaam (TNA), TNA G3/66, Bl. 130: Bezirksamt Kilwa an Gouverneur in Dar es Salaam, 19. Januar 1893, Zit. Bl. 131.

[2] »Denkschrift über die Neuordnung des Münzwesens des Deutsch-Ostafrikanischen Schutzgebiets«, in: *Stenographische Berichte über die Ver-*

handlungen des Reichstages, 11. Legislaturperiode, I. Session, 1. Sessionsabschnitt 1903/1904, Dritter Anlageband [= Bd. 207], Berlin 1904, S. 1990–2028 (nachfolgend »Denkschrift 1904«), hier S. 1991.

3 TNA G8/67, Bl. 27, DOAG-Generalvertretung der DOAG auf Sansibar an Gouvernement in Dar es Salaam, 7. November 1892; BArch R1001/774, Bl. 11–Bl. 32, Gouverneur Schele, Denkschrift über den Werth und die Entwicklungsfähigkeit der Kolonie Deutsch-Ostafrikas, sowie über die Verwaltung derselben [o. D., wohl 1894], Bl. 27v.

4 F. Wehling, *Die Entwicklung der ostafrikanischen Rupie*, Münster 1929, S. 30.

5 Lauren Benton, *A Search for Sovereignty: Law and Geography in European Empires, 1400–1900*, New York, Cambridge 2010.

6 Zur Herrschaft der kolonialen Differenz, s. Partha Chatterjee, *The Nation and Its Fragments: Colonial and Postcolonial Histories*, Princeton, NJ 1993, Kap. 2.

7 Johan Mathew, *Margins of the Market: Trafficking and Capitalism across the Arabian Sea*, Berkeley, CA 2016.

8 Jane Guyer, *Marginal Gains. Monetary Transactions in Atlantic Africa*, Chicago, IL 2004, S. 97.

9 Jane Guyer, Karin Pallaver, »Money and Currency in African History«, in: Thomas Spear (Hg.), *Oxford Research Encyclopedia of African History*, Oxford 2018, S. 1–24.

10 Akinobu Kuroda, »The Maria Theresa dollar in the early twentieth-century Red Sea region: a complementary interface between multiple markets«, in: *Financial History Review* 41 (2007), Nr. 1, S. 89–110; Raymond Gervais, »Pre-Colonial Currencies: A Note on the Maria Theresia Taler«, in: *African Economic History* 11 (1982), S. 147–152.

11 Richard Burton, *Zanzibar: City, Island, and Coast*, Bd. 2: *The Coast and the Interior*, London 1872, S. 405; Karin Pallaver, »Currencies of the Swahili World«, in: Stephanie Wynne-Jones (Hg.), *The Swahili World*, London, New York 2018, S. 447–457, hier S. 454; Catherine Eagleton, »Currency as Commodity, as Symbol of Sovereignty, and as Subject of Legal Dispute: Henri Greffülhe and the Coinage of Zanzibar in the Late 19th Century«, in: Gwynn Campbell, Steven Serels (Hg.), *Currencies of the Indian Ocean World*, London 2019, S. 113–140.

12 Fahad Ahmad Bishara, *A Sea of Debt: Law and Economic Life in the Western Indian Ocean, 1780–1950*, Cambridge 2017, S. 106.

13 Sugata Bose, *A Hundred Horizons: The Indian Ocean in the Age of Global Empire*, Cambridge, MA 2006, S. 73, 98 f.

14 Bishara, *Sea of Debt*, S. 150.

15 Harald Winkel, »Die Entwicklung der Geldtheorie in der deutschen Nationalökonomie des 19. Jahrhunderts und die Gründung der Reichsbank«, in: Helmut Coing, Walter Wilhelm (Hg.), *Wissenschaft und Kodifikation des*

Privatrechts im 19. Jahrhundert, Bd. 5: *Geld und Banken*, Frankfurt a. M. 1980, S. 1–26, S. 21 f. Einfluss auf den Silberpreis hatten dabei nicht nur die Silber*verkäufe* (die im Fall von Deutschland ab 1879 eine Zeitlang gestoppt wurden), sondern vor allem auch die ausbleibenden *Ankäufe* von Silber durch die Goldländer.

16 Christof Dejung, *Die Fäden des globalen Marktes. Eine Sozial- und Kulturgeschichte des Welthandels am Beispiel der Handelsfirma Gebrüder Volkart 1851–1999*, Köln u. a. 2013, S. 135; Schiltz, Michael: *Accounting for the Fall of Silver: Hedging Currency Risk in Long-Distance Trade with Asia, 1870–1913*, Oxford 2020, Kap. 2.

17 Burton, *Zanzibar*, S. 418.

18 Caesar Wegener, »Zur deutsch-ostafrikanischen Währungsfrage«, in: *Deutsche Kolonialzeitung* 20 (1903), Nr. 43, 22. Oktober 1903, S. 431 f., Zit. 431; s. auch O. [Anonym], »Nochmals die deutsch-ostafrikanische Währungsfrage«, in: *Deutsche Kolonialzeitung* 20 (1903), Nr. 44, 29. Oktober 1903, S. 443–445.

19 Klassisch zum Paradigma der Entwicklung zur Unterentwicklung Walter Rodney, *How Europe Underdeveloped Africa*, Washington, D. C. 1974. Zur Expansion der Sklaverei in der vorkolonialen Plantagenwirtschaft Jonathon Glassman, *Feasts and Riot: Revelry, Rebellion, and Popular Consciousness on the Swahili Coast, 1856–1888*, Portsmouth, NH 1995, S. 81–85; Jan-Georg Deutsch, *Emancipation without Abolition in German East Africa c. 1884–1914*, Oxford 2006, S. 243.

20 Isaria N. Kimambo, *Penetration and Protest in Tanzania: The Impact of the World Economy on the Pare 1860–1960*, London 1991, S. 37; Jeremy Prestholdt, *Domesticating the World: East African Consumerism and the Genealogies of Globalization*, Berkeley, CA 2008, S. 59–87; Sarah Fee, »Cloths with Names: Luxury Textile Imports in Eastern Africa, c. 1800–1885«, in: *Textile History* 48 (2017) Nr. 1, S. 49–84; Katharine Frederick, *Twilight of an Industry in East Africa: Textile Manufacturing, 1830–1940*, Basingstoke 2020, Kap. 3; Felix Brahm, *Merchandise of Power: Der Waffenhandel zwischen Europa und Ostafrika (1850–1919)*, Frankfurt a. M. 2022.

21 Brahm, *Merchandise*, Kap. 2.3.

22 Bishara, *Sea of Debt*, S. 37.

23 Paul Reichard, »Vorschläge zu einer Reiseausrüstung für Ost- und Centralafrika«, in: *Zeitschrift der Gesellschaft für Erdkunde* 24 (1889), Nr. 1, S. 1–80, S. 58.

24 Abdul Sheriff, *Slaves, Spices and Ivory in Sansibar: Integration of an East-African Commercial Empire into the World Economy, 1770–1873*, London 1987, S. 77.

25 Glassman, *Feasts and Riot*, S. 57.

26 Unter »Warenwährungen« werden im Folgenden Objekte, häufig Import-

güter wie Baumwolltücher, Kaurischnecken oder Eisendrähte, verstanden, die auf der einen Seite als Waren, auf der anderen als volle, für alle Transaktionen gültige Währungen fungierten, also ihren Währungscharakter zugewiesen bekommen oder auch wieder abstreifen konnten. S. Guyer, *Marginal Gains*, S. 39, 173; Benjamin Brühwiler, »Interweaving Threads of Credit and Debt: Trading (through) Textiles in Colonial Dar es Salaam«, in: *Business History* 60 (2018), Nr. 4, S. 474–491; Frederick, *Twilight of an Industry*, S. 74.

[27] Musée royale de l'Afrique centrale, Tervuren, Archive Stanley, Nr. 15: Field Notebook (15. August 1875–1. März 1876), 21. November 1875: »List of Goods to be conveyed from Dumo to the Albert Nyanza«, »Money Acct. of Soldiers of Expedition« (o. D.); Nr. 17: Field Notebook (2. März–12. August 1876), Eintrag vom 23. März 1876, Eintrag vom 20. Mai 1876; Nr. 18: Field Notebook (21. August 1876–3. März 1877), 23. August 1876; Nr. 21: Muster Pay Roll of the Daily Telegraph & New York Herald Exploring Expedition to central Africa, commensing November 14th 1874. Vgl. auch Henry Morton Stanley, *How I Found Livingstone: Travels, Adventures and Discoveries in Central Africa, including Four Months' Residence with Dr. Livingstone*, London o. J. [1872], Kap. 3.

[28] Stephen Rockel, *Carriers of Culture: Labor on the Road in Nineteenth-Century East Africa*, Portsmouth, NH 2006; Frederick, *Twilight of an Industry*, S. 148–150; Andreas Greiner, *Human Porterage and Colonial State Formation in German East Africa, 1880s–1914: Tensions of Transport*, Cham 2022, S. 40–44.

[29] Reichard, »Vorschläge«, S. 57.

[30] Carol Jane Sissons, *Economic Prosperity in Ugogo, East Africa, 1860–1890*, Toronto 1984 (Diss. Univ. of Toronto), S. 46; Rockel, *Carriers of Culture*, S. 222 f.

[31] Pallaver, »Currencies of the Swahili World«, S. 451.

[32] Karin Pallaver, »›A recognized currency in beads‹. Glass Beads as Money in 19th-Century East Africa: the Central Caravan Road«, in: Catherine Eagleton (Hg.), *Money in Africa*, London 2009, S. 20–29; Greiner, *Porterage*, S. 20.

[33] Stanley, *How I Found Livingstone*, S. 23. Auch auf seiner zweiten Expedition führte Stanley Buch über seine Glasperlenbestände, s. Musée royal de l'Afrique centrale, Tervuren, Archive Stanley, Nr. 15: Field Notebook (15. August 1875–1. März 1876), Eintrag vom 21. November 1875; Nr. 17: Field Notebook (2. März–12. August 1876), Eintrag vom 23. März 1876; Nr. 18, Field Notebook (21. August 1876–3. März 1877), Eintrag vom 23. August 1876.

[34] Adolph Woermann, »Ueber Tauschhandel in Afrika«, in: *Mittheilungen der Geographischen Gesellschaft in Hamburg* 1 (1880/81), S. 29–43, S. 31.

[35] Philippe Broyon-Mirambo, »Description of the Unyamwesi, the Territory of King Mirambo, and the Best Route Tither from the East Coast«, in: *Pro-*

ceedings of the Royal Geographical Society of London 22 (1877/78), Nr. 1, S. 28–38, S. 30–32, 34. Eine Interpretation dieser Quelle bei Pallaver, »Glass Beads«, S. 25.

36 Pallaver, »Glass Beads«, S. 25 f.

37 [Sigl], »Bericht des Stationschefs von Tabora, Lieutnant Sigl, über den Handelsverkehr von Tabora. (Nach eigenen Beobachtungen und Angaben der arabischen Händler)«, in: *Deutsches Kolonialblatt* 3 (1892), S. 164–166, S. 165.

38 Franz Stuhlmann, *Mit Emin Pascha ins Herz von Afrika*, Berlin 1894, S. 194.

39 Vgl. das analoge britische Beispiel in Guyer, *Marginal Gains*, S. 15. Zur asiatischen Seite des Kauri-Handels, s. Bin Yang, »The Rise and Fall of the Cowrie Shells: The Asian Story«, in: *Journal of World History* 22 (2011), Nr. 1, S. 1–25.

40 Jan Hogendorn, Marion Johnson, *The Shell Money of the Slave Trade*, Cambridge 1986, S. 71.

41 Adolf Coppius, *Hamburgs Bedeutung auf dem Gebiete der deutschen Kolonialpolitik*, Berlin 1905, S. 57–59; Ernst Hieke, »Das hamburgische Handelshaus Wm. O'Swald und der Beginn des deutschen Afrikahandels 1848–1853«, in: *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 30 (1937), Nr. 4, S. 347–374, S. 352; Hogendorn/Johnson, *Shell Money*, S. 69.

42 Staatsarchiv Hamburg (nachfolgend StA HH), 621-1/61, Bestand Hansing, 9 »Zu Geschichte der Firma Hansing & Co., Hamburg«. Typoskript, o. D., S. 13.

43 Juhani Koponen, *Development for Exploitation: German Colonial Policies in Mainland Tansania, 1884–1914*, Helsinki 1994, S. 178.

44 Hogendorn/Johnson, *Shell Money*, S. 74.

45 Ebd., S. 139.

46 Lutz Schwidder, *Das Hamburger Kolonialhandelshaus Wm. O'swald & Co. und die Einführung von »Techniken« in die Kolonien 1890–1914*, Hamburg 2004, S. 19.

47 Noch im Jahr 1912 schrieb der Firmensitz der Firma O'swald auf Sansibar an die Filiale Tanga, die Importe von Indien nach Deutsch-Ostafrika würden das wichtigste Geschäft ausmachen; auf keinen Fall dürften diese durch das Geschäft im Binnenland beschnitten werden. StA HH 621-1/147, Bestand O'swald 25 Bd. 4, Sansibar, an Filiale in Tanga, 20. August 1912.

48 Koponen, *Development for Exploitation*, S. 146.

49 Bishara, *Sea of Debt*; Mathew, *Margins of the Market*; Sheriff, *Slaves, Spices, and Ivory*.

50 Bose, *Hundred Horizons*, S. 99.

51 Thomas Metcalf, *Imperial Connections: India in the Indian Ocean Arena, 1860–1920*, Berkeley, CA 2008, S. 166–168.

52 Justus Strandes, »Die ostafrikanische Münzfrage«, in: *Deutsche Kolonialzeitung* 20 (1903), Nr. 46, S. 460 f., mit Verweis auf die amtliche Statistik des Deutschen Reiches.

[53] Rainer Tetzlaff, *Koloniale Entwicklung und Ausbeutung: Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutsch-Ostafrikas, 1885–1914*, Berlin (BRD) 1970, S. 156.

[54] Ebd., S. 106, 115.

[55] Ein diplomatie- und institutionengeschichtlicher Überblick zur Entstehung der Firma in Jutta Bückendorf, *»Schwarz-Weiß-Rot über Deutsch-Ostafrika!«. Deutsche Kolonialpläne und afrikanische Realität*, Münster 1997, S. 210–238; Andreas Eckert, *Herrschen und Verwalten. Afrikanische Bürokraten, staatliche Ordnung und Politik in Tansania, 1920–1970*, München 2007, S. 33. In vergleichender Perspektive zur privaten Diplomatie im Imperialismus s. Steven Press, *Rogue Empires: Contracts and Conmen in Europe's Scramble for Africa*, Cambridge, MA 2017, bes. S. 215–218.

[56] Koponen, *Development for Exploitation*, S. 145; Giovanni Arrighi, *The Long Twentieth Century: Money, Power, and the Origins of Our Times*, London 1994, S. 250. Zu den zeitgenössischen Stimmen, die die DOAG mit der East India Company verglichen, gehörte beispielsweise Gouverneur Eduard Liebert in einem Bericht aus Dar es Salaam an die Kolonialabteilung des Auswärtigen Amts Berlin vom 25. Juli 1900 (BArch R1001/775, Bl. 40). Zur Imperial British East Africa Company mit ihren teilweise analogen Entwicklungen s. Emma Park, »The Right to Sovereign Seizure? Taxation, Valuation, and the Imperial British East Africa Company«, in: Gurminder Bhambra, Julia McClure (Hg.), Imperial Inequalities: The Politics of Economic Governance across European Empires, Manchester 2022, S. 79–97.

[57] Boris Barth, *Die deutsche Hochfinanz und die Imperialismen: Banken und Außenpolitik vor 1914*, Stuttgart 1995, S. 59–64.

[58] Arne Perras, *Carl Peters and German Imperialism 1856–1918: A Political Biography*, Oxford 2004, S. 76–80; Tetzlaff, *Koloniale Entwicklung*, S. 26.

[59] Glassman, *Feasts and Riot*; Steven Fabian, *Making Identity on the Swahili Coast: Urban Life, Community, and Belonging in Bagamoyo*, Cambridge 2019, Kap. 4.

[60] BArch R2/41875, Denkschrift über die Neuordnung des Münzwesens in Deutsch- Ostafrika, Berlin 1902, S. 16, 25.

[61] Im Folgenden nach Arnold P. Kaminsky, »›Lombard Street‹ and India: Currency Problems in the Late Nineteenth Century«, in: *Indian Economic and Social History Review* 17 (1980), Nr. 3, S. 307–327; Marcello de Cecco, *The International Gold Standard: Money and Empire*, New York 1984, S. 30–37, 62–75. Zwei Quellen mit ganz gegensätzlichen Positionen sind eine unschätzbare Hilfe zur Erfassung des Problems: John Maynard Keynes, *Indian Currency and Finance*, London 1913, Kap. 2; Bhimrao Ramji Ambedkar, *The Problem of the Rupee: Its Origin and Its Solution*, London 1923, Kap. 2, 3, 5, 6, 7.

[62] Der erste wissenschaftliche Beobachter, der auf diesen Umstand hinwies, war John Maynard Keynes. Ders., *Indian Currency and Finance*, S. 7.

63 Ebd., S. 26.

64 Gopalan, »Debasing Indigenous Statehood: Sovereign Monies, Markets and Imperial Power in the Indian Subcontinent, c. 1893–1905«, in: *Past and Present*, 2023, Nr. 259, S. 117–159.

65 »Denkschrift 1904«, S. 1991.

66 BArch R2/41874, Bl. 9–18, Gouverneur Dar es Salaam an Kolonialabteilung Berlin, 31. Juli 1893, Zit. Bl. 9v.

67 BArch R2/41874, Bl. 26 f., Jahresbericht des Zolldirektors Hohmann, 1. Juli 1892–30. Juni 1893.

68 BArch R2/41874, Bl. 19–25, Denkschrift der Firmen O'swald, Hansing, Heinrich Adolph Meyer, 7. Oktober 1893, Bl. 20, 22, 25.

69 TNA G3/66, Bl. 174, Deutscher Konsul auf Sansibar an Reichskanzler, 12. Juli 1893 (Kopie); s. auch BArch R8023/275, Bl. 42–44 (Kopie); TNA G3/66, Bl. 185: Bericht von Mr. Rodd, Sansibar, 14. Juli 1893.

70 [Anonym], »Die Rupiewährung und die Gründung einer Kolonialbank für Deutsch-Ostafrika«, in: *Die Deutschen Kolonien (aus fernen Landen). Monatsschrift des Deutschvolklichen Kolonialvereins* 4 (1905), Nr. 1, 2, 3, S. 10–17, 49–54, 98–108, S. 11 (Zit.).

71 BArch R2/41875, Bl. 223, Gouverneur Götzen, Dar es Salaam, an Kolonialabteilung Berlin, 2. September 1903 (Kopie).

72 Walther Rathenau, »Erwägungen über die Erschließung des Deutsch-Ost-Afrikanischen Schutzgebietes«, in: ders., *Nachgelassene Schriften*, Bd. 2, Berlin 1928, S. 9–73, S. 61.

73 Ebd., S. 18 f.

74 BArch R2/41875, Bl. 21, Kolonialabteilung Berlin an Schatzamt Berlin, 5. März 1902.

75 Die Zahlen kursierten 1905 in einer Reichstagsdebatte; dort anwesende Experten wie Karl Helfferich widersprachen diesen Zahlen nicht. S. »167. Sitzung, 18. März 1905«, in: *Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages, 11. Legislaturperiode, I. Session, 1903/05*, Bd. 7, Berlin 1905, S. 5373 (Votum Erzberger).

76 BArch R8023/266, Bl. 25, *Vorwärts*, 11. September 1902.

77 BArch R2/41875, Denkschrift 1902, S. 20.

78 BArch R1001/415, Bl. 35, Gouvernement Dar es Salaam an Kolonialabteilung Berlin, 6. Oktober 1899.

79 BArch R2/41875, Denkschrift 1902, S. 31 (Gutachten Karl Helfferich, 4. Mai 1901).

80 BArch R2/41875, Bl. 136, Kaiserlicher Deutscher Konsul auf Sansibar, 10. März 1903 (Kopie).

81 BArch R2/41875, Bl. 140, Direktor der DOAG Alexander Lucas, Berlin, an Kolonialabteilung Berlin, 5. April 1903 (Kopie).

82 Zum Begriff s. Arjun Appadurai, »Introduction: Commodities and the

Politics of Value«, in: ders. (Hg.), *The Social Life of Things. Commodities in Cultural Perspective*, Cambridge 1986, S. 3–63; John L. Comaroff, Jean Comaroff, *Of Revelation and Revolution*, Vol. 2: *The Dialectics of Modernity on a South African Frontier*, Chicago, IL 1997, Kap. 4. Die Übersetzungen in afrikanische Wertegimes kommen im nächsten Kapitel ausführlicher zur Sprache.

83 BArch R2/41875, Bl. 147–150, Kolonialabteilung Berlin, 28. April 1903: Gutachten von Reichsbankdirektor Glasenapp, Bl. 147. Ähnliche Voten auf Bl. 220: Kolonialabteilung Berlin an Gouverneur in Dar es Salaam, 13. Juli 1903.

84 »Denkschrift 1904«, S. 1994.

85 BArch R2/41875, Bl. 155–159, Schatzamt Berlin an Reichsbankdirektorium, 5. Mai 1903 (Kopie); Bl. 171, Reichsbank an Schatzamt Berlin, 25. Mai 1903; Bl. 179, Reichsbank ORT an ???, 10. Juni 1903.

86 Goswami, *Producing India*, S. 100 f., zum britischen Beispiel.

87 BArch R2/41875, Bl. 161–168, Sitzung Kolonialabteilung, Reichsschatzamt, Reichsbankdirektorium, Berlin, 5. März 1903, Bl. 163.

88 In einer bankpolitischen Fachzeitschrift wurde ebenfalls für eine höhere Relation (1 3/8 Mark) als die tatsächlich eingeführte (1 1/3 Mark) plädiert, mit dem Argument, dass auf diesem Weg ein größerer Münzgewinn für die Kolonialverwaltung anfalle. Otto Heyn, »Die Neuordnung der Währungsverhältnisse in Deutsch-Ostafrika (Schluss)«, in: *Bank-Archiv. Zeitschrift für Bank- und Börsenwesen* 4 (1904/05), S. 55–57, S. 57.

89 BArch R2/41876, Bl. 46–49, Kolonialabteilung Berlin, 29. Februar 1904.

90 BArch R2/41875, Kolonialabteilung Berlin, 30. November 1902 (Kopie).

91 Reichs-Kolonialamt (Hg.), *Die deutschen Schutzgebiete in Afrika und der Südsee 1912/1913: Amtliche Jahresberichte*, Berlin, 1914, Statistischer Teil, S. 401.

92 Tetzlaff, *Koloniale Entwicklung*, S. 263.

93 Alexander Bursian, *Die Häuser- und Hüttensteuer in Deutsch-Ostafrika*, Jena 1910, S. 27.

94 »Denkschrift 1904«, S. 2024.

95 BArch R2/41875, Bl. 147–150v, Kolonialabteilung Berlin: Gutachten von Reichsbankdirektor Glasenapp, 28. April 1903.

96 Ebd., Bl. 149.

97 »Denkschrift 1904«, S. 2024.

98 Karl von Lumm, *Karl Helfferich als Währungspolitiker und Gelehrter*, Leipzig 1926, S. 39–45; John Williamson, *Karl Helfferich 1872–1924: Economist, Financier, Politician*, Princeton, NJ 1975, S. 60–69, Erik Grimmer-Solem, *Learning Empire: Globalization and the German Quest for World Status, 1875–1919*, Cambridge 2019, S. 290–298.zum raschen Aufstieg in der Kolonialabteilung, wo für Helfferichs Stelle ein eigenes Referat geschaffen wor-

den war und er, noch nicht dreißigjährig, bereits vortragender Legationsrat wurde, s. BArch Koblenz N1175, 5 Nl. Theodor Seitz, Manuskript und Typoskript »K. Helfferich/Kolonialdienst«, bes. Bl. 27–29.

99 Zu Helfferichs wirtschaftspolitischen Grundsätzen und seinem freihändlerischen Hintergrund s. Grimmer-Solem, *Learning Empire*, Kap. 7.

100 BArch R2/41875, Denkschrift 1902, S. 19.

101 »Denkschrift 1904«, S. 2000.

102 BArch Koblenz, N1123 Nl. Helfferich, Paket 8, »Die Neuordnung des deutsch-ostafrikanischen Münzwesens II«, in: *National-Zeitung*, Nr. 284, 4. Mai 1904 (Verfasser wahrscheinlich Karl Helfferich). Zur US-Währungspolitik auf den Philippinen s. Allan Lumba, *Monetary Authorities: Capitalism and Decolonization in the American Colonial Philippines*, Durham, NC 2022; Jeffrey Sklansky, *Sovereign of the Market: The Money Question in Early America*, Chicago, IL 2017, S. 234–245.

103 »Denkschrift 1904«, S. 2021.

104 Karl Helfferich, »Die Bedeutung der Kolonieen für die deutsche Volkswirtschaft«, in: *Verhandlungen des deutschen Kolonialkongresses zu Berlin am 5., 6. und 7. Oktober 1905*, Berlin 1906, S. 571–584; ders., »Am Scheideweg der Weltpolitik«, in: *Deutsche Kolonialzeitung* 24 (1907), Nr. 4, S. 35–40.

105 In Bezug auf das Münzrecht hielt während schwieriger Verhandlungen die DOAG zäh an ihren Privilegien fest. Für die Gründung einer Bank hatte Helfferich zunächst nur den Rückhalt der Deutschen Bank, andere Banken und die DOAG hielten sich zurück. BArch Koblenz, N1175, 5 Nl. Theodor Seitz, Manuskript »K. Helfferich/Kolonialdienst«, Bl. 7; vgl. auch Abschrift ebd., Bl. 32.

106 Zur Entstehungsgeschichte s. Barth, *Hochfinanz*, S. 320–322.

107 Werner Plumpe u. a., *Deutsche Bank 1870–2020. Die globale Hausbank*, Berlin 2020, S. 193 f. (Kapitel v. W. Plumpe, »Im Zeitalter der ersten Globalisierung«); Barth, *Hochfinanz*, S. 322–324.

108 Barth, *Hochfinanz*, S. 310 f.

109 Grimmer-Solem, *Learning Empire*, S. 296.

110 BArch Koblenz, N1123, Nl. Helfferich, »Banken in den deutschen Schutzgebieten«, in: *National-Zeitung*, Nr. 589, 14. Oktober 1904 (Verfasser wohl Karl Helfferich).

111 Williamson, *Karl Helfferich*, S. 66. Auch Spareinlagen hatte die Bank kaum; Ende 1912 bestanden gerade einmal 825 Sparguthaben. Barth, *Hochfinanz*, S. 327.

112 BArch R1001/6415a, Bl. 134–136v, Gouverneur von Rechenberg, Dar es Salaam, an Kolonialamt Berlin, 14. Oktober 1911. Der Gouverneur sah darin den eigentlichen Konstruktionsfehler der umstrittenen Bank.

113 BArch R1001/6414, Bl. 101–108, Gouverneur von Rechenberg, Dar es Salaam, an Kolonialamt Berlin, 14. Februar 1907. Die Bank war verpflichtet, ihre

Noten mit einem Drittel zu decken. Das Gouvernement hielt ein zinsloses Guthaben von mindestens 400.000 und zeitweise bis zu 720.000 Rupien in Silbermünzen bei der Bank, die diese Einlage zur Deckung ihrer Noten verwendete und den Zugriff auf die Barmittel des Gouvernements erschwerte. Außerhalb der Umgebung von Dar es Salaam hatten sowieso nach wie vor das Gouvernement und die Post allein für den Geldverkehr zu sorgen. Vgl. auch Barth, *Hochfinanz*, S. 321 f.

114 »Die Rupiewährung und die Gründung einer Kolonialbank für Deutsch-Ostafrika«, in: *Die Deutschen Kolonien (aus fernen Landen). Monatsschrift des Deutschvolklichen Kolonialvereins* 4 (1905), Nr. 1, 2, 3, S. 10–17, 49–54, 98–108; »Kredit«, in: *Deutsch-Ostafrikanische Zeitung* 11 (1907), Nr. 31, 10. Juli 1907, S. 1.

115 »167. Sitzung, 18. März 1905«, in: *Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages, 11. Legislaturperiode, I. Session, 1903/05*, Bd. 7, Berlin 1905, S. 5373–5376. Erzberger veröffentlichte seine Beiträge in der vielbeachteten Broschüre *Die Kolonial-Bilanz. Bilder aus der deutschen Kolonialpolitik auf Grund der Verhandlungen des Reichstags im Sessionsabschnitt 1905/06*, Berlin 1906. Vgl. Dirk van Laak, *Imperiale Infrastruktur. Deutsche Planungen für eine Erschließung Afrikas 1880 bis 1960*, Paderborn 2004, S. 128.

116 »167. Sitzung, 18. März 1905«, in: *Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages, 11. Legislaturperiode, I. Session, 1903/05*, Bd. 7, Berlin 1905, S. 5381 f. Zur antikolonialen Haltung der Sozialdemokratie, die, obwohl sie unter dem Stichwort »Revisionismus« von einzelnen Spitzenpolitikern und an der Basis von einer anhaltenden kulturellen Faszination für koloniale Projekte durchkreuzt wurde, die politische Kraft mit der klarsten und konsistentesten Ablehnung des Kolonialismus darstellte, s. John Philip Short, *Magic Lantern Empire: Colonialism and Society in Germany*, Ithaca, NY 2012.

117 Williamson, *Karl Helfferich*, S. 66.

118 »167. Sitzung, 18. März 1905«, in: *Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages, 11. Legislaturperiode, I. Session, 1903/05*, Bd. 7, Berlin 1905, S. 5376–3579.

119 BArch R1001/6415a, Bl. 45–54, Aufzeichnungen über das Bankwesen in den Schutzgebieten hier besonders den Westafrikanischen (Kamerun und Togo), 3. April 1909 (Kopie), hier Bl. 52.

120 Tetzlaff, *Koloniale Entwicklung*, S. 166; Barth, *Hochfinanz*, S. 324 f.

121 Williamson, *Karl Helfferich*, S. 67.

122 Rathenau, »Erwägungen«, S. 61 f.

123 BArch R2/41876, Bl. 165, Kolonialabteilung Berlin an Schatzamt, 5. Juli 1904; Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin (nachfolgend GStA) I HA Rep. 183, Nr. 354, Kolonialabteilung Berlin an Münzdirektion ORT???,

5. Juli 1904; Münzdirektion an Kolonialabteilung Berlin, 6. Juli 1904 (Kopie); Kolonialabteilung Berlin an Münzdirektion, 7. Juli 1904; Münzdirektion, an Kolonialabteilung Berlin, 22. Juli 1904.

124 *Amtliche Statistik des Deutschen Reiches*, Jg. 1901–1911.

125 Tetzlaff, *Koloniale Entwicklung*, S. 73, 75, 182, Fn. 14.

126 BArch R1001/774, Bericht Lothar von Trotha (ca. Mai 1898), Bl. 77 (Trotha schickte seinen Bericht an die Kolonialabteilung mehrere Monate nach seiner Rückkehr nach Deutschland, s. Bl. 54). Ähnlich, wenn auch weniger martialisch, argumentierte die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft, s. TNA G3/66, Münzwesen, Bl. 39, Generalvertreter der DOAG auf Sansibar an Gouverneur in Dar es Salaam, 14. Juli 1891. Aus der umfangreichen Literatur zum Krieg gegen die Herero und Nama s. Jürgen Zimmerer, »Krieg, KZ und Völkermord in Südwestafrika: Der erste deutsche Genozid«, in: ders., Jürgen Zeller (Hg.), *Völkermord in Deutsch-Südwestafrika. Der Kolonialkrieg (1904–1908) in Namibia und seine Folgen*, Berlin 2016 (3., überarb. Aufl.), S. 45–63.

127 BArch R1001/774, Bericht Lothar von Trotha (ca. Mai 1898), Bl. 79.

128 Rathenau, »Erwägungen«, S. 34.

129 Zur Reise vgl. John Iliffe, *Tanganyika under German Rule, 1905–1912*, Cambridge 1969, S. 77–81; Tetzlaff, *Koloniale Entwicklung*, S. 223–232; Werner Schiefel, *Bernhard Dernburg, 1865–1937: Kolonialpolitiker und Bankier im wilhelminischen Deutschland*, Zürich, Freiburg i. Br. 1974, S. 67–73; Koponen, *Development for Exploitation*, S. 266–272; Bradley Naranch, »Colonized Body, ›Oriental Machine‹: Debating Race, Railroads, and the Politics of Reconstruction in Germany and East Africa, 1906–1910«, in: *Central European History* 33 (2000), Nr. 3, S. 300–338.

130 Rathenau, »Erwägungen«, S. 34.

131 Zur indischen Diaspora in Ostafrika s. Ulrike Lindner, *Koloniale Begegnungen: Deutschland und Großbritannien als Imperialmächte in Afrika, 1880–1914*, Frankfurt a. M., New York 2011, S. 435–446, sowie die weiter unten genannte Literatur zu den indisch-ostafrikanischen Finanzbeziehungen.

132 Edward W. Said, *Orientalismus*, Frankfurt a. M. 2009 [1978], S. 39. Das englische Original vermittelt das Doppelgängermotiv deutlicher: »[…] I have found myself writing the history of a strange, secret sharer of Western anti-Semitism.« Ders.: *Orientalism*, New York 1978, S. 27. Die Formulierung spielt auf Joseph Conrads Erzählung »The Secret Sharer«, eine Doppelgängergeschichte, an. Zur Analogie in Saids Werk und der Conrad-Erzählung sowie vergleichenden Aspekten in der Untersuchung von Orientalismus und Antisemitismus s. Andrew N. Rubin, »Orientalism and the History of Western Anti-Semitism: The Coming End of an American Taboo«, in: *History of the Present* 5 (2018), Nr. 1, S. 95–108.

[133] Diesen Punkt betont Hollian Wint, *Credible Relations: Indian Finance and East African Society in the Indian Ocean, c. 1860–1940*, New York 2016 (Diss. New York University).

[134] Ein nur sehr spezifischer Ausschnitt aus dieser reichhaltigen Literatur umfasst Robert G. Gregory, *South Asians in East Africa: An Economic and Social History, 1890–1980*, Boulder, CO 1993; Rajat Kanta Ray, »Asian Capital in the Age of European Domination: The Rise of the Bazaar, 1800–1914«, in: *Modern Asian Studies*, 1995, Nr. 29, S. 449–554; Bishara, *Sea of Debt*; Mathew, *Margins of the Market*; Bose, *Hundred Horizons*; Metcalf, *Imperial Connections*; Thomas McDow, *Buying Time: Debt and Mobility in the Western Indian Ocean*, Athens, OH 2018.

[135] Gregory, *South Asians*, S. 104.

[136] Bishara, *Sea of Debt*, S. 82–84.

[137] Mathew, *Margins of the Market*, S. 137–139.

[138] Goswami, *Producing India*, S. 91–95.

[139] Zu den Baumwollstoffen, dem wichtigsten Kreditmedium s. Brühwiler, »Interweaving«.

[140] »Der Ruin des Schwarzen«, in: *Deutsch-Ostafrikanische Zeitung*, Nr. 15, 10. Juni 1899. Vgl. die Replik von Alexander Lucas, Direktor der DOAG: »Zur Inderfrage in Deutsch-Ostafrika«, in: *Deutsche Kolonialzeitung* 16 (1899), Nr. 31, 3. August 1899, S. 275.

[141] BArch R1001/27, Bl. 4–7, Gouverneur in Dar es Salaam an Kolonialabteilung Berlin, 22. Juni 1895, bes. Bl. 6v, 7.

[142] »Die Rupiewährung und die Gründung einer Kolonialbank für Deutsch-Ostafrika«, in: *Die Deutschen Kolonien (aus fernen Landen). Monatsschrift des Deutschvolklichen Kolonialvereins* 4 (1905), Nr. 1, 2, 3, S. 10–17, 49–54, 98–108, S. 14; Karl Kaerger, *Tangaland und die Kolonisation Deutsch-Ostafrikas: Thatsachen und Vorschläge*, Berlin 1892, S. 40.

[143] Pesek, *Koloniale Herrschaft*, S. 261; Brühwiler, »Interweaving«, S. 476. Markthallen bestanden auch in den Kolonialstationen. Michelle Moyd, *Violent Intermediaries: African Soldiers, Conquest, and Everyday Colonialism in German East Africa*, Athens, OH 2014, S. 164; Koponen, *Development for Exploitation*, S. 186.

[144] Für eine synthetisierende Betrachtung dieser Verhältnisse im britischen, deutschen und französischen Kolonialismus, s. Rodney, *How Europe Underdeveloped Africa*, S. 155.

[145] Hier und im Folgenden: BArch R1001/640, Bl. 104–109, Gouvenment Dar es Salaam an Kolonialabteilung Berlin, 20. September 1901; TNA G4/71, Kommunalangelegenheiten Lindi, Bl. 92: DOAG auf Sansibar an Gouvernement, 16. September 1899.

[146] R1001/28, Bl 98-104, Hansing, O'swald, Deutsch-Ostafrika Linie, DOAG, 12. März 1908 an Kolonialabteilung Berlin, hier Bl 100 f.

147 BArch R1001/28, Bl. 98–104, Hansing, O'swald, Deutsch-Ostafrika Linie und DOAG, an Kolonialabteilung Berlin, 12. März 1908, Bl. 100 f.

148 Naranch, »Colonized Body«.

149 Thaddeus Sunseri, *Vilimani: Labor Migration and Rural Change in Early Colonial Tansania*, Portsmouth, NH 2002, S. 5. Zum westafrikanischen Beispiel s. Andrew Zimmerman, *Alabama in Africa: Booker T. Washington, the German Empire, and the Globalization of the New South*, Princeton, NJ 2010.

150 Koponen, *Development for Exploitation*, Kap. 5; Sunseri, *Vilimani*, v. a. Kap. 5.

151 Van Laak, *Imperiale Infrastruktur*, S. 137–146; Andrew Zimmerman, »›What Do You Really Want in German East Africa, Herr Professor?‹ Counter-insurgency and the Science Effect in Colonial Tanzania«, in: *Comparative Studies in Society and History* 48 (2006), Nr. 2, S. 419–461.

152 Max Weber, *Die Lage der Landarbeiter im ostelbischen Deutschland 1892*, *Max Weber Gesamtausgabe*, Abteilung I, Bd. 3.1–2, hg. v. Martin Riesebrodt, Tübingen 1984. Dazu auch Andrew Zimmerman, »Decolonizing Weber«, in: *Postcolonial Studies* 9 (2006), S. 53–79.

153 Bernhard Dernburg, »Erklärung über die Lage in den Kolonien, besonders über die Arbeiterfrage [Reichstag, 18. Februar 1908]«, in: *Schulthess' europäischer Geschichtskalender* 49 (1908), S. 29–49, S. 35, 32.

154 Mathew, *Margins of the Market*, S. 176.

4. Eine Infrastruktur der Unterwerfung und des Widerstands

1 Tanzania National Archives (nachfolgend TNA) G3/46, Bl. 1, Bezirksamt Bagamoyo an Gouvernement in Dar es Salaam, 4. Oktober 1898.

2 John Iliffe, *A Modern History of Tanganyika*, Cambridge 1979, S. 151–153, Zit. S. 133. Vgl. Rainer Tetzlaff, *Koloniale Entwicklung und Ausbeutung: Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutsch-Ostafrikas, 1885–1914*, Berlin (BRD) 1970, S. 72 f.; Isaria N. Kimambo, *Penetration and Protest in Tanzania: The Impact of the World Economy on the Pare 1860–1960*, London 1991, S. 54, 177–180; Juhani Koponen, *Development for Exploitation: German Colonial Policies in Mainland Tanzania, 1884–1914*, Helsinki 1994, S. 215–223, 239, 645; Jan-Georg Deutsch, *Emancipation without Abolition in German East Africa c. 1884–1914*, Oxford 2006, S. 219–221; Thaddeus Sunseri, *Vilimani: Labor Migration and Rural Change in Early Colonial Tanzania*, Portsmouth, NH 2002, S. 64–67; Michelle Moyd, *Violent Intermediaries: African Soldiers, Conquest, and Everyday Colonialism in German East Africa*, Athens, OH 2014, S. 66 f.

3 Anthony G. Hopkins, »The Currency Revolution in South-West Nigeria in the Late Nineteenth Century«, in: *Journal of the Historical Society of*

Nigeria 3 (1966), Nr. 3, S. 471–483; Walter I. Ofonagoro, »From Traditional to British Currency in Southern Nigeria: Analysis of a Currency Revolution, 1880–1948«, in: *Journal of Economic History* 39 (1979), S. 623–654.

4 Guyer, »Introduction«, S. 8.

5 So anhand des britisch-ostafrikanischen Beispiels Karin Pallaver, »Paying in Cents, Paying in Rupees: Colonial Currencies, Labour Relations, and the Payment of Wages in Early Colonial Kenya«, in: Karin Hofmeester (Hg.), *Colonialism, Institutional Change, and Shifts in Global Labour Relations*, Amsterdam 2018, S. 295–325, S. 316.

6 Brian Larkin, »The Politics and Poetics of Infrastructure«, in: *Annual Review of Anthropology* 42 (2013), S. 327–343, S. 329.

7 Dirk van Laak, *Alles im Fluss. Die Lebensadern unserer Gesellschaft – Geschichte und Zukunft der Infrastruktur*, Frankfurt a. M. 2018, S. 13.

8 Susan Leigh Star, »The Ethnography of Infrastructure«, in: *American Behavioral Scientist* 43 (1999), Nr. 3, S. 377–391; Larkin, *Signal and Noise: Media, Infrastructure, and Urban Culture in Nigeria*, Durham, NC 2008; ders., »Politics«, S. 336.

9 Geoffrey Ingham, *The Nature of Money*, Malden, MA 2004, S. 48.

10 Georg Friedrich Knapp, *Staatliche Theorie des Geldes*, Leipzig 1905.

11 Dirk van Laak, *Imperiale Infrastruktur: Deutsche Planungen für eine Erschließung Afrikas 1880 bis 1960*, Paderborn 2004.

12 Detlev Bald, *Deutsch-Ostafrika 1900–1914: Eine Studie über Verwaltung, Interessensgruppen und wirtschaftliche Erschließung*, München 1970, S. 53.

13 Alexander Bursian, *Die Häuser- und Hüttensteuer in Deutsch-Ostafrika*, Jena 1910, S. 26.

14 [Karl] Rathgen, »Eingeborenensteuern«, in: Heinrich Schnee (Hg.): *Deutsches Kolonial-Lexikon*, Bd. 1: *A–G*, Leipzig 1920, S. 515–519, S. 517.

15 Bernhard Dernburg, »Erklärung über die Lage in den Kolonien, besonders über die Arbeiterfrage [Reichstag, 18. Februar 1908]«, in: *Schulthess' europäischer Geschichtskalender* 49 (1908), S. 29–49, S. 30. Vgl. *Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, XII. Legislaturperiode, I. Session*, Bd. 246: Anlagen Nr. 664–820, Berlin 1908, S. 4694.

16 Bald, *Deutsch-Ostafrika*, S. 56 f.

17 Koponen, *Development for Exploitation*, S. 222.

18 Bernd Arnold, *Steuer und Lohnarbeit im Südwesten von Deutsch-Ostafrika, 1891 bis 1916*, Münster 1994, S. 89 f.

19 Bundesarchiv Berlin (nachfolgend BArch) R1001/1054, Bl. 141–145, Gouvernement Dar es Salaam an Kolonialabteilung Berlin, 8. Dezember 1903.

20 BArch R1001/1053, Bl. 89, Runderlass Gouverneur Dar es Salaam, 20. November 1900.

21 Arnold, *Steuer*, S. 239.

22 TNA G3/43, Bl. 107, Bezirksamt Tanga an Gouvernement in Dar es Salaam,

16. März 1898; TNA G3/48, Bl. 41, Militärstation Mpapua an Gouvernement in Dar es Salaam, 18. Mai 1905; TNA G4/102, Bl. 10, Steuererheber Robert Held, Mwaya, an Bezirksamt Langenburg, 29. März 1900; BArch R1001/1053, Bl. 186, Gouvernement in Dar es Salaam an Kolonialabteilung Berlin, 17. Mai 1901, mit Bezug auf Berichte aus den Bezirken Songea, Mahenge und Kilimatinde.

[23] BArch R1001/1055, Bl. 38 f., »Verordnung über Haus- und Hüttensteuer, 22. März 1905«, in: *Amtlicher Anzeiger für Deutsch-Ostafrika*, 6. Jg., Nr. 9, 1. April 1905; BArch R1001/1053, Bl. 185–188, Gouvernement in Dar es Salaam an Kolonialabteilung Berlin, 17. Mai 1901.

[24] Kopnen, *Development*, S. 387, Deutsch, *Emancipation without Abolition*, S. 220.

[25] Gilbert Gwassa, *The Outbreak and Development of the Maji Maji War 1905–1907*, Köln 2005 [1973], S. 82 f.

[26] BArch R1001/1053, Bl. 103, Gouvernement in Dar es Salaam an Bezirksamt Lindi, 27. Juli 1899.

[27] TNA G3/46, Steuerangelegenheiten Bagamoyo, Bl. 1, Bezirksamt Bagamoyo an Gouvernement in Dar es Salaam, 4. Oktober 1898; Sunseri, *Vilimani*, S. 65; Bursian, *Häuser- und Hüttensteuer*, S. 22.

[28] James Giblin, *The Politics of Environmental Control in Northeastern Tanzania, 1840–1940*, Philadelphia, PA 1992, S. 114–116.

[29] Vgl. auch den detaillierten Bericht des Siedlers Walther Lieblinger über die Gewalt mit Nilpferdpeitsche und das Niederbrennen von Hütten durch *askaris* und deutsche Offiziere in BArch R1001/1055, Bl. 132, Bericht des Siedlers Walther Lieblinger, Kerondothal, an Direktion der Disconto-Gesellschaft Berlin, 3. Oktober 1905 (Kopie). Ein gutes Jahr später folgten Berichte über massenhafte Geiselnahmen, um die Steuern durchzusetzen. TNA R1001/1056, Bl. 33, »Mißstände bei der Erhebung der Hüttensteuer«, in: *Deutsch-Ostafrikanische Zeitung*, 26. Januar 1907; Bl. 48–56, Gouvernement in Dar es Salaam an Kolonialabteilung Berlin, 15. Juli 1906.

[30] Moyd, *Violent Intermediaries*, S. 66. Mit ihrem Sold waren *askaris* Treiber der Bargeldökonomie, auch Brautgeld wurde von ihnen in Rupien gehandhabt. S. BArch R155/9169, Kolonialstation Gitega in Residentur Urundi an Verwaltungstelle Usumbara, 30. Oktober 1913.

[31] Moyd, *Violent Intermediaries*, S. 183–185.

[32] TNA G3/46, Steuerangelegenheiten Bagamoyo, Bl. 100, Protokoll Aussage des *akida* Ibrahim Sadjin, Bagamoyo, 10. Januar 1902 und mit Notiz zu Aussage von Leutnant Rademann, Station Kisaki, 20. Juni 1902, gesendet an Gouvernement in Dar es Salaam; Bl 105, Station Kisaki an Gouvernement in Dar es Salaam, 4. November 1902; Arnold, *Steuer*, S. 105, 107, 109.

[33] Vgl. jüngst Minu Haschemi, *Koloniale Arbeit. Rassismus, Migration und Herrschaft in Tansania (1885–1914)*, Frankfurt a. M., New York 2019, bes.

Kap. 2 sowie die früheren Beiträge Arnold, *Steuer*, Teil III, Kap. 3; Koponen, *Development for Exploitation*, S. 323–330; Harald Sippel, »›Wie erzieht man am besten den Neger zur Plantagen-Arbeit?‹ Die Ideologie der Arbeitserziehung und ihre rechtliche Umsetzung in Deutsch-Ostafrika«, in: Kurt Beck, Gerd Spittler (Hg.), *Arbeit in Afrika*, Münster 1996, S. 311–334.

34 BArch R1001/1053, Bl. 91v, Gouverneur in Dar es Salaam an Kolonialabteilung Berlin, 21. November 1900.

35 *Jahresbericht über die Entwickelung der Deutschen Schutzgebiete im Jahre 1898/99*, Berlin 1900, S. 233; vgl. auch BArch R1001/1053, Bl. 76v–77, Gouverneur in Dar es Salaam an Kolonialabteilung, 24. Januar 1899.

36 Hier und im Folgenden BArch R1001/1053, Bl. 100, Gouverneur in Dar es Salaam an alle Kolonialstationen im Binnenland, 21. August 1899. Vgl. bspw. auch ebd. Bl. 102, Gouverneur Liebert, Dar es Salaam, an Station Kilimatinde, 20. November 1899 (Abschrift, Forderung, der Anteil an Barzahlungen müsste zu-, nicht abnehmen).

37 BArch R1001/1053, Bl. 71, Gouverneur Dar es Salaam, an Kolonialabteilung Berlin, 24. Januar 1899.

38 TNA G3/43, Bl. 129, Bezirksamt Lindi an Gouvernement in Dar es Salaam, 31. Juli 1898; Bl. 133, Bezirksamt Dar es Salaam an Gouvernement ebd., 2. August 1898; Bl. 137, Bezirksamt Bagamoyo an Gouvernement in Dar es Salaam, 21. August 1898.

39 TNA G3/43, Bl. 148, Firma E. Müller & Devers, Sansibar/Dar es Saalam, Dar es Salaam an Gouvernement in Dar es Salaam, 23. September 1898.

40 BArch R1001/1053, Bl. 97v f., Runderlass Gouvernement in Dar es Salaam, 14. Dezember 1899 (Abschrift).

41 TNA G3/48, Bl. 43, Militärstation Mpapua an Gouvernement in Dar es Salaam, 6. Juli 1905.

42 TNA G3/43, Bl. 105, Runderlass Gouvernement in Dar es Salaam, an alle Innenstationen (März 1898?); Sunseri, *Vilimani*, S. 55 f.

43 BArch R1001/1054, Bl. 132–163v, Gouverneur in Dar es Salaam an Kolonialabteilung Berlin, 8. Dezember 1903, hier Bl. 136 f.

44 BArch R1001/220, Bl. 32, Bezirksamt Lindi, Reisebericht Bezirksamtmann Zache, 23. Januar 1900.

45 BArch R1001/220, Bl. 33 f., Bezirksamt Lindi, Reisebericht Bezirksamtmann Zache, 23. Januar 1900.

46 Koponen, *Development for Exploitation*, S. 368; Deutsch, *Emanciaption*, S. 219 f.; Greiner, *Porterage*, S. 60.

47 BArch R1001/1053, Bl. 238, Bericht aus Tabora, 24. Januar 1901.

48 BArch R155/8974, Residentur Gitega, Urundi, 16. April 1914.

49 Arnold, *Steuer*, S. 110, 217–222; Koponen, *Development for Exploitation*, S. 220.Greiner, *Porterage*, S. 190–202; zur Bedeutung der Zwangsarbeit in weiteren afrikanischen Kolonien u. a. Rebekka Habermas, *Skandal in Togo.*

Ein Kapitel deutscher Kolonialherrschaft, Frankfurt a. M. 2016, S. 118–122; Marlous van Waijenburg, »Financing the African Colonial State: The Revenue Imperative and Forced Labor«, in: *Journal of Economic History* 78 (2018), Nr. 1, S. 40–80; Emma Park, »The Right to Sovereign Seizure? Taxation, Valuation, and the Imperial British East Africa Company«, in: Gurminder Bhambra, Julia McClure (Hg.), Imperial Inequalities: The Politics of Economic Governance across European Empires, Manchester 2022, S. 79–97.

50 Sunseri, *Vilimani*, S. 65–67; Greiner, *Porterage*, S. 188, 191.

51 BArch R1001/220, Bl. 21v–22v, Reisebericht Zache, 23. Januar 1900, Zit. Bl. 21v; R1001/1054, Bl. 132–163v, Gouverneur in Dar es Salaam an Kolonialabteilung Berlin, 8. Dezember 1903, Bl. 138 (Zitat), 140; Andreas Greiner, »Colonial Schemes and African Realities: Vernacular Infrastructure and the Limits of Road Building in German East Africa«, in: *Journal of African History* 63 (2022), Nr. 3, S. 328–347, S. 337 f.

52 Zur Fragilität der Infrastruktur im Straßen- und Wegebau s. Andreas Greiner, »Colonial Schemes and African Realities: Vernacular Infrastructure and the Limits of Road Building in German East Africa«, in: *Journal of African History* 63 (2022) Nr. 3, S. 328–347, 336 f.

53 BArch R1001/1055, Bl. 142, »Es muß etwas geschehen!«, in: *Deutsch-Ostafrikanische Zeitung*, Nr. 3, 20. Januar 1906.

54 BArch R1001/1055, Bl. 138, Gouverneur in Dar es Salaam an Kolonialabteilung Berlin, 21. Januar 1906.

55 BArch R1001/1055, Bl. 38 f., »Verordnung über Haus- und Hüttensteuer, 22. März 1905«, in: *Amtlicher Anzeiger für Deutsch-Ostafrika*, 6. Jg., Nr. 9, 1. April 1905.

56 Katharine Frederick, *Twilight of an Industry in East Africa: Textile Manufacturing, 1830–1940*, Basingstoke 2020, Kap. 4.

57 Deutsch, *Emancipation*, S. 219.

58 Iliffe, *Modern History*, S. 151–153; Yekani, *Koloniale Arbeit*, Kap. 1.

59 Sunseri, *Vilimani*, S. 64–67. Eine Studie zur Steuerpolitik in den afrikanischen Kolonien des British Empire kommt zu einem ähnlichen Schluss. S. Leigh A. Gardner, *Taxing Colonial Africa. The Political Economy of British Imperialism*, Oxford 2012, S. 58.

60 BArch R1001/1053, Bl. 223v, Bericht aus Lindi, 5. Februar 1901. Zu den Aufwänden der Feldpflege das ganze Jahr über, gegen Unkraut, Vögel und die Verwüstung durch Wildschweine vgl. Thaddeus Sunseri, »Famine and Wild Pigs: Gender Struggles and the Outbreak of the Maji Maji War in Uzaramo (Tanzania)«, in: *Journal of African History* 38 (1997), S. 235–259.

61 Maji Maji Research Project, Nr. 1/68/2/4/3. Interview in Kiluguru, übersetzt ins Englische.

62 Eine Arbeitskarte bestand aus 30 Feldern, die man sich pro Arbeitstag zu ortsüblicher Bezahlung an frei wählbaren Arbeitsorten abstreichen ließ.

Wer innerhalb von vier Monaten die Felder nicht ausgefüllt hatte, wurde zur Zwangsarbeit rekrutiert. S. Koponen, *Development for Exploitation*, S. 400–404.

63 Maji Maji Research Project Nr. 1/68/2/4/2, Datum: 29. März 1968. Interview in Kiswahili, übersetzt ins Englische.

64 Wie im vorhergehenden Kapitel und weiter unten dargestellt wird, wurden 1905 die kupfernen Pesas (grundsätzlich 64 Pesas = 1 Rupie; wobei Schwankungen bestanden, auf die im vorhergehenden Kapitel eingegangen worden ist) durch Heller (100 Heller = 1 Rupie) ersetzt.

65 Auch die Register der Behörden hielten Überprüfungen nicht stand. S. TNA G3/46: Steuerangelegenheiten Bagamoyo, Bl. 53, Gouvernement in Dar es Salaam an Bezirksamt Bagamoyo, 17. August 1899; BArch R1001/1053, Bl. 132–163v, Gouverneur Götzen, Dar es Salaam, an Kolonialabteilung Berlin, 8. Dezember 1903, Bl. 152; Maji Maji Research Project, 7/68/2/1, P. M. Libaba, »The Mai Maji Rising in the Lindi District«, September 1968.

66 TNA G3/46, Steuerangelegenheiten Bagamoyo, Bl. 78, Bezirksamt Bagamoyo an Gouevernement in Dar es Salaam, 5. Juni 1900.

67 BArch R1001/1054, Gouvernement Dar es Salaam an Kolonialabteilung Berlin, 8. Dezember 1903, Bl. 151; R155/8974, Residenturnebenstelle Usumbura an Residentur in Gitega, 25. Juli 1913.

68 TNA G3/46, Steuerangelegenheiten Bagamoyo, Bl. 1, Bezirksamt Bagamoyo an Gouvernement in Dar es Salaam, 4. Oktober 1898; BArch R155/8974, Leiter der Schlafkrankheitsstelle Niansa an Gouverneur in Dar es Salaam, 29. August 1913: Ein Beamter hatte im Mai die Steuern für das Vorjahr eingezogen, im August und September holte sein Nachfolger sie für das laufende Jahr ein und kündigte an, im darauffolgenden Jahr würden sie bereits im April eingezogen, d. h. also insgesamt drei Mal innerhalb von 12 Monaten. S. auch ebd., Leutnant v. Brandis, 1. September 1913; Assistent Wolf, 11. September 1913; Gouverneur Schnee, 17. September 1913. Für afrikanische Zeugnisse zur Arbitrarität der deutschen Herrschaft s. Pesek, *Koloniale Herrschaft*, S. 203 f.

69 Jan Hogendorn, H. A. Gemery, »Continuity in West African Monetary History? An Outline of Monetary Development«, in: *African Economic History* 17 (1988), S. 127–146, S. 145 f.; Karin Pallaver, »›The African Native Has No Pocket‹: Monetary Practices and Currency Transitions in Early Colonial Uganda«, in: *International Journal of African Historical Studies* 48 (2015), S. 471–499, S. 482.

70 BArch R1001/1053, Bl. 97, Runderlass Dar es Salaam, 14. Dezember 1899 (Abschrift).

71 Walter Rodney, »The Political Economy of Colonial Tanganyika, 1890–1930«, in: M. H. Y. Kaniki (Hg.), *Tanzania under Colonial Rule*, London 1980, S. 128–163, S. 139.

[72] Vgl. Gilbert Gwassa, John Iliffe (Hg.), *Records of the Maji Maji Rising*, Part 1, Nairobi 1969 [1967], S. 12.

[73] Am systematischsten zu Maji als Kriegsmedizin Gilbert Gwassa, »African Methods of Warfare during the Maji Maji War, 1905–1907«, in: Bethwell A. Ogot (Hg.), *War and Society in Africa*, London 1972, S. 123–148 sowie zu Schmutzmedizin im historisch-anthropologischen Vergleich s. Sean F. McEnroe, »Cross-Cultural Perceptions of Technology and Magic in the Ghost Dance, Boxer Uprising, and Maji Maji Rebellion«, in: *Comparative Studies in Society and History*, 2023, (im Erscheinen).

[74] Richard Hölzl, *Gläubige Imperialisten: Katholische Mission in Deutschland und Ostafrika (1830–1960)*, Frankfurt a. M. 2021, S. 95 f., 233.

[75] Martin Klamroth, »Beiträge zum Verständnis der religiösen Vorstellungen der Saramo im Bereich Daressalam (Deutsch-Ostafrika)«, in: *Zeitschrift für Kolonialsprachen* 1 (1910–1911), S. 37–70, 118–153, 189–223, S. 139.

[76] James Giblin, Jamie Monson, »Introduction«, in: dies. (Hg.), *Maji Maji: Lifting the Fog of War*, Leiden 2010, S. 1–30, S. 8; Moyd, *Violent Intermediaries*, S. 139–143; Sebastian Conrad, *German Colonialism: A Short History*, Cambridge 2012, S. 79; Hölzl, *Gläubige Imperialisten*, S. 249. Auf kolonialer Seite starben 15 Deutsche, 73 *askaris* und 316 Helferinnen und Helfer der Deutschen. Iliffe, *Modern History*, S. 199.

[77] S. historiografiegeschichtlich Diane Jeater, »Stuff Happens, and People Make it Happen: Theory and Practice in the Works of Terence Ranger«, in: *History Workshop Journal* 73 (2012), S. 193–210.

[78] Thaddeus Sunseri, »Statist Narratives and Maji Maji Ellipses«, in: *International Journal of African Historical Studies* 33 (2000), S. 567–584. Zur Nation als »imagined community« vgl. den Klassiker Benedict Anderson, *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts*, Frankfurt a. M. 2005 [1983].

[79] Iliffe, *Modern History*, S. 168; ders., »The Organization of the Maji Maji Rebellion«, in: *Journal of African History* 8 (1967), Nr. 3, S. 495–512; zum sozialhistorischen Paradigma auch Felicitas Becker, Jigal Beez (Hg.): *Der Maji-Maji-Krieg gegen die deutsche Kolonialherrschaft in Tansania, 1905–08*, Berlin 2005; zum Millenarismus in vergleichender Perspektive Michael Adas, *Prophets of Rebellion: Millenarian Protest Movements against the European Colonial Order*, Cambridge 1987 [1979].

[80] Jamie Monson, »Relocating Maji Maji: The Politics of Alliance and Authority in the Southern Highlands of Tanzania«, in: *Journal of African History* 39 (1998), S. 95–120; Felicitas Becker, »Traders, ›Big Men‹ and Prophets: Political Continuity and Crisis in the Maji Maji Rebellion in Southeast Tanzania«, in: *Journal of African History* 45 (2004), S. 1–22.

[81] Bernhard Gissibl, *The Nature of German Imperialism: Conservation and the Politics of Wildlife in Colonial East Africa*, New York, Oxford 2016, Kap. 3.

[82] Thaddeus Sunseri, »Famine and Wild Pigs: Gender Struggles and the Outbreak of the Maji Maji War in Uzaramo (Tanzania)«, in: *Journal of African History* 38 (1997), S. 235–259; ders., *Vilimani*, Kap. 4.

[83] S. bspw. Hermann Paasche, *Deutsch-Ostafrika: Wirtschaftliche Studien*, Hamburg 1913 [1906], S. 345.

[84] BArch R1001/726, Bl: 28 ff., Kolonialwirtschaftliches Komitee, an Kolonialabteilung Berlin, 25. Januar 1906, Bl. 30 f.
Vgl. auch Sunseri, »Famine and Wild Pigs«, S. 248.

[85] BArch R1001/726, Bl. 116v–Bl. 118v, Seibler, Hajder, John Booth, Vincenti, Haber, Bericht aus Dar es Salaam, 20. Dezember 1905. Vgl. auch Sunseri, »Famine and Wild Pigs«, S. 247–250.

[86] Koponen, *Development for Exploitation*, S. 235; Gwassa/Iliffe (Hg.), *Records*, S. 12; Iliffe, *Modern History*, S. 169.

[87] Arnold, *Steuer*, S. 115–119. Reinhard Klein-Arendt, »Ein Land wird gewaltsam in Besitz genommen: Die Kolonie Deutsch-Ostafrika«, in: Felicitas Becker, Jigal Beez (Hg.), *Der Maji-Maji-Krieg gegen die deutsche Kolonialherrschaft in Tansania, 1905–08*, Berlin 2005, S. 28–48, S. 47; Deutsch, *Emancipation*, S. 219.

[88] Koponen, *Development for Exploitation*, S. 239.

[89] Koponen, *Development for Exploitation*, S. 237.

[90] Becker, »Traders«.

[91] Ebd., S. 16, 18 ff., 21.

[92] BArch R2/41877, Bl. 17, Kolonialabteilung Berlin an Staatssekretär des Reichs-Schatzamts, 24. Dezember 1905.

[93] BArch R2/41877, Bl. 48 f., Gouverneur in Dar es Salaam an Schatzamt und Kolonialabteilung, 18. Januar 1906.

[94] BArch R1001/1056, Bl. 21, »Wer trägt den Verlust?«, in: *Usambara-Post: Zeitung für die Nordbezirke Tanga, Pangani, Wilhelmstal*, 5. Jg., Nr. 43, 1. September 1906.

[95] Ebd.; s. auch Sunseri, *Vilimani*, S. 69 f.

[96] R. M. Bell, »The Maji-Maji Rebellion in the Liwale District«, in: *Tanganyika Notes and Records* 28 (1950), S. 38–52, S. 44; Bodleian Library University of Oxford, MSS Afr. S. 452 »The Maji-Maji Rebellion 1905–1906«, Abschrift, Original im District Office Kilwa. Datiert: 23. März 1941, Bell, Maji-Maji Rebellion, S. 5. Für Hilfe bei der Beschaffung der Quelle danke ich herzlich Sarah-Maria Schober.

[97] Jamie Monson, »War of Words: The Narrative Efficacy of Medicine in the Maji Maji War«, in: Giblin/Monson (Hg.), *Maji Maji*, S. 33–69, S. 65.

[98] Maji Maji Research Project, 2/68/1/4/3: Aussage von Mrisho, Bewohner von Kilosa. Gwassa, *Outbreak*, S. 106.

[99] Klamroth, »Religiöse Vorstellungen«, S. 141 f.

[100] Ebd., S. 140.

[101] Gwassa/Iliffe (Hg.), *Records*, S. 9, Interview mit Mzee Mohamed Nganoga Nimekwako von Ngarambe Ruhingo, 31. August 1967.

[102] Bodleian Library University of Oxford, MSS Afr. S. 452, »The Maji-Maji Rebellion 1905–1906«, Original im District Office Kilwa. Datiert: 23. März 1941, R. M. Bell, S. 6; Gwassa/Iliffe (Hg.), *Records*, S. 12.

[103] Gwassa/Iliffe (Hg.), *Records*, S. 18: (drei Pesa in Uvidunda), Manuskript Theobald Schaegelen, »The Ethnology of the Vidunda Tribe«, 1945, im Kilosa District Book (Kilosa Area Office); S. 19: (zwei »cents« in Undamba im Kilombero-Tal), Blasius Undole »Habari za Wandamba«, Typoskript 1965; BArch R1001/726, Bl. 124v–125, Berichte aus Msanga, Saramo, und Kihamba, Kikindu, John Booth, Dar es Salaam 22. Dezember 1905. Die Interpretation als »loyalty oath« findet sich in Sunseri, *Vilimani*, S. 97 f.

[104] Gwassa/Iliffe (Hg.), *Records*, S. 18.

[105] Ebd., S. 17 f.: Manuskript Theobald Schaegelen, »The Ethnology of the Vidunda Tribe«, 1945, im Kilosa District Book (Kilosa Area Office).

[106] Jamie Monson, »War of Words: The Narrative Efficacy of Medicine in the Maji Maji War«, in: Giblin/Monson (Hg.), *Maji Maji*, S. 33–69, S. 65. Zu Maji als »Medium im kommunikativen Sinne«, das von kulturellen Unterhändlern in verschiedene Gesellschaften verbreitet wurde und so – narrativ – nicht nur unter den Kämpfenden, sondern auch unter den Missionsgemeinschaften kursierte s. Hölzl, *Gläubige Imperialisten*, S. 238.

[107] Zum Millenarismus Iliffe, »Organization«, S. 508; ders., *Modern History*, S. 173; Adas, Prophets of Rebellion; Lorne Larson, »The Ngindo: Exploring the Center of the Maji Maji Rebellion«, in: Giblin/Monson (Hg.), *Maji Maji*, S. 71–114, S. 103–105; Thaddeus Sunseri, »Majimaji and the Millenium: Abrahamic Sources and the Creation of a Tanzanian Resistance Tradition«, in: *History in Africa* 26 (1999), S. 365–378.

[108] Gwassa/Iliffe (Hg.), *Records*, S. 9, Interview mit Mzee Ndundule Mangaya aus Kipatimu, 7. August 1967; Gwassa, *Outbreak*, S. 111 f.

[109] Manuskript in Bodleian Library University of Oxford, MSS Afr. S. 452, R. M. Bell, 23. März 1941, »The Maji-Maji Rebellion 1905–1906«, Original im District Office Kilwa. S. 5. Vgl. auch R. M. Bell, »The Maji-Maji Rebellion in the Liwale District«, in: *Tanganyika Notes and Records* 28 (1950), S. 38–52, und eine Diskussion dieser Quelle bei Monson, »War of Words«, der auch meine Interpretation verpflichtet ist.

[110] »Denkschrift über die Ursachen des Aufstandes in Deutsch-Ostafrika 1905«, in: *Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages 1905/06*, Bd. 222, Aktenstück 194, Berlin 1906, S. 3080–3085, S. 3082. Das Erklärungsmuster, die Aufständischen seien durch »Zauberer« zur Rebellion verführt worden, pflegte auch die katholische Mission. Vgl. Hölzl, *Gläubige Imperialisten*, S. 232.

[111] Pallaver, »Paying in Cents«, S. 316.

[112] Justus Strandes, »Die ostafrikanische Münzfrage«, in: *Deutsche Kolonialzeitung*, 20. Jg., Nr. 46, 12. November 1903, S. 460 f., Zit. S. 461.

[113] Rudolf Hofmeister, *Kulturbilder aus Deutsch-Ost-Afrika*, Bamberg 1895, S. 18. Arbeitsniederlegungen wegen der niedrigen Geldlöhne auf den Plantagen und Missionsstationen waren keine Seltenheit. Im Bezirk Langenburg wurden für die Jahre 1894–1897 und 1901–1904 insgesamt zehn Streiks gezählt. Arnold, *Steuer*, S. 237.

[114] »21. Sitzung, 16. Januar 1906«, in: *Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, 11. Legislaturperiode, II. Session, 1905/06*, Bd. 1, Berlin 1906, S. 592.

[115] BArch R2/41876, Bl. 228, Stuhlmann (Stellvertreter des Gouverneurs), Dar es Salaam, an Kolonialabteilung Berlin, 7. Januar 1905.

[116] BArch R2/41876, Bl. 160–163, Gouverneur, Dar es Salaam, an Kolonialabteilung Berlin, 9. Mai 1904 (Abschrift), Bl. 161.

[117] Staatsarchiv Hamburg, Bestand O'swald 621-1/147, 18 Bd. 2, Dar es Salaam nach Hamburg, 6. August 1905.

[118] BArch R1003/61, Residentur Urundi, Usumbara, an Gouverneur in Dar es Salaam, 3. Januar 1911.

[119] Sunseri, *Vilimani*, S. 167.

[120] BArch R2/41877, Bl. 63, Kolonialabteilung an Schatzamt Berlin, 4. Oktober 1906.

[121] Rebecca Spang, *Stuff and Money in the Time of the French Revolution*, Cambridge, MA 2015, S. 100; C. George Caffentzis, *Clipped Coins, Abused Words, and Civil Government: John Locke's Philosophy of Money*, New York 1989, S. 49. Auch im 20. Jahrhundert galt international Falschmünzerei als grundlegende Untergrabung der öffentlichen Ordnung; s. Carolyn Biltoft, *A Violent Peace. Media, Truth, and Power in the League of Nations*, Chicago, IL 2021, S. 79.

[122] »Bestimmungen des Auswärtigen Amts, Kolonial-Abteilung, über die Behandlung der bei den amtlichen Kassen des Schutzgebiets Deutsch-Ostafrika eingehenden nachgemachten, gefälschten oder nicht mehr umlaufsfähigen deutsch-ostafrikanischen Landesmünzen, Münzen der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft, Reichsmünzen, Reichskassenscheine, Reichsbank- und Noten der Deutsch-Ostafrikanischen Bank, vom 29. Juni 1906«, in: *Deutsches Kolonialblatt*, 17. Jg., Nr. 14, 15. Juli 1906, hier § 4, Abs. 1.

[123] Pallaver, »›The African Native Has No Pocket‹«.

[124] P. J. du Toit, »Notes on the Coinage of German East Africa (Tanganyika)«, in: *Tanganyika Notes and Records* 31 (1951), S. 37–41.

[125] [Karl] Rathgen, »Geld und Geldwirtschaft«, in: Heinrich Schnee (Hg.), *Deutsches Kolonial-Lexikon*, Bd. 1: *A–G*, Leipzig 1920, S. 692–698, S. 694.

[126] *Jahresbericht Schutzgebiete 1897/98*, S. 64. S. auch Hans Wagner, *Die Ver-*

kehrs- und Handelsverhältnisse in Deutsch-Ostafrika, Frankfurt/O. 1896, S. 51.

127 BArch R2/41876, Bl. 160–163, Gouverneur Dar es Salam an Kolonialabteilung Berlin, 9. Mai 1904 (Abschrift), Bl. 162v. Vgl. auch Franz Stuhlmann, *Handwerk und Industrie in Ostafrika: Kulturgeschichtliche Betrachtungen, nebst einem Anhang: Die Gewinnung des Eisens bei den Nyamwezi von R. Stern*, Hamburg 1910 (Abhandlungen des Hamburgischen Kolonialinstituts), S. 129.

128 BArch R1001/1056, Bl. 21, »Wer trägt den Verlust?«, in: *Usambara-Post: Zeitung für die Nordbezirke Tanga, Pangani, Wilhelmstal*, 5. Jg., Nr. 43, 1. September 1906.

129 »Denkschrift über die Neuordnung des Münzwesens des Deutsch-Ostafrikanischen Schutzgebiets«, in: *Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages, 11. Legislaturperiode, I. Session, 1. Sessionsabschnitt 1903/1904*, 3. Anlageband [= Bd. 207], Berlin 1904, S. 1990–2028, S. 1994.

130 Dennis M. P. McCarthy, »Media as Ends: Money and the Underdevelopment of Tanganyika to 1940«, in: *Journal of Economic History* 36 (1976), S. 645–662, S. 662.

131 S. Michael Pesek, *Koloniale Herrschaft in Deutsch-Ostafrika: Expedition, Militär und Verwaltung seit 1880*, Frankfurt a. M. 2005, Kap. 4.

132 In Umlauf gesetzt wurde der Begriff von Arjun Appadurai, »Introduction: Commodities and the Politics of Value«, in: ders. (Hg.), *The Social Life of Things. Commodities in Cultural Perspective*, Cambridge 1986, S. 3–63, bes. S. 14 f. S. auch Comaroff/Comaroff, *Revelation*, Bd. 2, Kap. 4.

133 Eine besondere Hilfe für die folgenden Überlegungen war eine Studie zum Königreich Shambaa im Norden, westlich der Usambara-Berge: Steven Feierman, *Peasant Intellectuals: Anthropology and History in Tanzania*, Madison, WI 1990.

134 Ann Laura Stoler, *Along the Archival Grain. Epistemic Anxieties and Colonial Common Sense*, Princeton, NJ 2009.

135 Zu den entsprechenden Debatten in der europäischen Ethnologie um 1900 s. Timo Luks, *Die Ökonomie der Anderen: Der Kapitalismus der Ethnologen – eine transnationale Wissensgeschichte seit 1880*, Tübingen 2019, Kap. 5.

136 Comaroff/Comaroff, *Revelation*, Bd. 2, S. 174. Zu Vieh als Reichtumsform in Usambara im Nordosten Tansanias auch bereits Richard Thurnwald, *Black and White in East Africa, the Fabric of a New Civilization: With a chapter on Women by Hilde Thurnwald*, London 1935, S. 108.

137 Harold K. Schneider, *The Wahi Wanyaturu: Economics in an African Society*, Chicago, IL 1970, S. 68, 114.

138 Zum Hintergrund s. Thaddeus Sunseri, »The Entangled History of *Sadoka* (Rinderpest) and Veterinary Science in Tanzania and the Wider World,

1891–1901«, in: *Bulletin of the History of Medicine* 89 (2015), Nr. 1, S. 92–121. Zur Reichtumsvernichtung s. Comaroff/Comaroff, *Revelation*, Bd. 2, S. 209–212.

[139] Franz Stuhlmann, *Mit Emin Pascha ins Herz von Afrika*, Berlin 1894, S. 238; vgl. auch S. 339.

[140] Ernst Nigmann, *Die Wahehe: Ihre Geschichte, Kult-, Rechts-, Kriegs- und Jagd-Gebräuche*, Berlin 1908, S. 44 f.

[141] Eberhard von Sick, »Die Waniaturu (Walini)«, in: *Baessler-Archiv* 5 (1916), S. 1–61, S. 3, 61 (Zit.). Ein halbes Jahrhundert später hatte Harold K. Schneider, ein Vertreter der formalistischen Schule der Wirtschaftsanthropologie, für seine eigenen Feldforschungen in der Region starke Übereinstimmung mit von Sicks Ergebnissen festgestellt. Ders., *The Wahi Wanyaturu: Economics in an African Society*, Chicago, IL 1970.

[142] Sick, »Waniturru«, S. 4, 42.

[143] Brad Weiss, »Coffee, Cowries, and Currencies: Transforming Material Wealth in Northwest Tanzania«, in: Wim van Binsbergen (Hg.), *Commodification. Things, Agency, and Identities (The Social Life of Things revisited)*, Münster 2005, S. 175–200, hier, S. 181.

[144] Hermann Rehse, *Kiziba: Land und Leute*, Stuttgart 1910, S. 80 f.; Weiss, »Coffee«.

[145] Rehse, *Kiziba*, S. 80, 149.

[146] Von Sick, »Waniaturu«, S. 25 f.; Schneider, *Wahi Wanyaturu*, S. 66 f.

[147] Roy Willis, »An Indigenous Critique of Colonialism: The Fipa of Tanzania«, in: Talal Asad (Hg.), *Anthropology and the Colonial Encounter*, London 1973, S. 246–256.

[148] Parker Shipton, *Bitter Money: Cultural Economy and Some African Meanings of Forbidden Commodities*, Washington, D. C. 1989.

[149] Franz Ilwof, *Tauschhandel und Geldsurrogate in alter und neuer Zeit*, Graz 1882, S. 87, 59; Adolph Woermann, »Ueber Tauschhandel in Afrika«, in: *Mittheilungen der Geographischen Gesellschaft in Hamburg* 1 (1880/81), S. 29–43; ders., »Die Entwickelungsstufen der Geldwirthschaft«, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 26 (1876), Nr. 1, S. 15–26; Georg Thilenius, »Primitives Geld«, in: *Archiv für Anthropologie* N. Ser. 8 (1920), Nr. 1, S. 1–34.

[150] Friedrich Götz, *Das kontinentale Ostafrika: Reisebericht des K. u. K. Österreich-Ungarischen Konsuls in Zanzibar*, Wien 1907, S. 6.

[151] Für einen Überblick s. Anne Samson, »East and Central Africa«, in: Ute Daniel u. a. (Hg.), *1914–1918 online. International Encyclopedia of the First World War*, Eed. Freie Universität Berlin, Berlin 2016, online unter: {encyclopedia.1914-1918-online.net/article/east_and_central_africa}, letzter Zugriff 17.05.2021; s. auch Michael Pesek, *Das Ende eines Kolonialreiches: Ostafrika im Ersten Weltkrieg*, Frankfurt a. M. 2010; Moyd, *Violent Intermediaries*.

[152] Pesek, *Ende*, S. 41–70.

[153] »Die ostafrikanische Währung«, in: *Frankfurter Zeitung*, Nr. 351, 19. Dezember 1915.

[154] BArch R8204/102, Pressearchiv Deutsch-Ostafrikanische Bank, »Deutsch-Ostafrikanische Bank«, in: *Berliner Börsen-Courier*, 20. Februar 1920; BArch R8127/7297, Bl. 20–23, *Geschäftsbericht der Deutsch-Ostafrikanischen Bank für die Jahre 1915, 1916, 1917, 1918, 1919*, Berlin Februar 1920.

[155] Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft (ZBW) Kiel (nachfolgend ZBW), vormals Hamburgisches Kolonialinstitut, Pressearchiv: Geld, Währung Deutsch-Ostafrika, C 110 n 23: E.[rich] Krenkel, »Notenpresse und Kriegsmünze in Deutsch-Ostafrika«, in: *Wirtschaftsdienst*, hg. v. Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv, 15. u. 22. März 1918, Nr. 11 u. 12 (Seitenzahlen nicht sichtbar); *Tanganyika Territory, Annual Report by the Treasurer for the Financial Year 1923–1924*, Dar es Salaam 1924, S. 105.

[156] TNA G1/160, Runderlass an alle Bezirksämter, Tabora, 15. April 1916.

[157] TNA G1/161, Bl. 1, Gouverneur an Westbefehlshaber, Tabora, 20. Juni 1916.

[158] Ebd. (Zitat); BArch R2/41879, Währung Ostafrika 1913–1919, Bl. 35–39: Erich Krenkel, »Bericht über die Einrichtung einer Gouvernementsmünze in Tabora«, 10. Juli 1917, hier Bl. 35.

[159] ZBW, Pressearchiv: Geld, Währung Deutsch-Ostafrika, C 110 n 23: E.[rich] Krenkel, »Notenpresse«.

[160] E.[rich] Krenkel, »Der ostafrikanische Kriegsschauplatz«, in: *Geographische Zeitschrift* 26 (1920), Nr. 4–5, S. 105–117, S. 117. Die Textilknappheit hatte auch Auswirkung auf die Truppenversorgung. Frauen unter den deutschen Kolonialisten begannen deshalb eine Weberei, um Kleider und Decken für die Truppen herzustellen. S. Ada Schnee, »Ostafrikanisches Wirtschaftsleben im Kriege«, in: *Koloniale Rundschau*, 1918, Nr. 1/2, S. 9–25, S. 20.

[161] Tanja Bührer, *Die Kaiserliche Schutztruppe für Deutsch-Ostafrika: Koloniale Sicherheitspolitik und transkulturelle Kriegsführung 1885 bis 1918*, München 2011, S. 431, 442.

[162] Die Angaben zur Zahl, Funktion und Bezahlung der *ruga-ruga*, meist aus dem Gefolge lokaler Anführer stammende Hilfskrieger, schwanken stark. Britische Schätzungen gingen von bis zu 12.000 *ruga-ruga* auf deutscher Seite aus. S. Pesek, *Ende*, S. 188–193.

[163] Ebd., S. 127 f.

[164] Zum Vergleich: Auf den Plantagen wurden Männern Löhne von 12 bis 15 Rupien bezahlt, allerdings erhielten nur sehr wenige Arbeiter solche hohen Beträge. S. Pesek, *Ende*, S. 135. Die Rente betrug in der Vorkriegszeit 30 Rupien, die für den Bau eines Hauses vorgesehen waren. In Bagamoyo beschwerten sich ehemalige *askari*, dies sei zu wenig, um ein Haus zu bauen. S. Moyd, *Violent Intermediaries*, S. 179.

[165] TNA G1/161, Bl. 2, Bericht Generalmajor in Tabora, 21. Juni 1916.

166 Allerdings wurde dies ein Stück weit durch eine Produktionssteigerung der 5-Heller-Münzen aufgefangen.

167 Hier und im Folgenden F. Schumacher, »Die Prägung von Kriegsmünzen in Deutsch-Ostafrika«, in: *Deutsches Kolonialblatt* 30, Nr. 1–2, 1. Februar 1919, S. 4–9.

168 ZBW, Pressearchiv: Geld, Währung Deutsch-Ostafrika, C 110 n 23, Krekel, »Notenpresse«.

169 Schumacher, »Prägung von Kriegsmünzen«, S. 9.

170 S. auch, auf Grundlage deutscher Quellen, *Tanganyika Territory, Annual Report by the Treasurer for the Financial Year 1923–1924*, Dar es Salaam 1924, S. 102.

171 Moyd, *Violent Intermediaries*, S. 143 f.

172 D. D. Yonge, »The History of Tabora 15-Rupee Piece«, in: *Tanganyika Notes and Records*, 1964, Nr. 62, S. 49–56, S. 52.

173 Friedrich Schumacher, »Der Goldschatz von Tabora im ehemaligen Deutsch-Ostafrika«, in: *Geldgeschichtliche Nachrichten* 8 (1973), Nr. 33, S. 8–10.

174 Frederick Cooper, »Afrika in der kapitalistischen Welt«, in: Shalini Randeria, Andreas Eckert (Hg.), *Vom Imperialismus zum Empire. Nicht-westliche Perspektiven auf Globalisierung*, Frankfurt a. M. 2009, S. 37–72, S. 40.

175 Für eine Kritik solcher Perspektiven s. Emily Gilbert, »Common Cents: Situating Money in Time and Place«, in: *Economy and Society* 34 (2005), Nr. 3, S. 357–388, bes. S. 377 f.

176 Zu den Kolonien als Zentren, und nicht Peripherien, globaler Moderne s. Vanessa Ogle, »Whose Time Is It? The Pluralization of Time and the Global Condition, 1870s–1940s«, in: *American Historical Review* 118 (2013), Nr. 5, S. 1376–1402, bes. S. 1402; Zimmerman, »What Do You Really Want«, bes. S. 461; zur Moderne als Hybriditätserfahrung Comaroff/Comaroff, *Revelation*, Bd. 2.

Koppelung: Neue Schaltstellen, neue Öffentlichkeiten

1 Bundesarchiv Berlin (nachfolgend BArch) R8127/7297, Bl. 18 f., *Geschäftsbericht der Deutsch-Ostafrikanischen Bank für das Jahr 1920*, Berlin August 1921. Der genaue Betrag lautete 3.045.792 Rupien. Ein Jahr später, 1921, waren 3.525.139 Rupien von Noten in Silbergeld oder andere Wertformen eingelöst worden. Ebd., Bl. 16 f., *Geschäftsbericht der Deutsch-Ostafrikanischen Bank für das Jahr 1921*, Berlin Mai 1922.

2 Robert Maxon, »The Kenya Currency Crisis, 1919–21 and the Imperial Dilemma«, in: *Journal of Imperial and Commonwealth History* 17 (1989), Nr. 3, S. 323–348; Wambui Mwangi, »Of Coins and Conquest: The East African Currency Board, the Rupee Crisis and the Problem of Colonialism

in the East African Protectorate«, in: *Comparative Studies in Society and History* 43 (2001), Nr. 4, S. 763–787.

3 Vorbild war das bereits seit 1912 bestehende West African Currency Board. Anthony G. Hopkins, »The Creation of a Colonial Monetary System: The Origins of the West African Currency Board«, in: *African Historical Studies* 3 (1970), Nr. 1, S. 101–132.

4 TNA, Secretariat AB 205, Currency Officer, Treasury Dar es Salaam an Secretary, East African Currency Board, London, 13. Dezember 1922; League of Nations Archives, Genf (nachfolgend LNA) Box R2310, 6A/2978/551, *East African Currency Board, Report of the East African Currency Board for the Year ending June 30th, 1925*, London u. a. 1926, S. 4.

5 TNA, Secretariat AB 203, Vol. II, File 2762/2, The Planters Association, Tanga, an Chief Secretary in Dar es Salaam, 2. April 1925; LNA Box R39, 1/37084/15313, *Report by His Britannic Majesty's Government on the Mandated Territory of Tanganyika for the Year 1923*, London 1924, S. 34.

6 Patricia Clavin, *Securing the World Economy: The Reinvention of the League of Nations, 1920–1946*, Oxford 2013; Jamie Martin, *The Meddlers: Sovereignty, Empire, and the Birth of Global Economic Governance*, Cambridge, MA 2022.

7 LNA Box R40, 1/58370x/15313: Petition Rajabali Esmail, Bhalloo Thawer, 17. Februar 1927; LNA Box R2312, 6A/20432/551: Petition Jaffer Bhanji, 28. Mai 1930. Zu den Petitionen an den Völkerbund s. Susan Pedersen, »Samoa on the World Stage: Petitions and Peoples before the Mandates Commission of the League of Nations«, in: *Journal of Imperial and Commonwealth History* 40 (2012), Nr. 2, S. 231–261; dies., *The Guardians: The League of Nation and the Crisis of Empire*, Oxford 2015, Kap. 3; spezifisch zu Petitionen indischer Kaufleute aus Tanganyika s. Michael D. Callahan, *Mandates and Empire: The League of Nations and Africa, 1914–1931*, Brighton 1999, S. 100 f.

8 Tanganyika Territory, *Annual Report by the Treasurer of Tanganyika for Financial Year 1923–24*, Dar es Salaam 1924, S. 106.

9 Mein Verständnis von Öffentlichkeiten beruht auf Nancy Fraser, »Rethinking the Public Sphere: A Contribution to the Critique of Actually Existing Democracy«, in: *Social Text* 25/26 (1990), S. 56–80, einer kritischen Auseinandersetzung mit Jürgen Habermas, *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*, Frankfurt a. M. 1990 [1962]. Anschlüsse für die Geschichte der Weimarer Republik bieten Geoff Eley u. a. (Hg.), *German Modernities from Wilhelm to Weimar: A Contest of Futures*, London 2016; Kathleen Canning u. a. (Hg.), *Weimar Publics/Weimar Subjects: Rethinking the Political Culture of Germany in the 1920s*, New York 2010.

10 Jacques Rancière, *Das Unvernehmen. Politik und Philosophie*, Frankfurt a. M. 2002 [1995], S. 61.

5. Preisproteste und soziale Reproduktion

1 Patricia Clavin, *Securing the World Economy: The Reinvention of the League of Nations, 1920–1946*, Oxford 2013, S. 19.

2 League of Nations Archive, Genf (nachfolgend LNA), Box R306, 10/4446/4446x, Einladungsschreiben an Gustav Cassel und Arthur Pigou, verfasst vom Cambridge-Ökonom und späteren *Economist*-Chefredakteur Walter Layton, 18. Mai 1920 (Kopie).

3 Fünf Wirtschaftswissenschaftler verfassten Thesenpapiere, die teilweise bereits Monate im Voraus (die Konferenz musste mehrmals verschoben werden) gedruckt erschienen, und eine gemeinsame Erklärung. Neben Cassel waren dies Arthur Cecil Pigou (Großbritannien), Maffeo Pantaleoni (Italien), Charles Gide (Frankreich) und Gijsbrecht Weijer Ian Bruins (Niederlande). Ein Konferenzbericht stellte das größte Interesse an Cassels Intervention fest. Harry Arthur Siepmann, »The International Financial Conference at Brussels«, in: *The Economic Journal* 30 (1920), Nr. 120, S. 436–459, S. 438 f.; eine kommentierte Zusammenfassung von Cassels Text erschien vorab unter dem Titel »The World's Monetary Problems«, in: *The Economist*, 21. August 1920, S. 291 f. Zur Konferenz vgl. Barry Eichengreen, *Golden Fetters: The Gold Standard and the Great Depression*, New York, Oxford 1992, S. 154–157; Yann Decorzant, »Répondre à la demande sociale et à la demande du marché: les prémisses de la régulation économique dans les années 1920«, in: *Les cahiers IRICE* 2 (2008), Nr. 2, S. 107–126, S. 109–122; Clavin, *Securing the World Economy*, S. 16–22.

4 Gustav Cassel, »Memorandum on the World's Monetary Problems«, in: *International Financial Conference Brussels 1920: Memoranda of Economic Experts*, London 1920, S. 34–77, S. 51.

5 Cassel, »Memorandum«, S. 51 f.

6 Adam Tooze, *Sintflut. Die Neuordnung der Welt 1916–1931*, München 2017 [2014], S. 441–453.

7 Cassel, »Memorandum«, S. 51 f.

8 Siepmann, »International Financial Conference«, S. 459 (Zitat eines österreichischen Teilnehmers).

9 Bundesarchiv Berlin (nachfolgend BArch) R3101/12216, Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund Ortsausschuss Koblenz, E. Scherber, an Reichswirtschaftsministerium 3. Juli 1920, (Hervorh. im Orig.).

10 BArch R3101/12216, »Teuerungsunruhen«, in: *Deutsche Allgemeine Zeitung*, 1. Juli 1920, Morgen-Ausgabe; Martin H. Geyer, »Teuerungsprotest und Teuerungsunruhen 1914–1923. Selbsthilfegesellschaft und Geldentwertung«, in: Manfred Gailus (Hg.), *Der Kampf um das tägliche Brot: Nahrungsmangel, Versorgungspolitik und Protest 1770–1990*, Opladen 1994, S. 319–345, S. 328.

[11] Sebastian Teupe, *Zeit des Geldes: Die deutsche Inflation zwischen 1914 und 1923*, Frankfurt a. M. 2022, S. 90–93.

[12] Ebd., Kap. 2.3.

[13] Ich folge hier, wie im ganzen Abschnitt, Jane Guyer, »Composites, Fictions, and Risk: Toward an Ethnography of Price«, in: dies., *Legacies, Logics, Logistics: Essays in the Anthropology of the Platform Economy*, Chicago, IL 2016, S. 201–219.

[14] Nancy Fraser, »Behind Marx's Hidden Abode: For an Expanded Conception of Capitalism«, in: *New Left Review*, 2014, Nr. 86, S. 55–72, S. 62.

[15] Salar Mohandesi, Emman Teitelman, »Without Reserves«, in: Tithi Bhattacharya (Hg.), *Social Reproduction Theory: Remapping Class, Recentering Oppression*, London 2017, S. 37–67, S. 45. Zu Elementen der Subsistenzökonomie in der Inflationszeit s. Merith Niehuss, »Lebensweise und Familie in der Inflationszeit«, in: Gerald D. Feldman (Hg.), *Die Anpassung an die Inflation / The Adaptation to Inflation*, Berlin (BRD), New York 1986, S. 237–265, S. 251; Karin Hartewig, *Das unberechenbare Jahrzehnt: Bergarbeiter und ihre Familien im Ruhrgebiet, 1914–1924*, München 1993, S. 191–197; für eine Quelle zu den Verhältnissen in der österreichischen Inflation s. Ilse Arlt, »Der Einzelhaushalt«, in: Julius Bunzel (Hg.), *Geldentwertung und Stabilisierung in ihren Einflüssen auf die Sozialentwicklung in Österreich*, München, Leipzig 1925, S. 161–177, S. 170 f.

[16] Karen Hagemann, *Frauenalltag und Männerpolitik: Alltagsleben und gesellschaftliches Handeln von Arbeiterfrauen in der Weimarer Republik*, Bonn 1990, S. 44–50; dies., »Frauenprotest und Männerdemonstration. Zum geschlechtsspezifischen Aktionsverhalten im großstädtischen Arbeitermilieu der Weimarer Republik«, in: Bernd Jürgen Warneken (Hg.), *Massenmedium Straße: Zur Kulturgeschichte der Demonstration*, Frankfurt a. M., New York 1991, S. 202–230.

[17] Edward Palmer Thompson, »The Moral Economy of the English Crowd in the Eighteenth Century«, in: *Past and Present*, 1971, Nr. 50, S. 76–136, 79, 136.

[18] Tyler Stovall, »Du vieux et du neuf: économie morale et militantisme ouvrier dans les luttes contre la vie chère à Paris en 1919«, in: *Le mouvement social*, 1995, Nr. 170, S. 85–113.

[19] Ders., »Defining the common good and social justice: Popular and legal concepts of ›Wucher‹ in Germany from the 1860s to the 1920s«, in: Willibald Steinmetz (Hg.), *Private Law and Social Inequality in the Industrial Age: Comparing Legal Cultures in Britain, France, Germany, and the United States*, New York, Oxford 2000, S. 457–483, S. 460 (Zitat); ders., »Die Sprache des Rechts, die Sprache des Antisemitismus: ›Wucher‹ und soziale Ordnungsvorstellungen im Kaiserreich und der Weimarer Republik«, in: Christof Dipper u. a. (Hg.), *Europäische Sozialgeschichte: Festschrift für Wolfgang Schieder*, Berlin 2000, S. 413–429, S. 424 f., 427, 429.

[20] Karl Marx, *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*, Berlin (DDR) 1983 (= MEW, Bd. 42), S. 119 f.; Christopher J. Arthur, »The concept of money«, in: *Radical Philosophy*, 2005, Nr. 134, S. 31–40.

[21] Gegensätzliche Ansichten staatlicher Instanzen und der Frauenbewegung etwa in Karl Falck, *Preisüberwachung nach Abbau der Zwangsbewirtschaftung*, Berlin 1920, S. 9; Henriette Fürth, »Zum Ausgleich zwischen Lohn und Lebenskosten«, in: *Die Gleichheit: Zeitschrift für die Frauen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*, Nr. 15, 1. August 1921, S. 140.

[22] Franz Eulenburg, »Zur Theorie der Kriegswirtschaft. Ein Versuch«, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* 43 (1916), S. 349–396, S. 367. Eine Besprechung dieser Quelle bei Gerald D. Feldman, *The Great Disorder: Politics, Economics, and Society in the German Inflation, 1914–1924*, Oxford 1993, S. 52–55.

[23] Eulenburg, »Theorie der Kriegswirtschaft«, S. 371.

[24] Max Alsberg, »Wirtschaftsstrafrecht. Besonders die strafrechtliche Bekämpfung des Sozialwuchers«, in: Gerhard Anschütz (Hg.), *Handbuch der Politik*, Bd. 4, Berlin, Leipzig 1921, S. 143–159, S. 146.

[25] Eulenburg, »Theorie der Kriegswirtschaft«, S. 376.

[26] Vgl. Feldmans prägnante Formulierung: »Profiteering becomes the essence rather than the excrescence of the war economy.« Ders., *Great Disorder*, S. 53.

[27] Für vergleichende Perspektiven s. Thierry Bonzon, Belinda Davis, »Feeding the Cities«, in: Jay Winter, Jean-Louis Robert (Hg.), *Capital Cities at War: Paris, London, Berlin, 1914–1919*, Bd. 1, Cambridge 1997, S. 305–340; Roberto Bianchi, »Les mouvements contre la vie chère en Europe au lendemain de la Grande Guerre«, in: Pietro Causarano u. a. (Hg.), *Le XXe siècle des guerres*, Paris 2004, S. 237–245. Zur Schweiz Regula Pfeifer, »Frauen und Protest: Marktdemonstrationen in der deutschen Schweiz im Kriegsjahr 1916«, in: Anneliese Head-König, Albert Tanner (Hg.), *Frauen in der Stadt*, Zürich 1993, S. 93–110; dies., *Frauen und Protest: Marktdemonstrationen in der deutschen Schweiz im Kriegsjahr 1916*, Zürich 1993 (unveröff. Lizenziatsarbeit, Historisches Seminar Univ. Zürich).

[28] Belinda Davis, *Home Fires Burning: Food, Politics, and Everyday Life in World War I Berlin*, Chapel Hill, NC 2000, S. 80.

[29] Ebd., S. 74 f.

[30] Ebd., S. 160, 202, 234; Hartewig, *Jahrzehnt*, S. 222, 225.

[31] Tyler Stovall, *Paris and the Spirit of 1919. Consumer Struggles, Transnationalism and Revolution*, Cambridge 2012, S. 12 (Zitat), 292, 285. Zu den Konsumkämpfen siehe ebd., Kap. 5. Für einen Forschungsüberblick zur deutschen Situation in internationalem Kontext s. Klaus Weinhauer, »Konflikte am Arbeitsplatz und im Quartier. Perspektiven einer sozialgeschichtlichen Erforschung von Arbeitskämpfen und Konsumentenprotesten im 20. Jahrhundert«, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 38 (1998), S. 337–356.

[32] Staatsarchiv Hamburg (nachfolgend StArch HH), DSHG III, 371-8 III, Pr IV 49/7, Niederschrift über die elfte Tagung der Landes-, Provinz- und Bezirkspreisprüfungsstellen in Coburg, 19.–21. Oktober 1920, S. 12 (Aussage Dr. Busch, Direktor Preisprüfungsstelle für den Regierungsbezirk Wiesbaden), 14 (Dr. Falck). S. zur Quelle auch Feldman, *Great Disorder*, S. 246 f.; Michael Hughes, »Predatory Speculators, Honest Creditors: Money as Root of Evil or Proof of Virtue in Weimar Germany«, in: Mary Lindemann, Jared Poley (Hg.), *Money in the German-Speaking Lands*, Oxford, New York 2017, S. 219–233, S. 223.

[33] Michael Wildt, *Die Ambivalenz des Volkes: Der Nationalsozialismus als Gesellschaftsgeschichte*, Berlin 2019, Kap. 2.

[34] Hans-Ulrich Thamer, »Volksgemeinschaft: Mensch und Masse«, in: Richard van Dülmen (Hg.), Erfindung des Menschen: Schöpfungsträume und Körperbilder 1500–2000, Wien 1998, S. 367–386, Zit. S. 367.

[35] Martin Schumacher, *Land und Politik: Eine Untersuchung über politische Parteien und agrarische Interessen, 1914–1923*, Düsseldorf 1978; Jan Flemming, *Landwirtschaftliche Interessen und Demokratie: Ländliche Gesellschaft, Agrarverbände und Staat, 1890–1925*, Bonn 1978; Robert G. Moeller, »Winners as Losers in the German Inflation: Peasant Protest over the Controlled Economy, 1920–1923«, in: Gerald D. Feldman (Hg.), *Die Deutsche Inflation. Eine Zwischenbilanz*, Berlin, New York 1982, S. 255–288; ders., *German Peasants and Agrarian Politics 1914–1924: The Rhineland and Westphalia*, Chapel Hill, NC 1986.

[36] Carl-Ludwig Holtfrerich, *Die deutsche Inflation 1914–1923: Ursachen und Folgen in internationaler Perspektive*, New York 1980, S. 255–260.

[37] Molly Loberg, *The Struggle for the Streets of Berlin: Politics, Consumption, and Urban Space, 1914–1945*, Cambridge 2018, S. 75 f., 87.

[38] Ebd., S. 105.

[39] Davis, *Home Fires Burning*, S. 243; Dirk Schumann, »Der aufgeschobene Bürgerkrieg: Sozialer Protest und politische Gewalt in Deutschland 1923«, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 44 (1996), S. 526–544; ders.: *Politische Gewalt in der Weimarer Republik 1918–1933. Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg*, Essen 2001.

[40] Schumann, »Der aufgeschobene Bürgerkrieg«, S. 526–544; Petra Weber, *Gescheiterte Sozialpartnerschaft – Gefährdete Republik? Industrielle Beziehungen, Arbeitskämpfe und der Sozialstaat. Deutschland und Frankreich im Vergleich (1918–1933/39)*, München 2010, S. 345–349, Mark Jones, *Am Anfang war Gewalt. Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik*, München 2017.

[41] Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin (nachfolgend GStA), I. HA Rep. 77, 1059, Nr. 31c, Bd. 1, Besprechung mit Vertretern der SPD, USPD, Gewerkschaften, Arbeiter- und Konsumvereinen, 12. November 1919, Düsseldorf.

[42] GStA I. HA Rep. 77, 1059, Nr. 31c, Bd. 1, Zentralwucherstelle und rhein.-westfäl. Kohlenpolizei in Essen, 24.10.–1919–30.10.1920, Abschrift vom 14. November 1919 zur Sitzung vom 13. November 1919 mit Vertreter der Stadtverordnetenversammlung Düsseldorf; »Allerlei Neues vom Tage«, in: *Düsseldorfer Zeitung* Nr. 537, 30. November 1919.

[43] GStA I. HA Rep. 77, 1059, Nr. 31c, Bd. 1, Bericht über die Sitzung der rheinisch-westfälischen Wucherstellen vom 15. Juni 1920 in Düsseldorf (Zit. Beigeordneter Krolik); ebd., Bd. 2, Bl. 13 f.: »Tagung der Wucherämter«, Abschrift aus dem *General-Anzeiger Elberfeld-Barmen*, 16. Juni 1920; »Tagung der Wucherämter«, Bl. 15: Abschrift aus dem *Westfälischen Tageblatt Hagen*, 18. Juni 1920.

[44] Falck, *Preisüberwachung*, S. 1–4; Holtfrerich, *Inflation*, S. 88 f.; Geyer, *Verkehrte Welt*, S. 168 f.; Claudius Torp, *Konsum und Politik in der Weimarer Republik*, Göttingen 2011, S. 183–192.

[45] Torp, *Konsum und Politik*, S. 227, 230.

[46] Schäfer, »Die Tätigkeit der Wuchergerichte«, in: *Reichs-Arbeitsblatt: Amtsblatt des Reichsarbeitsministeriums und des Reichsamts für Arbeitsvermittlung*, Jg. 1922, Nr. 2, 31. Januar 1922, S. 56 f.; Geyer, *Verkehrte Welt*, S. 186–204; Feldman, *Great Disorder*, S. 75–77, 193 f.; Torp, *Konsum und Politik*, S. 227.

[47] Coenders, »Aus der Arbeit eines Wuchergerichts«, in: *Reichs-Arbeitsblatt: Amtsblatt des Reichsarbeitsministeriums und des Reichsamts für Arbeitsvermittlung*, Jg. 1922, Nr. 2, 31. Januar 1922, S. 57–59, S. 57.

[48] *Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, I. Wahlperiode 1920*, Bd. 369; Berlin 1924, Anlage 2700, S. 2658 f.; Bd. 373, Anlage 4290, S. 4656 f.; Bd. 377, Anlage 5735, S. 6646 f.

[49] Brandenburgisches Landeshauptarchiv (nachfolgend BLHA), Rep. 3B I HG, Nr. 3227, Regierungspräsident Frankfurt/O. an Minister des Inneren, 13. Juni 1922; Regierungspräsident Frankfurt/O. an Minister des Inneren, 13. Juli 1922; Regierungspräsident Frankfurt/O. an Minister des Innern, 26. Juli 1922.

[50] Geyer, *Verkehrte Welt*, S. 198.

[51] So der Pressespiegel in BArch R3001/6290, u. a. »Die neuen Wuchergerichte«, in: *Hamburger Nachrichten*, 13. Dezember 1919; »Die erste Tagung des Wuchersondergerichts«, *Berliner Tageblatt* Nr. 65, 5. Dezember 1920; »Gegen das Schiebergesindel«, in: *Vorwärts*, Nr. 655, 23. Dezember 1919.

[52] Dies wurde als ein Hauptproblem in einer Berichtsammlung preußischer Wucherstellen vom Jahr 1922 genannt. GStA I. HA Rep. 77, Tit. 1059b, Nr. 28a, Informationsreisen zur Prüfung Maßnahmen Wucherbekämpfung 1922, Berichte aus Pommern, Schlesien, Ost- und Westmark, Rheinprovinz, Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen, Hessen-Nassau, zusammengestellt am 7. Dezember 1922 von Staatsanwalt Wodtke: u. a. Bl. 5 (Zusammenfassung aller Berichte durch Staatsanwalt Wodtke), Bl. 12 f. (Kreis Kös-

lin, Pommern), Bl. 13 (Stralsund), Bl. 15 f. (Stettin), Bl. 23 (zusammenfassend zu Pommern), Bl. 56 f. (Düsseldorf), Bl. 61 (Aachen).

53 »Die Arbeit des Kriegswucheramtes«, in: *Vorwärts*, Nr. 320, 20. November 1918, S. 6; GStA I. HA Rep. 77, Tit. 1059b, Nr. 28a, Informationsreisen zur Prüfung Maßnahmen Wucherbekämpfung 1922, Bl. 3–5, Zusammenfassung vom 7. Dezember 1922 über die Kontrollreisen des Landespolizeiamts nach Pommern, Schlesien, Ostpreußen und Westmark, Rheinprovinz, Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen und Hessen-Nassau, gez. Staatsanwalt Wodtke, hier Bl. 4; GStA I. HA Rep. 151, HB, Nr. 1033 Finanzministerium, Bl. 156 f., Minister des Inneren an alle Staatsminister, Berlin, 27. November 1922.

54 BArch R3001/6290, »Die Verordnung über Wucher-Gerichte: Ein Zuchthaus-Paragraph für die Gastwirte!«, in: Sonderabdruck der *Gastwirts-Zeitung*, Nr. 49, 6. Dezember 1919; »Die neuen deutschen Wuchergerichte und die Hotelindustrie«, in: *Das Hotel. Organ des Internationalen Hotelbesitzer-Vereins*, 12. Dezember 1919; »Gegen die Schleichhandelsverordnung«, in: *Berliner Tageblatt*, Nr. 509, 10. Dezember 1919; »Zum Streik der Gastwirte«, in: *Freiheit*, 20. Dezember 1919.

55 StArch HH, DHSG III, 371-8 III Pr IV 49/7, Bl. 32, 11. Tagung der Landes-Provinzial- Bezirks- und Preisprüfungsstellen in Coburg: Leitsätze, § 3.

56 »Verordnung gegen Preistreiberei (Nr. 6337)«, in: *Reichsgesetzblatt 1918*, Nr. 66, S. 395–401, S. 395.

57 Torp, *Konsum und Politik*, S. 228; BArch R3101/12170, Auslegung der Verordnung gegen Preistreiberei, Paul Hartmann, »Was ist Preistreiberei?«, in: *Tageszeitung für Nahrungsmittel*, Nr. 360, 23. Dezember 1921.

58 Alsberg, »Wirtschaftsstrafrecht«, S. 150.

59 Manfred Lehmann, *Der Begriff des angemessenen Preises*, Greifswald 1920 (Diss. Univ. Breslau), S. 77 f.

60 BArch R3101/12167, Neuordnung der Kriegswuchergesetzgebung (Preistreibereiverordnung) Bundesrat, Tagung 1918, Nr. 88, »Entwurf einer Verordnung gegen Preistreiberei«, S. 10; BArch R3101/12140, Angemessener Preis und übermäßiger Gewinn 1917–1918, Kriegsernährungsamt an Deutschen Handelstag, 27. November 1916 (der Handelstag hatte in einer Konferenz die Marktlage als Orientierungswert postuliert, worauf das Kriegsernährungsamt entgegnete, auf diese Weise würde sich »ein sogenannter Marktpreis« bilden, »der für die große Masse der Bevölkerung ganz unerschwinglich hoch ist«); Falck, *Preisüberwachung*.

61 Für den Detailhandel nahmen die Behörden, außer zwischen Sommer 1920 und 1921, der Phase der relativen Stabilisierung, in der viele Preise sanken, meistens eine Notmarktlage an. S. Hartmut Kiehling, »Die wirtschaftliche Situation des deutschen Einzelhandels in den Jahren 1920 bis 1923«, in: *Zeitschrift für Unternehmensgeschichte* 41 (1996), S. 1–27, S. 3.

62 Alsberg, »Wirtschaftsstrafrecht«, S. 152.

63 Ebd.

64 BArch R3101/12169 Reichswirtschaftsministerium: Vorschläge zur Neuordnung der Kriegswuchergesetzgebung (Preistreibereiverordnung), März 1918–Juli 1921, Versammlung des Deutschen Handelstags, »Erklärung betreffend Kriegswucherrecht«, 3. Mai 1918.

65 Hans Geithe, *Wirkungen der Lebensmittelzwangswirtschaft der Kriegs- und Nachkriegszeit auf den Lebensmitteleinzelhandel*, Berlin 1925 (Diss. Univ. Halle/Saale), S. 130 f.

66 BArch R3001/6292, A. Zeiler, »Preisbemessung nach dem Marktpreis und nach dem gesunkenen Geldwert«, in: *Der Konfektionär*, Nr. 92, 17. November 1921; Friedrich Oppler, Magistratsassessor in Berlin, »Preisverwirrung«, in: *Vossische Zeitung*, Nr. 29, 18. Januar 1922; Max Alsberg, »Reform der Wucherrechtssprechung«, in: *Vossische Zeitung*, Nr. 64, 5. Februar 1922; »Wucher«, in: *Kölnische Zeitung*, Nr. 239, 4. April 1922.

67 GStA I HA Rep. 77, Tit. 1059b, Nr. 28a: Informationsreisen zur Prüfung Maßnahmen Wucherbekämpfung 1922; Bl. 61 f., Berlin, 8. Juni 1922, Bericht aus der Rheinprovinz (Bericht aus Aachen mit einem Statement zu Köln); Heinrich August Winkler, *Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924*, Bonn 1984, S. 389 (zur Preisprüfungsstelle Berlin); Hartmut Kiehling, »Einzelhandel und Konsum in Zeiten der Inflation 1920–1923«, in: Rolf Walter (Hg.), *Geschichte des Konsums: Erträge der 20. Arbeitstagung der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*, Stuttgart 2004, S. 275–312, S. 7.

68 Geithe, *Wirkungen*, S. 130.

69 BArch R3101/12167, Verband der Waren- und Kaufhäuser an Reichswirtschaftsministerium, Berlin, 16. April 1918.

70 BArch R3101/12167, Bericht der Preisprüfungsstelle Hamburg an den Senat, 13. Februar 1918 (Kopie), eingereicht von der Deputation für Handel, Schifffahrt und Gewerbe an den Staatssekretär des Kriegsernährungsamts, 26. Februar 1918.

71 BLHA Rep. 3B I HG, Nr. 3227, Frankfurt/Oder, Landespolizeiamt und Wucherstellen, März 1920–Dezember 1923, Regierungspräs. Frankfurt/O. an Landräte: Verordnung über Preisverzeichnisse und Preisschilder, 20. August 1920.

72 BArch R43-I/1246, Oktober 1919–Dezember 1923, Bl. 3 f., Badisches Ministerium des Inneren an Reichskanzlei, Karlsruhe, 10. Oktober 1919; Bl. 51 f., Entschließung an einer Versammlung des Badischen Beamtenbundes, Karlsruher Ortsverbandes der Beamtenvereine, Badischen Eisenbahnerverbandes, Verbandes des deutschen Verkehrspersonals, Arbeitsgemeinschaft, 17. Oktober 1919 in Karlsruhe. Post- und Eisenbahnkontrolle war auch eine Forderung der eigens gegründeten, 1919 kurzzeitig bestehenden Zeitschrift

»Der Wucher«. S. Hans Bähr, »Gegen den Wucher«, in: *Der Wucher: Unabhängige Wochenschrift gegen den Wucher*, 31. Mai 1919.

[73] Die Liste sollte nicht mehr als 50 Güter umfassen. Eine Zusammenstellung des Landespolizeiamts Preußen betrug rund doppelt so viele Posten für Schleichhandel. BArch R3101/12209, Bekämpfung des Schleichhandels und Schiebertums im Eisenbahnverkehr, Bericht zur Tagung des deutschen Eisenbahnverkehrsverbandes in Ellwangen 11./12. Februar 1920; Landespolizeiamt beim Staatssekretär für Volksernährung Berlin-Schöneberg, 29. Februar 1920.

[74] Alsberg, »Wirtschaftsstrafrecht«, S. 147 f. Zu dieser Generalisierung des Wucherbegriffs, Geyer, *Verkehrte Welt*, bes. S. 26, 188; ders., »Defining the Common Good«.

[75] BArch R3001/6292, Max Alsberg, »Reform der Wucherrechtssprechung«, *Vossische Zeitung* Nr. 64, 5. Februar 1922.

[76] Hier und im Folgenden Zitat BArch R3101/12161, Memorandum an Reichswirtschaftsminister, 21. Oktober1921 (Hervorh. im Orig.).

[77] Teupe, *Zeit des Geldes*, S. 143.

[78] BArch R43-I/2433, Reichskanzlei, Währung, Bl. 351–358: Julius Hirsch, Zur Valutakatastrophe, Wiesbaden, 4./5. Juli 1922, (Memorandum). Eine Diskussion dieser Quelle bei Feldman, *Great Disorder*, S. 467.

[79] BLHA Rep. 3B I HG, Nr. 3227, Frankfurt/Oder, Landespolizeiamt und Wucherstellen, März 1920–Dezember 1923, Minister des Innern an die Regierungspräsidenten, 2. September 1922; BArch R3101/12161, Wirtschaftsministerium Bekämpfung der Handelsmissstände, Wucher, Kettenhandel, Innenminister an sämtliche Ortspräsidenten, 14. September 1921.

[80] Arlt, »Einzelhaushalt«, S. 164. Vgl. auch Maier, *Politics of Inflation*.

[81] S. auch Niehuss, »Lebensweise und Familie«, S. 245; Teupe, *Zeit des Geldes*, S. 210.

[82] BArch R8034-II/4452 Reichslandbund-Pressearchiv, Bl. 48: Caupp (Direktor Psychiatrische Universitätsklinik Tübingen), »Markthallen-Psychose: Zur Psychologie der Teuerungskrawalle«, in: *Berliner Tageblatt*, 8. August 1923, Morgen-Ausgabe; Paul Bramstedt, »Valuta und Warenpreisbewegung«, in: *Reichs-Arbeitsblatt: Amtsblatt des Reichsarbeitsministeriums und des Reichsamts für Arbeitsvermittlung*, Jg. 1922, Nr. 2, 31. Januar 1922, S. 44–48, S. 48.

[83] Paul Beusch, *Währungszerfall und Währungsstabilisierung*, Berlin 1928, S. 10.

[84] Gustave, le Bon, *Psychologie der Massen*, Stuttgart 1973 [1895]; Jürgen Kruedener, »Die Entstehung des Inflationstraumas: Zur Sozialpsychologie der deutschen Hyperinflation 1922/23«, in: Gerald D. Feldman (Hg.), *Konsequenzen der Inflation*, Berlin 1989, S. 213–285; Urs Stäheli, *Spektakuläre Spekulation. Das Populäre der Ökonomie*, Frankfurt a. M. 2007, S. 288–291.

[85] BArch R8034-II/4452, Reichslandbund Pressearchiv, Bl. 48: Prof. Dr. Caupp, »Markthallen-Psychose: Zur Psychologie der Teuerungskrawalle«, in: *Berliner Tageblatt*, 8. August 1923, Morgen-Ausgabe.

[86] Bramstedt, »Valuta und Warenpreisbewegung«.

[87] Eine Goldmark entsprach dem 4,2ten Teil eines Dollars, entsprechend der Vorkriegsparität von 1913. S. Kiehling, »Einzelhandel«, S. 6, Fn. 36; Teupe, *Zeit des Geldes*, S. 228.

[88] Dieter Schott, *Die Konstanzer Gesellschaft, 1918–1924. Der Kampf um Hegemonie zwischen Novemberrevolution und Inflation*, Konstanz 1989, S. 465–468; Kiehling, »Einzelhandel«, S. 287.

[89] »Der Multiplikator«, in: *Vorwärts*, Nr. 384, 18. August 1923, S. 3; »Zahlenlos«, in: *Vorwärts*, Nr. 482, 15. Oktober 1923, S. 2 (Zitat).

[90] »Die Goldmark im Kleinhandel«, in: *Vorwärts*, Nr. 531, 13. November 1923, S. 6.

[91] Elli Radtke, »Wintersorgen«, in: *Die Gleichheit*, Nr. 22, 15. November 1921, S. 213 f.; E. H., »Haushaltsrechnung – Haushaltsplan«, in: *Die Gleichheit*, Nr. 5, 1. März 1922, S. 42 f.

[92] BArch RY1/1556, Bericht des Kontrollausschusses Moabit, 29. März 1923.

[93] BArch RY1/1556, Bericht des Kontrollausschusses Moabit, 3. Mai 1923; Bericht der Gruppe Wollwage vom 8. Mai 1923; Bericht der Gruppe Wollwage vom 12. Mai 1923.

[94] Winkler, *Arbeiterbewegung*, Kap. 3.5.

[95] Silvia Kontos, *Die Partei kämpft wie ein Mann: Frauenpolitik in der KPD in der Weimarer Republik*, Basel, Frankfurt a. M. 1979; Andrea Lefèvre, »Lebensmittelunruhen in Berlin 1920–1923«, in: Manfred Gailus (Hg.), *Der Kampf um das tägliche Brot: Nahrungsmangel, Versorgungspolitik und Protest 1770–1990*, Opladen 1994, S. 346–360.

[96] S. z. B. das alarmierte Schreiben des Wirtschaftsverbands Norddeutscher Hansa-Bund über entsprechende Schritte der Gewerkschaften: BArch R3101/12161, Bekämpfung der Handelsmissstände, Wucher, Kettenhandel Norddeutscher Hansa-Bund an Reichswirtschaftsminister, Hamburg, 23. November 1921.

[97] Davis, *Home Fires Burning*, S. 234. Die Räte selbst waren dann allerdings mit überwältigender Mehrheit männlich dominiert. Nur sehr wenige Frauen wurden als Rätevertreterinnen gewählt. Kathleen Canning, »Gender and the Imaginary of Revolution«, in: Klaus Weinhauer u. a. (Hg.), *Germany 1916–23: A Revolution in Context*, Bielefeld 2015, S. 103–126, S. 120 f.

[98] Larry Peterson, *German Communism, Workers' Protest, and Labor Unions: The Politics of the United Front in Rhineland–Westphalia 1920–1924*, Dordrecht 1993, S. 310.

[99] Peterson, *German Communism*, S. 140–142, 474, En. 27.

[100] *Bestand R 134 des Bundesarchivs, Koblenz: Reichskommissar für Über-*

wachung der öffentlichen Ordnung und Nachrichtensammelstelle im Reichsministerium des Innern: Lageberichte (1920–1929) und Meldungen (1929–1933). Veröffentlicht als Microfiche-Ausgabe, München 1979, Bericht Nr. 79, 16. September 1922, Bl. 65.

[101] S. bspw. Alfred Moeglich, »Bilanzverschleierung und Betriebsräte«, in: *Neue Zeit* 38 (1920), Nr. 3, 16. April 1920, S. 68–70; H. Harz, »Der Entwurf eines Betriebsbilanzgesetzes«, in: *Neue Zeit* 38 (1920), Nr. 19, 6. August 1920, S. 450–453; »Das Betriebsbilanzgesetz«, in: *Freiheit*, 4. Jg., Nr. 347, 28. Juli 1921, Morgen-Ausgabe; Weber, *Gescheiterte Sozialpartnerschaft*, S. 489.

[102] BArch RY1/1550, »Wie retten wir uns vor dem Untergang? Denkschrift, dem Reichsbetriebsrätekongress überreicht von der Kommunistischen Partei Deutschlands, zusammengestellt von Peter Quer«, Bl. 366 bzw. S. 6 der Denkschrift.

[103] Kontos, *Partei*; Atina Großmann, »German Communism and New Women: Dilemmas and Contradictions«, in: Helmut Gruber, Pamela Graves (Hg.), *Women and Socialism – Socialism and Women: Europe Between the World Wars*, Oxford, New York 1998, S. 135–170.

[104] Klaus-Michael Mallmann, *Kommunisten in der Weimarer Republik: Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung*, Darmstadt 1996, S. 133.

[105] BArch RY1/933, KPD, Richtlinien der Abteilung Frauen 1921–1931, Bl. 53, Richtlinien über die Frauen-Delegiertenversammlungen (o. D.) (Zitat); Großmann, »German Communism«.

[106] BArch RY1/933, KPD, Richtlinien der Abteilung Frauen 1921–1931, Bl. 9, Richtlinien für die Tätigkeit der Kontrollausschüsse der Hausfrauen (o. D.); Bl. 11, Frauenreichssekretariat der Kommunistischen Partei Deutschlands: Richtlinien für unsere Arbeit zur Bekämpfung der Teuerung (Zitat).

[107] BArch RY1/933, KPD, Richtlinien der Abteilung Frauen 1921–1931, Bl. 9 f., Richtlinien für die Tätigkeit der Kontrollausschüsse der Hausfrauen (o. D.); BArch RY1/1550, Steno. Protokoll der Betriebsrätekonferenz in Berlin, 23.–25. November 1922, S. 23 f., Protokoll 1. Verhandlungstag, Statement von Frau Kafka [ev. Kapka; vgl. Bl. 277 bzw. S. 93 Protokoll 3. Verhandlungstag], Kontrollausschuss der Berliner Hausfrauen.

[108] BArch RY1/1550, Steno. Protokoll Betriebsrätekonferenz in Berlin, 23.–25. November 1922, Bl. 277 f. bzw. S. 88 f., Protokoll 3. Verhandlungstag. S. auch Kontos, *Partei*.

[109] S. Anna Matschke, »Vorschläge für unsere Werbearbeit«, in: *Die Gleichheit*, Nr. 17–18, 1. September 1922, S. 166 f.; *Bestand R 134 des Bundesarchivs, Koblenz*, Bericht Nr. 79, 16. September 1922, Bl. 84.

[110] *Bestand R 134 des Bundesarchivs, Koblenz*, Bericht Nr. 84, 24. Januar 1923, Bl. 21; Bericht 87, 19. März 1923, Bl. 82; Gerald D. Feldman, »Bayern und Sachsen in der Hyperinflation 1922/23«, in: *Historische Zeitschrift* 238 (1984), Nr. 3, S. 569–609, S. 601.

[111] Als im Juli 1923 Plünderungen in Potsdam und Nowawes stattfanden, lud ein Berliner Kontrollausschuss »die kleine Kaufmannschaft« zu einer Veranstaltung, um zu beraten, wie durch Preiskontrollen Plünderungen vorzubeugen seien. BArch RY1/1556, Bl. 57.

[112] Kontos, *Partei*, S. 210 f.; Weber, *Gescheiterte Sozialpartnerschaft*, S. 508.

[113] BArch RY1/1556, Bl. 64, Zeitungsausschnitt (wahrsch. *Rote Fahne*): »Gegen Polizeischikanen und Verelendung«, 16. September 1923.

[114] [Anonym], »Zur Verhinderung von Lebensmittelunruhen«, in: *Mitteilungen für Preisprüfungsstellen*, hg. vom Reichswirtschaftsministerium, 5 (1920), Nr. 18/19, 15. September/1. Oktober 1920, S. 139 f.; Geyer, »Teuerungsprotest und Teuerungsunruhen«, S. 327.

[115] BArch R8083/18, Verband deutscher Hausfrauen, Bl. 50–68, Verband Deutscher Hausfrauenvereine, Hamburg, an Frauenbeirat im Reichsernährungsministerium (Ilse Müller), 26. Juni 1919, mit Berichten aus 19 Städten über die Tätigkeit der Hausfrauenvereine in den dortigen Preisprüfungsstellen.

[116] Schumann, »Der aufgeschobene Bürgerkrieg«.

[117] BArch R8034-II/4452, Reichslandbund Pressearchiv. Zur Zeitungsausschnittsammlung des Verbands s. Günther Meyer, »Das Pressearchiv des Bundes der Landwirte (1893–1945)«, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 7 (1959), S. 1121–1123.

[118] BArch R8034-II/4452, Reichslandbund Pressearchiv, Bl. 30, *Börsen-Courier*, Nr. 257, 5. Juni 1923. Für ähnliche Ausschreitungen gegen luxuriöse Gaststätten in Hamburg s. Karl Christian Führer, »Solidarität und Magenfrage – Arbeitslosenproteste und Arbeitslosenräte in Hamburg 1918–1923«, in: *1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts* 6 (1991) Nr. 2, S. 11–33, S. 13, 20.

[119] BArch R8034-II/4452, Reichslandbund Pressearchiv, Bl. 25, »Die Unsicherheit in Berlin«, in: *Deutsche Tages-Zeitung*, Nr. 521, 19. November 1922. Mit der Maßnahme wurden Vorkehrungen weiter systematisiert, die bereits ein Jahr zuvor, im November 1921, getroffen worden waren. S. Davis, *Home Fires Burning*, S. 245.

[120] BArch R8034-II/4452, Reichslandbund Pressearchiv, Bl. 50 f., »Auszug auf das Land: Gewaltsame Requisitionen«, in: *Vossische Zeitung*, 379, 12. August 1923.

[121] Feldman, *Great Disorder*, S. 467, 781.

[122] Die offizielle deutsche Position in der Frage, hinter die sich mit Ausnahme der äußersten Linken alle Parteien stellten, ist nachgezeichnet in Hermann Savelkouls, *Der Franc im Saargebiet*, Stuttgart 1921. Allerdings werden auch hier die Auseinandersetzungen mit Arbeiterinnen und Arbeitern vor Ort erwähnt; s. S. 40–47. Vgl. auch Bernhard Rausch, »Die Saarpolitik Frankreichs: Vorläufer und Vorbild seiner Politik am Rhein und an der Ruhr«, in: *Neue Zeit* 41 (1922/23), Nr. 17, 25. Februar 1923, S. 393–402, bes. S. 401 f.

[123] LNA Box R103, Class. 3/27721/12247, Premier rapport présenté à la Commission de Gouvernement par la Commission chargée d'étudier la situation monétaire du Territoire (o. D., ca. April 1923).

[124] LNA Box R103, Class. 3/16530/12247, Präsident der Regierungskommission, V. Rault, an Sir Eric Drummond, Generalsekretär des Völkerbunds, Saarbrücken, 5. Oktober 1921.

[125] LNA Box R103, Class. 3/16530/12247, Präsident Regierungskommission des Saargebiets, V. Rault, Saarbrücken, 4. Oktober 1921, Anhang: Rapport au sujet de la rénumération des Fonctionnaires employés et ouvriers communaux (o. D.), S. 2.

[126] LNA Box R103, Class. 3/[keine Dok.nr.]/12247, »La grève de Sarrebruck«, in: *Le Journal* (Paris), 11. November 1921.

[127] BArch R8034-II/4452, Reichslandbund Pressearchiv, Bl. 63 f., »Der badischer Arbeitsminister zu den Vorgängen in Lörrach«, in: *Karlsruher Zeitung*, 217, 19. September 1923.

[128] BArch R8034-II/4452, Reichslandbund Pressearchiv, Bl. 56, »Das Blutbad in Sorau: Hungernde Arbeiter gemordet in Sorau, in Lörrach, in Dortmund«, in: *Rote Fahne*, 18. September 1923.

[129] Hjalmar Schacht, *Die Stabilisierung der Mark*, Stuttgart u. a. 1927, S. 75 f.

[130] Feldman, *Great Disorder*, S. 785–787; Liliane Weissberg, »Notenverkehr: Antisemitische Motive auf dem Notgeld der 20er-Jahre«, in: Helmut Gold, Georg Heuberger (Hg.), *Abgestempelt: Judenfeindliche Postkarten*, Frankfurt a. M. 1999, S. 276–283; Bernd Widdig, *Culture and Inflation in Weimar Germany*, Berkeley, CA 2001, S. 92–94; Bernd Sprenger, *Das Geld der Deutschen: Geldgeschichte Deutschlands von den Anfängen bis zur Gegenwart*, Paderborn 2002 (3., aktualisierte und erw. Aufl.), S. 205–207; Erin Sullivan Maynes, *Speculating on Paper: Print Culture and the German Inflation, 1918–1924*, Los Angeles, CA 2014 (Diss. Univ. of Southern California); dies., »Making Money: *Notgeld* and the Material Experience of Inflation in Weimar Germany«, in: *Art History* 42 (2019), Nr. 4, S. 678–701.

[131] Feldman, *Great Disorder*, S. 681.

[132] Archiv des Auswärtigen Amts Berlin (nachfolgend AA) RZ208, R81667, Abt. IV Polen Politik 2 D, 1923, Akten: Anlage zur Note der polnischen Gesandtschaft, Bl. 71, Prot. 51. Ein weiteres Wortprotokoll, in dem die Geschehnisse im wesentlichen gleich, aber an eine andere Instanz erzählt wurden, ist Podhorcers Aussage gegenüber dem Arbeiterfürsorgeamt der jüdischen Organisationen, die in Krampitz, *Pogrom*, Karsten Krampitz, *Pogrom im Scheunenviertel: Antisemitismus in der Weimarer Republik und die Berliner Ausschreitungen 1923*, Berlin 2023, transkribiert ist S. 125.

[133] Aus der Vielzahl an Literatur vgl. Trude Maurer, *Ostjuden in Deutschland 1918–1933*, Hamburg 1986, S. 329–344; Reiner Zilkenat, »Das Progrom am 5. und 6. November 1923«, in: Thomas Raschke (Hg.), *Das Scheunenviertel:*

Spuren eines verlorenen Berlins, Berlin 1994, S. 95–102; Dirk Walter, *Antisemitische Kriminalität und Gewalt: Judenfeinschaft in der Weimarer Republik*, Bonn 1999, S. 151–154; David C. Large, »›Out with the Ostjuden‹: The Scheunenviertel Riots in Berlin, November 1923«, in: Werner Bergmann u. a. (Hg.), *Exclusionary Violence: Antisemitic Riots in Modern German History*, Ann Arbor, MI 2002, S. 123–140; Tobias Metzler, *Tales of Three Cities. Urban Jewish Cultures in London, Berlin, and Paris (1880–1940)*, Wiesbaden 2014; Loberg, *Struggle*, Kap. 2. Für die Debatten in der jüdischen Presse und die internationale Resonanz vgl. Cornelia Hecht, *Deutsche Juden und Antisemitismus in der Weimarer Republik*, Bonn 2003, S. 177–186; Stephanie Seul, »Transnational Press Discourses on German Antisemitism during the Weimar Republic: The Riots in Berlin's Scheunenviertel, 1923«, in: *Leo Baeck Institute Yearbook* 59 (2014), S. 91–120. Die Statements, die zehn jüdische Augenzeugen des Pogroms dem Arbeiterfürsorgeamt der jüdischern Organisationen abgegeben haben, sind zusammen mit einer detaillierten Rekonstruktion der Ereignisse in Krampitz, *Pogrom im Scheunenviertel* abgedruckt.

134 AA RZ207, R78719, Abt. III, Akten, Nl. Moritz Sobernheim, Schriftwechsel mit Friedemann 1922–1927, Bd. 2, Sobernheim an Friedemann, Berlin, 26. November 1923; LAB A Rep 358-01, Akte 2743, Bd. 3 (MFB 388), Polizeipräsident, Inspektion Alexander, Bericht der Polizeigruppe Mitte, Berlin, 7. Dezember 1923.

135 Maurer, *Ostjuden*, S. 330, nennt zur Kleidung der Angreifer als Quelle den *Vorwärts* und den Bericht, den Alfred Berger vom Arbeiterfürsorgeamt der jüdischen Organisationen Deutschlands dem Auswärtigen Amt erstattete. S. auch »Krawalle im Berliner Zentrum«, in: *Vossische Zeitung*. Nr. 525, 6. November 1923, Morgen-Ausgabe.

136 Maurer, *Ostjuden*, S. 331; LAB A Rep 358-01, Akte 2743, Bd. 2 (MFB 388), Bericht der Polizeigruppe Mitte, 7. Dezember 1923.

137 Lefèvre, »Lebensmittelunruhen«, S. 350; Robert Scholz, »Ein unruhiges Jahrzehnt: Lebensmittelunruhen, Massenstreiks und Arbeitslosenkrawalle in Berlin 1914–1923«, in: Manfred Gailus (Hg.), *Pöbelexzesse und Volkstumulte in Berlin: Zur Sozialgeschichte der Straße*, Berlin (BRD) 1984, S. 79–124, bes. S. 109–118.

138 Maurer, *Ostjuden*, S. 336.

139 Für die längere Geschichte antijüdischer Gewalt in Deutschland s. u. a. die Synthese von Werner Bergmann, *Tumulte, Excesse, Pogrome. Kollektive Gewalt gegen Juden in Europa 1789–1900*, Göttingen 2020 sowie Stefan Rohrbacher, *Gewalt im Biedermeier. Antijüdische Ausschreitungen in Vormärz und Revolution (1815–1848/49)*, Frankfurt a. M. 1993; Helmut Walser Smith, *The Butcher's Tale: Murder and Anti-Semitism in a German Town*, New York 2002; Bergmann u. a. (Hg.), *Exclusionary Violence*; Michael Wildt, *Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen*

Provinz 1919 bis 1939, Hamburg 2007; Hannah Ahlheim, *»Deutsche, kauft nicht bei Juden!« Antisemitismus und politischer Boykott in Deutschland 1924 bis 1935*, Göttingen 2012.

140 Manfred Gailus, »Was macht eigentlich die historische Protestforschung? Rückblick, Resümee, Perspektiven«, in: *Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen*, 2005, Nr. 34, S. 127–154, S. 138 f.

141 Feldman, *Great Disorder*, S. 201 f.; Paul Hoser, »Die Rosenbaum-Krawalle von 1921 in Memmingen«, in: Peter Fassl (Hg.), *Geschichte und Kultur der Juden in Schwaben*, Bd. 3, Augsburg 2007, S. 95–110.

142 Maurer, *Ostjuden*, S. 334; Large, »Out«, S. 127.

143 Ian Kershaw, *Hitler 1889–1936*, München 1998, S. 182, 189, 198.

144 Eberhard Jäckel, Axel Kuhn (Hg.): *Adolf Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905–1924*, Stuttgart 1980, Nr. 275, S. 458: Rosenheim, 19. August 1921.

145 Ebd., Nr. 280, S. 467: München, 31. August 1921.

146 Geyer, »Sprache des Rechts«.

147 R. W., »Jagd auf Juden«, in: *Jüdische Rundschau*, Nr. 15, 24. Februar 1920, S. 99. Zum Kontext der Razzien und dieser Quelle s. Loberg, *Struggle*, S. 94–96.

148 Mark Jones, *1923: Ein deutsches Trauma*, Berlin 2022, S. 295 f.

149 AA RZ208, R81667, Abt. IV Polen Politik 2 D, 1923, Akten: Anlage zur Note der polnischen Gesandtschaft, Bl. 63, Prot. 46.

150 Grundlage der Zählung sind die Protokolle der polnischen Botschaft: AA RZ208, R81667, Abt. IV Polen Politik 2 D, 1923, Akten: Anlage zur Note der polnischen Gesandtschaft.

151 AA RZ208, R81667, Abt. IV Polen Politik 2 D, 1923, Akten: Anlage zur Note der polnischen Gesandtschaft, Bl. 20, Prot. 12; Politik 2 Polen, Abt. IVa Polen, Akten betreffend: Polenbewegung in Deutschland, 1. Januar 1924–15. Mai 1924, Bd. 12, Bl. 30, Prot. 12.

152 Leimann war im Dezember 1923 aus Berlin abgereist, weshalb ihn die Polizei – die bemüht war, Vorwürfe der Polizeigewalt mit detaillierten Fragetechniken nach Möglichkeit zu widerlegen – nicht zu einer zweiten Einvernahme vorladen konnte. AA RZ208, R81667, Abt. Iva Politik 2 Polen, Polen, Akten betreffend: Polenbewegung in Deutschland, 1. Januar 1924–15. Mai 1924, Bd. 12, Bl. 76, Prot. 35.

153 LAB A Rep. 358-01, Akte 2743, Bd. 2 (MFB 388), 19./20. Juni 1925, 2. Strafkammer Landgericht 1 in Berlin. Der Gerichtsfall behandelte die Revision eines erstinstanzlichen Urteils, die fünf Polizeibeamte anstrebten. Er führte zu einem Freispruch und vier erneuten Verurteilungen.

154 Zu den fantasmatischen und performativen Dimensionen in Pogromen s. William Hagen, »The Moral Economy of Ethnic Violence: The Pogrom in Lwow, November 1918«, in: *Geschichte und Gesellschaft* 31 (2005), Nr. 2, S. 203–226.

155 LAB A Rep. 358-01, Akte 2743, Bd. 2 (MFB 388) 19./20. Juni 1925, 2. Strafkammer Landgericht 1 in Berlin, Polizeipräsident, Inspektion Alexander, Bericht der Polizeigruppe Mitte, Berlin, 7. Dezember 1923.

156 Ahlheim, *Antisemitismus*, S. 68–74; Avraham Barkai, *Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus*, Frankfurt a. M. 1988 (erw. Neuaufl.), S. 29–34.

157 Karl Marx, *Das Kapital: Kritik der politischen Ökonomie*, Bd. 1, Berlin (DDR) 1971 [1873, 2. Aufl.], S. 85–98, 105–108; ders., *Das Kapital: Kritik der politischen Ökonomie*, Bd. 3, Berlin 1989 [1896], S. 404–412.

158 Max Horkheimer, Theodor W. Adorno, *Dialektik der Aufklärung: Philosophische Fragmente*, Frankfurt a. M. 1969 [zuerst 1944], S. 183; Michael Heinrich, *Kritik der politischen Ökonomie. Eine Einführung*, Stuttgart 2004, Kap. 10.2; Moishe Postone, »Die Logik des Antisemitismus«, in: *Merkur* 36, Nr. 403, Januar 1982, S. 13–25. Postones systematische Ableitung des Antisemitismus aus dem Warenfetisch (Marx' Begriff des Fetischs war vielfältiger) ist in einem Teil der Forschung kanonisiert worden. Während mir daran liegt, den Fetischbegriff als kritisches Analysewerkzeug zu nutzen – wozu Postone einen Impuls gegeben hat –, richtet sich die hier vorgelegte Analyse gegen dessen eindimensionale Anwendung.

159 Alexa Stiller, »*Völkisch* Capitalism: Himmler's Bankers and the Continuity of Capitalist Thinking and Practice in Germany«, in: Moritz Föllmer, Pamela Swett (Hg.), Reshaping Capitalism in Weimar and Nazi Germany, Cambridge 2022, S. 278–304.

160 Ahlheim, *Antisemitismus*, S. 68–74; Barkai, *Wirtschaftssystem*, S. 29–34.

161 Mark Loeffler, *Producers and Parasites: The Critique of Finance in Germany and Britain, 1873–1933*, Chicago, IL 2012 (Diss. Univ. of Chicago), S. 173.

162 Herbert Marcuse, »Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung«, in: Wolfgang Abendroth (Hg.), *Faschismus und Kapitalismus: Theorien über die sozialen Ursprünge und die Funktion des Faschismus*, Frankfurt a. M. 1967 [1934], S. 39–74, S. 45 f.

163 Ebd., S. 46.

164 Ebd., S. 39, 46; Stiller, »*Völkisch* Capitalism«.

165 BLHA Rep. 3B I HG, Nr. 3227, Frankfurt/Oder, Landespolizeiamt und Wucherstellen, März 1920–Dezember 1923, Regierungspräsident Frankfurt an der Oder an Minister des Inneren, 13. Juli 1922.

166 Eulenburg, »Theorie der Kriegswirtschaft«, S. 367.

167 Für einen direkten Bezug auf die pluralen Temporalitäten der deutschen Zwischenkriegszeit s. Michael Wildt, *Zerborstene Zeit. Deutsche Geschichte 1918–1945*, München 2022. Geyer, *Verkehrte Welt*; Schott, *Konstanzer Gesellschaft*; Feldman, *Great Disorder*; Widdig, *Culture and Inflation*.

6. Materielle Temporalitäten und die Geldhaftigkeit des Geldes

1 Moritz Julius Bonn, *Das Schicksal des deutschen Kapitalismus*, Berlin 1930 (3., erw. Ausgabe, Erstaufl. 1926), S. 19.

2 Bonn hatte auch wesentlich die Rezeption von John Maynard Keynes in Deutschland eingeleitet. Roman Köster, »Vor der Krise. Die Keynes-Rezeption in der Weimarer Republik«, in: *Mittelweg 36* 22 (2013), Nr. 3, S. 32–46; Jens Hacke, »Moritz Julius Bonn – liberale Krisendiagnostik in der Weimarer Demokratie«, in: Moritz Julius Bonn, *Zur Krise der Demokratie: Politische Schriften in der Weimarer Republik 1919–1932*, hg. v. Jens Hacke, Berlin 2015, S. 1–38; ders., *Existenzkrise der Demokratie: Zur politischen Theorie des Liberalismus in der Zwischenkriegszeit*, Berlin 2018, bes. Kap. V.

3 Der jüngste Überblick, der die reichhaltige Literatur zum Thema synthetisiert, ist Sebastian Teupe, *Zeit des Geldes: Die deutsche Inflation zwischen 1914 und 1923*, Frankfurt a. M., New York 2022.

4 Gerald D. Feldman, *The Great Disorder: Politics, Economics, and Society in the German Inflation, 1914–1924*, New York, Oxford 1993; S. 351; Heinrich August Winkler, *Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924*, Bonn 1984, S. 390 f.; Niall Ferguson, *Paper and Iron: Hamburg Business and German Politics in the Era of German Inflation, 1897–1927*, Cambridge 1995, S. 319. Vgl. aber die differenzierte Beurteilung durch Harold James, dass das Programm zur Erfassung der Sachwerte zwar keine Aussicht auf Umsetzung gehabt, aber doch wesentliche reparationspolitische Züge des 1924 geschlossenen Dawes-Abkommen vorgespurt habe. Ders., »Das Reichswirtschaftsministerium und die Außenwirtschaftspolitik: ›Wir deutschen Pleitokraten, wir sitzen und beraten‹«, in: Carl-Ludwig Holtfrerich (Hg.), *Wirtschaftspolitik in Deutschland 1917–1990*, Bd. 1: *Das Reichswirtschaftsministerium der Weimarer Republik und seine Vorläufer. Strukturen, Akteure, Handlungsfelder*, Berlin 2016, S. 517–578, S. 531.

5 Ute Tellmann, *Life and Money: The Genealogy of the Liberal Economy and the Displacement of Politics*, New York 2018, S. 151.

6 Für Geoffrey Ingham, einen Keynes' Theorie verpflichteten Soziologen, wird die Geldhaftigkeit von Geld durch die Setzung einer Recheneinheit definiert: »›Moneyness‹ is *assigned* by the money of account, not by the form of money.« Ders., *The Nature of Money*, Malden, MA 2004, S. 12, 70 (Zit.), 198.

7 Tellmann, *Life and Money*, S. 146, 151.

8 Zum Stichwort der »Flucht in die Sachwerte« vgl. bspw. Martin H. Geyer, *Verkehrte Welt. Revolution, Inflation und Moderne: München 1914–1924*, Göttingen 1998, S. 24; Ferguson, *Paper and Iron*, S. 330 f.

9 So dezidiert André Orléan, »Crise de souveraineté et crise monétaire:

l'hyperinflation allemande des années 1920«, in: Bruno Théret (Hg.), *La monnaie dévoilée par ses crises*, Bd. 2, Paris 2007, S. 177–220, S. 210, 218. Vgl. auch die, aus unterschiedlichen Blickwinkeln, theoriegeleiteten Untersuchungen zum früh- und postsowjetischen Gütertausch: Pepita Ould Ahmed, »Les transitions monétaries en URSS et en Russie: Une continuité par-delà la rupture«, in: *Annales HSS* 58 (2003), Nr. 5, S. 1107–1135; David Woodruff, *Money Unmade: Barter and the Fate of Russian Capitalism*, Ithaca, NY 1999.

10 Irving Fisher, »Stabilizing the Dollar«, in: *American Economic Review*, Supplement, Papers & Proceedings of the Thirty-First Annual Meeting of the AEA, 9 (1919), Nr. 1, S. 156–160, S. 159. Zu Fisher s. Eli Cook, *The Pricing of Progress: Economic Indicators and the Capitalization of American Life*, Cambridge, MA 2017, Kap. 8.

11 Ernst Wagemann, *Allgemeine Geldlehre*, Bd. 1: *Theorie des Geldwerts und der Währung*, Berlin 1923; Irving Fisher, *Feste Währung. Zur Entwicklungsgeschichte der Idee*; mit einem Vorwort von Ernst Wagemann, Uchtdorf 1937. Ich danke Sebastian Teupe für den Hinweis auf Wagemann.

12 Charles Maier, »The Politics of Inflation in the Twentieth Century«, in: ders., *In Search of Stability: Explorations in Historical Political Economy*, Cambridge 1987, S. 187–224, S. 193.

13 R. H., »Die Wiedergutmachung und die deutsche Politik: Die Besteuerung an der Quelle«, in: *Freiheit: Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands*, 4. Jg., Nr. 323, 14. Juli 1921, Morgen-Ausgabe. (Nachfolgend wird der Titel als *Freiheit* abgekürzt).

14 [Rudolf Hilferding], »Klarheit«, in: *Freiheit*, 4. Jg., Nr. 367, 9. August 1921, Morgen-Ausgabe.

15 Feldman, *Great Disorder*, S. 36–51; Claus-Dieter Krohn, *Stabilisierung und ökonomische Interessen: Die Finanzpolitik des deutschen Reiches, 1923–1927*, Düsseldorf 1974, Kap. 1.

16 Theo Balderston, *Economics and Politics in the Weimar Republic*, Cambridge 2002, S. 38.

17 Simon Mee, *Central Bank Independence and the Legacy of the German Past*, Cambridge 2019, S. 45–47.

18 Stefanie Middendorf, *Macht der Ausnahme. Reichsfinanzministerium und Staatlichkeit (1919–1945)*, Berlin 2022, Teil I.

19 Peter-Christian Witt, »Tax Policies, Tax Assessment and Inflation: Towards a Sociology of Public Finances in the German Inflation, 1914–23«, in: ders. (Hg.), *Wealth and Taxation in Central Europe: The History and Sociology of Public Finance*, Leamington Spa 1987, S. 137–160, S. 146.

20 Marc Buggeln, *Das Versprechen der Gleichheit: Steuern und soziale Ungleichheit in Deutschland von 1871 bis heute*, Berlin 2022, S. 297; Feldman, *Great Disorder*, S. 160–165.

21 Witt, »Tax Policies«, S. 155.
22 Buggeln, *Versprechen der Gleichheit*, S. 305.
23 Witt, »Tax Policies«, S. 153, 150 f.
24 Witt, »Tax Policies«, S. 149.
25 Zum Folgenden auch Teupe, *Zeit des Geldes*, S. 104–109.
26 Barry Eichengreen, *Golden Fetters: The Gold Standard and the Great Depression*, Oxford 1992, S. 128, 131.
27 James, »Reichswirtschaft und Außenwirtschaftspolitik«, S. 529 f.
28 Teupe, *Zeit des Geldes*, S. 109.
29 Feldman, *Great Disorder*, S. 309; Ferguson, *Paper and Iron*, S. 311; Steven Webb rechnet noch eine Milliarde Besatzungskosten hinzu und kommt auf insgesamt vier Milliarden. Steven Webb, »Fiscal News and Inflationary Expectations in Germany After World War I«, in: *Journal of Economic History* 46 (1986), Nr. 3, S. 769–794, S. 784.
30 Webb, »Fiscal News«, S. 784; Eichengreen, *Golden Fetters*, S. 131.
31 Martin Schumacher, *Land und Politik: Eine Untersuchung über politische Parteien und agrarische Interessen, 1914–1923*, Düsseldorf 1978, S. 281–284, die höhere Zahl von 17,5 Mia. bei Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 4: *Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914–1949*, München 2003, S. 280. Vgl. auch die abwägenden Ausführungen bei Robert G. Moeller, »Winners as Losers in the German Inflation: Peasant Protest over the Controlled Economy, 1920–1923«, in: Gerald D. Feldman u. a. (Hg.), *Die Deutsche Inflation. Eine Zwischenbilanz*, Berlin, New York 1982, S. 255–288 und Jonathan Osmond, »Peasant Farming in South and West Germany during War and Inflation 1914 to 1924: Stability or Stagnation?«, in: ebd., S. 289–307. In Nordrhein-Westfalen und Bayern kam die Entschuldung durch die Markentwertung und die steigenden Produktpreise den Bauern auf jeden Fall zugute, aber die entstehenden Vorteile konnten nicht in Produktivitätszuwächse oder Landkäufe umgesetzt werden.
32 Für ein klares Statement, dass die großen Industriekapitalien am meisten profitierten s. Krohn, *Stabilisierung*, S. 19–21. Dort auch der Hinweis auf eine massive Substanzvermehrung der Industrie, indem die Sachwerte der deutschen Wirtschaft 1924 im Vergleich zu 1913 um 26 Prozent zugenommen hätten. Ebd., S. 21.
33 Teupe, *Zeit des Geldes*, S. 193–195.
34 Dieter Lindenlaub, *Maschinenbauunternehmen in der deutschen Inflation 1919–1923. Unternehmenshistorische Untersuchungen zu einigen Inflationstheorien*, Berlin, New York 1985, S. 123 f., 199.
35 Ebd., S. 71, 77 f., 81.
36 Allerdings gilt auch hier wieder eine Einschränkung: Harald Wixforth zeigt, dass die Großbanken, entgegen früheren Annahmen, gut durch die

Inflation kamen, die für einen Konzentrationsprozess im Sektor sorgte. Ders., »Die Banken und der Kollaps der Mark. Zur Lage des Bankwesens während der Inflation von 1918 bis 1923«, in: Manfred Köhler, Ulrich Keith (Hg.), *Banken, Konjunktur und Politik. Beiträge zur Geschichte deutscher Banken im 19. und 20. Jahrhundert*, Essen 1995, S. 55–73.

37 Julius Hirsch, *Die deutsche Währungsfrage*, Jena 1924, S. 15 f., Fn.

38 Martin H. Geyer, *Kapitalismus und politische Moral in der Zwischenkriegszeit. Oder: Wer war Julius Barmat?*, Hamburg 2018, S. 93. Amexima expandierte dann in der Stabilisierungszeit 1924 nochmals stärker. Damit war Barmat ein Ausnahmefall, der sowohl von der Inflation als auch der anschließenden Stabilisierung profitieren konnte. Denn 1924 trocknete der Geldmarkt schlagartig aus, die Zinsen schossen in die Höhe und Barmat gehörte zu den vergleichsweise Wenigen, die noch Zugang zu Krediten hatten. S. auch Michael Hughes, »Predatory Speculators, Honest Creditors: Money as Root of Evil or Proof of Virtue in Weimar Germany«, in: Mary Lindemann, Jared Poley (Hg.), *Money in the German-Speaking Lands*, Oxford, New York 2017, S. 219–233, S. 222.

39 Gerald D. Feldman, *Hugo Stinnes: Biographie eines Industriellen 1870–1924*, München 1998.

40 So eine zeitgenössische Charakterisierung, s. Curt Geyer, *Drei Verderber Deutschlands: Ein Beitrag zur Geschichte Deutschlands unter der Reparationsfrage von 1920–1924*, Berlin 1924.

41 Hacke, *Existenzkrise*, S. 313, bes. Fn. 90.

42 »In zwölfter Stunde: Dollar = 205 Mark«, in: *Freiheit*, 4. Jg., Nr. 517, 4. November 1921, Morgen-Ausgabe.

43 »Denkschrift des Reichswirtschaftsministers zur Erfüllung des Londoner Zahlungsplanes, 19. Mai 1921«, in: Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften/Bundesarchiv (Hg.), *Akten der Reichskanzlei. Die Kabinette Wirth I und II (1921/22)*, Bd. 1: *Mai 1921 bis März 1922*, Bopphard am Rhein 1973, S. 7–13. Eine zweite Denkschrift, »Die Belastung der Sachwerte als Teil des Reparationsprogramms«, wurde am 27. Juni 1921 vorgelegt und in Hirsch, *Währungsfrage*, S. 58–69, wieder abgedruckt. Im Folgenden wird nach dieser Broschüre zitiert.

44 Adam Tooze, *Statistics and the German State, 1900–1945: The Making of Modern Economic Knowledge*, Cambridge 2001, S. 79. Zu den sozialliberalen Leitsätzen im Reichswirtschaftsministerium, der 1917 geschaffenen wirtschaftspolitischen Schaltstelle der Republik, wonach Produktivitätssteigerung und staatliche Regulierung der Wirtschaft bei gleichzeitiger Schaffung von Konkurrenzbedingungen und Konsumstimulierung Wachstum und Vollbeschäftigung garantieren sollten, s. Tim B. Müller, »Die Geburt des Sozial-Liberalismus aus dem Geist der Verwaltung. Zur Erfindung der modernen Wirtschaftspolitik in der Weimarer Republik«, in: Anselm

Doering-Manteuffel, Jörn Leonhard (Hg.), *Liberalismus im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 2015, S. 127–155; ders.: »Demokratie, Kultur und Wirtschaft in der deutschen Republik«, in: ders., Adam Tooze (Hg.), *Normalität und Fragilität. Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg*, Hamburg 2015, S. 259–293.

45 Hirsch, *Währungsfrage*, S. 67.

46 Ebd., S. 61.

47 Ebd., *Währungsfrage*, S. 64. Die erste Fassung vom 19. Mai 1921 war noch von 20–22 Mia. Papiermark ausgegangen. *Kabinette Wirth I und II*, Bd. 1, S. 10.

48 Hirsch, *Währungsfrage*, S. 68, s. auch Feldman, *Great Disorder*, S. 350.

49 Bundesarchiv Berlin (nachfolgend BArch), R43-I/20, Ausführungen des Friedensvertrags Bd. 9: April–Juli 1921, Bl. 100 f.: Chefbesprechung, 23. Mai 1921, Aussage von Staatssekretär Heinrich Zapf.

50 Anna Karla, »Westeuropas Wiederaufbau – *Made in Germany?* Baumaterial aus Deutschland im Versailler Vertrag«, in: *Zeithistorische Forschungen* 13 (2016), Nr. 1, S. 426–441.

51 Hermann Rupieper, »Die Freien Gewerkschaften und der Versailler Vertrag, 1919–1923«, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 29 (1978), S. 482–499, S. 495; Feldman, *Great Disorder*, S. 356, 404; Agnete von Specht, *Politische und wirtschaftliche Hintergründe der deutschen Inflation 1918–1923*, Frankfurt a. M. 1982, S. 92–98; Hirsch, *Währungsfrage*, S. 11.

52 BArch Koblenz, N1708/1, Nl. Julius Hirsch, Tagebuch 1917–1923, S. 94.

53 Geyer, *Verderber*, S. 117; Karla, »Westeuropas Wiederaufbau«.

54 Kurt Singer, »Eingriff in die Substanz?«, in: *Wirtschaftsdienst*, hg. v. Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv, Nr. 35, 2. September 1921, S. 461–462; Feldman, *Great Disorder*, S. 350, 363, 370; Specht, *Hintergründe*, S. 71; Petra Weber, *Gescheiterte Sozialpartnerschaft – Gefährdete Republik? Industrielle Beziehungen, Arbeitskämpfe und der Sozialstaat. Deutschland und Frankreich im Vergleich (1918–1933/39)*, München 2010, S. 504 f.

55 Rupieper, »Freie Gewerkschaften«.

56 Peter-Christian Witt, »Staatliche Wirtschaftspolitik in Deutschland 1918–1923: Entwicklung und Zerstörung einer modernen wirtschaftspolitischen Strategie«, in: Gerald D. Feldman (Hg.), *Die Deutsche Inflation. Eine Zwischenbilanz*, Berlin, New York 1982, S. 151–179; Müller, »Geburt des Sozial-Liberalismus«; ders., »Demokratie, Kultur und Wirtschaft in der deutschen Republik«, in: ders., Adam Tooze (Hg.), *Normalität und Fragilität. Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg*, Hamburg 2015, S. 259–293.

57 [Anonym], »Vorschläge zur Erfassung der Goldwerte für die Wiedergutmachungsverpflichtungen«, in: *Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes*, Nr. 30, 23. Juli 1921, S. 410–413, S. 411. Ich danke Anna Karla dafür, mir diese Quelle unter Covid-19-Bedingungen zur Verfügung gestellt zu haben.

[58] Der Verlauf der gewerkschaftlichen Forderungen ist zusammengefasst in Afa-Bund (Hg.): *Angestellten-Bewegung 1921–1925: Deutsche Wirtschaftsgeschichte, Sozialpolitik und Gewerkschaftsentwicklung aus bewegter Zeit*, Berlin 1925.

[59] R.[udolf] H.[ilferding], »Die Wiedergutmachung und die deutsche Politik«, in: *Freiheit*, 4. Jg., Nr. 319, 12. Juli 1921, Morgen-Ausgabe.

[60] »Forderungen der Gewerkschaften zur Rettung der deutschen Wirtschaft«, in: *Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes*, Nr. 48, 26. November 1921, S. 679.

[61] H.[ilferding], »Wiedergutmachung«, 12. Juli 1921.

[62] H.[ilferding], »Die Wiedergutmachung« 14. Juli 1921.

[63] »Neue Utopien und Illusionen: Die Mär von der Enteignung«, in: *Rote Fahne*, 4. Jg, Nr. 286, 25. Juni 1921, Abend-Ausgabe, S. 1 f. S. auch »Die verlorene Wünschelrute oder Hilferding als Quellensucher«, in: *Rote Fahne*, 4. Jg, Nr. 323, 17. Juli 1921, Morgen-Ausgabe; »Die Erfassung der Goldwerte«, in: *Rote Fahne*, 4. Jg., Nr. 429, 20. September 1921, Abend-Ausgabe.

[64] Ernst Meyer, »Steuerfragen«, in: *Rote Fahne*, 4. Jg, Nr. 379, 19. August 1921, Morgen-Ausgabe.

[65] Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands (Hg.), *Bericht über die Verhandlungen des 2. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), abgehalten in Jena vom 22. bis 26. August 1921*, Berlin 1922, S. 337 f.

[66] »Arbeiter, löst die Krise!«, in: *Rote Fahne*, 4. Jg., Nr. 488, 25. Oktober 1921, Morgen-Ausgabe.

[67] Karl Radek, »Vor neuen Kämpfen«, in: *Rote Fahne*, 4. Jg., Nr. 547, 30. November 1921, Morgen-Ausgabe; ders., »Vor neuen Kämpfen (Schluss)«, in: *Rote Fahne*, 4. Jg., Nr. 549, 1. Dezember 1921, Morgen-Ausgabe.

[68] E. Pawlowski, »Zum Steuerkampf«, in: *Rote Fahne*, 4. Jg., Nr. 510, 6. November 1921; ders., »Zum Steuerkampf. Die schwankende USP.«, in: *Rote Fahne*, 4. Jg., Nr. 514, 9. November 1921, Morgen-Ausgabe; ders., »Unsere Steuerpolitik und der Staatskapitalismus«, in: *Rote Fahne*, 4. Jg., Nr. 519, 12. November, Morgen-Ausgabe.

[69] »Die Kommunisten zur Steuerfrage: Reichstagesrede des Genossen Höllein«, in: *Rote Fahne*, 4. Jg., Nr. 514, 9. November 1921, Morgen-Ausgabe.

[70] Winkler, *Revolution*, S. 455; Feldman, *Great Disorder*, S. 362.

[71] *Kabinette Wirth I und II*, Bd. 1, Nr. 106, S. 297–302, Zit. S. 299 (Besprechung mit Parteiführern, 3. Oktober 1921).

[72] *Kabinette Wirth I und II*, Bd. 1, Nr. 115, S. 325–329 (Besprechung mit dem Interfraktionellen Ausschuss, 19. Oktober 1921); Nr. 133, S. 368–373 (Besprechung mit Vertretern der Industrie und Gewerkschaften, 10. November 1921); Nr. 135, S. 375–378 (Besprechung mit Vertretern der Industrie, 10. November 1921).

[73] Feldman, *Hugo Stinnes*, S. 714.

[74] *Kabinette Wirth I und II*, Bd. 1, Nr. 133, S. 368–373 (Besprechung mit Vertretern der Industrie und Gewerkschaften, 10. November 1921), Zit. S. 370.

[75] Ernst Laubach, *Die Politik der Kabinette Wirth 1921/22*, Lübeck 1968, S. 146 f.; Specht, *Hintergründe*, S. 76.

[76] Adam Tooze, »Trouble with Numbers: Statistics, Politics, and History in the Construction of Weimar's Trade Balance, 1918–1924«, in: *American Historical Review* 113 (2008), S. 678–700, S. 685; Ferguson, *Paper and Iron*, S. 311, 315 f., 319; Specht, *Hintergründe*, S. 47.

[77] Specht, *Hintergründe*, S. 70.

[78] *Kabinette Wirth I und II*, Bd. 1, Nr. 185, S. 508 (Besprechung mit Parteiführern, 9. Januar 1922). Niall Ferguson leitet aus dieser Aussage ab, Wirth habe nie ernsthaft den Haushalt sanieren wollen. Aber m. E. belegt die Aussage nur, dass Wirth zu dem Zeitpunkt, als er die SPD auf seiner Seite hatte, als bürgerlicher Politiker keine Vermögensbesteuerung wollte und nicht, dass deswegen die ganze Finanzreform eine Scheindebatte (»phoney debate«) gewesen sei. S. Ferguson, *Paper and Iron*, S. 319 f.

[79] Karl Helfferich, *Schuldknechtschaft! 155 Milliarden jährliche Reichsausgabe: Reichstagsrede am 6. Juli 1921*, Berlin 1921.

[80] Für einen Überblick s. Teupe, *Zeit des Geldes*, S. 23–27.

[81] Karl Helfferich, *Das Geld*, Leipzig 1923 (86., neubearb. Aufl.), Erstes Buch, Kap. 7. Vgl. Feldman, *Great Disorder*, S. 399 f.; Tooze, »Trouble«, S. 684; Claus-Dieter Krohn, »Helfferich contra Hilferding. Konservative Geldpolitik und die sozialen Folgen der deutschen Inflation 1918–1923«, in: *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 62 (1975), Nr. 1, S. 62–92, bes. S. 70–76; Specht, *Hintergründe*, S. 48–50; Balderston, *Economics*, S. 41–43; speziell zu Helfferichs Position: Howard S. Ellis, *German Monetary Theory, 1905–1933*, Cambridge, MA 1937, S. 253–256.

[82] Moritz Julius Bonn, *Die Stabilisierung der Mark: Im Auftrag des Reichsfinanzministeriums*, Berlin 1922. S. auch Ellis, *German Monetary Theory*, S. 248–252.

[83] Tooze, »Trouble«, S. 684 f.

[84] Ebd., S. 694.

[85] Ebd., S. 697–699.

[86] Kurt Singer, »Fehlerquellen der Handelsstatistik«, in: *Wirtschaftsdienst*, hg. v. Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv, Nr. 5, 2. Februar 1923, S. 123 f.

[87] Eichengreen, *Golden Fetters*, S. 135 f.

[88] Hirsch, *Währungsfrage*, S. 17. S. auch Orléan, »Crise de souveraineté«, S. 193 f.

[89] BArch R43-I/2433, Reichskanzlei, Währung, Bl. 351–358: J. Hirsch, Zur Valutakatastrophe, 4./5. Juli 1922, Wiesbaden. S. auch Specht, *Hintergründe*, S. 81; Feldman, *Great Disorder*, S. 467.

[90] »Begründung des Vorschlags, betreffend Ausgabe einer wertbeständigen Anleihe (Goldschatzanweisung)«, in Hirsch: *Währungsfrage*, S. 70–75.

[91] Mee, *Central Bank Independence*, S. 45–47.

[92] »Ablehnung der Goldschatzanweisung durch die Reichsbank, 20. Oktober 1922«, in: Hirsch, *Währungsfrage*, S. 75–77, S. 75.

[93] Soziologisch zur zeitlichen Logik der Spekulation, die nicht einfach ein Spähen in die Zukunft (»speculari«), sondern laufende Anpassung an veränderte Umstände bedeutet, s. Lisa Adkins, *The Time of Money*, Stanford, CA 2018.

[94] Z. B. Max Lederer, »Indexziffer und Löhne in der deutschösterreichischen Industrie«, in: *Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt* 31 (1922), Nr. 36, Sp. 953–956; Feldman, *Great Disorder*, S. 615–618.

[95] Weber, *Gescheiterte Sozialpartnerschaft*, S. 518–521; Orléan, »Crise de souveraineté«, S. 205–210.

[96] Bernhard Dernburg, »Weshalb fordern wir den Index für die Beurteilung der Lohnhöhe?«, in: *Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt* 29 (1920), Nr. 17, Sp. 377–380; W. Z., »Tarifvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern und Arbeitsgemeinschaften«, in: ebd., Nr. 18, Sp. 402–405.

[97] Helfferich, *Das Geld* [Aufl. v. 1923], S. 670–673.

[98] Torp, *Konsum und Politik*, S. 196–198; Holtfrerich, *Inflation*, S. 24–43, bes. S. 36; Robert Scholz, »Lohn und Beschäftigung als Indikatoren für die soziale Lage der Arbeiterschaft in der Inflation«, in: Gerald D. Feldman (Hg.), *The Adaptation to Inflation*, Berlin, New York 1986, S. 278–322; Tooze, *Statistics*, Kap. 2. Zum Kontext der Verteilungskonflikte, die sich in Auseinandersetzungen über Lohnanpassungen und (verschobene) Einkommenshierarchien manifestierten s. das Münchner Fallbeispiel in Geyer, *Verkehrte Welt*, Kap. 4.

[99] Tooze, *Statistics*, S. 92; Holtfrerich, *Inflation*, S. 27.

[100] Torp, *Konsum und Politik*, S. 196–204. Bahnbrechend zur Wissensgeschichte des Lebensstandards: Dana Simmons, *Vital Minimum: Need, Science, and Politics in Modern France*, Chicago, IL 2015.

[101] Feldman, *Great Disorder*, S. 409 f., 421 f.

[102] Brauns, »Die gleitende Lohnskala«, in: *Vossische Zeitung*, Nr. 64, 7. Februar 1922, Abend-Ausgabe. Zur Resonanz des Artikels s. Gustav Jodleder, »Kritik des Gleitlohns«, in: *Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt* 31 (1922), Nr. 11, Sp. 281–284.

[103] Alois Zeiler, »Grundsätzliches zur Frage des ›gleitenden Lohnmasses‹«, in: *Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt* 29 (1920), Nr. 22, Sp. 481–485, Zit. Sp. 481. Eine ähnliche Argumentation in Gustav Jodleder, »Kritik des Gleitlohns (II. Teil)«, in: *Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt* 31 (1922), Nr. 12, Sp. 311–313, bes. Sp. 312. Zu Zeiler s. Martin H. Geyer, »Recht, Gerechtigkeit und Gesetze: Reichsgerichtsrat Zeiler und die Inflation«, in:

Zeitschrift für Neuere Rechtsgeschichte 16 (1994), S. 349–372; ders., *Verkehrte Welt*, S. 165 f.

[104] Heinrich Webler, »Gegen die Anpassung der Löhne an den Dollarstand«, in: *Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt* 31 (1922), Nr. 42, Sp. 1136–1138, Zit. Sp. 1136.

[105] [Anonym], »Zum Streit über Goldlöhne und Goldpreise«, in: *Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt* 31 (1922), Nr. 47, Sp. 1293–1297, Sp. 1294, Zuschrift von Oberpostsekretär Fornaçon, Mainz. Der Artikel ist eine Zusammenstellung von Zuschriften und von Zitaten aus anderen Publikationen.

[106] Ebd., Sp. 1295. Die Aussage wurde zuerst im *Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes* Nr. 41, 1922 und in ähnlicher Form in der *Holzarbeiter-Zeitung*, Nr. 38, getroffen.

[107] Julius Hirsch, »Leitsätze über die Einführung der allgemeinen Goldrechnung in Deutschland, am 10. April 1923 der Sozialisierungskommission vorgelegt«, in: *Berliner Tageblatt*, Nr. 268, 9. Juni 1923 (Abend) sowie auszugsweise in Hirsch, *Währungsfrage*, S. 77–81. Hier zitiert nach dem *Berliner Tageblatt*.

[108] *Frankfurter Zeitung*, 26. Juni 1923, Abend-Ausgabe, zitiert nach: »Der wertbeständige Lohn«, in: *Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt* 32 (1923), Nr. 27, Sp. 621–624, Zit. Sp. 624.

[109] »Auf dem Wege zum neuen Lohn: Die Beschlüsse des Afa-Bundes«, in: *Vorwärts*, Nr. 287, 22. Juni 1923, Morgen-Ausgabe; »Richtlinien für Lohnverhandlungen: Vereinbarungen der Spitzenorganisationen«, in: *Vorwärts*, Nr. 399, 28. August 1923, S. 3; »Der wertbeständige Lohn«, Sp. 650. Zur Vorgeschichte der Verhandlungen s. Feldman, *Great Disorder*, S. 678 f., zu den Konflikten Werner Plumpe, *Betriebliche Mitbestimmung in der Weimarer Republik: Fallstudien zum Ruhrbergbau und zur Chemischen Industrie*, München 1999, S. 181–184, 331–333; Weber, *Gescheiterte Sozialpartnerschaft*, S. 571–576.

[110] Schacht, *Stabilisierung*, S. 53; Orléan, »Crise«, S. 203 f.

[111] André Orléan, *The Empire of Value: A New Foundation for Economics*, Cambridge, MA 2014, S. 123.

[112] Ebd.

[113] Holtfrerich, *Inflation*, S. 310.

[114] Schacht, *Stabilisierung*, S. 9; Orléan, »Crise«, S. 198–201.

[115] »Eine Hypothek kann in der Weise bestellt werden, daß die Höhe der aus dem Grundstück zu zahlenden Geldsumme durch den amtlich festgestellten oder festgesetzten Preis einer bestimmten Menge von Roggen, Weizen oder Feingold bestimmt wird. Die Reichsregierung kann mit Zustimmung des Reichsrats auch den in gleicher Weise festgestellten oder festgesetzten Preis einer bestimmten Menge von Kohle, Kali oder andern Waren oder

von Leistungen als Maßstab zulassen. (Wertbeständige Hypothek).« Zitiert nach: »Gesetz über wertbeständige Hypotheken: Vom 23. Juni 1923«, in: *Reichsgesetzblatt*, Teil I, Jg. 1923, Nr. 46, S. 407, § 1.

116 »Besprechung über die Währungssanierung vom 18. August 1923«, in: Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften/Bundesarchiv (Hg.), *Akten der Reichskanzlei. Die Kabinette Stresemann I und II (1923)*, Bd. 1, Boppard am Rhein 1978, Nr. 9, S. 23–29, S. 24, Fn. 3.

117 Krohn, »Helfferich contra Hilferding«, S. 85.

118 Karl Helfferich, »Brotwährung«, in: *Neue Preußische (Kreuz-)Zeitung*, Nr. 425, 14. September 1923, Morgen-Ausgabe. Ich danke Robert Pursche für die Beschaffung dieser Quelle unter Covid-19-Bedingungen.

119 Helfferich, »Brotwährung«.

120 »Besprechung über die Währungssanierung vom 18. August 1923«, in: *Kabinette Stresemann I und II*, Bd. 1, S. 26.

121 Die folgende Darstellung beruht auf Paul Beusch, *Währungszerfall und Währungsstabilisierung*, Berlin 1928, S. 116–126: Anlage 7: Projekt Helfferich; Karl Helfferich, »Die Roggenpfundmark. Der Gesetzentwurf Helfferich«, in: *Neue Preußische (Kreuz-)Zeitung*, 14. September 1923; Zusammenfassungen bei Schacht, *Stabilisierung* S. 56, und Feldman, *Great Disorder*, S. 709. Vgl. auch John Williamson, *Karl Helfferich 1872–1924: Economist, Financier, Politician*, Princeton, NJ 1975, Kap. 10.

122 Wie zeitgenössische Kommentatoren sogleich feststellten. S. Kurt Singer, »Zum Streit um die Rentenmark«, in: *Wirtschaftsdienst*, hg. v. Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv, S. 349–352, S. 350: »Die Sache selbst war aber damit höchst irreführend beschrieben.«

123 Was diese auch sofort bemängelte. S. Beusch, *Währungszerfall*, S. 127–130: Anlage 9: Stellungnahme der Reichsbank zum Entwurf Helfferichs (11. September 1923), S. 128.

124 »Besprechung über die Währungssanierung vom 18. August 1923«, in: *Kabinette Stresemann I und II*, Bd. 1, S. 23–29.

125 Schacht, *Stabilisierung*, S. 61.

126 Vgl. Feldman, *Great Disorder*, S. 708, der im Plan die Kulmination von Helfferichs »nominalist monetary theory and neo-liberal economic policy« sieht.

127 Karl Helfferich, »Die deutsche Not-Währung I«, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Nr. 1607, 21. November 1923, Erstes Mittagsblatt.

128 Williamson, *Karl Helfferich*, S. 12–17.

129 So auch in Helfferich, *Das Geld* [Aufl. v. 1923], S. 670 f.

130 Helfferich, »Die deutsche Not-Währung I«.

131 Ebd. S. auch Helfferich, *Das Geld* [Aufl. v. 1923], S. 656.

132 Beusch, *Währungszerfall*, S. 139 f.: Anlage 14: Richtlinien des Reichsverbandes der Deutschen Industrie zur Errichtung einer Goldnotenbank; ebd.,

S. 133–138: Anlage 12: Der Vorschlag Minoux'. Die übersichtlichste Darstellung der Währungsprojekte bieten Karl-Bernhard Netzband, Hans Peter Widmaier, *Währungs- und Finanzpolitik der Aera Luther, 1923–1925*, Basel 1964, Kap. 2. Das Buch ist allerdings eine Apologie Hans Luthers, verfasst von zwei seiner ehemaligen Assistenten.

133 Hjalmar Schacht, »Entwurf betreffs Errichtung einer Goldbank«, in: *Berliner Tageblatt*, Nr. 475, 10. Oktober 1923, Morgen-Ausgabe.

134 Krohn, »Helfferich contra Hilferding«, S. 86.

135 »Besprechung über die Währungssanierung vom 18. August 1923«, in: *Kabinette Stresemann I und II*, Bd. 1, S. 27.

136 Für einen Überblick s. Martin Vogt, »Rudolf Hilferding als Finanzminister im ersten Kabinett Stresemann«, in: Otto Büsch, Gerald Feldman (Hg.), *Historische Prozesse der deutschen Inflation 1914–1924: ein Tagungsbericht*, Berlin (BRD) 1978, S. 127–158.

137 Für zwei differenzierte, aber sehr verschiedene Einschätzungen zu Hilferdings geldtheoretischen und -politischen Ansichten vgl. Krohn, »Helfferich contra Hilferding« (der Hilferding in der Nähe von Keynes' Positionen ansiedelt) sowie Harold James, »Rudolf Hilferding and the Application of the Political Economy of the Second International«, in: *The Historical Journal* 24 (1981), Nr. 4, S. 847–869 (der in ihm den Begründer einer sozialdemokratischen Tradition von »sound money« und Budgetausgleich sieht.)

138 Die beiden Beispiele werden behandelt in Rudolf Hilferding, *Das Finanzkapital*, Wien 1923 [1910], S. 20–28.

139 Ebd., S. 10.

140 Ebd., S. 18.

141 Ebd., S. 55.

142 Ebd., S. 43.

143 Dazu auch James, »Hilferding«, S. 859.

144 James, »Hilferding«, S. 859; Krohn, »Helfferich contra Hilferding«, S. 87 f.

145 Beusch, *Währungsverfall*, S. 110–113: Anlage 5: Rede des Reichsfinanzministers Dr. Hilferding vom 23. August 1923, S. 110 (Hervorh. im Orig.).

146 Beusch, *Währungsverfall*, S. 113.

147 Krohn, *Stabilisierung*, S. 22 f.

148 Krohn, *Stabilisierung*, S. 27.

149 Buggeln, *Versprechen der Gleichheit*, S. 317.

150 Feldman, *Great Disorder*, S. 805 f.

151 Karl Helfferich, »Die deutsche Not-Währung III«, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Nr. 1619, 23. November 1923, Erstes Mittagsblatt.

Schluss

1 Rosa Luxemburg, *Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus* [1913], Berlin 1990 (Gesammelte Werke, Bd. 5), S. 365.
2 Ebd., S. 313 f.
3 Ebd., S. 308–314, Zit. 313.
4 Ebd., Kap. 30, Zit. S. 314. Vgl. zur Geschichte des Kapitalismus in Ägypten Aaron Jakes, *Egypt's Occupation: Colonial Economism and the Crises of Capitalism*, Stanford, CA 2020.
5 Luxemburg, *Akkumulation*, S. 72.
6 Ich danke Andrea Westermann dafür, dass sie mir diesen Punkt in einem Gespräch klar gemacht hat. S. auch dies.,: »Enrichment and Dilution in the Atacama Mining Desert: Writing History from an Earth-centered Perspective«, in: *Geschichte und Gesellschaft* 46 (2020), Nr. 4, S. 634–661.
7 Ausführlicher dazu in Mischa Suter, »Koloniale Währungen: Medium der Macht«, in: *Merkur* 887 (April 2023), S- 32–43.
8 John Maynard Keynes, *Indian Currency and Finance*, London 1913, Kap. 2.
9 Antikoloniale indische Politiker und Wissenschaftler, am bekanntesten Bhimrao Ramji Ambedkar, der spätere Autor der indischen Unabhängigkeitsverfassung, kritisierten hingegen Keynes' Thesen. S. ders., *The Problem of the Rupee: Its Origin and Its Solution*, London 1923, Kap. 5–7.
10 Keynes, *Indian Currency and Finance*, S. 36.
11 Barry Eichengreen, *Golden Fetters: The Gold Standard and the Great Depression*, New York, Oxford 1992, Kap. 7. Zur Diskussion innerhalb des Völkerbunds in diesem Prozess s. Carolyn Biltoft, *A Violent Peace: Media, Truth, and Power in the League of Nations*, Chicago, IL 2021, S. 73–76.
12 Stefan Eich, *The Currency of Politics: The Political Theory of Money from Aristotle to Keynes*, Princeton, NJ 2022, S. 170 f.
13 So die These in Quinn Slobodian, *Globalists: The End of Empire and the Birth of Neoliberalism*, Cambridge, MA 2018.

Bibliografie

Archivquellen

Belgien
Musée royale de l'Afrique centrale, Tervuren
Archives Stanley

Deutschland
Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Berlin (AA)
RZ 208, R81665, Abt. IVa Polen, Politik 2, Akten betr. Polenbewegung
RZ 208, R81667, Abt. IV Polen, Politik 2 D, 1923, Zur Note der poln. Botschaft
RZ 208, R81705, Abt IVa, Polen, Politik 2 D, Nr. 1, Beschwerde poln. Botschaft
RZ 207, R78719, Abt. III, Akten, Nachlass Moritz Sobernheim

Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA)
Rep. 3B I HG, Nr. 3227, Frankfurt/Oder, Landespolizeiamt und Wucherstellen

Bundesarchiv Berlin (BArch)
Reichsjustizministerium
R3001/6245 Wucher
R3001/6246 Reichsgesetz über den Wucher 1880
R3001/6247 Wuchergesetz 1880 ff.
R3001/6251, Äußerungen der Presse zur Wucherfrage I
R3001/6252, Äußerungen der Presse zur Wucherfrage II
R3001/6290, Preiswucher: Gegenmassnahmen
R3001/6292, Presseäußerungen über Massnahmen gegen den Preiswucher

Reichskanzlei
R43-I/20, Ausführungen des Friedensvertrags
R43-I/1246, Maßnahmen gegen Schleichhandel und Preistreiberei
R43-I/2433, Währung

Reichswirtschaftsministerium
R3101/12216, Konsumentenbewegung gegen den Wucher
R3101/12140, Angemessener Preis und übermäßiger Gewinn 1917–1918
R3101/12161, Bekämpfung der Handelsmißstände
R3101/12167, Neuordnung der Kriegswuchergesetzgebung
R3101/12169, Vorschläge Neuordnung Wuchergesetzgebung
R3101/12170, Auslegung der Verordnung gegen Preistreiberei
R3101/12209, Bekämpfung des Schleichhandels und Schiebertums im Eisenbahnverkehr

Pressearchiv Reichslandbund
R8034-II/4452, Teuerungs-, Lebensmittel-Unruhen, Plünderungen

Kolonialabteilung/Reichskolonialamt
R1001/27, Inder in Ostafrika
R1001/28, Inder in Ostafrika
R1001/220, Bezirksamt Lindi
R1001/363, Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft
R1001/415, Obligationen der DOAG, insbes. Münzregal
R1001/640, Handel mit und in Deutsch-Ostafrika
R1001/690, Politische Zustände in Deutsch-Ostafrika
R1001/726, Ursachen und Verlauf des Aufstandes in Deutsch-Ostafrika 1905
R1001/774, Wirtschaftliche Entwicklung Deutsch-Ostafrika
R1001/775, Wirtschaftliche Entwicklung Deutsch-Ostafrika
R1001/1053, Haus- und Hüttensteuer in Deutsch-Ostafrika
R1001/1054, Haus- und Hüttensteuer in Deutsch-Ostafrika
R1001/1055, Haus- und Hüttensteuer in Deutsch-Ostafrika
R1001/1056, Haus- und Hüttensteuer in Deutsch-Ostafrika
R1001/6414, Deutsch-Ostafrikanische Bank
R1001/6415a, Deutsch-Ostafrikanische Bank
R1001/6985, Kolonialrat

Residentur Urundi
R1003/61, Gewerbesteuer

Reichsschatzamt (Finanzministerium)
R2/41874, Münz- und Währungsverhältnisse der dt. Kolonien in Afrika
R2/41875, Münz- und Währungsverhältnisse in Deutsch-Ostafrika
R2/41876, Münz- und Währungsverhältnisse in Deutsch-Ostafrika
R2/41877, Münz- und Währungsverhältnisse in Deutsch-Ostafrika
R2/41879, Münz- und Währungsverhältnisse in Deutsch-Ostafrika

Gesellschaften und Vereine
R8023/266, Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft
R8023/273, Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft
R8023/275, Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft
R8083/18, Verband deutscher Hausfrauen
R8127/7297, Geschäftsberichte Deutsch-Ostafrikanische Bank
R8204/102, Pressearchiv Deutsch-Ostafrikanische Bank

Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO)
RY1/933, KPD, Richtlinien der Abteilung Frauen 1921–1931
RY1/1550, KPD, Betriebsrätekonfeärenz 1922
RY1/1556, KPD, Kontrollausschüsse

Bundesarchiv Koblenz (BArch Koblenz)
N1123, Nachlass (Nl.) Karl Helfferich
N1175, Nachlass (Nl.) Theodor Seitz, 5, Manuskript »K. Helfferich/Kolonialdienst«
N1708, Nachlass (Nl.) Julius Hirsch

Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin (GStA)
I. HA Rep. 77, 1059, Ministerium des Inneren: Wucher
I. HA Rep. 89, Nr. 27743, Bestimmung des Zinsfußes, Maßregeln gegen Wucher
I. HA Rep. 90A, Nr. 1669, Akten betreffend das Pfandleihgewerbe
I. HA Rep. 151C, Nr. 9324, Wucher in Oberschlesien
I. HA Rep. 183, Nr. 353, Ausmünzung Deutsch-Ostafrika
I. HA Rep. 183, Nr. 355, Ausmünzung Deutsch-Ostafrika
I. HA Rep. 183, Nr. 357, Ausmünzung Deutsch-Ostafrika
VI. HA Nl. Adolf Stoecker, A.4.1.2., Nr. 443, 467, 892 (zur Judenfrage)
VI. HA Nl. Georg Friedrich Knapp, Kartons 2, 3, 15

Landesarchiv Berlin (LAB)
A Rep 358-01, Akte 2743, Bd. 2 (MFB 388), 2. Strafk. Landgericht 1 in Berlin
A Rep 358-01, Akte 2743, Bd. 3 (MFB 388), Polizeipräsident, Inspektion Alexander

Staatsarchiv Hamburg (StA HH)
621-1/61 Bestand Hansing
621-1/147 Bestand O'swald
DSHG III, 371-8 III, Pr IV 49/7, Preisprüfungsstellen

Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft Kiel (ZBW)
Digitalisiert online unter https://pm20.zbw.eu/
Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv, C 110 n 23, Pressearchiv: Geld, Währung Deutsch-Ostafrika

Großbritannien
Bodleian Library, University of Oxford
MSS Afr. S. 452: R. M. Bell, »The Maji-Maji Rebellion 1905–1906« (Abschrift, 23. März 1941)

Österreich
Archiv der Universität Wien
AT-UAW J PA 674, Personalakt Juridische Fakultät, Carl Menger

Österreichisches Staatsarchiv Allgemeines Verwaltungsarchiv (OeStA AVA)
Justizministerium Justiz allgemein I-W2/1, Schachtel 1863 (Post 82-142)
Justizministerium Justiz allgemein I-W2/1, Schachtel 1864 (Post 143-210)
Justizministerium Justiz Allgemein I-W2/1, Schachtel 1866 (Post 335)

Österreichisches Staatsarchiv Haus-, Hof- und Staatsarchiv (OeStA HHStA)
SB Nl. Lasser 9-3, 9.3.4.

Schweiz
League of Nations Archives, Genf (LNA)
R39, 1/37084/15313, British Mandate for Tanganyika
R40, 1/58370x/15313, British Mandate for Tanganyika
R2312, 6A/20432/551, British Mandate for Tanganyika
R103, Class. 3/27721/12247, Financial Conference Brussels 1920
R306, 10/4446/4446x, Financial Conference Brussels 1920
R2310, 6A/2978/551, Saar Currency

Bibliothèque de Genève
Cth 2922 BGE E 2438, Knapp, Georg Friedrich: *Staatliche Theorie des Geldes*, Leipzig 1905 (Buchexemplar mit Notizen von Carl Menger)

Staatsarchiv des Kantons Zürich
MM 24.38, Protokolle des Kantonsrates 1878–1881

Staatsarchiv des Kantons Basel-Stadt
Justiz D1, Wucher

Tansania
Tanzania National Archives (TNA), Dar es Salaam
German Records
G1/135 Karawanen, Träger, Karawanenstraßen: Allgem., 1892–1902
G1/160 Angeblich gefälschte 20-Rupien-Noten durch Engländer, 1916
G1/164 Notenbestand der DOA-Bank, 1916
G3/43 Häuser- und Hüttensteuer: Allgem., 1894–1899
G3/46 Steuerangelegenheiten Bagamoyo 1898–1906
G3/48 Steuerangelegenheiten Mpapua, 1898–1906
G3/66 Maßnahmen Sperrung Münzen der DOAG auf Sansibar 1891–1894
G3/70 Kosten des Maji-Maji-Kriegs, Bd. 1: Truppen, 1905–1906
G3/78 Maji-Maji-Krieg: Strafarbeiter, 1906–1909
G3/90 Maßnahmen gegen Hungersnot und Heuschreckenplage, 1899–1906
G4/20 Kommunalangelegenheiten Tanga, 1905–1910
G4/30 Kommunalangelegenheiten Pangani, 1898–1906
G4/59 Kommunalangelegenheiten Kilwa, 1898–1906
G4/71 Kommunalangelegenheiten Lindi, 1898–1906
G4/75 Bezirksrat Kommune Lindi, 1906–1908
G4/102 Kommunalangelegenheiten Langenburg 1898–1906
G4/118 Kommunalangelegenheiten Muanza, 1907–1909
G8/67 Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft, 1892–1894
G8/69 Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft, 1897–1901
G8/70 Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft, 1900–1903
G8/71 Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft, 1903–1906
G8/94 Plantagenunternehmer Missmahl, 1900–1903
G8/97 Karl Perrot & Co., Lindi-Handels- und Plantagengesellschaft, 1891–1910

Secretariat Files
Acc. 215/184, Bukoba Province
AB.202 Vol. I/2762 Currency Board
AB.203 Vol. II/2762 Currency Board
AB.204 Vol. III/2762 Currency Board
AB.205.2762/2 Report on Currency, 1922
Secretariat 22313 Media of Exchange, 1934

USA
Duke University Library, Durham, North Carolina
Carl Menger Papers

Gedruckte Quellen

Amtsdruckschriften

Amtliche Statistik des Deutschen Reiches, Berlin [versch. Jg.].

Annual Report by the Treasurer of Tanganyika for Financial Year 1923–24, Dar es Salaam 1924.

»Denkschrift über die Neuordnung des Münzwesens des Deutsch-Ostafrikanischen Schutzgebiets«, in: *Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages, 11. Legislaturperiode, I. Session, 1. Sessionsabschnitt 1903/1904*, Dritter Anlageband [= Bd. 207], Berlin 1904, S. 1990–2028.

Deutsche Übersetzung der von dem kön. ung. Finanzministerium der für den 8. März einberufenen Valuta-Enquête vorgelegten statistischen und synoptischen Tabellen, Budapest 1891.

Geschäftsbericht der Deutsch-Ostafrikanischen Bank für das Jahr 1920, Berlin 1921.

Geschäftsbericht der Deutsch-Ostafrikanischen Bank für das Jahr 1921, Berlin 1922.

Gesetz betreffend Abhilfe wider unredliche Vorgänge bei Creditgeschäften, wirksam für die Königreiche Galizien, Lodomerien und das Großherzogtum Krakau, Nr. 563 der *Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Abgeordnetenhauses, 8. Session*, Bd. 7, Wien 1879, S. 1–6.

»Gesetz über den Betrieb von Geld und Betreibungsgeschäften vom 17. Mai 1878«, in: *Verhandlungen des Schweizerischen Juristenvereins 1884*, Heft 1, Basel 1884, S. 98 f.

»Gesetz über wertbeständige Hypotheken: Vom 23. Juni 1923«, in: *Reichsgesetzblatt* Teil I, Jg. 1923, Nr. 46, S. 407.

»Gesetz zum Betrieb von Geld- und Betreibungsgeschäften (vom 25. Februar 1879)«, in: *Amtliche Sammlung der Gesetze und Verordnungen des eidgenössischen Standes Solothurn*, Bd. 58: *1876–1880*, Solothurn o. J., S. 181–183.

Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften/Bundesarchiv (Hg.), *Akten der Reichskanzlei. Die Kabinette Wirth I und II (1921/22)*, Bd. 1, Bopphard am Rhein 1973.

Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften/Bundesarchiv (Hg.), *Akten der Reichskanzlei. Die Kabinette Stresemann I und II (1923)*, Bd. 1, Boppard am Rhein 1978.

Reichs-Kolonialamt (Hg.), *Die deutschen Schutzgebiete in Afrika und der Südsee […]: Amtliche Jahresberichte*, Berlin [versch. Jg.].

Stenographische Berichte über die Verhandlungen der durch die Allerhöchste Verordnung vom 3. November 1878 einberufenen beiden Häuser des Landtages: Haus der Abgeordneten, Bd. 1, Berlin 1879. [Preußischer Landtag]

Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages [versch. Jg.], online unter: {reichstagsprotokolle.de}, letzter Zugriff 03.12.2022.

Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Hauses der Abgeordneten des österreichischen Reichsrathes [versch. Jg.], online unter: {alex.onb.ac.at/spa.htm}, letzter Zugriff 03.12.2023.
Stenographische Protocolle über die vom 8. bis 17. März abgehaltenen Sitzungen der nach Wien einberufenen Währungs-Enquête-Kommission, Wien 1892.
Verhandlungen des Kantonsrathes von Solothurn 1878, Solothurn o. J.
»Verordnung gegen Preistreiberei (Nr. 6337)«, in: *Reichsgesetzblatt 1918*, Nr. 66, S. 395–401.

Zeitungen

Amtlicher Anzeiger für Deutsch-Ostafrika
Berliner Börsen-Courier
Berliner Tageblatt
Der Bote von Uster
Deutsche Allgemeine Zeitung
Deutsche Kolonialzeitung
Deutsch-Ostafrikanische Zeitung
Frankfurter Zeitung
Freiheit: Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands
Gesellschaftsspiegel: Organ zur Vertretung der besitzlosen Volksklassen und zur Beleuchtung der gesellschaftlichen Zustände der Gegenwart
Die Gleichheit: Zeitschrift für die Frauen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Hamburger Nachrichten
Jüdische Rundschau
Kölnische Zeitung
Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes
Mitteilungen für Preisprüfungsstellen
Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus
Morgen-Post
National-Zeitung
Neue Freie Presse
Neues Fremden-Blatt
Die Neue Zeit
Neue Zürcher Zeitung
Die Presse
Rote Fahne
Usambara-Post: Zeitung für die Nordbezirke Tanga, Pangani, Wilhelmstal
Das Vaterland: Zeitung für die österreichische Monarchie
Volksblatt für Stadt und Land
Vorwärts
Vossische Zeitung

Das Westphälische Dampfboot
Wiener Zeitung
Der Wucher: Unabhängige Wochenschrift gegen den Wucher

Weitere gedruckte Quellen

[Anonym], »Der wertbeständige Lohn«, in: *Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt* 32 (1923), Nr. 27, Sp. 621–624.

[Anonym], »Der Wucher auf dem Lande«, in: *Vierteljahrschrift für Volkswirtschaft, Politik und Kulturgeschichte* 24 (1887), Nr. 4, S. 239–259.

[Anonym], *Der Wucher im Regierungsbezirk Trier und die landwirthschaftliche Bank in Trier*, Trier 1885.

[Anonym], *Die Agitation im Eisenacher Oberland gegen den Wucher. Von einem Bauernfreund im Eisenacher Oberlande*, Berlin 1878.

[Anonym], *Die Ausbeutung der Arbeiter und die Ursachen ihrer Verarmung: Ein Beitrag zur socialen Frage. Preisgekrönt mit der Goldenen Medaille auf dem Internationalen Wettstreit zur Verbesserung der Lage der Arbeiter zu Köln a. Rh. 1890*, Kiel, Leipzig 1892 (2. Aufl.).

[Anonym], »Die Rupiewährung und die Gründung einer Kolonialbank für Deutsch-Ostafrika«, in: *Die Deutschen Kolonien (aus fernen Landen). Monatsschrift des Deutschvolklichen Kolonialvereins* 4 (1905), Nr. 1, 2, 3, S. 10–17, 49–54, 98–108.

[Anonym], »Nachrichten und Notizen«, in: *Gesellschaftsspiegel: Organ zur Vertretung der besitzlosen Volksklassen und zur Beleuchtung der gesellschaftlichen Zustände der Gegenwart* 1 (1845), S. 1–6.

[Anonym], »Nachrichten und Notizen«, in: *Gesellschaftsspiegel: Organ zur Vertretung der besitzlosen Volksklassen und zur Beleuchtung der gesellschaftlichen Zustände der Gegenwart* 2 (1846), S. 8–31.

[Anonym], »Nachrichten und Notizen«, in: *Gesellschaftsspiegel: Organ zur Vertretung der besitzlosen Volksklassen und zur Beleuchtung der gesellschaftlichen Zustände der Gegenwart* 2 (1846), S. 43–51.

[Anonym], *Vampyr, oder das Wucher-Judentum*, Riedlingen 1895.

[Anonym], »Vorschläge zur Erfassung der Goldwerte für die Wiedergutmachungsverpflichtungen«, in: *Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes*, Nr. 30, 23. Juli 1921, S. 10–413.

[Anonym], »Ueber Wucherei«, in: *Das Westphälische Dampfboot* 1 (1845), Nr. 2, S. 260–264.

[Anonym], »Zum Streit über Goldlöhne und Goldpreise«, in: *Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt* 31 (1922), Nr. 47, Sp. 1293–1297.

[Anonym], »Zur Verhinderung von Lebensmittelunruhen«, in: *Mitteilungen für Preisprüfungsstellen*, hg. vom Reichswirtschaftsministerium, 5 (1920), Nr. 18/19, 15. September/1. Oktober 1920, S. 139 f.

Afa-Bund (Hg.), *Angestellten-Bewegung 1921–1925: Deutsche Wirtschaftsgeschichte, Sozialpolitik und Gewerkschaftsentwicklung aus bewegter Zeit*, Berlin 1925.

Ambedkar, Bhimrao Ramji, *The Problem of the Rupee: Its Origin and Its Solution*, London 1923.

Alsberg, Max, »Wirtschaftsstrafrecht. Besonders die strafrechtliche Bekämpfung des Sozialwuchers«, in: Gerhard Anschütz (Hg.), *Handbuch der Politik*, Bd. 4, Berlin, Leipzig 1921, S. 143–159.

Alsberg, Max, »Reform der Wucherrechtssprechung«, in: *Vossische Zeitung*, Nr. 64, 5. Februar1922.

Andrée, Richard, *Ethnographische Parallelen und Vergleiche*, Stuttgart 1878.

Andrée, Richard, *Die Metalle bei den Naturvölkern*, Leipzig 1884.

Arendt, Otto, *Der Währungsstreit in Deutschland. Eine Antwort auf Erwin Nasse's gleichnamige Schrift*, Berlin 1886.

Arlt, Ilse, »Der Einzelhaushalt«, in: Julius Bunzel (Hg.), *Geldentwertung und Stabilisierung in ihren Einflüssen auf die Sozialentwicklung in Österreich*, München, Leipzig 1925, S. 161–177.

Bar, L. v., »Der Gesetzesentwurf über den Wucher«, in: *Der Zeitgeist! Beiblatt zum Berliner Tageblatt*, 27. März 1893.

Barre, Ernst, *Der ländliche Wucher: Ein Beitrag zur Wucherfrage bezüglich der Vorschläge des Deutschen Volkswirthschaftsraths zur Bekämpfung des ländlichen Wuchers, von Ernst Barre, Landgerichts-Director*, Berlin 1890.

Bell, R. M., »The Maji-Maji Rebellion in the Liwale District«, in: *Tanganyika Notes and Records* 28 (1950), S. 38–52.

Bentham, Jeremy, *Defence of Usury; Showing the Impolicy of the Present Legal Restraints on the Terms of Pecuniary Bargains*, New York 1787.

Bestand R 134 des Bundesarchivs, Koblenz: Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung und Nachrichtensammelstelle im Reichsministerium des Innern: Lageberichte (1920–1929) und Meldungen (1929–1933). Veröffentlicht als Microfiche-Ausgabe, München 1979.

Beusch, Paul, *Währungszerfall und Währungsstabilisierung*, Berlin 1928.

Böckel, Otto, *Die Juden, Könige unserer Zeit. Rede […] gehalten in der öffentlichen Versammlung des Deutschen Antisemiten-Bundes auf der Bockbrauerei zu Berlin am 4. Oktober 1886*, Marburg 1887 (25. Aufl.).

Böhm-Bawerk, Eugen von, *Kapital und Kapitalzins: Zweite Abtheilung: Positive Theorie des Kapitales*, Innsbruck 1889.

Böhm-Bawerk, Eugen von, »Zur Litteraturgeschichte der Staats- und Sozialwissenschaften, von Gustav Schmoller«, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 54 (1890), S. 75–95.

Böhm-Bawerk, Eugen von, »Unsere Aufgaben«, in: *Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung* 1 (1892), Nr. 1, S. 1–10.

Böhm-Bawerk, Eugen von, »Zum Abschluß des Marxschen Systems«, in: Otto

von Boenigk (Hg.), *Staatswissenschaftliche Arbeiten. Festgaben für Karl Knies*, Berlin 1896, S. 87–205.

Bon, Gustave, le, *Psychologie der Massen*, Stuttgart 1973 [1895].

Bonn, Moritz Julius, *Die Stabilisierung der Mark: Im Auftrag des Reichsfinanzministeriums*, Berlin 1922.

Bonn, Moritz Julius, *Das Schicksal des deutschen Kapitalismus*, Berlin 1930 (3., erw. Ausgabe, Erstaufl. 1926).

Bopp, Karl R., »Die Tätigkeit der Reichsbank von 1876 bis 1914 I«, in: *Weltwirtschaftliches Archiv* 72 (1954), S. 34–59.

Bopp, Karl R., »Die Tätigkeit der Reichsbank von 1876 bis 1914 II«, in: *Weltwirtschaftliches Archiv* 72 (1954), S. 179–224.

Bramstedt, Paul, »Valuta und Warenpreisbewegung«, in: *Reichs-Arbeitsblatt: Amtsblatt des Reichsarbeitsministeriums und des Reichsamts für Arbeitsvermittlung*, Jg. 1922, Nr. 2, 31. Januar 1922, S. 44–48.

Brenner, Ernst, »Der Wucher und seine Bekämpfung«, in: *Schweizerische Zeitschrift für Gemeinnützigkeit* 20 (1881), S. 197–213.

Broyon-Mirambo, Philippe, »Description of the Unyamwesi, the Territory of King Mirambo, and the Best Route Tither from the East Coast«, in: *Proceedings of the Royal Geographical Society of London* 22 (1877/78), Nr. 1, S. 28–38.

Buchenberger, A.[dolf], *Agrarwesen und Agrarpolitik*, Bd. 2, Leipzig 1893 (= Lehr- und Handbuch der politischen Oekonomie, hg. v. Adolph Wagner u. a., 3. Hauptabtheilung: *Practische Volkswirthschaftslehre*).

Bursian, Alexander, *Die Häuser- und Hüttensteuer in Deutsch-Ostafrika*, Jena 1910.

Burton, Richard, *Zanzibar: City, Island, and Coast*, Bd. 2: *The Coast and the Interior*, London 1872.

Caro, Leopold v., *Der Wucher: eine socialpolitische Studie*, Leipzig 1893.

Cassel, Gustav, »The World's Monetary Problems«, in: *The Economist*, 21. August 1920, S. 291 f.

Chorinsky, Carl, *Der Wucher in Österreich*, Wien 1877.

Chorinsky, Carl, *Der Wucher und der Liberalismus*, Graz 1879.

Coenders, »Aus der Arbeit eines Wuchergerichts«, in: *Reichs-Arbeitsblatt: Amtsblatt des Reichsarbeitsministeriums und des Reichsamts für Arbeitsvermittlung*, Jg. 1922, Nr. 2, 31. Januar 1922, S. 57–59.

Dasbach, G. F., *Der Wucher im trierischen Lande*, Trier 1887.

Dernburg, Bernhard, »Erklärung über die Lage in den Kolonien, besonders über die Arbeiterfrage [Reichstag, 18. Februar 1908]«, in: *Schulthess' europäischer Geschichtskalender* 49 (1908), S. 29–49.

Dernburg, Bernhard, »Weshalb fordern wir den Index für die Beurteilung der Lohnhöhe?«, in: *Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt* 29 (1920), Nr. 17, Sp. 377–380.

Deutsch-Israelitischer Gemeindebund, *Hat das Judenthum dem Wucherunwesen Vorschub geleistet?* Flugblatt, Leipzig 1879.

Eheberg, Th., »Ueber den gegenwärtigen Stand der Wucherfrage«, in: *Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirthschaft im Deutschen Reich* 4 (1880), S. 55–78.

Ellis, Howard S., *German Monetary Theory, 1905–1933*, Cambridge, MA 1937.

Erzberger, Matthias, *Die Kolonial-Bilanz. Bilder aus der deutschen Kolonialpolitik auf Grund der Verhandlungen des Reichstags im Sessionsabschnitt 1905/06*, Berlin 1906.

Eulenburg, Franz, »Zur Theorie der Kriegswirtschaft. Ein Versuch«, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* 43 (1916), S. 349–396.

Falck, Karl, *Preisüberwachung nach Abbau der Zwangsbewirtschaftung*, Berlin 1920.

Frey, Thomas (Hg.), *Brennende Fragen!* Leipzig 1887 (4. Aufl., Nr. 25).

Fürth, Henriette, »Zum Ausgleich zwischen Lohn und Lebenskosten«, in: *Die Gleichheit: Zeitschrift für die Frauen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*, Nr. 15, 1. August 1921.

Geithe, Hans, *Wirkungen der Lebensmittelzwangswirtschaft der Kriegs- und Nachkriegszeit auf den Lebensmitteleinzelhandel*, Berlin 1925 (Diss. Univ. Halle/Saale).

Geyer, Curt, *Drei Verderber Deutschlands: Ein Beitrag zur Geschichte Deutschlands unter der Reparationsfrage von 1920–1924*, Berlin 1924.

Glagau, Otto, *Der Börsen- und Gründungsschwindel in Berlin. Gesammelte und stark vermehrte Artikel der »Gartenlaube«*, Leipzig 1876.

Gossen, Hermann Heinrich, *Entwickelung der Gesetze des menschlichen Verkehrs und der daraus fließenden Regeln*, Braunschweig 1854.

Götz, Friedrich, *Das kontinentale Ostafrika: Reisebericht des K. u. K. Österreich-Ungarischen Konsuls in Zanzibar*, Wien 1907.

Grünberg, Carl, »Anton Menger. Sein Leben und sein Lebenswerk«, in: *Zeitschrift für Volkswirtschaft und Sozialpolitik* 18 (1909), S. 29–78.

Gwassa, Gilbert, John Iliffe (Hg.), *Records of the Maji Maji Rising*, part 1, Nairobi 1969 [1967].

Hack, Friedrich, [Rezension zu *Grundsätze der Volkswirthschaftslehre*], in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* 28 (1872), Nr. 1, S. 183 f.

Hartmann, Paul, »Was ist Preistreiberei?«, in: *Tageszeitung für Nahrungsmittel*, Nr. 360, 23. Dezember 1921.

Harz, H., »Der Entwurf eines Betriebsbilanzgesetzes«, in: *Neue Zeit* 38 (1920), Nr. 19, 6. August 1920, S. 450–453.

Helfferich, Karl, *Gegen den Währungsumsturz*, Berlin 1895.

Helfferich, Karl, *Die Reform des deutschen Geldwesens nach der Gründung des Reiches*, 2 Bde., Leipzig 1898.

Helfferich, Karl, *Zur Reform der kolonialen Verwaltungs-Organisation*, Berlin 1905.

Helfferich, Karl, »Die Bedeutung der Kolonieen für die deutsche Volkswirtschaft«, in: *Verhandlungen des deutschen Kolonialkongresses zu Berlin am 5., 6. und 7. Oktober 1905*, Berlin 1906, S. 571–584.
Helfferich, Karl, »Am Scheideweg der Weltpolitik«, in: *Deutsche Kolonialzeitung* 24 (1907), Nr. 4, S. 35–40.
Helfferich, Karl, *Schuldknechtschaft! 155 Milliarden jährliche Reichsausgabe: Reichstagsrede am 6. Juli 1921*, Berlin 1921.
Helfferich, Karl, *Das Geld*, Leipzig 1923 [6., neubearb. Aufl. von 1903].
Helfferich, Karl, »Brotwährung«, in: *Neue Preußische (Kreuz-)Zeitung*, Nr. 425, 14. September 1923, Morgen-Ausgabe.
Helfferich, Karl, »Die Roggenpfundmark. Der Gesetzentwurf Helfferich«, in: *Neue Preußische (Kreuz-)Zeitung*, Nr. 425, 14. September 1923.
Helfferich, Karl, »Die deutsche Not-Währung I«, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Nr. 1607, 21. November 1923, Erstes Mittagsblatt.
Helfferich, Karl, »Die deutsche Not-Währung II«, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Nr. 1613, 22. November 1923, Erstes Mittagsblatt.
Helfferich, Karl, »Die deutsche Not-Währung III«, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Nr. 1619, 23. November 1923, Erstes Mittagsblatt.
Helmdörffer, F. X., *Politik und Wucher der Juden: Zu den Schriften W. Marr's*, Freiburg i. Br. 1879.
Herrmann, Kurt, »Teuerung und Lohn. Ein Beitrag zur Frage des ›gleitenden Lohnmaßes‹ (II. Teil)«, in: *Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt* 30 (1921), Nr. 4, Sp. 85–87.
Heyn, Otto, »Die Neuordnung der Währungsverhältnisse in Deutsch-Ostafrika (Schluss)«, in: *Bank-Archiv. Zeitschrift für Bank- und Börsenwesen* 4 (1904/05), S. 55–57.
Hieke, Ernst, »Das hamburgische Handelshaus Wm. O'Swald und der Beginn des deutschen Afrikahandels 1848–1853«, in: *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 30 (1937), Nr. 4, S. 347–374.
Hilferding, Rudolf, *Das Finanzkapital: Eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus*, Wien 1923 [1910].
Hirsch, Julius, »Leitsätze über die Einführung der allgemeinen Goldrechnung in Deutschland, am 10. April 1923 der Sozialisierungskommission vorgelegt«, in: *Berliner Tageblatt*, Nr. 268, 9. Juni 1923, Abend-Ausgabe.
Hirsch, Julius, *Die deutsche Währungsfrage*, Jena 1924.
Hofmeister, Rudolf, *Kulturbilder aus Deutsch-Ost-Afrika*, Bamberg 1895.
Ilwof, Franz, *Tauschhandel und Geldsurrogate in alter und neuer Zeit*, Graz 1882.
Inama-Sternegg, Karl Theodor von, »Die neue Währungs- und Münz-Gesetzgebung von Österreich und Ungarn«, in: *Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung* 1 (1892), S. 625–659.
Jäckel, Eberhard, Axel Kuhn (Hg.): *Adolf Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905–1924*, Stuttgart 1980.

Jagor, Fedor, *Singapore, Malacca, Java: Reiseskizzen*, Berlin 1866.
Jevons, William Stanley, *Money and the Mechanism of Exchange*, New York 1896 [1875].
Jodleder, Gustav, »Kritik des Gleitlohns«, in: *Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt* 31 (1922), Nr. 11, Sp. 281–284.
Jodleder, Gustav, »Kritik des Gleitlohns (II. Teil)«, in: *Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt* 31 (1922), Nr. 12, Sp. 311–313.
Kaerger, Karl, *Tangaland und die Kolonisation Deutsch-Ostafrikas: Thatsachen und Vorschläge*, Berlin 1892.
Katalog der Carl Menger-Bibliothek in der Handels-Universität Tokio, 2. Bde, Tokio 1926 und 1955.
Kayserling, M., *Der Wucher und das Judenthum*, Budapest 1882.
Keynes, John Maynard, *Indian Currency and Finance*, London 1913.
Keynes, John Maynard, *Vom Gelde*, München 1932 [1930].
Keynes, John Maynard, *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*, Berlin (BRD) 1974 [1936].
Klamroth, Martin, »Beiträge zum Verständnis der religiösen Vorstellungen der Saramo im Bereich Daressalam (Deutsch-Ostafrika)«, in: *Zeitschrift für Kolonialsprachen* 1 (1910–1911), S. 37–70, 118–153, 189–223.
[Klausner, Ph.], *Prozeß gegen die jüdischen Wucherer Markus Löb von Mainz und Hirsch Süßer von Würzburg: Geführt gegen Löb von der Strafkammer zu Mainz am 14., 15. und 16. Februar 1883, und gegen Süßer vor der Strafkammer zu Würzburg am 15., 16. und 17. Februar*, Mannheim o. J.
Knapp, Georg Friedrich, *Die Bauern-Befreiung und der Ursprung der Landarbeiter in den älteren Theilen Preußens*, 2 Bde., Leipzig 1887.
Knapp, Georg Friedrich, *Die Landarbeiter in Knechtschaft und Freiheit: Vier Vorträge*, Leipzig 1891.
Knapp, Georg Friedrich, *Staatliche Theorie des Geldes*, Leipzig 1905.
Knapp, Georg Friedrich, »Rechtshistorische Grundlagen des Geldwesens [1906]«, in: ders., *Einführung in einige Hauptgebiete der Nationalökonomie. Siebenundzwanzig Beiträge zur Sozialwissenschaft*, München, Leipzig 1925, S. 225–242.
Knapp, Georg Friedrich, »Erläuterungen zur staatlichen Theorie des Geldes [1906]«, in: *Einführung in einige Hauptgebiete der Nationalökonomie. Siebenundzwanzig Beiträge zur Sozialwissenschaft*, München, Leipzig 1925, S. 243–255.
Knapp, Georg Friedrich, »Über die Theorien des Geldwesens [1909]«, in: *Einführung in einige Hauptgebiete der Nationalökonomie. Siebenundzwanzig Beiträge zur Sozialwissenschaft*, München, Leipzig 1925, S. 267–282.
Knapp, Georg Friedrich, *The State Theory of Money*, London 1924.
Knapp, Georg Friedrich, Friedrich Bendixen: *Zur staatlichen Theorie des Geldes. Ein Briefwechsel, 1905–1920*, ausgew. und hg. v. Kurt Singer, Tübingen 1958.

Krenkel, E., »Der ostafrikanische Kriegsschauplatz«, in: *Geographische Zeitschrift* 26 (1920), Nr. 4–5, S. 105–117.
Kürchhoff, Detmar, »Die Geldverhältnisse im heutigen Afrika in ihrer Entwicklung«, in: *Mitteilungen der geographischen Gesellschaft in Hamburg* 22 (1907), S. 3–33.
Lederer, Max, »Indexziffer und Löhne in der deutschösterreichischen Industrie«, in: *Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt* 31 (1922), Nr. 36, Sp. 953–956.
Lehmann, Manfred, *Der Begriff des angemessenen Preises*, Greifswald 1920 (Diss. Univ. Breslau).
Lenz, Oskar, *Ueber Geld bei Naturvölkern*, Hamburg 1895.
Lexis: »Wucher«, in: Johannes Conrad u. a. (Hg.), *Handwörterbuch der Staatswissenschaften*, Bd. 6, Jena 1894, S. 773–788.
Liebig, Justus von, *Einleitung in die Naturgesetze des Feldbaues*, Braunschweig 1862.
Lilienthal, Karl v., »Der Wucher auf dem Lande«, in: *Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft* 8 (1888), S. 157–221.
Lotz, Walther, »Die Währungsfrage in Österreich-Ungarn«, in: *Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirthschaft im Deutschen Reich* 13 (1889), S. 1265–1304.
Lotz, Walther, »Die Lehre vom Ursprung des Geldes«, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 62 (1894), S. 337–359.
Lucas, Alexander, »Zur Inderfrage in Deutsch-Ostafrika«, in: *Deutsche Kolonialzeitung* 16 (1899), Nr. 31, 3. August 1899, S. 275.
Lumm, Karl von, *Karl Helfferich als Währungspolitiker und Gelehrter*, Leipzig 1926.
Luxemburg, Rosa, *Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus* [1913], Berlin 1990 (Gesammelte Werke, Bd. 5).
Machlup, Fritz, *Methodology of Economics and Other Social Sciences*, New York 1978.
Malthus, Thomas Robert, *Principles of Political Economy*, London 1836 (2. Aufl.).
Mataja, Victor, *Die Regelung der Valuta in Österreich-Ungarn: Vortrag, gehalten in der Versammlung des Volkswirtschaftlichen Vereins in Innsbruck am 28. März 1892*, Innsbruck 1892.
Mataja, Victor, »Die österreichische Währungs-Enquête«, in: *Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung* 1 (1892), S. 338–367.
Mauthner, Gustav von, »Die österreichische Goldbeschaffung«, in: *Neue Freue Presse*, Nr. 10324, 21. Mai 1893.
Mazal, Carl, *Zur Frage der Valuta-Regulirung*, Wien [1891] (Sonderabdruck aus Nr. 23 der *Beamten-Zeitung*).
Menger, Carl, *Grundsätze der Volkswirthschaftslehre. Erster, allgemeiner Theil*, Wien 1871.

Menger, Carl, *Untersuchungen über die Methode der Socialwissenschaften, und der Politischen Oekonomie insbesondere*, Leipzig 1883.
Menger, Carl, »Zur Theorie des Kapitals«, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 17 (1888), S. 1–49.
Menger, Carl, »Die Kaufkraft des Guldens österreichischer Währung [*Neue Freie Presse*, Nr. 9089, 12. Dezember 1889]«, in: ders., *Gesammelte Werke*, Bd. 4, hg. v. Friedrich Hayek, London 1936, S. 117–124.
Menger, Carl, »Grundzüge einer Klassifikation der Wirtschaftswissenschaften (1889) [*Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, 19]«, in: ders., *Gesammelte Werke*, Bd. 3, , hg. v. Friedrich Hayek, London 1935, S. 185–218.
Menger, Carl, »Die Social-Theorien der classischen National-Oekonomie und die moderne Wirthschaftspolitik [1891]«, in: ders., *Gesammelte Werke*, Bd. 3, hg. v. Friedrich Hayek London 1935, S. 219–245.
Menger, Carl, »Von unserer Valuta (1892) [*Allgemeine Juristen-Zeitung* XV, Nr. 12–13, 12. Januar u. 1. Februar 1892]«, in: ders., *Gesammelte Werke*, Bd. 4, , h. g. v. Friedrich Hayek, London 1936, S. 287–307.
Carl Menger, »Beiträge zur Währungsfrage in Oesterreich-Ungarn. Jena 1892 [Separatdruck aus Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik]«, in: ders., *Gesammelte Werke*, Bd. 4, hg. v. Friedrich Hayek, London 1936, S. 124–187.
Menger, Carl, »Der Übergang zur Goldwährung. Untersuchungen über die Wertprobleme der österreichisch-ungarischen Valutareform, Wien 1892, [Separatdruck aus *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*]«, in: ders., *Gesammelte Werke*, Bd. 4, hg .v. Friedrich Hayek, London 1936, S. 189–224.
Menger, Carl, »On the Origin of Money«, in: *The Economic Journal* 6 (1892), Nr. 2, S. 239–255.
Menger, Carl, »La monnaie de valeur«, in: *Revue d'économie politique* 6 (1892), Nr. 2, S. 159–175.
Menger, Carl, »Geld«, in: Joseph Conrad u. a. (Hg.), *Handwörterbuch der Staatswissenschaften*, Bd. 3, Jena 1892, S. 730–757.
Menger, Carl, »Aussagen in der Valutaenquete (1892)«, in: ders., *Gesammelte Werke*, Bd. 4, , hg. v. Friedrich Hayek, London 1936, S. 189–224.
Menger, Carl, »Das Goldagio und der heutige Stand der Valutareform (1893) [in: *Bohemia*, 15. u. 16. Juni 1893]«, in: ders., *Gesammelte Werke*, Bd. 4, , hg. v. Friedrich Hayek, London 1936, S. 308–324.
Menger, Carl, »Geld« [1909, 3. Aufl. v. Conrad u. a. (Hg.), *Handwörterbuch der Staatswissenschaften*], in: ders., *Gesammelte Werke*, Bd. 4, hg. v. Friedrich Hayek, London 1936, S. 1–116.
Menger, Carl, *Grundsätze der Volkswirtschaftslehre*, hg. v. Karl Menger, Wien 1923 (2., posthume Aufl.).
Menger, Carl, *Carl Menger's Lectures to Crown Prince Rudolf of Austria*, hg. v. Erich W. Streissler, Monika Streissler, Aldershot, Brookfield, VT 1994.

Miaskowski, August v., »Die Wucherfrage und die Frage der ländlichen Kreditorganisation«, in: *Verhandlungen der am 28. und 19. September 1888 in Frankfurt a. M. abgehaltenen Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik über den ländlichen Wucher, die Mittel zu seiner Abhülfe, insbesondere die Organisation des bäuerlichen Kredits und über Einfluß des Detailhandels auf die Preise und etwaige Mittel gegen eine ungesunde Preisbildung*, Leipzig 1889, S. 4–40.

Mill, John Stuart, »On the Definition of Political Economy; and on the Method of Investigation Proper to It [1836]«, in: ders., *Collected Works*, Bd. 4, hg. v. F. E. L. Priestley, Toronto 1967, S. 309–339.

Mises, Ludwig von, »Die wirtschaftspolitischen Motive der österreichischen Valutaregulierung«, in: *Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung* 16 (1907), S. 561–582.

Mises, Ludwig von, *Grundprobleme der Nationalökonomie. Untersuchungen über Verfahren, Aufgaben und Inhalt der Wirtschafts- und Gesellschaftslehre*, Jena 1933.

Moeglich, Alfred, »Bilanzverschleierung und Betriebsräte«, in: *Neue Zeit* 38 (1920), Nr. 3, 16. April 1920, S. 68–70.

M., R., »Die ackerbautreibende Bevölkerung in Schlesien«, in: *Gesellschaftsspiegel: Organ zur Vertretung der besitzlosen Volksklassen und zur Beleuchtung der gesellschaftlichen Zustände der Gegenwart* 1 (1845), S. 221–223.

Nasse, Erwin, »Über die Verhütung von Produktionskrisen durch staatliche Fürsorge«, in: *Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirthschaft im Deutschen Reich* 3 (1879), S. 145–189.

Nigmann, Ernst, *Die Wahehe: Ihre Geschichte, Kult-, Rechts-, Kriegs- und Jagd-Gebräuche*, Berlin 1908.

O., »Nochmals die deutsch-ostafrikanische Währungsfrage«, in: *Deutsche Kolonialzeitung* 20 (1903), Nr. 44, 29. Oktober 1903, S. 443–445.

Paasche, Hermann, *Deutsch-Ostafrika: Wirtschaftliche Studien*, Hamburg 1913 [1906].

Pawlowski, Eugen, *Der Bankrott Deutschlands*, Hamburg 1921.

Platter, Julius, *Der Wucher in der Bukowina*, Jena 1878 (2. Aufl.).

Platter, Julius, »Der Wucher und die Bauern in Deutschland (1888)«, in: ders., *Kritische Beiträge zur Erkenntnis unserer socialen Zustände und Theorien*, Basel 1894, S. 395–423.

Rathenau, Walther, »Erwägungen über die Erschließung des Deutsch-Ost-Afrikanischen Schutzgebietes«, in: ders., *Nachgelassene Schriften*, Bd. 2, Berlin 1928, S. 9–73.

Rathgen, [Karl], »Eingeborenensteuern«, in: Heinrich Schnee (Hg.), *Deutsches Kolonial-Lexikon*, Bd. 1: *A–G*, Leipzig 1920, S. 515–519.

Rathgen, [Karl], »Geld und Geldwirtschaft«, in: Heinrich Schnee (Hg.), *Deutsches Kolonial-Lexikon*, Bd. 1: *A–G*, Leipzig 1920, S. 692–698.

Rausch, Bernhard, »Die Saarpolitik Frankreichs: Vorläufer und Vorbild seiner Politik am Rhein und an der Ruhr«, in: *Neue Zeit* 41 (1922/23), Nr. 17, 25. Februar 1923, S. 393–402.

Rehse, Hermann, *Kiziba: Land und Leute*, Stuttgart 1910.

Reichard, Paul, »Vorschläge zu einer Reiseausrüstung für Ost- und Centralafrika«, in: *Zeitschrift der Gesellschaft für Erdkunde* 24 (1889), Nr. 1, S. 1–80.

Reichensperger, Peter, *Gegen die Aufhebung der Zinswuchergesetze*, Berlin 1860.

Roscher, Wilhelm, *System der Volkwirthschaft. Ein Hand- und Lesebuch für Geschäftsmänner und Studierende, Erster Band, die Grundlagen der Nationalökonomie enthaltend, zweite, vermehrte und verbesserte Auflage*, Stuttgart, Augsburg 1857.

Savelkouls, Hermann, *Der Franc im Saargebiet*, Stuttgart 1921 (= Münchener volkswirtschaftliche Studien, Bd. 145).

Seager, H. R., »Economics at Berlin and Vienna« in: *Journal of Political Economy* 1 (1893), Nr. 2, S. 236–262.

Sch., »Die Lage des bäuerlichen Grundbesizes [sic]«, in: *Die Neue Zeit* 1 (1883), Nr. 6, S. 249–266.

Schacht, Hjalmar, »Entwurf betreffs Errichtung einer Goldbank«, in: *Berliner Tageblatt*, Nr. 475, 10. Oktober 1923, Morgen-Ausgabe.

Schacht, Hjalmar, *Die Stabilisierung der Mark*, Stuttgart u. a. 1927.

Schäfer, »Die Tätigkeit der Wuchergerichte«, in: *Reichs-Arbeitsblatt: Amtsblatt des Reichsarbeitsministeriums und des Reichsamts für Arbeitsvermittlung*, Jg. 1922, Nr. 2, 31. Januar 1922, S. 56 f.

Schäffle, Albert, »Der ›große Börsenkrach‹ des Jahres 1873«, in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* 30 (1874), Nr. 1, S. 1–94.

Schäffle, Albert, *Bau und Leben des socialen Körpers. Enzyklopädischer Entwurf einer realen Anatomie, Physiologie und Psychologie der menschlichen Gesellschaft mit besonderer Rücksicht auf die Volkswirthschaft als socialen Stoffwechsel*, Bd. 2,, Tübingen 1878.

Scheinpflug, Carl, *Referat betreffend den Wucher im modernen Geldwesen und Geldverkehr, Leo-Gesellschaft in Wien: Section für Socialwissenschaften 1892*, Wien 1892.

Schmoller, Gustav, »Die öffentlichen Leihhäuser, sowie das Pfandleih- und Rückkaufgeschäft überhaupt: ein Beitrag zur Lehre von der Zins- und Gewerbefreiheit und von den öffentlichen Unternehmungen«, in: *Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirthschaft im Deutschen Reich* 4 (1880), S. 87–124.

Schmoller, Gustav, »Zur Methodologie der Staats- und Sozialwissenschaften«, in: *Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirthschaft im Deutschen Reich* 7 (1883), S. 975–994.

Schnapper-Arndt, Gottlieb, *Zur Methodologie sozialer Enquêten mit beson-*

derem Hinblick auf die neuerlichen Erhebungen über den Wucher auf dem Lande, Frankfurt a. M. 1888.
Schnake, Fr.: »Die gesellschaftlichen Zustände der civilisirten Welt: XIII. Die gegenwärtige Noth und der Wucher«, in: *Gesellschaftsspiegel: Organ zur Vertretung der besitzlosen Volksklassen und zur Beleuchtung der gesellschaftlichen Zustände der Gegenwart* 2 (1846), S. 73–79.
Schnee, Ada, »Ostafrikanisches Wirtschaftsleben im Kriege«, in: *Koloniale Rundschau*, 1918, Nr. 1/2, S. 9–25.
Schrenzel, M., *Die Valutaregulierung vor dem Reichsrathe*, Wien 1892.
Schullern zu Schrattenhofen, Hermann Ritter von, *Die Beseitigung des Bestiftungszwanges und der Wuchergesetze*, Wien 1899.
Schumacher, F., »Die Prägung von Kriegsmünzen in Deutsch-Ostafrika«, in: *Deutsches Kolonialblatt* 30, Nr. 1–2, 1. Februar 1919, S. 4–9.
Schumacher, Friedrich, »Der Goldschatz von Tabora im ehemaligen Deutsch-Ostafrika«, in: *Geldgeschichtliche Nachrichten* 8 (1973), Nr. 33, S. 8–10.
Schumpeter, Joseph, *Das Wesen und der Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie*, Leipzig 1908.
Schumpeter, Joseph, *Epochen der Dogmen- und Methodengeschichte*, Tübingen 1914 (= Grundriss der Sozialökonomik, hg. v. Karl Bücher u. a., 1. Buch, 2. Abt.).
Schurtz, Heinrich, *Grundriß einer Entstehungsgeschichte des Geldes*, Weimar 1898.
Schurtz, Heinrich, *Das afrikanische Gewerbe*, Leipzig 1900.
Sick, Eberhard von, »Die Waniaturu (Walini)«, in: *Baessler-Archiv* 5 (1916), S. 1–61.
Siepmann, Harry Arthur, »The International Financial Conference at Brussels«, in: *The Economic Journal* 30 (1920), Nr. 120, S. 436–459.
[Sigl], »Bericht des Stationschefs von Tabora, Lieutnant Sigl, über den Handelsverkehr von Tabora. (Nach eigenen Beobachtungen und Angaben der arabischen Händler)«, in: *Deutsches Kolonialblatt* 3 (1892), S. 164–166,
Simmel, Georg, *Philosophie des Geldes*, Berlin 1987 [1900].
Singer, Kurt, »Eingriff in die Substanz?«, in: *Wirtschaftsdienst*, hg. v. Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv, Nr. 35, 2. September 1921, S. 461 f.
Singer, Kurt, »Der Stand der Währungsfrage«, in: *Wirtschaftsdienst*, hg. v. Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv, Nr. 43, 28. Oktober 1921, S. 573 f.
Singer, Kurt, »Fehlerquellen der Handelsstatistik«, in: *Wirtschaftsdienst*, hg. v. Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv, Nr. 5, 2. Februar 1923, S. 123 f.
Singer, Kurt, »Zum Streit um die Rentenmark«, in: *Wirtschaftsdienst* hg. v. Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv, Nr. 13, 28. März 1924, S. 349–352.
Smith, Adam, *An Inquiry into the Nature and the Causes of the Wealth of Nations*, London 1776.
Soetbeer, Adolf, *Litteraturnachweis über Geld- und Münzwesen*, Berlin 1892.

Spitzmüller, Alexander, »Die österreichisch-ungarische Währungsreform«, in: *Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung* 11 (1902), S. 337–393, 496–559.

Stanley, Henry Morton, *How I Found Livingstone: Travels, Adventures and Discoveries in Central Africa, including Four Months' Residence with Dr. Livingstone*, London o. J. [1872].

Stein, Lorenz von, *Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich von 1789 bis auf unsere Tage*, 3 Bde. [1850], München 1921.

Stillich, Oskar, *Ausbeutungssysteme*, Jena 1925.

Strandes, Justus, »Die ostafrikanische Münzfrage«, in: *Deutsche Kolonialzeitung* 20 (1903), Nr. 46, S. 460 f.

Stuhlmann, Franz, *Mit Emin Pascha ins Herz von Afrika*, Berlin 1894.

Stuhlmann, Franz, *Handwerk und Industrie in Ostafrika: Kulturgeschichtliche Betrachtungen, nebst einem Anhang: Die Gewinnung des Eisens bei den Nyamwezi von R. Stern*, Hamburg 1910.

Sucker, Oswald, *Der Nothstand in Oberschlesien und die Ursachen seiner Entstehung*, Breslau 1880.

Thiel, Hugo, »Korreferat über die Wucherfrage und die Frage der ländlichen Kreditorganisation«, in: Verein für Socialpolitik (Hg.), *Verhandlungen der am 28. und 19. September 1888 in Frankfurt a. M. abgehaltenen Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik über den ländlichen Wucher, die Mittel zu seiner Abhülfe, insbesondere die Organisation des bäuerlichen Kredits und über Einfluß des Detailhandels auf die Preise und etwaige Mittel gegen eine ungesunde Preisbildung*, Leipzig 1889, S. 41–64.

Thilenius, Georg, »Primitives Geld«, in: *Archiv für Anthropologie* NF. 8 (1920), Nr. 1, S. 1–34.

Thüngen-Rossbach, C. v., *Die Wucher- und Wechselfrage: Vortrag gehalten im 10. Kongreß Deutscher Landwirthe zu Berlin am 25. Februar 1879*, Berlin 1879.

Thurnwald, Richard, *Black and White in East Africa, the Fabric of a New Civilization: With a Chapter on Women by Hilde Thurnwald*, London 1935.

University College Dar es Salaam, Department of History, *Maji Maji Research Project: Collected Papers*, Dar es Salaam 1968.

Velten, C.[arl], *Sitten und Gebräuche der Suaheli, nebst einem Anhang über Rechtsgewohneiten der Suaheli*, Göttingen 1903.

Verein Ernst Mach (Hg.): *Wissenschaftliche Weltauffassung. Der Wiener Kreis*, Wien 1929.

Verein für Socialpolitik (Hg.), *Der Wucher auf dem Lande: Berichte und Gutachten* Leipzig 1887.

Verein für Socialpolitik (Hg.), *Verhandlungen der am 28. und 19. September 1888 in Frankfurt a. M. abgehaltenen Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik über den ländlichen Wucher, die Mittel zu seiner Abhülfe, insbesondere die Organisation des bäuerlichen Kredits und über Einfluß des Detailhandels*

auf die Preise und etwaige Mittel gegen eine ungesunde Preisbildung, Leipzig 1889.

Verein für Sozialpolitik (Hg.), *Die Zukunft der Sozialpolitik / Die Not der geistigen Arbeiter: Jubiläumstagung des Vereins für Sozialpolitik in Eisenach 1922*, Leipzig 1923.

Verein gegen den Wucher im Saargebiet: *Bericht über die Thätigkeit des Vereins im Jahre 1887, erstattet durch den Schriftführer Herrn Olzem*, o. O. o. J.

Vogelsang, Carl von, *Zins und Wucher. Ein Separatvotum in dem vom deutschen Katholikentage eingesetzten socialpolitischen Comité*, Wien 1884.

Voigt, Andreas, »Die staatliche Theorie des Geldes«, in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* 62 (1906), Nr. 2, S. 317–340.

Volkmann, »Einnahmen der Schutzgebiete«, in: Heinrich Schnee (Hg.), *Deutsches Kolonial-Lexikon*, Bd. 1: *A–G*, Leipzig 1920, S. 521–524.

Volkmann, »Finanzen«, in: Heinrich Schnee (Hg.), *Deutsches Kolonial-Lexikon*, Bd. 1: *A–G*, Leipzig 1920, S. 616–625.

Wagner, Adolph, *Für bimetallistische Münzpolitik Deutschlands*, Berlin 1881.

Wagner, Hans, *Die Verkehrs- und Handelsverhältnisse in Deutsch-Ostafrika*, Frankfurt/O. 1896.

Weber, Max, *Die Lage der Landarbeiter im ostelbischen Deutschland 1892*, *Max Weber Gesamtausgabe*, Abteilung I, Bd. 3.1–2, hg. v. Martin Riesebrodt, Tübingen 1984.

Weber, Max, »Die Grenznutzlehre und das »psychophysische Grundgesetz« [1908], in: ders., *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*, hg. v. Johannes Winckelmann, Tübingen 1973 (4. Aufl.), S. 384–399.

Webler, Heinrich, »Gegen die Anpassung der Löhne an den Dollarstand«, in: *Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt* 31 (1922), Nr. 42, Sp. 1136–1138.

Wegener, Caesar, »Zur deutsch-ostafrikanischen Währungsfrage«, in: *Deutsche Kolonialzeitung* 20 (1903), Nr. 43, 22. Oktober 1903, S. 431 f.

Wehling, F., *Die Entwicklung der ostafrikanischen Rupie*, Münster 1929.

Weibel, J. L., »Die rechtliche Behandlung des Wuchers«, in: *Verhandlungen des schweizerischen Juristenvereins 1884*, 1. Heft, Basel 1884, S. 53–87.

Weule, Karl, *Wissenschaftliche Ergebnisse meiner ethnographischen Forschungsreise in den Südosten Deutsch-Ostafrikas*, Berlin 1908.

Wieser, Friedrich von, *Über den Ursprung und die Hauptgesetze des wirthschaftlichen Werthes*, Wien 1884.

Wieser, Friedrich von, »The Austrian School and the Theory of Value«, in: *The Economic Journal* 1 (1891), Nr. 1, S. 108–121.

Wieser, Friedrich von, »Der Geldwert und seine geschichtlichen Veränderungen«, in: *Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung* 13 (1904), S. 43–64.

Willi, Andreas, *Der Wucher und seine Folgen. Ein Beitrag zur Lösung der sozialen Frage*, Thun 1883.

Woermann, Adolph, »Die Entwickelungsstufen der Geldwirthschaft«, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 26 (1876), Nr. 1, S. 15–26.
Woermann, Adolph, »Ueber Tauschhandel in Afrika«, in: *Mittheilungen der Geographischen Gesellschaft in Hamburg* 1 (1880/81), S. 29–43.
Wundt, Wilhelm, *Logik: Eine Untersuchung der Principien der Erkennntnis und der Methoden wissenschaftlicher Forschung*, 2 Bde., Stuttgart 1883.
W. Z., »Tarifvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern und Arbeitsgemeinschaften«, in: *Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt* 29 (1920), Nr. 18, Sp. 402–405.
Zeiler, Alois, »Grundsätzliches zur Frage des ›gleitenden Lohnmaßes‹«, in: *Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt* 29 (1920), Nr. 22, Sp. 481–485.
Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands (Hg.), *Bericht über die Verhandlungen des 2. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), abgehalten in Jena vom 22. bis 26. August 1921*, Berlin 1922.
Zuns, Julius, *Der Wucher auf dem Lande: Eine Kritik des Fragebogens*, Frankfurt a. M. 1888.

Darstellungen

Adas, Michael, *Prophets of Rebellion: Millenarian Protest Movements against the European Colonial Order*, Cambridge 1987 [1979].
Adelman, Jeremy, »Mimesis and Rivalry: European Empires and Global Regimes«, in: *Journal of Global History* 10 (2015), Nr. 1, S. 77–98.
Adkins, Lisa, *The Time of Money*, Stanford, CA 2018.
Adkins, Lisa, Turo-Kimmo Lehtonen, »Price: an Introduction«, in: *Distinktion: Journal of Social Theory* 19 (2018), Nr. 2, S. 109–116.
Adlgasser, Franz, *Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente 1848–1918. Konstituierender Reichstag 1848–1849, Reichsrat 1861–1918: Ein biographisches Lexikon*, Wien 2014.
Aglietta, Michel, André Orléan, *La violence de la monnaie*, Paris 1984.
Aglietta, Michel, unter Mitarbeit von Pepita Ould Ahmed, Jean-François Ponsot, *La Monnaie: entre dettes et souveraineté*, Paris 2016.
Ahlheim, Hannah, *»Deutsche, kauft nicht bei Juden!« Antisemitismus und politischer Boykott in Deutschland 1924 bis 1935*, Göttingen 2012.
Alborn, Timothy, »The Greatest Metaphor Ever Mixed: Gold in the British Bible, 1750–1850«, in: *Journal of the History of Ideas* 78 (2017), Nr. 3, S. 427–447.
Albrecht, Henning, *Antiliberalismus und Antisemitismus. Hermann Wagener und die preußischen Sozialkonservativen 1855–1873*, Paderborn 2011.
Albrecht, Henning, »Berliner Revue (1855–1873)«, in: Brigitte Mihok (Hg.), *Handbuch des Antisemitismus: Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart*, Berlin 2013, S. 64–66.

Aldenhoff-Hübinger, Rita, *Agrarpolitik und Protektionismus: Deutschland und Frankreich im Vergleich 1879–1914*, Göttingen 2002.

Alter, Max, *Carl Menger and the Origins of Austrian Economics*, Boulder, CO 1990.

Anderson, Benedict, *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts*, Frankfurt a. M. 2005 [1983].

Appadurai, Arjun, »Introduction: Commodities and the Politics of Value«, in: ders. (Hg.), *The Social Life of Things. Commodities in Cultural Perspective*, Cambridge 1986, S. 3–63.

Arhin, Kwame, »The Pressure of Cash and Its Political Consequences in the Colonial Period«, in: *Journal of African Studies* 3 (1976/77), S. 453–468.

Arnold, Bernd, *Steuer und Lohnarbeit im Südwesten von Deutsch-Ostafrika, 1891 bis 1916*, Münster 1994.

Arrighi, Giovanni, *The Long Twentieth Century: Money, Power, and the Origins of Our Times*, London 1994.

Arthur, Christopher J., »The concept of money«, in: *Radical Philosophy*, 2005, Nr. 134, S. 31–40.

Ash, Mitchell G., Jan Surman (Hg.), *The Nationalization of Scientific Knowledge in the Habsburg Empire, 1848–1918*, Basingstoke 2012.

Baker, J. Wayne, »Heinrich Bullinger and the Idea of Usury«, in: *Sixteenth Century Journal* 5 (1974), Nr. 1, S. 49–70.

Balachandran, Gopalan, »Power and Markets in Global Finance: The Gold Standard, 1890–19262, in: *Journal of Global History* 3 (2008); Nr. 3, S. 313–335.

Balachandran, Gopalan, »Money and Its Ideas: Colonial Currencies, Money Illusions«, in: Federico Neiburg (Hg.), *A Cultural History of Money*, Bd. 5, London 2019, S. 35–56.

Balachandran, Gopalan, »Debasing Indigenous Statehood: Sovereign Monies, Markets and Imperial Power in the Indian Subcontinent, c. 1893–1905«, in: *Past and Present*, 2023, Nr. 259, S. 117–159.

Bald, Detlev, *Deutsch-Ostafrika 1900–1914: Eine Studie über Verwaltung, Interessensgruppen und wirtschaftliche Erschließung*, München 1970.

Balderston, Theo, *Economics and Politics in the Weimar Republic*, Cambridge 2002.

Balibar, Etienne, »Gib es einen ›Neo-Rassismus‹?«, in: Etienne Balibar, Immanuel Wallerstein, *Rasse Klasse Nation: Ambivalente Identitäten*, Berlin (BRD) 1990 [1988], S. 23–38.

Barkai, Avraham, *Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus*, Frankfurt a. M. 1988 (erw. Neuaufl.).

Bartels, Charlotte, »Top Incomes in Germany, 1871–2014«, in: *Journal of Economic History* 79 (2019), Nr. 3, S. 669–707.

Barth, Boris, *Die deutsche Hochfinanz und die Imperialismen: Banken und Außenpolitik vor 1914*, Stuttgart 1995.

Becker, Felicitas, »Traders, ›Big Men‹ and Prophets: Political Continuity and Crisis in the Maji Maji Rebellion in Southeast Tanzania«, in: *Journal of African History* 45 (2004), S. 1–22.

Becker, Felicitas, Jogal Beez (Hg.), *Der Maji-Maji-Krieg gegen die deutsche Kolonialherrschaft in Tansania, 1905–08*, Berlin 2005.

Beckert, Sven, *King Cotton. Eine Geschichte des globalen Kapitalismus*, München 2014.

Beham, Bernhard, *Die Genese des Mengerschen Dimensionsbegriffes im Spannungsverhältnis von Ökonomie, Mathematik und Philosophie*, Wien 2012 (Diss. Univ. Wien 2012).

Benite, Zvi Ben-Dor u. a., »Editors' Introduction«, in: dies. (Hg.), *The Scaffolding of Sovereignty: Global and Aesthetic Perspectives on the History of a Concept*, New York 2017, S. 1–49.

Benjamin, Walter, »Lehre vom Ähnlichen«, in: Gesammelte Schriften II, hg. v. Rolf Tiedemann, Herrmann Schweppenhäuser, Frankfurt a. M. 1977, S. 204–210.

Benjamin, Walter, *Das Passagen-Werk: Aufzeichnungen und Materialien – Erkenntnistheoretisches, Fortschritt*, Gesammelte Schriften V, hg. v. Rolf Tiedemann, Frankfurt a. M. 1982, S. 570–611.

Benjamin, Walter, »Über den Begriff der Geschichte«, in: Gesammelte Schriften I, hg. v. Rolf Teidemann, Herrmann Schweppenhäuser, Frankfurt a. M. 1974, S. 693–704.

Bennett, Herman, *African Kings and Black Slaves: Sovereignty and Dispossession in the Early Modern Atlantic*, Philadelphia, PA 2019.

Bennewitz, Susanne, *Basler Juden, französische Bürger. Migration und Alltag einer jüdischen Gemeinde im frühen 19. Jahrhundert*, Basel 2008.

Benton, Lauren, *A Search for Sovereignty: Law and Geography in European Empires, 1400–1900*, New York, Cambridge 2010.

Bergmann, Werner, *Tumulte, Excesse, Pogrome. Kollektive Gewalt gegen Juden in Europa 1789–1900*, Göttingen 2020.

Bergmann, Werner u. a. (Hg.): *Exclusionary Violence: Antisemitic Riots in Modern German History*, Ann Arbor, MI 2002.

Berkessel, Hans, »Antisemitische Presse in einer ländlichen Region. Die Mainzer Wochenzeitung ›Die Wucherpille‹ (1882–1886)«, in: Gideon Botsch (Hg.), *Politik des Hasses. Antisemitismus und radikale Rechte in Europa*, Hildesheim 2010, S. 29–42.

Bianchi, Roberto, »Les mouvements contre la vie chère en Europe au lendemain de la Grande Guerre«, in: Pietro Causarano u. a. (Hg.), *Le XXe siècle des guerres*, Paris 2004, S. 237–245.

Biltoft, Carolyn, *A Violent Peace. Media, Truth, and Power in the League of Nations*, Chicago, IL 2021, S. 73–76.

Binnenkade, Alexandra, *KontaktZonen. Jüdisch-christlicher Alltag in Lengnau*, Köln 2009.

Bishara, Fahad Ahmad, *A Sea of Debt: Law and Economic Life in the Western Indian Ocean, 1780–1950*, Cambridge 2017.
Black, R. D. Collison u. a. (Hg.): *The Marginal Revolution in Economics: Interpretation and Evaluation*, Durham, NC 1973.
Blackbourn, David, »Das Kaiserreich transnational – eine Skizze«, in: Sebastian Conrad, Jürgen Osterhammel (Hg.), *Das Kaiserreich transnational: Deutschland in der Welt 1871–1914*, Göttingen 2004, S. 302–324.
Blaschke, Olaf, *Katholizismus und Antisemitismus im Deutschen Kaiserreich*, Göttingen 1997.
Bockelmann, Eske, *Das Geld. Was es ist, das uns beherrscht*, Berlin 2020.
Bockman, Johanna, *Markets in the Name of Socialism: The Left-Wing Origins of Neoliberalism*, Stanford, CA 2011.
Bohannan, Paul, »The Impact of Money on an African Subsistence Economy«, in: *Journal of Economic History* 19 (1959), Nr. 4, S. 491–503.
Bologna, Sergio, *Geld und Krise. Marx als Korrespondent der New York Daily Tribune, 1856–57*, [Köln] 2009 (Beilage zu *Wildcat*, Nr. 85, zuerst Italien. in: *Primo Maggio* 1, September 1973).
Bonzon, Thierry, Belinda Davis, »Feeding the Cities«, in: Jay Winter, Jean-Louis Robert (Hg.), *Capital Cities at War: Paris, London, Berlin, 1914–1919*, Bd. 1, Cambridge 1997, S. 305–340.
Boos, Margarete, *Die Wissenschaftstheorie Carl Mengers. Biographische und ideengeschichtliche Zusammenhänge*, Wien 1986.
Borchardt, Knut, »Währung und Wirtschaft«, in: Deutsche Bundesbank (Hg.), *Währung und Wirtschaft in Deutschland: 1876–1975*, Frankfurt a. M. 1976, S. 3–55.
Bose, Sugata, *A Hundred Horizons: The Indian Ocean in the Age of Global Empire*, Cambridge, MA 2006.
Bourdieu, Pierre, *Die zwei Gesichter der Arbeit. Interdependenzen von Zeit- und Wirtschaftsstrukturen am Beispiel einer Ethnologie der algerischen Übergangsgesellschaft*, Konstanz 2000 [1977].
Bourdieu, Pierre, *Sozialer Sinn: Kritik der theoretischen Vernunft*, Frankfurt a. M. 1987 [1980].
Brahm, Felix, *Merchandise of Power: Der Waffenhandel zwischen Europa und Ostafrika (1850–1919)*, Frankfurt a. M. 2022.
Braudel, Fernand, *Sozialgeschichte des 15.–18. Jahrhunderts*, Bd. 1: *Der Alltag*, München 1985.
Braun, Christina von, *Der Preis des Geldes. Eine Kulturgeschichte*, Berlin 2014.
Brühwiler, Benjamin, »Interweaving Threads of Credit and Debt: Trading (through) Textiles in Colonial Dar es Salaam«, in: *Business History* 60 (2018), Nr. 4, S. 474–491.
Buchen, Tim, *Antisemitismus in Galizien. Agitation, Gewalt und Politik gegen Juden in der Habsburgmonarchie um 1900*, Berlin 2012.

Buchner, Michael, *Die Spielregeln der Börse. Institutionen, Kultur und die Grundlagen des Wertpapierhandels in Berlin und London, ca. 1860–1914*, Tübingen 2019.

Bückendorf, Jutta, *»Schwarz-Weiß-Rot über Deutsch-Ostafrika!«. Deutsche Kolonialpläne und afrikanische Realität*, Münster 1997.

Bühler, Martin, *Von Netzwerken zu Märkten: Die Entstehung eines globalen Getreidemarktes im 19. Jahrhundert*, Frankfurt a. M. 2019.

Bührer, Tanja, *Die Kaiserliche Schutztruppe für Deutsch-Ostafrika: Koloniale Sicherheitspolitik und transkulturelle Kriegsführung 1885 bis 1918*, München 2011.

Büttner, Ursula, *Weimar. Die überforderte Republik 1918–1933*, Stuttgart 2008.

Buggeln, Marc, *Das Versprechen der Gleichheit: Steuern und soziale Ungleichheit in Deutschland von 1871 bis heute*, Berlin 2022.

Burbank, Jane, Frederick Cooper, *Imperien der Weltgeschichte: Das Repertoire der Macht vom alten China bis heute*, Frankfurt a. M. 2012.

Burhop, Carsten, *Die Kreditbanken in der Gründerzeit*, Stuttgart 2004.

Caldwell, Bruce: *Hayek's Challenge*, Chicago, IL 2004

Çalışkan, Koray, Michel Callon, »Economization, part 1: shifting attention from the economy towards processes of economization«, in: *Economy and Society* 38 (2009), Nr. 3, S. 369–398.

Çalışkan, Koray, Michel Callon, »Economization, part 2: a research programme for the study of markets«, in: *Economy and Society* 39 (2010), Nr. 1, S. 1–32.

Callahan, Michael D., *Mandates and Empire: The League of Nations and Africa, 1914–1931*, Brighton 1999.

Campagnolo, Gilles, »Carl Menger's ›Money as Measure of Value‹: An Introduction«, in: *History of Political Economy* 37 (2005), Nr. 2, S. 233–243.

Campagnolo, Gilles (Hg.), *Carl Menger. Neu erörtert unter Einbeziehung nachgelassener Texte / Discussed on the Basis of New Findings*, Bern 2008.

Canning, Kathleen, »Gender and the Imaginary of Revolution«, in: Klaus Weinhauer u. a. (Hg.), *Germany 1916–23: A Revolution in Context*, Bielefeld 2015, S. 103–126.

Canning, Kathleen u. a. (Hg.): *Weimar Publics/Weimar Subjects: Rethinking the Political Culture of Germany in the 1920s*, New York 2010.

Castel, Robert, »›Problematization‹ as a Mode of Reading History«, in: Jan Goldstein (Hg.), *Foucault and the Writing of History*, Oxford 1994, S. 237–252.

Cecco, Marcello de, *The International Gold Standard: Money and Empire*, New York 1984.

Chatterjee, Partha, *The Nation and Its Fragments: Colonial and Postcolonial Histories*, Princeton, NJ 1993.

Clavin, Patricia, *Securing the World Economy: The Reinvention of the League of Nations, 1920–1946*, Oxford 2013.

Coen, Deborah, *Vienna in the Age of Uncertainty: Science, Liberalism, and Private Life*, Chicago, IL 2007.
Coen, Deborah, »Rise, Grubenhund: On Provincializing Kuhn«, in: *Modern Intellectual History* 9 (2012), Nr. 1, S. 109–126.
Comaroff, Jean, John L. Comaroff, »Colonizing Currencies: Beasts, Banknotes, and the Colour of Money in South Africa«, in: Wim van Binsbergen (Hg.), *Commodification. Things, Agency, and Identities (The Social Life of Things Revisited)*, Münster 2005, S. 145–173.
Comaroff, John L., Jean Comaroff, *Of Revelation and Revolution*, Vol. 2: *The Dialectics of Modernity on a South African Frontier*, Chicago, IL 1997.
Conrad, Sebastian, *Globalisierung und Nation im Deutschen Kaiserreich*, München 2006.
Conrad, Sebastian, *German Colonialism: A Short History*, Cambridge 2012.
Conrad, Sebastian, »Rethinking German Colonialism in a Global Age«, in: *Journal of Imperial and Common Wealth History* 41 (2013), Nr. 4, S. 543–566.
Conrad, Sebastian u. a., »Die Kodifizierung der Arbeit: Individuum, Gesellschaft, Nation«, in: Jürgen Kocka, Claus Offe (Hg.), *Geschichte und Zukunft der Arbeit*, Frankfurt a. M., New York 2000, S. 449–476.
Cooper, Frederick, »Conflict and Connection: Rethinking African Colonial History«, in: *American Historical Review* 99 (1994), Nr. 5, S. 1516–1545.
Cooper, Frederick, »Afrika in der kapitalistischen Welt«, in: Shalini Randeria, Andreas Eckert (Hg.), *Vom Imperialismus zum Empire. Nicht-westliche Perspektiven auf Globalisierung*, Frankfurt a. M. 2009, S. 37–72.
Cooper, Frederick, *Kolonialismus denken: Konzepte und Theorien in kritischer Perspektive*, Frankfurt a. M. 2012.
Cooper, Frederick, Ann Laura Stoler, »Between Metropole and Colony: Rethinking a Research Agenda«, in: dies. (Hg.), *Tensions of Empire: Colonial Cultures in a Bourgeois World*, Berkeley, CA 1997, S. 1–56.
Coronil, Fernando, »After Empire: Reflections on Imperialism from the Américas«, in: Ann Laura Stoler u. a. (Hg.), *Imperial Formations*, Santa Fe, NM 2007, S. 241–271.
Cronon, William, *Nature's Metropolis: Chicago and the Great West*, New York u. a. 1991.
Davies, Catherine, »Spreading Fear, Communicating Trust: Writing Letters and Telegrams During the Panic of 1873«, in: *History and Technology* 32 (2016), Nr. 2, S. 159–177.
Davies, Catherine, *Transatlantic Speculations: Globalization and the Panics of 1873*, New York 2018.
Davis, Belinda, *Home Fires Burning: Food, Politics, and Everyday Life in World War I Berlin*, Chapel Hill, NC 2000.
Davis, Muriam Haleh, *Markets of Civilization: Islam and Racial Capitalism in Algeria*, Durham, NC 2022.

Decorzant, Yann, »Répondre à la demande sociale et à la demande du marché: les prémisses de la régulation économique dans les années 1920«, in: *Les cahiers IRICE* 2 (2008), Nr. 2, S. 107–126.

Dejung, Christof, *Die Fäden des globalen Marktes. Eine Sozial- und Kulturgeschichte des Welthandels am Beispiel der Handelsfirma Gebrüder Volkart 1851–1999*, Köln u. a. 2013.

Dekker, Erwin, *The Viennese Students of Cvilization: The Meaning and Context of Austrian Economics Reconsidered*, New York 2016.

Desan, Christine, *Making Money: Coin, Currency, and the Coming of Capitalism*, Oxford 2014.

Deutsch, Jan-Georg, *Emancipation without Abolition in German East Africa c. 1884–1914*, Oxford 2006.

[Deutsche Bundesbank]: »Die Rolle von Banken, Nichtbanken und der Zentralbank im Geldschöpfungsprozeß«, in: *Deutsche Bundesbank: Monatsbericht*, 2017, Nr. April, S. 15–36.

Dilcher, Jochen, *Die Zins-Wucher-Gesetzgebung in Deutschland im 19. Jahrhundert. Eine entwicklungsgeschichtliche Betrachtung unter besonderer Berücksichtigung wirtschaftlicher und wirtschaftspolitischer Faktoren*, Frankfurt a. M. 2002.

Dodd, Nigel, *The Social Life of Money*, Princeton, NJ 2014.

Dommann, Monika, »Alles fließt. Soll die Geschichte nomadischer werden?«, in: *Geschichte und Gesellschaft* 42 (2016), S. 516–534.

Ducks, Thomas, *Heinrich Schurtz (1863–1903) und die deutsche Völkerkunde*, Freiburg i. Br. 1996 (Diss. Univ. Freiburg i. Br.).

Eagleton, Catherine, »Currency as Commodity, as Symbol of Sovereignty, and as Subject of Legal Dispute: Henri Greffülhe and the Coinage of Zanzibar in the Late 19th Century«, in: Gwynn Campbell, Steven Serels (Hg.), *Currencies of the Indian Ocean World*, London 2019, S. 113–140.

Echterhölter, Anna, »Quantification as Conflict. Witold Kula's Political Metrology and Its Reception in the West«, in: *Historyka: Studia Metodologiczne* 49 (2019), S. 117–141.

Echterhölter, Anna, »Shells and Order: Questionnaires on Indigenous Law in German New Guinea«, in: *Journal for the History of Knowledge* 1 (2020), Nr. 1, Art. 17, S. 1–19.

Eckert, Andreas, *Herrschen und Verwalten. Afrikanische Bürokraten, staatliche Ordnung und Politik in Tansania, 1920–1970*, München 2007.

Eich, Stefan, »Old Utopias, New Tax Heavens: The Politics of Bitcoin in Historical Perspective«, in: Philipp Hacker (Hg.), *Regulating Blockchain: Political and Legal Challenges*, Oxford 2019, S. 85–98.

Eichengreen, Barry, *Golden Fetters: The Gold Standard and the Great Depression*, New York, Oxford 1992.

Eichengreen, Barry, *Vom Goldstandard zum Euro: Die Geschichte des internationalen Währungssystems*, Berlin 2000.

Eiden-Offe, Patrick, *Die Poesie der Klasse: Romantischer Antikapitalismus und die Erfindung des Proletariats*, Berlin 2017.
Eley, Geoff, »Hans Rosenberg and the Great Depression of 1873–96: Politics and Economics in Recent German Historiography, 1960–80«, in: ders., *From Unification to Nazism: Reinterpreting the German Past*, Boston, MA 1986, S. 23–41.
Eley, Geoff, »Empire by Land or Sea? Germany's Imperial Imaginary, 1840–1945«, in: Bradley Naranch, ders. (Hg.), *German Colonialism in a Global Age*, Durham, NC 2014, S. 19–45.
Eley, Geoff u. a. (Hg.), *German Modernities from Wilhelm to Weimar: A Contest of Futures*, London 2016.
Engel, Alexander, »Buying Time: Futures Trading and Telegraphy in Nineteenth-Century Global Commodity Markets«, in: *Journal of Global History* 10 (2015), Nr. 2, S. 284–306.
Engel, Alexander, *Risikoökonomie: Eine Geschichte des Börsenterminhandels*, Frankfurt a. M. 2021.
Espeland, Wendy Nelson, Mitchell L. Stevens, »Commensuration as a Social Process«, in: *Annual Review of Sociology* 24 (1998), S. 313–343.
Fabian, Johannes, *Time and the Other. How Anthropology makes its Object*, New York 1983.
Fabian, Steven, *Making Identity on the Swahili Coast: Urban Life, Community, and Belonging in Bagamoyo*, Cambridge 2019.
Fee, Sarah, »Cloths with Names: Luxury Textile Imports in Eastern Africa, c. 1800–1885«, in: *Textile History* 48 (2017) Nr. 1, S. 49–84
Feichtinger, Johannes, *Wissenschaft als reflexives Projekt: Von Bolzano über Freud zu Kelsen – Österreichische Wissenschaftsgeschichte 1848–1938*, Bielefeld 2010.
Feichtinger, Johannes, »Die verletzte Autonomie. Wissenschaft und ihre Struktur in Wien 1848 bis 1938«, in: Friedrich Stadler u. a. (Hg.), *650 Jahre Universität Wien*, Bd. 1, Göttingen 2015, S. 261–292.
Feichtinger, Johannes u. a. (Hg.), *Habsburg postcolonial: Machtstrukturen und kollektives Gedächtnis*, Innsbruck 2003.
Feierman, Steven, *Peasant Intellectuals: Anthropology and History in Tanzania*, Madison, WI 1990.
Feinig, Jakob, »The Moral Economy of Money between the Gold Standard and the New Deal«, in: *Journal of Historical Sociology* 30 (2017), Nr. 2, S. 315–341.
Feinig, Jakob, »Toward a Moral Economy of Money? Money as a Creature of Democracy«, in: *Journal of Cultural Economy* 13 (2020), Nr. 5, S. 531–547.
Feldman, Gerald D., *Iron and Steel in the German Inflation, 1916–1923*, Princeton, NJ 1977.
Feldman, Gerald D., »Bayern und Sachsen in der Hyperinflation 1922/23«, in: *Historische Zeitschrift* 238 (1984), Nr. 3, S. 569–609.

Feldman, Gerald D., *The Great Disorder: Politics, Economics, and Society in the German Inflation, 1914–1924*, Oxford 1993.
Feldman, Gerald D., *Hugo Stinnes: Biographie eines Industriellen 1870–1924*, München 1998.
Felten, Sebastian, *Money in the Dutch Republic: Everyday Practice and Circuits of Exchange*, Cambridge 2022.
Ferguson, Niall, *Paper and Iron: Hamburg Business and German Politics in the Era of German Inflation, 1897–1927*, Cambridge 1995.
Ferguson, Niall, *The Ascent of Money: A Financial History of the World*, New York 2008.
Finlay, Mark R., »The Rehabilitation of an Agricultural Chemist: Justus von Liebig and the Seventh Edition«, in: *Ambix* 38 (1991), Nr. 3, S. 155–167.
Fitzpatrick, Matthew, *Liberal Imperialism in Germany: Expansionism and Nationalism, 1848–1884*, New York 2008.
Flandreau, Marc, *The Glitter of Gold: France, Bimetallism and the Emergence of the International Gold Standard*, Oxford 2004.
Flandreau, Marc, »Border Crossing«, in: *Capitalism. A Journal of History and Economics* 1 (2019) Nr. 1, S. 1–9.
Flandreau, Marc, Barry Eichengreen, »The Geography of the Gold Standard«, in: Braga de Macedo (Hg.), *Currency Convertibility: The Gold Standard and Beyond*, London 1996, S. 113–143.
Flemming, Jan, *Landwirtschaftliche Interessen und Demokratie: Ländliche Gesellschaft, Agrarverbände und Staat, 1890–1925*, Bonn 1978.
François, Pierre, Lemercier, Claire, *Sociologie historique du capitalisme*, Paris 2021.
Fraser, Nancy, »Rethinking the Public Sphere: A Contribution to the Critique of Actually Existing Democracy«, in: *Social Text* 25/26 (1990), S. 56–80.
Fraser, Nancy, »Behind Marx's Hidden Abode: For an Expanded Conception of Capitalism«, in: *New Left Review*, 2014, Nr. 86, S. 55–72.
Führer, Karl Christian, »Solidarität und Magenfrage – Arbeitslosenproteste und Arbeitslosenräte in Hamburg 1918–1923«, in: *1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts* 6 (1991) Nr. 2, S. 11–33
Führer, Karl Christian: »Pawning in German Working-Class Life before the First World War«, in: *International Review of Social History* 46 (2001), S. 29–44.
Gagnier, Regenia, »On the Insatiability of Human Wants: Economic Man and Aesthetic Man«, in: *Victorian Studies* 36 (Winter 1993), Nr. 2, S. 125–153.
Gailus, Manfred, »Die Erfindung des ›Korn-Juden‹. Zur Geschichte eines antijüdischen Feindbildes des 18. und frühen 19. Jahrhunderts«, in: *Historische Zeitschrift* 272 (2001), S. 597–622.
Gailus, Manfred, »Anti-Jewish Emotion and Violence in the 1848 Crisis of German Society«, in: Werner Bergmann u. a. (Hg.), *Exclusionary Violence: Antisemitic Riots in Modern German History*, Ann Arbor, MI 2002, S. 43–65.

Gailus, Manfred, »Was macht eigentlich die historische Protestforschung? Rückblick, Resümee, Perspektiven«, in: *Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen*, 2005, Nr. 34, S. 127–154.

Gallarotti, Giulio, *The Anatomy of an International Monetary Regime: The Classical Gold Standard, 1880–1914*, New York 1995.

Gänger, Stefanie, »Circulation: Reflections on Circularity, Entity and Liquidity in the Language of Global History«, in: *Journal of Global History* 12 (2017), Nr. 3, S. 303–318.

Gardner, Leigh A., *Taxing Colonial Africa. The Political Economy of British Imperialism*, Oxford 2012.

Geertz, Clifford, »Suq: The Bazaar Economy in Sefrou«, in: ders. u. a., *Meaning and Order in Moroccan Society. Three Essays in Cultural Analysis*, Cambridge 1979, S. 123–244.

Gervais, Raymond, »Pre-Colonial Currencies: A Note on the Maria Theresia Taler«, in: *African Economic History* 11 (1982), S. 147–152.

Geyer, Martin H., »Teuerungsprotest und Teuerungsunruhen 1914–1923. Selbsthilfegesellschaft und Geldentwertung«, in: Manfred Gailus (Hg.), *Der Kampf um das tägliche Brot: Nahrungsmangel, Versorgungspolitik und Protest 1770–1990*, Opladen 1994, S. 319–345.

Geyer, Martin H., »Recht, Gerechtigkeit und Gesetze: Reichsgerichtsrat Zeiler und die Inflation«, in: *Zeitschrift für Neuere Rechtsgeschichte* 16 (1994), S. 349–372.

Geyer, Martin H., *Verkehrte Welt. Revolution, Inflation und Moderne: München 1914–1924*, Göttingen 1998.

Geyer, Martin H., »Defining the Common Good and Social Justice: Popular and Legal Concepts of ›Wucher‹ in Germany from the 1860s to the 1920s«, in: Willibald Steinmetz (Hg.), *Private Law and Social Inequality in the Industrial Age: Comparing Legal Cultures in Britain, France, Germany, and the United States*, New York 2000, S. 457–483.

Geyer, Martin H., »Die Sprache des Rechts, die Sprache des Antisemitismus: ›Wucher‹ und soziale Ordnungsvorstellungen im Kaiserreich und der Weimarer Republik«, in: Christof Dipper u. a. (Hg.), *Europäische Sozialgeschichte: Festschrift für Wolfgang Schieder*, Berlin 2000, S. 413–429.

Geyer, Martin H., *Kapitalismus und politische Moral in der Zwischenkriegszeit. Oder: Wer war Julius Barmat?*, Hamburg 2018.

Ghosh, Peter, »›Robinson Crusoe‹, the Isolated Economic Man: Max Weber, Marginal Utility Theory, and the ›Spirit‹ of Capitalism«, in: *Max Weber Studies*, 2006, Beiheft I, S. 71–99.

Giblin, James, *The Politics of Environmental Control in Northeastern Tanzania, 1840–1940*, Philadelphia, PA 1992.

Giblin, James, Jamie Monson, »Introduction«, in: dies. (Hg.), *Maji Maji: Lifting the Fog of War*, Leiden 2010, S. 1–30.

Gidwani, Vinay, *Capital, Interrupted: Agrarian Development and the Politics of Work in India*, Minneapolis, MN 2008.
Gilbert, Emily, »Common Cents: Situating Money in Time and Place«, in: *Economy and Society* 34 (2005), Nr. 3, S. 357–388.
Gilomen, Hans-Jörg, »Wucher und Wirtschaft im Mittelalter«, in: *Historische Zeitschrift* 250 (1990), Nr. 2, S. 265–301.
Gissibl, Bernhard, *The Nature of German Imperialism: Conservation and the Politics of Wildlife in Colonial East Africa*, New York, Oxford 2016.
Glassman, Jonathon, *Feasts and Riot: Revelry, Rebellion, and Popular Consciousness on the Swahili Coast, 1856–1888*, Portsmouth, NH 1995.
Good, David F., *The Economic Rise of the Habsburg Empire, 1750–1914*, Berkeley, CA 1984.
Goswami, Manu, *Producing India. From Colonial Economy to National Space*, Chicago, IL 2004.
Goswami, Manu, »Crisis Economics: Keynes and the End of Empire«, in: *Constellations* 25 (2018), Nr. 1, S. 18–34.
Grabas, Margrit, »Die Gründerkrise von 1873/79 – Fiktion oder Realität? Einige Überlegungen im Kontext der Weltfinanz- und Wirtschaftskrise von 2008/2009«, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 52 (2011), Nr. 1, S. 69–95.
Gregory, Robert G., *South Asians in East Africa: An Economic and Social History, 1890–1980*, Boulder, CO 1993.
Greiner, Andreas, *Human Porterage and Colonial State Formation in German East Africa, 1880s–1914: Tensions of Transport*, Cham 2022.
Greiner, Andreas, »Colonial Schemes and African Realities: Vernacular Infrastructure and the Limits of Road Building in German East Africa«, in: *Journal of African History* 63 (2022) Nr. 3, S. 328–347.
Grewe, Bernd-Stefan, »Raum und Macht: Eine Stoffgeschichte des Goldes im frühen 20. Jahrhundert«, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 57 (2016), Nr. 1, S. 59–89.
Grimmer-Solem, Erik, *The Rise of Historical Economics and Social Reform in Germany, 1864–1894*, Oxford 2003.
Grimmer-Solem, Erik, *Learning Empire: Globalization and the German Quest for World Status, 1875–1919*, Cambridge 2019.
Großmann, Atina, »German Communism and New Women: Dilemmas and Contradictions«, in: Helmut Gruber, Pamela Graves (Hg.), *Women and Socialism – Socialism and Women: Europe Between the World Wars*, Oxford, New York 1998, S. 135–170.
Guinnane, Timothy W., »Cooperatives as Information Machines: German Rural Credit Cooperatives, 1883–1914«, in: *Journal of Economic History* 63 (2001), Nr. 2, S. 366–389.
Guyer, Jane, »Introduction: The Currency Interface and Its Dynamics«, in: dies. (Hg.), *Money Matters: Instability, Values and Social Payments in the Modern History of West African Communities*, Portsmouth, NH 1995, S. 1–33.

Guyer, Jane, *Marginal Gains. Monetary Transactions in Atlantic Africa*, Chicago, IL 2004.
Guyer, Jane, »Composites, Fictions, and Risk: Toward an Ethnography of Price«, in: dies., *Legacies, Logics, Logistics: Essays in the Anthropology of the Platform Economy*, Chicago, IL 2016, S. 201–219.
Guyer, Jane, Karin Pallaver, »Money and Currency in African History«, in: Thomas Spear (Hg.), *Oxford Research Encyclopedia of African History*, Oxford 2018, S. 1–24.
Gwassa, Gilbert, »African Methods of Warfare during the Maji Maji War, 1905–1907«, in: Bethwell A. Ogot (Hg.), *War and Society in Africa*, London 1972, S. 123–148.
Gwassa, Gilbert, *The Outbreak and Development of the Maji Maji War 1905–1907*, Köln 2005 [1973].
Habermas, Jürgen, *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*, Frankfurt a. M. 1990 [1962].
Habermas, Rebekka, *Skandal in Togo. Ein Kapitel deutscher Kolonialherrschaft*, Frankfurt a. M. 2016.
Halsmayer, Verena, »Material des Ökonomischen, ökonomisches Material: Das Vermessen von Input-Output-Systemen am Harvard Economic Research Project, 1947–1952«, in: *Nach Feierabend. Zürcher Jahrbuch für Wissensgeschichte* 14 (2018), S. 111–138.
Harnisch, Hartmut, »Georg Friedrich Knapp: Agrargeschichtsforschung und sozialpolitisches Engagement im Deutschen Kaiserreich«, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1 (1993), S. 95–132.
Harootunian, Harry, *Marx after Marx: History and Time in the Expansion of Capitalism*, New York 2015.
Harris, James F., *The People Speak! Anti-Semitism and Emancipation in Nineteenth-Century Bavaria*, Ann Arbor, MI 1994.
Hartewig, Karin, *Das unberechenbare Jahrzehnt: Bergarbeiter und ihre Familien im Ruhrgebiet, 1914–1924*, München 1993.
Haschemi Yekani, Minu, *Koloniale Arbeit. Rassismus, Migration und Herrschaft in Tansania (1885–1914)*, Frankfurt a. M. 2019.
Hecht, Cornelia, *Deutsche Juden und Antisemitismus in der Weimarer Republik*, Bonn 2003.
Heinrich, Michael, *Kritik der politischen Ökonomie. Eine Einführung*, Stuttgart 2004.
Helleiner, Eric, *The Making of National Money: Territorial Currencies in Historical Perspective*, Ithaca, NY 2003.
Hennings, Klaus, *The Austrian Theory of Value and Capital: Studies in the Life and Work of Eugen von Böhm-Bawerk*, Cheltenham, UK 1997.
Herbert, Ulrich, *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*, München 2014.
Hesse, Jan-Otmar, »Geld«, in: Christof Dejung, Monika Dommann, Daniel

Speich (Hg.), *Auf der Suche nach der Ökonomie: Historische Erkundungen*, Tübingen 2014, S. 73–96.
Hill, Mike, Warren Montag, *The Other Adam Smith*, Stanford, CA 2014.
Hogendorn, Jan, Henry A. Gemery, »Cash Cropping, Currency Acquisition and Seigniorage in West Africa«, in: *African Economic History* 11 (1982), S. 15–27.
Hogendorn, Jan, Henry A. Gemery, »Continuity in West African Monetary History? An Outline of Monetary Development«, in: *African Economic History* 17 (1988), S. 127–146.
Hogendorn, Jan, Marion Johnson, *The Shell Money of the Slave Trade*, Cambridge 1986.
Holtfrerich, Carl-Ludwig, *Die deutsche Inflation 1914–1923: Ursachen und Folgen in internationaler Perspektive*, New York 1980.
Holtfrerich, Carl-Ludwig, »Aus dem Alltag des Reichswirtschaftsministeriums während der Großen Inflation 1919–1923«, in: ders. (Hg.), *Wirtschaftspolitik in Deutschland 1917–1990*, Bd. 1: *Das Reichswirtschaftsministerium der Weimarer Republik und seine Vorläufer. Strukturen, Akteure, Handlungsfelder*, Berlin 2016, S. 224–360.
Holz, Klaus, *Nationaler Antisemitismus. Wissenssoziologie einer Weltanschauung*, Hamburg 2001.
Hölzl, Richard, *Gläubige Imperialisten: Katholische Mission in Deutschland und Ostafrika (1830–1960)*, Frankfurt a. M. 2021.
Hopkins, Anthony G., »The Currency Revolution in South-West Nigeria in the Late Nineteenth Century«, in: *Journal of the Historical Society of Nigeria* 3 (1966), Nr. 3, S. 471–483.
Hopkins, Anthony G., »The Creation of a Colonial Monetary System: The Origins of the West African Currency Board«, in: *African Historical Studies* 3 (1970), Nr. 1, S. 101–132.
Horkheimer, Max, Theodor W. Adorno, *Dialektik der Aufklärung: Philosophische Fragmente*, Frankfurt a. M. 1969 [zuerst 1944].
Hoser, Paul, »Die Rosenbaum-Krawalle von 1921 in Memmingen«, in: Peter Fassl (Hg.), *Geschichte und Kultur der Juden in Schwaben*, Bd. 3: *Zwischen Nähe, Distanz und Fremdheit*, Augsburg 2007, S. 95–110.
Hufton, Olwen, *The poor of eighteenth-century France: 1750–1789*, Oxford 1974.
Hacke, Jens, »Moritz Julius Bonn – liberale Krisendiagnostik in der Weimarer Demokratie«, in: Moritz Julius Bonn, *Zur Krise der Demokratie: Politische Schriften in der Weimarer Republik 1919–1932*, hg. v. Jens Hacke, Berlin 2015, S. 1–38.
Hacke, Jens, *Existenzkrise der Demokratie: Zur politischen Theorie des Liberalismus in der Zwischenkriegszeit*, Berlin 2018.
Hagemann, Karen, »Frauenprotest und Männerdemonstration. Zum geschlechtsspezifischen Aktionsverhalten im großstädtischen Arbeitermilieu

der Weimarer Republik«, in: Bernd Jürgen Warneken (Hg.), *Massenmedium Straße: Zur Kulturgeschichte der Demonstration*, Frankfurt a. M., New York 1991, S. 202–230.

Hagen, William, »The Moral Economy of Ethnic Violence: The Pogrom in Lwow, November 1918«, in: *Geschichte und Gesellschaft* 31 (2005), Nr. 2, S. 203–226.

Hanloser, Gerhard, »Deutscher Vernichtungsantisemitismus – eine von ›Antikapitalismus‹ angetriebene ›Revolte‹?«, in: ders. (Hg.), *Deutschland.Kritik*, Münster 2015, S. 64–100.

Hughes, Michael, »Predatory Speculators, Honest Creditors: Money as Root of Evil or Proof of Virtue in Weimar Germany«, in: Mary Lindemann, Jared Poley (Hg.), *Money in the German-Speaking Lands*, Oxford, New York 2017, S. 219–233.

Hull, Matthew, *Government of Paper: The Materiality of Bureaucracy in Urban Pakistan*, Berkeley, CA 2012.

Ikeda, Yukihiro, *Die Entstehungsgeschichte der ›Grundsätze‹ Carl Mengers*, St. Katharinen 1997.

Iliffe, John, »The Organization of the Maji Maji Rebellion«, in: *Journal of African History* 8 (1967), Nr. 3, S. 495–512.

Iliffe, John, *Tanganyika under German Rule, 1905–1912*, Cambridge 1969.

Iliffe, John, *A Modern History of Tanganyika*, Cambridge 1979.

Ingham, Geoffrey, *The Nature of Money*, Malden, MA 2004.

Jakes, Aaron, *Egypt's Occupation: Colonial Economism and the Crises of Capitalism*, Stanford, CA 2020.

James, Harold, »Rudolf Hilferding and the Application of the Political Economy of the Second International«, in: *The Historical Journal* 24 (1981), Nr. 4, S. 847–869.

James, Harold, »Das Reichswirtschaftsministerium und die Außenwirtschaftspolitik: ›Wir deutschen Pleitokraten, wir sitzen und beraten‹«, in: Carl-Ludwig Holtfrerich (Hg.), *Wirtschaftspolitik in Deutschland 1917–1990*, Bd. 1: *Das Reichswirtschaftsministerium der Weimarer Republik und seine Vorläufer. Strukturen, Akteure, Handlungsfelder*, Berlin 2016, S. 517–578.

Jansen, Sarah, »*Schädlinge*«. *Geschichte eines wissenschaftlichen und politischen Konstrukts 1840–1920*, Frankfurt a. M. 2003.

Jeater, Diane, »Stuff Happens, and People Make it Happen: Theory and Practice in the Works of Terence Ranger«, in: *History Workshop Journal* 73 (2012), S. 193–210.

Jobst, Clemens, »Market Leader: the Austro-Hungarian Bank and the Making of Foreign Exchange Intervention, 1896–1913«, in: *European Review of Economic History* 13 (2009), Nr. 3, S. 287–318.

Jobst, Clemens, Hans Kernbauer, *Die Bank. Das Geld. Der Staat. Währungspolitik in Österreich 1816–2016*, Frankfurt a. M. 2016.

Jones, Elizabeth B., »The Rural ›Social Ladder‹: Internal Colonization, Gemani-

zation and Civilizing Missions in the German Empire«, in: *Geschichte und Gesellschaft* 40 (2014), S. 457–492.
Jones, Mark, *Am Anfang war Gewalt. Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik*, München 2017.
Jones, Norman, *God and the Moneylenders: Usury and the Law in Early Modern England*, London 1989.
Judson, Pieter, »L'Autriche-Hongrie était-elle un empire?«, in: *Annales HSS* 63 (2008), S. 563–596.
Judson, Pieter, *Habsburg: Geschichte eines Imperiums*, München 2017.
Kafka, Ben, »Paperwork: The State of the Discipline«, in: *Book History* 12 (2009), S. 340–353.
Kafka, Ben, *The Demon of Writing. Powers and Failures of Paperwork*, New York 2012.
Kaminsky, Arnold P., »›Lombard Street‹ and India: Currency Problems in the Late Nineteenth Century«, in: *Indian Economic and Social History Review* 17 (1980), Nr. 3, S. 307–327.
Kaps, Klemens, *Ungleiche Entwicklung in Zentraleuropa: Galizien zwischen überregionaler Verflechtung und imperialer Politik (1772–1914)*, Wien 2015.
Karla, Anna, »Westeuropas Wiederaufbau – *Made in Germany*? Baumaterial aus Deutschland im Versailler Vertrag«, in: *Zeithistorische Forschungen* 13 (2016), Nr. 1, S. 426–441.
Kaesler, Dirk, »Albert Schäffle«, in: Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (Hg.): *Neue Deutsche Bibliographie*, Bd. 22, Berlin 2005, S. 521 f.
Kauder, Emil, »Aus Mengers nachgelassenen Papieren«, in: *Weltwirtschaftliches Archiv* 89 (1962), Nr. 1, S. 1–26.
Keane, Webb, »Market, Materiality and Moral Metalanguage«, in: *Anthropological Theory* 8 (2008), Nr. 1, S. 27–42.
Kershaw, Ian, *Hitler 1889–1936*, München 1998.
Kiehling, Hartmut, »Die wirtschaftliche Situation des deutschen Einzelhandels in den Jahren 1920 bis 1923«, in: *Zeitschrift für Unternehmensgeschichte* 41 (1996), S. 1–27.
Kiehling, Hartmut, »Einzelhandel und Konsum in Zeiten der Inflation 1920–1923«, in: Rolf Walter (Hg.), *Geschichte des Konsums: Erträge der 20. Arbeitstagung der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*, Stuttgart 2004, S. 275–312.
Kimambo, Isaria N., *Penetration and Protest in Tanzania: The Impact of the World Economy on the Pare 1860–1960*, London 1991.
Kindleberger, Charles P., »The Crisis of 1873«, in: Eugene Nelson White (Hg.), *Crashes and Panics: The Lessons from History*, Homewood, IL 1990, S. 69–84.
Klein-Arendt, Reinhard, »Ein Land wird gewaltsam in Besitz genommen: Die Kolonie Deutsch-Ostafrika«, in: Felicitas Becker, Jigal Beez (Hg.), *Der Maji-*

Maji-Krieg gegen die deutsche Kolonialherrschaft in Tansania, 1905–08, Berlin 2005, S. 28–48.

Konings, Martijn, »The Time of Finance«, in: *Los Angeles Review of Books*, 28. Dezember 2017, online unter: {lareviewofbooks.org/article/the-time-of-finance}, letzter Zugriff 30.04.2021.

Konings, Martijn, *Capital and Time: For a New Critique of Neoliberal Reason*, Stanford, CA 2018.

Kontos, Silvia, *Die Partei kämpft wie ein Mann: Frauenpolitik in der KPD in der Weimarer Republik*, Basel, Frankfurt a. M. 1979.

Koponen, Juhani, *Development for Exploitation: German Colonial Policies in Mainland Tansania, 1884–1914*, Helsinki 1994.

Koselleck, Reinhart, »Geschichtliche Prognose in Lorenz v. Steins Schrift zur preußischen Verfassung«, in: ders., *Vergangene Zukunft: Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt a. M. 1979, S. 87–104.

Kopp, Kristin, *Germany's Wild East: Constructing Poland as Colonial Space*, Ann Arbor, MI 2012.

Köster, Roman, »Vor der Krise. Die Keynes-Rezeption in der Weimarer Republik«, in: *Mittelweg 36* 22 (2013), Nr. 3, S. 32–46.

Kramper, Peter, *The Battle of the Standards: Messen, Zählen und Wiegen in Westeuropa 1660–1914*, Berlin 2019.

Krampitz, Karsten, *Pogrom im Scheunenviertel: Antisemitismus in der Weimarer Republik und die Berliner Ausschreitungen 1923*, Berlin 2023.

Krohn, Claus-Dieter, *Stabilisierung und ökonomische Interessen: Die Finanzpolitik des deutschen Reiches, 1923–1927*, Düsseldorf 1974.

Krohn, Claus-Dieter, »Helfferich contra Hilferding. Konservative Geldpolitik und die sozialen Folgen der deutschen Inflation 1918–1923«, in: *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 62 (1975), Nr. 1, S. 62–92.

Kruedener, Jürgen, »Die Entstehung des Inflationstraumas: Zur Sozialpsychologie der deutschen Hyperinflation 1922/23«, in: Gerald D. Feldman (Hg.), *Konsequenzen der Inflation*, Berlin 1989, S. 213–285.

Kula, Witold, *Measures and Men*, Princeton, NJ 1986.

Kumar, Krishan, »Colony and Empire, Colonialism and Imperialism: A Meaningful Distinction?«, in: *Comparative Studies in Society and History* 63 (2021), Nr. 2, S. 280–309.

Kuroda, Akinobu, »The Maria Theresia dollar in the early twentieth-century Red Sea region: a complementary interface between multiple markets«, in: *Financial History Review* 41 (2007), Nr. 1, S. 89–110.

Kurz, Heinz, »Marginalism, Classicism and Socialism in German-Speaking Countries, 1871–1932«, in: Ian Steedman (Hg.), *Socialism and Marginalism in Economics 1870–1930*, London 1995, S. 7–86.

Kuzmany, Börries, *Brody. Eine galizische Grenzstadt im langen 19. Jahrhundert*, Wien 2011.

La Berge, Leigh Claire, »The Rules of Abstraction: Methods and Discourses of Finance«, in: *Radical History Review* 118 (2014), S. 93–112.

Large, David C., »›Out with the Ostjuden‹: The Scheunenviertel Riots in Berlin, November 1923«, in: Werner Bergmann u. a. (Hg.), *Exclusionary Violence: Antisemitic Riots in Modern German History*, Ann Arbor, MI 2002, S. 123–140.

Larkin, Brian, *Signal and Noise: Media, Infrastructure, and Urban Culture in Nigeria*, Durham, NC 2008.

Larkin, Brian, »The Politics and Poetics of Infrastructure«, in: *Annual Review of Anthropology* 42 (2013), S. 327–343.

Larson, Lorne, »The Ngindo: Exploring the Center of the Maji Maji Rebellion«, in: James Giblin, Jamie Monson (Hg.), *Maji Maji: Lifting the Fog of War*, Leiden 2010, S. 71–114.

Laubach, Ernst, *Die Politik der Kabinette Wirth 1921/22*, Lübeck 1968.

Laukötter, Anja, *Von der »Kultur« zur »Rasse«: Völkerkundemuseen und ihre Wissenschaften zu Beginn des 20. Jahrhunderts*, Bielefeld 2007.

Lavranu, Aliki, »Deskription, Kausalität und Teleologie: Zu Gustav Schmollers methodologischen und wissenschaftstheoretischen Positionen im Anschluß an den ›Methodenstreit‹«, in: Otto G. Oexle (Hg.), *Krise des Historismus – Krise der Wirklichkeit. Wissenschaft, Kunst und Literatur 1880–1932*, Göttingen 2007, S. 181–206.

Lefèvre, Andrea, »Lebensmittelunruhen in Berlin 1920–1923«, in: Manfred Gailus (Hg.), *Der Kampf um das tägliche Brot: Nahrungsmangel, Versorgungspolitik und Protest 1770–1990*, Opladen 1994, S. 346–360.

Le Goff, Jacques, *Wucherzins und Höllenqualen: Ökonomie und Religion im Mittelalter*, Stuttgart 1986.

Lenger, Friedrich, *Der Preis der Welt: Eine Globalgeschichte des Kapitalismus*, München 2023.

Liebner, Katrin, *Wucher und Staat. Die Theorie des Zinswuchers im Deutschland des 18. und 19. Jahrhunderts*, Berlin 2010.

Lindemann, Mary, Jared Poley (Hg.), *Money in the German-Speaking Lands*, Oxford, New York 2017.

Lindenlaub, Dieter, *Maschinenbauunternehmen in der deutschen Inflation 1919–1923. Unternehmenshistorische Untersuchungen zu einigen Inflationstheorien*, Berlin, New York 1985.

Lindenlaub, Dieter, »Die Glaubwürdigkeit einer neuen Währung: Die Einführung der Mark in Deutschland 1871–1876«, in: *Bankhistorisches Archiv* 28 (2002), S. 21–39.

Lindner, Ulrike, *Koloniale Begegnungen: Deutschland und Großbritannien als Imperialmächte in Afrika, 1880–1914*, Frankfurt a. M., New York 2011.

Lipartito, Kenneth, »Reassembling the Economic: New Departures in Historical Materialism (Review Essay)«, in: *American Historical Review* 121 (2016) Nr. 1, S. 101–139.

Liu, Lydia H., »The Eventfulness of Translation: Temporality, Difference, and Competing Universals«, in: *translation: a transdisciplinary journal* 4 (2014), S. 147–170.

Loberg, Molly: *The Struggle for the Streets of Berlin: Politics, Consumption, and Urban Space, 1914–1945*, Cambridge 2018.

Loeffler, Mark, »Das ›Finanzkapital‹ zur Jahrhundertwende. Der Diskurs in Deutschland und England«, in: Nicolas Berg (Hg.), *Kapitalismusdebatten um 1900: Über antisemitisierende Semantiken des Jüdischen*, Leipzig 2011, S. 115–140.

Loeffler, Mark, *Producers and Parasites: The Critique of Finance in Germany and Britain, 1873–1933*, Chicago, IL 2012 (Diss. Univ. of Chicago).

Lordon, Frédéric, »La légitimité au regard du fait monétaire«, in: *Annales HSS* 55 (2000), Nr. 6, S. 1343–1359.

Luks, Timo, »Prekarität. Eine nützliche Kategorie der historischen Kapitalismusanalyse«, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 56 (2016), S. 51–80.

Luks, Timo, *Die Ökonomie der Anderen: Der Kapitalismus der Ethnologen – eine transnationale Wissensgeschichte seit 1880*, Tübingen 2019.

Lumba, Allan, *Monetary Authorities: Capitalism and Decolonization in the American Colonial Philippines*, Durham, NC 2022.

Maier, Charles, »The Politics of Inflation in the Twentieth Century«, in: ders., *In Search of Stability: Explorations in Historical Political Economy*, Cambridge 1987, S. 187–224.

Mallmann, Klaus-Michael, *Kommunisten in der Weimarer Republik: Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung*, Darmstadt 1996.

Mann, Geoff, »The Monetary Exception: Labour, Distribution and Money in Capitalism«, in: Capital and Class 37 (2013), Nr. 2, S. 197–216.

Mantena, Karuna, *Alibis of Empire: Henry Maine and the Ends of Liberal Imperialism*, Princeton, NJ 2010.

Marcus, George, »Ethnography In/Of the World System: The Emergence of Multi-Sited Ethnography«, in: *Annual Review of Anthropology*, 1995, Nr. 24, S. 95–117.

Marcuse, Herbert, »Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung«, in: Wolfgang Abendroth (Hg.), *Faschismus und Kapitalismus: Theorien über die sozialen Ursprünge und die Funktion des Faschismus*, Frankfurt a. M. 1967 [1934], S. 39–74.

Marx, Karl, *Das Kapital: Kritik der politischen Ökonomie*, Bd. 1 [1873, 2. Aufl.], *Marx Engels Werke*, Bd. 23, hg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin (DDR) 1971.

Marx, Karl, *Das Kapital: Kritik der politischen Ökonomie*, Bd. 3 [1896], *Marx Engels Werke*, Bd. 25, hg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin (DDR) 1989.

Marx, Karl, *Theorien über der Mehrwert (Vierter Band des »Kapitals«). Dritter*

Teil, *Marx Engels Werke*, Bd. 26.3, hg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin (DDR) 1968.

Marx, Karl, »Resultate des unmittelbaren Productionsprocesses«, in: *Marx Engels Gesamtausgabe*, Abt. II, Bd. 4.1: *Manuskripte 1864/65 zum 1. und 2. Buch des »Kapital«*, Berlin (DDR) 1988, S. 24–138.

März, Eduard, *Österreichische Industrie- und Bankpolitik in der Zeit Franz Josephs I: Am Beispiel der k. k. priv. Österreichischen Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe*, Wien 1968.

März, Eduard, Karl Socher, »Währung und Banken in Cisleithanien«, in: Alois Brusatti (Hg.), *Die Habsburgermonarchie 1848–1918*, Bd. 1: *Die wirtschaftliche Entwicklung*, Wien 1973, S. 323–368.

Martin, Jamie, *The Meddlers: Sovereignty, Empire, and the Birth of Global Economic Governance*, Cambridge, MA 2022.

Maß, Sandra, *Kinderstube des Kapitalismus? Monetäre Erziehung im 18. und 19. Jahrhundert*, München 2017.

Mathew, Johan, *Margins of the Market: Trafficking and Capitalism across the Arabian Sea*, Berkeley, CA 2016.

Matis, Herbert, *Österreichs Wirtschaft 1848–1913. Konjunkturelle Dynamik und gesellschaftlicher Wandel im Zeitalter Franz Josephs I.*, Berlin (BRD) 1972.

Maurer, Bill, »The Anthropology of Money«, in: *Annual Review of Anthropology*, 2006, Nr. 35, S. 15–36.

Maurer, Bill, »Incalculable Payments: Money, Scale, and the South African Offshore Grey Money Amnesty«, in: *African Studies Review* 50 (2007), Nr. 2, S. 125–138.

Maurer, Trude, *Ostjuden in Deutschland 1918–1933*, Hamburg 1986.

Maxon, Robert, »The Kenya Currency Crisis, 1919–21 and the Imperial Dilemma«, in: *Journal of Imperial and Commonwealth History* 17 (1989), Nr. 3, S. 323–348.

Maynes, Erin Sullivan, *Speculating on Paper: Print Culture and the German Inflation, 1918–1924*, Los Angeles, CA 2014 (Diss. Univ. of Southern California).

Maynes, Erin Sullivan, »Making Money: *Notgeld* and the Material Experience of Inflation in Weimar Germany«, in: *Art History* 42 (2019), Nr. 4, S. 678–701.

Mbembe, Achille, *Kritik der schwarzen Vernunft*, Berlin 2014.

McCarthy, Dennis M. P., »Media as Ends: Money and the Underdevelopment of Tanganyika to 1940«, in: *Journal of Economic History* 36 (1976), S. 645–662.

McDow, Thomas, *Buying Time: Debt and Mobility in the Western Indian Ocean*, Athens, OH 2018.

McEnroe, Sean F., »Cross-Cultural Perceptions of Technology and Magic in the Ghost Dance, Boxer Uprising, and Maji Maji Rebellion«, in: *Comparative Studies in Society and History*, 2023, (im Erscheinen).

McLeay, Michael u. a., »Money Creation in the Modern Economy«, in: *Bank of England Quarterly Bulletin*, 2014, Nr. Q 1, S. 14–27.

Mee, Simon, *Central Bank Independence and the Legacy of the German Past*, Cambridge 2019.

Mehta, Uday, *Liberalism and Empire: A Study in Nineteenth-Century British Liberal Thought*, Chicago, IL 1999.

Mehrling, Perry, »The Inherent Hierarchy of Money«, in: Lance Taylor u. a. (Hg.), *Social Fairness and Economics: Economic Essays in the Spirit of Duncan Foley*, London 2013, S. 394–404.

Metcalf, Thomas, *Imperial Connections: India in the Indian Ocean Arena, 1860–1920*, Berkeley, CA 2008.

Metzler, Tobias, *Tales of Three Cities. Urban Jewish Cultures in London, Berlin, and Paris (1880–1940)*, Wiesbaden 2014.

Mew, Sophie, »Trials, Blunders and Profits: The Changing Contexts of Currencies in Sierra Leone«, in: *Journal of Imperial and Common Wealth History* 44 (2016), Nr. 2, S. 195–213.

Meyer, Claus-Peter, *Das Geld-, Bank- und Währungswesen im ehemaligen deutschen Schutzgebiet Deutsch-Ostafrika*, Aachen 1996.

Middendorf, Stefanie, »Staatsfinanzen und Regierungstaktiken. Das Reichsministerium der Finanzen (1919–1945) in der Geschichte von Staatlichkeit im 20. Jahrhundert«, in: *Geschichte und Gesellschaft* 41 (2015), Nr. 1, S. 140–168.

Middendorf, Stefanie, *Macht der Ausnahme. Reichsfinanzministerium und Staatlichkeit (1919–1945)*, Berlin 2022.

Mirowski, Philip, *More Heat than Light. Economics as Social Physics, Physics as Nature's Economics*, Cambridge 1989.

Mitchell, Timothy, »Society, Economy, and the State-Effect«, in: George Steinmetz (Hg.), *State/Culture: State-Formation after the Cultural Turn*, Ithaca, NY 1999, S. 76–97.

Mitchell, Timothy u. a., »Etudier les infrastructures pour ouvrir les boîtes noires politiques. Entretien avec Timothy Mitchell«, in: *Tracés. Revue des sciences humaines* 35 (2018), S. 209–228.

Mohandesi, Salar, Emma Teitelman, »Without Reserves«, in: Tithi Bhattacharya (Hg.), *Social Reproduction Theory: Remapping Class, Recentering Oppression*, London 2017, S. 37–67.

Moeller, Robert G., »Winners as Losers in the German Inflation: Peasant Protest over the Controlled Economy, 1920–1923«, in: Gerald D. Feldman (Hg.), *Die Deutsche Inflation. Eine Zwischenbilanz*, Berlin, New York 1982, S. 255–288.

Moeller, Robert G., *German Peasants and Agrarian Politics 1914–1924: The Rhineland and Westphalia*, Chapel Hill, NC 1986.

Monson, Jamie, »Relocating Maji Maji: The Politics of Alliance and Authority in the Southern Highlands of Tanzania«, in: *Journal of African History* 39 (1998), S. 95–120.

Monson, Jamie, »War of Words: The Narrative Efficacy of Medicine in the Maji Maji War«, in: James Giblin, Jamie Monson (Hg.), *Maji Maji: Lifting the Fog of War*, Leiden 2010, S. 33–69.

Morgan, Mary S., »Economic Man as Model Man: Ideal Types, Idealization and Caricatures«, in: *Journal of the History of Economic Thought* 28 (2006), Nr. 1, S. 1–27.

Moyd, Michelle, *Violent Intermediaries: African Soldiers, Conquest, and Everyday Colonialism in German East Africa*, Athens, OH 2014.

Müller, Tim B., »Die Geburt des Sozial-Liberalismus aus dem Geist der Verwaltung. Zur Erfindung der modernen Wirtschaftspolitik in der Weimarer Republik«, in: Anselm Doering-Manteuffel, Jörn Leonhard (Hg.), *Liberalismus im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 2015, S. 127–155.

Müller, Tim B., »Demokratie, Kultur und Wirtschaft in der deutschen Republik«, in: ders., Adam Tooze (Hg.), *Normalität und Fragilität. Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg*, Hamburg 2015, S. 259–293.

Mwangi, Wambui, »Of Coins and Conquest: The East African Currency Board, the Rupee Crisis and the Problem of Colonialism in the East African Protectorate«, in: *Comparative Studies in Society and History* 43 (2001), Nr. 4, S. 763–787.

Naranch, Bradley, »Colonized Body, ›Oriental Machine‹: Debating Race, Railroads, and the Politics of Reconstruction in Germany and East Africa, 1906–1910«, in: *Central European History* 33 (2000), Nr. 3, S. 300–338.

Nasim, Omar, »Was ist historische Epistemologie?«, in: *Nach Feierabend. Zürcher Jahrbuch für Wissensgeschichte* 9 (2013), S. 123–144.

Nelson, Benjamin, *The Idea of Usury: From Universal Brotherhood to Universal Otherhood*, Chicago, IL 1969.

Nelson, Robert, »From Manitoba to the Memel: Max Sering, Inner Colonization and the German East«, in: *Social History* 35 (2010), Nr. 4, S. 439–457.

Nesvetailova, Anastasia, »Liquidity«, in: Jan Toporowski, Jo Michell (Hg.), *Handbook of Critical Issues in Finance*, Cheltenham, UK 2012, S. 201–210.

Netzband, Karl-Bernhard, Hans Peter Widmaier, *Währungs- und Finanzpolitik der Aera Luther, 1923–1925*, Basel 1964.

Neu, Tim, »Geld gebrauchen: Frühneuzeitliche Finanz-, Kredit- und Geldgeschichte in praxeologischer Perspektive«, in: *Historische Anthropologie* 27 (2019) Nr. 1, S. 75–103.

Niehuss, Merith, »Lebensweise und Familie in der Inflationszeit«, in: Gerald D. Feldman (Hg.), *Die Anpassung an die Inflation / The Adaptation to Inflation*, Berlin (BRD), New York 1986, S. 237–265.

Nocken, Ulrich, »Die große Deflation: Goldstandard, Geldmenge und Preise in den USA und Deutschland 1870 bis 1896«, in: Eckart Schremmer (Hg.), *Geld und Währung vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, Stuttgart 1993, S. 157–190.

Nützenadel, Alexander, »Städtischer Immobilienmarkt und Finanzkrisen im späten 19. Jahrhundert«, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 52 (2011), Nr. 1, S. 97–114.

Ofonagoro, Walter I., »From Traditional to British Currency in Southern Nigeria: Analysis of a Currency Revolution, 1880–1948«, in: *Journal of Economic History* 39 (1979), S. 623–654.

Ogle, Vanessa, »Whose Time Is It? The Pluralization of Time and the Global Condition, 1870s–1940s«, in: *American Historical Review* 118 (2013), Nr. 5, S. 1376–1402.

Ogle, Vanessa, *The Global Transformation of Time 1870–1950*, Cambridge, MA 2015.

Orléan, André, »Crise de souveraineté et crise monétaire: l'hyperinflation allemande des années 1920«, in: Bruno Théret (Hg.), *La monnaie dévoilée par ses crises*, Bd. 2, Paris 2007, S. 177–220.

Orléan, André, *The Empire of Value: A New Foundation for Economics*, Cambridge, MA 2014.

O'Rourke, Kevin, Jeffrey G. Williamson, »When Did Globalization Begin?«, in: *European Review of Economic History* 6 (2002), S. 23–50.

Osmond, Jonathan, »Peasant Farming in South and West Germany during War and Inflation 1914 to 1924: Stability or Stagnation?«, in: Gerald D. Feldman u. a. (Hg.), *Die Deutsche Inflation. Eine Zwischenbilanz*, Berlin, New York 1982, S. 289–307.

Osterhammel, Jürgen, *Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts*, München 2009.

Otto, Frank, »Antiliberale und antisemitische Angriffe auf die Reichswährungs-Institutionen im Zeichen der Gründerkrise. Zum Problem der politischen Diskussionskultur im Kaiserreiche«, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 49 (2001), S. 485–497.

Otto, Frank, *Die Entstehung eines nationalen Geldes: Integrationsprozesse der deutschen Währungen im 19. Jahrhundert*, Berlin 2002.

Otto, Frank, »Der Diskurs um die deutsche Währungsvereinheitlichung im 19. Jahrhundert: Die Konstruktion der Ideologie des nationalen Geldes«, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 45 (2004), Nr. 1, S. 197–219.

Ould Ahmed, Pepita, »Les transitions monétaries en URSS et en Russie : Une continuité par-delà la rupture«, in: *Annales HSS* 58 (2003), Nr. 5, S. 1107–1135.

Ould Ahmed, Pepita, »La monnaie, vecteur de lien et de contestation sociale«, in: *Alternatives économiques*, hors-série Nr. 105 (2015), S. 32–34.

Pahl, Hanno, *Das Geld in der modernen Wirtschaft: Marx und Luhmann im Vergleich*, Frankfurt a. M. 2008.

Pallaver, Karin, »›A recognized currency in beads‹. Glass Beads as Money in 19th-Century East Africa: the Central Caravan Road«, in: Catherine Eagleton (Hg.), *Money in Africa*, London 2009, S. 20–29.

Pallaver, Karin, »›The African Native Has No Pocket‹: Monetary Practices and Currency Transitions in Early Colonial Uganda«, in: *International Journal of African Historical Studies* 48 (2015), S. 471–499.

Pallaver, Karin, »Currencies of the Swahili World«, in: Stephanie Wynne-Jones (Hg.), *The Swahili World*, London, New York 2018, S. 447–457.

Pallaver, Karin, »Paying in Cents, Paying in Rupees: Colonial Currencies, Labour Relations, and the Payment of Wages in Early Colonial Kenya«, in: Karin Hofmeester (Hg.), *Colonialism, Institutional Change, and Shifts in Global Labour Relations*, Amsterdam 2018, S. 295–325.

Park, Emma , »The Right to Sovereign Seizure? Taxation, Valuation, and the Imperial British East Africa Company«, in: Gurminder Bhambra, Julia McClure (Hg.), Imperial Inequalities: The Politics of Economic Governance across European Empires, Manchester 2022, S. 79–97.

Passeron, Jean-Claude, Jacques Revel, »Penser par cas. Raisonner à partir des singularités«, in: dies.: (Hg.), *Penser par cas*, Paris 2005, S. 9–44.

Paul, Axel T., *Theorie des Geldes zur Einführung*, Hamburg 2017.

Peal, David, *Anti-Semitism and Rural Transformation in Kurhessen: The Rise and Fall of the Böckel Movement*, New York 1985 (Diss. Columbia University NYC).

Pedersen, Susan, »Samoa on the World Stage: Petitions and Peoples before the Mandates Commission of the League of Nations«, in: *Journal of Imperial and Commonwealth History* 40 (2012), Nr. 2, S. 231–261.

Pedersen, Susan, *The Guardians: The League of Nation and the Crisis of Empire*, Oxford 2015.

Penslar, Derek J., *Shylock's Children: Economics and Jewish Identity in Modern Europe*, Berkeley, CA 2001.

Perras, Arne, *Carl Peters and German Imperialism 1856–1918: A Political Biography*, Oxford 2004.

Pesek, Michael, *Koloniale Herrschaft in Deutsch-Ostafrika: Expedition, Militär und Verwaltung seit 1880*, Frankfurt a. M. 2005.

Pesek, Michael, *Das Ende eines Kolonialreiches: Ostafrika im Ersten Weltkrieg*, Frankfurt a. M. 2010.

Peterson, Larry, *German Communism, Workers' Protest, and Labor Unions: The Politics of the United Front in Rhineland–Westphalia 1920–1924*, Dordrecht 1993.

Pfeifer, Regula, »Frauen und Protest: Marktdemonstrationen in der deutschen Schweiz im Kriegsjahr 1916«, in: Anneliese Head-König, Albert Tanner (Hg.), *Frauen in der Stadt*, Zürich 1993, S. 93–110.

Pfeifer, Regula, *Frauen und Protest: Marktdemonstrationen in der deutschen Schweiz im Kriegsjahr 1916*, Zürich 1993 (unveröff. Lizenziatsarbeit, Historisches Seminar Univ. Zürich).

Pietz, William, »The Problem of the Fetish«, in: *Res. Anthropology and Aesthetics* 9 (1985), S. 5–17.

Pietz, William, »The Problem of the Fetish II«, in: *Res. Anthropology and Aesthetics* 13 (1987), S. 23–45.
Pietz, William, »The Problem of the Fetish IIIa«, in: *Res. Anthropology and Aesthetics* 16 (1988), S. 105–123.
Pitts, Jennifer, *A Turn to Empire: The Rise of Imperial Liberalism in Britain and France*, Princeton, NJ 2005.
Plumpe, Werner, *Betriebliche Mitbestimmung in der Weimarer Republik: Fallstudien zum Ruhrbergbau und zur Chemischen Industrie*, München 1999.
Plumpe, Werner, *Wirtschaftskrisen: Geschichte und Gegenwart*, München 2010.
Plumpe, Werner u. a., *Deutsche Bank 1870–2020. Die globale Hausbank*, Berlin 2020.
Poovey, Mary, »Figures of Arithmetic, Figures of Speech: The Discourse of Statistics«, in: James Chandler u. a. (Hg.), *Questions of Evidence: Proof, Practice and Persuasion across the Disciplines*, Chicago, IL 1994, S. 401–421.
Porter, Theodore M., »The Flight of the Indicator«, in: Richard Rottenburg u. a. (Hg.), *The World of Indicators: The Making of Governmental Knowledge through Quantification*, Cambridge 2015, S. 34–55.
Postone, Moishe, »Die Logik des Antisemitismus«, in: *Merkur* 36, Nr. 403, Januar 1982, S. 13–25.
Press, Steven, *Rogue Empires: Contracts and Conmen in Europe's Scramble for Africa*, Cambridge, MA 2017.
Press, Steven, *Blood and Diamonds: Germany's Imperial Ambitions in Africa*, Cambridge, MA 2021.
Press, Steven, »Buying Sovereignty: German ›Weltpolitik‹ and Private Enterprise, 1884–1914«, in: *Central European History* 55 (2022), S. 15–33
Prestholdt, Jeremy: *Domesticating the World: East African Consumerism and the Genealogies of Globalization*, Berkeley, CA: University of California Press 2008.
Puhle, Hans-Jürgen, *Politische Agrarbewegungen in kapitalistischen Industriegesellschaften: Deutschland, USA und Frankreich im 20. Jahrhundert*, Göttingen 1975.
Radu, Robert, *Auguren des Geldes. Eine Kulturgeschichte des Finanzjournalismus in Deutschland 1850–1914*, Göttingen 2017.
Rancière, Jacques, *La nuit des prolétaires. Archives du rêve ouvrier*, Paris 1981.
Rancière, Jacques, *Das Unvernehmen. Politik und Philosophie*, Frankfurt a. M. 2002 [1995].
Raphael, Lutz, *Imperiale Gewalt und mobilisierte Nation: Europa 1914–1945*, München 2011.
Ray, Rajat Kanta, »Asian Capital in the Age of European Domination: The Rise of the Bazaar, 1800–1914«, in: *Modern Asian Studies*, 1995, Nr. 29, S. 449–554.
Reddy, William M., *Money and Liberty in Modern Europe: A Critique of Historical Understanding*, Cambridge 1987.

Richarz, Monika, »Die soziale Stellung der jüdischen Händler auf dem Lande am Beispiel Südwestdeutschlands«, in: Werner E. Mosse (Hg.), *Jüdische Unternehmer in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1992, S. 271–283.

Camille Robcis, *Disalienation. Politics, Philosophy, and Radical Psychiatry in Postwar France*, Chicago, IL 2021.

Robin, Corey, »Nietzsche's Marginal Children«, in: *The Nation*, 27. Mai 2013, S. 27–35.

Robinson, Cedric, *Black Marxism: The Making of the Black Radical Tradition*, Chapel Hill, NC 2000 [1983].

Rockel, Stephen, *Carriers of Culture: Labor on the Road in Nineteenth-Century East Africa*, Portsmouth, NH 2006.

Rockman, Seth, »What Makes the History of Capitalism Newsworthy?«, in: *Journal of the Early Republic* 34 (2014), Nr. 3, S. 439–466.

Rodney, Walter, *How Europe Underdeveloped Africa*, Washington, D. C. 1974.

Rodney, Walter, »The Political Economy of Colonial Tanganyika, 1890–1930«, in: M. H. Y. Kaniki (Hg.), *Tanzania under Colonial Rule*, London 1980, S. 128–163.

Rohrbacher, Stefan, *Gewalt im Biedermeier. Antijüdische Ausschreitungen in Vormärz und Revolution (1815–1848/49)*, Frankfurt a. M. 1993.

Roitman, Janet, *Fiscal Disobedience. An Anthropology of Economic Regulation in Central Africa*, Princeton, NJ 2005.

Roper, Lyndal, *Der Mensch Martin Luther. Die Biographie*, Frankfurt a. M. 2016.

Rosenberg, Hans, *Die Weltwirtschaftskrise 1857–1859*, Göttingen 1974 [1934].

Rosenberg, Hans, *Große Depression und Bismarckzeit. Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa*, Frankfurt a. M. 1976 [1966].

Rubin, Andrew N., »Orientalism and the History of Western Anti-Semitism: The Coming End of an American Taboo«, in: *History of the Present* 5 (2018), Nr. 1, S. 95–108.

Rumpler, Helmut, *Österreichische Geschichte, 1804–1914: Eine Chance für Mitteleuropa. Bürgerliche Emanzipation und Staatsverfall in der Hasburgermonarchie*, Wien 1997.

Ruoss, Matthias, »Fighting Unfair Competition: The Bamberger Riot and the Emergence of Hire Purchase in Switzerland around 1900«, in: *Journal of Social History* 53 (2019), Nr. 1, S. 194–217.

Rupieper, Hermann, »Die Freien Gewerkschaften und der Versailler Vertrag, 1919–1923«, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 29 (1978), S. 482–499.

Said, Edward W., *Orientalismus*, Frankfurt a. M. 2009 [1978].

Samson, Anne, »East and Central Africa«, in: Ute Daniel u. a. (Hg.), *1914–1918 online. International Encyclopedia of the First World War*, Red. Freie Uni-

versität Berlin, Berlin 2016, online unter: {encyclopedia.1914-1918-online.net/article/east_and_central_africa}, letzter Zugriff 7.12.2021.
Sanyal, Kalyan, *Rethinking Capitalist Development: Primitive Accumulation, Governmentality, and Postcolonial Capitalism*, London 2007.
Sarasin, Philipp, Andreas Kilcher, »Editorial: Zirkulationen«, in: *Nach Feierabend. Zürcher Jahrbuch für Wissensgeschichte*, 2011, S. 7–11.
Sartori, Andrew, »Global Intellectual History and the History of Political Economy«, in: Samuel Moyn, Andrew Sartori (Hg.), *Global Intellectual History*, New York 2013, S. 110–133.
Saul, Mahir, »Money in Colonial Transition: Cowries and Francs in West Africa«, in: *American Anthropologist* 106 (2004), Nr. 1, S. 71–84.
Schabas, Margaret, *A World Ruled by Number: William Stanley Jevons and the Rise of Mathematical Economics*, Princeton, NJ 1990.
Schaffer, Simon, »Golden Means: Assay Instruments and the Geography of Precision in the Guinea Trade«, in: Marie-Noëlle Bourguet u. a. (Hg.), *Instruments, Travel and Science: Itineraries of Precision from the Seventeenth to the Twentieth Century*, London 2002, S. 20–50.
Schaffer, Simon, »Astrophysics, Anthropology and Other Imperial Pursuits«, in: Jeanette Edwards u. a. (Hg.), *Anthropology and Science: Epistemologies in Practice*, Oxford, New York 2007, S. 19–38.
Schaffer, Simon, »Les cérémonies de la mesure: repenser l'histoire mondiale des sciences«, in: *Annales HSS* 70 (2015), Nr. 2, S. 409–435.
Scheall, Scott, Reinhard Schumacher, *Karl Menger as Son of Carl Menger*, Durham, NC 2018 (Center for the History of Political Economy Paper 2018–18, Duke University).
Schiefel, Werner, *Bernhard Dernburg, 1865–1937: Kolonialpolitiker und Bankier im wilhelminischen Deutschland*, Zürich, Freiburg i. Br. 1974.
Schilling, Britta, *Postcolonial Germany: Memories of Empire in a Decolonized Nation*, Oxford 2014.
Schinzinger, Francesca, *Die Kolonien und das deutsche Reich: Die wirtschaftliche Bedeutung der deutschen Besitzungen in Übersee*, Stuttgart 1984.
Schlütz, Frauke, *Ländlicher Kredit. Kreditgenossenschaften in der Rheinprovinz (1889–1914)*, Stuttgart 2013.
Schmidt, Kerstin, »Georg Friedrich Knapp: Ein Pionier der Agrarhistoriker«, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 37 (1989), S. 228–242.
Schneider, Harold K., *The Wahi Wanyaturu: Economics in an African Society*, Chicago, IL 1970.
Schneider, Michael C., *Wissensproduktion im Staat. Das königlich preußische statistische Bureau 1860–1914*, Frankfurt a. M. 2013.
Sabine Schneider, »Imperial Germany, Great Britain and the Political Economy of the Gold Standard, 1867–1914«, in: Julian Hoppit u. a. (Hg.), *Money and Markets: Essays in Honour of Martin Daunton*, Woodbridge 2019, S. 127–144.

Scholz, Robert, »Ein unruhiges Jahrzehnt: Lebensmittelunruhen, Massenstreiks und Arbeitslosenkrawalle in Berlin 1914–1923«, in: Manfred Gailus (Hg.), *Pöbelexzesse und Volkstumulte in Berlin: Zur Sozialgeschichte der Straße*, Berlin (BRD) 1984, S. 79–124.

Scholz, Robert, »Lohn und Beschäftigung als Indikatoren für die soziale Lage der Arbeiterschaft in der Inflation«, in: Gerald D. Feldman (Hg.), *The Adaptation to Inflation*, Berlin, New York 1986, S. 278–322.

Schott, Dieter, *Die Konstanzer Gesellschaft, 1918–1924. Der Kampf um Hegemonie zwischen Novemberrevolution und Inflation*, Konstanz 1989.

Schröter, Jens, »Das Geld und die Medientheorie«, in: *Zeitschrift für Medienwissenschaft* 18 (2018), Nr. 1, S. 59–72.

Schumacher, Martin, *Land und Politik: Eine Untersuchung über politische Parteien und agrarische Interessen, 1914–1923*, Düsseldorf 1978.

Schumann, Dirk, »Der aufgeschobene Bürgerkrieg: Sozialer Protest und politische Gewalt in Deutschland 1923«, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 44 (1996), S. 526–544.

Schumann, Dirk, *Politische Gewalt in der Weimarer Republik 1918–1933. Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg*, Essen 2001.

Schwidder, Lutz, *Das Hamburger Kolonialhandelshaus Wm. O'swald & Co. und die Einführung von »Techniken« in die Kolonien 1890–1914*, Hamburg 2004.

Scott, Joan W., »History-writing as Critique«, in: Keith Jenkins u. a. (Hg.), *Manifestos for History*, London 2007, S. 19–38.

Sedgewick, Augustine, »Against Flows«, in: *History of the Present* 4 (2014), Nr. 2, S. 143–170.

Seul, Stephanie, »Transnational Press Discourses on German Antisemitism during the Weimar Republic: The Riots in Berlin's Scheunenviertel, 1923«, in: *Leo Baeck Institute Yearbook* 59 (2014), S. 91–120.

Sewell, William, *Work and Revolution in France: The Language of Labor from the Old Regime to 1848*, Cambridge 1980.

Shapin, Steven, Simon Schaffer, *Leviathan and the Air Pump: Hobbes, Boyle, and the Experimental Life*, Princeton, NJ 1985.

Sheriff, Abdul, *Slaves, Spices and Ivory in Sansibar: Integration of an East-African Commercial Empire into the World Economy, 1770–1873*, London 1987.

Shipton, Parker, *Bitter Money: Cultural Economy and Some African Meanings of Forbidden Commodities*, Washington, D. C. 1989.

Short, John Philip, *Magic Lantern Empire: Colonialism and Society in Germany*, Ithaca, NY 2012.

Siegenthaler, Hansjörg, »Konsens, Erwartungen und Entschlusskraft: Erfahrungen der Schweiz in der Überwindung der Großen Depression vor hundert Jahren«, in: *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik* 119 (1983), Nr. 3, S. 213–235.

Sinha, Mrinalini, »Mapping the Imperial Social Formation: A Modest Proposal for Feminist History«, in: *Signs* 25 (2000), Nr. 4, S. 1077–1082.

Sippel, Harald, »›Wie erzieht man am besten den Neger zur Plantagen-Arbeit?‹ Die Ideologie der Arbeitserziehung und ihre rechtliche Umsetzung in Deutsch-Ostafrika«, in: Kurt Beck, Gerd Spittler (Hg.), *Arbeit in Afrika*, Münster 1996, S. 311–334.

Sklansky, Jeffrey, *Sovereign of the Market: The Money Question in Early America*, Chicago, IL 2017.

Simmons, Dana, *Vital Minimum: Need, Science, and Politics in Modern France*, Chicago, IL 2015.

Sissons, Carol Jane, *Economic Prosperity in Ugogo, East Africa, 1860–1890*, Toronto 1984 (Diss. Univ. of Toronto).

Skidelsky, Robert, *John Maynard Keynes: A Biography*, Bd. 1: *Hopes Betrayed 1883–1920*, London 1983.

Slobodian, Quinn, »How to See the World Economy: Statistics, Maps, and Schumpeter's Camera in the First Age of Globalization«, in: *Journal of Global History* 10 (2015), S. 307–332.

Slobodian, Quinn, *Globalists: The End of Empire and the Birth of Neoliberalism*, Cambridge, MA 2018.

Smith, Helmut Walser, »The Discourse of Usury: Relations Between Christians and Jews in the German Countryside, 1880–1914«, in: *Central European History* 32 (1999), S. 255–276.

Smith, Helmut Walser, *The Butcher's Tale: Murder and Anti-Semitism in a German Town*, New York 2002.

Spang, Rebecca, »Money, Money, Money«, in: *History Workshop Journal*, 2010, Nr. 69, S. 225–233.

Spang, Rebecca, *Stuff and Money in the Time of the French Revolution*, Cambridge, MA 2015.

Specht, Agnete von, *Politische und wirtschaftliche Hintergründe der deutschen Inflation 1918–1923*, Frankfurt a. M. 1982.

Spiegel, Henry William, *The Growth of Economic Thought*, Durham, NC 1983.

Sprenger, Bernd, *Das Geld der Deutschen: Geldgeschichte Deutschlands von den Anfängen# bis zur Gegenwart*, Paderborn 2002 (3., aktualisierte und erw. Aufl.).

Stäheli, Urs, *Spektakuläre Spekulation. Das Populäre der Ökonomie*, Frankfurt a. M. 2007.

Star, Susan Leigh, »The Ethnography of Infrastructure«, in: *American Behavioral Scientist* 43 (1999), Nr. 3, S. 377–391.

Star, Susan Leigh, James R. Griesemer, »Institutional Ecology, ›Translations‹ and Boundary Objects: Amateurs and Professionals in Berkeley's Museum of Vertebrate Zoology, 1907–39«, in: *Social Studies of Science* 19 (1989), Nr. 3, S. 387–420.

Steinmetz, George (Hg.), *Sociology and Empire. The Imperial Entanglements of a Discipline*, Durham, NC 2013.

Stiansen, Endre, Jane Guyer (Hg.), *Credit, Currencies, and Culture: African Financial Institutions in Historical Perspective*, Uppsala 1999.

Stiller, Alexa, »Völkischer Kapitalismus: Theoretische Überlegungen anhand des empirischen Beispiels der Deutschen Umsiedlungs-Treuhandgesellschaft 1939–1945«, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 66 (2018), Nr. 6, S. 505–523.

Stoler, Ann Laura, *Along the Archival Grain. Epistemic Anxieties and Colonial Common Sense*, Princeton, NJ 2009.

Stovall, Tyler, »Du vieux et du neuf: économie morale et militantisme ouvrier dans les luttes contre la vie chère à Paris en 1919«, in: *Le mouvement social*, 1995, Nr. 170, S. 85–113.

Stovall, Tyler, *Paris and the Spirit of 1919. Consumer Struggles, Transnationalism and Revolution*, Cambridge 2012.

Streissler, Erich, »To What Extent Was the Austrian School Marginalist?«, in: *History of Political Economy* 4 (1972), Nr. 2, S. 426–441.

Struve, Kai, *Bauern und Nation in Galizien: Über Zugehörigkeit und soziale Emanzipation im 19. Jahrhundert*, Göttingen 2005.

Sunseri, Thaddeus, »Famine and Wild Pigs: Gender Struggles and the Outbreak of the Maji Maji War in Uzaramo (Tanzania)«, in: *Journal of African History* 38 (1997), S. 235–259.

Sunseri, Thaddeus, »Majimaji and the Millenium: Abrahamic Sources and the Creation of a Tanzanian Resistance Tradition«, in: *History in Africa* 26 (1999), S. 365–378.

Sunseri, Thaddeus, »Statist Narratives and Maji Maji Ellipses«, in: *International Journal of African Historical Studies* 33 (2000), S. 567–584.

Sunseri, Thaddeus, *Vilimani: Labor Migration and Rural Change in Early Colonial Tansania*, Portsmouth, NH 2002.

Sunseri, Thaddeus, »The Entangled History of *Sadoka* (Rinderpest) and Veterinary Science in Tanzania and the Wider World, 1891–1901«, in: *Bulletin of the History of Medicine* 89 (2015), Nr. 1, S. 92–121.

Surman, Jan, »The Circulation of Scientific Knowledge in the Late Habsburg Monarchy: Multicultural Perspectives on Imperial Scholarship«, in: *Austrian History Yearbook* 46 (2015), S. 163–182.

Suter, Mischa, »Usury and the Problem of Exchange Under Capitalism: a Late-Nineteenth-Century Debate on Economic Rationality«, in: *Social History* 42 (2017), Nr. 4, S. 501–523.

Suter, Mischa, »Koloniale Währungen: Medium der Macht«, in: *Merkur* 887 (April 2023), S. 32–43.

Tellmann, Ute, *Life and Money: The Genealogy of the Liberal Economy and the Displacement of Politics*, New York 2018.

Tetzlaff, Rainer, *Koloniale Entwicklung und Ausbeutung: Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutsch-Ostafrikas, 1885–1914*, Berlin (BRD) 1970.

Théret, Bruno (Hg.), *La monnaie dévoilée par ses crises*, 2 Bde., Paris 2007.

Thompson, Edward Palmer, »The Moral Economy of the English Crowd in the Eighteenth Century«, in: *Past and Present*, 1971, Nr. 50, S. 76–136.

Todeschini, Giacomo, »Jewish Usurers, Blood Libel, and the Second-Hand Economy. The Medieval Origins of a Stereotype (from the Thirteenth to the Fifteenth Century)«, in: Jonathan Adams, Cornelia Heß (Hg.), *The Medieval Roots of Antisemitism: Continuities and Discontinuities from the Middle Ages to the Present Day*, London, New York 2018, S. 341–351.

Todeschini, Giacomo, »›Au ciel de la richesse‹: Le cœur théologique du rationnel économique occidental«, in: *Annales HSS* 74 (2019), Nr. 1, S. 3–24.

Todorova, Maria, »The Trap of Backwardness: Modernity, Temporality, and the Study of Eastern European Nationalism«, in: *Slavic Review* 64 (2005), Nr. 1, S. 140–164.

Todzi, Kim Sebastian, *Unternehmen Weltaneignung: Der Woermann-Konzern und der deutsche Kolonialismus 1837–1916*, Göttingen 2023.

Tokarski, Sławomir, *Ethnic Conflict and Economic Development: Jews in Galician Agriculture 1868–1915*, Warschau 2003.

Toit, P. J. du, »Notes on the Coinage of German East Africa (Tanganyika)«, in: *Tanganyika Notes and Records* 31 (1951), S. 37–41.

Tomba, Massimiliano, *Marx's Temporalities*, Leiden 2013.

Tooze, Adam, *Statistics and the German State, 1900–1945: The Making of Modern Economic Knowledge*, Cambridge u. a. 2001.

Tooze, Adam, »Trouble with Numbers: Statistics, Politics, and History in the Construction of Weimar's Trade Balance, 1918–1924«, in: *American Historical Review* 113 (2008), S. 678–700.

Tooze, Adam, *Sintflut. Die Neuordnung der Welt 1916–1931*, München 2017 [2014].

Topalov, Christian, *Naissance du chômeur 1880–1910*, Paris 1994.

Torp, Claudius, *Konsum und Politik in der Weimarer Republik*, Göttingen 2011.

Toscano, Alberto, »The Open Secret of Real Abstraction«, in: *Rethinking Marxism: A Journal of Economics, Culture & Society* 20 (2008), Nr. 2, S. 273–287.

Tribe, Keith, *Strategies of Economic Order. German Economic Discourse, 1750–1950*, Cambridge 1995, S. 74–80.

Tribe, Keith, »Continental Political Economy from the Physiocrats to the Marginal Revolution«, in: Theodore M. Porter, Dorothy Ross (Hg.), *The Cambridge History of Science*, Bd. 7: *The Modern Social Sciences*, Cambridge 2003, S. 154–170.

Trivellato, Francesca, *The Promise and Peril of Credit: What a Forgotten Legend about Jews and Finance Tells Us about the Making of European Commercial Society*, Princeton, NJ 2019.

Tsing, Anna Lowenhaupt, »The Global Situation«, in: *Cultural Anthropology* 15 (2000), Nr. 3, S. 327–360.
Tsing, Anna Lowenhaupt, *The Mushroom at the End of the World: On the Possibility of Life in Capitalist Ruins*, Princeton, NJ 2015.
Tuck, Michael W., »›The Rupee Disease‹: Taxation, Authority and Social Conditions in Early Colonial Uganda«, in: *International Journal of African Historical Studies* 39 (2006), Nr. 2, S. 221–245.
Van Laak, Dirk, *Imperiale Infrastruktur. Deutsche Planungen für eine Erschließung Afrikas 1880 bis 1960*, Paderborn 2004.
Van Laak, Dirk, *Alles im Fluss. Die Lebensadern unserer Gesellschaft – Geschichte und Zukunft der Infrastruktur*, Frankfurt a. M. 2018.
Vogl, Joseph, *Der Souveränitätseffekt*, Zürich, Berlin 2016.
Vogt, Martin, »Rudolf Hilferding als Finanzminister im ersten Kabinett Stresemann«, in: Otto Büsch, Gerald Feldman (Hg.), *Historische Prozesse der deutschen Inflation 1914–1924: ein Tagungsbericht*, Berlin (BRD) 1978, S. 127–158.
Volkov, Shulamit, »Antisemitism as a Cultural Code: Reflections on the History and Historiography of Antisemitism in Imperial Germany«, in: *Leo Baeck Institute Yearbook* 23 (1978), Nr. 1, S. 25–46.
Waijenburg, Marlous van, »Financing the African Colonial State: The Revenue Imperative and Forced Labor«, in: *Journal of Economic History* 78 (2018), Nr. 1, S. 40–80.
Walter, Dirk, *Antisemitische Kriminalität und Gewalt: Judenfeinschaft in der Weimarer Republik*, Bonn 1999.
Wasserman, Janek, *The Marginal Revolutionaries: How Austrian Economists Fought the War of Ideas*, New Haven, CT 2019.
Webb, Steven, »Fiscal News and Inflationary Expectations in Germany After World War I«, in: *Journal of Economic History* 46 (1986), Nr. 3, S. 769–794.
Weber, Petra, *Gescheiterte Sozialpartnerschaft – Gefährdete Republik? Industrielle Beziehungen, Arbeitskämpfe und der Sozialstaat. Deutschland und Frankreich im Vergleich (1918–1933/39)*, München 2010.
Wehler, Hans-Ulrich, *Bismarck und der Imperialismus*, Köln 1969.
Wehler, Hans-Ulrich, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 3, München 1995.
Wehler, Hans-Ulrich, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 4, München 2003.
Weinhauer, Klaus, »Konflikte am Arbeitsplatz und im Quartier. Perspektiven einer sozialgeschichtlichen Erforschung von Arbeitskämpfen und Konsumentenprotesten im 20. Jahrhundert«, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 38 (1998), S. 337–356.
Weiss, Brad, »Coffee, Cowries, and Currencies: Transforming Material Wealth in Northwest Tanzania«, in: Wim van Binsbergen (Hg.), *Commodification. Things, Agency, and Identities (The Social Life of Things revisited)*, Münster 2005, S. 175–200.
Weissberg, Liliane, »Notenverkehr: Antisemitische Motive auf dem Notgeld der

20er Jahre«, in: Helmut Gold, Georg Heuberger (Hg.), *Abgestempelt: Judenfeindliche Postkarten*, Frankfurt a. M. 1999, S. 276–283.
Welskopp, Thomas, *Das Banner der Brüderlichkeit: die deutsche Sozialdemokratie vom Vormärz bis zum Sozialistengesetz*, Bonn 2000.
Wessel, Ariane, *Ökonomischer Wandel als Aufstiegschance: Jüdische Getreidehändler an der Berliner Produktenbörse 1860–1914*, Göttingen 2020.
Westermann, Andrea, »The End of Gold? Monetary Metals Studied at the Planetary and Human Scale during the Classical Gold Standard Era«, in: Iris Borowy, Matthias Schmelzer (Hg.), *History of the Future of Economic Growth. Historical Roots of Current Debates on Sustainable Degrowth*, London 2017, S. 69–90.
Westermann, Andrea, »A Technofossil of the Anthropocene: Sliding Up and Down Temporal Scales with Plastic«, in: Dan Edelstein u. a. (Hg.), *Power and Time: Temporalities in Conflict and the Making of History*, Chicago, IL 2020, S. 122–144.
Westermann, Andrea, »Enrichment and Dilution in the Atacama Mining Desert: Writing History from an Earth-centered Perspective«, in: *Geschichte und Gesellschaft* 46 (2020), Nr. 4, S. 634–661.
White, Hylton, »How is Capitalism Racial? Fanon, Critical Theory and the Fetish of Antiblackness«, in: *Social Dynamics: A Journal of African Studies* 46 (2020), Nr. 1, S. 22–35.
Widdig, Bernd, *Culture and Inflation in Weimar Germany*, Berkeley, CA 2001.
Widmer, Thomas, *Die Schweiz in der Wachstumskrise der 1880er Jahre*, Zürich 1992.
Wildenthal, Lora, *German Women for Empire, 1884–1945*, Durham, NC 2001.
Wilder, Gary, *The French Imperial Nation-State: Negritude and Colonial Humanism between the Two World Wars*, Chicago, IL 2005.
Wilder, Gary, *Freedom Time: Negritude, Decolonization, and the Future of the World*, Durham, NC 2015.
Wildt, Michael, *Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz 1919 bis 1939*, Hamburg 2007.
Williamson, John, *Karl Helfferich 1872–1924: Economist, Financier, Politician*, Princeton, NJ 1975.
Willis, Roy, »An Indigenous Critique of Colonialism: The Fipa of Tanzania«, in: Talal Asad (Hg.), *Anthropology and the Colonial Encounter*, London 1973.
Winkel, Harald, »Die Entwicklung der Geldtheorie in der deutschen Nationalökonomie des 19. Jahrhunderts und die Gründung der Reichsbank«, in: Helmut Coing, Walter Wilhelm (Hg.), *Wissenschaft und Kodifikation des Privatrechts im 19. Jahrhundert*, Bd. 5: *Geld und Banken*, Frankfurt a. M. 1980, S. 1–26.
Winkler, Heinrich August, *Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924*, Bonn 1984.

Wint, Hollian, *Credible Relations: Indian Finance and East African Society in the Indian Ocean, c. 1860–1940*, New York 2016 (Diss. New York University).

Witt, Peter-Christian, »Staatliche Wirtschaftspolitik in Deutschland 1918–1923: Entwicklung und Zerstörung einer modernen wirtschaftspolitischen Strategie«, in: Gerald D. Feldman (Hg.), *Die Deutsche Inflation. Eine Zwischenbilanz*, Berlin, New York 1982, S. 151–179.

Witt, Peter-Christian, »Tax Policies, Tax Assessment and Inflation: Towards a Sociology of Public Finances in the German Inflation, 1914–23«, in: ders. (Hg.), *Wealth and Taxation in Central Europe: The History and Sociology of Public Finance*, Leamington Spa 1987, S. 137–160.

Wixforth, Harald, »Die Banken und der Kollaps der Mark. Zur Lage des Bankwesens während der Inflation von 1918 bis 1923«, in: Manfred Köhler, Ulrich Keith (Hg.), *Banken, Konjunktur und Politik. Beiträge zur Geschichte deutscher Banken im 19.und 20. Jahrhundert*, Essen 1995, S. 55–73.

Wobbe, Theresa, »Making up People: Berufsstatistische Klassifikation, geschlechtliche Kategorisierung und wirtschaftliche Inklusion um 1900 in Deutschland«, in: *Zeitschrift für Soziologie* 41 (2012), Nr. 1, S. 41–57.

Wolfe, Patrick, »History and Imperialism: A Century of Theory, from Marx to Postcolonialism«, in: *American Historical Review* 102 (1997), Nr. 2, S. 388–420.

Woodruff, David, *Money Unmade: Barter and the Fate of Russian Capitalism*, Ithaca, NY 1999.

Wray, Randall, *Understanding Modern Money: The Key to Full Employment and Price Stability*, Cheltenham, UK 1998.

Wysocki, Josef, »Die österreichisch/ungarische Krone im Goldwährungsmechanismus«, in: Eckart Schremmer (Hg.), *Geld und Währung vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, Stuttgart 1993, S. 143–156.

Yagi, Kiichiro, *Austrian and German Economic Thought: From Subjectivism to Social Evolution*, London 2011.

Yang, Bin, »The Rise and Fall of the Cowrie Shells: The Asian Story«, in: *Journal of World History* 22 (2011), Nr. 1, S. 1–25.

Yates, Alexia, Vause, Erika, »Beyond the Dual Revolution: Revisiting Capitalism in Modern France«, in: *French History* 34 (2020) Nr. 3, S. 281–293.

Yonge, D. D., »The History of Tabora 15-Rupee Piece«, in: *Tanganyika Notes and Records*, 1964, Nr. 62, S. 49–56.

Zahra, Tara, »Travel Agents on Trial: Policing Mobility in East Central Europe, 1889–1989«, in: *Past and Present*, 2014, Nr. 223, S. 161–193.

Zatlin, Jonathan R., *The Currency of Socialism: Money and Political Culture in East Germany*, Cambridge 2007.

Zatlin, Jonathan R., »The Usurious Jew: Wilhelm Roscher and the Developmental Role of the Homo Oeconomicus Judaicus«, in: Christoph Kreutzmüller (Hg.), *National Economies: Volks-Wirtschaft, Racism and Economy in Europe between the Wars (1918–1939/45)*, Cambridge 2015, S. 18–32.

Zelizer, Viviana,*The Social Meaning of Money: Pin Money, Paychecks, Poor Relief, and Other Currencies*, New York 1996 [1994].

Zilkenat, Reiner, »Das Progrom am 5. und 6. November 1923«, in: Thomas Raschke (Hg.), *Das Scheunenviertel: Spuren eines verlorenen Berlins*, Berlin 1994, S. 95–102.

Zimmerer, Jürgen, »Krieg, KZ und Völkermord in Südwestafrika: Der erste deutsche Genozid«, in: ders., Jürgen Zeller (Hg.), *Völkermord in Deutsch-Südwestafrika. Der Kolonialkrieg (1904–1908) in Namibia und seine Folgen*, Berlin 2016 (3., überarb. Aufl.), S. 45–63.

Zimmerman, Andrew, »›What Do You Really Want in German East Africa, Herr Professor?‹ Counterinsurgency and the Science Effect in Colonial Tanzania«, in: *Comparative Studies in Society and History* 48 (2006), Nr. 2, S. 419–461.

Zimmerman, Andrew, »Decolonizing Weber«, in: *Postcolonial Studies* 9 (2006), S. 53–79.

Zimmerman, Andrew, *Alabama in Africa: Booker T. Washington, the German Empire, and the Globalization of the New South*, Princeton, NJ 2010.

Zimmerman, Andrew, »Race and World Politics: Germany in the Age of Imperialism, 1878–1914«, in: Helmut Walser Smith (Hg.), *The Oxford Handbook of Modern German History*, Oxford 2011, S. 359–376.

Zimmerman, Andrew, »Africa in Imperial and Transnational History: Multi-Sited Historiography and the Necessity of Theory«, in: Journal of African History 54 (2013), S. 331–340.

Zimmermann, Rolf, *Volksbank oder Aktienbank: Parlamentsdebatten, Referendum und zunehmende Verbandsmacht beim Streit um die Nationalbankgründung, 1891–1905*, Zürich 1987.

Zorn, Wolfgang, »Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Zusammenhänge der deutschen Reichsgründungszeit (1850–1879)«, in: Hans-Ulrich Wehler (Hg.), *Moderne deutsche Sozialgeschichte*, Köln 1966, S. 254–270.

Erste Auflage Berlin 2024
© 2024 MSB Matthes & Seitz Berlin Verlagsgesellschaft mbH
Großbeerenstraße 57A, 10965 Berlin
info@matthes-seitz-berlin.de

Die Druckvorstufe dieser Publikation wurde vom Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung unterstützt.

Dieses Buch ist als Open-Access-Publikation verfügbar über www.matthes-seitz-berlin.de und steht unter der Lizenz CC BY-NC-ND 4.0. (http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0)

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere die Nutzung des Werks für Text und Data Mining im Sinne von § 44b UrhG.

Layout und Satz: psb, Berlin
Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck

ISBN 978-3-7518-2027-1

www.matthes-seitz-berlin.de